Protokoll der Verhandlungen des Parteitages

Sozialdemokratis...
Partei
Deutschlands

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Mainz
vom 17. bis 21. September 1900.

Mit einem Nachtrag:

Bericht über die Frauenkonferenz am 16. und 17. September in Mainz.

Berlin 1900.
Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke in Berlin).

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Mainz 1900.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Absatz 2 dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftsthätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 7 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie 2 Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen.

Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein Anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegirten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollirung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzutheilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 18. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zuläſsig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tages-Ordnung des Parteitages.

Montag, den 17. September 1900, und die folgenden Tage:

1. Konstituirung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrolleure. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: Paul Singer.
5. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: J. Auer.
6. Maifeier. Berichterstatter: Th. Metzner.
7. Die Weltpolitik. Berichterstatter: Paul Singer.
8. Die Verkehrs- und Handelspolitik. Berichterstatter: R. Calwer.
9. Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen. Berichterstatter: A. Bebel.
10. Anträge zum Programm.
11. Sonstige Anträge.

Sitzungszeit des Parteitages:

Vormittags 9—1 Uhr, Nachmittags 3—7 Uhr.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer, Berlin. — Ulrich, Offenbach.

Schriftführer:

Braun, Königsberg. Gewehr, Elberfeld. Dr. Quarck, Frankfurt.
Eichhorn, Mannheim. Lesche, Altona. Schöpflin, Chemnitz.
Ernst, Berlin. Müller, München. Frau Zietz, Hamburg.

Mandats-Prüfungs- und Neuner-Kommission.

Antrick, Berlin. Kühn, Langenbielau. Stubbe, Hamburg.
Eberhardt, Charlottenburg. Leutert, Apolda. Ullenbaum, Elberfeld.
Hermann, Nürnberg. Oldendorf, Braunschweig. Wasner, Stuttgart.

25er-Kommission über das Organisationsstatut.

Albrecht, Halle. Haase, Königsberg. Scherm, Nürnberg.
Auer, Berlin. Ihrer, Berlin. Scholz, Berlin.
Berthold, Darmstadt. Kaden, Dresden. Schubert, Schöneberg.
Böhle, Straßburg. Kühn, Langenbielau. Sindermann, Dresden.
Eberhardt, Charlottenburg. Meister, Hannover. Stadthagen, Berlin.
Ernst, Berlin. Opificius, Pforzheim. Stubbe, Hamburg.
Gewehr, Elberfeld. Quarck, Frankfurt a. M. Vetterlein, Gera.
Vollmar, München. Zetkin, Stuttgart.
Wasner, Stuttgart. Zietz, Hamburg.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Partei-Vorstandes.

Der nachstehende Bericht wurde unter Mitwirkung Liebknecht's am Montag, den 6. August, fertiggestellt. Mit dem Ausdruck unseres tiefsten Schmerzes über den unersetzlichen Verlust, den die Partei durch den Tod unseres Altmeisters erlitten, müssen wir den Bericht in Druck geben, ohne die Wirksamkeit des Verstorbenen an dieser Stelle eingehend würdigen zu können.

* * *

Allgemeines. Im Einverständniß mit der Fraktion des Reichstages hatte es die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften übernommen, die Agitation gegen die Zuchthausvorlage zu leiten und zu betreiben. Bei dieser Vereinbarung war vorgesehen, daß der zweite Theil der Agitation bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen beginnen und von der Partei ausgeführt werden sollte. Der Partei-Vorstand hatte die umfassendsten Vorarbeiten getroffen. Es kam ihm vor allen Dingen darauf an, durch Sammlung von Thatsachenmaterial den Beweis zu führen, daß die in der famosen Denkschrift behaupteten Vorgänge und Thatsachen in den meisten Fällen Produkte der phantasievollen Berichterstatter darstellten und da, wo die Behauptungen sich an thatsächliche Vorgänge anlehnten, stark übertrieben waren. Mit der Aufgabe dieser Sammlung wurde Genosse Segitz betraut, der dieselbe mit dankenswerthem Fleiß löste. Die in der Denkschrift angeführten Vorgänge wurden durchgängig an Ort und Stelle durch Vernehmung der Betheiligten einer Nachprüfung unterzogen und die erzielten Feststellungen im Auftrag des Partei-Vorstandes zu einer Gegendenkschrift bearbeitet. Dieselbe, ursprünglich zur Massenverbreitung bestimmt, nahm bei der nicht zu umgehenden Gründlichkeit der Bearbeitung einen solchen Umfang an, daß für die Massenverbreitung nur Auszüge aus der Bearbeitung vorgesehen und die Denkschrift selbst der Benutzung im Reichstag vorbehalten wurde.

Beides erübrigte sich. Die sogenannte Zuchthausvorlage erfuhr in der Sitzung des Reichstages vom 19. November v. Js. eine Behandlung, die der Reichsregierung mehr wie überraschend kam. Fast debattelos, die Parteiführer gaben nur Erklärungen ab, wurde die Vorlage sang- und klanglos begraben. In jedem parlamentarisch regierten Lande wäre die Demission der Regierung die nothwendige Folge gewesen. Daß ein von der Regierung auf kaiserliche Initiative dem Reichstag vorgelegter Gesetzentwurf, der noch dazu sich des Einverständnisses weiter bürgerlicher Kreise erfreute, ohne Kommissionsberathung in allen seinen Theilen von dem Reichstag abgelehnt wurde, steht einzig in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands da. Daß es so gekommen ist, ist wesentlich das Verdienst der rastlosen Agitation der deutschen Arbeiter unter der Führung der sozialdemokratischen Partei.

Hatten somit die schönsten Hoffnungen des Scharfmacherthums eine bittere und unerwartete Enttäuschung erfahren, mußten sie es auch fernerhin geschehen lassen, daß die Arbeiter das gewährleistete Koalitionsrecht auch benutzten, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, so hatten die Scharfmacher doch die Genugthuung, daß die Lohnkämpfe der Arbeiter wenigstens in Preußen in der Anwendung der Kampfmittel durch Erkenntniß des höchsten Gerichtshofes eine wesentliche Einschränkung erfuhren. Bei Lohnkämpfen, Ausständen 2c. ist die Kontrolle über die Betheiligten, die sich Ausschließenden, die Zureisenden und Angeworbenen eine unerläßliche Maßregel. Da auf Grund der bestehenden Gesetze dem Streikpostenstehen der Garaus nicht gemacht werden konnte, wurde der Versuch hierzu auf Grund erlassener Straßen-

polizeiverordnungen gemacht. Das preußische Kammergericht hat am 27. November v. J. in einem konkreten Falle anerkannt, daß der Schutzmann auf Grund der Berliner Straßen-Polizeiverordnung vom 7. April 1867 das Recht habe, den Streikposten aus der Gegend des Betriebes, in dem die Arbeit niedergelegt war, zu verweisen, da man „annehmen konnte", daß es zwischen dem Streikposten und den Weiterarbeitenden bezw. Streikbrechern zu Reibereien und Gewaltthätigkeiten kommen konnte, wodurch die Ruhe und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs gestört werden würde.

* * *

Von einer schweren vermögensrechtlichen Schädigung sind eine große Anzahl sächsischer Bergarbeiter betroffen, die sich im vorigen Winter an der Arbeitseinstellung betheiligt haben, und die nach Wiederaufnahme der Arbeit von der Arbeit dauernd ausgeschlossen wurden. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Leute, die 20 Jahre und darüber hinaus Knappschaftskassenbeiträge in Höhe bis zu 1000 Mark bezahlt haben. Nicht allein nun, daß die armen Leute durch ihre Entlassung ihre wohlerworbenen Rechte an die Knappschaftskasse verloren haben, wird ihnen auch die Rückzahlung der geleisteten Beiträge verweigert. Das Bergschiedsgericht hat die Leute mit ihrer Klage abgewiesen und das Landgericht, an dem die Sache anhängig gemacht wurde, hat entschieden, daß allein das Bergschiedsgericht zuständig sei. Vorläufig haben die entlassenen Bergleute, deren Zahl auf 400 angegeben wird, das Nachsehen. In der nächsten Session des Reichstages wird die sozialdemokratische Fraktion Aufklärung darüber herbeiführen, ob auf Grund von Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches die schwer geschädigten entlassenen sächsischen Bergleute nicht in den Besitz ihrer ihnen sauer gewordenen Ersparnisse kommen können.

* * *

Anknüpfend an das charakteristische Wort Bismarck's „Ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform" ist es nothwendig, die Aufmerksamkeit der Parteigenossen im Besonderen und die der Arbeiter im Allgemeinen auf die bevorstehende Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes zu lenken. Die bisher bei dem sogenannten Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung gemachten Erfahrungen, neben einigen den Arbeitern zu Gute kommenden Verbesserungen eine Anzahl Verschlechterungen in das Gesetz zu bugsiren, mahnen zur Vorsicht. In der nächsten Session soll dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vorgelegt werden, in der zwar die Krankenversicherung auf alle der Invalidenversicherung unterstehenden Personen ausgedehnt werden soll, insbesondere auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter; in der des Weiteren die Verlängerung der Unterstützungsdauer, sowie auch die stärkere Heranziehung der Unternehmer zur Beitragsleistung vorgesehen ist, die aber auch den vorherrschenden Einfluß der Arbeiter in der Verwaltung der Kassen zu unterbinden ganz bestimmt benutzt werden soll. Ueber die Absichten der Regierung informirt folgendes Cirkular des Regierungspräsidenten in Potsdam an die ihm nachgeordneten Verwaltungsbehörden. Das Cirkular lautet:

> Es besteht die Absicht, dem Reichstags in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Beschlußfassung zu unterbreiten, um durch Verlängerung der gesetzlichen Unterstützungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen den Zusammenhang zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch diejenigen Bestimmungen des Gesetzes geändert werden, welche sich in der Praxis als abänderungsbedürftig erwiesen haben. Ich ersuche daher, diejenigen Bestimmungen zu bezeichnen, welche einer Aenderung zu unterziehen sein werden, und dabei sich namentlich auch über folgende Punkte zu äußern:
>
> 1. Empfiehlt sich eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen; ist insbesondere die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen erwünscht? — Welche Einschränkungen würden vorzunehmen sein? — Welche Bestimmungen würden namentlich zu treffen sein für land- und forstwirthschaftliche Arbeiter und das Gesinde?

2. Besteht ein Bedürfniß zur Beibehaltung der Gemeinde-Krankenversicherung als Träger der Versicherung?

3. Erscheint es zweckmäßig und durchführbar, die Ortskrankenkassen so zu organisiren, daß alle im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen unter Beseitigung der für einen einzelnen oder für mehrere einzelne Gewerbszweige errichteten Ortskrankenkassen einer Ortskrankenkasse angehören (Gemeinde- und Ortskrankenkassen)?

4. Sollen den Arbeitgebern unter Erhöhung des aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Antheils an den Beiträgen auf die Hälfte in der Verwaltung der Kassen die gleichen Rechte wie den Arbeitern eingeräumt werden?

5. Empfiehlt sich ein Anschluß der Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltung in der Weise, daß ein Gemeindebeamter zum Vorsitzenden bestellt wird und die Bureaubeamten — diese vorbehaltlich der Erstattung der Gehälter durch die Kassen — von der Gemeinde angestellt werden?

6. Ist in das Gesetz eine deklarirende Bestimmung aufzunehmen, wonach als „ärztliche Behandlung" im Sinne des Krankenkassen-Versicherungsgesetzes nur die Behandlung durch approbirte Aerzte (§ 29 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) gilt? Welche Ausnahmen sind im Bejahungsfall vorzusehen?

7. Ist die durch §§ 6a und 26a des Kranken-Versicherungsgesetzes den Kassen gegebene Möglichkeit der Einführung des Zwanges zur Benutzung bestimmter Kassenärzte beizubehalten oder empfiehlt sich die Einführung der freien Aerztewahl?

Allgemein oder mit welchen Beschränkungen? Welche Einrichtungen sind im Fall der Einführung der freien Aerztewahl zur Verhütung einer über das Bedürfniß hinausgehenden Ausübung der ärztlichen Verordnungen zu treffen?

Sind besondere Verordnungen über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen zu treffen?

8. Empfiehlt es sich, nach dem Vorgang bei § 30 des Invaliden-Versicherungsgesetzes in den §§ 6a Ziffer 2 und 26a Ziffer 2 des Kranken-Versicherungsgesetzes die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifungen" zu streichen?

9. Haben sich die Befugnisse der Aufsichtsbehörden als unzulänglich erwiesen? In welcher Beziehung ist eine Verstärkung der Aufsichtsbehörde nothwendig?

10. Sollen die Hilfskassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten oder nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden?

Es ist ferner anzugeben:

10a. ob und welche von den der dortigen Aufsicht unterstehenden Orts-, Betriebs- (Fabriks-), Bau- und Innungs-Krankenkassen schon jetzt Beiträge in Höhe von $4^1/_2$ pCt. des für die Bemessung der Unterstützungen maßgebenden Betrages erheben, während sie nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren und

10b. welche Gemeinde-Krankenversicherungen bei Beiträgen in Höhe von 2 pCt. im letzten Jahre Zuschüsse von der Gemeinde oder von den weiteren Kommunalverbänden erhalten haben.

10c. Sodann sind in einer Nachweisung diejenigen Ortskrankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der sozialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben; es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zu sozialdemokratischen Parteizwecken in die Erscheinung getreten ist.

Insbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern u. s. w. sowie Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen, anzuführen.

Es ist anzunehmen, daß analog der Regierung in Potsdam im gesammten Reich die Verwaltungsbehörden die gleichen Erhebungen veranlaßt haben. Man sieht genau, wohin der Kurs steuert. Es ist deshalb nothwendig, daß sich die Genossen und die Betheiligten gleichfalls mit den in dem Zirkular aufgeworfenen Fragen eingehend beschäftigen, Material sammeln und solches der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags rechtzeitig zur Verfügung stellen. Insbesondere dürfte es angezeigt erscheinen, den Fragen unter 4, 5 und 10c eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

* * *

Im Wiederaufnahmeverfahren wurde am 17. November v. J. der Genosse Müller von der Anklage der Majestätsbeleidigung in Magdeburg freigesprochen.

Vorher war am 29. September Genosse Albert Schmidt auf Grund seiner Selbstbezichtigung wegen des dem Genossen Müller zur Last gelegten Vergehens zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt. Bereits am 30. Oktober erfolgte der Strafantritt des Genossen Schmidt.

* * *

Von den im Berichtsjahr von preußischen Behörden zahlreich verfügten Ausweisungen sich „lästig gemacht habender" Ausländer wurde auch am 12. Dezember v. J. der Kreisvertrauensmann des Niederbarnimer Kreises, Genosse Anton Kopp, betroffen. Acht Jahre hatte der Genosse Kopp treu seines Amtes als Vertrauensmann gewaltet. Seine „Gefährlichkeit", sein „Lästigfallen" muß in seiner Ruhe und sachlichen Ausführung des ihm anvertrauten Ehrenamtes gesucht werden, denn in der Oeffentlichkeit war die Thätigkeit des Genossen Kopp kaum bemerkbar. Aber auf dem Gebiete der Organisation war er um so wirksamer. Dafür mußte er büßen. Genosse Kopp war eine feinfühlige, sensibele Natur und ging so in seiner Parteithätigkeit auf, daß ihn der Schlag der Ausweisung aus dem seelischen Gleichgewicht brachte. Nur kurze Zeit vermochte der brave Genosse den Schmerz der Trennung von der ihm lieb gewordenen zweiten Heimath zu ertragen. Am 14. Juli erlöste der Tod den treuen Kampfgenossen von seinen Leiden.

* * *

Die speziell zum Zwecke der Mittelstandsretterei gesetzlich neuorganisirten Innungen versagen zum Schrecken ihrer Urheber als Bollwerk gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen. Vornehmlich sind es die Schuhmacher, denen es gelungen ist, die Leitung der Innungen in 3 größeren Städten den Händen sozialdemokratischer Genossen anzuvertrauen. Den Genossen Haug in Freiburg, Baden und Baerer in Harburg folgend, ist als Dritter im Bunde Genosse Brühne in Frankfurt a. M. zum Obermeister der Innung gewählt.

* * *

Das Eindringen der Parteigenossen in die verschiedenen kommunalen Verwaltungskörper ist den Regierungen längst ein Stachel im Fleisch. Sehr unangenehm wurde es von den Aufsichtsbehörden empfunden, daß Sozialdemokraten von ihren bürgerlichen Kollegen für würdig gehalten wurden, in die Schuldeputationen bez. Kommissionen gewählt zu werden. In Berlin, Celle, Limmer bei Hannover und in verschiedenen andern Orten wurde gegen die Wahl der Genossen Einspruch von der Aufsichtsbehörde erhoben. In Berlin hatten die bürgerlichen Stadtverordneten zu wenig Rückgrat, den Konflikt mit der Aufsichtsbehörde auszufechten bezw. den Magistrat in die Verlegenheit zu bringen, den Genossen Singer in die Schuldeputation einführen zu müssen. In Limmer erfolgte prompt die Wiederwahl der beiden beanstandeten Genossen und ebenso prompt die Wiederbeanstandung. Diese Vorgänge, ergänzt durch das Vorkommniß, daß von dem Konsistorium in Kiel der Grundsatz ausgesprochen wurde, „die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei sei an sich kein Grund, jemand die Fähigkeit zur Bekleidung eines kirchlichen Amtes abzusprechen, veranlaßten eine allgemeine Verfügung des preußischen Unterrichtsministers, in der den Schulaufsichtsbehörden nachdrücklichst eingeschärft wurde, daß die Gesammtauffassung der Sozialdemokraten sie zu einer Mitwirkung bei der Verwaltung der Schulen preußischen Rechtes absolut ungeeignet mache, und daß aus diesem Grunde keinem Sozialdemokraten die Bestätigung als Mitglied des Schulvorstandes ertheilt werden könne." —

Aus demselben Geist ist die Maßregelung des Genossen Dr. Arons erfolgt. Die Entfernung Dr. Arons als Privatdozent von der Berliner Universität wurde am 23. Februar durch das preußische Staatsministerium vollzogen. Während die Fakultät an dem Genossen Arons kein Fehl entdecken konnte, vielmehr seine sozialdemokratische Gesinnung als kein Hinderniß für seine Lehrthätigkeit ansah, erklärt das preußische Staatsministerium: „Ein akademischer Lehrer, der mit derartigen Gegnern der bestehenden Staats- und

Rechtsordnung gemeinsame Sache macht, zeigt sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig."

* * *

Am 30. März d. J. befanden sich die Stuttgarter Genossen in der angenehmen Lage, die seit dem Jahre 1891 über die Liederhalle — dem Lokal der Liederkranzgesellschaft — verhängte Sperre aufzuheben. Das Lokal steht den Genossen zu Versammlungen wieder zur Verfügung. Gleichen Erfolg in kurzer Zeit hatten die Genossen in Halle, Kiel, Dresden und anderen Orten zu verzeichnen. Die Besitzer der beiden größten Lokale Kiels kamen innerhalb 14 Tage zu der Einsicht, daß der von einer straff organisirten Arbeiterschaft geführte Boykott die Konkurrenz des Militärverbots nicht zu scheuen braucht.

Eine arge Enttäuschung ist den Elberfelder Genossen bereitet. Zur Erbauung einer Stadthalle, die nach unwidersprochenen, in der Stadtverordnetenversammlung abgegebenen Erklärungen allen Parteien zur Verfügung stehen sollte, war die Grundstückserwerbung aus freiwilligen Beiträgen Privater und Vereine bestritten worden. Der sozialdemokratische Verein betheiligte sich mit einer Beisteuer von 2000 Mark, die von dem Ausschuß dankend angenommen wurde. Nachdem nun die Stadthalle fertiggestellt ist und von den Genossen zur Abhaltung einer Versammlung begehrt wurde, wurde die Benutzung verweigert. Die Genossen sind über die ihnen widerfahrene Dupirung mit Recht empört und betreiben eine intensive Agitation, das Verhalten der Stadtverordnetenversammlung öffentlich zu brandmarken.

* * *

Viel Aufhebens wurde seinerzeit von der den sozialdemokratischen Wahlmännern Breslaus gezahlten Erstattung ihrer am Wahltag gehabten Auslagen gemacht. Die reaktionäre Presse fabulirte von Stimmenkauf, Bestechung und Wahlfälschung. Im weiteren Verfolg wurden die Wahlen der drei Breslauer Abgeordneten vom Abgeordnetenhaus kassirt und gegen die Betheiligten das Strafverfahren wegen Stimmenkaufs eingeleitet. Am 20. Mai wurde der sozialdemokratische Wahlausschuß außer Verfolgung gesetzt. Seitdem ist die reaktionäre Sippe recht kleinlaut geworden, denn der halbe Triumph der Mandatskassirung ist ein schlechter Trost für die bevorstehende Niederlage.

* * *

Glänzende Proben der internationalen Solidarität hat die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft bei der großen Aussperrung der dänischen Arbeiter und dem Ausstand der österreichischen Bergarbeiter abgelegt. Für die dänischen Arbeiter, deren Aussperrung nach 15wöchentlicher Dauer am 4. September v. J. beendigt wurde, und mit einem Sieg der Arbeiter abschloß, wurden 218 413 Mark aufgebracht. Die österreichischen Bergleute erhielten rund 60 000 Mark überwiesen. Zieht man danach in Betracht, welche Summen die Holzarbeiter, die Maurer, Zimmerer, die Bergleute und Textilarbeiter in dem Berichtsjahr bei den zahlreichen und umfangreichen Lohnkämpfen geleistet haben, so erhält man ein annäherndes Bild von dem Opfermuth und der Zähigkeit, womit die deutsche Arbeiterklasse ihre Kämpfe zu führen versteht.

* * *

Neben der Bethätigung internationaler Solidarität, und neben der Führung des Klassenkampfes wendet die Arbeiterklasse mit stets steigendem Interesse auch ihre Aufmerksamkeit der Wahrung der Interessen des Einzelnen zu. Diese Aufgabe ist den Arbeitersekretariaten zugefallen, deren Zahl inklusive des am 1. Oktober in Hamburg zu eröffnenden auf 21 gestiegen ist. Bereits geht von dem Münchener Sekretariat die Anregung aus, in Berlin ein Centralorgan der Sekretariate zu schaffen, dem hauptsächlich die Wahrnehmung der Termine vor dem Reichsversicherungsamt obliegen soll. Es liegt in der Natur der Einrichtungen sozialer Fürsorge, daß sich immer größere und weitergehende Ansprüche geltend machen. Diesem Gesetz der Entwickelung können sich auch

die aus der Initiative der Arbeiter geschaffenen Einrichtungen nicht entziehen. Deshalb wird auch die Zentralstelle der Arbeitersekretariate, wie auch die auf dem Parteitag in Hannover geforderte zentrale Auskunftsstelle für sozialdemokratische Gemeindevertreter, Krankenkassen- und Innungsvorstände ꝛc. in Funktion treten, sobald es gelungen sein wird, die Personenfrage in befriedigender Weise zu lösen.

* * *

Mit dem 11. Dezember v. J. ist das in den meisten deutschen Bundesstaaten Geltung gehabte Verbot des Inverbindungtretens politischer Vereine aufgehoben. Am 6. Dezember stand ein diesbezüglicher Initiativantrag der Parteien zur dritten Lesung auf der Tagesordnung des Reichstags. Der Reichskanzler nahm die Gelegenheit wahr, Namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abzugeben, die Regierungen würden einem Gesetz zustimmen, das die Beseitigung des Verbindungsverbotes ausspricht.

Zahlreiche Anfragen aus den Parteikreisen bei dem Partei-Vorstand, was nun zu thun sei, ob eine Aenderung der Organisation der Partei zweckmäßig oder beabsichtigt sei, führten zu einem regen Meinungsaustausch zwischen dem Partei-Vorstand und den Genossen. Im Partei-Vorstand war man sich einig darüber, daß die bestehende Organisation der Partei sich bei den Genossen so eingelebt, befestigt und bewährt habe, daß es garnicht eile, etwaige formale Aenderungen der Organisation vor dem ordentlichen Parteitag vorzunehmen. Die Fraktion, die sich ebenfalls eingehend mit der Angelegenheit beschäftigte, war gleicher Meinung mit dem Partei-Vorstand. Die Fraktion setzte eine Kommission, bestehend aus den Genossen Auer, Bebel, Dreesbach, Geyer, Singer und Stadthagen ein mit der Aufgabe, das Organisationsstatut einer Revision zu unterziehen und der Fraktion eine Vorlage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Die von der Kommission ausgearbeitete, von der Fraktion durchberathene und angenommene Vorlage wird dem Parteitag zur endgültigen Entscheidung unterbreitet.

Durch die als nothwendig sich herausstellenden Aenderungen des Organisationsstatuts ist die Organisation der Genossen in den einzelnen Orten oder Kreisen, sowie den Provinzen und Bundesstaaten, unberührt geblieben. Die Aufhebung des Verbindungsverbotes hat für die Genossen nur das eine Gute im Gefolge, daß die Genossen eine größere Freiheit der Entschließung gewonnen haben, welcher Organisationsform sie für die örtlichen, Kreis- oder provinziellen Verhältnisse den Vorzug geben wollen. Die Genossen sind nicht mehr gezwungen, nur durch den Vertrauensmann mit dem Partei-Vorstand zu verkehren, aber sie können es thun. Ebenso können die Aufgaben, die dem Vertrauensmann obliegen, durch den Vorstand bezw. den Vorsitzenden des Wahl-, Volks- oder Arbeitervereins ausgeführt werden; desgleichen hängt es nur von Zweckmäßigkeitsgründen ab, ob die Genossen in jedem Ort einen Verein gründen, ob sie dem Kreisverein den Vorzug geben, oder ob sie das Vertrauensmännersystem beibehalten und neben diesem auch Vereine bilden wollen. Jede Form ist jetzt möglich und zulässig. Bedingung ist nur, daß die Genossen, welche Organisationsform sie auch wählen, die Parteigeschäfte einträchtig und einheitlich ausführen und fördern. Auch die früher empfohlene Vorsicht, einen Vertrauensmann der Partei weder mit den Geschäften des Vorstandes eines politischen Vereins, noch denen einer Gewerkschaft zu betrauen, ist jetzt hinfällig.

Die Genossen haben denn auch theils aus eigenem Antrieb, theils unter Anleitung des Partei-Vorstandes die Organisation ausgebaut, um begangene Fehler zu vermeiden und gekräftigt neue Kämpfe ausfechten zu können. So haben sich z. B. die Genossen in Anhalt-Dessau und Bernburg am 17. Juni d. J. eine gemeinsame Landesorganisation geschaffen, um die Agitation einheitlicher und nachdrücklicher betreiben zu können. In den Orten, in denen die Staatsanwaltschaft den erfolgreichen Versuch machte, die öffentliche Quittung des Vertrauensmannes als eine Aufforderung zu einer nicht

erlaubten Kollekte zu verfolgen, wie z. B. in Magdeburg und Erfurt, haben die Genossen den Weg der Vereinsgründung mit festen Beiträgen betreten. Damit sind sie der staatsanwaltlichen Fürsorge entrückt. Wie in den angezogenen Fällen werden die Genossen stets die für die örtlichen Verhältnisse vortheilhafteste Organisationsform zur Anwendung zu bringen wissen.

* * *

Im vorjährigen Bericht konnte noch auf den andauernden guten Geschäftsgang in den meisten Industrien hingewiesen werden. Der damit verbundene Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung brachte vielerorts den Arbeitern der verschiedensten Branchen eine günstigere Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vornehmlich waren es die Bauarbeiter der verschiedenen Berufe und die Holzarbeiter, die von der Lohnbewegung profitirten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß fast ausnahmslos die Arbeiter den Unternehmern Unterhandlungen über die gestellten Forderungen anboten und erst, wenn die Unterhandlungen schroff abgewiesen wurden, zur Arbeitsniederlegung schritten. Diesem korrekten Verhalten hatten es die Arbeiter zu danken, daß die Anrufung des Einigungsamtes der Gewerbegerichte für sie fast immer erfolgreich war. Es muß dies ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich rege an den Wahlen zum Gewerbegericht zu betheiligen und die Agitation für die Forderung der obligatorischen Einführung der Gewerbegerichte nicht erlahmen zu lassen.

Ueberhaupt haben die Arbeiter alle Ursache, durch stetige Ausbreitung und Pflege der Organisation sich die errungenen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Anzeichen einer drohenden Krise mehren sich. Rückgang des Geschäftsganges wird gemeldet aus der Werkzeugmaschinenbranche, der Musikinstrumentenindustrie und der Textilindustrie. Der Rückgang ist zum Ausdruck gekommen theils in Arbeiterentlassungen, theils in erheblicher Herabsetzung der Arbeitszeit, wie z. B. bei der Firma für Teppichfabrikation Koch & te Cock in Oelsnitz im Vogtland. Es gilt gewappnet zu sein, um der naheliegenden Versuchung des Unternehmerthums, die Löhne zu reduziren, widerstehen zu können. Darum hinein in die Organisationen.

* * *

Eine neue „Kraftprobe" hat der Hamburger Arbeitgeberverband inscenirt. Die Gelegenheit ist so frivol vom Zaun gebrochen, daß sie ohne Gleichen in der Geschichte der Lohnkämpfe dasteht. Auf die Scharfmacherei des Arbeitgeberverbandes hin sind auf den Schiffswerften Hamburgs zur Stunde 3000 Werftarbeiter ausgesperrt. Davon 1500 am 14. Juli und weitere 1500 am 21. Juli. Weitere Aussperrungen sind angedroht, wenn nicht die Nieter der Reiherstiegwerft, die seit ein paar Wochen wegen einer Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde sich im Ausstand befinden, bedingungslos zur Arbeit zurückkehren. Die Arbeiter sollen zu Paaren getrieben und ihnen die Möglichkeit genommen werden, zur Unterstützung ihrer Arbeitsbrüder etwas beizutragen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter soll zum Weißbluten gebracht werden, damit sich die Werften ungenirt in die lockende Beute der auf Jahre hinaus gesicherten lohnenden Aufträge setzen können, die ihnen die Schiffsbauten der deutschen Marine garantirten. Das Frohlocken bei dem Beutezug will man nicht durch die Mahnung der Theilnahme in Gestalt von Erhöhung des Stundenlohnes der Arbeiter um ein paar Pfennige getrübt sehen. Von den enthusiasmirten Flottenschwärmern wurden den Arbeitern die erstaunlichsten Vortheile ausgemalt, die sie aus der vermehrten Arbeitsgelegenheit der Verstärkung der deutschen Flotte haben würden. Jetzt bekommen die Arbeiter einen Vorgeschmack von den Früchten, die ihnen von dem Geschäftspatriotismus der Industriellen zugedacht sind.

* * *

Agitation. Das Lebenselement der Partei ist die Agitation, ihre Förderung die erste und vornehmste Aufgabe des Partei-Vorstandes. Jede von

den Genossen an den Partei-Vorstand im Interesse der Agitation gestellte Anforderung hat fast in allen Fällen in vollem Umfange Berücksichtigung gefunden.

Mit dem Anwachsen und der Ausbreitung der Partei kann die Agitation nicht ausschließlich von der Zentralstelle aus geleitet werden. Durch die verschiedenen Landes-, Provinzial- und Ortsverhältnisse bedingt, fiel die Ausführung der Agitation den Landes- und Provinzialorganisationen wie den einzelnen Vertrauensleuten zu, die bald dem Partei-Vorstand Anregung gegeben, bald solche von demselben empfangen haben, im besten Einvernehmen mit dem Partei-Vorstand gewirkt und ihrer Aufgabe gerecht geworden sind.

In verschiedenen Landestheilen ist die mündliche Agitation außerordentlich erschwert. In Mecklenburg sind politische Versammlungen nur während der Wahlperiode möglich. In Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien, wo die Partei stetig an Boden gewonnen hat, versuchen die Gegner, noch all die alten Mittel zur Anwendung zu bringen, um der Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen Abbruch zu thun: Einschüchterung, Androhung der Arbeitsentlassung und Saalabtreiberei sind gang und gäbe. Besonders die Saalabtreiberei durch Androhung von Militärboykott, verschärfte Polizeiaufsicht, Herabsetzung der Feierabendstunde, Verweigerung der Tanzerlaubniß und event. Konzessionsentziehung steht im vollen Flor. Hier und da findet sich mitunter noch ein Wirth, der, materiell günstig gestellt, politisch so viel Steifnackigkeit besitzt, allen Versuchen der Beeinflussung zu trotzen. Die meisten werden aber mürbe und verlieren lieber ihre Arbeiterkundschaft, als dem Wohlwollen des Herrn Landraths ausgeantwortet zu sein.

Die Erschwerung der Agitation durch die Saalabtreiberei hat den Genossen vielerorts den Gedanken der Erwerbung oder Erbauung eines Saales und der dazu benöthigten Wirthschaftsräume nahegelegt. Anträge um Beihilfe zu derartigen Projekten gehen bei dem Partei-Vorstand so zahlreich ein, daß, dürfte oder müßte der Partei-Vorstand den Anträgen stattgeben, das Parteivermögen längst in Saalbaus und Gewerkschaftshäusern aufgebraucht wäre. Trifft es sich, daß an einem Ort, wo Lokalmangel herrscht, ein Genosse vorhanden ist, der mit geringem eigenen Kapital sich erbietet, ein größeres Lokal zu erwerben, dann sind die Genossen Feuer und Flamme und bestürmen den Partei-Vorstand um Beleihung des fraglichen Grundstücks. Daß die Rentabilität bei den Genossen jedesmal außer allem Zweifel steht, sei nur nebenbei bemerkt.

Zuletzt hat denn auch noch der Lokalmangel spekulative und materiell nicht günstig stehende Wirthe zu dem Versuch veranlaßt, durch Vermittelung und Befürwortung der Genossen Darlehnsanträge oder Hypothekengesuche beim Partei-Vorstand einzureichen, die sich zum Theil garnicht auf bescheidene Summen beschränkten. Selbstredend konnten derartige Anträge und Gesuche keine Berücksichtigung finden.

Hauptsächlich in den Gegenden, in denen die mündliche Agitation durch Lokalmangel oder Saalabtreiberei erschwert wird, lassen es sich die Genossen angelegen sein, die Agitation durch die Verbreitung von Flugblättern und Agitationsbroschüren zu fördern. Daneben läuft eine nachhaltige Propaganda für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Speziell, um der periodischen Presse bei den Landarbeitern Eingang zu verschaffen, haben die Genossen in Braunschweig, Kassel, Dresden, Halberstadt, Köln und Stuttgart Wochenausgaben der Tagesblätter veranstaltet, die theils unentgeltlich, theils gegen einen sehr geringen Abonnementspreis geliefert werden. Dem gleichen Zweck unter den gleichen Bedingungen dienen die von den Genossen des Kreises Niederbarmin, Hanau, Hannover und Königsberg allmonatlich einmal herausgegebenen Blätter. Die Verbreitung der periodischen Blätter unter den Landarbeitern hat bei denselben so großen Anklang gefunden, daß bis auf zwei Verbreitungsgebiete, die der Unterstützung aus der Parteikasse bedurften, der Verlag der Blätter bezw. die Genossen des Verbreitungsgebietes selbst in der Lage waren, die Kosten zu decken. Die regelmäßige Verbreitung der periodisch erscheinenden Blätter hat eine enge

Fühlung und innigen Verkehr der industriellen Arbeiter mit den Landarbeitern im Gefolge, den zu zerstören der ebenso dumm wie dreist betriebenen muckerisch-reaktionären Agitation nicht gelungen ist und nicht gelingen wird. Für die Landarbeiter ist der Tag des Monatsbesuchs ihres städtischen Arbeitsbruders ein Tag der Freude und des Genusses.

Während der Reichstagssession wurden an die Fraktion und den Partei-Vorstand zahlreiche Ersuchen gestellt, Abgeordnete als Referenten zu bestellen. Soweit es möglich war, ist den Wünschen der Genossen Rechnung getragen, doch mußte immer noch eine erkleckliche Anzahl der Ansuchenden auf gelegenere Zeit vertröstet werden.

Um nun den weitgehensten Wünschen der Genossen entgegenzukommen, hat der Partei-Vorstand auch in diesem Jahr nach Schluß der Session eine Anzahl größerer Agitationstouren, auf das ganze Reich vertheilt zur Ausführung gebracht. Die einzelnen Provinzial- und Landesagitations-Komites, denen die Einzelarbeit — Anmeldung und Bekanntmachung der Versammlungen — zufällt, bedauern nur, daß die Zeit, in der sich die Referenten der Agitation widmen können, zu kurz bemessen sei. Dabei ist unter 14 Tage keine Tour vorgesehen gewesen. Das stets rege Interesse für die Agitation ist das beste und untrüglichste Kennzeichen der frohen Kampfesstimmung, die die Genossen allezeit beseelte.

* * *

Wahlen. In dem Berichtsjahr haben in 12 Wahlkreisen Neuwahlen stattgefunden, bei denen sich die Partei betheiligte. Es sind dies die Kreise Eßlingen-Württemberg, Schlettstadt-Elsaß, Germersheim-Pfalz, Deggendorf-Bayern, Calbe-Aschersleben-Provinz Sachsen, Bayreuth-Bayern, Aurich-Hannover, Offenburg-Baden, Nürnberg-Bayern, Mülhausen-Elsaß, Waldenburg-Schlesien und Northeim-Hannover.

Von den aufgeführten Kreisen wurde der 5. württembergische Kreis Eßlingen-Kirchheim von der Partei in der Stichwahl erobert. Das Mandat gehörte zum Besitzstand der Volkspartei, die bei der Hauptwahl am 27. Oktober v. J. erst an dritter Stelle rangirte. Die Partei behauptete die beiden Mandate von Nürnberg und Waldenburg. Das erstere war durch den am 4. April erfolgten Tod des Genossen Oertel erledigt, das letztere war durch die Mandatsniederlegung des Genossen Sachse frei geworden. Die freiwillige Niederlegung erfolgte deshalb, weil die Kassirung der Wahl wegen Verletzung des Wahlgesetzes durch den konservativen Wahlvorstand erfolgt wäre. Genosse Südekum wurde in Nürnberg mit fast derselben Stimmenzahl, die Genosse Oertel bei den Wahlen 1898 auf sich vereinigte, gewählt. Dieser Umstand verdient um deßwillen als ein Zeichen guter Parteidisziplin hervorgehoben zu werden, als die Gegner gehofft hatten, die durch den Tod des Genossen Oertel nothwendig gewordenen Auseinandersetzungen würden die so sehnlichst erhoffte Spaltung und gegenseitige Bekämpfung der Genossen herbeiführen.

Der Ausfall der Wahl im Kreise Waldenburg ist ein erfreuliches Zeichen der Erstarkung der Partei in Schlesien. Am 26. Juni wurde der Kreis zum ersten Mal im ersten Wahlgang erobert mit einem Mehr von 36 Stimmen über die Stimmenzahl, die Genosse Sachse 1898 bei der Stichwahl erhielt. Das will viel sagen, wenn man in Betracht zieht, daß seit dem letzten Ausstand, veranlaßt durch die immer schroffer zum Ausdruck gelangenden Herrengelüste der Grubenverwaltungen, an 3000 Bergleute den Staub der Heimath von den Pantoffeln geschüttelt und sich anderweit ein gastlicheres Heim gesucht haben. Der Sieg des Genossen Sachse im ersten Wahlgang gewinnt umsomehr an Bedeutung, als das Centrum keinen Kandidaten aufstellte, sondern seine Wähler aufforderte, für den Grubendirektor Ritter zu stimmen. Aber weder das soziale Uebergewicht des Herrn Generaldirektors, noch die Beeinflussung durch die „schwarze Garde“ vermochte die braven Bergarbeiter in ihrer Klassenerkenntniß wankend zu machen.

Minder glücklich war die Partei in der Vertheidigung der Mandate von Calbe-Aschersleben und Mülhausen. Ist uns auch der Verlust der beiden Mandate nicht gleichgiltig, so liegt doch kein Grund vor, dieserhalb den Kopf hängen zu lassen. Der Wahlkreis Calbe-Aschersleben gehörte und gehört keiner der beiden Parteien unbestritten. Weder der Ordnungsklüngel, der sich zusammengefunden hat von den Freisinnigen bis zu den Antisemiten, noch unsere Partei verfügt in dem Kreis über eine ausschlaggebende Mehrheit. Der Kreis ist am 26. Februar verloren gegangen unter dem Druck des wirthschaftlichen Uebergewichts des Agrarierthums, verbunden mit einer beispiellosen Einschüchterung der Wähler, denen vorgeredet wurde, Jeder, der Albert Schmidt wähle, identifizire sich mit dem Majestätsbeleidiger, was von den Indifferenten dahin aufgefaßt wurde, Jeder, der Schmidt wähle, mache sich der Majestätsbeleidigung schuldig. Bei dieser skrupellosen Agitationsweise der Gegner darf man es als einen guten Erfolg der erzieherischen Thätigkeit der Partei ansehen, wenn die am 26. Februar erreichte Stimmenzahl nur um 371 Stimmen hinter der von 1898 zurückgeblieben ist. Die Organisation des Kreises ist eine gute. Die Leitung derselben ruht in Händen von tüchtigen, bewährten Genossen. Beides berechtigt zu der Hoffnung auf ein gutes Resultat in der Zukunft.

Der Ausgang der Wahlschlacht in Mülhausen ist von verschiedenen Seiten aus parteigenössischen Kreisen als eine schwere Niederlage der Partei bezeichnet worden. Der Nichteingeweihte konnte es nicht fassen, daß der Kreis, der 10 Jahre im Besitz der Partei sich befunden hatte, einen Stimmenrückgang von rund 6000 Stimmen aufwies. Die Eingeweihten wußten, daß es so kommen würde, wie es gekommen ist. Das hat die verantwortlichen Stellen — die Vertreter der organisirten Genossen des Wahlkreises Mülhausen, den Landesvorstand von Elsaß-Lothringen und die Parteileitung —, Partei-Vorstand und die Kontrolleure, aber nicht abgehalten, einem der Partei unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Es stand fest, daß der Mülhauser Wahlkreis unter der Führung Bueb's, dessen Thätigkeit nur in einer ab und zu gepflegten Harranguirung der indolenten Masse zur Förderung des ödesten Protestlerthums bestand, nie eine Hochburg der Sozialdemokratie werden würde, für die er fälschlicherweise vielfach gehalten wurde. Die Sache stand so: Die Partei hatte zu wählen, entweder in Rücksicht auf das Mandat von der Person Bueb's abhängig zu sein, oder unter der Voraussetzung des etwaigen Verlustes des Mandats die Parteiverhältnisse des Kreises Mülhausen auf eine gesunde Basis zu stellen. Die verantwortlichen Stellen haben nicht einen Augenblick gezaudert, die Entscheidung wie geschehen zu treffen. Die am 5. Juli für den „Schwob" Emmel abgegebenen 7680 Stimmen dürfen nach Lage der Sache mit Fug und Recht als sozialdemokratische Stimmen bezeichnet werden. Bei planmäßiger agitatorischer und organisatorischer Arbeit der Genossen des Mülhauser Kreises muß derselbe früher oder später zu dem festen Besitzstand der Sozialdemokratie ausreifen.

In den anderen aufgeführten Kreisen, in denen die Partei engagirt war, wurde der Besitzstand der Stimmen von 1898 behauptet. Eine Ausnahme davon macht der Wahlkreis Offenburg-Kehl, in dem unsere Stimmen von 1889 im Jahre 1898 auf 906 Stimmen bei der Wahl am 6. Mai zurückgegangen sind. So etwas sollte in einem Kreis mit alter Parteibewegung nicht vorkommen.

Für erledigte Reichstagsmandate, bei denen die Partei betheiligt ist, stehen noch 2 Nachwahlen bevor. In Westhavelland und Wanzleben. Der erstere Kreis wurde von der Partei am 6. November 1896 in der Stichwahl erobert, fiel aber bei den Wahlen 1898 den Konservativen zu, die sich einer derartig objektiven Wahlagitation befleißigten, daß der Reichstag die Wahl des Herrn v. Löbell kassirte. Die Nachwahl ist zum 16. Oktober ausgeschrieben.

* * *

Mit stets steigendem Interesse und Erfolg wenden sich die Genossen der Betheiligung an den Landtagswahlen der Kleinstaaten zu. Bei einer Reihe von Nach- und Ergänzungswahlen erzielten die Genossen schöne Erfolge. Im Oktober brachten die Geraer Genossen den 3. Abgeordneten mit erheblicher Mehrheit durch. Ebenso hielt im Oktober Genosse Hug-Bant als erster sozialdemokratischer Abgeordneter seinen Einzug in den Oldenburger Landtag. Genosse Winter-Frankenhausen behauptete am 27. Oktober den Besitzstand der Partei im Landtag von Schwarzburg-Sondershausen. Anfangs November erhöhten die Badenser Genossen durch die Eroberung von je einem Mandat in Pforzheim und Durlach die Kammerfraktion auf 7 Abgeordnete. Zu gleicher Zeit gelang es den hessischen Genossen durch Behauptung des Besitzstandes und Eroberung des Kreises Groß-Gerau-Land 5 Abgeordnete in den Landtag zu senden. Die Genossen in Reuß ältere Linie eroberten im Januar 1 Mandat und die Genossen des Meininger Landes im März und Mai je ein Mandat, so daß der aus 24 Abgeordneten bestehende Meininger Landtag 6 sozialdemokratische Abgeordnete aufzuweisen hat. Bei der am 22. Mai in Nürnberg vollzogenen Landtagsersatzwahl wurde Genosse Dr. Haller mit 161 Stimmen gegen 73 abgegebene weiße Zettel gewählt.

Ein kräftiger Vorstoß gelang den Bremer Genossen bei den Ende November gethätigten Bürgerschaftswahlen. Im ersten Ansturm gewannen die Genossen 9 Mandate und 2 in der Stichwahl. Ein Genosse, der nur eine Mehrheit von 4 Stimmen erzielt hatte und dessen Wahl beanstandet war, legte sein Mandat nieder. Der Genosse hatte die Genugthuung, bei der Nachwahl eine Mehrheit von 78 Stimmen zu erzielen.

Neu- bezw. Ergänzungswahlen für die Landtage stehen bevor in Sachsen, Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Württemberg und Baden. In Coburg-Gotha setzen die Gegner alles in Bewegung, den stets wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu brechen. Dabei bieten die Freisinnigen die Hand zur Anwendung der schäbigsten Mittel. Auf Grund einer recht zweifelhaften Wahlordnungsbestimmung, nach der die Wahlen auch öffentlich vorgenommen werden können, soll das bisher gethätigte geheime Stimmrecht gemeuchelt werden.

* * *

Durch die Bethätigung der Genossen an den Kommunalwahlen und dem Eindringen in die Gemeindevertretungen ist vielfach ein frischer Zug in die Gemeindeverwaltungen gekommen. Das Eindringen der Genossen in die Gemeindevertretungen war in dem Berichtsjahr in allen Gegenden des Reichs ein so umfangreiches, daß eine Einzelaufführung der errungenen Erfolge nicht angängig ist. Allenthalben, in Württemberg, Baden, Hessen, Bayern, den mitteldeutschen Herzogthümern, Sachsen und Preußen hat die Zahl der Orte zugenommen, in denen Sozialdemokraten als Gemeindevertreter gewählt wurden. Und in den Orten, in deren Gemeindeverwaltung bereits ein Stamm von Genossen thätig war, ist die Zahl der Vertreter erheblich gestiegen. So ist die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus durch die letztjährigen Wahlen auf 22 Mitglieder gestiegen. Im Brandenburger Stadtverordnetenkollegium eroberten die Genossen 11 Sitze. Bemerkenswerth waren die Erfolge der Genossen bei den Gemeindewahlen in Bayern und Baden. Vornehmlich waren es die Genossen der bayerischen Pfalz, die glänzende Erfolge, wie z. B. in Ludwigshafen und Kaiserslautern, erzielten. Würdig dem errungenen Sieg bei der letzten Reichstags- wie Landtagswahl eroberten die Genossen in Pforzheim die 3. Wählerklasse. In Forchheim, einem Ort bei Karlsruhe, siegte die Partei auch in der 2. Klasse, so daß unter 48 Gemeindevertretern sich derzeit 31 Genossen befinden. Nach heißem Ringen ist es diesmal den Genossen in Kassel und Arnstadt zum ersten Male gelungen, je 2 Vertreter in die Stadtverwaltung zu wählen.

Mit der erhöhten Thätigkeit der Genossen in den kommunalen Verwaltungen machte sich alsbald auch das Bedürfniß nach einem kommunalen

Programm geltend, damit Fehler Einzelner vermieden würden und die Beschlüsse der Genossen der Kritik unter Zugrundelegung des Parteiprogramms Stand hielten. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg waren vor 2 Jahren in dieser Richtung bereits bahnbrechend vorgegangen. Die Genossen in Sachsen und Württemberg sind in diesem Jahre gefolgt und haben auf ihren Landes- bezw. Gemeindevertreterkonferenzen ausführliche Gemeindewahlprogramme aufgestellt, die auch den Genossen anderwärts zur Nachachtung empfohlen werden können. Redaktionelle Aenderungen ergeben sich durch die Bedürfnisse der örtlichen Verhältnisse von selbst.

Allgemeines Aufsehen erregte es in den Parteikreisen, als am 24. Februar sich vier Genossen von den 5 sozialdemokratischen Gemeindevertretern in Elmshorn bereit fanden, Gemeindemittel für den Empfang des Oberpräsidenten v. Köller zu bewilligen. Der Name dieses Mannes hätte die Genossen vor der Begehung der Dummheit abhalten müssen.

Den 2. Satz der Ziffer 9 unseres Programms, unentgeltliche Todtenbestattung, hat die Stadtverordnetenversammlung in Höchst a. M. zum Beschluß erhoben. Die Offenbacher Gemeindevertretung, in der unsere Genossen den Ton angeben, hat für den nächstjährigen Etat Posten sowohl für die unentgeltliche Todtenbestattung, wie auch für die unentgeltliche Geburtshilfe vorgesehen. Die Ablehnung der von dem Verband der Baugewerksmeister Berlins bei der Uebernahme städtischer Arbeiten verlangten Bewilligung der sogenannten „Streikklausel“ durch den Magistrat ist ebenfalls auf das Konto der ebenso scharfen wie zutreffenden sozialdemokratischen Kritik zu setzen, die der unverschämten Forderung des Verbandes im Stadtverordnetenkollegium widerfuhr. Der Erfolg der sozialdemokratischen Kritik ist umso durchschlagender, als der Magistrat den sozialdemokratischen Anregungen folgend, den Baugewerksmeistern im Falle ihrer Renitenz androhte, die städtischen Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen.

* * *

Vor 10 Jahren, am 29. Juli, trat das Gewerbegerichtsgesetz in Kraft. Von den ihm noch anhaftenden Mängeln ist in dem ganzen Zeitraum nicht ein einziger derselben beseitigt. Das hat die klassenbewußte Arbeiterschaft aber nicht abgehalten, das Gesetz in der bestehenden Form so gut wie möglich auszunützen. Nur dem fortwährenden Drängen der Arbeiter ist die Ausbreitung der Gewerbegerichte zu danken, der sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch vielfach die Gemeindebehörden widersetzten und noch wiedersetzen. Gegenwärtig bestehen in Deutschland über 300 Gewerbegerichte. Bei allen in dem Berichtsjahr vorgekommenen Wahlen haben die organisirten Arbeiter ihren Besitzstand behauptet. In Höchst a. M. eroberten die Genossen auch die Klasse der Arbeitgeber; in Halle brachten es die Genossen in der Klasse der Arbeitgeber auf 208 Stimmen gegenüber 441 Stimmen der Arbeitgeberliste.

* * *

Die Maifeier als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats, die internationale Solidarität und den Völkerfrieden, nahm auch in diesem Jahre einen großartigen Verlauf. Die Auffassung, daß die würdigste Form der Demonstration die allgemeine Arbeitsruhe ist, ist diesmal stärker wie vorher zum Ausdruck gelangt. An den am Vormittag des 1. Mai veranstalteten Versammlungen und Ausflügen war die Betheiligung eine starke, namentlich in den großen Parteiorten. Diese Thatsache wurde selbst von der bürgerlichen Presse, wenn auch mit den üblichen Verlegenheitsphrasen, anerkannt. An einzelnen Orten, wie z. B. in Harburg, Lübeck, Gera, Halle und anderen Orten, wurden die Maurer, Zimmerer, Maschinenbauer und Holzarbeiter ausgesperrt. Doch kam es dieserhalb, außer in Lübeck, nicht zu größeren Differenzen. Die Ausgesperrten wurden untergebracht, weshalb sich die Unternehmer beeilten, ihre Werkstätten zu öffnen, um nicht den Stamm ihrer

geschulten Leute zu verlieren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erkleckliche war, die anerkennen, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstags für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwilligst entgegenkamen.

Leider war es den meisten Genossen der Reichstagsfraktion versagt, sich in ihren Wahlkreisen an der Maidemonstration zu betheiligen. Auf der Tagesordnung standen Wahlprüfungen, die uns nöthigten, im Reichstag zur Stelle zu sein. Unter Anderem standen nämlich die Wahlen in Westhavelland, Kiel und Berlin V zur Entscheidung. Da wir in allen drei Wahlkreisen gleich engagirt sind, durften wir die Entscheidung unter keinen Umständen dem Spiel des Zufalls überlassen. Das Gleiche galt von der Wahl in dem hannoverschen Wahlkreis Einbeck-Osterode und der des Freiherrn v. Stumm, wenn die Partei dabei auch nicht in dem Maße interessirt ist, wie bei den drei zuerst genannten.

* * *

Die Parteipresse. Eine Anzahl Blätter unserer Parteipresse feierten im Berichtsjahr das Fest ihres 10jährigen Bestehens. Wir nennen unter anderen die „Bielefelder Volkswacht", die Elberfelder „Freie Presse", die Frankfurter „Volksstimme", die „Halberstädter Arbeiterzeitung", das „Haller Volksblatt", die Magdeburger und die Mannheimer „Volksstimme", sowie die „Niederrheinische Tribüne". Die Blätter feierten ihren Ehrentag durch Veranstaltung von Jubiläumsausgaben, denen, wie in Magdeburg, noch eine Extrafestnummer beigegeben war, eine Musterleistung in redaktioneller und technischer Hinsicht.

Unser Halberstädter Parteiorgan erschien bis zum 1. April 1898 als Wochenblatt. Von da ab 3mal wöchentlich. Trotzdem weist das Strafregister des Blattes in den 10 Jahren seines Bestehens 23 Monate und 14 Tage Gefängniß und 5530 Mk. Geldstrafe auf. Dazu kommen an Gerichts-, Vertheidigungs- und Entschädigungskosten 9142 Mk. Aber alle Strafen und gebrachten Opfer haben nur dazu beigetragen, die Spannkraft und Ausdauer der Genossen zu stählen.

In Magdeburg erfreute sich die Partei stets der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei und des Staatsanwalts. Dementsprechend ist das Strafkonto der Redakteure und der im Verlag beschäftigten Genossen. Die korrespondirenden Ziffern wie bei unserem Halberstädter Organ sind folgende: 12 Jahre, 1 Monat, 13 Tage Gefängniß und 7096 Mk. Geldstrafe. Für Vertheidigungs-, Gerichtskosten ꝛc. wurden 33840 Mk. verausgabt. Waren die Opfer auch schwere, die Genossen haben sie freudig gebracht.

Der Stand der politischen Parteipresse hat sich im Berichtsjahr um zwei vermehrt: die in Augsburg wöchentlich 2mal erscheinende „Augsburger Volkszeitung" und die als Monatsblatt in Berlin für die Provinz Brandenburg erscheinende „Fackel".

Aus privatem Besitz sind zwei Parteiorgane in Parteiverlag übergegangen: die „Fränkische Tagespost" und die „Freie Presse" in Elberfeld. Letzteres war nur möglich durch Beihilfe der Gesammtpartei. Ebenfalls unter Beihilfe der Gesammtpartei sind die drei bis dahin 3mal wöchentlich erscheinenden Blätter „Sächsisches Volksblatt" in Zwickau, „Reußische Volkszeitung" in Greiz und „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen seit dem 1. Juli d. J. in Tageblätter umgewandelt. Unstreitig ist die Konsolidirung und das Wachsthum der Parteipresse der beste Gradmesser für die Stärke, Bedeutung und den Einfluß der Partei. Deshalb ist es die Pflicht der Gesammtpartei, den Genossen da Beihilfe zu leisten, wo die Vorbedingungen einer gesunden Entwickelung der Presse gegeben sind und die Genossen aus eigener Kraft die erforderlichen Mittel aufzubringen nicht im stande sind. So sehr nun auch der Partei-Vorstand bestrebt ist, allen Ansprüchen der Genossen gerecht

zu werden, mußte in zwei Fällen der beabsichtigte Uebergang von dem 3maligen Erscheinen der Blätter zu einem Tageblatt um einige Zeit zurückgestellt werden, womit sich die Genossen nach voraufgegangener Verständigung einverstanden erklärten.

Bei unserem Hamburger Organ ist am 1. Juli eine Verbilligung von 60 Pfg. pro Vierteljahr eingetreten. Gleichzeitig ist an demselben Termin die Privatkolportage des Blattes beseitigt und die Verbreitung in eigene Verwaltung der Genossen genommen worden. Skeptiker glaubten von der letzteren Aenderung einen wesentlichen Rückgang des Abonnentenstandes erwarten zu müssen. Das Gegentheil ist eingetreten. Eine unter dem günstigen Einfluß der Herabsetzung des Abonnementspreises von den Genossen betriebene Agitation brachte eine Steigerung des Abonnentenstandes von 7000. Der Abonnentenstand des „Echo" betrug vor dem 1. Juli 26000 und heute 33000. Die Arbeiten an dem Erweiterungsbau des Hamburger Geschäfts werden rüstig gefördert.

Bei der Uebernahme des Verlags der „Fränkischen Tagespost" waren die Nürnberger Genossen gezwungen, auch die Druckerei zu übernehmen. Dagegen ist die Errichtung der Druckerei in Frankfurt a. M. aus der Initiative der Frankfurter Genossen entstanden. Die „Volksstimme" wird seit dem 1. Januar in der eigenen Druckerei hergestellt. Des Weiteren suchen die Münchener Genossen jetzt ernstlich den lange gehegten Plan der Errichtung einer eigenen Druckerei zu verwirklichen. — Auch in Berlin sind dahinzielende Schritte eingeleitet.

In der Erscheinungsweise unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Neue Zeit" sowie desgleichen der Unterhaltungsblätter „Neue Welt" und „Freie Stunden" ist eine Aenderung nicht eingetreten. Ebenso unverändert erscheinen die beiden Witzblätter „Wahrer Jakob" und „Süddeutscher Postillon". Der „Arbeiternotiz- und der „Neue Weltkalender" erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Die hohen Auflagen finden glatten Absatz.

Der zur Ausgabe gelangte „Neue Weltkalender" für das Jahr 1901 ist eine Jubiläumsausgabe. 1876 erschien zuerst auf Grund eines Beschlusses des Partei-Vorstandes und der Kontrolleure der „Arme Konrad" als offizieller Parteikalender. 1879 sozialistengesetzlich verboten, folgte ihm der „Omnibus", diesen löste der von 1883 an in Stuttgart erscheinende „Neue Weltkalender" ab. Ein geschmackvoll hergestelltes Cliché der jüngsten Ausgabe veranschaulicht den Entwickelungsgang des Parteikalenders während der 25 Jahre.

Eine sehr hohe Bedeutung für die Partei haben die kleinen 1—2 Bogen starken Agitationskalender erlangt. Die Verbreitung derselben hat sich außerordentlich wirksam erwiesen, die Parteigrundsätze in leicht faßlicher Form unter der Landbevölkerung zu verbreiten. Fast alle Landes- und Provinzialagitationskomitees veranstalten Auflagen dieser Kalender, die in Mecklenburg, Brandenburg und Ostpreußen bis über 200 000 Exemplare erreichen. Muß doch selbst der „Verein zur Verbreitung Christlicher Zeitschriften anerkennen, daß der Verschleiß seiner Kalender gegenüber der Zahl der verbreiteten sozialdemokratischen Kalender „kein großer Erfolg" war.

Durch die auf dem Parteitag in Hannover beschlossene Aenderung des Organisationsstatuts steht die Kontrolle über die Haltung und Verwaltung des Centralorgans gleicherweise dem Partei-Vorstand und der durch die Berliner Genossen gewählten Preßkommission zu. In zahlreichen gemeinschaftlichen Sitzungen fanden die Geschäfte ihre Erledigung.

Die Stelle des verantwortlichen Redakteurs, die der verstorbene Genosse Jacobey bekleidete, wurde dem Genossen Paul John übertragen. Derselbe war zuletzt leitender Redakteur des Kasseler Parteiorgans. Ferner traten in die Redaktion ein: in den politischen Theil, Genosse Ströbel am 1. April, und Genosse Lessen am 15. Mai für den feuilletonistischen Theil, mit dem auch die Redaktion der „Neuen Welt" verbunden ist.

In die Expedition ist an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Genossen Herzfeldt der Genosse Fritz Zubeil eingetreten.

Der finanzielle Stand des Blattes hat sich fast auf der vorjährigen Höhe gehalten. Der Jahresüberschuß beträgt 58 710,05 Mk. gegen 64 677 Mk. des Vorjahres. Wenn man in Betracht zieht, daß die diesjährigen Ausgaben gegen die im Vorjahre um 3350,90 Mk. höher waren, so ergiebt sich, daß das Minus des Reingewinns nur 1616,05 Mk. beträgt. Die Auflage hält sich andauernd auf 52 000 Exemplare.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

1899/1900.

	Juli-September 1899		Oktober-Dezember 1899		Januar-März 1900		April-Juni 1900		Summe	
A. Eingänge:										
Abonnementsgelder durch die Expedition	110485	65	108695	85	108963	85	105627	15	433772	50
Abonnementsgelder durch die Post	8111	—	8899	45	8803	50	8442	75	34256	70
Inseraten-Einnahme . . .	34008	95	42077	85	35630	05	48244	70	159961	55
Honorar aus dem Broschürenverkauf durch die Expedition			664	30					664	30
Gesammt-Einnahme Mk.	152605	60	160337	45	153397	40	162314	60	628655	05
B. Ausgänge:										
Diverse Unkosten: (Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibutensilien, Geschäftsbücher, Formulare, Agitation 2c. 2c.)	4930	95	6625	60	5483	90	8210	65	25251	10
Zeitungs-Abonnement . .	328	85	369	10	350	10	426	—	1474	05
Feuilleton	1786	40	3115	—	2828	90	2793	30	10523	60
Redaktion u. angestellte Mitarbeiter	14295	65	13629	75						
Berichterstatter-Honorar . .	10799	45	11323	35						
Redakteure					12944	30	13646	35	97384	55
Mitarbeiter: Politik					6070	05	5422	85		
Versammlungen					1725	45	1118	10		
Lokales . . .					3080	55	3278	70		
Depeschen und Parlamentsberichte	535	20	1227	50	1630	50	1345	30	4738	50
Neue Welt	7800	40	8396	60	7053	50	8063	30	31313	80
Gehälter der Expedition . .	3324	—	3600	—	3420	—	3450	—	13794	—
Miethe	1247	50	1247	50	1247	50	1247	50	4990	—
Gerichtskosten	910	70	231	30	111	—	478	10	1731	10
Redaktionsbibliothek . . .	257	40	518	60	220	50	330	85	1327	35
Druckrechnung	91273	10	101866	70	91059	05	93268	10	377466	95
Gesammt-Ausgabe Mk.	137489	60	152151	—	137225	30	143079	10	569945	—
Gewinn . . . . „	15116	—	8186	45	16172	10	19235	50	58710	05
wie oben unter A Mk.	152605	60	160337	45	153397	40	162314	60	628655	05

Der Gesammtüberschuß beträgt Mk. 58 710,05.

Berlin, den 7. August 1900.

Revidirt und für richtig befunden:

H. Meister. Ehrhart. Theodor Metzner. H. Koenen.
Fr. Brühne. Aug. Kaden. Klara Zettkin.

Aus dem **Geschäftsbericht der Buchhandlung Vorwärts** für das Jahr 1899/1900 ersehen wir, daß Gang und Stand des Geschäftes wie in den Vorjahren als zufriedenstellend bezeichnet werden können. Der Waarenumsatz hat sich gegen das Vorjahr um mehr als 7000 Mk. erhöht und damit die höchste bisher erreichte Ziffer übertroffen — nur das Wahljahr 97/98 hatte einen um 8000 Mk. höheren Umsatz zu verzeichnen. In dieser von Jahr zu Jahr steigenden Höhe des Waarenumsatzes finden wir — mehr noch als in den regelmäßig erzielten Ueberschüssen, aus denen im laufenden Geschäftsjahre abermals 14 000 Mk. zu Agitationszwecken der Parteikasse zur Verfügung gestellt werden konnten — die Bestätigung dafür, daß die Buchhandlung immer mehr ihrer Hauptaufgabe gerecht zu werden versucht: der Agitation in Gestalt aufklärender und anfeuernder Agitationsschriften Waffen zu liefern für Werbung neuer und zur Weiterbildung der gewonnenen Genossen.

Im verflossenen Jahre suchte die Buchhandlung ihr Thätigkeitsgebiet zu erweitern, indem sie mit der Herausgabe von Kunstblättern in Kupfer-Radirung den Versuch unternahm, den künstlerischen Geschmack in den Massen zu wecken und zu läutern. Die dabei bis jetzt gemachten Erfahrungen zeigen, daß da ein harter und steiniger Boden zu beackern ist und daß nur langsam dem mißgebildeten Geschmack an schreienden Farben und plumper Darstellung entgegengewirkt, nur langsam dem unausgebildeten Sinn für einfache künstlerische Schönheit in Zeichnung, Licht- und Schattenwirkung nachgeholfen werden kann.

Die „Freien Stunden“ dringen über den festgewonnenen Stamm von Abonnenten in den Parteikreisen nur schwer hinaus; innerhalb der Partei scheint das Lesebedürfniß auf dem Gebiete der Unterhaltungsliteratur durch die Sonntagsbeilage und das Feuilleton der Tagespresse, das ja, entsprechend der Entwickelung unserer Presse, von Tag zu Tag reichhaltiger und besser gestaltet wird, gestillt zu werden und in die uns noch fernstehenden Kreise der indifferenten Arbeitermassen dringt der zur Verbreitung unserer Literatur funktionirende Colportage-Apparat nur schwer hinein. Ueber die Gründe zur Erklärung dieser Thatsache haben wir uns in früheren Berichten schon wiederholt ausgesprochen; doch erscheint dieses Gebiet so wichtig, daß die Versuche zur Gewinnung dieser uns noch fernstehenden Massen auch auf diesem Weg fortgesetzt werden sollen, wobei die Buchhandlung auf die Unterstützung der Parteipresse angewiesen ist.

An neuen Agitationsschriften sind im Laufe des Jahres neben der bereits im letzten Bericht erwähnten „Knebelung der Arbeiterklasse durch das Junkerparlament“ herausgegeben worden: Eisner: „Eine Junker-Revolte“ in 3000 Exemplaren, Liebknecht: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündniß“ (25,000 Exemplare), Mehring: „Weltkrach und Weltpolitik“ (19000 Expl.), Schippel, „Der Centralverband der Scharfmacher“ (10,000 Expl.), „Protokoll des Parteitages in Hannover“ (34,500 Expl.), ein „Führer durch das Invalidengesetz“ (17,000 Expl.) und eine neue Bearbeitung des kleinen „Handbuchs für Versammlungsleiter“ (3000 Expl.). Der Arbeiter-Notiz-Kalender für 1900 wurde in 25,000, die Maizeitung in 280,000 und das „18. Jahrhundert“ in 122,000 Exemplaren verbreitet.

Neu-Auflagen früherer Publikationen sind nach Bedarf veranstaltet worden, z. B. Calwer: „Die Kirche im Dienste des Unternehmerthums“ in 20,000 Auflage, „Zuchthausvorlage vor dem Reichstage“ (3500 Expl.), „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ (5000 Expl.), „Ziele der Sozialdemokratie“ (5000 Expl.), Programm (10,000 Expl.), Flugblätter u.s.w.

* * *

Kassenbericht. Der Kassenbericht umfaßt diesmal, infolge des früheren Stattfindens des Parteitages nur einen Zeitraum von 11 Monaten.

Während der vorjährige Kassenabschluß als ein durchweg guter bezeichnet werden konnte, ist der diesjährige ungünstig ausgefallen. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Das Defizit, das aus der Reserve gedeckt werden mußte, beträgt 33345,90 Mk.

Der Rückgang in den Einnahmen ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einmal sind in mehreren Parteiorten für die Vergrößerung der Druckerei-Einrichtungen so beträchtliche Aufwendungen gemacht worden, daß an die Zentralkasse entweder gar keine, oder nur geringe Beiträge abgeliefert werden konnten. In dieser Beziehung sei nur auf den fehlenden Beitrag des Hamburger Geschäftes hingewiesen.

Weiter haben auch die Sammlungen für die vom Unternehmerthum hart bedrängten dänischen und böhmischen Arbeiter ungünstig auf die Aufbringung der Parteibeiträge zurückgewirkt und endlich haben zahlreiche Parteiorte, obgleich sie über verhältnißmäßig hohe Bestände verfügen, es doch unterlassen, der Zentralkasse entsprechende Zuwendungen zu machen.

Die Zunnahme in den Ausgaben, die gegen das Vorjahr in runder Summe 43600 Mk. beträgt, ist durch größere Ausgaben für allgemeine Agitation (18000 Mk.) und für Darlehen (35000 Mk.) entstanden.

Die Darlehen sind in den weitaus meisten Fällen gegeben worden zum Ausbau der Parteipresse, bezw. der in Parteibesitz befindlichen Druckerei-Einrichtungen. So groß der in dieser Richtung verausgabte Betrag auch ist, mußten doch noch viele weitere Forderungen abgewiesen werden. Hoffentlich tragen diese für die Parteipresse gebrachten Opfer auch in materieller Beziehung bald gute Früchte, so daß die Kassenabschlüsse der nächsten Jahre wieder ein erfreulicheres Bild bieten.

Im Einzelnen vertheilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie umstehende Tabellen (S. 28 und 29) zeigen:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse
vom 1. September 1899 bis 31. Juli 1900

A. Einnahmen.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts"		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1899												
September	14163	43	13299	43	500	—	250	—	—	—	114	—
Oktober	21355	49	6206	51	—	—	—	—	15116	—	32	98
November	12451	56	12351	56	—	—	—	—	—	—	100	—
Dezember	9593	59	9086	54	250	—	150	—	—	—	107	05
1900												
Januar	21102	06	6365	76	—	—	6479	75	8186	45	70	10
Februar	13159	32	12736	97	—	—	262	35	—	—	160	—
März	31606	89	16105	79	—	—	—	—	—	—	15501	10
April	28782	05	11749	95	500	—	360	—	16172	10	—	—
Mai	38301	61	34767	61	3500	—	30	—	—	—	4	—
Juni	14751	30	14699	80	—	—	—	—	—	—	51	50
Juli	44315	01	15261	26	3500	—	6068	25	19235	50	250	—
	249582	31	152631	18	8250	—	13600	35	58710	05	16390	73

	249 582,31 Mk.
Hierzu Bestand vom 31. August 1899	8 434,70 „
Der Reserve entnommen	33 345,90 „
	291 362,91 Mk.

B. Ausgaben.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Ausgaben entfielen auf:																		
			Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Gehälter und Verwaltungs-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Diverse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1899																				
September . . .	28072	75	2318	—	624	60	5276	45	—	—	32	30	1901	—	13661	35	4190	—	74	05
Oktober	28375	64	868	40	88	44	9942	80	2000	—	—	—	1103	10	12000	—	2270	—	102	90
November . . .	22051	05	620	—	1370	—	3328	—	618	50	3300	—	776	34	9334	45	2190	—	513	76
Dezember . . .	18083	95	931	—	278	20	6930	60	—	—	3000	—	1689	70	—	—	5200	—	54	45
1900																				
Januar	23438	75	1413	—	430	—	5444	80	700	—	5000	—	1328	05	8000	—	1070	—	52	90
Februar	25066	75	11383	—	323	45	6232	15	553	50	2500	—	1089	75	402	40	2570	—	12	50
März	52385	15	1723	—	556	50	4004	35	300	—	6000	—	1324	55	15000	—	23169	60	307	15
April	10396	37	363	—	1161	30	4402	30	—	—	1000	—	1245	42	—	—	2070	—	154	35
Mai	35045	15	851	10	1045	75	4198	05	1800	—	5500	—	1131	80	17000	—	3270	—	248	45
Juni	24180	46	1040	50	301	—	5183	75	1464	10	3678	—	1321	06	11000	—	2170	—	22	05
Juli	19704	45	1714	55	78	—	5528	60	2512	60	—	—	1072	30	7358	75	1410	—	29	65
	286800	47	23220	55[1])	6257	24[2])	58471	85[3])	9948	70	30010	30	13983	07	93756	95	49579	60	1572	21

	286 800,47 Mk.
Kassenbestand am 31. Juli 1900	4 562,44 Mk.
	291 362,91 Mk.

Berlin, den 6. August 1900.

Revidirt und für richtig befunden:

Clara Zetkin. H. Koenen. Fr. Brühne. Frz. Jos. Ehrhart. Aug. Kaden.
Theodor Metzner. H. Meister.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

¹) Unterstützungen wurden wie üblich nur an solche Personen gezahlt, die in Folge ihrer Parteithätigkeit gemaßregelt oder sonst geschädigt wurden. Die für diese Zwecke verausgabte Summe hält sich auf gleicher Höhe mit der vorjährigen.

²) Die Ausgaben für Prozeß- und Gefängnißkosten haben sich gegen das Vorjahr zwar verringert, sind aber immer noch höher als in den vorhergegangenen drei Berichtsjahren.

³) Die vielen Schwierigkeiten, welche der Propaganda sozialistischer Ideen in vielen Landestheilen bereitet werden, haben zu beträchtlichen Mehrausgaben für allgemeine Agitation geführt.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im Einzelnen nachgewiesen.

„Aachener Volksblatt"	Mk.	400,—
„Bochumer Volksblatt"	„	8000,—[1]
„Fränkische Volkstribüne"	„	2600,—[2]
„Königsberger Volkstribüne"	„	3700,—
„Mainzer Volkszeitung"	„	1500,—
„Neue Welt"	„	15499,60[3]
„Saalfelder Blätter"	„	1680,—
„Straßburger Freie Presse"	„	11800,—[4]
„Thüringer Tribüne"	„	1400,—
„Vogtländische Volkszeitung"	„	1000,—
„Volksfreund" (Karlsruhe)	„	2000,—
	Mk.	49579,60

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

¹) Mit den Bochumer Genossen sind Vereinbarungen getroffen worden, durch welche der fernere Zuschuß für das Volksblatt auf eine wesentlich niedrigere Summe herabgemindert wird.

²) Unter diesem Betrage befindet sich ein Posten von 1000 Mk., welcher noch für das frühere in Würzburg erscheinende Blatt gezahlt werden mußte.

³) Die Aufstellung von Rotationsmaschinen behufs billigerer Herstellung der „Neuen Welt" konnte leider nicht so schnell, wie es allseitig gewünscht wurde, bewerkstelligt werden, da im Hamburger Geschäft erst umfangreiche bauliche Aenderungen vorgenommen werden mußten.

⁴) Das reichsländische Organ hat auch im Berichtsjahr wieder einen großen Zuschuß erfordert. Auf eine baldige Besserung ist leider nicht zu hoffen.

Tabellariſche Ueberſicht
der
ſeit dem Parteitag in Hannover eingegangenen Partei-Beiträge
1. September 1899 bis 31. Juli 1900.

Ort bezw. Wahlkreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Achim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00	—
Ahlen i. W.	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Altenburg S.-A.	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	150,00
Altona	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2004,20
Alt-Warthau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00	—
Apolda	—	—	—	—	—	5,10	—	—	—	—	—
Arnſtadt	—	—	—	—	15,00	—	15,00	—	15,00	10,00	—
Augsburg	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00
Auvelois	—	—	20,16	—	—	—	—	—	—	—	—
Bamberg	5,00	25,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—	5,00	—
Bant-Wilhelmshav.	—	121,00	—	—	133,00	—	—	122,00	—	—	121,00
Barth	12,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Basbeck	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin I.	—	—	100,00	100,00	100,00	—	—	100,00	150,00	100,00	100,00
„ II.	—	—	—	300,00	400,00	500,00	250,00	800,00	100,00	150,00	75,00
„ III.	—	—	350,00	1000,00	500,00	200,00	—	1300,00	400,00	500,00	500,00
„ IV.	1500,00	1024,00	2500,00	2000,00	1000,00	2000,00	2000,00	1000,00	2500,00	2000,00	3000,00
„ V.	—	600,00	—	—	—	300,00	—	300,00	—	—	500,00
„ VI.	2150,00	1200,00	5300,00	2248,00	1100,00	3300,00	1940,70	4300,00	2200,00	2170,00	1865,41
Berlin, diverſe	545,05	353,78	528,85	504,90	416,40	469,10	326,80	513,90	281,10	649,65	692,95
Bern	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Bernburg	10,00	—	—	—	30,00	—	—	—	—	300,0	—
Bochum	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	29,50	—
Borgſtedt	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—
Bramſche, 4. Hannov.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Braunſchweig	200,00	—	—	—	—	—	6,50	—	—	100,00	—
Bremen	300,00	—	—	300,00	39,70	—	300,00	—	—	321,10	—
Bremerhaven	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—
Breslau	1008,00	17,20	—	—	6,00	50,00	—	—	50,00	3,00	50,00
Bromberg	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Buckau b. Magdebg.	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Bunzlau	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	50,00
Burgſteinfurt	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Buxtehude	—	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—
Calbe	33,25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Caſſel	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Charlottenburg	—	—	—	—	—	—	6,00	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—
Coblenz	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Coburg	—	—	—	—	—	2,40	—	—	—	—	25,00
Cöthen	—	—	—	—	—	—	25,00	20,00	—	—	—
Cottbus, Kreis	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Crimmitſchau	2,00	2,00	—	—	200,00	—	100,00	—	—	—	100,00
Darmſtadt, Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Delmenhorſt	—	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—
Döbeln	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	29,35	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	100,00
Dresden, 5. Kreis	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Dresden, diverſe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3000,00

Ort bezw. Wahlkreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Düsseldorf	—	—	100,00	—	—	—	—	—	22,30	—	—
Durlach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—
Eisenach	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Elbing	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Eppendorf b. Boch.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt, Kreis	—	—	—	—	—	—	—	50,00	50,00	25,00	50,00
Essen (Ruhr)	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Essenberg a. Rh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17,80
Eving	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,10	2,00
Falkenberg (Oberschl.)	2,00	2,00	2,00	2,00	12,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Finsterwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Forst i. L.	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—	200,00	—	—
Frankenhausen a. K.	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Frankenthal	—	—	—	—	—	—	4,12	—	—	—	—
Frankfurt a. O., Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Freiburg i. B.	20,00	—	20,00	10,00	10,00	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1,10
Friedrichsberg	—	—	—	2,10	—	—	—	—	—	—	—
Friedrichsort	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60,00	—
Fürstenwalde a. Sp.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Fürth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Gassen N.-L.	—	—	—	—	1,70	—	—	—	—	—	—
Gelsenkirchen	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—
Genf	60,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera, Kreis Reuß j. L.	—	—	100,00	—	—	100,00	100,00	—	100,00	100,00	100,00
Geringswalde	—	—	—	—	—	31,00	—	—	—	—	—
Gießen	10,00	10,00	10,00	10,00	—	30,00	—	—	—	30,00	—
Glauchau, 17. sächs. Kr.	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Görbersdorf i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—
Görlitz	150,00	—	—	50,00	100,00	—	—	—	—	—	—
Gorczizen	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—
Gornsdorf	2,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	—	50,00	—	50,00	—	—	—	50,00	—	—
Graudenz	7,95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gräfrath	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—
Greiz, Kreis R. ä. L.	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Greiz, diverse	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großenhain	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Guben	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Halle a. S.	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—	—	—
Hamburg II.	—	—	—	—	—	—	—	2000,00	—	—	—
" III.	3000,00	—	—	—	—	—	—	—	5000,00	—	—
" diverse	99,55	326,92	216,70	132,09	184,35	141,67	9951,27	208,55	338,20	389,35	—
Hanau, Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Hannover	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	1000,00	1000,00
Harburg, 17. hann. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Hartha	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Haßfurt	—	—	—	—	—	3,00	3,00	3,00	3,00	3,00	—
Hastedt	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Herford i. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00
Hildesheim	—	—	—	10,50	—	—	—	—	—	—	—
Hinterhain	—	—	—	9,00	—	—	—	—	—	—	—
Hirschberg i. Schl.	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Höchst-Usingen Kr.	50,00	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	50,00
Hof i. B	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Hohenst.-Ernstthal	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Jena	80,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—	—	30,00	—
Isenburg	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Kattowitz	—	—	—	—	—	2,00	2,00	4,50	5,00	3,00	—
Kiel, 7 schl.-holst. Kr.	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Königsberg i. Pr. .	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Köpenick	—	—	—	—	—	—	17,10	—	—	—	—
Konradsthal	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—
Kreischa	—	—	—	—	7,50	—	—	—	—	—	—
Kupferdreh.	11,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ladenburg	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—
Landeshut i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00	—	—
Langenberg (Rhld.)	—	3,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Langerfeld	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lauschgrün.	—	8,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lausigk	—	—	—	—	—	—	—	—	8,30	—	—
Lechhausen	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—
Leipzig, 12. u. 13. sächs. Kreis	2000,00	—	—	—	—	2000,00	—	—	—	—	—
Leipzig, diverse . .	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leisnig	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lennep	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Linden i. W. ...	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	—	—
Löwenberg i. Schl.	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	10,10	—
London	—	—	—	—	20,40	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—	—
Lüdenscheid	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Lüneburg.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lütgendortmund .	—	—	—	—	—	—	—	—	9,06	—	—
Ludwigshafen ...	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—
Luckenwalde	—	—	5,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Luxemburg.	200,00	—	—	400,00	—	—	—	200,00	—	—	—
Mainz	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Magdeburg	—	2000,00	—	300,00	300,00	—	—	—	—	800,00	600,00
Mannheim	—	—	—	—	50,00	100,00	100,00	—	100,00	—	—
Memel	30,00	—	—	5,00	—	—	7,00	—	—	—	—
Minden i. W. Kr.	—	—	—	—	—	—	—	80,00	—	—	—
Mittweida	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mühltroff	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München	5,00	—	40,00	5,00	—	10,00	5,00	5,00	505,00	5,00	—
Münster i. W. . .	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
M.-Gladbach ...	—	7,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Muggensturm ...	—	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Netzschkau	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—
Neudamm	17,10	—	—	—	—	—	—	—	9,00	—	—
Neuh.-Wolmirstedt Kreis.	—	—	150,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Neviges	—	—	—	—	—	3,60	—	—	—	—	—
New-York	—	—	—	—	—	—	—	—	103,15	—	—
Niederbarnim. Kr	—	—	—	65,00	—	—	—	—	—	—	—
Niederzwönitz, 19. sächs. K.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00

Ort bezw. Wahlkreis	Septembr.	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Nordhausen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00	10,00
Nowawes	—	—	—	—	—	—	—	1,00	—	—	—
Nürnberg	23,17	—	25,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	150,00	—	100,00	—
Oberstein	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Oelsnitz i. V.	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	50,00	—
Offenbach a. M., Kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—
Offenburg i. B.	2,25	—	—	10,00	2,80	—	—	2,00	—	—	—
Ohlau	50,00	—	—	—	—	2,20	—	—	—	—	—
Ohligs	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Oranienburg	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—	—
Osnabrück	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,25	—
Ottensen	1000,00	—	10,00	—	10,00	—	—	—	—	10,00	500,00
Parchwitz	—	—	—	—	—	40,00	—	—	—	—	—
Paris	—	—	—	—	161,29	—	—	—	—	—	—
Pausa	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Pforzheim	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—	40,00	—
Plauen i. V. 23. f. Kreis	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—
Plettenberg	—	—	—	—	6,80	—	—	—	—	—	—
Plötzin	—	—	—	—	4,15	—	—	—	—	—	—
Pyrmont	—	—	—	1,10	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	—	2,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rathenow	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Rawitsch	—	—	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—
Rähnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,10	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Reichenbach i. V.	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichenhall (Bad)	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	3,60
Remscheid	—	—	—	8,10	—	—	—	—	—	—	—
Richzenhain	1,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5,00
Röhlinghausen	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Ronsdorf	5,00	10,00	5,00	—	—	—	—	—	—	—	50,00
Rostock	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rudolstadt	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Saarbrücken, Kreis	—	—	122,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Sagan	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1,20
Salzungen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Sankt Ludwig i. E.	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schmalkalden	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Schmiedeberg i. Schl.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	15,00	—	—
Schönebeck a. E.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schöneberg	—	—	—	1,75	—	—	—	—	—	—	—
Schöneck i. V.	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—	—	—
Schwarzenberg a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00
Schweinfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,00
Schwelm	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Solingen	30,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	25,00
Sonneberg, S.-M.	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Sorau	—	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—
Spremberg	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—
Staßfurt, Kreis Calbe-Aschersleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	160,00
Stettin	—	—	—	—	—	150,00	—	—	—	700,00	—
Stockum	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Ort bezw. Wahlkreis	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Stuttgart	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	16,00	10,00	10,00	10,00	10,00
Tambach-Dietharz	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Tangermünde	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Thale	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—
Tiefenfurth	—	—	—	—	—	—	2,55	—	—	—	—
Tönisheide	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Triberg	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Tſchicherzig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,00
Vegeſack	—	—	—	—	—	—	5,65	—	—	—	—
Verden	—	—	6,20	—	150,00	—	—	—	—	—	—
Vetſchau	—	—	2,25	—	—	—	—	—	—	—	—
Wald (Rheinl.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Waldenburg i. Schl	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,20
Waldheim	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wandsbeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Weimar	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Weißwaſſer	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Werden	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weſel	—	—	0,50	—	—	—	—	—	—	—	—
Wilkau	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	5,00	—	—
Wolfenbüttel	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Württemberg	50,00	50,00	50,00	100,00	50,00	100,00	50,00	50,00	100,00	50,00	50,00
Würzburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—
Wurzen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—
Zeitz Kreis	—	—	—	—	100,00	50,00	—	—	—	100,00	—
Zeitz, diverſe	82,16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zſchorlau	1,40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwickau, 18. ſächſ. Kreis	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
„Vorwärts“	—	13116,00	—	—	8186,45	—	—	16172,10	—	—	19235,50
B. V. P. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	10000,00	—	—
T. Y. Z.	—	—	2000,00	—	—	1200,00	—	—	—	2000,00	—
Diverſe	—	—	—	—	—	110,00	—	—	12000,00	250,00	—

* * *

Das **Strafregiſter** ſteht hinter dem vorjährigen in Bezug auf die Höhe der erkannten Freiheitsſtrafen nur wenig zurück, obgleich das Berichtsjahr diesmal ſich nur auf einen Zeitraum von 11 Monate erſtreckt und das Vorjahr die höchſte Ziffer der erkannten Freiheitsſtrafen aufweiſt.

Zwei Genoſſen wurden zu Zuchthausſtrafen verurtheilt. Bei dem im Dezember in Stendal zur Aburtheilung gekommenen Fall beging der Genoſſe die Gewiſſenloſigkeit, um eine Verurtheilung wegen Streikvergehens zu hintertreiben, einen Zeugen zu einer unwahren Ausſage zu verleiten. In dem anderen am 17. März in Güſtrow abgeurtheilten Fall iſt der Genoſſe Holſt-Wismar unſerer feſten Ueberzeugung nach unſchuldig verurtheilt worden, einen Meineid geleiſtet zu haben. Der Anklage lag folgender Thatbeſtand zu Grunde: Am 6. Auguſt 1899 hatte ein Tanzvergnügen der Gewerkſchaft der Maurer in dem Kober'ſchen Lokal „Zur Hanſa“ in Wismar ſtattgefunden. Zwei Polizeibeamte, Krämer und Schütt, welche zur Beobachtung des Lokals abgeſandt waren, ſollen durch Zurufe der Tiſchler Wollenberg und Steinbrügger verhöhnt

worden sein. Der Angeklagte Holst beschwor vor dem Wismarer Schöffengericht, daß er nur die Zurufe Steinbrügger's gehört habe. Auf Grund dieser Aussage lautete das Urtheil gegen Steinbrügger auf 20 Mk. Geldstrafe und gegen Wollenberg auf Freispruch. Gegen das Urtheil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Die Strafkammer verurtheilte beide Tischler zu je einer Woche Gefängniß und verhängte über den Angeklagten Holst die Untersuchungshaft wegen Meineids. In der Verhandlung am 17. März erklärte Genosse Holst Folgendes: Am fraglichen Tage (6. August 1899) habe er sich in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bürgerausschusses davon überzeugen wollen, ob die observirenden Polizeibeamten wieder Civilkleidung trügen, trotzdem ihnen Uniformen bewilligt worden seien. Die Genossen seien durch die Anwesenheit der Polizei erregt gewesen, und um dieselben vor Mißhelligkeiten zu bewahren, habe er sie gebeten, ruhig nach Hause zu gehen. In diesem Wirrwar habe er nur, wie bereits beschworen, die Zurufe Steinbrügger's und keine anderen gehört. Für den Genossen Holst lag kein Grund vor, den Genossen Wollenberg nicht zu belasten, am wenigsten der, der ihm von dem Staatsanwalt unterstellt wurde und der dahin ging, Holst habe aus schmutzigstem Parteiinteresse gehandelt und den Genossen auf Kosten der Polizei vor Gericht herausgelogen. Hätte der Genosse Holst nach der staatsanwaltlichen Auffassung handeln wollen, dann hätte er den Genossen Steinbrügger, der Vertrauensmann der Partei ist, entlasten müssen. Als wahrheitsliebender Mensch hat das Genosse Holst nicht gethan. Die Genossen werden nichts unversucht lassen, das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben.

Wir schließen dies Kapitel der Opfer, die der Klassenkampf erfordert, mit dem nach Monaten geordneten Strafregister. Erkannt wurden im

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnißstrafen				Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	Tage	Mark
September . .	—	—	20	4	12	4	940
Oktober . . .	—	—	11	—	11	—	1401
November . .	—	—	14	4	7	2	1880
Dezember . .	3	8	8	1	9	3	2555
Januar . . .	—	—	5	9	8	4	1588
Februar . . .	—	—	1	—	1	2	1667
März . . .	3	—	1	7	4	4	1300
April . . .	—	—	1	7	6	—	975
Mai	—	—	1	4	2	—	1368
Juni	—	—	1	2	6	4	1939
Juli	—	—	2	2	4	—	1360
Zusammen	6	8	64	7	3	2	16 427

Bericht
über die
parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. November 1899 bis 12. Juni 1900.

Am 14. November v. J. begann der zweite Abschnitt der am 12. Juni d. J. geschlossenen 1. Session 1898/1900 der 10. Legislaturperiode des Reichstages.

Der nachstehende Bericht beabsichtigt, sich über die Verhandlungen des Reichstages nicht in chronologischer Reihenfolge zu verbreiten, sondern wird, unter Voranstellung der Berichterstattung über die Berathung des Reichshaushalts-Etats die wichtigeren Ergebnisse des zweiten Theils der letzten Reichstagstagung in besonderen Abschnitten behandeln.

* * *

Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1900.

Der Reichshaushalts-Etat, eingeschlossen zwei Nachtragsetats, für das Jahr 1900 balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit

2,066,644,012 Mark

hierzu tritt noch der Haushaltsetat mit einem Nachtragsetat für die Schutzgebiete (Kolonien in Afrika und Kiautschou) der mit

33,416,710 Mark

in Einnahme und Ausgabe abschließt, so daß für das Rechnungsjahr 1900

2 100 060 722 Mark

aufzubringen sind, wovon 80 476 778 Mark durch Anleihe gedeckt werden.

Ein Bild des Etats im Einzelnen ergiebt sich aus folgender Zusammenstellung:

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrath	—	Mk.
Reichstag	699 250	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	233 000	„
Auswärtiges Amt	12 534 058	„
Reichsamt des Innern	48 777 575	„
Verwaltung des Reichsheeres	541 495 663	„
Reichsmilitärgericht	262 069	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	73 938 485	„
Reichs-Justizverwaltung	2 119 362	„
Reichsschatzamt	520 294 715	„
Reichs-Eisenbahn-Amt	391 910	„
Reichsschuld	77 700 500	„
Rechnungshof	856 410	„
Allgemeiner Pensionsfonds	68 164 130	„
Reichs-Invalidenfonds	30 076 276	„
Post- und Telegraphenverwaltung	342 495 126	„
Reichsdruckerei	5 304 951	„
Eisenbahnverwaltung	58 435 300	„
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 783 778 780	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	—	Mk.
Auswärtiges Amt	20 165 579	„
Reichsamt des Innern	3 395 800	„
Post- und Telegraphenverwaltung	13 414 924	„
Reichsdruckerei	2 255 913	„
Verwaltung des Reichsheeres	98 356 433	„
Reichsmilitärgericht	30 000	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	47 968 430	„
Reichs-Justizverwaltung	—	„
Reichsschatzamt	25 300	„
Reichsschuld	—	„
Eisenbahnverwaltung	8 055 000	„
Reichs-Eisenbahn-Amt	2 400	„
Fehlbeträge aus früheren Jahren	—	„
Zur Verminderung der Reichsschuld	3 328 382	„
Summe a	196 998 221	Mk.

b) Außerordentlicher Etat.

Reichsamt des Innern	—	Mk.
Post- und Telegraphenverwaltung	—	„
Verwaltung des Reichsheeres	25 706 411	„
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	40 301 000	„
Eisenbahnverwaltung	13 041 000	„
Summe b	79 048 411	Mk.
Summe der einmaligen Ausgaben	276 046 632	Mk.
Summe der fortdauernden Ausgaben	1 783 778 780	„
Summe der Ausgabe	2 059 825 412	Mk.
Hierzu: Etats für die Schutzgebiete	32 299 410	Mk.
Nachtragetats	7 935 900	„
in Summa	2 100 060 722	Mk.

Einnahmen.

Zölle und Verbrauchssteuern	789 725 000	Mk.
Reichsstempelabgaben	66 483 000	„
Post- und Telegraphenverwaltung	393 209 930	„
Reichsdruckerei	7 516 000	„
Eisenbahnverwaltung	86 175 000	„
Bankwesen	14 854 500	„
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen	18 555 463	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	30 076 276	„
Aus der Veräußerung von ehemaligen Festungsgrundstücken	206 655	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	30 726 934	„
Ausgleichungsbeträge	15 585 869	„
Matrikularbeiträge	527 662 374	„
	1 980 777 001	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel	79 048 411	„
	2 059 825 412	Mk.
Aus den Etats für die Schutzgebiete	32 299 410	„
Aus den Nachtragetats	7 935 900	„
Summe der Einnahmen	2 100 060 722	Mk.

Wie stets, hat die Fraktion die Generaldiskussion der Etatsberathung benutzt, um die Anschauungen der Partei über die allgemeine politische und wirthschaftliche Lage zum Ausdruck zu bringen. Mit aller Schärfe wurde die von dem Militarismus zu Wasser und zu Lande beherrschte Klassenwirthschaft gegeißelt, die unter Vernachlässigung der dringendsten Kulturaufgaben, sowie unter unerträglicher Belastung der Volksmassen mit Zöllen auf nothwendige Lebensmittel und indirekten Steuern, eine sogenannte Weltmachtspolitik treibt, welche der Arbeiterklasse stets aufs Neue unerhörte Opfer und Lasten auferlegt. Diese Politik, welche angeblich dem Völkerfrieden dienen und denselben sichern soll, birgt eine schwere Gefahr für die friedliche Kulturarbeit der Völker in sich, indem die, mit der herrschenden Politik verbundene, fortwährende Vermehrung der Kriegsmittel einen steten Anreiz zu ehrgeizigen, eroberungssüchtigen Kriegsplänen bildet. Die allgemeinen Erörterungen bei der Generaldiskussion sowie die Spezialberathung der einzelnen Etats gaben uns Gelegenheit, die politische und wirthschaftliche Herrschaft der besitzenden Klassen nachdrücklich zu bekämpfen und im Gegensatz zu den bestehenden Einrichtungen auf allen Gebieten des Wirthschaftslebens die Forderungen unseres Programms zu vertreten. Die grundsätzliche Bekämpfung und Verwerfung der herrschenden Wirthschaftsweise kam in unserer Schlußabstimmung über den Reichshaushalts-Etat zum Ausdruck. Unser Votum bezweckte nicht nur die Ablehnung der von uns für kulturwidrig und volksfeindlich bekämpften Forderungen für Militär- und Marinezwecke, sondern diente zugleich dazu, unsere prinzipielle Stellung gegenüber den, hauptsächlich für die Interessen der besitzenden Klassen thätigen öffentlichen Gewalten festzustellen: Die Sozialdemokratie steht in unversöhnlichem Kampfe mit dem herrschenden Wirthschaftssystem, welches sich vermittelst der Ausbeutung und Niederhaltung der breiten Volksmassen den politischen und materiellen Interessen der besitzenden Minderheit dienstbar macht.

Wir stimmten, wie bisher, bei der Gesammtabstimmung **gegen** den Etat und verweigerten hierdurch unsererseits der Regierung die Mittel zur Fortführung des kapitalistisch-militaristischen Regierungssystems, welches die wirthschaftliche Ausbeutung und die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse zur Voraussetzung und Folge hat. Von der Art und dem Umfang der Fraktionsthätigkeit bei der Spezialberathung des Reichshaushalts-Etats geben die nachfolgenden Abschnitte Kenntniß.

• • •

Etat des Reichsamt des Innern.

Die Berathung des Etats des Reichsamt des Innern wurde von der Fraktion mit einer ausgiebigen, das gesammte Gebiet sozialpolitischer Aufgaben und Forderungen umfassenden Erörterung verbunden. Die Berichte der Fabrikinspektoren gaben Veranlassung, die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen an Maschinen und die dadurch entstehenden Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter nachzuweisen. Die massenhaften Uebertretungen der Vorschriften für die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter, die geringfügigen Strafen hierfür bei erfolgter Anzeige, die lebhaften Klagen der Gewerbeaufsichtsbeamten über mangelnde Auskunft durch die Unternehmer, sowie die Thatsache, daß die Arbeitgeber vielfach die Vorschriften und Anordnungen der Fabrikinspektoren unbeachtet lassen, fanden gebührende Beleuchtung und Kritik. Neben der Kritik der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Fabrikindustrie wurden auch die Zustände in der Hausindustrie, welche die schlimmsten Verhältnisse zeitigen, scharf beleuchtet und gesetzgeberisches Eingreifen zur Beseitigung dieser Mißstände verlangt. Die Nothwendigkeit der Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten wurde aufs Neue nachgewiesen, ebenso das Verlangen nach dem Verbot gewerblicher Kinderarbeit wiederholt. Die bekannte Bäckereiverordnung — gegen

die von konservativer und antisemitischer Seite Sturm gelaufen war — kam auch in dieser Session zur Besprechung. Um den besonders geplagten Bäckereiarbeitern genügend Schutz vor wirthschaftlicher Ausbeutung und gesundheitlicher Schädigung zu schaffen, wurde von unserer Seite Ausdehnung der Verordnung gefordert. Der Etatstitel für die Kommission für Arbeiterstatistik gab Gelegenheit, die Erhebungen und Vorschläge der Kommission zu erörtern und ein schnelleres Tempo für gesetzliche Arbeiterschutzmaßregeln zu verlangen.

Außerdem kamen Mißstände in der Seeberufsgenossenschaft zur Verhandlung, bei denen eine Verkürzung der Unfallrenten durch falsche Auslegung des Gesetzes nachgewiesen wurde. Beim Titel Reichsversicherungsamt wurden die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften einer umfangreichen Kritik unterzogen und dabei auf die unzureichenden Unfallverhütungsvorrichtungen, und die steigende Zahl der Unfälle im Gewerbebetrieb, sowie die Tendenz, die Unfallrenten nach Möglichkeit herabzusetzen, hingewiesen. Die Verhandlungen über den Etat des Reichsamts des Innern nahmen mehrere Tage in Anspruch und gestalteten sich durch das von uns beigebrachte reichhaltige, unantastbare Material und das wiederholte Eingreifen unserer Redner zu einer ausgedehnten sozialpolitischen Debatte, bei welcher das brutal-egoistische und nur von materiellen Interessen diktirte Verhalten des Unternehmerthums einerseits und die schwächliche Haltung der Regierung und ihrer Verwaltungsorgane andererseits festgestellt wurden. Auch die „Arbeiterfreundlichkeit" der bürgerlichen Parteien — vor Allem des Zentrums — zeigte sich bei diesen Verhandlungen, wie auch bei später noch zu besprechenden Veranlassungen, in ihrer wahren Gestalt. Schöne Worte bei den Wahlen und Mangel an ernstem Willen in der Gesetzgebung, das ist die Signatur der bürgerlichen Arbeiterfreundlichkeit. Das Unternehmerthum, in seinen starken Verbänden zur Unterdrückung der Arbeiter organisirt, wird immer dreister und sein Einfluß auf die behördlichen Organe immer stärker. Aus der Periode des Arbeiterschutz ist die Periode des Arbeitertrutz geworden.

* * *

Etat für das Reichsjustizamt.

Die Berathung dieses Etats zeitigte eine Diskussion über die Handhabung der Rechtsprechung. Namentlich war es der Grobenunfugparagraph, dessen politische, oft das Rechtsbewußtsein des Volkes schwer verletzende Anwendung einen breiten Raum in der Verhandlung einnahm. Das Verhalten sächsischer Polizei- und Gerichtsbehörden gab unseren Rednern Veranlassung, eine Anzahl Gerichtsurtheile und Polizeiverfügungen vorzutragen, die deutlich zeigen, daß man in Sachsen immer noch glaubt, in der Zeit der Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie zu leben. Die Politik der Drangsalirungen und Nadelstiche gegen unsere Partei ist dort in der schönsten Blüthe. Man glaubt den machtvollen Siegeslauf der Sozialdemokratie mit kleinen Polizeimittelchen aufhalten zu können. Vergebliches Bemühen, wie die stetig steigende Wählerzahl deutlich beweist. Neben den sächsischen wurden die mecklenburgischen Polizei- und Gerichtsverhältnisse behandelt. Die polizeilichen und staatsanwaltlichen Bemühungen, unsere Agitation in Versammlungen und bei Flugblattvertheilungen lahm zu legen, scheiterte natürlich an der Energie und an dem unabänderlichen Willen unserer Parteigenossen, die in kluger Ausnutzung der Verhältnisse alle polizeilichen und gerichtlichen Schwierigkeiten mit vermehrter Agitation beantworten.

* * *

Etat des Reichskanzlers.

Eine umfangreiche mehrtägige Debatte über die Wirthschaftspolitik der Regierung wurde gelegentlich der oben bezeichneten Etatsposition von den agrarischen Brodvertheurern in Szene gesetzt. Diese Gesellschaft, die in

nimmersatter Habgier und wüster Interessenwirthschaft die Reichsgesetzgebung in den Dienst der „nothleidenden“ Junker und Großgrundbesitzer stellen will, kämpft für die Wiederkehr der agrarisch-kapitalistischen Schutzzollpolitik des Fürsten Bismarck und benutzt jede Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Handelsvertragspolitik, welche das Deutsche Reich treiben muß, um eine genügende Ernährung des arbeitenden Volkes beschaffen zu können.

Je näher die Zeit des Ablaufs der Handelsverträge heranrückt, desto dreister wird das Verlangen nach finanziellem Hochschutz für verkrachte Rittergutsbesitzer und sonstige Landmagnaten. Ein Vorspiel für den wirthschaftlichen Kampf, der in den nächsten Sessionen im Reichstage entbrennen wird, sind die agrarischen Diskussionen in der abgelaufenen Tagung gewesen, die gezeigt haben, auf welche Weise die „nothleidenden“ Agrarier sich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern wollen.

Durch hohe Zölle auf die Erzeugnisse ausländischer landwirthschaftlicher Produktion sollen die Preise für Lebensmittel im Inlande in die Höhe getrieben werden, damit die Herren Junker höhere Renten aus ihrem Grund und Boden herauswirthschaften können. Diese „nationale Politik“, die dereinst von dem Kaiser als „Kornwucher“, demgegenüber der Abschluß von Handelsverträgen „eine rettende That“ sei, bezeichnet wurde, bildete das Leitmotiv der konservativen Redner über die Wirthschaftspolitik des jetzigen Reichskanzlers.

Nirgends tritt die Habsucht und Raffgier des Großagrarierthums krasser und unverhüllter in die Erscheinung, als bei den Forderungen, welche die im Bunde der Landwirthe politisch organisirten Brodtvertheurer an die Gesetzgebung stellen. Die Beurtheilung der Reichspolitik sowohl der Aeußeren als der Inneren geschieht einzig nur allein aus dem Gesichtspunkt nackter Unternehmerinteressen und findet nur dann Anerkennung und Unterstützung, wenn das Reich seine Macht nach Außen und seine Gewalt nach innen politisch und wirthschaftlich zum materiellen Vortheil des Junkerthums und seiner Agrarverbündeten fruktifizirt.

Industrie, Handel, Verkehr, all diese großen mächtigen Faktoren in dem Wirthschaftsleben eines Kulturvolkes sollen — nach dem Willen der agrarisch-konservativen Machthaber — den Interessen des Großgrundbesitzes untergeordnet werden. Die ausreichende und billige Ernährung der industriellen und handelstreibenden Volksschichten wird unmöglich gemacht durch eine Zollpolitik, welche die Einfuhr ausländischer Lebensmittel hindert und damit natürlich auch der Ausfuhr der inländischen Industrieprodukte sehr erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Unsere Fraktion bekämpft im Reichstage grundsätzlich alle Verzehrs- und Verkehrssteuern und hat diese Auffassung auch bei jenem Anlaß mit Nachdruck vertreten.

* * *

Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Die Berathung des Postetats gestaltete sich auch in dieser Session zu einer Anklage gegen die Verwaltung, die nach wie vor mit der persönlichen Freiheit und dem Koalitionsrecht, namentlich der Unterbeamten, in einer Weise umspringt, die als eine schwere Schädigung der staatsbürgerlichen Rechte der in der Postverwaltung beschäftigten Personen bezeichnet werden muß. Neben sehr langer Arbeitszeit und vielfach ungenügender Bezahlung haben vor Allem die Unterbeamten unter dem Umstande zu leiden, daß die Vorgesetzten sich herausnehmen, die außeramtliche Thätigkeit ihrer Untergebenen zu kontrolliren und zu beeinflussen. Die soziale und behördliche Uebermacht der Vorgesetzten zwingt die Postbeamten zu Schritten und Handlungen, welche mit ihrer freien Ueberzeugung nicht übereinstimmen. Dieses Verfahren, welches

ebenso lebhafte als berechtigte Klagen hervorruft, ist auch in dieser Reichstagssession seitens unserer Fraktion zum Gegenstand eingehender und energischer Erörterungen gemacht worden. Namentlich die Erdrosselung des Unterbeamtenverbandes, der seine, auf Hebung der wirthschaftlichen Lage seiner Mitglieder gerichteten Bestrebungen über das ganze Reich ausdehnte, gab Veranlassung, für das Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten einzutreten. Das Eingreifen der Verwaltung in das Koalitionsrecht der Beamten fand ebenso scharfe Verurtheilung wie die Maßregelungen, welche die Beamten zu erdulden haben, die ihr Verbandsorgan lesen und verbreiten. Die Reichspostverwaltung benutzt ihre ökonomische Uebermacht aber nicht nur zur Einschränkung bezw. Aufhebung das den Beamten gesetzlich garantirten Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts, sondern dieselbe verschmäht es auch nicht, die Beamten zu politischen Aktionen im Sinne der Regierung (Flottenvorlage) anzuhalten und sie zu Beiträgen für dergleichen — dem Aufsichtsrecht der Vorgesetzten vollkommen fernstehenden — Angelegenheiten zu veranlassen. Auch das postamtliche Eingreifen bei politischen Wahlen wurde zur Sprache gebracht und Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Postverwaltung ihre Beamten zu Gunsten bestimmter politischer Parteien beeinflußt. Neben diesen allgemeinen sozialpolitischen Maßnahmen der Postverwaltung, welche die staatsbürgerlichen Rechte der Unterbeamten schädigen und gesetzwidrig sind, wurden die vielfach noch ungenügenden Gehaltsverhältnisse einer Kritik unterzogen und auch die Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Urlaub, Sonntagsruhe, Nachtdienst u. s. w.) eingehend erörtert.

Das in der Postverwaltung herrschende System gleicht einem mitunter von wohlwollenden Instinkten getragenem Despotismus, der das Recht der Beamten, sich in freier unbeeinflußter Weise über ihre politischen und wirthschaftlichen Ansichten zu äußern, gänzlich unberücksichtigt läßt und mit der Bezahlung für die Arbeitsleistung zugleich auch die Gesinnung und Ueberzeugung der Beamten käuflich erworben zu haben glaubt.

In den Postetat sind unter Zustimmung der Fraktion Beträge eingesetzt worden zur Einführung des Postcheckverkehrs in Deutschland. Ob diese Einführung, zu welcher der Reichskanzler durch das Etatsgesetz ermächtigt worden ist, geschieht, hängt davon ab, ob der Bundesrath sich den vom Reichstag gestellten Bedingungen fügt. Nach Ansicht der Reichsfinanzverwaltung sollen die vom Reichstag für den Checkverkehr festgesetzten Bedingungen keine genügenden Erträge in Aussicht stellen. Diese rein fiskalischen Bedenken konnten uns nicht veranlassen, von der Bedingung kostenlosen Gebrauchs dieses neugeplanten Verkehrsmittels Abstand zu nehmen, da es sich nicht um fiskalische Plusmacherei, sondern um Erleichterung des Geldverkehrs und um Beschaffung von Betriebsmitteln für die Postverwaltung handelt.

* * *

Etat für die Schutzgebiete.

(Ostafrikanisches Schutzgebiet. Kamerun. Togo. Südwestafrikanisches Schutzgebiet. Neu-Guinea. Karolinen-, Palan-Inseln und Marianen. Samoa, Kiautschou.)

Die Kosten, welche die vom Reich betriebene Kolonialpolitik dem Volke auferlegt, betragen im laufenden Jahr nur für die Schutzgebiete — indirekte Ausgaben für die Kolonialpolitik befinden sich noch im Marineetat und in dem Gesetz für die Subvention für die Schiffe nach Asien, Australien und Afrika —

33 416 710 Mark,

welche, wie alle Reichsausgaben, hauptsächlich aus den Zöllen und indirekten Steuern aufgebracht werden müssen. Der Reichszuschuß für das Jahr 1900 beträgt für die Kolonien:

Ostafrika	6 700 060	Mk.
Kamerun	2 063 000	„
Togo	270 000	„
Südwestafrika	7 181 300	„
Neu-Guinea	848 500	„
Karolinen, Palao-Inseln, Marianen	370 000	„
Samoa	52 000	„
Kiautschou	9 780 000	„
	27 264 860	Mk.

Bei den Riesenausgaben für die Kolonialpolitik, welche dem Volke bisher nur stetig steigende Lasten gebracht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Kolonien immer wachsende Zuschüsse erfordern werden und daß nicht darauf gerechnet werden kann, daß die Kolonien sich selbst zu erhalten im Stande sein werden. Aber auch abgesehen hiervon, stehen wir der Kolonialpolitik ablehnend gegenüber, weil dieselbe von blutiger Abenteurerlust getragen, sich in kulturwidrigen Bahnen bewegt und statt der Civilisation zu dienen, brutalen und rohen Instinkten Vorschub leistet. Die Unmenschlichkeiten, die mit den Handlungen der Peters, Leist, Wehlan und Prinz von Arenberg verknüpft waren, die Unmöglichkeit, die sumpfigen, fieberdurchseuchten Gegenden zu besiedeln und ferner die Thatsache, daß die etwa zu erzielenden materiellen Vortheile hauptsächlich doch nur den Schiffs- und Kolonialgesellschaften zu Gute kommen, machen es uns zur Pflicht, so wie wir von Anfang an gegen die Kolonialpolitik gekämpft haben, auch die Weiterführung derselben nach Kräften zu verhindern. Die Steuern der Arbeiterklasse sind nicht dazu da, für eine Politik verwendet zu werden, die — wenn überhaupt Vortheile daraus erwachsen — eine verschwindende Minderheit von Großkapitalisten und deren geschäftlichen Vereinigungen bereichert. Daß die Behauptung, die Kolonialpolitik brächte dem Handel und der Industrie und damit auch den Arbeitern vermehrte Beschäftigung, vollkommen unrichtig ist, ergiebt sich aus dem bisherigen Verlauf der Dinge mit unumstößlicher Sicherheit. Wir wollen den Kaufpreis für die Karolinen, Marianen und Palaninseln von 17 Millionen Mark hierbei ganz außer Ansatz lassen, und nur die diesjährigen Ausgaben für die Kolonien von etwa $33^1/_2$ Millionen Mark in Betracht ziehen.

Die Einfuhr von den Kolonien nach Deutschland beträgt insgesammt 4,617,000 Mark, die Ausfuhr Deutschlands nach den Kolonien im Ganzen 10,149,000 Mark. Darunter ist jedoch das Silber, das wir zur Bezahlung für die Beamten und für die Schutztruppe u. s. w. nach den Kolonien führen, ferner sind in dieser Ausfuhr die Lebensbedürfnisse, die wir zur Unterhaltung der Beamten u. s. w. brauchen, einbegriffen. Wenn das abgerechnet wird, so ist der eigene Bedarf der Kolonien mit 2 Millionen Mark zu berechnen. Kurz wir haben bei dem jetzigen Stande der Ein- und Ausfuhr einen Gesammthandel Deutschlands von und nach den Kolonien im Betrage von 14,766,000 Mk. bei einem Kostenaufwand von ca. $33^1/_2$ Millionen Mark. Diese Zahlen ergeben klar und deutlich, daß unsere Kolonialpolitik zwar für die phantasievollsten Träume Raum läßt, aber keinerlei Veranlassung bietet, aus den Steuergroschen der besitzlosen Klassen die kolossalen Summen aufzubringen, die zur Aufrechterhaltung und Fortführung der kolonialen Pläne erforderlich sind. So wie mit den afrikanischen Kolonien, so steht es auch mit dem jüngsten Kinde der kolonialen Utopisterei, mit Kiautschou. Die Pachtung bezw. Annexion Kiautschous wird weder politische noch wirthschaftliche Vortheile für Deutschland schaffen. Wirthschaftlich wird Deutschland mit scharfer Konkurrenz der übrigen Mächte zu kämpfen haben. Vor Allem wird die deutsche Industrie und ihre Angehörigen — Techniker und Arbeiter — keinen Vortheil haben, denn das Großkapital wird in Kiautschou selbst Betriebe errichten und die Eingeborenen als billige Arbeitskräfte verwerthen. Die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse

wird also nicht nur nicht vermehrt, sondern im Gegentheil eingeschränkt und der deutsche Ausfuhrhandel verringert werden. Politisch aber giebt die chinesische Erwerbung Anlaß zu Verwickelungen und Streitigkeiten. Jetzt schon zeigen sich die Wirkungen des Eingreifens „der gepanzerten Faust" in China und das deutsche Volk muß die von Eroberungslust getragene Weltpolitik der Regierung mit schweren Opfern an Menschenleben und enormen Lasten büßen.

Entsprechend unserer Stellung zur Kolonialpolitik im Allgemeinen, haben wir auch die Vorlage betreffend Subventionen der Dampferlinien nach Ostafrika abgelehnt. Die Reichssubvention für die ostafrikanischen Linie soll jährlich 1,350,000 Mark betragen, also um 450,000 Mark gegen jetzt erhöht und auf 15 Jahre fest bewilligt werden. Wir stimmten gegen diese Vorlage, weil nach unsrer Meinung die Schiffsgesellschaften und Rhedereien, welche die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr beziehen, auch die Kosten für den Betrieb der Dampferlinien zu übernehmen haben. Die deutschen Steuerzahler haben keinen Anlaß, dem Großkapital eine Dividende aus dem Schiffsverkehr durch Reichssubventionen zu garantiren.

* * *

Etat für das Auswärtige Amt.

Bei der Berathung dieses Etats veranlaßte die Fraktion eine Besprechung über die „Friedenskonferenz", welche im vorigen Jahr im Haag stattgefunden hat. Die Konferenz hat bekanntlich auf Veranlassung des Kaisers von Rußland stattgefunden, dessen Einladungsmanifest, die nach gerade unerschwinglichen Kosten und Opfer, welche die fortwährenden Rüstungen und Ausgaben für Kriegszwecke den Völkern auferlegen, so wahrheitsgemäß und lebhaft schilderte, daß man fast glauben konnte, jenes Manifest sei den Ausführungen sozialdemokratischer Redner entlehnt. Schärfer und verurtheilender hat die Sozialdemokratie auch nicht über die Greuel und Verwüstungen des Militarismus gesprochen und geschrieben. Welch ein Widerspruch in den Worten, aus deren Veranlassung die Konferenz zusammengerufen wurde — und den Thaten, welche die Konferenz zeitigte. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, in geheimnißvolles Dunkel gehüllt, tagten die Vertreter der europäischen Großmächte, um nach wochenlangen Redereien auseinanderzulaufen, ohne auch nur das Resultat ihrer, allerdings durchaus belanglosen, Thätigkeit amtlich und offiziell mitzutheilen. Diese Thatsache sowie der Umstand, daß in demselben Jahre, wo die Friedensglocke ertönte, mehr als je zuvor die Kriegsrüstungen vermehrt wurden und die Kriegsgreuel über die Völker hereinbrachen, veranlaßte unsere Redner, in scharfer Kritik die Heuchelei der sogenannten Friedensbestrebungen der herrschenden Klassen nachzuweisen. Der frevelhafte Krieg, den England in Südafrika vom Zaune gebrochen, die, während und nach der „Friedenskonferenz", von Rußland, Frankreich und Deutschland vorgenommenen ungeheuren Marinerüstungen, wurden bei Besprechung der Haager Friedenskomödie angeführt und nachgewiesen, daß die militaristischen Zustände, welche alle zivilisirten Völker bedrücken, der Ausdruck des internationalen Konkurrenzkampfes sind und daß diese Zustände nur mit der Beseitigung des kapitalistisch-manchesterlichen Systems, welches heut die Weltwirthschaft beherrscht, ihr Ende finden können. Solange die heutige Wirthschaftsweise, als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, nicht einer vernünftigen und gerechten kommunistischen Produktionsweise Platz gemacht hat, so lange wird es auch bei dem System der Kriegsrüstungen und der Kriegsverwüstungen bleiben. Durch die Haager Konferenz und ihre absolute Erfolglosigkeit ist wieder einmal sinnenfällig dargethan, daß es den Regierungen der bürgerlichen Gesellschaft an der Fähigkeit und dem Willen mangelt, Streitigkeiten der Völker in einer der Kultur und Zivilisation entsprechenden Form zum Abschluß zu bringen.

Bei dem Etat des Auswärtigen Amts wurde auch von der Fraktion ein im agrarischen Interesse ergangener Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an die Landräthe und Oberbürgermeister seines Bezirks zur Sprache gebracht. Der Erlaß gipfelte in dem Verbot, an die amerikanischen Konsuln Mittheilungen zu machen über statistische Angaben betr. Zuwiderhandlungen gegen das Nahrungsmittelgesetz und seine Nebengesetze, sowie über Herstellung und Vertrieb gesundheitsschädlicher Nahrungs- und Genußmittel und Gebrauchsgegenstände einschließlich Spielwaaren, und endlich über Trichinen- und Finnenfunde in einheimischem Fleisch und über den Stand von Menschen- und Thierkrankheiten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts hatte, noch bevor sein Etat zur Verhandlung kam, eine Interpellation wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch englische Kriegsschiffe zu beantworten.

Es handelte sich um die Beschlagnahme der Reichspostdampfer „Bundesrath", „General" und „Herzog", welche englischerseits wegen Verdachts der Führung von Kriegskontrebande erfolgte. Die Verhandlungen mit der englischen Regierung ergaben die Bereitwilligkeit, für die ungerechtfertigte Festhaltung der Schiffe und die dadurch den betheiligten Reichsangehörigen entstandenen Verluste Schadenersatz zu leisten. Außerdem hat die englische Regierung ihrem Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck gegeben, und entsprechend den deutscherseits gestellten Forderungen Instruktionen erlassen, denen zufolge die Anhaltung und Durchsuchung von Schiffen — aus Anlaß des Transvaalkrieges — außerhalb der Nähe des Kriegsschauplatzes nicht mehr stattfinden darf und deutsche Postdampfer überhaupt nicht mehr auf bloßen Verdacht hin angehalten und durchsucht werden sollen.

* * *

Etat für die Verwaltung des Reichsheeres.

Im Jahre 1900 werden für Militärzwecke etatsmäßig verwendet:

Fortdauernde Ausgaben . . .	541 521 093 Mk.
Einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats	98 390 190 „
Einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats	30 206 411 „
in Summa	670 117 694 Mk.

Durch die im Jahre 1899 erfolgte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres ist die Friedenspräsenz vom 1. Oktober 1899 an allmälig derart erhöht, daß dieselbe im Jahre 1903

495 500 Gemeine, Gefreite und Obergefreite

betragen und in dieser Stärke bis zum 31. März 1904 verbleiben wird. Hierzu treten die Unteroffiziere, Offiziere, Einjährig-Freiwilligen sowie die Militärbeamten, die Genietruppen und das Sanitätspersonal des Landheeres. Zur Zeit beträgt die Friedensstärke der deutschen Armee an Offizieren, Aerzte und Beamten 28 564 Mann und an Unteroffizieren, Gefreiten und Gemeinen 567 901 Mann, so daß eine Gesammtstärke von

596 465 Mann

im Frieden vorhanden ist. Von der Regierungsvorlage des Jahres 1899, welche eine Friedenspräsenz an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten von 502 506 Mann verlangte, hat der Reichstag 7006 Mann gestrichen, sich auf Antrag des Centrums jedoch bereit erklärt, zwecks Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit, wenn nöthwendig, in erneute Erwägung darüber zu treten, ob die 7006 Mann nachträglich zu bewilligen sind. In den Anforderungen, welche das Kriegsministerium für die nächste Zeit in Aussicht gestellt hat, sind diese 7006 Mann zur Erhöhung der Friedenspräsenzstärke bereits in Betracht gezogen.

Wie alljährlich wurde die Berathung des Etats für das Reichsheer von unserer Fraktion benutzt, um neben unserer prinzipiellen Stellung zu dem herrschenden Militärsystem die Mißstände auf den verschiedensten Gebieten der Militärverwaltung klarzulegen. Der Militarismus ist eine vorzugsweise im Dienste der besitzenden Klassen stehende Institution der bürgerlichen Gesellschaft, während die Lasten, welche er dem Volke auferlegt, hauptsächlich von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Die Sozialdemokratie bekämpft das gegenwärtige Militärsystem, weil es kulturwidrig ist und neben dem Privilegium, welches es den Reichen und Wohlhabenden in dem Einjährig-Freiwilligeninstitut giebt, durch die vielfachen Mißhandlungen und Schindereien unserer Brüder im Waffenrock ein trauriges Zeugniß von seiner verrohenden und gewaltthätigen Wirkung ablegt.

Wir stehen einem System feindlich gegenüber, unter dessen Herrschaft die Söhne des Volkes in Uniform auf die Söhne des Volkes im Arbeiterkittel schießen müssen, wenn die kapitalistischen Interessen der bürgerlichen Gesellschaft es verlangen.

Wir verlangen die Errichtung des Milizsystems, bei welchem die Bürger mit Wehr und Waffe ausgerüstet, jeden Moment in der Lage sind, nicht nur auswärtigen Feinden die Stirn zu bieten, sondern mit dem auch den in reaktionären und großkapitalistisch-industriellen Unternehmerkreisen herrschenden Gelüsten, die sich gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung wehrenden Arbeiter in einem Blutbade zu ersticken, erfolgreich entgegengetreten werden kann.

In der Volksbewaffnung erblicken wir nicht nur einen wirksamen Schutz gegen die Bestrebungen, den Militarismus als Werkzeug des Kapitalismus zur Niederwerfung der Arbeiterklasse zu benutzen, sondern dieselbe bietet auch einen unübersteigbaren Wall gegen Angriffe auf die Volksrechte, deren Erhaltung und Erweiterung die geschichtliche Mission des Proletariats, die Aufgabe der in der Sozialdemokratie politisch organisirten Arbeiterklasse ist.

Im Verlaufe der Verhandlungen über den Militäretat kamen die vielfach in ihrer brutalen Scheußlichkeit geradezu bestialisch zu nennenden Mißhandlungen von Soldaten zur Sprache. Eine ganze Anzahl der niederträchtigsten Rohheiten, von Vorgesetzten gegen wehrlose Untergebene verübt, wurden öffentlich an den Pranger gestellt. An dem guten Willen der oberen Verwaltung, solche Vorkommnisse durch Vorschriften und Ermahnungen zu verhindern, soll nicht gezweifelt werden — aber das auf dem Kadavergehorsam aufgebaute Militärsystem der heutigen Zeit stachelt die schlechten und boshaften Instinkter einzelner bösartig und gemein veranlagter Individuen und läßt der persönlichen Macht und Willkür der Vorgesetzten einen weiten Spielraum. Neben diesen Mißständen beschäftigte unsere Redner das in der Armee herrschende Duellunwesen. Der durch den sogenannten Ehrencodex legitimirte Mord, als welchen man das Duell bezeichnen muß, zeitigt die traurigsten Blüthen und ist eine Mißachtung der für alle Reichsbürger geltenden Gesetze. Ein Ueberbleibsel mittelalterlicher Barbarei, wirkt die Ausübung dieses modernen Faustrechts verrohend, und wird, trotz aller Mahnungen von maßgebender Stelle, nicht eher ausgerottet werden, bis Duellanten strafrechtlich Mördern gleichgestellt werden. Für die tiefen moralischen Schäden, an denen es in der Armee nicht fehlt, legen eine Anzahl Prozesse Zeugniß ab, bei denen eine lebhafte Betheiligung von Offizieren an Spiel- und sonstigen Orgien nachgewiesen wurde. Die berüchtigten Spielerprozesse der letzten Zeit, sowie der sogenannte „Harmlosenprozeß“ deckten die widerlichen Sümpfe auf, in denen „die Blüthe der Nation“, der Geburts- und der Geldadel, zum Theil die Führung übernehmen. Außer diesen mehr ethisch-moralischen Mißständen im Heer wurden sozialpolitische Uebelstände zur Sprache gebracht. Die Verwendung von Soldaten zu landwirthschaftlichen Arbeiten für die Großgrundbesitzer sowie die Hergabe

von Mannschaften an die Industrie bei Streiks und die dadurch erfolgte Parteinahme der Militärverwaltung bei wirthschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern war Gegenstand scharfer Kritik seitens unserer Redner. Durch derartige Vorkommnisse kennzeichnet sich das Bestreben, den Militarismus den Interessen der herrschenden Klassen dienstbar zu machen. Die Bezahlung und Behandlung der Militärwerkstättenarbeiter, die in diesen Arbeitsbastillen befindlichen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, die Arbeitsbedingungen in den von der Militärverwaltung abhängigen Fabriken, der in den Arbeitskasernen herrschende Despotismus der Vorgesetzten — kurz alle hierbei in Betracht kommenden Einrichtungen und Vorkommnisse wurden eingehend beleuchtet, und an der Hand unwiderlegbarer Thatsachen nachgewiesen, wie weit die Militär-Reichsbetriebe von der ihnen zugewiesenen Aufgabe, „Musteranstalten" zu sein, entfernt sind. Wie sehr die Militärverwaltung sich parteipolitisch gegen die Arbeiter und deren Organisationen bethätigt, geht aus den Maßregeln hervor, welche die Militärverwaltung durch Verbot des Besuchs bestimmter Lokale sowie Entziehung der Militärmusik u. s. w. ergreift.

Die soziale Verständnißlosigkeit, welche solchen Maßregeln zu Grunde liegt, wird nur noch überboten von der Arbeiterfeindlichkeit, welche die Militärverwaltung dahin führt, Wirthe, die ihre Lokale zu Arbeiter- bezw. sozialdemokratischen Versammlungen hergeben, mit dem Militärboykott zu bestrafen, und dadurch nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Arbeiter sich zusammenfinden, um ihre Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Während dem einzelnen Soldaten verboten ist, sich politisch zu bethätigen, treibt die Militärverwaltung die einseitigste Parteipolitik, indem sie ihre Kommando- und Strafgewalt anwendet, um Angehörige einer bestimmten politischen Partei zu schädigen. Der Kampf, den die Militärverwaltung gegen die Sozialdemokratie mit solch kleinlichen Mitteln führt, kann uns nicht schaden und wird uns natürlich nicht hindern, immer wieder die Tribüne des Reichstages zu benutzen, um an Stelle der Dienstpflichtigen, denen — so lange sie in der Kaserne — der Mund verschlossen ist, über die dunklen Seiten des militärischen Lebens öffentlich Licht zu verbreiten. Wir erfüllen hierdurch nur unsere Pflicht gegen unsere Brüder im Heer. Die Sozialdemokratie hält das stetige Anwachsen des Militarismus im höchsten Grade gefährlich für das Volk. Den Frieden nicht sichernd, sondern im Gegentheil durch die Ueberspannung der Volkskraft zum Kriege anreizend, bürdet die herrschende Militärpolitik dem Volke Lasten auf, welche die Volkskraft verzehrend, die Degenerirung der breiten Massen zur Folge haben muß. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei wissen, daß sie dem Willen und der Ueberzeugung aller ziel- und klassenbewußten Arbeiter entsprechen, wenn sie den militaristischen Forderungen der bürgerlichen Gesellschaft das Votum entgegensetzen: Nieder mit dem herrschenden Militärsystem!

Verwaltung der Marine!

Der Marineetat für das Jahr 1900 verlangt an:

Fortdauernden Ausgaben . . .	78 901 642 Mk.
Einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats	47 998 490 „
Einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats	40 621 000 „
in Summa	162 521 132 Mk.

Bei der Berathung des Marine-Etats wurden die Zustände in den Marinewerkstätten und auf den Werften, sowie die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen dieser Reichsbetriebe behandelt. Die Marineverwaltung rühmt sich sozialer Fürsorge für die von ihr beschäftigten

Arbeiter. Die Art und der Umfang dieser Fürsorge fand bei der Verhandlung über den Etat gebührende Beleuchtung. Die Verwaltung hat unter dem stolzen Namen „Dienstalterszulagen" eine Einrichtung geschaffen, bei der die Arbeiter — nachdem sie 5 Jahre im Dienst der Werft beschäftigt sind — 6 Mark Alterszulage pro Jahr erhalten. Diese Zulage steigt mit jedem Jahr um eine Mark bis 25 Mk. pro Jahr erreicht sind und bleibt dann in dieser Höhe — also nach 25 Jahren — dauernd bestehen. Dazu kommt, daß, wenn die Alterszulage das Höchstmaß erreicht hat, also nach 25 Jahren pro Jahr 25 Mk., — und der Verdienst durch natürliche Verminderung der Arbeitskraft geringer wird, die Verwaltung ihre soziale Einsicht und Fürsorge dadurch bethätigt, daß die durch Alter in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgekommenen Arbeiter vielfach in niedrigere Lohnklassen versetzt werden.

Die materielle Bedeutung der neuen Einrichtung löst sich daher fast in Nichts auf, umsomehr als diese „Zulagen" nicht ausgezahlt, sondern zu einem Sparkassenguthaben angesammelt werden, welches für die Arbeiter so lange gesperrt ist, bis sie sich 25 Jahre im Dienste der Werft befunden haben. Dann wird, um der Verschleuderung des Geldes durch die Arbeiter vorzubeugen, von dem aufgespeicherten Geld jedes Jahr auch nur der vierte Theil ausgezahlt. Diese Zwangssparkasse ist materiell fast bedeutungslos und wirkt in sozialer Beziehung durch die darin liegende Bevormundung für die Arbeiter verletzend. Die Lohn- und Arbeitsverhältnsse auf den Werften sind vielfach ungenügend, wenn es vorkommt, daß Arbeiter mit 2,40 bis 2,80 Mk. Lohn abgespeist werden, wenn ferner ältere Arbeiter bei Abnahme ihrer Leistungsfähigkeit schlechter gelohnte Arbeit zugewiesen erhalten, so ist diese Verwaltungsmaxime grade das Gegentheil von sozialer Fürsorge. Auch die Art der Ueberwachung der Werftarbeiter — durch Polizeiorgane — die nicht selten vorgenommene körperliche Durchsuchung von Arbeitern, die Beeinflussung, welche die Verwaltung sich in politischer und wirthschaftlicher Beziehung gegenüber den Arbeitern herausnimmt — kurz die ganze soziale Handhabung der Werftbetriebe ist von der Fraktion besprochen worden, um nachzuweisen, daß die Verhältnisse auf den Werften Nichts von einer ernsthaften Arbeiterfürsorge erkennen lassen, und daß die Reichsbetriebe sich in kapitalistischer Ausbeutung der Arbeiter nicht von den industriellen Unternehmungen des Privatkapitals unterscheiden.

Bei der Berathung des Marineetats kamen auch Beschwerden zum Vortrag über die Ausgaben, welche den Gemeinden, in deren Mitte sich Reichsbetriebe mit vielen Arbeitern befinden, durch Schul-, Krankenhaus- und event. Armenlasten entstehen und wurde im Anschluß hieran gefordert, daß zur Entlastung solcher Gemeinden vom Reich Mittel bewilligt werden. Einer diesbezüglichen Resolution haben wir zugestimmt, weil wir der Ansicht sind, daß namentlich den kleineren Gemeinden die durch Betrieb von Reichsunternehmungen entstehenden Schul-, Kranken-, Armen- und sonstige Lasten vom Reich zu vergüten sind.

* * *

Etat des Pensionsfonds und der Reichsschuld.

Für Zahlung von Pensionen werden im Jahr 1900

Mk. 68,164,000

in Anspruch genommen. Vom Pensionsetat verschlingen die Militär- und Marinepensionen den größten Theil. Auch im laufenden Jahr steigern sich die Summen für Militärpensionen um 2 696 000 Mk. und für Marinepensionen um 240 000 Mk. Es wird jetzt im Heer und in der Marine mit dem Schlagwort „Verjüngung der Armee" gearbeitet. Eine Menge noch rüstiger und wohl auch im Allgemeinen tüchtiger und zuverlässiger Leute werden in verhältnißmäßig jungen Jahren pensionirt. Während diese Leute

angeblich nicht mehr befähigt sind, den Friedensdienst in Heer und Marine zu leisten, sehen wir dieselben im Gemeindedienst oder in der Privatindustrie thätig werden, und dort den Steuerzahlern, welche die Pensionen mit aufzubringen haben, Konkurrenz machen.

Für die Verzinsung der Reichsschuld, welche seit dem Jahre 1888 von 750 Millionen auf 2300 Millionen Mark gestiegen ist, sind im Etat für 1900

77,407,000 Mark

wozu noch 293 500 Mk. für die Schuldenverwaltung kommen, zusammen also

77,700,500 Mark

eingesetzt.

Das riesige Anschwellen der Reichsschuld ist wesentlich die Folge der fortwährenden Verstärkung des Militarismus zu Wasser und zu Lande, sowie der damit verbundenen Anschaffungen von Mordwerkzeugen aller Art sowie der Bauten von Kasernen, Magazinen, Häfen, Werftanlagen usw. usw. Die Anleihewirthschaft, welche allerdings in den letzten Jahren auf die Initiative des Reichstages etwas eingeschränkt ist, hat es dahin gebracht, daß die Steuerzahler im Deutschen Reich im Jahre 1900

77,700,500 Mark

aufbringen müssen, um dadurch den Leuten, welche die schwere Arbeit des Couponabschneidens an der Reichsanleihe verrichten müssen, eine entsprechende Entschädigung in Form von Zinsen zu zahlen.

Es ist interessant, festzustellen, daß, während die Bevölkerung des Deutschen Reichs sich seit dem Jahre 1888 um etwa 14 Prozent vermehrt hat, die ordentlichen Ausgaben für Militärzwecke um 50 Prozent, die Marineausgaben um nahezu 100 Prozent, die Pensionsausgaben um 140 Prozent und die Ausgaben für Verzinsung der Reichsschuld um 160 Prozent gestiegen sind. Wie kolossal die Vermehrung der Ausgaben für Militär- und Marinezwecke in dem letzten Jahrzehnt gewesen ist, ergiebt sich aus der Thatsache, daß während der ersten zehn Regierungsjahre des jetzigen Kaisers nahezu 1700 Millionen Mark mehr für Landheer und Marine aufzubringen waren als während der letzten zehn Jahre seines Vorgängers, des Kaisers Wilhelm I. Unsere Redner haben unter energischer Kritik dieser Entwickelung die schädlichen, das Lebensniveau der Massen immer weiter herabdrückenden Folgen derselben dargelegt, und auch bei dieser Gelegenheit den schneidenden Widerspruch gekennzeichnet, der sich in der Milliardenverschwendung für den Militarismus und dem Mangel an Mitteln für wirkliche Kulturaufgaben zeigt.

• • •

Etat der Zölle- und Verbrauchssteuern.

Die Einnahmen des Deutschen Reiches fließen, abgesehen von den Ueberschüssen aus der Post- und Telegraphenverwaltung und den Einnahmen aus den Reichsstempelabgaben, sowie aus den Reichseisenbahnen, dem Bankwesen und einigen anderen Reichsverwaltungen im Wesentlichen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern.

Im Jahre 1900 sind in diesem Etat

Mk. 789,725,000

als voraussichtliche Einnahmen veranschlagt. Von welchen Klassen der Bevölkerung diese ungeheure Summe hauptsächlich aufgebracht werden muß, ergiebt sich sehr klar, wenn man die einzelnen Posten dieses Etats ansieht. Da finden wir angesetzt:

1.	Zölle	473 220 000	Mark
2.	Tabaksteuer	12 143 000	"
3.	Zuckersteuer	102 009 000	"
4.	Salzsteuer	47 810 000	"
5.	Branntweinsteuer:		
	a) Maischbottich- u. Branntweinmaterialsteuer . .	18 488 000	"
	b) Verbrauchsabgabe und Zuschlag zu derselben .	105 813 000	"
6.	Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier	30 165 000	"
	Aversa für Zölle und Verbrauchssteuern:		
7.	a) Zölle und Tabaksteuer .	56 000	"
	b) Zuckersteuer, Salzsteuer, Maischbottich- u. Branntweinmaterialsteuer . .	19 860	"
8.	Brausteuer	1 640	"
	Summe	789 725 000	Mark.

Die Summe der Zölle von 473 220 000 Mark fließt zum größten Theil aus der Verzollung folgender Artikel: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais, Malz, Fleisch, Früchte, Gewürz, Heringe, Kaffee, Reis, Kakao, Thee, Schmalz, Petroleum usw.

In der durch vorstehende Zahlen illustrirte Zoll- und Steuerpolitik kommt die das Volk degenerirende und namentlich die Arbeiterklasse schwer schädigende Wirthschaftsweise des herrschenden Systems zu charakteristischem Ausdruck. Die Aufbringung eines so großen Theils der öffentlichen Lasten durch Steuern und Zölle auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse der breiten Volksmassen beweist deutlich, daß die herrschenden Klassen ihre politische Macht und ihren Einfluß auf die Gesetzgebung dazu anwenden, um die finanziellen Lasten für die hauptsächlich zum Nutzen und Vortheil der besitzenden Klassen geschaffenen Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft den wirthschaftlich Schwachen, den Besitzlosen aufzuerlegen. Die Klassenherrschaft kommt in der Klassengesetzgebung zur thatsächlichen Wirksamkeit. Indem die bürgerliche Gesellschaft zu Gunsten der besitzenden Klassen über die öffentlichen Gewalten und deren Machtmittel verfügt, wird die Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerpolitik der steuerlichen Ausbeutung preisgegeben. Die Zölle und indirekten Steuern belasten ihrer Natur nach hauptsächlich die breiten Massen, deren wirthschaftliche Lage jedoch — durch die kapitalistische Produktionsweise — so elend ist, daß sie vollkommen unfähig sind, ohne Verkümmerung ihrer Lebensexistenz, diese Lasten zu tragen. So lange die sozialdemokratische Partei parlamentarisch thätig ist, hat sie — entsprechend den Forderungen des Programms — gegen diese volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik gekämpft. Wir verlangen an Stelle der Zölle auf Lebensmittel und an Stelle der indirekten, vorzugsweise die breiten Massen belastenden Steuern, direkte progressiv steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, die von denjenigen Bevölkerungsschichten aufzubringen sind, deren Einkommen und Besitz sie befähigt, Steuern zu zahlen, und die erst durch die ökonomisch-kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse in die Lage kommen, Besitz und Einkommen zu erwerben. Von diesen Grundsätzen ausgehend sind wir Gegner der Zölle auf Lebensmittel, welche Brod, Fleisch und andere Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse vertheuern, sind wir Gegner der indirekten Steuern auf Zucker, Salz, Branntwein, Tabak, Bier usw., welche den Konsum der nothwendigen Genuß- und Lebensmittel des arbeitenden Volkes einschränken. Diese prinzipiellen Anschauungen haben unsere Redner bei der Berathung des

Zoll- und Steueretats vertreten und nach diesen Grundsätzen wird die Fraktion gegenüber dem aus Anlaß des Ablaufs der Handelsverträge von agrarischer Seite beabsichtigten Beutezug verfahren und mit allen Mitteln die Lebensmittelvertheuerung, den Brod- und Fleischwucher bekämpfen.

* * *

Die Postgesetze.

Dem Reichstag sind drei Gesetze vorgelegt worden, welche die Post- und Telegraphenverwaltung betreffen. Es handelte sich bei dem ersten Gesetz um die Einführung einiger längst verlangter postalischer Reformen — die Erhöhung der Gewichtsgrenze für Briefe, Herabsetzung des Portos im Ortsverkehr von Berlin, Ermäßigung des Portos für Drucksachen, anderweite Regelung der Zeitungsgebühren, sowie Ausdehnung des Ortsverkehrs auf Nachbarorte.

Die Postverwaltung hat diese für den Verkehr nothwendigen und im Interesse des korrespondirenden Publikums erforderlichen Erleichterungen mit dem Verlangen nach Ausdehnung des Postzwanges bepackt und einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen der fernerweite Betrieb von Privatpostanstalten verboten wird. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage hat stets die Ansicht vertreten, daß die Reichspost nicht fiskalischer Plusmacherei zu dienen habe, sondern daß die Verwaltung in erster Linie und vor Allem die Aufgaben, welche der wachsende Verkehr stellt, auf prompte, billige und koulante Weise erfüllen müsse. Gegen das Verbot der Privatpostanstalten haben wir prinzipielle Bedenken nicht gehabt, daman — wenn die Postverwaltuug Verkehrserleichterungen und Verkehrsverbilligungen im ganzen Reich herbeiführen soll — die großen Centren des postalischen Verkehrs nicht theilweise der privatkapitalistischen Postwirthschaft überlassen kann. Wir machten unsere Zustimmung zu der Ausdehnung des Postzwanges und zu dem Verbot der Privatpostanstalten davon abhängig, daß erstens die Reichsverwaltung dem Publikum annähernd ebenso billige Tarife gewährt als die Privatanstalten, und daß zweitens ausreichende Entschädigungen an die Angestellten gezahlt werden. Da unsere Forderungen in dieser Hinsicht erfüllt wurden und es uns gelungen ist, für die bei den Privatpostanstalten Angestellten annehmbare Entschädigungssätze bezw. Uebernahme in den Reichspostdienst zu erzielen, haben wir dem Gesetz betreffend einige Aenderungen über das Postwesen, in welchem gleichzeitig die Sonntagsbestellung von Zeitungen durch Private in gleichem Umfang wie durch die Reichspost gesichert ist — hierbei kommt Mecklenburg besonders in Frage — zugestimmt.

Das zweite Postgesetz ist zur Neuregelung der Fernsprech-Gebühren bestimmt und bringt neben einigen Erhöhungen der Gebühr für die ganz großen Städte, Gebührenermäßigungen und Erleichterungen für den Anschluß an das Fernsprechnetz in mittleren und kleinen Städten und auf dem Lande. Die Gebührensätze sind je nach der Anzahl der an ein Fernsprechnetz angeschlossenen Theilnehmer bemessen, und theilen sich für den Ortsverkehr — nach dem Willen des Theilnehmers — in Bauschgebühren von 80—180 Mk. pro Jahr und eine Grundgebühr von 60—100 Mk., neben welcher das Einzelgespräch mit 5 Pf. berechnet wird. Die Gebühren für ein Gespräch im Fernverkehr sind je nach der Entfernung auf 20 Pf. bis 2 Mk. bemessen. Die Fraktion hat auch diesem Gesetz zugestimmt.

In dem dritten Postgesetz, welches die Bezeichnung „Telegraphenwegegesetz" führt, ist der Reichsverwaltung das Recht verliehen, öffentliche Wege, welche sich im Eigenthum von Gemeinden, Kreisen und Privaten befinden, zur Anlage von Telegraphenleitungen und Aufstellung von Telegraphenstangen u. s. w. zu benutzen und Telegraphendrähte durch den Luftraum von einem Grundstück zum anderen zu führen. Auch die Legung von Kabeln

zum Zweck unterirdischer Telegraphenleitungen wird in dem neuen Gesetz geregelt. Für unsere Fraktion unterlag es keinem Zweifel, daß die im öffentlichen und Verkehrsinteresse nothwendigen Telegraphenanlagen nicht verhindert werden dürfen durch Eigenthumsrechte, welche Korporationen oder Private an öffentlichen Straßen, Plätzen oder Wegen besitzen. Es kam hierbei nur darauf an, die Rechte Dritter gegen die Verwaltung derart zu schützen, daß Besitzstörungen und Behinderungen bereits vorhandener Anlagen vermieden bezw. von der Reichsverwaltung entschädigt werden. Namentlich mußte für die Gemeinden durch das Gesetz Sicherheit geschaffen werden, daß ihre elektrischen Kraft-, Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen, gleichviel ob dieselben im Straßenniveau, über oder unter der Erde liegen, von Störungen durch neu zu errichtende Reichsanlagen geschützt werden, und daß Kosten, welche durch Schutzvorrichtungen solcher Anlagen oder durch etwa nothwendig werdende Verlegung derselben entstehen, von der Telegraphenverwaltung getragen werden. Nachdem all diese Bedingungen durch Amendirung und Aenderung des Gesetzentwurfes erfüllt waren, konnten wir uns auch für dieses Gesetz erklären, so daß alle drei von der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingebrachten Gesetzentwürfe die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion gefunden haben.

* *
*

Gesetz zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. (Zuchthausvorlage.)

Der vorjährige Bericht behandelt ausführlich die erste Berathung dieser Regierungsvorlage, zu der eine Rede des Kaisers den Impuls gegeben hat. Dem — mit Ausnahme der Korn- und Schlotjunker — von allen Parteien des Reichstages bekämpften Gesetzentwurf wurde nicht einmal die Ehre einer Kommissionsberathung zu Theil, trotzdem die Regierung, welche in einer sogenannten Denkschrift, ein polizeilichen Meldungen entstammendes, gänzlich unkontrolirbares Material herbeigeschleppt hatte, fast flehentlich um Kommissionsberathung bat. Kurz nach Wiedereröffnung des Reichstages im November vorigen Jahres begann die zweite Berathung dieses Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter, das angeblich zum Schutze der Arbeitswilligen geplant, das Koalitionsrecht der Arbeiter einschränken bezw. aufheben, die Arbeiter an der Benutzung von Vertheidigungsmitteln im wirthschaftlichen Kampf mit dem Unternehmerthum verhindern sollte. Der, wenn es sich um Knebelung der Arbeiter handelt, allezeit bereite Helfer der Reaktion, Freiherr von Stumm, versuchte es noch einmal, von dem Zuchthausgesetz wenigstens etwas zu retten, indem er wieder Kommissionsberathung beantragte — indeß vergeblich, der Reichstag wollte sich nicht länger als absolut nothwendig mit dieser Ausgeburt kapitalistisch-arbeiterfeindlichen Strebens beschäftigen. Der Antrag des Chefs der Scharfmacherkompagnie auf Kommissionsberathung wurde wieder verworfen. Auch der von einem Theil der Nationalliberalen gemachte Versuch, zu Gunsten der Großindustrie und des mit derselben zur Ausbeutung der Arbeiterklasse verbundenen Großkapitals einige Strafparagraphen für die von dem Koalitionsrecht Gebrauch machenden Arbeiter einzuheimsen, mißlang, da sich, abgesehen von den Vertretern des Großgrundbesitzes und der Großindustrie, Niemand fand, der dieses Henkerstückchen mitzumachen bereit war.

Der Graf v. Posadowsky, der Vater jenes geheimen Streikerlasses, der als Vorspiel der Zuchthausvorlage den Reichstag beschäftigte, hielt den bürgerlichen Parteien noch eine Moralpredigt, in welcher er resignirt die Scharfmacheraktion als aussichtslos aufgab, dafür aber um so beredter die Bestrafung des „Mißbrauchs des Koalitionsrechts" verlangte. Diese ministerielle Politik gipfelt in dem Grundsatz, daß die Arbeiter zwar das Koalitionsrecht besitzen, aber wenn sie Gebrauch davon machen, bestraft werden. Koalitionsrecht mit dem Galgen

daneben. Rednerischen Beistand fand der Regierungsvertreter außer bei dem Generalscharfmacher von Saarbrücken nur noch bei dem Musterlandrath v. Loebell, der seinen parlamentarischen Einfluß zur Unterstützung des gegen die Arbeiterklasse gerichteten Knebelgesetzes benutzte, trotzdem er einige Zeit später wegen amtlicher Beeinflussung bei der Wahl seines Mandats verlustig ging. Von unserer Seite wurde es in diesem Stadium der Berathung nicht mehr der Mühe für werth erachtet, die Redensarten der Gegner einer Widerlegung zu würdigen — wir wollten das Begräbniß der Zuchthausvorlage nicht verzögern. Und es ging Schlag auf Schlag, Paragraph um Paragraph verschwand unter dem Hohngelächter Derer, die davon getroffen werden sollten, in der Versenkung, bis das Wort ertönte:

„Einleitung und Ueberschrift sind abgelehnt und hiermit der Gesetzentwurf in allen seinen Theilen. Eine dritte Berathung findet daher nicht mehr statt."

Das war das verdiente Ende einer Gesetzesvorlage, die, gestützt auf einer Sammlung von Polizeigeschichten, dem Unternehmerthum die Dienste und die Hilfe der Gerichte zur Verfügung stellen wollte. Ein Ausfluß einseitiger Klassenpolitik, hätte die Vorlage, wenn sie Gesetz geworden wäre, ein Mittel geboten, um die Arbeiter noch mehr unter die Botmäßigkeit der Unternehmer zu bringen und die Rechtsprechung wäre auf Grund gesetzlicher Bestimmungen gezwungen worden, sich kapitalistischen Klasseninteressen dienstbar zu machen. Nur von den Vertretern der arbeiterfeindlich gesinnten Reichstags-Parteien beklagt, ist die Zuchthausvorlage verscharrt worden. Mögen die Arbeiter durch energische kampfesfrohe Agitation es verhindern, daß ein ähnliches Attentat auf das Koalitionsrecht und die Freiheit des arbeitenden Volkes noch einmal versucht wird.

* * *

Gesetz betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

In dem ersten Abschnitt der letzten Session des Reichstages war die Gewerbeordnungsnovelle einer Kommissionsberathung überwiesen worden. Die Vertreter der Fraktion betheiligten sich sehr eifrig an den Kommissionsarbeiten und versuchten durch zahlreiche Anträge die Regierungsvorlage zu verbessern. Der sehr umfangreiche Kommissionsbericht gab die Unterlage für die weitere Berathung der Novelle im Plenum des Reichstages, bei welcher Gelegenheit wir ebenfalls, wenn auch meist ohne Erfolg, die Forderungen der Arbeiterorganisationen in höherem Maße als die Kommissionsbeschlüsse es gethan zur Geltung zu bringen versuchten. In heißem Kampfe vertheidigten unsere Redner die Fraktionsanträge und wiesen nach, daß die Regierungsvorlage die Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, nur oberflächlich streift, aber nicht gründlich beseitigt. Die wichtigsten Bestimmungen der Novelle, welche durch die Kommissionsberathung in manchen Punkten verbessert worden ist, beschäftigen sich mit der Regelung der Gesindevermiethung und Stellenvermittelung, sowie der Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Kleider- und Wäschekonfektion und mit der Beschränkung der Arbeitszeit, für weibliche uud jugendliche Arbeiter außerhalb der Fabrik.

Ferner enthielt der Entwurf Schutzbestimmungen für die Ladenangestellten.

Nach wochenlangen Arbeiten in der Kommission fanden die Verhandlungen in vieltägigen Debatten im Plenum in der Einzelberathung ihre Fortsetzung und gaben uns Gelegenheit, die sozialdemokratischen Forderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu vertreten. Die Mißstände im Zwischenmeistersystem sowohl als die Uebervortheilung und Ausbeutung der Arbeiter durch Agenten und Stellenvermittler wurden unter Anführung von Beispielen und Thatsachen zur Sprache gebracht. Die Nothwendigkeit der Lohnzahlung

an einem andern Tage als am Sonnabend wurde im Interesse der Arbeiterfamilien gefordert. Für die Beschränkung der Arbeitszeit außerhalb der Fabrik machten unsere Redner den Umstand geltend, daß bei der übermäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit in der Hausindustrie die Arbeiter geistig und körperlich verkommen und vor übermäßig langer, die Gesundheit schädigender Heimarbeit durch das Gesetz geschützt werden müssen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen nahmen wir Stellung gegen die beabsichtigten Bestimmungen über die Lohnbücher bezw. Lohnzahlungsbücher für minderjährige Arbeiter, weil es vollständig genügt, wenn die Eltern aus dem Lohnbuch den Betrag des vom Minderjährigen verdienten Lohnes erfahren. Der im Rahmen der Gewerbeordnungsnovelle beantragten Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, wonach die Hausindustriellen und die von ihnen beschäftigten Heimarbeiter auf Kosten der Hauptarbeitgeber krankenversicherungspflichtig werden sollen, stimmten wir in vollem Umfange zu. Die im Entwurf vorgesehene Minimalruhezeit von 10 bezw. 11 Stunden für Ladenangestellte bekämpften wir als zu gering und forderten eine 12stündige Ruhezeit mit einer feststehenden 2stündigen Mittagspause und die Beschaffung von Sitzgelegenheit für die Angestellten. Außerdem verlangten wir die Anwendung genügenden Schutzes vor der Unternehmerausbeutung nicht nur für die in Ladengeschäften thätigen Personen, sondern für alle im Handelsgewerbe beschäftigten Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter. Den Ladenschluß, den die Kommission auf 9 Uhr Abends fixirt hat, wollten wir auf 8 Uhr festgesetzt haben. Ebenso sollten die Geschäfte nicht vor 6 Uhr Morgens geöffnet werden dürfen. In der Einzelberathung war es wie immer nur die sozialdemokratische Partei im Reichstage, welche den Arbeitern durchgreifenden gesetzlichen Schutz vor der Ausbeutung des Unternehmerthums gewähren wollte. Alle übrigen Parteien, vor allem das „arbeiterfreundliche" Centrum, versagten, als es galt, Bestimmungen in die Gewerbeordnung zu bringen, welche dem gewerblichen Arbeiter und Handelsangestellten einen ernsthaften Schutz vor dem Ausbeuterthum verschaffen und die Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter auf ein einigermaßen befriedigendes Niveau heben wollten. Eine besonders lebhafte Diskussion entspann sich über unseren Antrag, der das Koalitionsrecht der gewerblichen und der landwirthschaftlichen Arbeiter in vollstem Umfange gesetzlich sicher stellen will. Die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung werden jetzt vielfach in einer Weise interpretirt, daß von dem angeblich darin gewährleisteten Koalitionsrecht keine Spur übrig bleibt. Gegenüber der durch die Zuchthausvorlage geplanten Gewaltspolitik gegen die Arbeiter verlangten wir volle uneingeschränkte Sicherung des Koalitionsrechts und Gleichstellung der Arbeiter mit den übrigen Reichsangehörigen. Der Antrag wurde von sämmtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, und damit wieder der eklatante Beweis erbracht, daß im Kampfe gegen die Arbeiterklasse die Bourgoisie trotz aller politischen und wirthschaftlichen Differenzen untereinander vollkommen einig ist, und alle Machtmittel der bestehenden Gesellschaft benutzt, um die arbeitende Klasse niederzuhalten.

Wenngleich unsere Forderungen und Anträge — abgesehen von wenigen Ausnahmen — keine Annahme fanden, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Novelle gegenüber den bisherigen Zuständen manche Verbesserung enthält, sowohl durch die Vorlage, als auch durch die Kommissionsberathungen. Vor Allem ist hierzu die gesetzlich festgelegte Ladenschlußzeit, sowie die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Krankenversicherung zu rechnen. Weitere Verbesserungen sind enthalten in den Bestimmungen für Gesindevermiether und Stellenvermittler, in der Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln für die Konfektionsbranche, in der gesetzlichen Festlegung einer Minimalruhezeit und einer Mittagspause für offene Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Kontoren und Lagerräumen, in der Einführung von Arbeitsordnungen für offene Verkaufsstellen

mit mehr als 20 Gehilfen und Lehrlingen, sowie in der dem Bundesrath ertheilten Berechtigung des Erlasses von Vorschriften, welchen Anforderungen Laden-, Arbeits- und Lagerräume, sowie Maschinen und Geräthschaften zu genügen haben, um Leben und Gesundheit des Personals vor Schaden zu schützen.

Diese Verbesserungen der jetzt geltenden Rechtsverhältnisse für die Arbeiter und Handelsangestellten veranlaßten die Fraktion, bei der Schlußabstimmung für die Novelle zur Gewerbeordnung zu stimmen. Ebenso stimmte die Fraktion für folgende Resolutionen:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen (§§ 135 bis 139b der Gewerbeordnung) auf die Hausindustrie durch Erlaß entsprechender Verordnungen (§ 154 Abs. 4) oder durch Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs mehr als bisher zur Durchführung zu bringen.
2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Erhebungen durch die Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeit der Gehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und für das in den Verkehrsgewerben beschäftigte Hilfspersonal anzustellen.
3. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher bezüglich der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher über die Arbeitszeit, die Kündigungsfristen, die Sonntagsruhe, die berufliche Aus- und Fortbildung die gleichen oder ähnliche Schutzvorschriften vorsieht, wie sie das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung hinsichtlich der Handelsangestellten enthält.

welche von der Kommission beantragt waren und vom Reichstage angenommen worden sind.

* * *

Das Münzgesetz.

Die Vorlage der Regierung will einige Münzsorten, die der Verkehr nicht in genügender Menge aufgenommen hat, abschaffen und diejenigen Münzsorten vermehren, von denen der Verkehr eine größere Menge beansprucht. Die Zwanzigpfennigstücke aus Silber sollen eingezogen werden, dagegen soll eine stärkere Ausprägung von Kronen und von Nickel-Zehnpfennigstücken erfolgen. Die Silberthaler sollen langsam zu Gunsten der Reichssilbermünzen (1 Mark, 2 Mark, 5 Mark) angekauft und eingeschmolzen werden. Obgleich diese Vorlage kein politisches, sondern ein reines Bedürfnißgesetz genannt werden muß, entspann sich doch eine lange Währungsdebatte, bei welcher die Heißsporne der Silberwährung wieder eine ihrer bekannten Attacken gegen die Goldwährung richteten und natürlich auch gegen die den Agrariern nicht genug Kredit gewährende Reichsbank vom Leder zogen. Unsere Fraktion erklärte sich mit dem Gesetz einverstanden, weil dasselbe den Uebergang zu der reinen Goldwährungerleichtert. Die Sozialdemokratie hat jeden Versuch zur Entwickelung und Ausbildung der Doppelwährung abzuwehren, weil diese gegen die Interessen der Arbeiterklasse verstößt. Mit der Doppelwährung würde eine Preistreiberei aller Produkte kommen, aber solcher Preistreiberei folgt erfahrungsmäßig nur sehr langsam und zögernd eine Steigerung der Löhne nach. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, den Agrariern und Bimetallisten beizuspringen, die ihre politische Macht benutzen, um Erhöhung der Getreidezölle und der Lebensmittelpreise durchzuführen. Wir wollen nicht, daß die Junker die Schulden, welche sie in Gold kontrahirt haben, in minderwerthigem Silber bezahlen können. Wir halten den Ausbau der Goldwährung für geboten, im Interesse der Arbeiterschaft, die bei einer festen Goldwährung

in den Löhnen einen stetigeren Werthmesser besitzt, als bei der Doppelwährung, bei der das billigere weiße Metall den Markt überschwemmt und die Kaufkraft der Arbeiterklasse schädigt.

* * *

Gesetz, betreffend das Vereinswesen.

Am 6. Dezember 1899 hat der Reichstag in dritter Berathung einen von Mitgliedern des Hauses eingebrachten Gesetzentwurf angenommen, dessen einziger Artikel lautet:

„Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben."

Dieser Gesetzentwurf hat den Reichstag schon mehrere Male beschäftigt und ist eine Folge der Nichterfüllung des vom Reichskanzler am 27. Juni 1896 im Reichstage gegebenen Versprechens, die Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine miteinander noch vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf dem Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung herbeizuführen. Die preußische Regierung hat bekanntlich ihre diesbezügliche Vorlage mit so reaktionären Bestimmungen bepackt, daß selbst das preußische Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf ablehnte. Diese Haltung der preußischen Regierung führte im Reichstage zur wiederholten Einbringung eines Entwurfs, welcher die reichsgesetzliche Regelung der Angelegenheit bezweckte. Bei der letzten Berathung erklärte der Reichskanzler Namens der verbündeten Regierungen, daß diese „einem Gesetz, welches die Beseitigung des Verbindungsverbots für inländische Vereine ausspricht, ihre Zustimmung ertheilen werden." Diese Erklärung, welche endlich nach $3^1/_2$ Jahren die Erfüllung des reichskanzlerischen Versprechens in Aussicht stellte, wurde vom Zentrum, den Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung mit überschwenglichen Lobes- und Dankbezeugungen begleitet. Das Zentrum interpretirte die Erklärung des Reichskanzlers im Sinne des Satzes „Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft" und beglückwünschte den Reichskanzler, daß es ihm gelungen, sein Versprechen zu halten. Aehnlich sprachen nationalliberale und freisinnige Redner.

Von der Sozialdemokratie wurde es für die innerpolitischen Zustände als charakteristisch bezeichnet, daß die Erfüllung einer feierlich gegebenen Zusage mit überschwenglichen Dankesbezeugungen begleitet wird und die Schwächlichkeit der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet, die in dem Entschluß der Regierungen, dem wiederholt ausgesprochenem Willen der Volksvertretung endlich nachzukommen, ein Entgegenkommen und „Geschenk" der Regierung erblickten, für welches sich der Reichstag besonders dankbar und — so klang es aus den Reden heraus — auch erkenntlich zeigen müsse. Der Reichskanzler hat mit der Verkündung des bundesräthlichen Entschlusses augenscheinlich gut Wetter für die Flottenvorlage machen wollen. Daß der Bundesrath jetzt in die glatte Aufhebung des Verbindungsverbots willige, danke der Reichstag nur der Flottenvorlage, — sonst hätte der Respekt vor dem wiederholten Beschluß des Reichstages schon früher in die Erscheinung treten müssen. Mit dem Hinweis darauf, daß der Gesetzentwurf den ersten Schritt zu einem Reichsvereinsgesetz bilde, welches gegenüber den reaktionären und einflußreichen Bestrebungen in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten dringend nothwendig sei, wurde die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Gesetzentwurf ausgesprochen. Nur die beiden konservativen Fraktionen des Reichstages stimmten gegen den Gesetzentwurf, weil derselbe — entgegen der preußischen Vorlage — keine Einschränkung des bestehenden Vereins- und Versammlungsrechts enthält. Die Scharfmacher verlangen „Garantien gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts", d. h. mit anderen Worten: Beseitigung des Koalitionsrechts für die Arbeiter — daher ihr Widerstand gegen die Aufhebung des Verbindungsverbots.

* * *

Gesetz, betreffend die Patentanwälte.

In der ersten Berathung dieses Gesetzentwurfs hat die Fraktion ihre Bedenken geltend gemacht gegen die schematisch-büreaukratischen Bestimmungen der Vorlage. Das Bestreben, wieder einen Berufsstand abhängig zu machen von der Staatsbehörde, haben wir abgelehnt und die Errichtung einer Patentanwaltskammer als Organ der Patentanwälte verlangt. In dieser Organisation wären die Patentanwälte im Stande, ihre Angelegenheiten selbstständig zu ordnen, während der Gesetzentwurf und auch die Kommissionsbeschlüsse die Patentanwälte vollständig dem Beamtenthum und dem behördlichen Schematismus unterordnen. In einer Patentanwaltskammer bestände auch zugleich der nothwendige Schutz vor Schaden und Benachtheiligung durch gewissenlose und betrügerische Manipulationen bei geschäftlicher Vertretung des Publikums.

Der Antrag auf Errichtung einer Anwaltskammer wurde abgelehnt, dagegen gelang es uns, einen zum Schutze der politischen Rechte der in die Patentanwaltsliste einzutragenden Personen gestellten Antrag zur Annahme zu bringen. Der durch ein kleines Amendement des Zentrums unwesentlich veränderte Antrag lautet:

„Als ein unwürdiges Verhalten sind politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten oder Handlungen des Antragstellers als solche nicht anzusehen."

Aus der Berathung dieses Antrages entwickelte sich eine eingehende Debatte über die politische Einwirkung der Regierung auf die Beamten, bei welcher unsere Redner energisch für die völlig freie, durch keine Aufsichtsmaßregel der Behörde eingeschränkte Bethätigung der politischen und wirthschaftlichen Ueberzeugung der Beamten eintreten.

Bei der Gesammtabstimmung hat die Fraktion gegen das Gesetz gestimmt, weil durch dasselbe eine neue privilegirte Kaste geschaffen, und die absolute Abhängigkeit der Patentanwälte von der Regierung und der Aufsichtsbehörde zum Grundsatz erhoben ist.

* * *

Gesetz, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze.

1. Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz,
2. Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft,
3. Bau-Unfallversicherungsgesetz.
4. See-Unfallversicherungsgesetz.
5. Gesetz, betr. die Unfallfürsorge für Gefangene.

Schon im Jahre 1897 war auf Grund einer Regierungsvorlage in langer Kommissionsberathung eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ausgearbeitet worden, die in der damaligen Session nicht mehr zur Verabschiedung gelangte. Statt nun, wie allgemein geglaubt und auch von den Regierungsvertretern zugesichert wurde, dem Reichstage eine den damaligen Kommissionsbeschlüssen entsprechende neue Vorlage zu machen, ist in diesem Jahr dem Reichstage eine gegen die Kommissionsbeschlüsse des Jahres 1897 vielfach verschlechterte Vorlage zur Beschlußfassung zugegangen. Die Regierung hat sich dem Machtgebot des Zentralverbandes deutscher Industrieller gebeugt, der die damaligen Kommissionsbeschlüsse als „sozialdemokratisch" bezeichnete und in langen, von Unternehmer-Hochmuth zeugenden Eingaben an die Regierung und durch Veröffentlichungen erklärte, diese Beschlüsse unter keinen Umständen gutzuheißen.

Die Reichsregierung kapitulirte in dieser vielfach für Leben und Gesundheit der Arbeiter entscheidenden Frage vor dem Unternehmerthum. Der Reichstag hatte sich in Folge dessen mit einer neuen Regierungsvorlage zu beschäftigen, die in vielen Punkten den Forderungen des übermächtigen Kapitalistenverbandes angepaßt war.

In der im Januar d. J. stattgehabten Generaldiskussion der Unfallversicherungsgesetze wurde die Vorlage von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien mit Anerkennung überschüttet. Den Agrariern bot der landwirthschaftliche Unfallversicherungsgesetzentwurf sogar noch zu viel Vortheile für die Landarbeiter. Das Lob dieser echt kapitalistischen Sozialreform wurde vom Zentrum, den Nationalliberalen, den Konservativen, und Freisinnigen in allen Tonarten gesungen, und die schon tausendmal widerlegte lächerliche und lügenhafte Behauptung wiederholt, daß die sozialdemokratische Fraktion keinen Antheil habe an der Versicherungsgesetzgebung für die Arbeiterklasse. Unsere Redner konnten mit Recht darauf hinweisen, daß die ganze sogenannte Sozialreform nur der sozialdemokratischen Agitation und Parteithätigkeit zu verdanken ist und daß es ohne Sozialdemokratie überhaupt keine Sozialreform in Deutschland gäbe.

In dem Verlauf der Berathung der Unfallgesetze zeigte es sich, daß die sozialdemokratische Partei im Reichstage mit dem Bestreben, die Unfallversicherung in einer, materiell und moralisch, den Rechten, der Ehre und der Würde der Arbeiterklasse entsprechenden Weise zu gestalten, ganz allein blieb, und daß alle bürgerlichen Parteien, mehr oder minder, das Unternehmerthum in der einseitigsten Weise bevorzugten, die Unternehmerorganisationen mit großer Machtvollkommenheit ausstatteten, dagegen die Rechte der Arbeiter auf Theilnahme an der Verwaltung nach Möglichkeit einschränkten und die Entschädigungspflicht der Unternehmer bei Unfällen nur in durchaus ungenügender Weise anerkannten. Gegenüber der Vorlage verlangten unsere Redner vor Allem erhebliche Ausdehnung der Versicherungspflicht sowie volle Entschädigung der Unfallverletzten, und dementsprechend Erhöhung der Renten, die in dem bestehenden Gesetz und auch in der neuen Regierungsvorlage viel zu niedrig bemessen sind. Ebenso wurde unsererseits die Beseitigung jeder Karenzzeit — die Berufsgenossenschaften zahlen jetzt erst nach 13 Wochen Unfallrente, so lange haben die Krankenkassen die Unfalllasten zu tragen — verlangt, und die gänzlich ungenügende Regelung des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften und Ausführung derselben, eingehend und scharf bekämpft. Es wurde von uns nachgewiesen, daß die neue Vorlage die Grundübel des geltenden Unfallversicherungsgesetzes konservirt und daß durch eine Reihe von Bestimmungen das bestehende Gesetz verschlechtert werden soll. Unsere Redner machten die Stellungnahme der Fraktion zu den Gesetzen von der Gestaltung abhängig, welche die Vorlagen in den weiteren Stadien der Berathung erhalten würden und verlangten Verweisung an eine Kommission, um die erforderlichen Verbesserungen an den Entwürfen vornehmen zu können. In monatelanger Kommissionsberathung, an welcher sich die Vertreter der Fraktion sowohl in der Diskussion als auch durch Stellung von Anträgen eifrig betheiligten, wurden zwar die Regierungsentwürfe in manchen nicht unwesentlichen Punkten zu Gunsten der Versicherten verbessert, indeß erreichten diese Veränderungen bei weitem nicht die Forderungen, welche die Vertreter der Arbeiterklasse an ein Arbeiterschutzgesetz — auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung — zu stellen haben. Die meisten unserer Anträge auf Ausdehnung der Versicherungspflicht, auf Erhöhung der Renten, sowie auf Herabminderung der verwaltungsrechtlichen Uebermacht der Berufsgenossenschaften und auf Erweiterung des Einflusses der Arbeitervertreter auf die Entscheidung über Höhe und Dauer der Rentenbezüge, wurden von den Vertretern der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Regierung, bemüht, die Interessen, die Rechte und die Macht der Unternehmer zu schützen, fand in diesem Bestreben fast immer die Unterstützung der ausschlaggebenden Zentrumspartei. Die künstlich erzeugte Furcht, daß die Novelle scheitern könne, wenn nach den Anträgen der Sozialdemokratie ein vernünftiges, einigermaßen ausreichendes Arbeiterschutzgesetz daraus würde, veranlaßten „die regierende Partei", im Schlepptau des Unternehmerthums marschirend, vielen reaktionären und arbeiterfeindlichen

Bestimmungen der Entwürfe zur Annahme zu verhelfen. Erst im Mai d. J. — so lange hatte die Kommission gearbeitet — konnte im Reichstag die Einzelberathung auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge stattfinden. Diese Berathung gab unserer Fraktion Gelegenheit — durch Einbringung eines großen Theils der in der Kommission abgelehnten Anträge — Stellung zu nehmen, gegen die Heuchelei des Zentrums und die „Arbeiterfreundlichkeit" der herrschenden Parteien ins wahre Licht zu stellen. In heißem wochenlangen Kampfe für die Forderungen der Arbeiter bemühte sich die Fraktion, die Einzelbestimmungen der Gesetze zu verbessern und die Macht der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften einzuschränken. Während noch vor zwei Jahren das Zentrum für einen Theil unserer Forderungen eingetreten war und sich z. B. für die Abkürzung der Karrenzzeit auf 4 Wochen, für die Erhöhung der Vollrente auf 75%, und für die Erhöhung der Wittwenrente auf 30% und Ganzwaisenrente auf 25% des angerechneten Arbeitslohnes erklärt hatte, sowie die Versicherung auf kleine Betriebe ausdehnen, und Betriebe mit 6 Arbeitern als Fabrik ansehen wollte, standen in diesem Jahr die Vertreter der katholischen Arbeiter auch in diesen Fragen an der Seite des Unternehmerthums, indem sie, vor den Wirthschaftsverbänden der Industriellen und vor den, im Bunde der Landwirthe, wirthschaftlich organisirten, Agrariern zurückweichend, die Arbeiter in Stadt und Land einer unzureichenden und unwirksamen Unfallfürsorge überlieferten. Die Ergebnisse der Berathung der Unfallversicherungsgesetze müssen umsomehr als ungenügend bezeichnet werden, als seit dem Erlaß des Gesetzes vom Jahre 1884 die Profitrente und damit die Wirthschaftslage der Unternehmerklasse ungeheuer gestiegen ist. Dagegen sind in dem gleichen Zeitraum, durch mehrmalige Erhöhung der Getreidezölle und die dadurch erfolgte Vertheuerung des Brodes, sowie durch die Erhöhung der Branntweinsteuer — einer Armeleutsteuer — und durch erhebliche Steigerung der Mieths- und Fleischpreise der Arbeiterklasse sehr erhebliche Lasten erwachsen, die keineswegs durch höhere Arbeitslöhne ausgeglichen sind. Wenn die Fraktion bei dieser Sachlage bei der Gesammtabstimmung für die Unfallversicherungsgesetze votirt hat, so war hierfür der Umstand entscheidend, daß eine Ausdehnung der Versicherungspflicht durch die Gesetze herbeigeführt wird und daß es uns gelungen ist, eine Anzahl Verbesserungen gegenüber den bestehenden Verhältnissen durchzusetzen. Die Versicherungspflicht ist z. B. auf gewerbliche Brauereien, auf Schlosser, Schmiede, Fensterputzer, Lagereibetriebe, Holzfällungsbetriebe usw. ausgedehnt worden. Materielle Verbesserungen bestehen darin, daß die Waisenrente erhöht ist und daß eine Kürzung des anrechnungsfähigen Arbeitsverdienstes erst dann erfolgen darf, wenn der Jahresarbeitsverdienst 1500 Mk. übersteigt. Die Rentenzahlung kann jetzt schon vor der dreizehnten Woche beginnen. Das Mindeststerbegeld ist von 30 auf 50 Mk. erhöht. Es können Renten für Wittwer und elternlose Enkel gezahlt werden. Eine gesetzliche Regelung des Heilverfahrens ist durch das Gesetz in die Wege geleitet. Die Vergrößerung des Reservefonds ist gesetzlich vorgeschrieben. Im See-Unfallgesetz gilt von nun ab meist der Individuallohn als Grundlage für die Berechnung der Rente und der Berechnung der Wittwen- und Waisenrenten wird die volle Heuer zu Grunde gelegt. Wie den Gesetzen, hat die Fraktion auch folgenden Resolutionen zugestimmt:

I. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die von den höheren Verwaltungsbehörden für die land- oder forstwirthschaftlichen Arbeiter festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste möglichst bald einer Revision unterzogen werden.

II. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der demnächstigen Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Erwägung darüber einzutreten, wieweit die in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter der reichsgesetzlichen Krankenversicherung zu unterstellen sind.

III. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag thunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Unfallversicherung der bei Rettung oder Bergung von Personen oder Sachen verunglückenden Personen.

IV. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägungen darüber einzutreten, ob und in welcher Weise für die in den Schutzgebieten des deutschen Reichs oder sonst im Auslande in deutschen Betrieben beschäftigten deutschen Betriebsbeamten und Arbeiter eine Unfallversicherung einzuführen ist.

* * *

Gesetz betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

Den prinzipiellen Gesichtspunkten der Regierungsvorlage, deren erste Berathung bereits in dem Sessionsabschnitt des vorigen Jahres stattgefunden hatte, wurde von unseren Rednern im Allgemeinen — vorbehaltlich einer die Einzelbestimmungen verbessernden Kommissionsberathung — zugestimmt. Es wurde betont, daß ein solches Gesetz aus hygienischen Rücksichten für die Volksgesundheit nützlich und nothwendig erscheine, daß jedoch zur Vermeidung finanzieller Belastung für die kleinen Viehpächter und Schlächter die Unkosten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten seien. Die Untersuchungen müssen sich sowohl auf ausländisches als auch auf inländisches Fleisch erstrecken. Zur Verbesserung der Verhältnisse auf diesem Gebiet solle eine obligatorische staatliche Viehversicherung eingeführt werden. Bei der für die Volksernährung nothwendigen Einfuhr fremden Fleisches dürfen einzig und allein gesundheitliche, niemals zollpolitische Rücksichten maßgebend sein.

Die Kommissionsberathung gestaltete sich — in Folge des gewaltigen Einflusses des Bundes der Landwirthe auf die konservativ-klerikal-nationalliberale Majorität des Reichstages — vollkommen zu Gunsten der Agrarier, welche ihrer materiellen Vortheile halber die Versorgung des Volkes mit billigem Fleisch preisgaben und die gesundheitlichen Wirkungen der Vorlage dadurch durchkreuzten, daß von der Untersuchung bei sogenannten Hausschlachtungen abgesehen wurde. Auch auf die Einführung der obligatorischen Trichinenschau wurde verzichtet.

In der Einzelberathung des Gesetzentwurfs, wie er nach den Beschlüssen der Kommission gestaltet werden sollte, kämpften unsere Redner energisch gegen die verbündeten Fleischvertheurer, und wiesen unwiderleglich nach, daß die Versicherungen der Agrarier — gesundheitliche Gesichtspunkte seien für die Majorität maßgebend — nichts als leere Redensarten und Heuchelei sind. In dem Ruhm — dem Volke die Fleischnahrung zu vertheuern — theilen sich das Centrum, die Konservativen, die Nationalliberalen und die Antisemiten des Reichstages. Diese Parteien bildeten während der zweiten Berathung des Entwurfs eine so festgeschlossene Phalanx, faßten so volksfeindliche Beschlüsse, daß es selbst der Regierung zu arg wurde, so daß dieselbe erklärte, bestimmten Beschlüssen nicht beitreten zu können. Die Vertreter unserer Fraktion kennzeichneten das Verhalten der fleischvertheuernden Majorität als einen Raubzug auf die Taschen der Arbeiterklasse. Die Befreiung der Hausschlachtungen von der Untersuchung macht diese Schlachtungen zu einem Schlupfwinkel für Fleisch, welches bei Fleischbeschau als für menschliche Nahrung nicht verwendbar bezeichnen werden müßte. Die obligatorische Trichinenschau ist nothwendig, um die gesundheitlichen Gefahren, welche durch den Genuß trichinösen Fleisches entstehen, zu vermeiden. Am heißesten entbrannte der Kampf bei den Bestimmungen über das Verbot und die Beschränkung der Einfuhr fremden Fleisches. Wir verlangen die Gewähr einer genauen gesundheitlichen Kontrolle des über die Grenze kommenden frischen oder verarbeiteten Fleisches. Aber wir wollen das arbeitende Volk davor schützen, daß seine Ernährung mit

Fleisch durch die Habgier und Profitwuth einer Handvoll Großproducenten — Züchter und Fleischer — erschwert wird.

Die Agrarier verlangen das Einfuhrverbot ausländischen Fleisches, damit sie dem deutschen Volke die Fleischpreise vorschreiben können, der Ausschluß fremden Fleisches vom deutschen Markt bedeutet — Monopol für ein Viehzüchtersyndikat und damit Preisvertheuerung des wichtigsten Nahrungsmittels für die Arbeiter. Diese Politik krassesten Eigennutzes, welche von den Majoritätsparteien getrieben wird, haben wir an den Pranger gestellt — leider vergeblich, denn die zweite Berathung endete mit der Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Nun begannen die Versammlungen hinter den Coulissen. Vom März bis zum Mai d. J. florirte der parlamentarische Kuhhandel um das Fleischbeschaugesetz. Die Regierung kapitulirte vor den Agrariern und unter Preisgabe der in ihrer eignen Vorlage festgelegten Grundsätze opferte die Regierung ein gut Theil der Fleischeinfuhr dem ungestümen Drängen der Agrarier, die mit flottenpolitischen Repressalien drohten, wenn die Regierung sich nicht nachgiebig erweise. Die Verhandlungen der Regierung mit den Führern der Agrarmajorität des Reichstages führten zu einem Kompromißvorschlag, der in der dritten Berathung der Vorlage, zum Antrage verdichtet, unter Zustimmung der Regierung, eingebracht wurde. In derentscheidenden dritten Lesung des Gesetzes geriethen sich die Agrarier untereinander in die Haare. Einigen Vertretern der „nothleidenden" Großgrundbesitzer und Viehweidefürsten ging der Kompromißantrag nicht weit genug. Der deutsche Fleischmarkt muß, nach dem Verlangen dieser Sorte von Volksvertretern, dem Agrarierthum überliefert werden. Ob das Volk unter der dadurch entstehenden Fleischvertheuerung geschädigt, ob die Volksernährung und Gesundheit darunter leidet ist gleichgültig — wenn nur die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe gehen und die Grundrente der agrarischen Junker und Großgrundbesitzer steigt. In den entscheidenden Paragraphen standen sich, abgesehen von den Kommissionsbeschlüssen, — welche die Regierung ablehnte — zwei Anträge gegenüber, von denen der Kompromißantrag angenommen wurde. Der andere von den intransigenten Centrums- und konservativen Agrariern und Antisemiten gestellte Antrag wurde abgelehnt, worauf diese Abgeordneten, die Vertreter der in ihrem heiligsten Gute — dem Geldbeutel — gekränkten Fleischvertheuerer gegen das ganze Gesetz stimmten. Was aus dem ursprünglichen Gesetzentwurf geworden ist, wie die Regierung ihre eigene Vorlage preisgegeben und sie dem materiellen Vortheil der Interessentenkreise geopfert hat, geht aus einem Vergleich der Vorlage mit der endgiltigen Fassung, welcher die Regierung zugestimmt hat, hervor. Die Regierungsvorlage betreffend ausländisches Fleisch lautete:

„Fleisch, welches in das Zollinland eingeführt wird, unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inlande bereits vorschriftsmäßig untersuchte und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Die Einfuhr von Fleisch darf nur über bestimmte Zollämter erfolgen. Der Bundesrath bezeichnet diese Aemter sowie diejenigen Zoll- und Steuerstellen, bei welchen die Untersuchung des Fleisches stattfinden kann, und ordnet an, inwieweit das Fleisch nur in zusammenhängenden Thierkörpern, Thiertheilen oder in Stücken von bestimmter Größe und in natürlichem Zusammenhange mit inneren Organen eingeführt werden darf."

Eine Fassung, der wir ohne Weiteres zustimmen konnten. Die unter Zustimmung der Regierung Gesetz gewordene Bestimmung dagegen hat diesen Inhalt:

„Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Im Uebrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Thierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden.

Mit den Thierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrath ist ermächtigt, diese Vorschrift auf weitere Organe auszudehnen.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Diese Feststellung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Pökelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliegt den Bestimmungen in Ziffer 1.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind die Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch gesetzlich von Neuem zu regeln. Sollte eine Neuregelung bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte nicht zu Stande kommen, so bleiben die im Abs. 2 festgesetzten Einfuhrbedingungen bis auf Weiteres maßgebend."

Nachdem durch die Gestaltung der Vorlage im Reichstage die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigten hygienischen und sanitären Wirkungen vereitelt worden sind und nachdem durch den Ausschluß des für die Volksernährung nothwendigen ausländischen Fleisches der Bezug eines der nothwendigsten Lebensmittel erheblich vertheuert und eingeschränkt wird, hat die Fraktion bei der Gesammtabstimmung gegen das Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz gestimmt, nachdem sie bereits in der Einzelberathung die volksfeindlichen Bestimmungen der Vorlage abgelehnt hatte. In der Schlußabstimmung votirten 163 Abgeordnete für und 123 Abgeordnete gegen das Gesetz. Unter den Ablehnenden befanden sich auch die parlamentarischen Vertreter des Bundes der Landwirthe, denen die agrarischen Errungenschaften bei diesem Gesetze noch nicht genügen, und die absolut keine Konkurrenz ausländischen Fleisches auf dem deutschen Markt dulden wollen. Neben dem Gesetz gelangte folgende Resolution zur Annahme, nachdem unser Antrag, die Einrichtungen von Schlachviehversicherungen „obligatorisch" zu machen, abgelehnt war:

„Der Reichstag erklärt es für angezeigt, daß in Ergänzung des Gesetzes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau durch Landesgesetze öffentliche Schlachtviehversicherungen unter Heranziehung staatlicher Mittel eingerichtet und Maßnahmen zur angemessen Verwerthung der verworfenen Theile des Schlachtthieres getroffen werden."

Gesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

(Reichs-Seuchengesetz.)

Ein Gesetzentwurf, welcher die zur Verhütung und Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten nothwendigen Maßregeln und Einrichtungen für das Reich einheitlich zu regeln beabsichtigt, hat dem Reichstage bereits früher zwei Mal vorgelegen. Der kurz vor Schluß der letzten Session zur Verabschiedung gelangte Entwurf enthält die Anzeigepflicht für Erkrankungen an Aussatz, Cholera,

Fleckfieber, Gelbfieber, Pest und Pocken. Der Entwurf ermächtigt die Polizeibehörden, zur Verhütung der Verbreitung solcher Krankheiten Absperrungs- und Aufsichtsmaßregeln für die Dauer der Krankheitsgefahr anzuordnen. Diese Schutzmaßregeln können in der Beobachtung und Absonderung kranker und krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen bestehen. Bei kranken Personen kann, unter bestimmten Umständen, die Ueberführung in ein geeignetes Krankenhaus angeordnet werden. Ebenso kann die gänzliche oder theilweise Räumung von Wohnungen und Gebäuden angeordnet werden; in solchem Falle ist jedoch für anderweite geeignete Unterkunft unentgeltlich zu sorgen. Die Ueberwachung aller auf Grund des Gesetzes getroffenen Anordnungen liegt dem Reichskanzler bezw. den Reichsbehörden ob. In Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamt wird ein Reichsgesundheitsrath gebildet.

In der allgemeinen Diskussion der Regierungsvorlage wurde von der Fraktion dem Grundgedanken des Entwurfs — Schutz der Gesammtheit vor Gesundheitsgefahr durch Maßregeln, welche die individuelle Freiheit in gewissem Umfange einschränken — zwar zugestimmt, jedoch, neben Bedenken gegen eine Anzahl von Einzelbestimmungen, nachdrücklich als Vorbedingung für die Möglichkeit der Verhütung von Epidemien, eine wirksame Volkshygiene, ein Reichswohnungsgesetz, die Einführung der Gesundheitslehre in den Schulen und vor Allem eine durchgreifende Sozialreform — Verkürzung der Arbeitszeit, gesunde Arbeits- und Betriebsräume, Errichtung von Heilstätten, auskömmlicher Verdienst u. s. w. u. s. w. — verlangt.

In der Kommission, an welche der Entwurf gelangte, wurde die Regierungsvorlage wesentlich verbessert, namentlich setzten unsere Vertreter Bestimmungen durch, nach welchen die wichtigeren Entscheidungen den Polizeiorganen entzogen und beamteten Aerzten übertragen sind. Auch ist auf Antrag unserer Vertreter Entschädigung für die durch Beobachtung und Absonderung krankheitsverdächtiger Personen entstehenden Verluste an Arbeitsverdienst beschlossen. Etwa auf Grund des Gesetzes nothwendig werdende Desinfektion von Wohnungen und Gebrauchsgegenständen muß unentgeltlich — ohne als Unterstützung zu gelten — aus öffentlichen Mitteln geleistet werden. Die Kommissionsbeschlüsse, welche die Zustimmung der Regierung fanden, bildeten die Grundlage für die Einzelberathung des Gesetzentwurfs im Reichstage. Die Fraktion hat ihren Mitgliedern die Entscheidung über den Gesetzentwurf freigegeben, weil Fragen der medizinischen Behandlung und Prophylaxe nicht vom Parteistandpunkt aus beurtheilt werden können, sondern ihre Entscheidung je nach der Ansicht über die verschiedenen Heilmethoden finden müssen.

In der Spezialberathung des Gesetzentwurfs wurden von einem Theil unserer Fraktion namentlich die Bestimmungen, durch welche Erkrankte und Krankheitsverdächtige sich in ihren Wohnungen und in Krankenhäusern, nicht von Personen ihres Vertrauens — also eventuell von Vertretern der Naturheilkunde — sondern von beamteten und promovirten Aerzten behandeln lassen müssen, lebhaft bekämpft. Auch schien die Durchführung der erlassenen Vorschriften diesen Kollegen fast unmöglich — jedenfalls mit so großen Schwierigkeiten, Drangsalirungen und Chikanen verbunden, daß ihre schließliche Entscheidung gegen die Vorlage ausfiel. Bei dem Paragraphen, der von Ueberführung in geeignete Krankenhäuser handelt, entwickelte sich eine von unserer Seite angeregte Diskussion, in der — gegenüber der durch das Gesetz vorgesehenen zwangsweisen Internirung in Krankenanstalten — auf die ungeheuren Mißstände hingewiesen wurde, die in den heutigen Krankenhäusern herrschen. Die durch Unreinlichkeit und mangelhafte Reinigungs- und Bedürfnißanlagen herbeigeführte Ansteckungsgefahr, sowie die unzureichende Anzahl, die mangelhafte Qualität und die schlechte Bezahlung, verbunden mit der übermäßig langen aufreibenden Arbeitszeit des Wärterpersonals wurden unter Anführung zahlreicher Thatsachen geschildert. Die ungenügende ärztliche Aufsicht,

die Unterlassung sofortiger Desinfektion der gebrauchten Wäsche, die Uebertragung ärztlicher Funktionen an Unbefugte, die vielfach lieblose und schädliche Behandlung Kranker durch ungeschultes Pflegepersonal, die in vielen Fällen getriebenen Durchstechereien, die oft schlechte Verpflegung der Kranken, kurz das ganze große Gebiet der Krankenhausaufgaben wurde in der Diskussion behandelt und die Mängel auf das herrschende System der Sparsamkeit und Knauserei zurückgeführt. Diese Mißstände würden sehr leicht beseitigt werden können, wenn die Gelder der Steuerzahler nicht meist zu kulturwidrigen unproduktiven Kriegsrüstungen, sondern neben der Erfüllung anderer Kulturaufgaben zum Bau von ausreichenden Krankenhäusern mit gutem, zahlreichen Aerzte- und Wärterpersonal und den sonst nothwendigen Einrichtungen verwendet würden. Die verlangte Vollmacht, Erkrankte bei Epidemien zwangsweise in geeignete Krankenhäuser bringen zu dürfen, mache es um so dringender nothwendig, dafür zu sorgen, daß bessere Zustände in den Krankenhäusern geschaffen werden. In den Kommissionsbeschlüssen — Entschädigung für durch gesetzliche Maßregeln entgangenen Arbeitsverdienst und Desinfektion aus öffentlichen Mitteln — liegt zweifellos eine nützliche und wichtige Ergänzung des Entwurfs. In der Ueberzeugung, daß die eventuelle Internirung und die Absonderung erkrankter, krankheits- und ansteckungsverdächtiger Personen nöthig ist, um die Bevölkerung vor Verbreitung verheerender Seuchen zu schützen — und ausgehend von dem Grundsatz, daß der Einzelne sich dem Wohle der Gesammtheit unterordnen muß, hat der größere Theil der Fraktion, bei der Gesammtabstimmung, für das Gesetz gestimmt.

Gesetz, betr. Aenderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs.

(lex Heinze.)

Den Anlaß zu diesem Gesetzentwurf, dessen Einbringung zur Zeit durch den Kaiser, in einer seiner Gelegenheitsreden, angekündigt wurde, boten Erscheinungen, die in dem gegen die Eheleute Heinze im Jahre 1891 gerichteten Strafverfahren hervortraten. Die parlamentarische Geschichte des Gesetzentwurfs datirt bis zur vorletzten Legislaturperiode des Reichstages zurück.

In zwei aufeinanderfolgenden Sessionen eingebracht, wurde der Gesetzentwurf an Kommissionen verwiesen, blieb jedoch beide Male unerledigt. Zum dritten Mal in der vorigen Session vorgelegt, kam der Entwurf, in Verbindung mit einem vom Centrum eingebrachten Antrage, der denselben Gegenstand behandelte, am 9. März vorigen Jahres im Reichstage zur ersten Berathung. Der Entwurf, welcher sich hauptsächlich mit Abänderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs betr. Kuppelei, Prostitution, Zuhälterwesen, Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen befaßte, wurde durch den Centrumsantrag bedeutend erweitert. In der allgemeinen Erörterung des Entwurfes wurde unsererseits als das einzige Erfolg versprechende Mittel zur Einschränkung der Prostitution die Hebung der wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse derjenigen Bevölkerungsklassen verlangt, aus denen die Prostitution sich heut — meist aus materieller Noth — rekrutirt. Einschneidender Arbeiterschutz, Normalarbeitstag, Verbot der Nacht- und Ueberarbeit, Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren, Errichtung von Erholungsstätten für Arbeiterinnen usw. usw. wurden gefordert. Diese Einrichtungen sind erforderlich als Vorbedingung für die Möglichkeit der Einschränkung bezw. der Beseitigung der Prostitution. Die Verschärfung der Strafgesetze giebt keine Sicherheit für die Beseitigung eines Zustandes, dessen eigentliche Wurzel hauptsächlich in der wirthschaftlichen Ausbeutung und Noth der weiblichen Arbeiterbevölkerung liegt. Dem vom Centrum beantragten Paragraphen, welcher den Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses zu unzüchtigen Handlungen oder Anträgen unter Strafe stellen wollte, stimmten wir durchaus bei. Dagegen be-

kämpften wir schon in der ersten Berathung die in dem Centrumsantrag enthaltenen sogenannten Kunst-, Schaufenster- und Theaterparagraphen, als heuchlerisch und muckerisch, und wiesen nach, daß solche Bestimmungen unnöthig sind, weil derartige Handlungen bereits durch die geltenden Gesetze getroffen, und soweit es sich um Schaustellungen handelt, von der Censurbehörde verboten werden können. Ebenso wurden die Bestimmungen des Entwurfs, wonach die Einführung sogenannter Toleranzhäuser ermöglicht werden könnte, von uns bekämpft, weil wir in der Errichtung solcher Häuser nicht nur keinen gesundheitlichen Nutzen erblicken können, sondern weil wir auch die Sklaverei und Ausbeutung scheußlichster Art, der die Mädchen in solchen Häusern verfallen sind, unter keinen Umständen begünstigen wollen. Eine Kommissionsberathung der Vorlage wurde auch von uns befürwortet, nachdem noch eine Anzahl mehr oder minder wichtiger Bedenken gegen einzelne Bestimmungen geltend gemacht waren.

Ueber die Kommissionsverhandlungen, an denen sich unsere Vertreter, durch zahlreiche Verbesserungsanträge, lebhaft betheiligt hatten, konnte, wegen inzwischen eingetretener Vertagung, nicht mehr in dem ersten Abschnitt der Session im Plenum des Reichstages berathen werden, sodaß die zweite Berathung des Gesetzentwurfs erst im Januar dieses Jahres ihren Anfang nahm. Die Einzelberathung ergab, neben der Ablehnung unserer Verbesserungsanträge, die Annahme der vom Centrum beantragten Paragraphen, welche, durch Einführung neuer vager kautschukartiger Strafbegriffe die freie Entfaltung der bildnerischen und darstellenden Kunst und der Literatur hinderten und Schriftsteller, Künstler, Schauspieler mit harten Strafen bedrohten. Die Regierung hatte sich bereits in der Kommission gegen diese Centrumsanträge sowie namentlich mit großer Lebhaftigkeit gegen die Herabsetzung des Schutzalters für Mädchen — 18 statt 16 Jahren — und gegen den sogenannten Arbeitgeberparagraphen ausgesprochen und wiederholte diese Erklärungen im Reichstage, indem sie bei Annahme dieser Paragraphen die Ablehnung des Gesetzes durch den Bundesrath in Aussicht stellte. Zwischen der zweiten Berathung, welche am 7. Februar d. J. beendet war, und der dritten Lesung des Gesetzentwurfs kam unter Betheiligung der Regierung ein Kompromiß zwischen den klerikal-conservativ-antisemitischen Parteien zu Stande, bei dem das für „Sitte" und „Moral" kämpfende Centrum den Arbeitgeberparagraphen und die Heraufsetzung des Schutzalters für Mädchen opferte, dafür aber von der Regierung den Schaufenster- und den Theaterparagraphen zugestanden erhielt. Die vom Centrum erst selbst beantragten, dann aber preisgegebenen Paragraphen lauteten in der von der Heinzemajorität in zweiter Berathung angenommenen Fassung:

„Wer ein unbescholtenes Mädchen, welches das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, zum Beischlafe verführt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Eltern oder des Vormundes der Verführten ein."

„Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, welche unter Mißbrauch einer durch das Arbeits- oder Dienstverhältniß begründeten wirthschaftlichen Abhängigkeit durch Androhung oder Verhängung von Entlassung, von Lohnverkürzung oder von anderen mit dem Arbeits- oder Dienstverhältniß zusammenhängenden Nachtheilen oder durch Zusage oder Gewährung von Beschäftigung, von Lohnerhöhung oder von anderen aus dem Arbeits- oder Dienstverhältniß sich ergebenden Vortheilen ihre Arbeiterinnen oder sonstigen weiblichen Dienstverpflichteten zur Duldung oder Verübung unzüchtiger Handlungen bestimmen, werden mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu sechshundert Mark erkannt werden.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein."

Wochenlang konferirten die lex-Heinzeschwärmer des Reichstages mit ihren Alliirten von der Regierung. Als der Handel endlich fertig war, wurde der daraus entstandene Antrag vollständig geheim gehalten und erst nachdem die dritte Lesung auf die Tagesordnung gesetzt war, im Reichstage eingebracht, damit für die Opposition keine Zeit zu Gegenaktionen blieb. Am 13. März d. J. stand die lex-Heinze zur dritten Berathung und erst am Abend zuvor am 12. März brachte der Heinze-Misch-Masch den Kompromißantrag ein, für dessen Annahme sich die Regierung mit dem Verzicht auf obige Paragraphen gewinnen ließ. Die Hauptbestimmungen des vom Centrum, seinem polnischen und elsaß-lothringischen Anhang, sowie den beiden konservativen Parteien gestellten Kompromißantrages lauteten:

„Mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen,

1. zu geschäftlichen Zwecken an öffentlichen Straßen, Plätzen oder an anderen Orten, die dem öffentlichen Verkehr dienen, in Aergerniß erregender Weise ausstellt oder anschlägt;
2. einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet."

„Wer innerhalb öffentlicher Schaustellungen, Aufführungen oder Vorträgen von Gesangs- und sonstigen Unterhaltungsstücken öffentlich ein Aergerniß giebt durch eine Handlung, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzt, wird mit Gefängnißstrafe bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft."

Die dritte Berathung begann mit einer nochmaligen allgemeinen Erörterung des Gesetzentwurfs, in der von unseren Rednern in der energischsten Weise gegen den Versuch, Kunst und Wissenschaft zu knebeln, angekämpft wurde. Die Heuchelei und Tartüfferie der herrschenden Klassen, welche Religion, Moral und Sittlichkeit für das Volk predigen, selbst aber vielfach die größte Schamlosigkeit und Sittenlosigkeit betreiben, wurde noch einmal in aller Schärfe nachgewiesen und der schmähliche Rückzug der Majorität bei dem Arbeitgeberparagraphen angenagelt. Gegenüber der reaktionären Treiberei und dem Attentat auf die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Literatur, welches die schwarze Schaar auszuüben im Begriffe stand, entschloß sich unsere Fraktion, das Zustandekommen der hierauf gerichteten Bestimmungen wenn möglich zu hintertreiben und zu diesem Zweck alle geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mittel anzuwenden.

Die Gelegenheit hierzu bot die Einzelberathung der dritten Lesung, bei welcher wir neben eingehender rücksichtslos scharfer Bekämpfung des heuchlerischen, unfreien, muckerhaften, bildungs- und kunstfeindlichen Geistes der Majoritätsbeschlüsse durch Einbringung zahlreicher Abänderungsanträge unsere Ansichten geltend machten. Gegen die auf ihre Macht pochende Majorität — welche die Opposition mundtodt machen wollte — benutzten wir die Geschäftsordnung, indem wir namentliche Abstimmungen über geschäftliche und sachliche Anträge, in Anwendung brachten. Wir hatten uns das Ziel gesteckt, die Theater- und Schaufensterparagraphen nur dann Gesetz werden zu lassen, wenn die Anhänger derselben für sich allein die zur Beschlußfähigkeit nothwendige Anzahl von Abgeordneten zusammen brächten. Bei den beiden in Frage stehenden Strafbestimmungen handelte es sich um die Knebelung des freien künstlerischen Strebens in Bild und Wort. Die frohe freudige Bethätigung künstlerischen Schaffens sollte eingeschnürt, dem Bestreben, Natur und Wirklichkeit bildlich darzustellen, enge Schranken gezogen werden. Und das alles aus einer bigotten, frömmelnden Anschauung, die, weit entfernt von wahrer, gesunder Sittlichkeit, mit den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Kultur in schneidendem Widerspruch steht. Das zu verhindern war unsere Pflicht.

Durch unerschütterliches Festhalten an unserer Taktik, die ausreichende Unterstützung auf der linken Seite des Reichstages fand, wurde der Majorität schon nach etwa 6 Tagen das Rückgrat gebrochen. Das auf seine Majorität so stolze Centrum mußte einsehen, daß es den Kampf mit der Opposition nicht aushalten könne. Matt geworden, mürbe gemacht, unsicher in den eigenen Reihen, mußten die klerikal-konservativen Heinzemänner den Rückzug antreten. Von der Obstruktion besiegt und niedergetreten endete der Feldzug der verbündeten Reaktion gegen die freie Bethätigung von Kunst und Wissenschaft mit einer jämmerlichen Niederlage, die von allen geistig freien Elementen im Volke mit Jubel begrüßt wurde. Das Einzige, was die in Kulturfeindschaft geeinten geschorenen und gescheitelten Dunkelmänner aus dem Schiffbruch gerettet haben, besteht in folgender Bestimmung:

„Wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter sechszehn Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft."

Ein Messer ohne Schaft und Klinge; unschädlich, wenn auch nicht schön.

Unsere Fraktion konnte nach diesem Verlauf der Dinge auf weitere Obstruktionsmaßregeln verzichten und sich damit begnügen, gegen die lex Heinze zu stimmen.

* * *

Gesetz, betreffend die Deutsche Flotte.

Nachdem im Jahre 1898 eine mit ungeheuren materiellen Opfern verbundene, sehr erhebliche Verstärkung der Flotte — es handelte sich damals um den Neubau von 7 Linienschiffen und 9 Kreuzern mit einem Kostenaufwand von $202^3/_4$ Millionen Mark — vom Reichstage beschlossen war, wurde durch eine am 18. Oktober v. J. in Hamburg gehaltene Rede des Kaisers eine neue Flottenvorlage angekündigt. Bereits im Dezember v. J. bei Beginn der Generaldiskussion des Etats nahm der Reichskanzler Veranlassung, dem Reichstage Mittheilung von der bevorstehenden Flottenvorlage zu machen, indem er folgende Erklärung verlas:

„. . . . . Bei der großen Bedeutung, welche die Flottenfrage besitzt, halten sich die verbündeten Regierungen für verpflichtet, dem Reichstage mitzutheilen, daß sich eine Novelle zum Flottengesetz in Vorbereitung befindet, die auf eine wesentliche Erhöhung des Sollbestandes der Flotte abzielt.

Dabei ist, vorbehaltlich der Beschlußfassung des Bundesraths über die Vorlage, in Aussicht genommen eine Verdoppelung der Schlachtflotte und der großen Auslandsschiffe bei gleichzeitiger Streichung des ganzen Küstengeschwaders.

Eine Beschaffungsfrist für die Vermehrung des Sollbestandes soll gesetzlich nicht festgelegt werden, vielmehr wird die Zahl der jährlich in den Etat einzustellenden Schiffsbauten der etatsmäßigen Feststellung überlassen bleiben. Die verbündeten Regierungen gehen dabei von der Annahme aus, daß den bei der Finanzirung des Etats im Allgemeinen festgehaltenen Grundsätzen entsprechend die zur Erreichung des erhöhten Sollbestandes bestimmten Schiffe aus Anleihemitteln bezahlt werden."

Dieser Erklärung des Reichskanzlers schlossen sich umfangreiche Reden der Staatssekretäre des Auswärtigen und des Marineamts an, die den Versuch machten, die Nothwendigkeit der angekündigten Vorlage zu begründen. Am 8. Februar d. J. fand die erste Berathung der inzwischen eingegangenen Vorlage statt. Die Vorlage verlangte eine neue Verstärkung der Flotte um 19 Linienschiffe und 23 Kreuzer mit einem Kostenaufwand von 801 Millionen über das Gesetz von 1898 hinaus. Vor zwei Jahren verlangte die Regierung 8000 Mann Vermehrung an Mannschaften und Offizieren, nach der neuen

Vorlage treten weitere 30 000 Mann hinzu. Die Jahresausgaben steigen durch die Vorlage von 133 Millionen auf 341 Millionen im Beharrungszustande. Im März 1898 und auch noch im Februar 1899 hatte die Regierung wiederholt die feierliche Erklärung abgegeben, daß bis zum Jahre 1904 an dem durch das Gesetz vom April 1898 festgelegten Schiffsbestand nicht gerüttelt werden solle. Im März 1898 hat der Staatssekretär des Marineamts Namens der verbündeten Regierungen wörtlich erklärt:

„Wenn wir eine Flotte haben werden, die dieser Stärke entspricht, dann schaffen Sie Deutschland eine Seemacht, gegen die offensiv an unserer Küste vorzugehen selbst eine Seemacht ersten Ranges sich dreimal bedenken würde.

Sie schaffen eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Wagschale werfen kann. Sie schaffen vom militärischen Standpunkte aus für die Stellung Deutschlands im europäischen Konzert einen Machtfaktor, der mit dem Jahre 1904 aufgehört haben wird, eine quantité négligeable zu sein. . . .“

Und über die durch das Gesetz von 1898 erfolgte Bindung bis zum Jahre 1904 äußerte derselbe Staatssekretär im Auftrage der Regierungen:

„Ja, meine Herren, binden sich denn die verbündeten Regierungen nicht auch? Giebt es eine größere Bindung, als daß man eine Gesetzesvorlage für die Flotte, die auf organischer Grundlage beruht, frei vorlegt?“

Und noch im Januar 1899 wurde in der Budgetkommission folgende zu Protokoll genommene Erklärung durch den Chef der Marinevertretung abgegeben:

„Da aber in der Kommission der Wunsch nach einer Erklärung der verbündeten Regierungen noch einmal an mich herantritt, so erkläre ich ausdrücklich, daß an keiner Stelle in irgend einer Weise die Absicht hervorgetreten ist, einen neuen Flottenplan vorzulegen, daß im Gegentheil bei allen in Betracht kommenden Stellen die festeste Absicht besteht, das Flottengesetz auszuführen und die darin vorgesehene Limitirung innezuhalten.“

Daß die Parteien im Reichstag derselben Ansicht waren, beweist u. A. die Aeußerung, welche der Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen, am 24. März 1898 im Reichstage machte. Zwei Jahre später bildeten die Nationalliberalen allerdings die Avantgarde der flottenschwärmerischen Wasserpatrioten. Herr von Bennigsen sagte bei Annahme der im Jahre 1898 verlangten Flottenverstärkung:

„Auf der anderen Seite müssen wir doch eigentlich froh sein, wenn eine verantwortliche Verwaltung jetzt mit Bestimmtheit erklärt: Nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben in unserem Lande und in anderen Ländern, und nach den Fortschritten der Technik, wie sie sich definitiv herausgestellt haben, nach den Bedürfnissen einer großen Marine ist das nur das für Deutschland als nothwendig und ausreichend Gegebene. W i r g l a u b e n , d a ß d a m i t e i n d a u e r n d e r A b s c h l u ß g e w o n n e n w e r d e n k a n n.“

Aber nicht genug damit. Auch der Deutsche Kaiser war derselben Ansicht, wie aus einem nach Annahme der damaligen Flottenvorlage abgesandten Telegramm vom 29. März 1898 an den Bremer Senat hervorgeht. Darin heißt es:

„Wie das deutsche Heer uns den Frieden zu Lande gesichert hat, so wird die deutsche Flotte uns den Frieden zur See und damit die Entwickelung der Schifffahrt sichern, an der die Stadt Bremen einen so hervorragenden Antheil hat.“

Und dieselbe Regierung und dieselben Parteien, die diese klaren, unzweideutigen Erklärungen abgegeben haben, sind bereits nach wenigen Monaten entschlossen, eine „Weltflotte“ für die „Weltpolitik“ zu schaffen. Ungeachtet aller Versicherungen der verantwortlichen Minister, — wonach die Flottenverstärkung im Jahre 1898 abgeschlossen war — wird eine Milliardenvorlage gemacht, welche die Flotte um das Doppelte vermehren, und die Fertigstellung der Schiffe bis zum Jahre 1917 gesetzlich festlegt. So hält die Reichsregierung ihr dem Reichstage in feierlichen Erklärungen verpfändetes Wort.

Und trotz alledem hat sich wieder eine Majorität für die letzte Vorlage gefunden. Wir stellen die Flottenstärke nach dem Gesetz von 1898 dem jetzt vom Reichstag beschlossenen Sollbestand der Flotte gegenüber:

Schiffsbestand nach dem Gesetz vom 10. April 1898.	Schiffsbestand nach den Beschlüssen des Reichstages vom 12. Juni 1900, denen der Bundesrath zugestimmt hat:
a) verwendungsbereit:	1. Die Schlachtflotte:
1 Flottenflaggschiff,	2 Flottenflaggschiffe,
2 Geschwader zu je	4 Geschwader zu je
8 Linienschiffen,	8 Linienschiffen,
2 Divisionen zu je	8 großen Kreuzern,
4 Küstenpanzerschiffen,	24 kleinen Kreuzern.
6 große Kreuzer,	2. Die Auslandsflotte:
16 kleine Kreuzer,	3 große Kreuzer,
3 große Kreuzer } für den Auslandsdienst.	10 kleine Kreuzer.
10 kleine Kreuzer }	3. Die Materialreserve:
b) als Materialreserve:	4 Linienschiffe,
2 Linienschiffe,	3 große Kreuzer,
3 große Kreuzer,	4 kleine Kreuzer.
4 kleine Kreuzer.	

Durch die Beschlüsse des Reichstages sind nur die von der Regierung für den Auslandsdienst weiter geforderten 5 große und 5 kleine Kreuzer abgelehnt worden.

Die Kosten für die vom Reichstage angenommene Flottenverstärkung betragen vom Jahre 1901 bis zur Fertigstellung im Jahre 1917:

Für Schiffsbauten und Armirungen, sowie Werft- und Hafenbauten	1 739,20 Mill. Mk.
„ fortdauernde Ausgaben	2 070,87 „ „
„ Anleihezinsen	406,39 „ „
„ Marine-Pensionsetat	116,45 „ „
im Ganzen also	4 352,91 Mill. Mk.

Diese Summe wird aber bei Weitem nicht ausreichen, da erfahrungsgemäß durch die Fortschritte und Entwickelung der Technik bei Schiffsbauten erhebliche Preiserhöhungen gegen die veranschlagten Beträge eintreten, so daß die neueste Flottenverstärkung dem deutschen Volke sicher nicht weniger als

5000 Millionen Mark

kosten wird.

Nach den Beschlüssen von Reichstag und Bundesrath wird sich für die Fertigstellung der bewilligten Schiffe bis zum Jahre 1917 neben den fortdauernden Ausgaben ein Anleihebedürfniß von

428,94 Millionen Mark

ergeben, und der Gesammtbetrag des Marineetats sich von 168,54 Millionen Mark des Jahres 1900 in den Jahren:

	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
auf	219,26	233,42	241,05	242,39	250,11	254,63	254,05

	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
auf	252,86	257,83	265,21	263,28	265,42	268,26	271,58

	1915	1916	1917
auf	273,49	273,79	266,48

Millionen Mark steigern.

Unsere Stellung zu der Flottenvorlage ergiebt sich aus unserer prinzipiellen Haltung gegenüber dem Militarismus. Wir lehnen Militär- und Marineforderungen ab, weil solche Vorlagen zur Stärkung des Wirthschafts-

systems dienen, das wir bekämpfen, weil sie von einer Regierung gefordert werden, zu der wir kein Vertrauen haben, weil der Militarismus zu Wasser und zu Lande kulturwidrigen volksfeindlichen Zwecken dient, und weil die Kosten solcher Vorlagen hauptsächlich in einer Weise aufgebracht werden, gegen die wir, von unserem Standpunkt aus, als verwerflich und ungerecht — die besitzenden Klassen nicht genügend treffend — die besitzlosen Klassen aber unerträglich belastend — entschieden protestiren müssen.

Wir sind Gegner der mit der Flottenvorlage betriebenen Weltpolitik, die zu kriegerischen Zusammenstößen führen muß. Unsere Ansicht, daß auch die letzte Flottenverstärkung nicht den Abschluß deutscher Flottengelüste bilden wird, findet bereits jetzt Bestätigung durch die in Danktelegrammen ausgesprochene Mahnung „Nun aber weiter arbeiten" und durch die schon jetzt in der Presse auftretende Forderung auf sofortige Beschaffung einer starken Kreuzer-(Auslands)-flotte und auf Etablirung eines überseeischen Landheeres. Die jetzigen Ereignisse in China beweisen deutlich, wohin die „Weltpolitik" führt; beweisen, daß Länderhunger, Eroberungslust und Chauvinismus die Grundlage dieser Art Politik sind; beweisen, daß es sich nicht um civilisatorische Friedensarbeit in China handelt, sondern daß die dort betriebene abenteuerliche und gewaltsame Politik uns in die schlimmsten Verwickelungen stürzt, für das deutsche Volk schwere Gefahren zeitigt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

Neben der prinzipiellen Gegnerschaft zu der Flottenvorlage haben unsere Redner die Haltlosigkeit der regierungsseitig und von den bürgerlichen Parteien für die Vorlage angeführten Gründe dargelegt. Für die neueste Milliardenbelastung des Volkes ist vor Allem das Centrum verantwortlich. Dem Centrum verdanken wir die Annahme der Flottenvorlage. Wie bei allen Militär- und Marineforderungen der letzten Jahre überlieferte das Centrum auch bei der neuen Flottenvorlage trotz der wiederholten Versicherungen gegentheiliger Absicht, die Volkskraft dem Militarismus zu noch stärkerer Ausbeutung, als es bisher schon der Fall war. Die Vorlage wurde auch mit dem nothwendigen Schutz des Handels begründet. Giebt es eine verkehrtere Politik zum Schutz des Handels als Zölle auf Lebensmittel, Sperrung der Grenzen, Beschränkung der Einfuhr? Auf der einen Seite schwere Schädigung des Handels und der Industrie durch einseitigste Agrarpolitik und auf der anderen Seite Aufwendung von Milliarden aus den indirekten Steuern, um den Handel zu fördern; in diesen inneren Widersprüchen bewegt sich die deutsche Politik. Ueberdies braucht der Handel keine Weltflotte, um zu gedeihen. Bei der kleinen Flotte ist Deutschlands Handel von 1872—1899 von jährlich 6 Milliarden auf nahezu 10 Milliarden Mark, also etwa um 65 pCt. gestiegen, während der englische Handel bei stärkstem Flottenschutz nur um etwa 4 pCt. in derselben Zeit zugenommen hat. Auch der englische Kolonialhandel hat sich trotz der englischen Flotte nicht auf seiner früheren Höhe halten können. Von 1890 bis 1896 ist Ausfuhr und Einfuhr, erstere um 60 Millionen Mark, letztere um 64 Millionen Mark zurückgegangen, während Deutschland ohne Flotte in den englischen Kolonien Australien, Neuseeland und Canada seinen Absatz stetig vergrößert hat. Auch die „Arbeiterfreundlichkeit" mußte der Flottenbegeisterung Vorspanndienste leisten. Durch die Flottenvorlage werde Arbeit in Hülle und Fülle geschaffen. 75 000 Arbeiter sollen durch die Flottenvorlage direkt oder indirekt Beschäftigung erhalten, so argumentirten die Flottenfreunde. Als ob es nur darauf ankäme, Arbeit zu schaffen. Der Zweck, für den die Arbeit geschafft wird, darauf kommt es vor Allem an. Die Sozialdemokratie wird niemals Mittel für Arbeiten bewilligen, die sie für kulturwidrig und kulturfeindlich hält. Dann müßten wir auch für Kasernen, Uniformirung, Gewehre, Geschütze u. s. w. die Mittel bewilligen — denn Arbeit wird auch durch solche Vorlagen beschafft. Für solche, gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichteten, zur Stärkung des Klassenstaats und der bürgerlichen

Gesellschaft gemachten Arbeiten werden die Vertreter des arbeitenden Volkes nimmer stimmen. Will die herrschende Gesellschaft für Arbeit sorgen, dann mag man Bildungsanstalten, Schulen, Hospitäler, Krankenhäuser in Stadt und Land bauen. Heilstätten, Ackerbauschulen, Erholungshäuser, Verkehrs-, Kraft- und Lichtanlagen, Bibliotheken anlegen — kurz an Arbeit fehlt es nicht, wenn es sich um Hebung und Förderung der Kultur handeln soll. Da findet man für die Milliarden, die dem Militärmoloch in den Rachen geworfen sind, bessere kulturelle und das Massenelend lindernde Verwendung. Das wäre wirkliche Kulturarbeit. Aber dafür sind die Machthaber unserer Tage nicht zu haben — das würde ja die geistige und körperliche Volkskraft stärken und das könnte der herrschenden Gesellschaft gefährlich werden. Die Fraktion forderte Ablehnung der Vorlage und erklärte aus den angeführten Gründen eine Kommissionsberathung für überflüssig.

Aus Furcht der maßgebenden Parteien vor der Auflösung des Reichstages fand unserer Vorschlag, ohne Kommissionsberathung weiter zu verhandeln, keine Annahme. Vom Februar bis zum Juni d. J. wurde in der Budgetkommission eine Flottenkomödie aufgeführt und das Centrum machte sich dabei das Gesetz so zurecht, wie es dasselbe brauchte, um seinen Wählern Sand in die Augen streuen zu können. Die übrigen Parteien von der Flottenmajorität sowie die Regierung hatten sich der Gnade des Centrums überantwortet und sprangen gehorsam über den Stock, den das Centrum ihnen vorhielt. Zum Schein wurden eine Menge Fragen vom Centrum gestellt — eine Unmasse Papier mußte beschrieben und bedruckt werden — ehe das Centrum definitive Beschlüsse in der Kommission zuließ. Auch den Agrariern des Centrums wurde ein Brocken hingeworfen. Die Regierung mußte die Erklärung abgeben, daß sie beim Abschluß neuer Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft hinsichtlich des Zollschutzes landwirthschaftlicher Erzeugnisse nachdrücklichst wahrzunehmen entschlossen sei. Eine besonders heitere Episode bildete die Erledigung der Kostendeckungsfrage in der Kommission. Auch hierbei nahm das Centrum die Führung, unterstützt von den Nationalliberalen und den Konservativen. Die Regierung ließ sich die gebratenen Steuertauben in den Mund fliegen, und hatte sich nur des Steuerreichthums zu wehren, welchen die Flottenmajorität in verschwenderischer Fülle aus Verkehrs- und Verzehrsabgaben über das Reichsschatzamt ausschüttete. Während zuerst noch beim Centrum von einer Reichserbschafts- oder Vermögenssteuer zur Deckung der Flottenkosten die Rede war, wurde — nachdem die Regierung diese Art der Kostenaufbringung abgelehnt hatte — der Steuereifer des Centrums auf dem Gebiete direkter Besteuerung sehr schweigsam und verzichtete damit auf das einzige Mittel, die Flotteninteressenten wirksam zu den Kosten der ihnen Millionen einbringenden Vorlage heranzuziehen. Wir haben uns bei der Kommissionsberathung im Großen und Ganzen nicht betheiligt, sondern nur bei der Deckungsfrage auf diejenige Aufbringungsart der Kosten hingewiesen, die unseren steuerpolitischen Grundsätzen entsprechend angewendet werden müßte — nämlich die direkte progressive Einkommensteuer. Die flottengegnerischen Saulusse des Centrums waren flottenbegeisterte Paulusse geworden, und auch der rheinisch-süddeutsche Flügel des Centrums, der noch 1898 gegen die Lieber'sche Kuhhandelpolitik rebellirt hatte, gab sich gefangen, und bewilligte unter der Müller-Gröber'schen Führung Panzer um Panzer, so viel die Regierung wollte.

Endlich im Juni d. J. begann die zweite Berathung im Plenum. Unsere Redner gingen namentlich mit dem Centrum scharf ins Gericht. Der schmähliche Umfall gegen die bei der ersten Berathung kundgegebenen Ansichten wurde aus der damaligen Rede des Centrumsprechers — der es übrigens vorzog, der zweiten und dritten Berathung fern zu bleiben — so angenagelt, daß ein Entrinnen nicht möglich war. Auch die Schwenkung der Centrumspresse wurde schonungsloser Kritik unterzogen. Alle Gründe gegen die von der Kommission

nur um ein Geringes gekürzten Milliardenvorlage wurden noch einmal unsererseits zusammengefaßt. Die Riesenlasten für Marinezwecke und die volksfeindliche Vernachlässigung der Kulturaufgaben einander gegenüberstellend, die Flottenagitation in Schulen, Versammlungen und Flugblättern kritisirend, die Flottenreklame durch Torpedofahrten auf dem Rhein verspottend, wurde unsere ablehnende Stellung aufs Neue klar und scharf präcisirt. Ueber den maßgebenden Paragraphen — Schiffsbestand — hatten wir namentliche Abstimmung beantragt. Die von der Kommission beschlossene Verdoppelung der Schlachtflotte wurde mit 153 gegen 79 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen vom Reichstage in zweiter Berathung angenommen.

Die Einzelberathung wandte sich nun zu den Steuergesetzen, die zum Zweck der Kostenaufbringung gleichzeitig mit dem Flottengesetz verabschiedet sind. Das Steuerbouquet, welches der Reichstag, unter, allerdings vollkommen passiver, Zustimmung der Regierung dem Volke mit der Weltflotte zugleich bescheert hat, besteht aus folgenden Blüthen: Erhöhung der Börsensteuer (erhöhte Stempelabgaben für Aktienemissionen; ebenso für Anschaffungs- und Kaufgeschäfte von Werthpapieren); Verdoppelung des Stempels auf Lotterieloose; Stempelabgaben auf Schiffsfrachturkunden; Stempelabgaben auf Antheile gewerkschaftlich betriebener Bergwerke oder die darüber ausgestellten Urkunden (Kuxscheine, Bezugsscheine, Abtretungsscheine), sowie Zollerhöhung auf ausländisches Bier, Branntwein aller Art (Rum, Cognac u. s. w. in Flaschen und Fässern), sowie auf ausländischen Schaumwein. Nach den Schätzungen werden die Mehreinnahmen bei den Reichsstempelabgaben etwa 46 Millionen Mark und die Zollerhöhungen etwa 5 Millionen Mark betragen, so daß es sich um ein Steueraufkommen von ca. 51 Millionen Mark pro Jahr handelt.

Unsere Fraktion hat bei der Spezialberathung der Steuer- und Stempelgesetze Gelegenheit genommen, ihre Stellung zu den Steuervorschlägen zu kennzeichnen. Da wir dem Zweck der Verwendung feindlich gegenüberstehen, haben wir selbstverständlich auch die Aufbringung der für diesen Zweck bestimmten Mittel abgelehnt. Damit war unsere prinzipielle Stellung gegeben, auch wenn es sich zum Theil um Steuern handelte, die nicht als die breiten Volksmassen bedrückend bezeichnet werden können. Unseren steuerpolitischen Prinzipien gegenüber — direkte progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern — sind alle Steuern auf Handel, Verkehr und auf Verbrauchsgegenstände verwerflich. Wenn wir zu einigen Steuern — Börsensteuer, Lotteriesteuer, Stempelsteuer, sogenannte Luxussteuern — eine nicht vollkommen ablehnende Stellung einnehmen könnten, so würde dies nur geschehen, wenn die indirekten, den Massenverbrauch belastenden Steuern und Zölle — Salz, Tabak, Zucker, Branntweinsteuer, Getreide, Petroleumzoll u. s. w. — Zug um Zug, gegen Bewilligung anderer den Massenverbrauch nicht treffender Steuern, beseitigt werden. Daran ist aber bei den maßgebenden Parteien des Reichstages, namentlich auch bei dem Arbeiterfreundlichkeit heuchelnden Centrum, nicht im Geringsten zu denken. Die besitzenden Klassen benutzen ihre politische Macht zu Militär- und Marineverstärkungen, schaffen Weltheere und Weltflotten, treiben Eroberungs- und Weltpolitik. Alles in ihrem materiellen Klasseninteresse, während die Gut- und Blutlasten aller dieser dem Schutze der Reichen gewidmeten Einrichtungen hauptsächlich von den Besitzlosen, von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Das ist die Steuerpolitik der heutigen Gesellschaft, und dieser Politik bewilligt die Sozialdemokratie nicht einen Groschen. Aus prinzipiellen und thatsächlichen Gründen haben wir mit der Flottenvorlage auch die für die Deckung ihrer Kosten bestimmten Steuergesetze abgelehnt. Die Schlußabstimmungen waren namentliche. Die Flottenschwärmer und Steuerenthusiasten wußten, daß wir auch bei diesen Gesetzen eine aus Anhängern der Vorlage bestehende Beschlußfähigkeitsziffer fordern würden und hatten in Folge dessen für die letzten Sessionstage ihre Mannen herbeigerufen. Das Centrum mußte seinen Wort-

bruch bezüglich der Flottenvorlage in aller Form durch namentliche Abstimmung öffentlich konstatiren. Bei der Abstimmung über die Steuergesetze stimmten 208 Abgeordnete für und 87 Abgeordnete gegen die Flottensteuern. Die Abstimmung über das Flottengesetz ergab, daß 201 Abgeordnete — also nur 2 über die absolute Majorität des Reichstages — für die Milliardenflotte und 103 Abgeordnete gegen das militaristische Marinewerkzeug der plan- und uferlosen Weltpolitik des neudeutschen Kaiserreichs stimmten. Die Wasserpolitiker im Reichstag sitzen in den Reihen des Centrums, der Konservativen, der Nationalliberalen, der Antisemiten und der freisinnigen Vereinigung.

* * *

Gesetzentwürfe für Seeleute.

(Seemannsordnung; Gesetz betr. die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute; Gesetz betr. die Stellenvermittelung für Schiffsleute; Gesetz betr. Abänderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs.)

Die Gesetzentwürfe — namentlich die Seemannsordnung — haben eine langjährige Vorgeschichte. Auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion, welche schon im Jahre 1893 und später wiederholt eine, der Entwickelung der Schifffahrt entsprechende, Revision der geltenden Seemannsordnung forderte, wurde vom Bundesrath eine technische Kommission eingesetzt, deren Arbeit in den oben bezeichneten Gesetzentwürfen dem Reichstag vorgelegt wurde. In der am 26. März d. J. stattgehabten ersten Berathung der Gesetzentwürfe nahmen unsere Redner Veranlassung, die unzulänglichen rhederfreundlichen, aber arbeiterfeindlichen Bestimmungen und Vorschriften der vorgelegten Seemannsordnung eingehend zu besprechen. Gegenüber dem Lob, welches die Vertreter der Rhederinteressen dem Gesetzentwurf spendeten, traten unsere Redner energisch für die Forderungen der seemännischen Arbeiter ein, welche in dem Entwurf fast gar keine Berücksichtigung gefunden haben. Die technische Kommission hatte aus den Auskunftspersonen dasjenige herausgefragt, was die Arbeitgeber im Schifffahrtsgewerbe hören wollten, und auf diese Weise ist die Vorlage, den Wünschen der Rheder entsprechend gestaltet worden. Es wurde seitens unserer Fraktion Kommissionsberathung der Gesetzentwürfe verlangt, und Anträge für die Kommission angekündigt, durch welche die Entwürfe verbessert und für die Fraktion annehmbar gemacht werden sollten. Die von uns vertretenen Ansichten der Schiffsleute über die Seemannsordnung faßten die Fraktionsredner hauptsächlich zu folgenden Forderungen zusammen: Einführung von Seeschöffengerichten mit einem Ober-Seemannsamt als Berufungsinstanz. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und des Wachdienstes — achtstündige Arbeitszeit — Sonntagsruhe — Verbot der Nachtarbeit und Ueberarbeit u. s. w., wenn das Schiff im Hafen oder auf der Rhede liegt, statt der jetzt geltenden sogenannten „freien Vereinbarung“ zwischen Rheder und Schiffsmann — Sicherung des Beschwerderechts für die Schiffsleute. Kontrole des Schiffsbaues und der Schiffe durch unabhängige Reichskommissare. Kontrole der Rettungs- und Unfallverhütungseinrichtungen auf den Schiffen. Kontrole des Proviants und der Proviant- und Logisräume. Beschränkung der Disziplinargewalt des Kapitäns und der sonstigen Vorgesetzten. Entziehung des Prügelrechts gegenüber dem Schiffsjungen.

Die Nothwendigkeit, diese Forderungen zu erfüllen, wurde durch eingehende Schilderungen der thatsächlichen Zustände auf den deutschen Schiffen nachgewiesen. Die vielfach vorkommenden grausamen Mißhandlungen der Schiffsmannschaft, die entsetzlichen Qualen, welche die Heizer meist erdulden müssen, die dadurch entstehenden Selbstmorde, die schlechte Behausung und Verpflegung, sowie die miserable Entlohnung der seemännischen Arbeiter — all' diese Verhältnisse mit zahlenmäßigen Nachweisen und Urtheilen der Seegerichte belegt, gaben unseren Rednern das Material, mit dem sie die völlig unzureichenden Bestimmungen der Vorlage bekämpften.

Die Fraktion verlangt eine Regelung der seemännischen Betriebe, bei der die Seeleute nicht, wie bisher, der schrankenlosen Willkür des Kapitäns und der uneingeschränkten wirthschaftlichen Ausbeutung der Rheder preisgegeben sind, sondern durch Gesetz den für Gesundheit und Arbeitskraft nothwendigen Schutz erhalten. Dem Entwurf des Gesetzes betr. die Mitnahme heimzuschaffender Seeleute konnte im Allgemeinen zugestimmt werden. Dem Gesetzentwurf betr. die Stellenvermittelung für Schiffsleute gegenüber verlangen wir Beseitigung der privaten Stellenvermittelung und Errichtung von Heuerbureaus, die unter gemeinsamer Verwaltung von Rhedern und seemännischen Arbeitern stehen. Zu dem Entwurf betr. Abänderung seerechtlicher Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs fordern wir gesetzliche Bestimmungen über die Zusammensetzung, Befugnisse und Funktionen der Schiffsrathes unter ausgiebiger Berücksichtigung der Interessen seemännischer Arbeiter und Angestellten.

Die Gesetzentwürfe wurden einer Kommission überwiesen, an deren Arbeiten und Beschlüssen unsere Vertreter in hervorragendem Maße betheiligt waren. Durch den Schluß der Session sind diese Arbeiten wieder einmal gegenstandslos geworden, und müssen im nächsten Winter von Neuem aufgenommen werden. Unsere Fraktion wird, wie bisher, auch in den weiteren Stadien der Seegesetzgebung mit aller Energie für die Rechte der vom Kapital ausgebeuteten und geknechteten seemännischen Arbeiter kämpfen.

* * *

Wahlprüfungen.

Bei den Verhandlungen über die Berichte der Wahlprüfungskommission war die Fraktion vielfach betheiligt. Die meisten Wahlproteste mußten von den sozialdemokratischen Wahlkomitees eingereicht werden. Wie immer haben auch bei den letzten Reichstagswahlen Behörden und Unternehmerthum, Staats- und Privatindustrie, Hand in Hand, durch die verschiedenartigsten Wahlbeeinflussungen alles Mögliche aufgeboten, um das siegreiche Vordringen unserer Partei zu hindern, um unsere Wahlerfolge zu verkleinern. Wir erinnern hier nur an die skandalösen Wahlbeeinflussungen, die in dem Brandenburger Wahlkreis zur Ungiltigkeitserklärung des vom Landrath v. Loebell eroberten Mandats führten.

Die Wahlen in Kiel (Dr. Hänel) und Berlin V (Dr. Zwick) sind beanstandet. In beiden Wahlkreisen werden die Erhebungen ergeben, inwieweit ungesetzliche Eingriffe in die Wahlfreiheit bezw. Verstöße gegen das Wahlreglement vorliegen.

Den von gegnerischen Seite gegen die Giltigkeit der Wahl unseres Genossen Sachse (Waldenburg) eingereichte Protest, fand seine Erledigung durch Mandatsniederlegung. Die bei Bildung eines Wahlvorstandes vorgekommenen formellen Verstöße hätten die Ungiltigkeitserklärung des Mandats herbeiführen müssen. Inzwischen hat bereits die Neuwahl stattgefunden, bei der wir — Dank der energischen, und umfassenden Agitation unserer Genossen — den Kreis wieder erobert und einen glänzenden Sieg errungen haben. In Mülhausen i. Els. ist durch die Mandatsniederlegung des Genossen Bueb eine Nachwahl nothwendig geworden, die uns den Verlust des Wahlkreises gebracht hat. Die sonst eingegangenen Wahlproteste sind bis auf einige, deren endgiltige Entscheidung erst in der nächsten Herbstsession erfolgen kann, durch die Beschlüsse des Reichstags erledigt und geben daher keinen besonderen Anlaß, im Bericht erörtert zu werden.

* * *

Petitionen.

An den Erörterungen der dem Reichstag eingereichten Petitionen nahm die Fraktion regen Antheil. Die Petition gegen die kommunale Besteuerung der Konsumvereine in Sachsen wurde von unseren Rednern eindringlich befürwortet. Das Bestreben die Konsumvereine, welche sich hauptsächlich aus Arbeitern, kleinen Beamten und Handwerkern zusammensetzen, einer Sondersteuer

zu unterwerfen, charakterisirt sich gegenüber der Thatsache, daß Beamten- und Offizierskonsumvereine von dieser Steuer frei bleiben, als ein Ausnahmegesetz für Arbeiterkonsumvereine. Ohne die Partei mit den Konsumvereinen im geringsten zu identifiziren, bekämpfen wir die Umsatzbesteuerung der Konsumvereine überhaupt und namentlich aber so lange die landwirthschaftlichen Genossenschaften und andere großkapitalistische Ver- und Einkaufsorganisationen von der Umsatzsteuer befreit bleiben. Die Besteuerung der Konsumvereine durch Umsatzsteuer steht auch in Widerspruch mit der Reichsgewerbeordnung, weil es sich dabei um eine Sondersteuer handelt, der andere Betriebe und Vereinigungen nicht unterliegen. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen hatte, beantragten wir, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Unser Antrag wurde abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Der Bund deutscher Frauenvereine in Leipzig hat um reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts petitionirt und damit das Verlangen nach Gleichstellung der Frauen mit den männlichen Volksangehörigen verbunden.

Unsere Fraktion, welche die Petition entsprechend unserem Programm — das die politische und wirthschaftliche Gleichberechtigung der Frau verlangt — in allen ihren Theilen befürwortete, benutzte diese Gelegenheit, um reichsgesetzlichen Schutz für Arbeitervereine und -Versammlungen gegen Gewalt- und Willkürherrschaft in den Einzelstaaten zu verlangen. Die Zustände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes in Sachsen, dem klassischen Lande der Arbeitermaßregelung und Arbeiterunterdrückung, wurden den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend dargelegt und die Polizei- und Grubenmaßregeln kritisirt, die gelegentlich des Streiks der Kohlenarbeiter in Sachsen ergriffen wurden, durch welche zahlreiche Arbeiter in materielle Verluste — Einbuße gezahlter Beiträge zur Knappschaftskasse — gerathen sind. Die Zustände in Mecklenburg, wo die Arbeiter vollkommen rechtlos, nur von der Gnade der Polizei bezw. Regierung abhängen, wurden ebenfalls für die Nothwendigkeit eines Reichsvereins- und Versammlungsgesetz ins Feld geführt. Während die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung beantragte, verlangte die linke Seite des Reichstages die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag wurde vom Reichstage angenommen.

Ueber eine Petition, die für Einführung einer vom Gericht zu erkennenden Prügelstrafe bei gewissen Roheitsverbrechen plaidirte, hatte die Petitionskommission vorgeschlagen zur Tagesordnung überzugehen. Der Abgeordnete Dr. Oertel (Sachsen) — er verdiente sich dabei die Bezeichnung „Knutenörtel" — erblickte aber im „Stock" ein soziales Heilmittel und beantragte die Petition dem Reichskanzler als Material zur Abänderung der Gesetzgebung zu überweisen. Die Diskussion gab unseren Rednern Gelegenheit, diese barbarische, im Widerspruch mit der modernen Kultur befindliche Gesinnung zu brandmarken. Bei der verrohenden Wirkung der, von allen humanen Sachverständigen des Gefängniß- und Zuchthauswesens bekämpften Prügelstrafe, muß dieselbe von vornherein als Strafmittel verworfen werden. Die Debatte erstreckte sich auch auf den Strafvollzug und die Zustände in den Strafanstalten, wobei die dort vielfach herrschenden Zustände — Unreinlichkeit und schlechte gesundheitliche Verpflegung — einer herben Kritik verfielen. Durch Ausführungen der Konservativen provozirt, erörterten unsere Redner auch die Behandlung der Arbeiten in Ostelbien, dem Lande, wo „Prügel" Arbeitern gegenüber auch heut noch eine Rolle spielen. Daß die ostelbischen Junker die „Leutenoth" und die „Landflucht" durch schlechte Entlohnung und rohe Behandlung ihrer Arbeiter zum Theil selbst verschulden, wurde den Herren mit aller Deutlichkeit bei dieser Gelegenheit zum soundsovielten Male gesagt, und der Unverschämtheit der Scharfmacherpresse, welche die Zunahme der Roheitsverbrechen auf die „sozialdemokratische Verhetzung" schieben will, gründlich heimgeleuchtet. Die Kriminal-

statistik weist nach, daß die Bezirke, in denen am meisten sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, die niedrigste Kriminalziffer haben, während umgekehrt aus den Kreisen, welche Männer der „Religion", „Ordnung und Sitte" in den Reichstag schicken, die meisten Kriminalbestrafungen gemeldet werden. Zu der Höhe des sächsischen Knutenschwärmers Dr. Oertel konnte der Reichstag sich doch nicht aufschwingen. Die konservativen Knüppelhelden blieben allein — die Petition wurde durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Eine von katholischen Arbeitervereinen ausgehende Petition verlangt die Einführung einer 10stündigen Maximalarbeitszeit in der Textilindustrie. Die Petitionskommission beantragte die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Der Abg. Dasbach (Zentrum) wünschte die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, fand jedoch hierfür nicht die Unterstützung seiner eigenen Fraktion.

In der Diskussion wurde die Petition unsererseits unter Beibringung reichhaltigen Materials energisch befürwortet. Aus der Haltung des Zentrums in dieser Frage ist ersichtlich, daß die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums nichts als leere Redensart ist. Wenn das Zentrum nicht einmal einen Antrag, der die Einführung des 10stündigen Maximalarbeitstages in der Textilindustrie befürwortet, unterstützt, dann wird es bald keinen katholischen Arbeiter mehr geben, der noch glaubt, daß eine solche Partei „arbeiterfreundlich" ist.

Diese Haltung des Zentrums entspricht genau dem Ausspruch, den einer der sozialpolitischen Führer des Zentrums, der Abg. v. Hertling, vor drei Jahren im Reichstag gethan hat, wobei er sich gegen jede generelle gesetzliche Reduktion der Arbeitszeit erklärte, auch wenn sie ohne jede Schädigung der Interessen der Unternehmer durchführbar sei.

Vergeblich versuchte der Abg. v. Hitze vom Zentrum unsere wuchtigen Argumente zu widerlegen. Einige matte Ausreden und scheinbar arbeiterschutzfreundliche Redensarten gab er zum Besten, aber für die Petition trat er nicht ein.

Die sozialdemokratische Fraktion ganz allein stimmte für die Berücksichtigung der von katholischen Arbeiterorganisationen eingebrachten Petition, während das Zentrum und die anderen Parteien kühl und frostig die Petition dem Reichskanzler nur als „Material" zugehen ließen.

Die Petition des oberschlesischen christlichen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe in Beuthen auf Einführung achtstündiger Arbeitszeit in Berg- und Hüttenwerken sollte auf Antrag der Petitionskommission dem Reichskanzler als „Material" überwiesen werden.

Die Diskussion dieser Petition wuchs sich zu einer umfangreichen Erörterung des sächsischen Kohlenarbeiterstreiks aus. Unsererseits wurde die Einführung des Achtstundentages im Bergbau dringend befürwortet und u. A. auch damit begründet, daß die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit im Bergbau evident durch die Krankenstatistik nachgewiesen ist. Vor Allem müßten auch die Ueberschichten beseitigt werden. Sehr charakteristisch für die „Arbeiterfreundlichkeit" des Zentrums ist es, daß auch bei dieser Petition sich Niemand aus dem Zentrum bereit fand, den Antrag zu stellen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Das Verhalten der sächsischen Berg- und Polizeibehörden bei dem Kohlenstreik fand in dieser Berathung durch Darlegung der thatsächlichen Vorkommnisse gebührende Kritik und Verurtheilung. Das sächsische Bergwerksunternehmerthum hatte sich während des Streiks des lebhaftesten Schutzes der Behörden zu erfreuen, während die Bergarbeiter vielfach drangsalirt und belästigt wurden.

Es regnete Versammlungsverbote, — der Belagerungszustand wurde verhängt — obgleich die Arbeiter in der denkbar ruhigsten Weise bemüht waren, eine Verständigung herbeizuführen, und als dies nicht möglich war, die größten und stets von Erfolg begleiteten Anstrengungen machten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Unwiderleglich wurde von unseren Rednern

bewiesen, daß, wenn es Streikhetzer gab — diese in den Reihen der Arbeitgeber gewesen sind. Das Eingreifen der sächsischen Regierung in die Streikbewegung hat den Werkbesitzern den Nacken gesteift — während die Arbeiter durch das Vorgehen der Behörden eingeschüchtert und benachtheiligt wurden.

Die Forderung der Petition auf Bildung von Arbeiterausschüssen wurde zwar befürwortet, jedoch gleichzeitig freie unbeeinflußte Wahl der Arbeitervertreter verlangt, da sonst die Arbeiterausschüsse völlig bedeutungslos und nur willenlose Werkzeuge der Verwaltung sind.

Auch in dieser Berathung bemühte sich das Zentrum vergeblich, durch Ausflüchte aller Art die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Trotz wiederholter Aufforderung, mit uns für die Berücksichtigung der Petition zu stimmen, lehnten die ultramontanen „Arbeiterfreunde" dies ausdrücklich ab und begnügten sich damit, die Petition „christlicher Arbeiter" auf Einführung der längst allseitig als nothwendig anerkannte Forderung der Achtstundenschicht im Bergbau dem Reichskanzler als „Material" zu überweisen.

Das nennt man im Zentrum „Arbeiterschutz". Die katholischen Arbeiter mögen es sich merken. — Wir haben hier nur einige der wichtigeren Petitionen behandelt. Im Laufe der Session hatte die Fraktion jedoch sehr häufig Gelegenheit, bei Berathung von Petitionen die Parteigrundsätze zu vertreten.

* * *

Initiativanträge.

Der von unserer Fraktion gestellte Antrag:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Entwurf für ein Reichs-Berggesetz vorzulegen."

wurde in drei Sitzungen des Reichstages verhandelt. Die Berathung gestaltete sich zu einer ausgedehnten sozial-politischen Diskussion, bei der das Bergbauwesen in allen Einzelheiten zur Erörterung gelangte. Die Forderung auf Erlaß eines Reichs-Bergbaugesetz ist schon sehr alt. Nicht nur von den Bergarbeitern, sondern auch von der Fachliteratur und von Männern der Praxis aus bürgerlichen Kreisen wird mit immer wachsender Energie ein Reichs-Berggesetz gefordert. Für unsere Fraktion handelte es sich bei Einbringung und Begründung des Antrages nicht nur darum, die Berggesetzgebung zivilrechtlich einheitlich zu gestalten — sondern wir verlangen aus sozialen Gründen die reichsgesetzliche Regelung des Bergbaues und der Hüttenbetriebe, um dadurch die einzelstaatlichen und privatkapitalistischen Betriebe zu zwingen, endlich den so überaus nothwendigen ausreichenden Bergarbeiterschutz zu schaffen. Mächtige Unternehmerverbände, die Vereine für bergbauliche Interessen, sowie die deutsche Knappschaftsberufsgenossenschaft — deren rednerische Vertretung im Reichstage König Stumm übernommen hatte — erklären sich gegen den Erlaß eines Reichs-Berggesetzes, aus Furcht, daß die poliliche Beeinflussung und wirthschaftliche Ausbeutung der Bergarbeiter bei reichsgesetzlicher Regelung des Bergbaues nicht so ausgiebig und ungestört betrieben werden kann, als wie es unter dem Schutze der meist in den Einzellandtagen herrschenden Reaktionsparteien durch die Partikulargesetzgebung geschieht. Der Scharfmacher aus Saararabien warf dem Reichstag vor, daß er die Einzellandtage vergewaltigen wolle und richtete aus den Reichstagsfenstern hinaus an die Träger der Kronen und Krönchen in Deutschland die Aufforderung, den Einzelstaaten die „Berghoheit" zu erhalten. Dieselben Ansichten herrschen bei den parlamentarischen Ostelbiern. Die Korn-, Vieh- und Schnaps-Junker finden, daß die Kohlen- und Erzbarone besser unter dem Schutze der preußisch-sächsischen Berghoheit gedeihen und deshalb wollen diese Fanatiker der ungestörten Arbeiterausbeutung ihre Klassengenossen vom Bergbau- und Hüttenbetrieb vor der Gefahr schützen von der Reichsgesetzgebung ein wenig kontrollirt zu werden. Die Nachtheile der einzelstaatlichen Berggesetzgebung, die Mangelhaftigkeit des unter diesem

Umstand leidenden Arbeiterschutzes wurden bei Begründung unseres Antrages mit einem so umfangreichen, den thatsächlichen Zuständen entnommenen Material belegt, daß eine Wiederlegung weder möglich war, noch ernsthaft versucht wurde. Die Arbeits- und Lohn-Verhältnisse in den staatlich und privatkapitalistisch geleiteten Gruben und Werken in Schlesien, Sachsen, Westfalen und im Saargebiet wurden für die Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes geltend gemacht. Die Nachtheile der jetzt geltenden Berggesetze bestehen hauptsächlich in dem Mangel einheitlicher Vorschriften zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter. Bei dem Erlaß eines Reichsgesetzes müssen natürlich diese Forderungen zuerst erfüllt werden. Unsere Redner bezeichneten im Allgemeinen die Gesichtspunkte, von denen die Gesetzgebung bei Erlaß des Reichsgesetzes geleitet werden müsse. Vor Allem muß die Arbeitszeit im Bergbau einheitlich gesetzlich geregelt werden. Die Achtstundenschicht, Beseitigung der Ueberschichtenunwesens, Verbot der Frauenarbeit in Gruben und auf Hütten, Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter 18 Jahren in Gruben, Einführung der achttägigen Lohnzahlung, Einführung von Lohnzetteln, Einschränkung des Strafverfügungsrechts für Leiter und Beamte der Werke; Grubeninspektion durch unabhängige Reichsbeamte, unter Assistenz von Arbeitern, die durch die Berufs- und Arbeitsgenossen zu wählen sind, Vereinheitlichung des Knappschaftswesens und Wahl der Knappschaftsorgane in geheimer freier, jeder Beeinflussung durch Vorgesetzte entzogenen Abstimmung. Hierzu müssen Lohnfestsetzungen treten, die ausreichende Ernährung und gesunde Wohnung der Arbeiterfamilien garantiren. Diese, zum Schutz vor gänzlicher Verelendung der Bergarbeiter nothwendigen Einrichtungen müssen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung geschaffen werden, da von der Partikulargesetzgebung, welche meist abhängig ist von rückständigen, nur kapitalistischen Interessen dienenden Faktoren, auf sozialem Gebiet nichts erwartet werden kann. Die Regierung schwieg sich vollständig aus — freilich es handelte sich ja nicht um die Interessen der Agrarier — nicht um Weltpolitik oder Panzerschiffe, sondern nur um Arbeiterschutz — und noch dazu um einen Initiativantrag aus der Mitte des Reichstages — da finden Reichskanzler und Bundesrath gewohnheitsmäßig keine Zeit, sich an der Berathung zu betheiligen. Mit Ausnahme der beiden konservativen Fraktionen stimmten alle Parteien des Reichstages für unseren Antrag — ein Beschluß, der, wie es scheint, wieder einmal für den Papierkorb des Bundesraths gefaßt ist, wenn die maßgebenden Parteien des Reichstags sich nicht dazu aufraffen, Militair- und Marineforderungen so lange abzulehnen, bis der wiederholt verlangte Bergarbeiterschutz reichsgesetzlich eingeführt ist.

Bei Berathung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz waren von freikonservativer (v. Stumm) und ultramontaner (Hitze) Seite Anträge gestellt worden, welche die Einführung einer Wittwen- und Waisenversicherung für die invalidenversicherungspflichtigen Personen bezweckten.

Diese Anträge wurden im ersten Abschnitt der abgelaufenen Reichstagssession nicht mehr erledigt und kamen erst im Januar d. J. zur Berathung.

Während der Antrag des Freiherrn v. Stumm die Wittwen- und Waisenversicherung im Anschluß an die Invalidenversicherung auf alle versicherten Personen ausdehnen wollte, beschränkte der Zentrumsantrag den Kreis der Wittwen- und Waisenversicherung auf Fabrikarbeiter und wollte die landwirthschaftlichen Arbeiter ganz von dieser Versicherung ausschließen — bis genügend erhöhte Getreidezölle geschaffen sein würden, damit die Landwirthschaft die Lasten der Versicherung nicht spüre. Wir stimmten für den Stumm'schen Antrag, weil die Wittwen- und Waisenversorgung der Arbeiter eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage darstellt. Ein solches Gesetz würde eine Reform der Armenpflege mit sich führen, die im Allgemeinen so unzulänglich ist, daß jede Veränderung eine Verbesserung bedeutet — denn die Armenpflege noch mehr einzuschränken — das ist undenkbar. Die materiellen Lasten, welche dem Unternehmer-

thum durch die Wittwen- und Waisenversicherung auferlegt werden, kann dasselbe ohne Beeinträchtigung seiner Existenzfähigkeit sehr wohl tragen, denn die bisherige Arbeiterversicherung, soweit die Industrie dabei betheiligt ist, verursacht den Unternehmern nur 6 Pf. pro Kopf und Arbeitstag für jeden Arbeiter, die landwirthschaftlichen Arbeitgeber haben sogar nur 2 Pf. pro Kopf und Arbeitstag zu tragen.

Der Zentrumsantrag wurde unsererseits bekämpft, weil seine angebliche Arbeiterfreundlichkeit als Vorspann für die arbeiterfeindlichen Lebensmittelzölle dienen soll und weil wir bei Arbeiterschutz grundsätzlich keinen Unterschied zwischen fabrikgewerblichen und landwirthschaftlichen Arbeitern machen.

Die Regierung — mit platonischen Verbeugungen vor dem Gedanken der Versicherung der Arbeiterwittwen und Waisen — lehnte es ab, gesetzgeberisch daran mitzuwirken, weil nach ihrer Ansicht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirthschaft nicht zureiche, um neben den Kosten der drei Versicherungsgesetze (Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung) auch noch die Lasten der Wittwen- und Waisenversicherung zu übernehmen.

In der Hervorkehrung dieses Unternehmerinteressenstandpunktes — „Wir arbeiten ja nur für Sie" — sagte der Vorgänger des jetzigen Leiters der offiziellen Sozialreform — wurde die Regierung von der konservativen Partei unterstützt, während die freisinnige Partei durch den Mund des Abg. Richter ihre sozialpolitische Einsicht und ihre Arbeiterschutzbestrebungen dadurch bekundete, daß sie, um die Entscheidung des Reichstages aufzuschieben, Kommissionsberathung der beiden Anträge verlangte. Bei der Abstimmung wurde die Resolution auf Einführung von Wittwen- und Waisenversicherung für alle versicherten Personen — also mit Einschluß der Fabrik- und landwirthschaftlichen Arbeiter — angenommen. Vermuthlich ohne jeden Erfolg, da die Regierung auch auf diesem Gebiete des Arbeiterschutzes bremst.

Ein von uns eingebrachter Antrag verlangte die Aufhebung des sogenannten Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen. Der Antrag, der schon wiederholt von uns, und auch von anderer Seite, im Reichstage gestellt und mit stets wachsender Majorität angenommen wurde, fordert die Beseitigung eines Ausnahmegesetzes, welches über die Reichslande verhängt ist. Die dem Statthalter von Elsaß-Lothringen verliehene Gewalt macht die elsaß-lothringische Bevölkerung je nach dem Belieben des Statthalters vogelfrei, bringt Vereine und Presse unter die Botmäßigkeit der Verwaltung, welche jeden Augenblick in der Lage ist, die Organe der Volksmeinung zu unterdrücken. Die Regierung, welche im Jahre 1895 dem sogenannten Diktaturparagraphen nur noch eine theoretische Bedeutung beimaß, erklärte in diesem Jahre durch den Reichskanzler, das Ausnahmegesetz nicht entbehren zu können. Die elsaß-lothringischen Abgeordneten geben ein Bild der durch das Ausnahmegesetz geschützten — polizeilichen Eingriffe in die Rechte der Bevölkerung, welche durch kleinliche und chikanöse Maßregeln, Ausweisungen ruhiger Bürger, Verbot von Versammlungen, Unterdrückung von Vereinen und Preßorganen und andere Drangsalirungen mehr, stets von Neuem in Aufregung und Erbitterung versetzt wird.

Unsererseits wurde das Beweismaterial für die Bedrückung der persönlichen Freiheit in Elsaß-Lothringen noch vermehrt, und der unwürdige Zustand, der dem elsaß-lothringischen Volke seit 28 Jahren aufgezwungen ist, zu beseitigen verlangt. Wenn die Regierung nach 28 Jahren friedlicher Entwickelung nicht auf Ausnahmemaßregeln verzichten kann, so beweise dies nur, daß die Regierung es nicht verstanden hat, den Elsaß-Lothringern deutsche Verhältnisse angenehm und werth zu machen. Die Polizeiwirthschaft, die in den Zeitungen nur die von Amtswegen befohlene Politik dulde, sei eine Bankerotterklärung der deutschen Regierungskunst. Mit brutaler Gewaltsmaßregeln werde man nie die Elsaß-Lothringer an das Deutsche Reich fesseln können. Der Diktaturparagraph ist entweder ein Zeichen der Schwäche oder der Ausfluß einer Gewaltpolitik, die eines Kulturvolkes unwürdig sei. Wir

forderten, daß die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Sklaverei des im Diktaturparagraphen liegenden Ausnahmegesetzes befreit werden. Nur die konservative Partei marschirte im Schlepptau der diktaturlüsternen Reichsregierung, die übrigen Parteien stimmten für unseren und den elsaß-lothringischen Antrag auf Aufhebung der dem Statthalter zustehenden außerordentlichen Gewalten.

Der bereits zehn Mal vom Reichstag angenommene Antrag auf Gewährung von Diäten und Reisekosten an die Mitglieder des Reichstages ist auch in der letzten Session wieder gestellt worden. Wir haben, wie stets, auch das letzte Mal für den Antrag gestimmt und dabei ausgeführt, daß Diäten ein nothwendiges Korrelat zum allgemeinen Wahlrecht sind und daß Diäten gezahlt werden müssen, um die Mitgliedschaft des Reichstages nicht zu einem Privilegium für die Reichen werden zu lassen. Auf keinen Fall dürfe jedoch bei Gewährung von Diäten das Wahlrecht in irgend einer Weise angetastet oder eingeschränkt werden. Nachdem die Forderung statt auf Diäten auf „Anwesenheitsgelder" gerichtet war, wurde der Beschluß zum elften Male gefaßt, um wahrscheinlich das Schicksal seiner Vorgänger zu theilen, und in irgend einem Winkel des Reichskanzleramts zu verschimmeln.

* * *

Interpellationen.

Von den polnischen Mitgliedern des Reichstages wurde der Reichskanzler darüber interpellirt, „ob ihm die in den polnischen Landestheilen vielfach geübte Auslegung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welche die Rechtspflege gefährdet, die Interessen vieler Reichsangehörigen schädigt und tiefe Erbitterung erregt, bekannt ist, und ob der Reichskanzler bereit sei, eine Klarstellung der gesetzlichen Bestimmungen dieses Paragraphen herbeizuführen." Der angezogene Paragraph bestimmt: daß, wenn vor Gericht unter Personen verhandelt wird, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher zuzuziehen ist. Die Interpellanten begründeten die Anfrage mit vielen Beispielen richterlicher Praxis, wonach Leute, welche vor Gericht erklärten, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein und die vorgelegten Fragen nicht zu verstehen, gezwungen wurden, in deutscher Sprache auszusagen und mit strengen Strafen belegt wurden, wenn sie Aussagen und Vereidigung in deutscher Sprache ablehnten. Die Vertreter der Regierung bestritten die Kompetenz des Reichstages, soweit die Interpellation sich gegen die Anwendung eines Paragraphen des neuen preußischen Gerichtskostengesetzes richtet, und erklärten, daß die Handhabung des Gerichtsverfassungsgesetzes in den polnischen Landestheilen keine Veranlassung zu Bemängelungen gebe, daß die für die Weigerung, in deutscher Sprache vor Gericht auszusagen, erkannten Strafen gerechtfertigt gewesen wären, und daß daher für den Reichskanzler keine Veranlassung gegeben sei, die Klarstellung der beregten Bestimmung auf dem Wege der Gesetzgebung herbeizuführen.

In der Verhandlung wurde unsererseits ausgeführt, daß nach Lage der Gesetze zwar die deutsche Sprache die Gerichtssprache sei, daß es jedoch eine Vergewaltigung an dem natürlichsten Recht ist, das jeder Mensch besitzt, wenn Jemand durch Haftstrafe gezwungen wird, sich einer Sprache zu bedienen, deren er nicht vollständig mächtig ist. Unter Hinweis auf den bei Berathung des Gesetzes betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit angenommenen sozialdemokratischen Antrag, wonach die Erklärung, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, genügen soll, um einen Dolmetscher zur Verhandlung zuzuziehen, wurde eine gleichartige Behandlung auch für streitige Gerichtsbarkeit verlangt. Wenn Jemand — als Zeuge vor Gericht — erklärt, er verstehe kein Deutsch und sei der Sprache nicht mächtig, so ist der Richter der Heiligkeit des Eides und dem Gewissen des Zeugen gegenüber verpflichtet, ihn in der Sprache vernehmen zu lassen, die er versteht. Die Reichsangehörigen polnischer Zunge müssen vor Gewissenszwang geschützt werden. Es sei Pflicht des Reichskanzlers, dafür zu

sorgen, daß Grundsätze, die in der Reichsgesetzgebung aufgestellt sind, nicht durch die Handhabung der Rechtspflege in den Einzelstaaten verletzt und mißachtet werden und der Reichskanzler möge daher die von den Interpellanten verlangten Maßregeln ergreifen.

Eine weitere Interpellation, welche für die Arbeiterklasse weittragende Bedeutung hat, wurde von unserer Fraktion eingebracht und kurz vor Schluß der Session im Reichstage verhandelt. Nachdem der Reichstag die sogenannte Zuchthausvorlage abgelehnt und das damit verbundene Attentat auf das Koalitionsrecht zurückgewiesen hatte, wurde von einigen Bundesstaaten auf dem Wege der Landesgesetzgebung ein Einbruch in das Reichsrecht verübt. Die Landtage von Anhalt und Reuß j. L. haben ein Gesetz erlassen, durch welches der Kontraktbruch ländlicher Arbeiter unter Kriminalstrafe gestellt und die zwangsweise Zurückführung ländlicher Arbeiter an die Arbeitsstelle durch die Polizei angeordnet wird. Und der Senat von Lübeck hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Aufstellung von Streikposten bei Ausständen bestraft wird. Wir interpellirten den Reichskanzler darüber, ob ihm der Erlaß dieser Gesetze bekannt sei, und welche Maßregeln er zur Beseitigung derselben ergreifen wolle. In der Begründung der Interpellation wurde nachgewiesen, daß die betreffenden Gesetze im Widerspruch zu den Reichsgesetzen stehen. Das Koalitionsrecht ist in der Reichsgewerbeordnung geregelt. Reichsrecht gehe vor Landesrecht. Die gegen das Reichsrecht in Anhalt, Reuß j. L. und Lübeck erlassenen Gesetze verletzen nicht nur die Gewerbeordnung, sondern auch die Reichsverfassung, das Strafgesetzbuch und die übrige reichsrechtliche Gesetzgebung, indem sie in die durch Reichsgesetze geregelte und gewährleistete persönliche Freiheit eingreifen.

Es ist eine direkte Auflehnung gegen die bestehende Reichsgesetzgebung, wenn Anhalt und Reuß j. L. durch zwangsweise Zurückführung zur Arbeit dem Arbeitgeber ein Recht auf die Person des Arbeiters geben. Das Vertragsrecht — also auch der Arbeitsvertrag — ist erschöpfend durch die Reichsgesetzgebung erfaßt — auf diesem Gebiet ist kein Raum mehr für Landesgesetze.

Diese Gesetze sind krasse Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter, erlassen zum Vortheil der ländlichen Arbeitgeber, zum Schaden und zur Vergewaltigung der ländlichen Arbeiter in Anhalt und Reuß j. L. Durch das Vorgehen der Einzelstaaten wird die Reichsgesetzgebung bei Seite geschoben. Das ist auch die Absicht der durch Ablehnung der Zuchthausvorlage in ihrer Gewaltpolitik und Ausbeutungssucht enttäuschten Agrarier. In Preußen, Elsaß-Lothringen und Braunschweig bestehen dieselben Pläne. Man wählt den Weg der einzelstaatlichen Gesetzgebung, weil im Reichstage keine Aussicht ist, so brutale, von einseitigsten Klasseninteressen diktirte Ausnahmegesetze gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter durchzubringen. So wie die Gesetze von Anhalt und Reuß j. L. gegen Geist und Wortlaut der Reichsgesetzgebung verstoßen, so ist auch die Lübecker Verordnung eine flagrante Verletzung eines Reichsgesetzes, ein Verstoß gegen das Reichsrecht. Das Koalitionsrecht ist den Arbeitern durch § 152 der Gewerbeordnung garantirt und darf durch keine landesgesetzlichen Bestimmungen beeinträchtigt werden. Lübeck bestraft Denjenigen, der ein reichsgesetzlich garantirtes Recht ausübt; das ist geradezu unerhört und fordert zur schärfsten Abwehr durch das Reich heraus. Es handelt sich um offenbare Auflehnung gegen die Reichsgesetze, die zu wahren der Reichskanzler durch die Reichsverfassung verpflichtet ist. Wir forderten auf Grund des Rechts, welches die ländlichen und gewerblichen Arbeiter durch die Reichsgesetzgebung besitzen, den Reichskanzler auf, die durch die Gesetze von Anhalt, Reuß j. L. und Lübeck verletzten gesetzlichen Rechte den in jenen Staaten lebenden Arbeitern zu schützen und dafür zu sorgen, daß Reichsrecht und Reichsgesetz in Deutschland auch von den Regierungen und Landtagen der Einzelstaaten beachtet und befolgt wird.

In gewundenen und gewaltsamen juristischen Interpretationen der Reichsgesetze versuchte der Vertreter des Reichskanzlers die formelle Zulässigkeit jener

Gesetze zu begründen. Eine materielle Vertheidigung der zu Gunsten der Arbeitgeber erlassenen, gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetze wurde vom Bundesrathstisch nicht einmal versucht.

Im Haus fanden die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts — der einst unter dem Verdacht stand, ein liberaler Jurist zu sein — keinen Anklang. Centrum, Nationalliberale und die freisinnigen Parteien lehnten durch ihre Sprecher die Deduktionen der Regierung rundweg ab und waren einig darüber, daß die von uns angegriffene Einzelstaatgesetzgebung in direktem Widerspruch mit den Reichsgesetzen stehe und daher rechtsungiltig sei. Charakteristisch war es, daß der Staatssekretär auf die demnächstige Rechtsprechung über die aus jenen Gesetzen entstehenden Prozesse verwies und dieser — fast schien er es zu hoffen — die Erklärung der Rechtsungiltigkeit der Anhalt'schen, Reuß'schen und Lübeck'schen Gesetzesfabrikate vorbehielt.

Nur die Konservativen zollten dem agrarisch-großindustriellen Rechtsbruch Beifall und suchten auch bei dieser Gelegenheit Propaganda für Erhöhung der Lebensmittelzölle zu machen. Hoffentlich werden die weiter beabsichtigten einzelstaatlichen Attentate auf das Koalitionsrecht und die persönliche Freiheit der Arbeiter unterbleiben, nachdem sich gezeigt hat, daß die große Mehrheit des Reichstages nicht gewillt ist, das Koalitionsrecht preiszugeben, und entschlossen ist, dieses Grundrecht der Arbeiter gegen jeden Angriff sicherzustellen, wenn es sein muß, durch neue reichsgesetzliche Vorschriften.

* * *

Wir sind mit dem Bericht zu Ende. Unsrer Fraktion ist ihre Aufgabe im Reichstage durch das Programm gewiesen. Stets das Ziel: die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise im Auge, fest auf dem Boden des Klassenkampfes verharrend, führt die Sozialdemokratie auch im Parlament den Kampf gegen die heutige Gesellschaft unter der Parole: Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem herrschenden Wirthschaftssystem! Die nächsten Sessionen werden uns schwere Kämpfe mit den konservativ-klerikal-nationalliberalen agrarischen und industriellen Schutzzöllnern bringen. Ein wüstes, von materiellen Klasseninteressen beeinflußtes Treiben wird die Hallen des Reichstages durchtoben. Die Konservativen und das Centrum werden den Ablauf der Handelsverträge benutzen, um der schwachen, dem reaktionären Ansturm nicht gewachsenen Regierung landwirthschaftliche Zölle aufzuzwingen, welche die Vertheuerung der Lebensmittel, die Verringerung der Kaufkraft, die Beeinträchtigung der Volksernährung, und damit die schwerste Schädigung der Arbeiterklasse im Gefolge haben. Es wird unsere Aufgabe sein, dieses Attentat auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung — die mit hohen Lebensmittelzöllen zu Gunsten der Großgrundbesitzer, mit industriellen Schutzzöllen zu Gunsten der Großunternehmer belastet werden soll — abzuwehren.

Wie wir die Wahlbewegung in den Dienst unserer prinzipiellen Agitation stellen müssen, so auch die parlamentarische Thätigkeit.

Unser Kampf in der Presse, in Versammlungen, in den Rathhäusern und in den Parlamenten, wo es auch sei, stets ist er demselben Ziel — der Befreiung des Proletariats aus ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung — gewidmet. Die Sozialdemokratie wird nicht eher aufhören zu kämpfen, bis der Arbeiterklasse die politische Macht erobert, bis die Herrschaft der besitzenden Klassen gestürzt, die kapitalistische Wirthschaftsordnung beseitigt ist.

Anträge.

Tagesordnung.

1. Die Parteigenossen von Köln-Stadt: Den Punkt 9 der Tagesordnung: Betheiligung an den Landtagswahlen, anstatt an 9. an 7. Stelle zu verhandeln.

2. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises, die Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisation der Gewerkschaften Deutschlands und die Parteigenossen von Stettin: Die Frage der Neutralität der Gewerkschaften gegenüber der Politik auf die Tagesordnung des Parteitags zu stellen, und durch Ernennung eines Referenten und Korreferenten, die die beiden sich bekämpfenden Standpunkte vertreten, eine eingehende Erörterung der Frage und womöglich eine Beschlußfassung über sie zu veranlassen.

3. Parteigenosse Oskar Ewald, Stettin: Für den Fall der Annahme des Stettiner Antrags: Die Frage: „Sollen die Gewerkschaften politisch oder neutral sein?" auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen und den Genossen Legien hierzu zum Referenten zu bestimmen, den Genossen Kautsky zu dieser Frage zum Korreferenten zu bestellen.

Programm.

4. Parteigenosse Otto Moricke, Hamburg II: Der Parteitag möge beschließen, den Partei-Vorstand oder eine Kommission zu beauftragen, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines neu formulirten Parteiprogramms vorzulegen.

Taktik.

5. Parteigenossen in Breslau und Oberlangenbielau: Der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbstständiger Betheiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preußischen Landtagswahlen. Weiter möge der Parteitag durch entsprechenden Beschluß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Wahlmänner mit solchen andrer Parteien gestatten zum Zwecke sowohl der Erlangung sozialdemokratischer Abgeordneten-Mandate wie der möglichsten Schwächung der jetzt im preußischen Abgeordnetenhaus dominirenden reaktionären Parteien. Die oberste Leitung der Wahlgeschäfte möge der Parteitag dem Partei-Vorstand bezw. einem besonders zu wählenden Komitee übertragen.

6. Parteigenossen des Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburger Kreises beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Betheiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preußischen Landtagswahlen.

7. Parteigenossen in Frankfurt a. O.: Der Parteitag macht es allen Parteigenossen Preußens zur Pflicht, sich an den Landtagswahlen zu betheiligen.

8. Parteigenossen in Essen a. R.: Den Parteigenossen zu empfehlen, dort, wo irgend welche Vortheile für die Partei zu erringen seien, sich selbständig an der Landtagswahl zu betheiligen.

9. Parteigenossen in Bochum: Die Regelung der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen hat in der Weise zu geschehen, daß ein Zentral-Wahlkomitee (eventuell Partei-Vorstand) auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Wahlen die Wahlkreise bestimmt, die sich an der Wahl zu betheiligen haben. Das Zentral-Wahlkomitee hat auch die Verhandlungen mit den gegnerischen Parteien zu leiten. Die Betheiligung hat nur durch die Wahl eigener Wahlmänner stattzufinden und hat sowohl die Stärkung der bürgerlichen Opposition als auch die Erlangung eigener Mandate zum Zweck.

10. Parteigenossen in Krefeld: Betheiligung an den Landtagswahlen. Aber nur in der Weise, daß überall sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden. Wo sich nicht genügend Wahlmänner finden, hat die Betheiligung zu unterbleiben.

11. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim: Die Entscheidung, ob eine Betheiligung an der preußischen Landtagswahl vorzunehmen ist, ist dem einzelnen Wahlkreise zu überlassen.

12. Parteigenossen in Wiesbaden und Chemnitz: Der Parteitag wolle sich für Betheiligung an den Landtagswahlen aussprechen.

Organisation.

12a. Organisations-Kommission der Reichstagsfraktion:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet nach Anhörung der Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise der Partei-Vorstand.

Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Kontroll-Kommission und den Parteitag zu.

Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Partei-Vorstand, gegen die Kontroll-Kommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Vertrauenspersonen.

§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 5. Tritt eine Vertrauensperson zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen sofort eine Neuwahl vorzunehmen und ist das Resultat derselben entsprechend § 4 Absatz 2 dem Partei-Vorstande mitzutheilen.

§ 6. Da, wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Partei-Vorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Partei-Vorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens drei Mal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Partei-Vorstand einzureichen, der dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. die Mitglieder des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Partei-Vorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Giltigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftsthätigkeit des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission sowie über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem der Partei-Vorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Partei-Vorstandes und der Kontroll-Kommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Partei-Vorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontroll-Kommission.

Falls der Partei-Vorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Partei-Vorstand.

§ 13. Der Partei-Vorstand besteht aus 5 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern und 1 Kassirer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Partei-Vorstandes erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Nach erfolgter Wahl hat der Partei-Vorstand seine Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

Der Partei-Vorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Partei-Vorstand oder die Kontroll-Kommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein Anderer durch Verträge mit dem Partei-Vorstand oder der Kontroll-Kommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontroll-Kommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

§ 14. Die Mitglieder des Partei-Vorstandes können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Der Partei-Vorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

§ 16. Scheidet ein Mitglied des Partei-Vorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontroll-Kommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontroll-Kommission.

§ 17. Zur Kontrollirung des Partei-Vorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Partei-Vorstand, wählt der Parteitag eine Kontroll-Kommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontroll-Kommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, so weit die Kontroll-Kommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontroll-Kommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzutheilen hat.

Auf Antrag der Kontroll-Kommission oder des Partei-Vorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 18. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".
Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden betheiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Partei-Vorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Partei-Vorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontroll-Kommission, der Partei-Vorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 19. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^{3}/_{4}$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

13. Die Parteigenossen im Saarrevier: „Die Organisation der Partei soll nach dem System der zentralisirten Gewerkschaften eingerichtet werden. Der Hauptvorstand hat seinen Sitz in Berlin. In jeder Stadt oder in jedem Wahlkreis sind Zahlstellen zu errichten. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, wenn er als solcher betrachtet werden will, sich der in seinem Wahlkreis befindlichen Zahlstelle anzuschließen."

Zu § 1.

14. Parteigenossen in Berlin I, II, III und Stettin: Den § 1 des Organisationsstatuts unverändert zu lassen.

15. Parteigenossen in Erfurt: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt",

nach „Geldmittel" einzufügen: „oder anderweitig in gleichwerthiger Weise".

16. Parteigenosse Hch. Schulz, Erfurt: In § 1 des Entwurfs in der dritten Zeile nach „Geldmittel unterstützt" beizufügen: ... „oder, wenn dies unmöglich, sie in einer gleichwerthigen Weise fördert."

17. Parteigenossen in Elberfeld: Dem § 1 des Statuts folgende Fassung zu geben: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel sowie durch Thätigkeit möglichst unterstützt."

18. Parteigenossen in Berlin IV: Im Entwurf hinter die Worte: „die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt," zu setzen „oder durch anderweite Thätigkeit fördert."

Zu § 2.

19. Parteigenossen in Berlin I und III, Mülhausen i. E., Düsseldorf und des V. sächsischen Wahlkreises: Den § 2 des bisherigen Organisationsstatuts unverändert beizubehalten.

20. Parteigenossen in Elberfeld: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Parteiorte resp. Wahlkreise, in letzter Instanz der Parteitag, bei dem von beiden Seiten Berufung gegen die erste Entscheidung eingelegt werden kann."

21. Parteigenossen in Essen a. R.: Unter § 2 anstatt der vorgeschlagenen Absätze 2 und 3 zu setzen: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden in allen Fällen die Parteigenossen der einzelnen Orte.

Die Ausschließung kann ausgesprochen werden auf Antrag sowohl des Partei-Vorstandes als auch der Kontroll-Kommission. Den Ausgeschlossenen wie auch den resp. Antragstellern steht die Berufung an den allgemeinen Parteitag zu."

22. Parteigenossen des Kreises Karlsruhe-Bruchsal: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen an den einzelnen Orten oder Reichstagswahlkreisen. Gegen die Entscheidung steht den Betreffenden zunächst die Berufung an den Partei-Vorstand zu. Erst wenn der Partei-Vorstand seine Entscheidung getroffen hat, die innerhalb 14 Tagen nach dem Beschluß der Genossen am Ort bezw. im Reichstagswahlkreise angerufen sein muß, kann der Ausschluß als zu Recht bestehend betrachtet und der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Ruft der Ausgeschlossene die Entscheidung des Partei-Vorstands nicht an, so wird nach Ablauf einer 14tägigen Frist der Ausschluß rechtsgiltig.

Nach der Entscheidung des Partei-Vorstandes kann der Betroffene an die Kontroll-Kommission bezw. den Parteitag appelliren."

23. Parteigenossen in Wiesbaden: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet in erster Instanz ein Schiedsgericht, das aus drei Mitgliedern besteht. Das eine dieser Mitglieder wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, das zweite von dem durch diesen Antrag Betroffenen, das dritte, welches den Vorsitz führt, vom Partei-Vorstand."

24. Parteigenossen in Bochum: „Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu."

Zu § 3.

25. Parteigenossen im Saarrevier: Gänzliche Beseitigung des Vertrauensmänner-Systems und nur da Vertrauensmänner bestehen zu lassen, wo es die Landesgesetze oder die örtlichen Verhältnisse nicht anders gestatten.

Zu § 9.

26. Parteigenossen in Aachen: An Stelle von § 9 Ziffer 1 zu setzen: „Jeder Wahlkreis wählt zum Parteitag einen Delegirten und hat die Parteikasse denselben zu honoriren."

Zu § 10.

27. Parteigenossen in Mülhausen i. E.: Den § 10 unverändert zu belassen.

Zu § 13.

28. Parteigenossen in Düsseldorf: „Die Kontrolleure sind dem Vorstand bei Erledigung der Parteigeschäfte gleichgestellt, wie § 13 des alten Organisationsstatuts bestimmt."

29. Parteigenossen des fünften sächsischen Wahlkreises: „Neben den fünf Mitgliedern des Partei-Vorstands sind noch zwei Ersatzleute zu wählen."

30. Parteigenossen in Berlin III: Dem § 13 folgenden Absatz beizufügen: „Jedoch ist den Delegirten während der Tagung des Parteitages die Einsicht in die Bücher gestattet."

Zu § 17a resp. § 18.

31. Parteigenossen in Berlin IV und des Kreises Nieder-Barnim: „Die Buchhandlung des „Vorwärts" untersteht, ebenso wie das Zentralorgan, der Kontrolle der Preßkommission."

32. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow: „Der Leiter der Buchhandlung „Vorwärts" ist in Zukunft vom Parteitag anzustellen."

33. Parteigenossen in Elberfeld: „a) In Bezug auf die Entwickelung der Partei sind die Beschlüsse der Landes- resp. Provinzial-Organisationen vom Partei-Vorstand zu berücksichtigen". „b) Die Landes- und Provinzial-Komitees haben das Recht, selbständig Anträge an den Parteitag zu stellen."

34. Parteigenossen des Kreises Dortmund: „Der Partei-Vorstand wird beauftragt, durch einen kaufmännisch gebildeten Parteibeamten die Bücher der Parteigeschäfte jährlich mindestens zweimal kontrolliren zu lassen. Ueber den Bücherbefund hat der Kontrolleur an Partei-Vorstand und örtliche Preßkommission zu berichten."

35. Parteigenosse J. Erb, Hamburg: Um dem Einheitsgedanken Rechnung zu tragen, soll für die Parteiorganisation ein einheitlicher monatlicher Beitrag von 25 Pf. durch den Parteitag festgesetzt werden.

Presse.

Zentralorgan.

36. Parteigenossen in Berlin V.: Dafür einzutreten, daß der „Vorwärts" weiter ausgestaltet wird, und alle Mittel hierzu zu ergreifen.

37. Parteigenossen in Berlin I: Den „Vorwärts" baldmöglichst in eigene Regie zu übernehmen und in eigener Druckerei herstellen zu lassen, sowie ferner nach der hierdurch eintretenden Verbilligung der Herstellungskosten eine Herabminderung des Abonnementsbetrages vorzunehmen.

38. Parteigenosse Wernicke und Genossen Berlin VI.: Das sozialdemokratische Programm ist mindestens monatlich einmal im „Vorwärts", dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gleich unter dem Titel, gewissermaßen mit als Titel zu veröffentlichen, mit Empfehlung geeigneter Schriften unserer Parteilitteratur, welche hauptsächlich das Programm behandeln. Das sozialdemokratische Programm mindestens monatlich einmal als Beilage in kleiner Buchform im „Vorwärts", dem Zentralorgan rc., beizulegen, mit Empfehlung geeigneter Schriften rc.

39. Parteigenossen in Beuthen O.-Schl. und Umgegend: Im Interesse der Parteibewegung unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens solle die in Berlin erscheinende politische Parteizeitung „Gazeta Robotnicza" so bald als möglich entweder in Oberschlesien selbst erscheinen oder zum mindesten dort eine Geschäftsstelle einrichten.

40. Parteigenossen in Durlach i. B.: Der Parteitag möge erwägen, bezw. den Partei-Vorstand beauftragen, Erwägungen anzustellen, ob nicht die Herausgabe einer etwa monatlich erscheinenden Zeitschrift angebracht und durchführbar sei, welche als spezielles Publikations- und Diskussionsorgan für kommunalpolitische und sonstige in dieses Gebiet gehörige Fragen zu dienen hätte.

Broschüren.

41. Parteigenossen im 20. sächsischen Wahlkreise: Die von der Partei zu Agitationszwecken herausgegebenen Broschüren sollen in kleineren Partien zu denselben Einzelpreisen an die Parteigenossen abgegeben werden, wie dies jetzt bei größeren Partien geschieht.

42. Parteigenosse Lebius, Dortmund: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, alljährlich die Herausgabe eines politischen Handbuchs für die Parteireferenten nach Art der bekannten politischen ABC-Bücher zu veranlassen.

43. Parteigenossen in Memel: Der Partei-Vorstand wird beauftragt, die Anweisung über das Vereins- und Versammlungsrecht neu herauszugeben und dabei die durch die Gesetzgebung und die richterliche Rechtsprechung nothwendig gewordenen Aenderungen vorzunehmen.

„Freie Stunden".

44. Parteigenossen von Reichenbach-Neurode: Der Leiter der Buchhandlung Vorwärts soll veranlaßt werden, daß er eine volksthümlichere Auswahl der Romane für „Freie Stunden" vornimmt. Der jetzt erscheinende Roman „Der Sohn des Rebellen" kann trotz seines für belesene Leute hochinteressanten Inhalts nicht als geeignet für das Volk gehalten werden.

Flugblätter.

45. Parteigenossen in Neuhaldensleben: Alle wichtigen Reichstagsdebatten, wie z. B. Zuchthaus-, Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen nach dem stenographischen Bericht sollen als Flugblätter abgedruckt werden und diese dann auf dem Lande und überall da, wo keine Arbeiterpresse hinkommt, gratis vertheilt werden.

46. Parteigenossen in Heidelberg: Der Partei-Vorstand wird verpflichtet, den einzelnen Reichstagswahlkreisen auf Verlangen alljährlich Flugblätter zur Verfügung zu stellen.

Lokalpresse.

47. Parteigenossen in Bant-Wilhelmshafen: Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, bei welchen sich die Arbeiter im Streik befinden oder über welche von der betreffenden Organisation die Sperre verhängt ist, für die Dauer dieses Streiks bezw. Sperre keine Geschäftsempfehlungen aufzunehmen.

Agitation.

48. Parteigenossen in Heidelberg: Der Partei-Vorstand wird ersucht, eine umfangreiche Agitation gegen eine etwaige Verschlechterung des Krankenversicherungs-Gesetzes einzuleiten.

49. Parteigenosse Jacob Meyer, Berlin V: Der Parteitag möge beschließen, durch Broschüren oder Vorträge in Versammlungen dem Genuß des Alkohols entgegenzutreten und denselben nicht als eine Lapalie behandeln.

50. Parteigenossen in Barmen: Den Partei-Vorstand zu ersuchen, der Agitation unter dem reisenden Publikum mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als wie bisher.

51. Parteigenosse Emil Neumann, Adlershof: Es ist zur Erinnerung an unsern allverehrten Liebknecht jährlich an dem Sonntag vor oder nach der Wiederkehr seines Todestages in möglichst vielen Wahlkreisen eine gute Agitationsschrift zu verbreiten, in welcher als Einleitung ein Hinweis auf unsern Liebknecht enthalten ist.

Parlamentarisches.

52. Parteigenossen in Elberfeld: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach dem Zusammentreten des Reichstags den Antrag einzubringen, wonach der § 95 R.-St.-G.-B. (Majestätsbeleidigungs-Paragraph) aufgehoben wird.

53. Parteigenossen von Reichenbach-Neurode: Den Bericht der Reichstagsfraktion alljährlich in derselben Weise herauszugeben wie dieses Jahr.

54. Parteigenosse Jacob Meyer, Berlin V: Der Parteitag möge dahin wirken, daß die Genossen im Reichstag energisch dafür eintreten, daß der Impfzwang aufgehoben wird und auf die schädlichen Folgen hinzuweisen.

55. Parteigenosse J. Erb, Hamburg: a) Der diesjährige Parteitag wählt eine Kommission, welche analog meinen Programmanträgen erstens einen Reichsvolksschulgesetz-Entwurf, zweitens einen kompakten Arbeiterschutzgesetz-Entwurf unter Berücksichtigung der hierzu gestellten Anträge, drittens einen Reichsbau- und Wohnungsgesetz-Entwurf ausarbeitet, um dieselben der Durchberathung des Reichstags zu unterbreiten. Andrerseits würde den Gesetzesmachern der Regierung neue Arbeit zugeführt und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die übrigen Parteien es sich überlegen werden, daß durch Schaffung solcher Gesetze der Unsittlichkeit mehr gesteuert wird als durch Gesetzkunststückchen à la lex Heinze.

b) In einem Reichsgesetz für Bau- und Wohnungswesen beantrage ich, einzufügen, daß sämmtliche Keller-Wohnräume, Keller-Werkstätten und Keller-

Verkaufslokale bis zum Jahre 1905 im ganzen Reiche in Stadt und Land als Wohnräume u. s. w. zu verbieten sind, daß Neubauten nicht höher als vier Stockwerke aufgeführt werden.

c. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beantragt, daß von Seiten der deutschen Regierung eine Weltausstellung geplant wird zum Jahre 1913 in Leipzig. Das Zentrum des Deutschen Reichs und die hundertjährige Wiederkehr des Tags der Völkerschlacht ist wohl die beste Wahl, die chauvinistischen Gefühle zu dämpfen durch den friedlichen Wettkampf der Völker in ihren Leistungen auf dem Gebiet der Arbeit.

Resolutionen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen:

56. Parteigenossen in Magdeburg:

In Erwägung, daß die junkerliche Reaktion in Preußen immer beherrschender wird, wie u. a. die Behandlung der Vorlage eines Mittelland-Kanals bewiesen hat;

in Erwägung, daß diese Machtstellung bei Berathung der Handelsverträge im Reichstag dazu benutzt werden wird, um die breiten Volksschichten mit neuen oder erhöhten indirekten Steuern, insonderheit mit verschärftem Brotwucher zu belasten;

in fernerer Erwägung, daß proletarische Interessen in fast unübersehbarer Tragweite im preußischen Landtag entschieden werden;

in schließlicher Erwägung, daß es Pflicht der Partei ist, den von ihr zu führenden Klassenkampf in immer weitere Gebiete zu tragen und immer mehr zu verallgemeinern,

beantragen wir die Betheiligung der Partei an den preußischen Landtagswahlen.

Die Betheiligung hat nach den Grundsätzen zu erfolgen, die die Resolution Bebel auf dem Hamburger Parteitage (Nr. 98 der Anträge) aufstellte und die da lauten:

1. Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.
2. Inwieweit eine Wahlbetheiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.
3. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbetheiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:
   a) ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;
   b) ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu betheiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die ausschließlich einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.
4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:
   a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
   b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesammtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Partei-Vorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Partei-Vorstands für ihre Abmachungen mit anderen Parteien einzuholen.

57. Parteigenossen des XI. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag möge in Erwägung ziehen, ob es nicht möglich ist, angesichts der großen Steigerungen der Papierpreise für die Parteidruckereien zum Bezuge von Papier eine eigene Papierfabrik zu gründen.

58. Parteigenosse G. Barth, Hermsdorf bei Chemnitz:

In der Erwägung, daß durch die systematische Lokalabtreibereien seitens der Gegner der Partei das wichtigste Agitationsmittel für viele Orte resp. Bezirke illusorisch gemacht worden ist;

in weiterer Erwägung, daß die dadurch an die Parteileitung naturnothwendig gerichteten Gesuche um Gewährung von Darlehen resp. Zuschüsse zur Erwerbung von Grundstücken, welche zur Abhaltung von Versammlungen dienen sollen, immer dringlicher und zahlreicher eingehen werden, dieselben in Zukunft nicht mehr grundsätzlich ablehnen zu wollen.

Der Parteitag wolle beschließen:

„1. Zu diesem Zweck einen besonderen Fonds anzusammeln.

2. Die Mittel zu diesem Fonds dadurch aufzubringen, daß alle politischen Organisationen der Partei sich verpflichten, einen 30 prozentigen Betrag der direkten Mitgliedsbeiträge an die Parteileitung abzuliefern".

Der Parteitag wolle weiter beschließen:

„Die Vorstände der Parteivereine derjenigen Orte, wo zur Abhaltung von öffentlichen Agitationsversammlungen geeignete Räume oder Grundstücke nicht zu erlangen sind, zu ersuchen, die Mitgliederversammlungen dieser Vereine dadurch mehr agitatorisch für die Partei nutzbar zu machen, daß sie ähnlich, wie dies die österreichischen Genossen es thun, an bestimmte einzelne Personen abwechselnd Einladungen, welche den Zweck und die Aufgaben unserer Vereine mit enthalten sollen, richten."

Parteitag.

59. Parteigenossen in Magdeburg: Den nächsten Parteitag in Magdeburg abzuhalten.

60. Parteigenossen in Grabow i. P.: Den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

61. Parteigenossen in Beuthen O. Schl. und Umgegend: Alle Parteitage, nicht nur etwaige außerordentliche, an geographisch günstig gelegenen Orten abzuhalten.

62. Parteigenossen in Köln a. Rh.: Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags „Die Alkoholfrage" zusetzen.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Resolutionen.

63. (Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Maifeier). In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und

dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

64. (Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Weltpolitik). Der Parteitag erklärt:

Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet.

Diese Politik beruht auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubsucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisirenden Mächte, und in Folge dessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Civilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Civilisation.

Der Parteitag erklärt ferner:

Die vom Deutschen Reich zur Zeit in China betriebene Kriegspolitik beruht auf militärischer Eroberungssucht, chauvinistischem Landhunger und kapitalistischer Profitwuth der Bourgeoisie.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppensendungen nach China, sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung, sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorschub leisten. Singer.

65. (Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Die Verkehrs- und Handelspolitik). In dem Ausgleich der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine wichtige Voraussetzung für die wirthschaftliche, soziale und politische Erstarkung der Arbeiterklasse. Das Tempo dieses Ausgleichs wird durch die Verkehrs- und Handelspolitik eines Landes in weitgehendem Maße bestimmt.

Die gegenwärtige Verkehrspolitik im Deutschen Reiche, der einheitlichen Organisation entbehrend, ohne maßgebende Beeinflussung seitens der Volksvertretung, überwiegend nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet, steht nicht nur jeder wesentlichen Erleichterung des Verkehrs im Wege, sie verhindert namentlich den Arbeiter, die Chancen des Arbeitsmarkts auszunützen, sie versagt ferner, gehemmt durch parlamentarischen Widerstand, auf dem Gebiete des Wasserstraßenverkehrs eine weitgehende Verbilligung des Gütertransports und gleichzeitig die Erschließung weiter Gebiete für die Industrie, woraus der Arbeiter gleichzeitig als Produzent wie als Verbraucher Vortheile zu erwarten hätte.

Hält die herrschende Verkehrspolitik den Ausgleich der Produktions- und Arbeitsbedingungen auf dem inneren Markte zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der deutschen Volkswirthschaft hintan, so steuert die gegenwärtig durch ihre Schutzzölle für das Volk schon schädliche Handelspolitik Zielen zu, die für Deutschland in seinen Beziehungen zum Weltmarkt die gleichen Folgen zeitigen müssen, wie die Verkehrspolitik innerhalb der nationalen Volkswirthschaft. Die Großgrundbesitzer und der überwiegende Theil der Industriellen, die landwirthschaftlichen und gewerblichen Kartelle streben unter nicht zu verkennender Begünstigung seitens der Regierung eine Schutzzollpolitik an, die Deutschland von der Weltwirthschaft in hohem Grade abschließen müßte, den Interessenten aber den inneren Markt, ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes, zur Aussaugung preisgeben würde. Unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“ soll der Verbraucher, vornehmlich die Arbeiterklasse, der Preisdiktatur des vereinigten Unternehmerthums macht- und hilflos überliefert werden. Da die deutsche Einfuhr zu vier Fünfteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, vertheuert diese Schutzzollpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die im Vergleiche zum konkurrirenden Ausland schon bisher schlechter gestellt ist, mindert dadurch in absehbarer Zeit deren wirthschaftliche Leistungsfähigkeit und beeinträchtigt daher nicht nur das Streben der deutschen Arbeiterschaft nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch die Stellung der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und mit einer gut gelohnten und gut situirten Arbeiterklasse seinen Platz dauernd behaupten kann. Die Annäherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Länder der Weltwirthschaft wird gehemmt und damit die Herbeiführung der internationalen Gleichartigkeit der Arbeiterinteressen auf wirthschaftlichem Gebiete aufgehalten.

Von diesen Erwägungen ausgehend tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen und Aufgaben der Verkehrs- und Handelspolitik ein:

A. 1) Für eine innerhalb des deutschen Wirthschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich, unter Verwerfung des vornehmlich in Preußen groß gezogenen fiskalischen Verwaltungsprinzips;

2) für weitgehende Ermäßigung der Personentarife zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter;

3) für den Ausbau eines deutschen Wasserstraßensystems, hauptsächlich für den Bau des Mittelland-Kanals, im Nothfalle durch das Reich.

B. 1) Für Ablehnung aller Zölle und aller Zollerhöhungen auf Lebensmittel. Für möglichste Beseitigung ev. Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs;

2) für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern;

3) für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Werthzölle 2c.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren. **Calwer.**

66. (Zu Punkt 9 der Tagesordnung: **Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**) Der Parteitag wolle beschließen:

In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß in Folge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwieweit hiernach die Wahlbetheiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentral-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Bebel.

67. Die **Bremer** Parteigenossen: Den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten.

68. Die einzelnen Wahlkreise haben ihre Gelder nur an den Partei-Vorstand abzuführen. Die Agitations-Komitees u. s. w. erhalten die zur Agitation nöthigen Gelder wieder vom Partei-Vorstand.

69. Genosse **J. Hinsche**: Die Namen derjenigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, welche bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage und anderen für die Arbeiterschaft bedeutsamen Vorlagen der letzten Reichstagsperiode ohne Entschuldigung fehlten, bekannt zu geben und dieselben Abgeordneten im Wiederholungsfalle zur Niederlegung ihres Reichstagsmandats zu veranlassen.

70. Genossin **Luxemburg** und **Gogowsky** (**Parlamentarische Aktion**):

Der Parteitag beauftragt die Fraktion, die neuesten gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen der Provinz Posen gerichteten Maßnahmen der preußischen Regierung im Reichstag zur Sprache zu bringen und überhaupt die Behandlung der Polen als Bürger zweiter Klasse mit allem Nachdruck zu bekämpfen.

71. Parteigenossen in **Duisburg**: Die einzelnen Wahlkreise haben ihre Gelder nur an den Partei-Vorstand abzuführen.

Die Agitations-Komitees u. s. w. erhalten die zur Agitation nöthigen Mittel vom Partei-Vorstand.

72. **Berliner Genossinnen** (**Resolution zu Punkt 5: Die Organisation der Partei**):

In Erwägung, daß in Anhalt, Bayern, Braunschweig, Lippe, Preußen, Reuß ältere und jüngere Linie nach den Bestimmungen der Vereinsgesetze den Frauen die Theilnahme an den politischen Vereinen untersagt ist und deshalb die Frauen in diesen Bundesstaaten von der Theilnahme an der politischen

Thätigkeit ausgeschlossen sind, sofern sich diese, nach Aufhebung der bisherigen Parteiorganisation auf Grund des Systems der Vertrauenspersonen, auf die politischen Vereine allein erstreckt, beschließt der Parteitag: 1. in den Bundesstaaten, in welchen den Frauen die Theilnahme an den politischen Vereinen verboten ist, die bisherige Organisation unter Vertrauenspersonen aufrecht zu erhalten; 2. die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, energisch und fortgesetzt dahin zu wirken, daß die, der gegenwärtigen Entwickelung des politischen und wirthschaftlichen Lebens nicht mehr entsprechenden, die Frauen rechtlos machenden Bestimmungen dieser Vereinsgesetze durch Reichsgesetz aufgehoben werden.

73. Die Vertrauenspersonen der Genossinnen sind überall, wo die Vereinsgesetze dem nicht entgegenstehen, von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen.

74. Die Wahl der Delegirten zum Parteitag hat in öffentlichen Versammlungen überall dort stattzufinden, wo die Vereinsgesetze dies nicht hindern.

75. Den Leitern der Arbeiterblätter wird aufgegeben, mehr wie bisher in den Ausführungen auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es in einigen Blättern bereits geschieht.

76. Parteigenossen des Wahlkreises **Lennep-Remscheid-Mettmann** (zum Organisations-Entwurf):

In allen Reichstags-Wahlkreisen, wo dies thunlich ist, sind Vertrauenspersonen zu wählen, deren Wahl unter genauer Angabe ihrer Adresse dem Partei-Vorstand anzuzeigen ist.

Die Aufgabe dieser Vertrauenspersonen besteht darin, für eine einheitliche Regelung der Agitation in den Wahlkreisen Sorge zu tragen, sowie die Verbindung zwischen der Parteileitung und ihren Wahlkreisen aufrecht zu erhalten.

77. Sozialdemokratische Vereine zu **Lindenberg** und **Elmstein** (Parteiprogramm):

Zur näheren Präzisirung des § 10 des Programms folgenden Passus in das Programm aufzunehmen: Freigabe der Jagd event. Abwälzung der Entschädigung für Wildschäden auf die Jagdpächter. (Konferenzbeschluß vom 9. September 1900 des zweiten pfälzischen Wahlkreises.)

78. Genossen **R. Habicht, Schmidt-Frankfurt a. M.** (Presse):

Dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts" (Berl. Volksbl.) ist allmonatlich eine Beilage, die kommunal-politische und sonstige in dieses Gebiet gehörige Fragen erörtert und bespricht, beizulegen.

79. Genosse **Paul Scholz** mit 32 Genossen (zur Organisation, § 13 des Entwurfs):

Der Parteitag wolle beschließen, den Partei-Vorstand um zwei Mitglieder zu vermehren.

80. Genossen **R. Göller, Schmidt, R. Habicht-Frankfurt a. M.** (Presse):

Der Parteitag wolle beschließen, den Partei-Vorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise und im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung das Streben des katholischen Klerikalismus zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemein geistigen Weltherrschaft behandelt.

81. Genosse **Sindermann-Dresden** und 20 Genossen: Den nächsten Parteitag in Dresden abzuhalten.

82. Genosse **H. Stubbe-Hamburg** (Organisation der Partei):

§ 9 Abs. 3, Zeile 2, hinter Reichstagsfraktion einzuschalten: „auch wenn sie ein Delegirten-Mandat haben".

§ 17 Abs. 2, für „einfacher" zu setzen: „absoluter".

83. Genosse **Südekum** (**Amendement zu Antrag 23**): Verweigert oder unterläßt der Betroffene innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen die Bezeichnung des ihm zustehenden Mitglieds des Schiedsgerichts, dann gilt sein Ausschluß als vollzogen.

84. Genosse **Fendrich**: Der Absatz 2 des § 2 des Organisations-Statutentwurfs erhält folgende Fassung:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet nach Anhörung der Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise ein Schiedsgericht, bestehend aus einem Mitglied des Partei-Vorstands als Vorsitzenden, zwei Mitgliedern der Kontrollkommission und zwei Parteigenossen, von denen der eine von demjenigen Genossen zu bestimmen ist, gegen welchen sich der Ausschlußantrag richtet; der andere von demjenigen, welcher den Ausschlußantrag gestellt hat."

85. Genosse L. **Grünwald** und 19 Genossen: Den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten.

86. Genosse **Karl Erdmann** (**zur Organisation**): Den § 1 und § 2 Absatz 2 und 3 folgende Fassung zu geben:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und für dieselben eintritt, auch die Partei nach Kräften, besonders auch durch Geldbeiträge unterstützt.

§ 2. Absatz 2 und 3. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise, welche auch auf einen vom Partei-Vorstande an sie gestellten, den Ausschluß einer ihrem Parteikreise angehörenden Person zunächst zu entscheiden haben.

Gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag, dem Partei-Vorstande die Berufung an den Parteitag zu.

87. Genosse L. **Emmel**-Mülhausen (zu § 1 des **Organisationsstatuts**): Zwischen: Die Partei — dauernd einzuschieben: „nach Kräften fördert" und.

88. Genosse **Gerstenberger** und 21 Genossen: In § 14 einfügen hinter das Wort „derselben": „sowie das Gehalt des Leiters der Buchhandlung".

89. Genosse **Eichhorn**: Dem § 3 folgende Fassung zu geben:

„§ 3. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteigenossen in den einzelnen Orten oder Reichstags-Wahlkreisen in zu diesem Zwecke berufenen Vereins- oder Partei-Versammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Den Genossinnen steht das Recht zu, zur Förderung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat eigene Vertrauenspersonen zu wählen, welche von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Sitzungen und Arbeiten mit voller Gleichberechtigung zuzuziehen sind. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen ist Sache der in den einzelnen Orten oder Kreisen wohnenden Genossen."

90. Parteigenossen **Köln a. Rh.**, unterstützt vom Genossen **G. Ulrich**-Stuttgart und 19 Genossen: Auf die Tages-Ordnung des nächstjährigen Parteitages die Alkoholfrage zu setzen.

91. Genosse **H. Marckwald**-Halberstadt und 20 Genossen: Das Protokoll des diesjährigen Frauenkongresses ist in das des Parteitages aufzunehmen.

92. Genosse A. **Hoffmann**-Berlin IV und 74 Genossen (**Zur Resolution Bebel**): Am Schluß der Resolution ist der letzte Satz, beginnend: „Ohne dessen Zustimmung" bis Schluß zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

„Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmannskandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig."

93. Genossin Luxemburg (Amendement zur Resolution Calwer):

1) Hinter A 3) folgenden Punkt zu setzen:

„4) für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel, von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes."

2) Dem Punkt B 1) folgende Fassung zu geben:

„Für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel rc."

3) Hinter B 3) folgenden Zusatz zu machen:

„4) für das Prinzip der „offenen Thüre" und gegen das der „Interessensphären" in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete."

Protokoll.

Begrüßungsfeier in der Stadthalle.

Die Arbeiten des Parteitags wurden am Sonntag, den 16. September, Abends 6 Uhr, durch eine Begrüßungsfeier eingeleitet, die glänzend verlief. Die gewaltige Stadthalle, die sechstausend Personen Raum bietet, war noch zu klein für die Menge der Erschienenen. Dicht gedrängt saßen die Mainzer Arbeiter mit ihren Frauen und Töchtern in dem ungeheuren Viereck des Saals. Dicht gedrängt standen sie auf den tiefen Galerien, die den Saal an drei Seiten umgeben. Die städtische Halle, deren Erbauer, der Stadtbaurath Kreissig, ein Jugendfreund unseres Liebknecht war, hatte sozialistischen Schmuck angelegt. In der Mitte des Saals hing ein mächtiges rothes Banner von der Decke herab, das die Inschrift trug: „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!" An die Entwickelungsgeschichte der Partei seit der Vereinigung vor 25 Jahren erinnerten Schilder mit den Namen aller Kongreßorte seit 1875. Den reichsten Schmuck trug die weit in den Saal vorragende Tribüne. Hier standen die Büsten von Marx, Lassalle und Engels in einem Lorbeerhaine, während darüber unter rothem Baldachine ein großes Oelbild Liebknecht's herabschaute, das ein Mainzer Arbeiter gemalt hat.

Der Gramm'sche Sozialistenmarsch leitete die Feier ein. Nach Vortrag eines mit großem Beifall aufgenommenen Prologs und eines Musikstückes begrüßte die Versammelten Genosse

Dr. **David**: Werthe Festversammlung! Genossen und Genossinnen! Willkommen in Mainz! Diesen Gruß soll ich Ihnen im Namen der Mainzer Parteigenossen entgegenrufen; er kommt von Herzen, möge er auch zu Herzen gehen! Unser goldenes Mainz sieht ja viele Gäste in seinen Mauern; immer mehr hat sich die traditionelle Gastlichkeit, das gemüthsfrohe Entgegenkommen der Bevölkerung bewährt. Aber Sie, werthe Parteigenossen, die Sie als Beauftragte der Sozialdemokratie hierher kommen zu gemeinsamer Arbeit, Sie dürfen versichert sein, daß Sie ganz besonders gern gesehene Gäste in Mainz sind. (Beifall.) Die große Mehrheit der Bevölkerung, sie fühlt sich innerlich mit Ihnen verbunden durch das Band gemeinsamen Denkens und Strebens. Sie sind hier nicht Fremde, Sie sind Freunde. Diese Empfindung sollen Sie haben, wo Sie sich in den Stunden, die Ihnen die Arbeit frei läßt, in Mainz bewegen, und dies Gefühl freundschaftlicher Zusammengehörigkeit, das nur zwischen den Menschen bestehen kann, deren inneres Leben den gleichen Idealen zugewandt ist, diese geistige Verwandtschaft als Menschen und Kämpfer, sie soll auch in diesen Stunden weihevoller Festlichkeit Ihr Herz erfüllen.

Schon einmal hat Mainz einen sozialdemokratischen Kongreß in seinen Mauern gesehen. Es war vor 28 Jahren, als die Vertreter der Eisenacher Richtung hier tagten, einige Hundert Schritte von hier, im „Heiligengeist", einer ehemaligen Kirche, die dann aber — nicht durch die böse Sozialdemokratie, sondern durch Andere — in einen Bierpalast verwandelt wurde. (Heiterkeit).

Dort kamen sie zusammen und berieten. Aber welch' ein Unterschied in der Aufnahme seitens der Bevölkerung damals und heute! Jene Verhandlungen wurden hinter verschlossenen Thüren geführt, noch war die Sozialdemokratie eine kleine Sekte und die große Mehrzahl der Bevölkerung wußte überhaupt nichts von ihr. Von Denen aber, die darum wußten, gingen auch die meisten gleichgiltig oder mitleidig spöttelnd an ihr vorüber. Wie ganz anders heute! Ganz Mainz merkt heute auf, Alle wissen, was in diesen Tagen hier vor sich geht. Die Mainzer Parteigenossen sind stolz darauf, Sie in diesen prächtigen Räumen zu begrüßen, sie sind stolz darauf, diesen städtischen Saal Ihnen zu Ihren Arbeiten zur Verfügung stellen zu können und Niemand in Mainz kann ernstlich daran denken, der Sozialdemokratie diesen Saal zu verweigern. Das mag Ihnen ein Beweis sein der Macht und der Anerkennung, die die sozialdemokratische Partei auch hier in Mainz gefunden hat. Und diese gewaltige Festversammlung, die zusammengeströmt ist, um die Delegirten der Sozialdemokratie zu begrüßen, sie mag Zeugniß davon ablegen, daß die sozialdemokratischen Ideen auch in der Bischofsstadt, auch in dem schwarzen Mainz ihre volkserobernde Kraft bewährt haben. (Lebhafter Beifall).

Mit Freude und mit Begeisterung muß uns diese mächtige Kundgebung erfüllen, und doch fällt in dieselbe ein Tropfen Wehmuth: Einer, der sonst immer dabei war, ist heute nicht mehr dabei. Wilhelm Liebknecht, dessen beredter Mund so oft auch gerade von dieser Stelle aus die Herzen des Volkes bewegte, er ist nicht mehr. Wie können wir diese Stunde mit einander feiern, ohne seiner zu gedenken. Was er für die Partei gewesen, was er für die Menschheit gethan, das brauche ich Ihnen nicht auseinander zu setzen. Das wissen Sie Alle. Liebknechts Name gehört der Ewigkeit an. Er war ein Hesse, und wie auch sein Geist das Große und Größte umspannte, so lebte doch sein Herz in seiner Heimath. Es verging kein Jahr, wo er nicht Tage und Wochen an den Stätten verweilte, wo er als Knabe gespielt und als Jüngling geschwärmt hatte. In Gießen, in Offenbach, in Mainz, überall verbanden ihn Jugenderinnerungen, freundschaftliche und verwandtschaftliche Beziehungen. Und wie hatte er sich gerade auf den Parteitag gefreut!

Unser Alter ist todt. Und doch, unser Alter lebt! Sein Geist lebt unter uns, und es lebt sein Werk. Sie werden dieses Werk nachher im Bilde dargestellt sehen, das er selbst entworfen, sein Vermächtniß, das Werk der Einigung unserer großen Bewegung. Werden wir uns in dieser Stunde dessen bewußt, was Liebknecht die Kraft gab, sein ganzes Leben diesem Werke zu widmen: das Edelste und Größte an Liebknecht, das war sein soziales Pflichtgefühl, tief verankert in der Liebe zum Volke, zur leidenden Menschheit. Aus dieser Kraftwelle wird das Große in der Menschheit geboren. Möge sie sich auch in den Arbeiten des Mainzer Parteitages bewähren, möge das Gefühl sozialer Pflicht, das unserm Alten den Lebensweg vorzeichnete, Angesichts seines Bildes in jedem Einzelnen von uns erhöhtes Leben gewinnen: in diesem Geiste auch mögen nach Schluß unserer Arbeiten die Beauftragten nach Paris gehen und gemeinsam mit den Genossen der anderen Länder die große Sache der Menchheit berathen. Stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf unsere gemeinsame große Sache! Die volksbefreiende, die völkervereinende Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

* *
*

Begeistert erhoben sich die Tausende, und ein dreifaches Hoch klang brausend durch den Saal.

Nun sammelten sich dreihundert Sänger auf der Tribüne. Aus Darmstadt, Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mainz waren die Arbeiter-Gesangvereine vereint worden, um unter der persönlichen Leitung des Komponisten

W. Weißheimer zunächst das Heine'sche Tendenzlied vorzutragen. Der Männerchor in Marseiller Hymnenweise fand lebhaften Beifall.

Als Festredner war August Bebel angezeigt. Eine Augenentzündung machte es ihm unmöglich, zur Stelle zu sein. So trat für ihn ein

Auer: Verehrte Festgenossen! Als selbstverständlich erschien es, daß der Dank auf die Begrüßung unser alter, allzeit bewährter, im Hessenland geborener Liebknecht halten werde. Und ebenso selbstverständlich war der nächste, der an Liebknecht's Stelle treten müßte, der Genosse Bebel. Ihn hält eine Erkrankung heute von uns fern, wir haben aber die Zusage, daß er im Laufe der Verhandlungen in unserer Mitte erscheinen wird.

Auch vor 28 Jahren, als die Fraktion der Eisenacher hier in Mainz tagte, fehlten diese beiden Männer, ohne deren Führung wir uns in den letzten Jahren eine deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung und große Aktion kaum denken konnten: auf Grund eines Hochverrathsprozesses hatte die Staatsgewalt sie hinter Schloß und Riegel gebracht. Es ging zwar auch ohne sie, bedauert wurde aber ihre Abwesenheit damals ebenso wie heute. Es liegt uns heute nahe, einen Vergleich zwischen damals und heute zu ziehen, der interessant, lehrreich und für uns Alle erhebend ist. Damals auf dem Parteitage der Eisenacher 51 Delegirte mit 74 Mandaten und ein finanzielles Jahresergebniß von 1029 Thalern an Parteibeiträgen und 1056 Thalern 27 Silbergroschen an sonstigen Fonds, Alles zusammen 6257 Mk. 70 Pf.! Und auf der Generalversammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der damaligen zweiten Arbeiterpartei, die vom 22. bis 25. Mai 1872 in Berlin zusammentrat, stellte der Vorsitzende Hasenclever die Anwesenheit von 52 Delegirten fest, die 145 Mitgliedschaften vertraten, und für die Agitation, so konstatirte er bedauernd, waren im ganzen Jahre nur 500 Thaler zur Verfügung gewesen. Aehnlich waren die Verhältnisse überhaupt: 1871 bei der ersten allgemeinen Wahl zum deutschen Reichstag ein einziger Gewählter mit 109927 Wählern für beide Parteien; wenige Jahre später — wir wollen uns diese Ziffern ins Gedächtniß rufen, um aus der Vergangenheit Muth, Kraft und Ausdauer für die Zukunft zu schöpfen —, wenige Jahre später, im Jahre 1874, waren aus den 100000 sozialdemokratischen Stimmen 351000, aus dem einen Abgeordneten ihrer 9 geworden.

Aber der Wahlkampf von 1874 machte auch dem Rückständigsten unter uns klar, daß der bis dahin tobende Kampf zwischen den beiden Richtungen nicht mehr weiter geführt werden dürfe. Die Einsicht, daß die Vereinigung unsere Macht und Stärke nicht nur verdoppeln, sondern verzehnfachen würde, nahm Fleisch und Blut an unter den Arbeitern, es kam zu dem Vereinigungs-Kongreß, der vom 22. bis 27. Mai 1875 in Gotha tagte. Seitdem sind 25 Jahre verflossen, 25 Jahre des Kampfes, der Verfolgung, aber auch gewaltigen Fortschritts. In Gotha fanden sich 127 Vertreter beider Richtungen zusammen, die 25651 organisirte Arbeiter repräsentirten. Der Kongreß wählte sich als Präsidium zwei Männer mit Namen von gutem Klange, die leider heute auch nicht mehr in unserer Mitte sind, August Geib und Wilhelm Hasenclever. Von den damaligen Schriftführern sind heute nur noch zwei, Kegel, Redakteur am „Postillon", und Bronnemeier-Göppingen für unsere Sache in Deutschland thätig, die übrigen sind gestorben oder ausgewandert. Vor Allem hat sich der Genosse C. W. Tölcke, der alte Lassalleaner, um die Einigung verdient gemacht. Um seinen Namen hat sich die Legende gebildet, als sei er der Repräsentant des brutalen, rücksichtslosen Knotenthums. Nichts falscher als das. Tölcke war ein überzeugter, treuer, sturmerprobter Lassalleaner, und wie Jeder, der mit voller Hingabe an einer Sache hängt, sich manchmal in der Wahl der Mittel zur Vertheidigung seiner Grundsätze vergreifen kann, so mag aus seinem Munde hier und da ein Wort gefallen sein, das er bei ruhiger

Ueberlegung nicht gebraucht hätte, aber der rohe, mit dem Knüppel arbeitende Mann ist er nie gewesen. Tölcke war es, der den ersten offiziellen Schritt zur Anbahnung der Einigung that. Und als nun die Verhandlungen fortschritten, da kam es, wie es nicht anders kommen konnte: es wurden sachliche, es wurden persönliche Bedenken laut. Keine Geringeren als unsere beiden Altmeister in London, Marx und Engels, waren es, die in dem Anbahnen der Vereinigung seitens Tölke's einen Coup der preußischen Polizeigewalt erblickten. Da sprach Liebknecht das entscheidende Wort gegenüber den Einwürfen aus London. Wilhelm Liebknecht, der schärfste Kämpfer in den Jahren des Kampfes zwischen den beiden Fraktionen, der überzeugteste Anhänger von der Nothwendigkeit der Vereinigung, that den Ausspruch: In allen prinzipiellen Fragen fügen wir uns bedingungslos der Einsicht und dem Rath unserer wissenschaftlichen Führer Marx und Engels, aber in allen taktischen Fragen entscheiden **wir**, die wir in Deutschland leben und wirken und die Verhältnisse kennen. Dies Wort ging wie ein zündender Funke durch die Partei, und Marx und Engels gaben von dem Moment ab ihren Widerspruch auf.

Wie war nun die Wirkung der Einigung? Auf dem letzten Kongreß vor dem Sozialistengesetz, in Gotha, 1877 waren 95 Delegirte aus 251 Orten vereinigt, die Einnahme der Partei war auf 54 217 Mk. gestiegen, und die Wahlen am 10. Januar 1877 ließen die Partei aufmarschiren mit der ersten halben Million: 493 000 Stimmen wurden für uns abgegeben und 12 Abgeordnete gingen als Sieger hervor. Da kam das Jahr 1878 und mit ihm die beiden Attentate, des Halbidioten Hödel, der sicher nicht daran gedacht hat, irgend Jemand tödten zu wollen, und des nach herostratischem Ruhm strebenden Nobiling. Die Folge war das Sozialistengesetz und mit ihm eine furchtbare Verheerung der Partei. Unsere Organisationen wurden zerstört, die Gewerkschaften als angebliche Anhängsel unserer Partei aufgelöst, Arbeiter-Krankenkassen vernichtet, Konsumvereine aufgelöst, unsere Presse verboten, unsere Broschüren vom Licht der Oeffentlichkeit wegdekretirt. Wir standen mit einem Male einer Brutalität, einer Rücksichtslosigkeit, einer absoluten Rechtlosigkeit gegenüber, es trat eine gewisse Deroute ein, und manch einer unserer früheren Führer, mancher unserer Genossen hat damals die Erwartungen, die auf ihn gesetzt wurden, nicht gerechtfertigt. Aber wir dürfen diesen Genossen keinen Vorwurf machen. Als jede unserer Handlungen unter Polizei-Aufsicht stand, als jeder bekannte Parteigenosse von Morgens bis Abends seinen Spitzel auf der Ferse hatte, da hörte es naturgemäß für eine ganze Reihe von ihnen auf, im Dienste der Partei noch mit Nutzen thätig sein zu können. Die Polizei kannte Alle, die stigmatisirt waren als frühere Führer und Vertreter der Partei, und wandte diesen ihre besondere Aufmerksamkeit zu. So blieb nichts Anderes übrig, als daß an Stelle der alten bekannten Vorkämpfer neue traten, und es ist eins der glänzendsten Zeugnisse für die deutsche Sozialdemokratie, daß in diesem Moment der höchsten Krisis, als der Ruf an die Parteigenossen erging: „Freiwillige vor!" sich neue Vorkämpfer fanden. Als wir dann in Wyden zusammenkamen, um unbekümmert um die preußische Polizeikontrolle über das zu sprechen, was wir für nothwendig hielten, da konnten wir uns sagen: Jetzt sind die schlimmsten Wirkungen des Sozialistengesetzes überwunden, jetzt ist die Zeit vorbei, wo unter den Genossen ein unberechtigtes, aber aus der Situation erklärliches gegenseitiges Mißtrauen Platz gegriffen hatte. Bei der Auflösung der Partei befanden sich nur 1000 Mk. in der Kasse, die bestimmt wurden für die Opfer des Kampfes. In Wyden betrugen die Einnahmen 37 000 Mk. Wir schufen uns da eine Organisation, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht, eine Organisation, die keine Polizeigewalt zu vernichten vermag. Auf dem nächsten Kongreß in Kopenhagen hatten wir bereits eine Einnahme von 95 000 Mk. zu verzeichnen, in St. Gallen eine solche von fast 200 000 Mk.

Nach 12 Jahren brach das Sozialistengesetz zusammen, Bismarck's Allmacht war erschöpft, das Ausnahmegesetz, diese Spottgeburt der Reaktion, wurde nicht wieder erneuert. In Halle 1890 konnte Bebel über 342 204 Mk. seit St. Gallen quittiren. 669 600 Mk. haben die deutschen Arbeiter ihren Vertrauensmännern und Führern unter dem Sozialistengesetz zur Verfügung gestellt, nicht gerechnet die Leistungen in den Provinzen, in den Einzelorganisationen — eine stolze Ziffer, und $1^1/_2$ Millionen Wähler mit 35 Abgeordneten, denen bald der 36. folgte, brachte die Partei zur Wahlurne Angesichts des fallenden Sozialistengesetzes.

Seitdem haben wir gearbeitet, und von Jahr zu Jahr sind wir fortgeschritten. Kampf nach außen ist unsere Losung, und auch Kämpfe unter uns haben wir geführt. Sie haben böswillige oder schlecht unterrichtete Gegner und auch manche, die uns freundlich gesinnt sind, häufig zu der Annahme geführt, es würde eine Spaltung in der Sozialdemokratie eintreten. Diese Hoffnungen, diese Befürchtungen haben sich nicht erfüllt. Glaubt der Eine, die eine Richtung führe zum Ziel und ein Anderer, jener sei der richtige Weg, das mag wieder vorkommen, das wird und das muß vorkommen. Aber worüber bei uns noch nie Zweifel und Zwiespalt bestanden hat, das ist das Ziel. Darüber werden wir immer einig sein. Für den Fortschritt unserer Stärke ist dieser Parteitag ein neues und glänzendes Beispiel. Sie kennen die Abrechnung unseres Partei-Vorstandes: im abgelaufenen Jahre ist die kolossale Summe von 250 000 Mk. an die Parteikasse abgeführt worden. Unsere Parteipresse hat sich gewaltig vermehrt: es stehen uns heute 76 politische Organe zur Verfügung, ferner 60 gewerkschaftliche, die gewiß nicht als Parteiorgane zu zählen sind, die aber in ihrer Art und Weise den Klassenkampf fördern und für die Aufklärung der Arbeiter sorgen; und in 22 eigenen Druckereien wird ein großer Theil unserer Parteipresse hergestellt. Und ist nicht auch dieser so gewaltige Besuch dieser Versammlung ein Beweis für die Kraft und Stärke der deutschen Sozialdemokratie? —

Dies ist der Rückblick auf die Arbeit eines Menschenalters. Vieles haben wir erfahren, Vieles erdulden müssen, aber der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Erst verachtet und verhöhnt, dann Verfolgungen der schlimmsten Art ausgesetzt, heute eine Kulturbewegung, der gegenüber unsere Gegner in ohnmächtiger Wuth knirschen.

In dem Sinne, in dem wir bis jetzt gearbeitet und gekämpft haben, wollen wir es weiter thun. Wir haben gelernt, wir haben aber nichts vergessen. Wir sind heute, was wir waren, und wir werden bleiben, was wir sind. Unser großes Ziel ist die Sozialisirung und Demokratisirung der Gesellschaft. Dieses zu verwirklichen, dafür arbeiten wir auf diesem Parteitage, und in diesem Sinne werden wir auch, nachdem wir getagt, unsere Delegirten nach Paris schicken, um den Bruderparteien aller Länder aufs Neue zu bestätigen, daß sie sich vollkommen verlassen können auf die Treue der deutschen sozialdemokratisch organisirten Arbeiterschaft. Lassen Sie mich schließen, indem ich Sie auffordere zu einem Hoch auf die allzeit treu bewährte deutsche sozialdemokratische Partei. Wir loben damit nicht uns selbst, wir loben und ehren damit unsere Todten und die Hunderttausende, die Millionen, die heute nicht hier mit uns sein können. Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Wieder brauste ein dreimaliges Hoch durch den Saal.

Als das Hoch verklungen war, gruppirten sich die Sänger wieder auf der Tribüne, um eine zweite Komposition Weißheimer's unter der Leitung des Komponisten vorzutragen. Es war das Herwegh'sche Bundeslied „Bet' und arbeit". Die von den Männerchören prächtig vorgetragene Tondichtung gefiel außerordentlich. Der Beifall hörte nicht eher auf, als bis die Sänger sich zu einer Wiederholung entschlossen. Dem Komponisten wurde vom Genossen

Conrad, dem Vorsitzenden des Festkomitees, unter herzlichem Dank ein Lorbeerkranz überreicht, dessen rothe Schleife die Widmung trug: Dem begeisternden Tondichter der Freiheit, Wendelin Weißheimer — die sozialdemokratische Partei von Mainz!

Den Abschluß des ersten Theils des Festes bildete ein lebendes Bild: „Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie". Es war nach Liebknecht's letzten Angaben gestellt: „Die beiden Gruppen, jede noch die eigene Fahne tragend, vereinen sich unter der neuen rothen Fahne, die Marx dem aus dem Grab aufsteigenden Lassalle zeigt. Marx hebt den stolz lächelnden Lassalle empor." So hatte sich Liebknecht das Bild vorgestellt, so hatte er es selber noch in einem Briefe vom 1. August d. J. an das Festkomitee beschrieben, so trat es in seinen beiden Abtheilungen in die Erscheinung und packte die Massen. Immer wieder hob sich der Vorhang unter den Klängen der Marseillaise.

Nach einer Pause begann der zweite, der gemüthlichen Geselligkeit gewidmete Theil des Festes.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 17. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 25 Minuten eröffnet

Singer die Verhandlungen mit folgender Ansprache: Mit dem Gefühl der tiefsten Wehmuth trete ich heute an diese Stelle, um im Namen und im Auftrage der Parteileitung den Parteitag in Mainz für eröffnet zu erklären. Fehlt doch heute hier der Mann, zu dem wir Jahrzehnte lang in verehrungsvoller Liebe und Dankbarkeit aufgeschaut haben, der Mann, der seit der Gründung der Partei ihr Führer gewesen ist, er, den wir vor einigen Wochen zu Grabe getragen haben, der sich in den Herzen der Parteigenossen ein Denkmal gesetzt hat aere perennius (dauernder als Erz): Wilhelm Liebknecht. (Die Versammlung erhebt sich.) Unser geliebter Lehrer, unser Meister, er weilt nicht mehr unter uns, wir können unsere Parteigeschäfte nicht mehr mit ihm, sondern nur in seinem Geiste vollziehen. Das Gefühl des Schmerzes und der Trauer, welches die ganze sozialistische Welt bei der Nachricht seines Todes durchzittert hat, ist noch in so lebhafter Erinnerung, daß ich nicht nöthig habe, weiter darauf zurückzukommen. Wir würden auch nicht im Sinne und Geiste unsres verehrten Alten handeln, wenn wir uns dauernd dem Schmerze hingäben und in unserem Schmerze vergäßen, was er der Partei zu thun vorgezeichnet hat. Streben wollen wir, arbeiten wollen wir, kämpfen wollen wir — damit erfüllen wir am besten das Vermächtniß unseres großen Todten, dessen Geist unsere Verhandlungen leiten wird.

Parteigenossen! Sie haben dadurch, daß Sie sich von Ihren Sitzen erhoben haben, mir die Aufforderung dazu erspart. Ich schlage dem Parteitag vor, das demnächst zu erwählende Bureau zu beauftragen, im Namen der Gesammtpartei Deutschlands der Familie Liebknecht's eine Kundgebung der Trauer und der Theilnahme zu übermitteln. Ich stelle die Zustimmung des Parteitags fest.*)

*) Die vom Bureau des Parteitags abgesandte Depesche hat folgenden Wortlaut:

In tiefem und treuem Gedenken Wilhelm Liebknecht's hat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz seine Verhandlungen eröffnet. Ihm, dem großen, unvergeßlichen Todten, ist es in erster Linie zu verdanken, daß die Sozialdemokratie das Jubiläum der Einigung feiern darf. Nur im Bilde und im Geiste seiner Mitkämpfer, Freunde und Schüler vermag unser Alter an dem Erinnerungsfest seines Werks theilzunehmen. Unter dem Eindruck des unwiderbringlichen Verlustes ist es dem Parteitag ein ernstes Bedürfniß, Denen ein Zeichen der Theilnahme zu senden, in deren sorgender Liebe Wilhelm Liebknecht den Quell sich stetig erneuenden Kämpfermuthes, den beglückenden Frieden des Heims, das fördernde Verständniß für sein Wirken gefunden hat. Mit der Familie Wilhelm Liebknecht's empfindet schwer die Trauer um den jäh Entrissenen

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Mainz.

Im Auftrage: Singer.

Parteigenossen, wir treten zu einem Parteitag zusammen, dessen provisorische Tagesordnung uns reiche Arbeit giebt. Auf diesem Parteitag können wir feiern die 25jährige Erinnerung an den Einigungskongreß, an die Einigung der Partei, die uns stark gemacht hat, die zusammen mit dem Opfermuth, mit der Energie der Genossen die Partei zu dem gemacht hat, was sie heute ist, und die die Partei zu weiteren Erfolgen und Siegen führen wird. Wir gedenken jener Einigung am besten, wenn wir in dem Sinne, in dem sie damals vollzogen worden ist, weiter arbeiten und ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten im Einzelnen nie vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, daß wir Sozialdemokraten bleiben wollen, und daß die deutsche Sozialdemokratie nur sein wird, was sie ist (Bravo!), wenn sie unverrückbar dem Ziel, das sie sich vorgezeichnet hat, entgegenschreitet, für dieses Ziel, für dieses Endziel weiter kämpft. (Bravo!)

Wir feiern aber noch ein anderes Jubiläum in diesem Jahr, die zehnte Wiederkehr des Jahrestages der Beseitigung des Sozialistengesetzes. 1878 über die Partei hereingebrochen, sank dieses Schandgesetz 1890. Das Sozialistengesetz, bestimmt gewesen, die Partei zu knebeln, existirt nicht mehr. Aber die bürgerlichen Parteien, die herrschenden Klassen, in deren Sinne und Dienste es gegeben wurde, sie sind noch vorhanden, und wir dürfen uns nicht daran genügen lassen, das Sozialistengesetz überwunden zu haben, wir werden die Vertreter des Geistes des Sozialistengesetzes, die noch mächtig genug sind, weiter bekämpfen, bis sie ebenfalls überwunden sind. So werden wir die Erinnerung an den Fall des Sozialistengesetzes nicht anders begehen können, als indem wir uns entschlossen zeigen und darüber keinen Zweifel lassen, daß wir uns stark genug fühlen, die herrschenden Klassen siegreich zu überwinden (Bravo). Unsre Arbeiten sind uns auch diesmal reichlich gesteckt; ich habe aber keinen Zweifel, daß der Eifer und der Ernst, mit dem auf unseren Parteitagen gearbeitet wird, es uns auch ermöglichen wird, sie auch diesmal rechtzeitig und gedeihlich zu Ende zu führen.

Namens der Parteileitung erkläre ich den Parteitag für eröffnet und bitte um Vorschläge zur **Konstituirung des Bureaus.**

Auf Vorschlag von Emmel-Mülhausen werden zu Vorsitzenden des Parteitages **Singer**-Berlin und **Ulrich**-Offenbach gewählt.

Zu Schriftführern werden bestimmt: Ernst-Berlin, Braun-Königsberg, Frau Zietz-Hamburg, Müller-München, Eichhorn-Mannheim, Dr. Quarck-Frankfurt, Schöpflin-Chemnitz, Lesche-Altona und Gewehr-Elberfeld.

Ferner wird eine **Mandatsprüfungs-Kommission** gewählt, die auf Vorschlag Eichhorn's folgendermaßen zusammengesetzt wird: Antrick-Berlin, Eberhardt-Charlottenburg, Hermann-Nürnberg, Wasner-Stuttgart, Leutert-Apolda, Kühn-Langenbielau, Oldendorf-Braunschweig, Ullenbaum-Elberfeld und Stubbe-Hamburg.

Die Arbeitszeit wird wie immer auf die Zeit von 9—1 und 3—7 Uhr festgesetzt.

Die Geschäftsordnung wird debattelos nach dem Entwurf genehmigt.

Es wird sodann zur **Feststellung der Tagesordnung** geschritten. Hierzu liegen die Anträge 1—3 vor. Nur Antrag 1 findet genügende Unterstützung.

Singer: Ich habe einem Wunsche Bebel's, der leider nicht hier sein kann, Ausdruck zu geben. Er bittet, sein Referat über die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen an der Stelle in der Tagesordnung zu belassen, die ursprünglich vorgesehen war. Er hat bei seiner Erkrankung den Wunsch, nicht sofort rednerisch thätig sein zu müssen, sobald er hier erschienen ist. Es liegt kein Grund für uns vor, diesem Wunsche nicht nachzukommen und ich glaube, daß

nach dieser Auskunft die Antragsteller des Antrages 1 nicht auf eine Abstimmung erst bestehen werden.

Ich stelle fest, daß die Antragsteller dem Wunsche Bebel's nachgekommen. Antrag 1 ist damit erledigt. Da kein Widerspruch erfolgt, erkläre ich die provisorische Tagesordnung für definitiv angenommen.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich eine freudige Pflicht zu erfüllen und begrüße die Genossen, die von den ausländischen Bruderparteien zu unseren Berathungen delegirt sind. Bisher sind mir gemeldet Genosse Pernerstorfer als Delegirter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs und Genosse Nemec als Delegirter der czechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Ich heiße die Genossen Namens des Parteitages herzlich willkommen. (Bravo!) Wir haben vor einigen Wochen Delegirte der deutschen Sozialdemokratie zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs entsendet. Das brüderliche Verhältniß der deutschen zur österreichischen Partei wird von beiden Seiten mit Liebe gepflegt. Wir sind stolz auf unsere tapferen österreichischen Genossen. Ein heißer Wahlkampf steht ihnen bevor. Wir wünschen ihnen aus vollem Herzen den Erfolg, den ihr Kampfesmuth verdient (Bravo!), und ich hoffe, daß unsere ausländischen Genossen von Neuem die Ueberzeugung mit fortnehmen werden, daß auch bei der Erledigung ihrer eigenen Geschäfte die Sozialdemokratie Deutschlands niemals das Gefühl der Solidarität und Brüderlichkeit für die sozialistischen Parteien des Auslandes verliert. (Bravo!)

Pernerstorfer-Wien: Vor Allem, Parteigenossen, habe ich Ihnen mitzutheilen, daß außer mir noch Genosse Dr. Ellenbogen delegirt ist, aber erst morgen kommen kann, da wichtige Parteigeschäfte ihn festhalten. Bald hätten wir ja in Folge der Auflösung des Parlaments überhaupt keinen Vertreter nach Mainz und nach Paris schicken können, aber da die Neuwahlen erst im Januar stattfinden, so war es uns noch möglich, unserem Herzenswunsch und unserer Pflicht nachzukommen. Für uns Oesterreicher ist es etwas ganz Eigenthümliches, wenn wir über die Grenzen unseres Landes hinausgehen und namentlich, wenn wir nach Deutschland gehen. Sie kennen ja Alle aus den Zeitungen die österreichischen Verhältnisse oder wenigstens bilden Sie sich ein, sie zu kennen. (Heiterkeit.) In der That aber sind diese Verhältnisse uns selbst manchmal sehr dunkel, denn Oesterreich ist das Land der totalen Konfusion, es kennt sich Niemand mehr aus, und von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken giebt es nur ein Gefühl, das der Verdrossenheit und Unzufriedenheit. Seit dem Jahre 1879 weiß man, daß die gedeihliche Entwickelung Oesterreichs einzig davon abhängt, ob es gelingen wird, zwischen Deutschen und Czechen einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen. Aber von diesem Ziel entfernen wir uns von Tag zu Tag mehr. Wir in Oesterreich haben es vermöge unserer Verfassung und unserer Geschichte mit einem Element zu thun, das ja bei Ihnen auch vorhanden ist, das aber bei uns auf jede Weise künstlich gefördert wird: mit dem Junkerthum, das insbesondere in Böhmen blüht und gedeiht und das ein Lebensinteresse daran hat, daß eine Verständigung zwischen beiden Nationen nicht erfolgt. Dieser Feudalität ist künstlich eine Macht eingeräumt, die es ihr ermöglicht, weit über ihre thatsächliche Bedeutung hinaus die politischen Verhältnisse zu beeinflussen, in Folge dieser Verhältnisse hat die Verständigung zwischen Deutschen und Czechen keinen Fortschritt gemacht, die bürgerlichen Parteien in Oesterreich stehen heute, national getrennt, sich feindseliger gegenüber als je zuvor. Sie können sich kaum eine Vorstellung davon machen, wie sehr bei uns der Chauvinismus in Blüthe steht. Eine vernünftige und besonnene Erörterung politischer Fragen ist bei uns für den Augenblick überhaupt ausgeschlossen. Der Umstand, daß es in Oesterreich eine Partei giebt, die zwar den realen Verhältnissen Rechnung tragend, sich in nationalen Fraktionen organisirt hat, aber doch in gemeinsamer Berathung die nationalen Schwierigkeiten zu überwinden sucht, dieser Umstand wird von

den bürgerlichen Parteien ausgenutzt, die sozialdemokratische Partei des nationalen Verraths zu bezichtigen, während doch in der That die Rathschläge der Sozialdemokraten wirklich gangbare Wege zur Lösung des Nationalitätenproblems bilden. In Folge der Versuche, von oben her die Parteien im Parlament zu terrorisiren, haben sich jene Dinge ereignet, die Sie Alle kennen und die schließlich zur Auflösung des Parlaments geführt haben. Freilich hat man dabei vergessen, daß ein neugewähltes Parlament gar keine anderen Funktionen ausüben kann, als das eben aufgelöste und daß es sehr wohl möglich ist, daß das neugewählte Parlament über seine erste Sitzung nicht hinauskommt, sondern daß sofort wieder die Obstruktion irgend einer Partei einsetzt. Noch ist das Verständniß bei uns nicht völlig durchgedrungen, daß es zur Beilegung des Nationalitätenstreits nur ein Mittel giebt: die Einführung wirklich demokratischer Formen, vor Allem die Beseitigung des künstlichen Uebergewichts der junkerlichen Faktoren.

Wir kommen zu Ihren Parteitagen immer in dem Bewußtsein, daß wir hier nicht Fremde, sondern Brüder sind. Sind wir doch eines Geschlechts nicht nur der physischen Abstammung nach, sondern unserer ganzen politischen und sozialdemokratischen Erziehung nach. Die österreichische Arbeiterbewegung hat unmittelbar an die deutsche angeknüpft. Unsere Bildungsvereine wurden im Lassalle'schen Geiste gegründet. Sie waren für uns immer vorbildlich. Wir fühlen uns den deutschen Genossen gegenüber verpflichtet zur Dankbarkeit in jedem Sinne, nicht allein in dem Sinne, daß sie uns Geist von ihrem Geist gegeben haben, sondern auch in dem Sinne, daß sie immer bereit waren, uns durch die That zu unterstützen; was ich damit meine, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Ich will mich auch über dies Thema nicht weiter verbreiten, bitte Sie aber, in den Partei-Vorstand nur solche Männer zu entsenden, die gewillt sind, uns in der bevorstehenden österreichischen Aktion sehr hilfreich zur Seite zu stehen (große Heiterkeit), insbesondere mit dem Gelde hapert es bei uns gewaltig. Mit großer Freude habe ich gestern aus der Rede von Auer gehört, wie Ihre Einnahmen gewachsen sind, für uns Oesterreicher etwas geradezu Phantastisches (Heiterkeit), lassen Sie von Ihrem Reichthum etwas abfließen in die dürren Gefilde Oesterreichs, es ist ja für die gemeinschaftliche Sache.

Meine Aufgabe ist es, Ihnen zu danken für das, was Sie für uns geleistet haben. Ihr Wirken war für uns Oesterreicher eine Aufrichtung in schweren Tagen. Wenn wir Ekel empfanden über die Verhältnisse bei uns, da blickten wir auf die deutsche sozialdemokratische Bewegung und wir empfanden Antrieb zu neuer Arbeit. Wir fühlen mit Euch Eure Leiden, wir feiern mit Euch Eure Siege, und der Anblick des Kampfes, den Ihr seit einem Menschenalter führt, stärkt uns von Neuem in unserem Kampf um die große Sache der Zukunft.

Wir kämpften, wir werden weiter kämpfen und wir werden der gemeinsamen Sache Ehre machen. Euch aber, Euch deutschen Sozialdemokraten, den leuchtenden Vorbildern der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt, brüderlichen Gruß aus Oesterreich! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nemec-Prag überbringt die Grüße der czechischen Sozialdemokratie: Wenn wir auch verschiedene Sprachen sprechen, so sprechen wir doch eine Rede, die Rede der Freiheit, der Brüderlichkeit des Proletariats. Was Pernerstorfer gesagt hat, das gilt auch für uns Czechen: Euer Kampf ist auch unser Kampf, Euer Sieg ist auch unser Sieg. Wir bringen Euch ein herzliches brüderliches Nasdar! (Beifall.)

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten: **Geschäftsbericht des Vorstandes.**

Singer: Ich werde wie in den Vorjahren den Bericht in einzelnen Abtheilungen diskutiren lassen und zwar in den Gruppen: Allgemeines, Kassenbericht, Sonstiges geordnet. Das Wort hat der Berichterstatter.

Pfannkuch: In der Parteipresse wurden, als die provisorische Tagesordnung für diesen Parteitag erlassen wurde, Stimmen laut, sie wäre für eine

Woche zu umfangreich. Ich bin nicht dieser Meinung, ich glaube, wenn wir uns nicht auf weitschweifige Reden einlassen, werden wir diesmal in kürzerer Zeit als sonst fertig werden; es ist nur auf die Tagesordnung gesetzt worden, was unerläßlich war, wie das bei Punkt 7 durch die Ereignisse des Sommers bedingt der Fall wurde. Ich denke, die Verhandlung darüber wird kurz sein.

Ich werde in meinem Bericht mich der möglichsten Kürze befleißigen und erwarte Nachfolge meines Beispiels in Ihrer Diskussion. Die planmäßige Agitation ist das wichtigste Gebiet, das wir pflegen. An der bisherigen Agitation sind Aussetzungen nicht gemacht worden, die gestellten Anträge machen nur Vorschläge für den weiteren Ausbau. Daß die Parteigenossen im ganzen Reich die von der Zentralstelle planmäßig geleitete Agitation mit allen Kräften unterstützen werden, ist selbstverständlich. Der Antrag, der Agitation unter dem reisenden Publikum mehr Aufmerksamkeit zu schenken, wird erst näher begründet werden müssen. Bisher haben wir es, denke ich, nicht nöthig, wie Hausirparteien, Heilsarmeen und dergleichen aufzutreten. Daß wir unsere Agitation, soweit es in den Kräften der Partei liegt, pflegen, erkennen auch unsere Gegner an, wenn es auch im Allgemeinen nicht angenehm ist, von den Gegnern gelobt zu werden. Wir können es uns jedoch gefallen lassen, wenn wie z. B. die „Kölnische Zeitung" unsere Organisation und unsere Agitation ihren eigenen Parteigenossen zur Nachfolge empfiehlt.

Mit der Agitation eng verbunden ist die Pflege und Ausgestaltung unserer Presse. Der Gedankengang des Berliner Antrages, betreffend das Zentralorgan, ist bereits zu verwirklichen in Angriff genommen worden. Der Antrag ist gegenstandslos. Der Antrag auf Verlegung der „Gazeta Robotnicza" in das oberschlesische Gebiet bezw. Errichtung einer Filiale daselbst bedeutet ein Experiment nicht nur in finanzieller Beziehung, sondern auch in personeller; denn von der Personenfrage hängt mit in erster Linie hier der Erfolg ab. Ob in diesen Beziehungen bereits die nöthigen Garantien gegeben werden können, steht bis jetzt noch nicht fest, und es werden noch weitere Vorbereitungen und Auseinandersetzungen erforderlich sein.

Einheitliche Gesichtspunkte als Richtschnur für die Genossen in den kommunalen Vertretungsorganen hält auch die Parteileitung für wünschenswerth. Einzelne Provinzialorganisationen sind vorläufig mit der Aufstellung kommunaler Programme vorgegangen, Brandenburg schon vor drei Jahren, dann Sachsen, Hessen, neuerdings auch Württemberg und Baden. Ob die Sache schon so weit gediehen ist, wie es der Antrag 4 wünscht, für alle diese Fragen ein spezielles Publikationsorgan zu schaffen, will ich in diesem Augenblick weder bejahen noch verneinen, ich persönlich neige mich der letzteren Ansicht zu.

In Bezug auf die nichtperiodische Presse sind ja, wie bereits auf den früheren Parteitagen, Anträge gestellt, die dem guten Herzen ihrer Urheber alle Ehre machen, aber von einer Kenntniß der Grenzen der Machtmittel der Partei nicht Zeugniß ablegen. Wer den gesammten Geschäftsgang der Buchhandlung und die Praxis der Parteileitung kennt, wird einen Antrag, wie den auf Ausgabe der Broschüren auch in kleinen Partien zu gleichem Preise wie bei großen Partien nicht stellen.

Der Passus im Vorstandsbericht von der Thätigkeit der Gewerbegerichte hat der gegnerischen, insbesondere der Scharfmacherpresse Anlaß zur Konstatirung gegeben, daß die Sozialdemokratie auch dies Institut in den Dienst ihrer Bewegung zu ziehen versucht. Wir werden uns durch diese Klagen nicht abhalten lassen, mit noch verstärkter Kraft dafür einzutreten, daß das Gewerbegerichtsgesetz in einer Weise ausgestaltet wird, daß es nicht, wie heute noch vielfach, ein Messer ohne Klinge ist, sondern ein schneidiges Instrument im Kampfe um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Mit dem Antrage auf Errichtung einer eigenen Papierfabrik hat vorgestern sich eine Konferenz der Vertreter der Parteipresse beschäftigt und ist zu der Erklärung gekommen, daß augenblicklich an die Verwirklichung eines derartigen Projektes nicht gedacht werden kann. Ich meine, wenn die Fachmänner ein derartiges Urtheil abgeben, wird der Parteitag sich mit diesem Antrag kaum noch weiter beschäftigen.

Die Pflege der mündlichen Agitation ist selbstverständlich eine Pflicht, der sich keine Parteileitung, möge sie zusammengesetzt sein wie sie wolle, je wird entziehen können. Die Gegner sind von dem Grundsatz, den sie beim Fall des Sozialistengesetzes so großspurig proklamirten, zurückgekommen. Man hat sich im Laufe der Jahre überzeugt, daß, wie Bismarck einmal sagte, die Sozialdemokratie nicht todtgeredet auch nicht todtreformirt werden kann, sondern daß sie todtgeschossen werden müsse. Das Unternehmerthum hat den geistigen Kampf aufgegeben, es mißt sich nicht mehr mit uns auf dem Podium der Volksversammlungen. Im Gegentheil versucht es, uns die mündliche Agitation durch wirthschaftlichen und politischen Druck unmöglich zu machen. Daraus ist die Saalabtreiberei großen Stils entsprungen und das Verlangen der Genossen eigene Lokalitäten zu erwerben. Wo die Verhältnisse dazu angethan sind, wird die Parteileitung den Wünschen der Genossen an den einzelnen Orten nach Pachtung, Erwerb oder Bau von Versammlungslokalen entgegenkommen; dazu bedarf es nicht eines besonderen Baufonds. Soviel zu den Anträgen.

Gerisch erstattet den **Kassenbericht:** Aus dem Kassenabschluß haben Sie ersehen, daß es in diesem Jahre nicht möglich gewesen ist, die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Seit dem Parteitag in Halle ist dies erst zwei Mal der Fall gewesen. Es war aber in Kriegsjahren, in Wahljahren, wo die Reserve in Angriff genommen werden mußte, weil an die Zentralkasse außerordentliche Anforderungen gestellt wurden. Es ist diesmal das erste Mal, daß wir in einem Friedensjahre mit den Einnahmen nicht ausgekommen sind. Im vorigen Jahre habe ich bereits darauf aufmerksam gemacht, das wir ohne die Einnahmen aus den Parteigeschäften nicht auskommen können und daß wir, wenn diese Einnahmen sich einmal mindern, Defizit haben würden. Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Wie der Ausweis ergiebt, sind die Beiträge von der nordischen Wasserkante diesmal ausgeblieben. Der Abschluß würde aber trotzdem gut sein, wenn die Mehrzahl der großen Wahlkreise ihre Pflicht der Parteikasse gegenüber besser erfüllt hätten. Gewiß ist es in jedem Wahlkreise einmal möglich, daß er durch besondere Ausgaben in Anspruch genommen, der Zentralkasse nichts schicken kann. So war es in Elberfeld, so in Chemnitz der Fall, wo durch große Umwandlungen alle Mittel am Orte selbst aufgebraucht wurden. Die Genossen dieser Kreise haben ihre Pflicht sonst immer erfüllt. Sie werden es auch später wieder thun. Aber andere zahlreiche Kreise haben diese Entschuldigung nicht. Ich will Namen nicht nennen, aber sehen Sie sich doch die tabellarische Uebersicht an. Wahlkreise mit Zehntausenden von sozialdemokratischen Stimmen sind da nicht vertreten, nicht einmal soviel haben einzelne Kreise geschickt, wie die Diäten ihrer Abgeordneten aus der Zentralkasse betragen. Nein, sie haben selbst diese Kosten andern Wahlkreisen aufgehalst. Hoffentlich ist es das letzte Mal, daß die Parteileitung einen derartigen Tadel aussprechen muß. Aber auch die Kreise, die Beiträge an die Parteikasse abgeliefert haben, sind mit ihren Beiträgen vielfach hinter dem zurückgeblieben, was sie leisten konnten. Die Dezentralisation, an der wir seit Jahren kranken, macht sich da recht unangenehm bemerkbar. Ich habe 14 Wahlkreise herausgegriffen, diese Kreise hatten eine Einnahme von 114 660 Mk., davon haben sie an die Parteikasse 9243 Mk. abgeliefert. Dieses an sich sehr ungünstige Verhältniß würde noch viel schlimmer sein, wenn von diesen 14 Kreisen nicht drei allein 7167 Mk. abgeliefert hätten; es verbleiben elf und zwar sämmtlich

gut situirte Kreise, die bei eigenen großen Einnahmen der Zentralkasse den Bettelpfennig von 2076 Mk. zugewiesen haben. Gewiß haben diese Wahlkreise ihr Geld auch so angewendet, wie sie es für richtig hielten. Aber es ist nicht angemessen, die Zentralstelle auf diese Weise trocken zu setzen, während im Bedarfsfalle man sich sofort an die Zentralkasse wendet und meint, daß da die Zehntausende ohne Weiteres zu haben sind. Die 14 Wahlkreise haben aber selber dreimal so viel Geld zurückgehalten, nämlich 27730 Mk., als sie an die Zentralkasse abgesandt haben. Das ist ein Zustand, der dauernd nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die künftige Parteileitung nicht achselzuckend jeden Wunsch ablehnen soll. Wo Nichts ist, kann Niemand Etwas bekommen, auch unsere ausländischen Freunde nicht. (Heiterkeit.) Es muß also anders werden.

Den Ueberblick über den Stand der Parteipresse kann ich in diesem Jahre leider nicht geben, weil die statistischen Mittheilungen bei dem frühen Stattfinden des Parteitags sehr spärlich eingelaufen sind. Nur die Tendenz der Entwickelung der Parteipresse kann ich angeben. Neun täglich erscheinende Blätter waren nicht im Stande, ihren Abonnentenstand zu behaupten, sie haben 1096 Abonnenten verloren. Demgegenüber haben zwanzig andere täglich erscheinende Blätter einen Gewinn von 16000 neuen Abonnenten gehabt. Das ist ein Gewinn von 14000 Abonnenten. Die übrigen Blätter haben ihren Besitzstand behauptet. Wenn auch einzelne Tagesblätter mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so prosperirt unsere tägliche Presse im Allgemeinen doch sehr gut. Schlimmer sieht es mit den drei Mal wöchentlich erscheinenden Blättern aus. Diejenigen von ihnen, die am besten florirten, sind allmälig in Tagesblätter verwandelt worden, die ungünstiger gestellten sind übrig geblieben. Zudem trifft die Krisis in der Textilindustrie die Blätter, die in den Textilorten erscheinen. Die Zahl der Leser der drei Mal wöchentlich erscheinenden Blätter ist dort etwas zurückgegangen. Hoffentlich handelt es sich hier um eine vorübergehende Erscheinung. Im Allgemeinen bitte ich, künftig dafür zu sorgen, daß das Material rechtzeitig einläuft, damit die Parteileitung im Stande ist, ein umfangreiches getreues Bild über den Stand der Parteipresse zu entwerfen.

Meister erstattet den **Bericht der Kontrolleure:** Es ist ein Zeichen für gesunde Parteiverhältnisse, daß wir uns bis auf einen Fall nur mit der Revision der Bücher des Vorstandes zu befassen hatten. Diese Revision hat regelmäßig stattgefunden, wir haben korrekte Buchführung und geordnete Verhältnisse angetroffen. Der eine Fall, mit dem wir uns sonst noch zu befassen hatten, betrifft eine Gehaltserhöhung, die Genosse Fischer, der der Buchhandlung vorsteht, erhalten hat, nicht eigentlich auf Veranlassung des Vorstandes, sondern durch die Schuld der Nürnberger, wenn von einer solchen überhaupt die Rede sein kann. Die Nürnberger beabsichtigten, Fischer als Vorstand des dortigen Geschäfts anzustellen und boten ihm ein wesentlich höheres Gehalt. Fischer glaubte das Gebot nicht ablehnen zu sollen und erklärte, die Stellung an der Parteibuchhandlung kündigen zu müssen. Der Vorstand hielt es im Interesse der Partei nicht für gut, Fischer von seiner Stellung zu entlassen und sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, eine Gehaltserhöhung für Fischer eintreten zu lassen. Die Berliner Vertrauensleute sämmtlicher Kreise legten gegen diese Gehaltserhöhung Protest ein. Die Kontrolleure haben nun unter Zuziehung der Berliner Vertrauensleute mit dem Vorstand in gemeinsamer Sitzung über den Protest berathen. Das Resultat war, daß die Mehrheit der Kontrolleure Angesichts der vollendeten Thatsache und in Anbetracht des Umstandes, daß Fischer sonst benachtheiligt worden wäre, da die Stelle in Nürnberg inzwischen anderweitig besetzt war, den Protest der Berliner Genossen abgelehnt haben. Die Sache wird ja hier zur Sprache gebracht werden. Das Fehlen aller weiteren Beschwerden ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Parteileitung nach allen Seiten ihre Schuldigkeit gethan hat. Ich beantrage für sie die Decharge. (Bravo!)

Folgender Antrag läuft ein:

Der Parteitag spricht seine Mißbilligung über die Erledigung der Gehaltserhöhung des Leiters der Vorwärts-Buchhandlung, des Genossen Fischer, von 4000 auf 5000 Mk. aus, welche Summe vom Partei-Vorstand bewilligt und von den Kontrolleuren bestätigt worden ist; der Parteitag hält eine Entlohnung von 4000 Mk. für diese Verwaltungsstellung für angemessen. Berlin I—IV. Niederbarnim. Beeskow. Stettin. Osthavelland.

Waldeck-Manasse-Berlin I: Es ist mir, der ich zum ersten Mal als Delegirter auf einem Parteitag erscheine, natürlich sehr unangenehm, das Wort zu ergreifen in einer Frage, zu der Berufenere reden könnten, aber ich habe einen Auftrag und diesen Auftrag muß ich ausführen. Die Berliner haben einmüthig den Protest erhoben. Sie halten eine Entlohnung des Postens mit 4000 Mk. für ausreichend, und sie sind vor allen Dingen darüber empört, daß das Gehalt sofort um 1000 Mk. erhöht wurde. Selbst wenn man die Gehälter nicht vom Parteistandpunkt ansieht, sondern wenn man die sonst im Buchhandel üblichen Gehälter betrachtet, so ist die Bezahlung von 4000 Mk. ausreichend. Wenn eine Stadt wie Nürnberg ein höheres Gehalt anbietet, so hat Berlin durchaus nicht nöthig, diesem Beispiel zu folgen. Vergessen wir doch nicht, daß dieselben Städte, die die Gehälter so ohne Weiteres erhöhen, nachher beim Partei-Vorstand um Zuschüsse einkommen. Wir haben natürlich keine Angst davor, daß die bürgerliche Presse nachher über uns herfallen könnte, weil wir die schwielige Faust hervorkehren. Etwa zu sagen, daß Fischer als Schriftsetzer weit weniger bekommen hat, solch' dummer Gedanke fällt Niemand von uns ein. Die Gehälter, die wir zahlen, sollen unsere Beamten in den Stand setzen, anständig durchs Leben zu gehen, aber es dürfen keine Gehälter sein, deren Höhe abseits von Noth und Sorge ihnen das proletarische Empfinden kürzen könnte. Sonst könnte leicht in diesem oder jenem Kopfe der Gedanke entstehen, daß ihm an der Verewigung unserer Zustände unendlich viel mehr gelegen ist, als an der Anbahnung neuer. Es ist unendlich schwer, den einfachen Genossen, die treppauf, treppab laufen, um Flugblätter zu vertheilen, und die Tag und Nacht in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit thun, die Gründe für eine Gehaltsaufbesserung plausibel zu machen. Wenn aber schon eine Gehaltsaufbesserung erfolgen sollte, so hätte sie erfolgen müssen im Einverständniß mit den Berliner Genossen. Die Berliner Genossen sind durchaus frei von jeder Voreingenommenheit gegen Fischer; sie erkennen seine Verdienste durchaus an, aber es handelt sich für uns um eine prinzipielle Frage. Wenn die Berliner, die doch ihre Schuldigkeit der Partei gegenüber in solchen Fragen thun, als nebensächlich angesehen werden, so ist das eine gewisse Geringschätzung. Es ist den Berliner Genossen nicht leicht geworden, diese Sache hier öffentlich zur Sprache zu bringen; es wäre uns viel angenehmer gewesen, wenn sie sich so hätte erledigen lassen. Die Kontrolleure haben bei Abwesenheit von zweien mit 3 gegen 2 Stimmen die Erhöhung des Gehalts sanktionirt. Der Vorredner sagte allerdings, die Kontrolleure waren in einer Nothlage, da Fischer ja sonst ohne Stellung gewesen wäre. Das war nicht der Fall, denn wir Alle hätten ihn zum alten Gehalt weiter behalten. Nach unserer Meinung haben wir die Aemter nicht einfach vom Standpunkte des Gehalts und der Entlohnung anzusehen, sondern wir sind nebenher noch Sozialdemokraten, die den Gedanken des Idealismus auch in Bezug auf die eigene Person in die That umzusetzen haben. Zum Mindesten aber glauben wir die Art verurtheilen zu müssen, wie die Gehaltserhöhung erfolgte, und schon im Interesse des Verantwortlichkeitsempfindens des Vorstandes wäre es wünschenswerth, daß die Sache geklärt wird, und daß ein für alle Mal feste Normen für die Entlohnung unserer Parteibeamten geschaffen werden.

Böhle-Straßburg: Ich muß auf den Ausfall der Mülhausener Wahl eingehen, Angesichts der Angriffe, die auf uns gerichtet worden sind. Es ist uns vorgeworfen worden, daß wir die Verhältnisse in Mülhausen nicht gekannt hätten. Wir sind nicht im Geringsten im Unklaren darüber. Die Verhältnisse in Mülhausen sind von Anfang an keine rosigen gewesen. Man hat, statt Sozialdemokraten zu erziehen, reine Protestler erzogen, und hat die Person Bueb's einzig und allein in den Vordergrund gestellt. Bueb war kein Sozialdemokrat, sondern ein Protestler unter der Maske des Sozialdemokraten, der Geschäfte machte mit dem Appell an die niedrigsten Leidenschaften seiner Zuhörer, der sich über Parteibeschlüsse von jeher einfach hinwegsetzte. Wir wußten genau, wie wir standen, als wir dem Reichstagsabgeordneten Bueb sein Mandat abnahmen. Wir wußten von Anfang an, daß das den Verlust des Wahlkreises für die Partei bedeutete. Sie können sicher sein, Parteigenossen, er wäre auch verloren gegangen, wenn an Stelle Emmel's ein Elsässer aufgestellt wäre. Wir haben es eben nicht mit Sozialdemokraten zu thun gehabt. Als Bueb mit seiner Forderung eines Zuschusses von 180 Mk. monatlich an uns herantrat, da war für uns der Moment gekommen, vorzugehen. Das konnten wir vor der Partei nicht verantworten. Ein Abgeordneter hat die Pflicht, auch agitatorisch in der Partei thätig zu sein. Wir konnten diesen Zuschuß auch nicht verantworten Angesichts der moralischen Qualifikation Bueb's. Einem Mann, der, wie es bisher unerhört war, die Partei korrumpirt hatte, konnten wir nicht noch eine besondere Gratifikation geben. Der Erfolg hat sich bereits gezeigt. Der Wahlverein in Mülhausen, der zur Zeit der Reichstagswahl 80 Mitglieder zählte, hat jetzt 200. (Bravo.) Wir wollen nicht mit Mandaten hausiren ziehen, sondern eine Partei hinter uns haben. Jetzt ist reine Bahn, das einstimmige Votum des Wahlvereins der organisirten Parteigenossen nach dem Ausfall der Wahl beweist, daß unser Vorgehen vollständig richtig war und uns kein Vorwurf trifft.

Ulrich-Offenbach: Gegen den Antrag der Kontrolleure auf Decharge steht der Antrag der Berliner. Sie sind der Meinung, daß, weil sie vom Partei-Vorstand nicht recht bekommen haben, der Parteitag sich damit beschäftigen müsse und natürlich ihnen recht geben müsse. Ich muß gestehen, daß mich die Begründung des Antrags etwas merkwürdig berührt hat. In der Konsequenz müßten wir danach alle Verwaltungsstellen in der Partei eigentlich an den Mindestfordernden vergeben. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Vielleicht haben die Berliner es nicht so gemeint, aber die Aeußerungen, die hier gefallen sind, fordern diese Konsequenz. Es kann sich doch nur allein um die Frage drehen: ist der richtige Mann am richtigen Platz und würde er anderswo das, was er erhält, auf einem solchen Platz erhalten? Und auf eine solche Frage können wir um die Antwort nicht verlegen sein, weil ja die Nürnberger, trotzdem ihr Geschäft nicht so umfangreich ist, wie die Berliner Buchhandlung, an Fischer das Angebot gemacht haben. Damit ist festgestellt worden, daß von anderer Seite seine Leistungsfähigkeit höher taxirt worden ist, als von den Genossen in Berlin. Wir haben uns zu fragen, ob wir die Berliner als kompetent für diese Frage zu erachten haben oder den Partei-Vorstand beziehungsweise die Kontrolleure. Ich muß gestehen, bei aller Hochachtung für unsere Berliner Genossen stehe ich doch auf dem Standpunkt, daß sie die Allerletzten sind, über die Leistungsfähigkeit eines Beamten im Buchhandlungsfach entscheiden zu können — (Murren und Heiterkeit) — die Allerletzten! Die Berliner spielen hier die Rolle der gekränkten Leberwurst (oho!), jawohl weiter garnichts; das geht aus der Begründung des Antrages deutlich hervor. Weil sie nicht gefragt sind, als die Gehaltserhöhung in Frage stand, haben sie es für nothwendig gehalten, in Versammlungen Lärm zu schlagen. (Unruhe und Zurufe.) Sie können ja nachher reden; ich nehme für mich in Anspruch, genau so die Partei

zu vertreten, wie Ihr; Ihr seid nicht die Partei allein, Gott behüte mich, wir haben mitzureden in der Provinz, versteht Ihr wohl? (Große Heiterkeit!) Ich habe mich gewundert, daß die Berliner gegen Fischer nicht die 18 Mk. angeführt haben, die ein Schuhmacher in Berlin in der Woche verdient, oder daß Fischer nur einen Anspruch auf den Verdienst eines Schriftsetzers mit 30 bis 35 Mk. habe. Sie sagen, wenn wir so gute Gehälter zahlen, so muß das proletarische Bewußtsein schwinden. Das sind allerdings merkwürdige Sozialdemokraten, deren innere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Beseitigung der heutigen Verhältnisse davon abhängt, welche momentane Stellung sie persönlich in der heutigen Gesellschaft einnehmen. Das sind überhaupt noch keine bewußten Sozialdemokraten gewesen. Die heutigen Konkurrenzverhältnisse der heutigen Gesellschaft zwingen uns, sie zu berücksichtigen und die Saläre danach einzurichten. Die Berliner Genossen sind der Meinung, sie hätten bei der Gehaltserhöhung gefragt werden müssen. Ich habe mich vergeblich gefragt, auf Grund welcher Bestimmungen sie diese Prätension erheben; (Vollmar ruft: Weil sie Berliner sind!) das mag sein, aber die Buchhandlung des Vorwärts ist kein Berliner Institut. Bis jetzt sind die Berliner gottlob noch keine Behörde der Gesammtpartei, das ist der Partei-Vorstand und die Kontrolleure. Gegen das Gehalt von Fischer die Flugblättervertheiler aufzuführen, das ist geradezu ein Appell an den Unverstand. Ich bin der Meinung, daß wir den Antrag der Kontrolleure annehmen, dem Partei-Vorstand Decharge ertheilen und damit den Antrag der Berliner für abgelehnt erklären.

Müller-Flensburg: Die Flensburger vermissen die Berücksichtigung des Stuttgarter Beschlusses über die Herausgabe eines sozialpolitischen Anhangs zu dem Handbuch.

Zubeil-Teltow-Beeskow: Es ist ja nichts Neues, daß die Berliner ihr Fell zu Markte tragen müssen. Bis jetzt scheint es in der Partei so zu sein, daß Berlin in erster Linie dazu da ist, die Mittel in großartigem Maßstabe für die Partei aufzubringen (sehr richtig!), im Uebrigen aber auf den Parteitagen keine Anträge stellen oder begründen zu dürfen. (Heiterkeit.) Was Ulrich ausgeführt hat, das war die giftige Galle, die sich wieder bei ihm gegen die Berliner angesammelt hat. (Heiterkeit.) Um was handelt es sich denn eigentlich? Nicht das ist der Grund, daß Fischer 1000 Mk. Gehalt mehr erhält; die Sache ist entschieden. Es handelt sich um die Art und Weise (sehr richtig!), wie das Gehalt Fischer's, dem wir es Alle gönnen, festgesetzt wurde, und mit welcher Begründung seitens des Vorstands und der Kontrolleure es geschehen ist und wie sie Ulrich jetzt gegeben hat. Wohin soll es kommen, wenn an den großen Orten ein Redakteur, ein Buchhändler sitzt, der mit außerordentlichen geistigen Fähigkeiten bedacht ist und dann ein anderer Ort kommt und sagt, ich biete Dir mehr, ich biete Dir 10000 Mk. — soll da der Partei-Vorstand erklären müssen: Nein, Du bleibst hier, wir geben Dir 11000? Es heißt in unsrer Partei immer: Niemand ist unersetzlich. Es ist uns gestern und heute von dieser Stelle mit tiefem Bedauern gesagt worden, daß der „Alte“ eine große Lücke hinterlassen hat, deswegen aber innerhalb unsrer Partei nicht einen Augenblick Stillstand eintritt; und so sind wir der Meinung, will der Buchhändler, gleichviel welchen Namen er trägt, gehen, weil er anderwärts mehr bekommt, dann sagen wir: „Gut, wenn Du gehen willst, dann muß Deine Stelle durch einen Andern besetzt werden“. Wenn Fischer morgen die Augen schließt, wie der Alte, was dann? (Sehr wahr.) Ist die Stelle dann unbesetzt? Geht darum die sozialdemokratische Buchhandlung ein? Und hat Ulrich auch die andere Seite der Sache betrachtet? Nach der Abrechnung hat Berlin genau ein Viertel der Partei-Einnahmen gezahlt mit 62855 Mk., Nürnberg und ganz Bayern hat an die Parteikasse nur 973 Mk. abgeführt. Ist es da den Berlinern zu verdenken, wenn sie, die in so hervorragendem Maße die Munition beschaffen, an dem Orte, wo das Institut besteht,

mitreden wollen? Für unsere Preßkommission haben wir uns halbwegs die Rechte, die die Genossen in jedem Orte Deutschlands haben, erst nach langen Mühen erkämpfen müssen. Ich bestreite entschieden, daß die Berliner nicht im Stande sind, beurtheilen zu können, was nützt und was nicht frommt. Schlimm genug, daß man an dieser Stelle die Berliner Genossen in Schutz nehmen muß gegen Angriffe, wie sie sich Ulrich hier erlaubt hat. Ich bin der Meinung, so wie es bisher gewesen ist, geht es nicht weiter. Wenn die Berliner es so machen wollten, wie Ulrich es ihnen unterschiebt, glauben Sie, es würde nicht eine Kleinigkeit für sie sein, eine eigene Buchhandlung für sie ins Leben treten zu lassen? Die Berliner Genossen verlangen keine gesonderte Stellung, sie verlangen nur ihre Rechte an dem Ort, wo die Redaktion und die Buchhandlung besteht. Sie lassen sich von Niemand in dieser Beziehung hineinreden. Auch der Partei-Vorstand besitzt nicht das Recht, in willkürlicher Weise 1000 Mk. einem Beamten mehr zu geben ohne Zustimmung der Parteigenossen und des Parteitages. (Beifall.)

Dietz-Stuttgart: Eine Verstimmung zwischen den Berlinern und Denen, die die Gehaltserhöhung bewilligt haben, besteht. Aber wodurch ist sie entstanden? Ueberall in Deutschland haben die Geschäfte eine fast ausschließlich lokale Bedeutung, nur das Berliner Geschäft macht eine Ausnahme davon. Das Berliner Geschäft gehört ganz Deutschland. Wenn man den Berliner Genossen auch gewisse Rechte in Bezug auf die Erhaltung und Verwaltung des „Vorwärts" eingeräumt hat, so ist das nicht der Fall in Bezug auf die Buchhandlung. Denn diese arbeitet nicht für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Dadurch sind diese exceptionellen Verhältnisse entstanden. Wie soll nun der Vorstand die Gehaltsfrage eines Leiters der Buchhandlung entscheiden? Das Erste ist, daß er sich ansieht, was in bürgerlichen Geschäften gezahlt wird; und da muß ich dem ersten Berliner Redner Unrecht geben. Es ist kein zu hohes Gehalt, was Fischer erhält; in ähnlichen Geschäften, die bei Weitem nicht den Umsatz haben wie die Vorwärts-Buchhandlung, werden wesentlich höhere Honorare gezahlt. Und nun werfen Sie einmal einen Blick auf die Geschäftsgebahrung und die Ergebnisse der Buchhandlung, ob sie gut sind oder nicht. Im verflossenen Jahre hatte sie einen Brutto-Umsatz von 187 000 Mk.; alle diejenigen Genossen, die eine kaufmännische Bildung genossen und etwas Erfahrung haben in kaufmännischen Geschäften, werden zugeben, daß da ein Netto-Ertrag von 18 000 Mk., das sind 10 pCt., eine außerordentlich hohe Ziffer ist und um diese Ziffer zu erzielen, bei den außerordentlich billigen Preisen, mit denen die Vorwärts-Buchhandlung arbeiten muß, eine ganz große Geschicklichkeit und eine ordentliche Arbeitskraft dazu gehört. Sie müssen nicht vergessen, daß der Leiter der Vorwärts-Buchhandlung nicht allein den kaufmännischen Theil zu besorgen hat, nein, noch eine ganze Reihe andrer Geschäfte. Er muß, soweit mir bekannt ist, die Redaktion der Maizeitung machen, die Redaktion der Freien Stunden 2c., er hat auch die ganze Verlagsredaktion nebst allen Korrekturen. Das ist eine Beschäftigung, für die Sie allein einen Mann anstellen müßten. Die Vorwärts-Buchhandlung hätte das Recht, einen Leiter zu beanspruchen und daneben einen Korrespondenten; diese beiden Stellen versieht Fischer ganz allein, und nun klagen Sie darüber, daß der Mann 5000 Mk. Gehalt dafür bekommt. Sie haben ja auch weniger über die 5000 Mk. geklagt, als über die Art und Weise, wie sie bewilligt worden sind. Das ist der springende Punkt. Aber bei der exceptionellen Stellung der Vorwärts-Buchhandlung kann das garnicht anders sein. Es war eine Art Zwangslage, das Nürnberger Geschäft befand sich in einem schauerlichen Zustand. Man sah sich nach Jemand um, der im Stande war, Ordnung zu schaffen, und die Wahl fiel auf Fischer, der ohnehin Bayer von Geburt war. Der Vorstand mußte sich fragen, wer Fischer ersetzen könne, und da sagte er denn: was Nürnberg kann, können wir auch. Die Berliner hätten besser

daran gethan, dem Vorstand Vorstellungen zu machen, aber sie hätten nicht so weit gehen und an den Parteitag herantreten dürfen, in der Absicht, für die Zukunft derartige Vorkommnisse zu verhindern. Denn damit binden sie ja dem Vorstand die Hände. Ich glaube, die Genossen würden sehr vernünftig handeln, wenn sie das, was geschehen ist, billigen dadurch, daß sie dem Vorstand vollste Decharge ertheilen. Ich kenne die Honorare, die in bürgerlichen Buchhandlungen gezahlt werden und ich kann Ihnen sagen: kein bürgerliches Geschäft würde es wagen, den Leiter eines derartigen Betriebs so gering zu honoriren. (Beifall).

Kiesel-Berlin VI: Es wäre mir nicht eingefallen, zu der Angelegenheit Fischer das Wort zu ergreifen, wenn nicht Genosse Ulrich den Berlinern das Urtheil über die Buchhandlung abgesprochen hätte. Ich meine, Ulrich ist der Letzte, der in der Lage ist, über die Berliner zu urtheilen. Er kann für sich selbst das in Anspruch nehmen, was er den Berlinern vorgeworfen hat. (Sehr richtig!) Sie haben ja in Gotha von Auer sagen hören, daß die Einnahmen der Partei aus den übrigen deutschen Städten immer mehr zurückgehen und daß sich das voraussehen ließ. Unsre Theoretiker achte ich sehr hoch; wenn ich auch nicht allen ihren Ausführungen beistimme, so gebe ich doch zu, daß Vieles davon recht aktuell ist; aber damit allein ist es nicht gethan, zum Kriegführen gehört Geld. Sehen Sie sich doch die Aufstellung der Einnahmen an, daraus werden Sie erkennen, aus welchen Orten die Gelder kommen. Gegen die Gehaltserhöhung an sich haben wir nichts einzuwenden gehabt, sondern nur gegen die Art und Weise, wie die Erhöhung vor sich gegangen ist. Würden wir so handeln, so würden wir schließlich, wenn ein andrer Ort mal 10 000 Mk. bietet, ebenso viel bieten müssen. Ja, wenn wir so wenig an die Partei abführten, wie Bayern, dann könnten wir ganz andre Gehälter zahlen, dann könnten wir vielleicht 15 000 Mk. bieten. (Sehr richtig!) Man sollte es doch vermeiden, Parteigenossen, die mit Recht ihre Mißbilligung über ein Vorkommniß hier Ausdruck geben, derartige Vorwürfe zu machen. Man hat die Berliner Genossen genau so zu respektiren, wie ja auch Ulrich verlangt respektirt zu werden. Dies Recht nehmen auch die Berliner für sich in Anspruch.

Singer: Die hier angeregte Frage ist zu meinem Bedauern zu einem Streit zwischen den Berliner Genossen und den übrigen ausgedehnt worden. Ich halte das für falsch, bin der Meinung, daß wir nicht erst nöthig haben, die geradezu glänzende Opferwilligkeit und Energie der Berliner zu betonen. Wer wie wir, die wir seit Jahrzehnten in der Bewegung stehen, weiß, daß es die Berliner unter den schwierigsten Verhältnissen immer als Ehre angesehen haben, nicht nur in ihren agitatorischen Leistungen für die Partei, sondern auch in der finanziellen Opferwilligkeit an der Spitze zu stehen, der kann begreifen, daß es den Berlinern unangenehm ist, wenn gewisse künstliche Gegensätze — und ich freue mich, sagen zu dürfen, daß es nur künstliche sind — zwischen ihnen und den übrigen Genossen konstruirt werden. In der vorliegenden Frage aber halte ich als Mitglied des bisherigen Vorstands mich für verpflichtet, gegen die Auffassung der Berliner Genossen Stellung zu nehmen. Ich zweifle auch nicht daran, daß die Berliner bei näherer Ueberlegung den Standpunkt verlassen werden, der hier zum Ausdruck gekommen ist, daß, wer das meiste Geld zusammenbringt, auch das Meiste zu sagen hat. (Widerspruch der Berliner Delegirten.) Nun, ich freue mich über ihr Kopfschütteln, aber ausgesprochen ist die Ansicht, die ich für grundfalsch halte. Die Berliner, denen wir für ihre Opferwilligkeit dankbar sind, können doch das Geld nur zusammenbringen, weil sie an einem Ort leben, wo die Quelle für diese Opferwilligkeit vorhanden ist. Man braucht die Verdienste der Berliner nicht zu unterschätzen, aber es darf nicht der Grundsatz einreißen, daß wer das meiste Geld giebt, auch am Meisten zu sagen hat. (Sehr gut.) Wo bliebe da das demokratische Gefühl,

wo die Gleichberechtigung? Im Gegentheil, die großen Orte müssen es sich zur Ehre machen, finanziell an der Spitze zu marschiren, aber materiell nicht ein Atom mehr zu sagen zu haben als die anderen. Aber auch sachlich sind die Berliner nicht im Recht, wenn sie sagen, sie müssen bei der Besetzung der Stelle des Leiters der Buchhandlung respektirt werden. Gewiß, der Wille der Berliner muß respektirt werden, insoweit er als Ausdruck der Meinungen der Parteigenossen hier auf dem Parteitag in Erscheinung tritt. Wir können aber innerhalb unserer jetzigen Organisation den Berlinern unter keinen Umständen ein größeres Recht an den der Gesammtheit gehörigen Parteigeschäften einräumen als Anderen. (Sehr richtig!) Die Berliner hatten das Recht, an die Kontrolleure zu gehen, sie konnten an den Parteitag gehen, sie werden sich der Entscheidung des Parteitags fügen, aber sie haben kein Recht, zu verlangen, daß die Buchhandlung Vorwärts, so lange die jetzige Organisation besteht, ihrer Kontrolle unterstellt wird. Daß sie das als richtig anerkennen, geht ja aus den Anträgen hervor, die darauf hinzielen, die Leitung der Buchhandlung auch der Kontrolle der Berliner zu unterstellen. Geht dieser Antrag durch, dann gut, aber so lange das nicht der Fall ist, ist die Buchhandlung der Jurisdiktion der Berliner entzogen und unterliegt der Kontrolle der Organe der Partei, also des Vorstandes, der Kontrolleure und des Parteitages. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Berliner sich mißbilligend über einen Beschluß äußern. Das ist ihr gutes Recht und der Parteitag wird darüber entscheiden. Daß der Vorstand so gehandelt hat, war nicht falsch. Wir wissen Alle, welchen Werth die Buchhandlung Vorwärts für die Gesammtpartei hat. Nachdem nun der bewährte Leiter der Buchhandlung von Nürnberg aus in eine Situation gebracht, in der — nehmt es mir nicht übel — Jeder von Euch ebenso gehandelt hätte, wenn ihm für seine Thätigkeit innerhalb der Partei bessere wirthschaftliche Existenzbedingungen geboten werden, nachdem wir, sage ich, in die Zwangslage versetzt waren, entweder den Mann zu verlieren, dem wir mit vollem Vertrauen die Leitung der Buchhandlung anvertrauen können, oder den im Verhältniß zur Sache geringen Betrag von 1000 Mk. zuzulegen, da waren wir einstimmig der Meinung, daß wir den Interessen der Partei besser dienten, wenn wir den Leiter der Buchhandlung auf seiner Stelle hielten, als wenn wir entsprechend dem Grundsatz, daß Niemand unersetzlich ist, die Stelle anderweitig vergeben hätten. Gewiß, kein Mensch ist unersetzlich, aber darf man daraus den Grundsatz folgern, daß man Leute, die man brauchen kann, wegen einer Kleinigkeit entläßt? Das ist doch keine Logik. Der Partei-Vorstand und die Kontrolleure haben nach meiner Meinung pflichtgemäß die Interessen der Partei gewahrt, an Ihnen liegt es, unser Verhalten zu billigen oder zu mißbilligen. Nur wünsche ich, daß aus diesem Anlaß keine Gegensätze zwischen den Berlinern und den übrigen Genossen konstruirt werden. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Wenn ich mit wenigen Worten auf die Weltpolitik eingehe, so geschieht es nicht, um der Diskussion zu Punkt 7 vorzugreifen; ich will nur die praktische Frage streifen, ob die von unserer Partei in Bezug auf den Chinakrieg entfaltete Agitation zu der Tragweite des Ereignisses in richtigem Verhältniß stand. Es ist unmöglich, darauf nicht mit Nein zu antworten. Freilich hat unsere Presse und voran der „Vorwärts" sehr viel gethan, um die Abenteuerpolitik der Regierung zu brandmarken. Aber das genügt nicht. Der Schwerpunkt der Agitation dürfte in diesem Falle nicht in der Presse liegen, die nur auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung wirkt, sondern in der mündlichen Agitation, die in weite, unserer Bewegung noch fernstehende Kreise dringt; in dieser Beziehung ist aber sehr wenig geschehen. Bis jetzt haben wir es immer verstanden, auf reaktionäre Anschläge mit einer imposanten Volksbewegung zu antworten. Jetzt aber, wo Ereignisse eintreten, die an Tragweite Alles von uns

in den letzten 10 Jahren Erlebte übertreffen, Ereignisse, die einen Wendepunkt in der Geschichte des ganzen kapitalistischen Europa bilden, da ist keine planmäßige Agitation durch Protestversammlungen eingeleitet worden. Freilich forderte unsere Presse die Einberufung des Reichstags, eine Forderung, die für uns ganz selbstverständlich ist. Sollte aber diese Forderung unsere einzige Losung sein, so könnte man wirklich sagen, daß bei der Sozialdemokratie der große Berg der Weltpolitik ein lächerliches Mäuschen geboren hat. Denn von diesem Reichstag, der die Flottenvorlage bewilligt hat, konnte man doch voraussehen, daß er die treueste Stütze der jetzigen Weltpolitik sein wird. Wir können deshalb die Einberufung des Reichstags nur von dem Standpunkt aus betrachten, daß er die Tribüne unseres Protestes bildet. Nun fragt es sich aber, war es nicht tausend Mal wichtiger, den Protest in Volksversammlungen zu tragen und sich direkt an die Massen zu wenden? Ich will dem Partei-Vorstand durchaus keinen Vorwurf machen, er hat triftige Gründe für Alles, was er thut; ich bringe die Frage nur deshalb zur Sprache, weil sonst leicht Mißverständnisse über die Gründe entstehen könnten. So könnten z. B. Fernstehende den falschen Eindruck gewinnen, als ob wir eine vorwiegend parlamentarische Partei wären, die die größten weltgeschichtlichen Vorgänge nicht anders als durch ein paar Reden im Reichstag zu pariren weiß, oder es könnten schlecht Informirte zu der falschen Ansicht kommen, als ob unsere Partei, die doch in allen anderen Fällen so interessante Protestbewegungen entfaltet hat, hier, wo es sich um einen blutigen Krieg des vereinigten kapitalistischen Europa gegen Asien handelt, sich so ruhig verhält, weil sie auf den offiziellen und nichtoffiziellen Chauvinismus zu viel Rücksicht nimmt, das wäre für uns natürlich fatal. Gerade weil ich weiß, daß unserem Vorstand nichts ferner liegt als eine Ueberschätzung der parlamentarischen Aktion oder Rücksicht auf den Chauvinismus. Deshalb möchte ich, daß in Zukunft zu derartigen unbegründeten Vermuthungen kein Anlaß gegeben wird. (Beifall.)

Stubenreich-Oggersheim: Die Gehaltserhöhung für Fischer hat mich zuerst auch frappirt, sie erschien mir zu sprunghaft. Ich dachte, vielleicht hätte auch eine kleinere Zulage genügt, Fischer in Berlin zu fesseln. Das Gutachten unseres Sachverständigen, des Genossen Dietz, hat mich zu einer anderen Auffassung geführt. Ich füge mich seinem Urtheil und sehe, daß den Vorstand kein Vorwurf trifft. Eine tüchtige Kraft muß festgehalten werden und die Parteiorganisation giebt dem Vorstand Vollmacht zur selbständigen Geschäftsführung in dieser Richtung. Ein Ausweg wäre etwa nur, festzusetzen, daß der Parteitag gefragt werden muß, wenn die Gehaltserhöhung einen bestimmten Prozentsatz übersteigt; ob aber dann nicht manch tüchtige Kraft verloren geht, bleibt abzuwarten. Ich hoffe, daß die Berliner Genossen nach dieser Aussprache ihren Antrag zurückziehen werden. Redner tadelt im Weiteren, daß die Vorwärts-Buchhandlung Karten mit der Ansicht des Liebknecht'schen Leichenzuges vertreibe. Ein so trauriges Ereigniß dürfe nicht geschäftlich ausgenutzt werden. Das sei unpassend und unschicklich und gleichzeitig widerlicher Personenkultus.

Hoffmann-Berlin IV: Manasse hat den Berliner Antrag so ruhig und sachlich begründet, daß ich es nicht begreifen kann, mit welchem Recht und Taktgefühl Ulrich hier abermals über die Berliner hergefallen ist. Der Ton, den er angeschlagen hat und zu dem nicht die geringste Veranlassung vorlag, wird wirklich nicht dazu beitragen, die Opferwilligkeit der großen Masse in Berlin anzuspornen, allerdings hoffe ich auch, daß die Berliner auf Ulrich's Ausführungen nicht so viel Gewicht legen, daß sie deshalb in ihrer Opferwilligkeit erlahmen werden. Die Berliner haben gezeigt, was sie an Thaten leisten können, wir können deshalb über Ulrich's große Worte ruhig zur Tagesordnung übergehen. (Zustimmung.) Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn nicht Singer gesagt hätte, bei uns herrsche die Meinung, als ob Derjenige, der das meiste Geld liefert, auch am Meisten zu sagen hätte. Es ist den Berlinern nicht eingefallen, solche Theorie

aufzustellen, sie haben derartige Anschauungen vielmehr stets bekämpft; aber sie stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht Demjenigen, der das meiste Geld einbringt, verbieten darf, mitzureden (sehr richtig!), darauf laufen doch schließlich Ulrich's Worte hinaus. (Sehr wahr!) Wir haben, als wir gegen die Form der Gehaltserhöhung, nicht gegen die Gehaltserhöhung als solche, protestirten, ein Recht dazu gehabt, wir haben das Recht, uns an die Kontrolleure und an den Parteitag zu wenden. Dietz sagt, die bürgerlichen Buchhandlungen zahlen auch höhere Gehälter. Ich will darauf nicht eingehen, denn für uns handelt es sich einfach um die Frage, welche Stellung unsere Buchhandlung im Gegensatz zu anderen bürgerlichen einnimmt. In den bürgerlichen Buchhandlungen macht der Leiter das ganze Geschäft, er muß die Wege zum Absatz suchen. Bei uns aber ist es leicht, einen großen Absatz zu erzielen, weil da die Genossen das Geschäft machen. (Sehr richtig!) Die Genossen selbst sind es, die mitthätig sind, unentgeltlich mitthätig sind und ihre Arbeitskraft in den Dienst der Partei stellen. Deshalb haben wir die Pflicht, gegen eine so sprunghafte Gehaltserhöhung Stellung zu nehmen. Es wird gesagt, die Berliner haben kein Recht, da mitzureden. Was nun, wenn die Berliner sich selbst eine Buchhandlung gründen? Glauben Sie, daß damit dem Partei-Interesse gedient wäre? Die Kontrolleure mögen einmal aus den Büchern feststellen, welchen Antheil Berlin an dem Umsatz der Buchhandlung Vorwärts hat. Wir haben sehr wohl ein Recht mitzureden. Der Parteitag bewilligt doch sämmtliche Gehälter. Warum soll nicht in Zukunft auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung vom Parteitag festgesetzt werden? Wenn das geschieht, dann werden solche Vorkommnisse wie das, gegen das wir hier protestiren, unmöglich werden. Würden wir auch nur 48 Mark an die Parteikasse abführen wie die Nürnberger, dann könnten wir natürlich ganz andere Gehälter zahlen, aber wir haben ein Interesse daran, Gelder an die Partei abzuführen. Um in Zukunft ähnliche Fälle auszuschließen, sollte der Parteitag wenigstens dem Antrage zustimmen, der ja noch später zur Verhandlung kommt, wonach auch das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier auf dem Parteitag festgesetzt wird. Singer sprach von Kleinigkeiten, nun 1000 Mk. sind doch keine Kleinigkeit. Fragen Sie mal unsere Genossen, die Bons verkaufen, ob der Verkauf von 10 000 Bons eine Kleinigkeit ist. (Beifall.)

Storch-Stettin verzichtet nach den Ausführungen des Vorredners aufs Wort.

Ulrich-Offenbach: Ich hätte mich nicht nochmals zum Wort gemeldet, wenn nicht die Berliner so empfindlich wären und sich über meinen Ton beklagt hätten. Wäre ich ähnlich empfindlich, so könnte auch ich mich über den Ton von Zubeil und Hoffmann beschweren. Aber es ist das gute Recht der Berliner, einen Ton anzuschlagen, den sie wollen, nur haben wir dasselbe Recht. Die Berliner haben verlangt eine Mißbilligung dessen, was Vorstand und Kontrolleure gethan haben. Gegen diesen Antrag habe ich gesprochen. Ob das Gehalt des Leiters der Buchhandlung hier festgestellt und er eventuell hier gewählt wird, das hat damit garnichts zu thun. Wir müssen ein für allemal feststellen, daß nach der dermaligen Organisation die Vorwärts-Buchhandlung ein Institut ist, das von der Gesammtpartei und für die Gesammtpartei gegründet worden ist, daß es total falsch ist von den Berlinern, wenn sie die Höhe der Beiträge mit der Buchhandlung in Verbindung bringen wollen. Wir würden es den Berlinern sehr gern nachmachen, wenn wir in eben solchen Massen auf einem so kleinen Komplex zusammensitzen würden. Für mich hat das, was Dietz als Fachmann gesagt hat, doch mehr Wert als die Ansichten der Berliner. Ich habe absolut kein Gift gegen die Berliner angesammelt, im Gegentheil, sie sind mir ganz angenehm, nur bitte ich zu gestatten, daß ich auch meine Meinung sage. Eine deutliche Aussprache ist doch immer besser, als wenn man die Faust im Sack macht. Die Berliner haben keinen Beweisgrund für ihre Resolution erbracht, daher lehne ich sie ab. (Beifall.)

Scherm-Nürnberg: Ich werde auf den Fall Fischer nicht eingehen, er ist für uns Nürnberger erledigt. Nur die Aeußerungen Hoffmann's und Anderer, als ob die Nürnberger Parteigenossen es an Opferfreudigkeit für die Partei fehlen ließen, veranlaßt mich zu einer Bemerkung. Vergessen Sie doch nicht, daß wir Nürnberger in den letzten zwei Jahren u. A. die Agitation für zwei außerordentliche und eine ordentliche Reichstagswahl und eine außerordentliche und eine ordentliche Landtagswahl zu besorgen hatten. Wenn wir dafür nicht hätten 15 000, bez. 26 000 Mark ausgeben müssen, hätten wir ein hübsches Pöstchen nach Berlin schicken können. Im Uebrigen haben wir schon längst in Aussicht genommen, auf dem nächsten bayerischen Parteitag eine Bestimmung zu schaffen, daß von unseren Beiträgen vielleicht ein gewisser Prozentsatz an die Berliner Parteikasse abgeführt wird. Damit will ich schließen. (Heiterkeit und Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Hoffmann-Berlin IV: Namens der Antragsteller habe ich zu erklären, daß, nachdem der Zweck des Antrages erreicht, und die Sache in der Form zur Sprache gekommen ist wie wir es für nöthig gehalten haben, und in der Hoffnung, daß der Parteitag unseren Ausführungen Rechnung tragen wird (Heiterkeit), wir den Antrag zurückziehen.

Pfannkuch geht in seinem Schlußwort auf die in der Diskussion gemachten Ausstellungen ein. Der Fall Bueb ist abgethan. Es ist nicht mehr nöthig, sich mit seiner Person zu befassen. Zu dem Wunsche von Müller-Flensburg ist zu bemerken, daß das parlamentarische Handbuch im Manuskript fertig vorliegt und zwar in einer Form, daß es ein in jeder Weise geeignetes Instrument für die Agitation sein wird. Es ist so eingerichtet, daß es von Jahr zu Jahr erweitert werden kann. Die Genossin Luxemburg ist die Einzige, die die Thätigkeit der Parteileitung in der Agitation kritisirt hat. Sie hat in verbindlichem Ton zugegeben, daß die Parteileitung wohl wissen werde, weshalb sie etwas thue und nicht thue, aber sie hätte auch die Konsequenzen davon ziehen müssen. Wir mußten mit den Verhältnissen bei der mündlichen Agitation rechnen. Wir haben auch im verflossenen Jahre größere Agitationstouren zur Ausführung gebracht und dabei die Wünsche der Genossen bezüglich der Redner nach Möglichkeit berücksichtigt. Allen Wünschen konnte nicht Rechnung getragen werden. Dabei mußten wir die bedauerliche Erfahrung machen, daß, wenn wir einzelnen Orten Redner präsentirten, die nicht den Titel eines Reichstags- oder Landtags-Abgeordneten tragen, uns die Genossen erklärten: dann verzichten wir auf die Ausführung der Agitation, solche Redner haben wir ein halbes Dutzend am Orte selbst; dies zur Exemplifikation auf den Vorwurf, den uns die Genossin Luxemburg gemacht hat. Die mündliche Agitation den Wünschen der Genossen gemäß betreiben, ist dem Partei-Vorstand nur dann möglich, wenn die vorhandenen vielbegehrten Genossen in beliebiger Anzahl vermehrt werden könnten. Ich meine, wir haben keine Unterlassungssünde begangen, die eine Gefahr für die Partei bedeutete. (Sehr wahr!) Die Genossin Luxemburg hat ja sonst weiter nichts an dem Partei-Vorstand auszusetzen gehabt. Bemerken will ich noch, daß auch auf anderen Gebieten der Partei-Vorstand der Agitation sein Augenmerk zugewandt hat, so z. B. Erwägungen angestellt hat, eine Agitation gegen den Ausbeutezug, ja ich möchte sagen, gegen den Raubzug des Kohlensyndikats aufzunehmen. (Beifall.) Sie ersehen daraus, daß die Parteileitung in dem verflossenen Berichtsjahr nicht auf dem Ohr gelegen und geschlafen hat, sondern sich mit den Dingen, die unser wirthschaftliches und politisches Leben bewegen, in ernstester Weise beschäftigt. Die Berliner haben ja ihren Antrag zurückgezogen, es erübrigt aber deshalb nicht, noch darauf zurückzukommen. Vorstand und Kontrolleure haben vollkommen korrekt gehandelt. Die Berliner haben sich nicht über die Gehaltserhöhung an sich aufgehalten, als darüber, daß sie nicht gefragt worden

sind. Wenn die Berliner sich immer so korrekt verhalten hätten, so wären Mißverständnisse nicht vorgekommen. Nach dem Organisationsstatut haben sie nicht das Recht, über Entschließungen gefragt zu werden, die der Partei-Vorstand im Interesse der Partei zu fassen hat. Die Kontrolleure sind unserm Beschluß beigetreten. Zubeil sprach mit Emphase davon, die Berliner Preßkommission habe ihre Rechte erst erkämpfen müssen; das ist nicht der Fall. Sie wissen, daß der Ausgestaltung des „Vorwärts“ sofort entgegengekommen ist, nur dagegen sind wir pflichtgemäß aufgetreten, daß die Parteitagsbeschlüsse korrekt sind. Die einleitenden Schritte zur Verwirklichung der Berliner Forderungen sind mit Zustimmung und unter Mitwirkung der Parteileitung erfolgt. So liegen die Dinge in Wirklichkeit und daher muß ich den Vorwurf Zubeil's, der Vorstand habe willkürlich gehandelt, entschieden zurückweisen. Die Frage der Gehaltserhöhung ist erledigt. Ein Recht, sich über die Erhöhung des Gehalts Fischer's um 1000 Mk. zu beschweren, haben die Berliner nicht, denn in der Redaktion haben sie ein Gehalt von 5000 Mk. für nicht zu hoch gehalten. Was der Redaktion recht ist, muß für die Buchhandlung billig sein, oder die Berliner Genossen müßten erklären, daß Fischer nicht die entsprechenden Fähigkeiten und Intelligenz besitze. Ich will darauf hinweisen, daß schon der Vorgänger Fischer's eine Gehaltserhöhung verlangte, die über die an Fischer gezahlte hinausgeht, und daß Fischer doch eine ganz andere Auffassung, einen ganz anderen Geist in die Buchhandlung hineinbrachte, so daß sie heute doch etwas ganz anderes ist als wie er sie übernahm. Aus allen diesen Gründen sind die Angriffe der Berliner auf die Parteileitung nicht gerechtfertigt und sie haben sich ja auch der besseren Einsicht nicht verschlossen; mit der Zurückziehung des Antrags erklären auch sie sich bereit die Decharge zu ertheilen.

Gerisch verzichtet auf das Schlußwort.

Meister: Einer irrthümlichen Auffassung einer Bemerkung Pfannkuch's muß ich vorbeugen. Ich hielt es für nothwendig, zu der Sitzung der Kontrolleure die Berliner Parteigenossen einzuladen, um ihren Protest zu begründen, und auch die Mitglieder des Vorstandes zur Information. Das ist der Sachverhalt. Die Berliner würden sofort dagegen protestirt haben, wenn Vorstandsmitglieder sich an der Abstimmung hätten betheiligen wollen.

Dem Vorstand wird hierauf Entlastung ertheilt. Damit ist Punkt 2 und 3 der Tagesordnung erledigt.

* * *

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat sich konstituirt. Vorsitzender ist Antrick, Schriftführer Leutert. Die Mandatsprüfungs-Kommission erhält den Auftrag, als sogenannte Neunerkommission für Beschwerden zu fungiren. Doch liegt nur eine Beschwerde vor aus Bant in Oldenburg. Die dortigen der sozialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker beschweren sich über die dortigen Genossen.

Von der geschäftsführenden Kasse Leipzig des Zentralverbands von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich liegt eine Einladung zur Jahresversammlung am 23. und 24. September in Nürnberg vor. Die bayrischen Abgeordneten erhalten den Auftrag, eine Vertretung zu delegiren.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Ulrich.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.**

Von den hierzu vorliegenden Anträgen wird 55 nicht ausreichend unterstützt.

Die Anträge 52, 53, 54, 69 und 70 werden mit zur Diskussion gestellt.

Berichterstatter **Singer:** Ich hoffe in der Annahme nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß jeder Delegirte den gedruckten Bericht der Fraktion gelesen hat. Ich kann mich also eines ausführlichen Eingehens darauf enthalten. Nur das eine stelle ich fest, daß der Forderung der Partei, daß die parlamentarische Thätigkeit sich in ihrem Inhalt und Formen genau an das sozialdemokratische Parteiprogramm anschließt, nachgekommen ist. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, hat die Fraktion bei allen Abstimmungen, Anträgen, Beschlüssen sich einzig davon leiten lassen, daß auch im Parlament die bürgerliche Gesellschaft auf dem Boden des Klassenkampfes bekämpft wird und daß die parlamentarische Thätigkeit der Ausfluß der durch das Programm bekundeten Ueberzeugung der Partei sein muß.

Dies vorausgeschickt, kann ich mich auf die Besprechung der zum Fraktionsbericht gestellten Anträge beschränken.

Der Antrag 52 (Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen) ist kein neuer. Wir selbst haben ihn im Parlament gestellt. Ich kann seine Annahme nur befürworten, weil ich überzeugt bin, daß die Fraktion ihn von selbst wieder einbringen würde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit gegenüber der Persönlichkeit, um die es sich im Deutschen Reich handelt, die Einbringung eines solchen Antrags durchaus nothwendig ist. Wir Sozialdemokraten sind gewiß die Allerletzten, die irgend Jemand verwehren möchten, seine Meinung zu haben. Wir stehen auch nicht auf dem — sagen wir einmal liberalen — Standpunkte, auf der Fiktion des Konstitutionalismus, daß der Monarch unverantwortlich sei, daß Alles, was über Handlungen und Reden des Monarchen zu sagen wäre, nicht an seine Adresse, sondern an die der Minister zu gehen habe. Wie ich die Persönlichkeit des gegenwärtigen Kaisers von Deutschland beurtheile, wird er der Letzte sein, der sich mit den Ministern decken will, sondern ich glaube, daß der Kaiser wohl die Verantwortung für das, was er öffentlich ausspricht, übernimmt. Wie dem aber auch sei, wir haben uns auf dem Parteitag nicht nach den Intentionen oder Wünschen irgend einer regierenden Persönlichkeit zu richten, sondern wir haben die Interessen zu vertreten, die uns zu unserer Partei zusammengeführt haben. Und nun muß ich sagen, daß wir gegenüber der Thatsache, daß in den letzten Jahren kaiserliche Reden immer häufiger sich mit den Parteien und nicht zum letzten mit der unseren beschäftigt haben, es als unser selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen müssen, die Antwort nicht schuldig zu bleiben (Beifall); und wenn die Zustände im Deutschen Reich derart sind, daß man die Antwort, die man zu geben hat, wegen der Schlingen der Gesetzesparagraphen nicht geben kann, so ist die natürliche Folge davon, daß man Alles daran setzen muß, diese Gesetzesparagraphen aus der Welt zu schaffen. Als das Bürgerthum die Fiktion von der Unverletzlichkeit des Monarchen aufstellte, hatte es die Voraussetzung, daß der Monarch sich der Einwirkung auf öffentliche Verhältnisse enthalte; unter dieser Voraussetzung konnte vielleicht das Bürgerthum der Meinung sein, daß gegenüber einer Persönlichkeit, die nicht in der Lage ist, ihre Ansichten öffentlich kundzugeben, auch die Kritik nicht am Platze sei, und daß für alle Aussprüche und Reden des Monarchen das Ministerium verantwortlich zu machen sei. Diese Situation hat sich ganz gründlich geändert. Man braucht ja nur daran zu denken, wie auch das offizielle Organ, der „Reichs-Anzeiger", sehr häufig in der Lage ist, Berichtigungen kaiserlicher Reden zu bringen. Daraus geht doch hervor, daß jetzt keine Rede von Uebernahme der Verantwortung durch die Regierung ist. Wenn, wie wir es jetzt erlebt haben, der Monarch mit seiner Verurtheilung oder seinem Lob aller Parteien nicht zurückhält, wenn er die Gelegenheit benutzt, öffentlich seine Meinung über gewisse Dinge zu sagen, eine Meinung, die in vielen Fällen, natürlich

ohne Schuld des Monarchen, auf falschen Berichten sich gründet, dann müssen wir in der Lage sein, diejenige Korrektur vorzunehmen, die wir als kritisirende und angegriffene Partei für nothwendig erachten. Das geht unter dem gegenwärtigen Strafgesetzbuch nicht. Deshalb müssen wir die Aufhebung des sogenannten Majestätsbeleidigungs-Paragraphen beantragen und bei dieser Gelegenheit im Reichstag endlich einmal rücksichtslos mit voller Klarheit die Verhältnisse zur Sprache bringen, die sich auf diesem Gebiet in den letzten Jahren herausgebildet haben.

Den Antrag 53 (Alljährliche Verbreitung des Fraktionsberichtes in Flugschriftform) möchte ich bitten, nicht anzunehmen, er ist ja eigentlich überflüssig, weil die Fraktion durch das Organisationsstatut schon verpflichtet ist, alljährlich einen Bericht zu erstatten, und ich glaube, Sie werden den Genossen, denen Sie das Vertrauen schenken, Sie im Reichstage zu vertreten, auch anheim geben können, selbst die Form der Berichterstattung zu bestimmen. Es ist unnütz, derartige bindende Vorschriften zu treffen, weil Umstände eintreten können, die die Erfüllung dieser Vorschriften unmöglich machen, und das würde dann zu unverdienten Vorwürfen führen. Es ist ja auch erklärlich, daß der in solchen Berichten zu bewältigende Stoff sehr verschieden sein kann. Es war ein Zufall, daß sich in dieser Session eine Menge hochwichtiger Fragen zusammenhäuften. Deshalb fiel der Bericht so umfangreich aus, und wir konnten ihn als Broschüre zur Massenverbreitung herausgeben. Die Fraktion hat selbst ein dringendes Verlangen, über ihre Thätigkeit in irgend einer Form Bericht zu erstatten. Es liegt also kein Grund vor, den Antrag anzunehmen.

Der Antrag 54 (Eintreten der Fraktion für Aufhebung des Impfzwangs) betrifft das Thema des Impfzwangs, über das wir schon wiederholt hier gesprochen haben. Solche Fragen sind nicht vom politischen Parteistandpunkt aus zu beurtheilen (sehr richtig!), denn man kann als überzeugter Sozialdemokrat sowohl Impfgegner als Impfanhänger sein. Diese Frage kann nicht auf Parteitagen entschieden werden, ihre Entscheidung hängt vielmehr vom Stand der Wissenschaft und der Erfahrung ab. Wir haben deshalb in einer ähnlichen Frage, der Frage des Reichs-Seuchengesetzes, den Mitgliedern der Fraktion die Abstimmung für oder gegen freigestellt. Es ist ganz falsch, eine Frage, wie die des Impfzwangs, zu einer parteipolitischen zu stempeln. Vorurtheilslose, im Dienst der Wissenschaft stehende Männer sind heute noch nicht in der Lage, diese Frage abschließend zu beurtheilen, um so weniger hat der Parteitag Grund, sich dazu zu äußern.

Was den Antrag 69 (Veröffentlichung der Namen der bei wichtigen Abstimmungen fehlenden Fraktionsmitglieder) betrifft, so glaube ich, daß der Antragsteller über die Schnur gehauen hat. Selbstverständlich haben wir Alle den Wunsch, daß wenn irgend möglich die von der Partei in den Reichstag geschickten Genossen dort ihre Pflicht erfüllen und namentlich bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind, aber ich darf hier ohne Ueberhebung behaupten, daß im Vergleich zu den anderen Fraktionen, namentlich im Vergleich zur ausschlaggebenden Partei, dem Zentrum, unsere Bänke immer noch am besten besetzt sind. Es ist doch ganz klar, daß bei uns nicht wie in der Bourgeoisie die Ausübung des Reichstagsmandats die einzige Aufgabe des Betreffenden ist. Unsere Kollegen im Reichstag haben auch mit der Agitation zu thun, sie haben ihre Tagesarbeit an der Presse weiter zu leisten, sie sind zum Theil auch noch in Landtagen thätig und sitzen in Gemeindevertretungen. Da ist es doch ganz natürlich, daß nicht Jeder täglich im Reichstage sein kann. Ich bin überzeugt, daß der Antrag nicht angenommen wird. Würden Sie ihn annehmen, so würden Sie damit dokumentiren, daß es des Zwangsmittels dieser Peitsche bedarf, um unsere Soldaten zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. So stehen aber die Dinge nicht. Es wird mir gewiß nicht vor-

geworfen werden können, daß ich bei Bekämpfung dieses Antrags pro domo spreche, aber ich kann am allerersten bekunden, daß die Anschauung, als vernachlässigen unsere Kollegen im Reichstag ihre Pflicht, durchaus falsch ist. Der Antrag ist auch schon deshalb unnöthig, weil der Fraktionsvorstand es sich zur Pflicht gemacht hat, zu allen wichtigen Sitzungen die Mitglieder zur Stelle zu rufen. Also der Antrag ist nicht verdient durch das Verhalten der Abgeordneten, er ist nutzlos und vor Allem überflüssig, denn es ist ja das vitalste Interesse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bei allen Fragen, die die Arbeiter betreffen, möglichst vollzählig auf dem Plane zu erscheinen, und es wird Niemand gelingen, nachzuweisen, daß irgend ein schädliches Gesetz nicht angenommen worden wäre, wenn die sozialdemokratische Fraktion in größerer Stärke anwesend gewesen wäre.

Der Antrag 70 (**Eintreten der Fraktion gegen die Unterdrückungspolitik gegen die Polen**) entspricht dem auch bisher von der Fraktion eingeschlagenen Verhalten. Ich erinnere daran, daß es den Bemühungen unserer Fraktion zu danken ist, daß gelegentlich eines preußischen Ausführungsgesetzes ein Paragraph aufgenommen ist, wonach bei Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Erklärung eines Menschen, er sei der deutschen Sprache nicht mächtig, die Zuziehung eines Dolmetschers nothwendig macht. Bei dieser Gelegenheit und gelegentlich einer von den Polen eingebrachten Interpellation sind unsere Redner selbstredend gegen die Einschränkung des natürlichen Rechts des Menschen, des Gebrauchs seiner Muttersprache, aufgetreten. Der Antrag ist durchaus berechtigt, und es hieße dem Prinzip der internationalen Solidarität einen Schlag ins Gesicht versetzen, wollten wir solche polizeilichen vexatorischen Maßregeln, Schuhriegeleien und Mißhandlungen in irgend einer Weise gutheißen. Wird der Antrag angenommen, so wird die Fraktion die erste sich ihr bietende Gelegenheit benutzen, um die Maßregeln der preußischen Regierung zu kritisiren.

Ich schließe mein Referat, indem ich nochmals Namens der Fraktion versichere, daß wir entsprechend den Grundsätzen der Partei fortfahren werden, auch im Parlament diejenige Thätigkeit auszuüben, die zur Befreiung des Proletariats aus dem Doppeljoch der ökonomischen Unterdrückung und der politischen Rechtlosigkeit führen wird. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Hoffmann-Hamburg: Ich möchte zunächst einen Irrthum richtig stellen, der dem Genossen Singer bei der Abfassung seines Berichtes passirt ist. Es heißt im Bericht: „Im See-Unfallgesetz gilt von nun ab meist der Individuallohn als Grundlage für die Berechnung der Renten und der Berechnung der Wittwen- und Waisenrenten wird die volle Heuer zu Grunde gelegt." Das ist nicht richtig. Nach wie vor wird bei Berechnung der Rente nur die vom Reichskanzler festgesetzte Durchschnittsheuer angenommen, die um ein Bedeutendes hinter dem wirklichen Lohn zurückbleibt. Dadurch wird die Rente natürlich gemindert. Gewiß ist es anzuerkennen, daß durch die Bemühungen unserer Fraktion Manches verhütet, Manches erreicht worden ist, so z. B., daß statt der neunmonatigen eine elfmonatige Fahrt angenommen und bei der Berechnung der Rente für die Angehörigen eines Seemanns ebenfalls zwei Fünftel der Heuer des Vollmatrosen als Kostgeld berechnet wird.

Im Auftrage der Seeleute habe ich den Wunsch auszusprechen, daß beim Zusammentritt des Reichstags die Fraktion dafür sorgt, daß die Seemannsordnung, die durch den Schluß des Reichstags unter den Tisch gefallen ist, endlich zur Erledigung gelangt. Vor Allem muß sie ihre Kraft dafür einsetzen, daß die Verböserungen verhindert werden, die die andere Seite plant. Zu sorgen ist auch für die Krankenversicherung der Seeleute. Heute bleibt der kranke Seemann häufig ohne Hilfe. Sollte der See-Berufsgenossenschaft die Krankenversicherung der Seeleute übertragen werden, so muß, wenn die Seeleute zur

Beitragszahlung herangezogen werden, ihnen Sitz und Stimme in der Verwaltung eingeräumt werden. Ferner muß durch die Seemannsordnung oder auf dem Verordnungswege festgesetzt werden, daß auf deutschen Schiffen keine farbigen Heizer und Mannschaften beschäftigt werden. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist verfügt, daß nur solche polnische bezw. ungarische Bergleute beschäftigt werden, die sich in deutscher Sprache verständigen können. Das muß auch auf den Schiffen für die Seeleute verlangt werden. Was soll in der Gefahr geschehen, wenn die Seeleute sich nicht verständigen können. Die großen Rhedereien beschäftigen farbige Heizer nur deshalb, weil sie anspruchsloser und billiger sind. (Sehr richtig!)

Gewehr-Elberfeld begründet den Antrag Elberfeld. Wir haben nicht das Bedürfniß, den Monarchen wie überhaupt einen Menschen zu beleidigen. Wir wollen aber die politischen Handlungen des Staatsoberhaupts mit derselben Unbefangenheit kritisiren dürfen wie die eines andren Staatsbürgers. Die uns als Vorbild hingestellten Hunnen kannten ja auch keinen Majestätsbeleidigungs-Paragraphen. (Heiterreit.)

Dr. **Rosa Luxemburg** begründet den Antrag 70. Die letzte Heldenthat des preußischen Kultusministers, die Verfolgung der polnischen Sprache bis in den Religionsunterricht in der polnischen Schule ist Ihnen Allen bekannt. Es handelt sich um die systematische Unterdrückung einer ganzen Nation. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, alle Krebsschäden aufzudecken, die Unterdrückung in jeder Form zu bekämpfen. Wir brauchen eine Aktion, um der Regierung zu zeigen, daß sie nicht ungestraft so handeln darf, wie sie gehandelt hat, und wir haben dem polnischen Volk zu beweisen, daß der Schutz seiner Interessen nicht bei der feigen Bourgeoisie, sondern bei der Sozialdemokratie in den besten Händen ist. Wir müssen dem polnischen Arbeiter lehren, seine nationalen Utopien aufzugeben und ihm zeigen, daß er nicht in seiner Sonderstellung als Pole, im Anschluß an nationalistische Parteien, sondern als Sozialdemokrat seine Nationalitätsinteressen am Besten vertheidigt. (Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Ich habe eine Beschwerde an den Parteitag zu bringen. Es hat die Hamburger Genossen unangenehm berührt, daß bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage 23 unserer Abgeordneten, fast die Hälfte, fehlten. Es war freilich erst die zweite Lesung, aber man ist ja im Reichstag vor Ueberraschungen nicht sicher. Auch beim Fleischbeschau-Gesetze, bei der lex Heinze und anderen wichtigen Fragen haben eine Anzahl Abgeordnete gefehlt. Das darf unbedingt nicht vorkommen. Die Hamburger Genossen haben in verschiedenen Bezirken Anträge betreffend Ertheilung von Rügen beschlossen; ich will ihnen nicht beitreten. Aber die Besprechung dieser Angelegenheit ist durchaus nothwendig; ich hoffe, daß in Zukunft unsere Abgeordneten an den Abstimmungen sich etwas reger betheiligen werden als bisher.

Molkenbuhr: Ich will nur feststellen, daß bezüglich der Berechnung der Rente für Seeleute Hoffmann eben so weit vorbeitrifft, wie der Bericht der Fraktion. Die Rente wird weder lediglich nach dem Individuallohn, noch lediglich nach den vom Reichskanzler festgesetzten Heuern berechnet. Bezüglich der Renten der Besatzung großer Seeschiffe von über 50 Kubikmeter Raumgehalt hat Hoffmann recht, da kommt die festgesetzte Heuer zur Anrechnung, aber nicht wie bisher der neunfache Betrag der Monatsheuer, sondern der elffache, und für die Hinterbliebenenrente kommt von nun an auch die Kost mit in Anrechnung, was bisher nicht der Fall war. Andererseits wird der Individuallohn zur Grundlage genommen bei den Personen, welche bei den inländischen schwimmenden Docks beschäftigt sind, beim Lootsendienst, bei Bergung und Rettung, bei der Besatzung der Leichter- und Schleppschiffe u. s. w. Dann giebt es noch eine dritte Kategorie: für die Besatzung kleiner Seeschiffe wird die Rente berechnet

nach dem ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner des Ortes, in welchem der Betrieb seinen Sitz hat.

Da ich einmal das Wort habe, bin ich genöthigt, auch über das Fehlen der Abgeordneten etwas zu sagen. Ich weiß nicht, ob bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage 23 gefehlt haben; eine namentliche Abstimmung war es nicht. (Hört! hört!) Aber weder einer der Abwesenden noch der Anwesenden konnte zehn Minuten vor der entscheidenden Abstimmung annehmen, daß an diesem Tage eine Abstimmung stattfinden würde. Es ist eine Unmöglichkeit, daß immer alle Abgeordnete zugegen sind, selbst bei wichtigen Angelegenheiten — und was ist eine wichtige Sache? Wollen Sie es, dann müssen Sie die Abgeordneten während der Zeit der Parlamentssession von jeder andern Thätigkeit für die Partei entbinden.

Haase-Berlin: Ich hätte nicht das Wort genommen, wenn Fräulein Luxemburg nicht wieder einige versteckte Angriffe auf die Polen sich erlaubt hätte. Sie sprach davon, daß man die polnischen Arbeiter lehren müsse, die nationalistischen Utopien aufzugeben. Wir kennen ja diese Weise bei Fräulein Luxemburg: etliche Jahre haben es die Galizier anhören müssen und nun wir Polen ganz dasselbe mit ganz denselben Worten. Noch vor wenigen Monaten hat Fräulein Luxemburg den Vorsitzenden der polnisch-sozialistischen Partei, der in genau derselben Weise, wie heute Fräulein Luxemburg hier, auf dem Kongreß der polnischen Genossen gesprochen hat, mit aller Wucht der nationalen Phrase bezichtigt. Ich führe das an, damit Sie wissen, was die nationale Phrase des Fräulein Luxemburg ist. Wir haben ja jüngst das Vergnügen gehabt, in Nr. 196 des „Vorwärts" eine Auslassung des Fräulein Luxemburg zu genießen; darin spricht sie von der polnisch-sozialdemokratischen Arbeiterschaft als von Sozial-Nationalisten, Sozial-Patrioten. In derselben Nummer hat Fräulein Luxemburg die Kühnheit, sich auf Liebknecht zu berufen; ich glaube, sie hätte es nicht gewagt, wenn Liebknecht noch lebte. Wie er über Fräulein Luxemburg und ihre antinationale Hetze gedacht hat, haben Sie ja 1897 in Hamburg gehört und haben Sie in dem Brief gelesen, in dem er der rosafarbenen — das nächste Wort will ich nicht aussprechen — ein Licht aufsteckt, daß sie sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Worüber ich aber ganz baff war, daß der „Vorwärts" diesen Schimpfartikel des Fräulein Luxemburg nicht nur aufnahm, sondern mit einem Vermerk versehen hat, aus dem hervorgeht, daß die Redaktion anscheinend sich mit diesem Artikel identifizirt. Diese von Fräulein Luxemburg gegeißelte „Utopie" der Polen, daß sie sich für die Selbständigkeit der Polen erklären, stammt nicht von uns, sondern von den internationalen Meetings in London und Paris; von Marx und Engels haben wir es gelernt, die Selbständigkeit Polens als Klassenforderung des Proletariats zu betrachten. Fräulein Luxemburg sollte daran genug haben, wie ihr Kautsky 1896 in der „Neuen Zeit" auf die Finger geklopft hat. Einen giebt es allerdings, der mit Fräulein Luxemburg sympathisirt, das ist der Warschauer Gendarmerieoberst Magrawski. Dulden Sie es nicht, daß wir auf einer so perfiden Weise bekämpft werden. Ich freue mich, daß Fräulein Luxemburg wenigstens jetzt einen vernünftigen Antrag gestellt hat; bis jetzt hatten wir dergleichen von ihr nicht kennen gelernt.

Schmalfeld-Bremerhaven: Hoffmann's Ausführungen kann ich auch für den Bremer Lloyd nur bestätigen. Während Reichsländer und Schweizer als Ausländer nicht auf Reichspost-Dampfern fahren dürfen, haben sie Chinesen als Bemannung. Die angebliche Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse ist nicht der wahre Grund, sonst würden die Schiffe nach Brasilien, die das schlimmste Klima zu überstehen haben, nicht ausschließlich deutsche Heizer haben. Wie die Verhältnisse beim Norddeutschen Lloyd sind, hat der letzte Streik wieder gezeigt. Orden und Ehrenzeichen giebt es für die, die sich bei 38 Pf. pro Stunde bis zu

105 Stunden in der Woche ausmergeln lassen. Redner spricht des Weiteren für den Antrag auf Abschaffung des Impfzwangs.

Koenen-Hamburg: Die Erklärung für die Abwesenheit unserer Abgeordneten bei der Abstimmung über die Zuchthausvorlage hat mich durchaus nicht befriedigt. Schon allein aus demonstrativen Gründen hätte eine größere Anzahl unserer Abgeordneten bei der Berathung der Zuchthausvorlage zugegen sein müssen; da kann nur schwere Krankheit ein Entschuldigungsgrund sein. Da darf Kollegialität der Fraktionsgenossen nicht beschönigen, wie ein schleswig-holsteinscher Abgeordneter es versucht hat. Bei uns in Hamburg hat sich die Sache besonders zugespitzt, weil einer der damals fehlenden Abgeordneten angegriffen wurde. Nun meine ich, es ist ja nicht nöthig, sich auf der Eselswiese herumzutreiben. Aber wozu hat sich Genosse v. Elm ein Vertrauensvotum in einer Versammlung seines Wahlkreises ausstellen lassen müssen, wenn er nicht ein böses Gewissen gehabt hätte. Durch solches Verhalten geben wir nur Denen Stoff für ihre Kritik, die auf die parlamentarische Thätigkeit immer mit Mißachtung geblickt haben.

Dr. **Rosa Luxemburg**: Zunächst muß ich Ihnen ein paar Worte zur Naturgeschichte des Genossen Haase erzählen. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls ist er Ihnen heute als ein sehr heuriger Haase erschienen. (Erneute Heiterkeit.) Vor ein paar Monaten hörte man aber in der polnischen Sozialdemokratie noch nichts von ihm. Erst als ich auf dem letzten polnischen Parteitag in die Preßkommission des polnischen Parteiblatts gewählt war und dort gegen die Unvernunft der polnischen Gruppe in Berlin auftrat, die der Genosse Haase hier vertritt, da tauchte er auf. Ich habe die nationalistischen Phrasenmachereien dieser Gruppe stets mit aller Macht bekämpft. Fragen Sie die Genossen in Posen und Oberschlesien, wie sehr dies nationalistische Phrasenthum die Bewegung dort geschädigt hat. Erst seit 2 Jahren ist es besser geworden, seit die deutschen Genossen sich mit dem vernünftigen Theil der Polen zusammengethan und ab ovo (von Neuem) angefangen haben. Erst jetzt ist dort der richtige Boden gefunden worden. Die Wiederherstellung Polens ist für mich eine reine Doktorfrage. Auf die praktische Arbeit kommt es an. Mögen die Berliner Polen von den Utopistereien sich nur in der praktischen Arbeit nicht stören lassen. Was geschieht aber? Nur zwei Blüthen für diese nationalistischen Phrasereien. Auf dem letzten polnischen Parteitag ist der Antrag gestellt worden, den deutschen sozialdemokratischen Kandidaten in Schlesien, so dem Genossen Sachse, einen polnischen Kandidaten entgegenzustellen. (Hört! hört!) Durch meinen Einfluß ist dieser Antrag gefallen. Und weiter: Die „Gazeta Robotnicza“ hat jüngst sogar zur Gründung eigner polnischer Gewerkschaften aufgefordert. So wird doch nicht das Zusammenarbeiten gefördert. Ich habe mir in Berlin alle Mühe gegeben, die Leute zu einer vernünftigen Führung der Geschäfte und des Blattes zu befähigen. Mit größter Geduld habe ich mich bemüht, die Leute von ihren nationalistischen Zwangsvorstellungen (Heiterkeit) zu befreien. Sie sind aber so verbohrt, daß nichts mit ihnen anzufangen ist. Ich bitte Sie, den Antrag 70 mit meiner Begründung anzunehmen. Dem polnischen Arbeiter muß gezeigt werden, daß nur im Rahmen des gemeinsamen Wirkens mit der deutschen Sozialdemokratie für sie etwas zu erlangen ist. Der dringende Appell muß an die polnischen Arbeiter gerichtet werden, sich von dem unbegründeten Mißtrauen gegen uns zu befreien. Nicht um eine Schmälerung der Rechte der Polen handelt es sich, sondern um ein vernünftiges, praktisches Zusammenarbeiten. (Beifall.)

Eisner-Berlin: Als Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“ bin ich leider genöthigt, zu der Polendebatte einige Bemerkungen zu machen. Ich bin allerdings darauf nicht vorbereitet gewesen und kann mich deshalb nur insoweit äußern, als ich unterrichtet zu sein glaube. Der „Vorwärts“ brachte aus dem Bericht der sozialdemokratischen Partei Polens einige Daten und Zahlen, die uns interessant zu sein schienen, um die Entwickelung dieser Gruppen zu kenn-

zeichnen. Genossin Luxemburg bestritt die sachlichen Angaben des Artikels, und wir brachten in Folge dessen eine Entgegnung von ihr. Die Redakteure des „Vorwärts" sind in die Einzelheiten der polnischen Bewegung nicht genau eingeweiht, sie mußten sich deshalb auf die Autorität der beiden Personen verlassen, die die Artikel einsandten. Nun kam eine längere Entgegnung des Genossen Haase; wir waren der Meinung, daß sich eine endlose Polendebatte im Vorwärts entspinnen würde (sehr richtig!), wir beschlossen deshalb, um allen Weiterungen zu entgehen, mit den entscheidenden Instanzen gemeinsam zu berathen, wie wir diese Debatte eindämmen könnten. Redaktion und Preßkommission — soviel ich weiß, nahm auch Haase an der Sitzung theil — kamen dahin überein, daß wir dem Komitee der angegriffenen sozialistischen Partei Polens das Recht zu einer Erklärung geben und dafür den „Vorwärts" zur Verfügung stellten. Von diesem Rechte machte, soweit ich weiß, das Komitee keinen Gebrauch. Bemerken will ich noch, daß die redaktionelle Bemerkung des „Vorwärts" zu dem Artikel von Frl. Luxemburg natürlich keine Identifizirung der Ansichten der Redaktion mit denen von Frl. Luxemburg darstellen konnte. Die Bemerkung bedeutete nur, daß die Redaktion die Verantwortung sowohl für die Thatsachen des Berichts als auch für die ganze Polemik ablehnte. Natürlich ist der Vorwurf, als sei in Bezug auf die polnische Bewegung die Redaktion eingeschwenkt, völlig unbegründet. Die Redaktion hat selbstverständlich wie jeder deutsche Genosse dieselben Sympathien für die sozialistische Bewegung in Polen wie seither.

Frohme-Hamburg: Koenen hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte in Kiel einem Kollegen zu Liebe gewissermaßen die Unwahrheit gesagt. Man legte mir die Frage vor, ob es war sei, daß dreiundzwanzig unserer Genossen bei der zweiten Lesung der Zuchthausvorlage gefehlt haben und ob der Vertreter des Kreises anwesend gewesen sei. Ich antwortete, ich wüßte nicht, wieviel gefehlt haben, ich wüßte auch nicht, wer gefehlt habe, denn es sei keine Liste darüber geführt und es habe auch keine namentliche Abstimmung stattgefunden. Ich sagte weiter, ich sei dagewesen und ich glaube, auch v. Elm sei dagewesen. Das große Verbrechen, das ich begangen haben soll, besteht also darin, daß ich nicht nach Monaten mich noch mit Sicherheit erinnern konnte, wer in jener Sitzung anwesend war. Was den Antrag selbst betrifft, so ist es nicht nothwendig, das Gewissen der Fraktion zu schärfen, denn bei allen wichtigen Anlässen war die Fraktion möglichst vollzählig vertreten, sie würde auch in diesem Falle möglichst vollzählig da gewesen sein, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände da hineingespielt hätten. Man hatte an diesem Tage noch gar keine Abstimmung erwartet. Es lohnt wirklich nicht, darüber eine so erregte und mit allerlei unhaltbaren Behauptungen und unberechtigten Unterstellungen verbundene Debatte zu führen. Wenn irgend einer Fraktion das Zeugniß ausgestellt werden darf, daß sie im Allgemeinen und besonders bei wichtigen Anlässen auf dem Platz gewesen ist, so wird man der sozialdemokratischen Fraktion dies Zeugniß nicht verweigern dürfen. Lehnen Sie deshalb den Antrag ab, der Parteitag würde sonst einen Beschluß fassen, den er nicht rechtfertigen könnte.

Haase-Berlin: Frl. Luxemburg hat sich um die Geschichte der Partei nicht bekümmert, sonst müßte sie wissen, daß ich seit Jahren in der polnischen Bewegung thätig bin. Allerdings ist meine Thätigkeit eine andere, als die von Frl. Luxemburg, deren Name nur berühmt geworden ist durch die Schimpfartikel in den verschiedenen Blättern, vom „Sozialist" bis zur „Leipziger Volkszeitung". Meine Arbeit bestand nicht darin, Hetzartikel gegen die Partei zu schreiben, ich lehne es ab, eine unwürdige Agitation zu führen. Wie tolerant die polnischen Genossen sind, geht daraus hervor, daß sie Frl. Luxemburg trotz aller Verunglimpfungen doch in die Preßkommission gewählt haben. Aber was hat sie seit April geleistet? Sie hat lediglich einige Artikel veröffentlicht, in der sie den Vorstand der Partei in der elendesten Weise beschimpft. Ich versichere

Sie, daß die Thätigkeit von Frl. Luxemburg unsere Partei-Entwickelung gehindert hat. Aus Russisch-Polen ist sie ja seit 1888 fort, da schadet sie Niemand mehr. (Heiterkeit). In derselben Weise, wie früher dort, hat sie später den Kampf im preußischen Polen geführt. Ueber die nationalistischen Phrasereien, die hier vorgebracht sind, verliere ich kein Wort, ich wünsche, daß sie für Frl. Luxemburg eine Doktorfrage bleiben, denn dann können sie uns nicht mehr stören. Daß die Bewegung in Posen und Oberschlesien keine Fortschritte gemacht hat, daran sind die fortwährenden unvorsichtigen Aeußerungen einiger deutscher Genossen schuld. 1897 hat ja sogar Bebel in Hamburg feststellen müssen, daß Dr. Winter gegen die Polen ungerecht war. Sie können sich doch denken, wie sehr das die bürgerliche polnische Presse gegen die Sozialdemokratie ausnützt. Ich kann Sie versichern, daß die Artikel von Frl. Luxemburg uns kolossal in Posen geschadet haben. Wer für die Partei praktisch so wenig geschaffen und gegen die Partei unproduktiv so viel geschrieben hat (Heiterkeit) wie Frl. Luxemburg, der hat nicht das Recht, hier aufzutreten und so zu thun, als sei Alles verfahren und er müßte es erst wieder aufbauen. Die polnischen Genossen haben gekämpft, als von Frl. Luxemburg noch nicht die Rede war, sie haben unter den schwierigsten Verhältnissen agitirt, sie haben lange Jahre in Gefängnissen gesessen ...

Vorsitzender **Ulrich** macht den Redner darauf aufmerksam, daß er seine Redezeit bereits überschritten habe.

Haase (fortfahrend): Frl. Luxemburg hat keine Veranlassung, hier so großspurig aufzutreten. In Posen speziell ist die Bewegung noch lange nicht so wie sie sein sollte ... (Glocke des Vorsitzenden.) Auch was Frl. Luxemburg über die Centralverbände sagt, entspricht nicht der Wirklichkeit.

v. Elm: Bei den Erörterungen über den Antrag bezüglich des Fehlens der Abgeordneten ist auch meiner in der liebenswürdigsten Weise gedacht: Ich war nur erstaunt, daß man hier so sanfte Töne angeschlagen hat, denn in den Versammlungen in Hamburg hat man ganz anders gesprochen. Meine lieben Freunde im dritten Hamburger Wahlkreis, die mir sonst nicht beikommen können, wollten mir gern ein Bein stellen. Da hieß es, in erster Linie hätten die Anhänger der Neutralität der Gewerkschaften im Reichstag gefehlt, insbesondere v. Elm. Also man wollte besonders gegen mich Front machen, und dagegen habe ich mich selbstverständlich verwahrt. Man kann es mir nicht verdenken, daß ich in der Konferenz meines Wahlkreises die Sache zur Sprache brachte, aber daß ich für mich eine Vertrauensresolution beantragt habe, ist nicht wahr. Ich habe nicht über mein Fehlen allein gesprochen, sondern überhaupt über das Fehlen der Abgeordneten bei den verschiedensten Gelegenheiten; die von mir beantragte Resolution beschäftigte sich mit der ganzen Sache, und die Delegirten zur Konferenz haben gesagt, wir kümmern uns nicht um das, was die übrigen Abgeordneten gethan haben, wir haben es nur mit Dir zu thun; Du hast uns Deine Gründe klar gelegt, wir sind mit Deiner Thätigkeit zufrieden und stellen Dir ein Vertrauensvotum aus. Dies Vertrauensvotum wurde einstimmig beschlossen. In erster Linie bin ich meinen Wählern Rechenschaft schuldig, und denen habe ich Rechenschaft gegeben. Wenn Sie Alle, die gefehlt haben, vor das Forum des Parteitags ziehen wollen, so bin ich selbstverständlich bereit, meine Gründe auch hier zu nennen, für ungehörig aber halte ich es, einen Einzigen vor dies Forum zu schleppen und auf ihn loszuschlagen. Wenn wir vor jeder Ueberrumpelung sicher sein sollten, dann müßten wir beständig im Reichstag anwesend sein und unsere übrige Thätigkeit in der Partei und den Gewerkschaften einstellen. Das wäre aber eine Ueberschätzung des Parlamentarismus. Es kann sich nur darum handeln, daß man nach Möglichkeit bestrebt ist, die parlamentarische Thätigkeit mit der übrigen Thätigkeit zu vereinbaren. Wenn Jemand überhaupt nicht für die Arbeiterbewegung

thätig ist und außerdem noch ständig im Parlament fehlt, dann kann man sagen, er ist nicht würdig, Abgeordneter zu sein; aber in gehässiger Weise gegen Jemand loszugehen, weil man seine Anschauungen nicht billigt, das ist eines Sozialisten unwürdig und dagegen habe ich mich gewehrt. In Hamburg sprach man von einem Mißtrauensvotum, und da sagte ich, dann würde ich mein Mandat niederlegen. Aber zu solchem Mißtrauensvotum ist kein Anlaß vorhanden, denn Niemand von Denen, die gefehlt haben, hat seine Pflicht vernachlässigt. Es ist auch kein Grund vorhanden, dem Antrage zuzustimmen, der doch an sich auch nur ein Mißtrauensvotum gegen unsere Fraktion, speziell gegen die Abgeordneten, die gefehlt haben, bedeuten würde.

Merkowski-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat gesagt, wir hätten auf der polnischen Konferenz erklärt, wenn wieder ein deutscher Kandidat in polnischen Bezirken aufgestellt würde, wie der Abgeordnete Sachse, so würden wir einen polnischen Gegenkandidaten aufstellen. Das ist nicht wahr, es wurde nur betont, daß der Kandidat möglichst der in dem betreffenden Bezirk vorherrschenden Sprache mächtig sein müsse. Wir Polen handeln in prinzipiellen Fragen stets im Einverständniß mit dem deutschen Partei-Vorstand. In unserer Zeitung kann manchmal, da nur Arbeiter daran mitarbeiten, ein Schnitzer unterlaufen, aber wir vertreten doch im Allgemeinen den Standpunkt der Partei. Erwähnen will ich noch, daß die Redaktion des „Vorwärts" den von uns eingesandten Bericht über unseren Parteitag entstellt und mit dem Zusatz versehen hat, daß sie für die Richtigkeit desselben keine Verantwortung übernimmt.*) Im Uebrigen denken wir natürlich nicht daran, eine national-polnische Sozialdemokratie zu schaffen.

Jens-Ottensen: v. Elm hat gegenüber Koenen das Nothwendige gesagt. Ich kann bestätigen, daß die im VI. Wahlkreise von Elm eingebrachte Resolution an sich das Vertrauensvotum nicht provoziren sollte, sondern die Frage rein sachlich behandelte. Das Vertrauensvotum, das ihm nachher unabhängig ausgesprochen wurde, galt nicht nur seiner parlamentarischen, sondern seiner gesammten Thätigkeit.

Koenen-Hamburg: Ich muß mich gegen die Angriffe Frohme's auf das Entschiedenste verwahren. So was bringt nach meinen Erfahrungen Frohme auch nur mir gegenüber fertig. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß er das Wort nur deshalb genommen hat, weil der Koenen gesprochen hat, da mußte er auch reden. (Heiterkeit.) Ich habe durchaus nicht unhaltbare Behauptungen aufgestellt. Ich habe es nur so gemacht, wie es Frohme stereotyp in seinen Leitartikeln macht, wo er immer von der Macht der Verhältnisse im Bunde mit den Thatsachen spricht. (Heiterkeit.) Ich habe auch nur Thatsachen vorgebracht, ich habe mir also nur Frohme zum Muster genommen. Daß die Resolution Elm's ein Vertrauensvotum war, hat in der „Schleswig-Holsteinschen Volkszeitung" gestanden und allgemein wurde es so aufgefaßt. Was soll das heißen, daß erklärt wird: wenn Ihr nicht so wollt, wie ich, lege ich mein Mandat nieder; das ist ja so wie die Demission eines Ministers. Bei v. Elm ist es

*) Hierzu hat die Redaktion des „Vorwärts" folgende Erklärung dem Kongreßberichte angefügt, die wir auch hier wiedergeben wollen: „Zu dem im April hier abgehaltenen Parteitage der polnischen Sozialdemokraten war uns vom Bureau des Parteitags ein Bericht über den ersten Verhandlungstag zugegangen, der offenbar einseitig zu Ungunsten der in Posen gewerkschaftlich thätigen Genossen gefärbt war. Aus diesem Grunde versahen wir den Bericht mit einer entsprechenden Notiz. Ueber die weiteren Verhandlungen haben wir dann einen Bericht von einem Theilnehmer an dem Kongreß gebracht, da uns das Bureau des Kongresses mittheilte, daß es uns wegen der Anzweiflung seines Berichts keine Fortsetzung schicken werde. Den Bericht haben wir in Einigem gekürzt; von Entstellung kann keine Rede sein, und das hat auch selbst das Bureau des Kongresses in seiner damaligen Zuschrift an uns nicht behauptet."

nicht böser Wille, aber seine sonstigen Geschäfte verhindern ihn eben daran, sich der parlamentarischen Thätigkeit in der nöthigen Weise zu widmen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten hat sich zwischen Dir, Elm, und mir, noch eine langjährige Freundschaft erhalten, aber vorn am Bug hat das Schiff ein Loch. (Heiterkeit.) Noch einige solche Dinge, dann werden wir darüber reden, ob die Geschichte nicht ein Ende haben muß. (Heiterkeit.)

Bruhns-Breslau: Aus meiner Kenntniß der polnischen Angelegenheiten heraus möchte ich auch einige Worte sagen. Auf die internen Polen-Angelegenheiten gehe ich nicht ein; das hieße sich in ein Labyrinth von persönlichen Angriffen und unsachlichen Anschuldigungen verirren. Ich weiß nicht, was Haase eigentlich veranlaßt hat zu seinen Angriffen; der Antrag Gogowski-Luxemburg bot doch wahrhaftig keine Handhabe; ich habe den Eindruck, es sollte die Gelegenheit ergriffen werden, auf gewisse Genossen, insbesondere die Genossin Luxemburg persönliche Angriffe richten zu können. Ich bedauere, daß die alte Streitaxt wieder ausgegraben wurde. Diese persönlichen Streitigkeiten zwischen den deutschen und polnischen Genossen auf jenem Arbeitsgebiet haben beiden Theilen und damit der Sache selbst geschadet.

Wenn aber gesagt ist, von den deutschen Genossen sei dort nichts geleistet worden, so muß ich dem ganz energisch widersprechen, wir müssen da doch den Spieß einmal umdrehen. Ich muß sagen, daß von Denjenigen, die diese persönlichen Angriffe immer erheben, nichts oder wenig geleistet worden ist; für die Thätigkeit von Winter aber, bei der ihn auch besonders die Genossin Luxemburg unterstützt hat, spricht das Ergebniß der letzten Reichstagswahlen. Vom praktischen Standpunkt, vom Standpunkt der geleisteten Arbeit aus haben Winter und Luxemburg recht und Haase und seine Freunde unrecht. Er hätte Ursache, so lange zu schweigen, bis er das an wirklicher Leistung aufweisen kann, was die andere Seite geleistet hat. (Zustimmung.)

Ein von **Storch**-Stettin gestellter **Schlußantrag** wird **angenommen**.

Persönlich bemerkt Rosa **Luxemburg**: Undank ist des Menschen Lohn. Seit Jahren habe ich kein Wort mehr über meine nationalistischen Landsleute gesagt und nun soll ich schuld an allem Bösen sein. Dem deutschen Partei-Vorstand sind die Thatsachen zum Glück sehr genau bekannt. Ich kann nur bedauern, daß eine solche Debatte hier einsetzen konnte. Ich habe sie nicht provozirt. (Haase: Doch! Widerspruch.) Ich habe dabei jenes Gefühl des russischen Ministers Murawiew gehabt, dem er, als sein sonst schweigsamer Bruder, der General, unerwartet eine Rede gehalten hatte, folgende Worte lieh: „Bis jetzt wußte ich allein, daß mein armer Bruder kein Genie ist, jetzt weiß es die ganze Welt.“ (Große Heiterkeit.)

Das Schlußwort hat

Singer: Molkenbuhr hat darauf hingewiesen, daß es sich niemals vorausberechnen läßt, wie eine Verhandlung sich abspielt, welche Zwischenfälle sich dabei ereignen. Wie recht er hat, wie schwer es ist, im Voraus zu sagen, welcher Gegenstand die Debatte füllen wird, dafür ist der heutige Nachmittag der beste Beweis. (Große Heiterkeit.) Aus der Erörterung der politischen Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die wir vornehmen wollten, ist eine ausgewachsene Polendebatte geworden. (Große Heiterkeit.) Ich will in sie nicht auch noch eingreifen, fühle mich aber verpflichtet, aus meiner langjährigen Kenntniß der Parteivorgänge zu konstatiren, daß die Angriffe des Genossen Haase, die mit allerhand persönlichen Invektiven gespickt waren, während er sich selbst über Invektiven beklagte (sehr gut!), durchaus nicht am Platz waren. (Sehr richtig!) Was in Posen und Oberschlesien an Erfolgen nicht für polnische Parteien, sondern für den Gedanken der internationalen Sozialdemokratie errungen worden ist, das verdanken wir in hohem Maße der Thätigkeit der von Haase so angegriffenen Personen. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Haase sich

unbeschadet seiner polnischen Nationalität dem Rahmen der deutschen Sozialdemokratie einfügt, dann wird hoffentlich die Zeit kommen, wo er einsieht, daß er heute viel zu hart geurtheilt hat. Ich will nicht leugnen, daß in dem Maße, in dem von Deutschland versucht wird, die polnische Nation zu unterdrücken, sich das polnische Gefühl dagegen emporbäumt. Das beweist doch der von Rosa Luxemburg begründete Antrag. Jedenfalls hat der stundenlange Streit einzelner polnischer Genossen unter sich nicht gerade zur Erbauung des Parteitages beigetragen. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte zur sonstigen Diskussion. Hoffmann glaubte dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit einen Irrthum nachweisen zu können. Seine Auffassung ist aber falsch, wenn ich auch zugebe, daß das Wort „meist" hätte fortbleiben können. Die Wünsche Schmalfeld's und Hoffmann's über die Seemanns-Ordnung entsprechen durchaus den Intentionen der Fraktion. Wenn der Entwurf einer Seemanns-Ordnung von der Regierung nicht wieder vorgelegt werden sollte, werden wir mit einem eigenen Antrag erscheinen.

Der weitere Theil der Diskussion hat sich mit dem Antrag Hinsche beschäftigt. Mehr oder weniger aber waren es Streitigkeiten einzelner Hamburger Genossen unter einander, die dabei zur Erörterung kamen. Es wäre eine schöne Frucht unserer Parteitage, wenn sich die Gepflogenheit einbürgerte, den Parteitag nicht als Ort zu betrachten, auf dem mehr oder weniger kleine persönliche Mißhelligkeiten erörtert werden. Außerhalb Hamburg-Altona haben die Genossen kein so lebhaftes Interesse an diesen Dingen, die hier so lange diskutirt wurden. (Sehr richtig!) Gegen den Wunsch, den der Antrag Hinsche ausdrückt, hat Niemand etwas einzuwenden. Nun streitet man sich herum, ob wirklich 23 Reichstags-Abgeordnete gefehlt haben, und was Alles hätte passiren können. Elm hat aber wirklich recht: ein Mann, der das Vertrauen genießt, als Abgeordneter gewählt zu werden, besitzt auch Urtheilsfähigkeit genug, um zu wissen, ob seine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. Vorwürfe könnten doch nur dann erhoben werden, wenn wirklich etwas versäumt oder vernachlässigt worden wäre. Das ist aber nicht geschehen. Nach der ganzen Sachlage war damals anzunehmen, daß tagelang über den § 1 diskutirt werden würde. Da beantragt unser unfreiwilliger Mitarbeiter v. Stumm (Heiterkeit) in voller Unkenntniß der Geschäftsordnung plötzlich Kommissionsberathung, ohne zu wissen, daß mit dem Moment, wo dieser Antrag abgelehnt wird, die ganze Sache erledigt ist. Für so ungeschickt konnten wir unsere Gegner nicht halten. (Heiterkeit.) Unsere Abgeordneten erfüllen ihre Pflicht, an Ort und Stelle zu sein, soweit ihre sonstige Thätigkeit es irgendwie zuläßt, in vollem Umfange. Es spricht für die Fraktion, daß der Bericht zu keinen anderen Anständen Anlaß gegeben hat. (Beifall.)

Es wird abgestimmt. Der Antrag 52 wird einstimmig angenommen. Die Anträge 53, 54, 69 werden abgelehnt. Der Antrag 70 wird angenommen.

Es folgt der fünfte Punkt der Tagesordnung: **Die Organisation der Partei.**

Hierzu liegen außer dem Entwurf der von der Reichstags-Fraktion eingesetzten Kommission vor die Anträge 13 bis 35, 61, 71, 73, 74, 76 und die Resolution 72.

Singer schlägt vor, nach dem Bericht des Referenten eine Generaldiskussion eintreten zu lassen und dann je nach dem Verlauf der Verhandlung den Entwurf mitsammt den Anträgen einer Kommission zu überweisen.

Das Referat hält

Auer: Ich glaubte nicht, daß ich heute schon berufen werden würde, über den Gegenstand zu sprechen. Ich kann zwar nicht sagen, daß

ich unvorbereitet spreche, aber die einzelnen Anträge, die jetzt während der Verhandlungen erst gestellt worden sind, genau zu prüfen, dazu bin ich nicht gekommen. Sie wissen, aus welchem Anlasse wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gestellt haben: aus Anlaß der reichsgesetzlichen Aufhebung des Koalitionsverbots. Daß, soweit dadurch uns früher entgegenstehende Schwierigkeiten jetzt beseitigt worden sind, wir entsprechende Aenderungen in unserer Organisation treffen müssen, darüber ist in der Gesammt-Partei nur eine Stimme; auseinander gehen die Meinungen nur, ob es nothwendig sei, eine grundsätzliche Aenderung in der Organisation herbeizuführen.

Es ist in der Presse der Gedanke zum Ausdruck gekommen, eine stramme zentralistische Form für die Organisation der Partei wieder einzuführen. Es sind diesbezüglich auch die Anträge 13, 35 und 68 gestellt. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß die lose Form der Organisation, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat und mit der wir im großen Ganzen auch so ziemlich zurecht gekommen und ganz respektable Erfolge erzielt haben, zu beseitigen sei. Auch in der Kommission, die von der Reichstagsfraktion eingesetzt wurde, die nöthigen Vorschläge zu machen, und in der Fraktion selbst und im Vorstand hat es an Anregung der Frage, ob eine grundstürzende Aenderung vorgenommen werden solle, nicht gefehlt. Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß mindestens zwei Drittel aller Personen, die zu den Vorberathungen zugezogen wurden, zweifellos mehr oder minder Anhänger der zentralistischen Richtung in der Organisationsform sind. Trotzdem ist man nach näherer Erwägung, und nachdem die thatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Jahre gebildet haben, allseitig erörtert und erklärt worden sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es vollständig genügt, den Rahmen unserer Organisation, wie wir sie auf Grund des Hallenser Statuts haben, beizubehalten und nur diejenigen Aenderungen zu treffen, die absolut nothwendig und möglich erscheinen durch die Aenderungen der Gesetzgebung. Diese Ueberzeugung hat die große Mehrzahl der Fraktion, soweit die Fraktionsgenossen sich an dieser Berathung betheiligten, kundgegeben. Ich muß dabei freilich auch zugestehen, daß auch bei diesen Berathungen nicht alle Fraktionsgenossen immer anwesend gewesen sind (Heiterkeit); ob das den Berathungen überhaupt etwas geschadet hat, darüber erlaube ich mir kein Urtheil (Heiterkeit). Auf alle Fälle kann ich konstatiren, daß die, die da waren, mit Fleiß, Lust, Liebe und Sachkenntniß an diesen Berathungen sich betheiligt haben. Was ich über die Fraktion sagte, gilt auch für den Partei-Vorstand und für die eingesetzte Kommission.

Ich glaube auch, daß die Genossen, die meinen, in der gegenwärtigen Organisation komme der Gedanke der Zentralisation nicht genügend zum Ausdruck, sich nicht ganz klar darüber orientirt haben. Unsere Organisation entbehrt durchaus nicht derjenigen Momente, deren Förderung durch das stramme, feste Zusammenhalten erzielt und angestrebt wird. Wollen wir doch festhalten, daß das Hallenser Statut und auch die Vorlage, die wir Ihnen unterbreitet haben, zum Beispiel ganz strikte Bestimmungen über die Zugehörigkeit und den Ausschluß aus der Partei, über die lokale Gliederung in der Partei, weiter über die Parteileitung und über die Kontrolle enthalten. Ebenso ist durch unser Statut gesorgt für das allgemeine Kassenwesen der Partei; weiter liegt es in der Schaffung einer Parteileitung, Kontrolle und in der Organisation, wie sie gestaltet und wie sie beibehalten werden soll, daß die Agitation, soweit sie von einer Zentralstelle aus überhaupt geleitet und geführt werden kann, die nöthige Direktive erhält. Wir haben weitere Bestimmungen über den Gesammt-Parteitag, über die Parteipresse, also doch so ziemlich über Alles, was wir in der Partei Gemeinsames haben, wofür gemeinsame Interessen vorhanden sind und auch eine gewisse gemeinsame Richtschnur nach meiner Ueberzeugung

nothwendig ist. Also so ganz lose, so ganz führerlos und richtungslos sind wir mit unserer Organisation nicht. Ich will dabei auch, und das ist meine feste Ueberzeugung, aussprechen, daß es überhaupt nicht so sehr auf den Buchstaben des einzelnen Paragraphen ankommt, als wie auf den Geist, der die Gesammtheit durchweht; und täuschen wir uns auch darüber nicht: bei allen Organisationsfragen spielen auch die persönlichen Fragen, die Personen, die in Betracht kommen, eine ganz wesentliche Rolle. Wenn es mit dem Schaffen guter Statuten schon gethan wäre, dann hätten befreundete Parteien im Auslande ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Ich könnte Ihnen Länder nennen, deren sozialistische Parteien fast alle paar Jahre ganz neue Organisationsstatuten, ganz neue Einrichtungen treffen und doch nicht vorwärts kommen; wir aber sind vorwärts gekommen zu einer Zeit, wo wir eine geschriebene Organisation überhaupt nicht hatten, wenigstens war sie von der preußischen Polizei verboten gewesen. Also es hängt nicht immer von dem Buchstaben, von den Paragraphen ab, sondern der Geist, der die Bewegung durchfluthet, die Personen, die die Angelegenheiten der Partei zu führen und vor allen Dingen auszuführen haben — und da denke ich nicht nur an die paar vorne Stehenden, sondern ganz besonders an die große Masse — das Alles hilft zusammen; und wenn es da fehlt, dann helfen uns auch die schönsten in Paragraphen formulirte Vorschläge nicht. Indessen die letzteren sind auch nothwendig.

Dies vorausgeschickt, will ich mich an unseren Entwurf heranmachen. Ich wiederhole also, daß ich der Meinung bin, wir können den Vorschlägen, wie sie in den Anträgen 18, 35 und 68 ausgesprochen sind, nicht folgen. Antrag 68 steht damit nur scheinbar in Zusammenhang, aber er spricht doch die straffste, schärfste Organisation aus, die es überhaupt giebt, er berührt vor Allem einen Punkt, wo die Partei sehr empfindlich ist, nämlich ihr Portemonnaie. Wie Alles, was übertrieben wird, in das Gegentheil umschlägt, so brauche ich wohl kaum ein Wort darüber zu verlieren, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, wir den allerschlimmsten Wirrwarr, unendlich große Kosten dadurch herbeiführen.

Ich meine, wir stellen uns auf den Boden der Vorlage, und da werde ich mich in meinen Ausführungen hauptsächlich an die Punkte und Paragraphen halten, die in der Diskussion, in der Parteipresse und in Versammlungen am meisten angefochten sind.

§ 1 ist in der bisherigen Form beibehalten. Er handelt von der Zugehörigkeit zur Partei und lautet wie bisher, nur daß die paar Worte angehängt sind: „und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt". An diesem Verlangen hat man sich gestoßen. Ein alter Bekannter, der Weber aus dem Eulengebirge, der gar kein Geld hat, von dem verlangen wir mit einem Male, er solle seine Parteigenossenschaft auch durch Geldbeiträge bekunden. Der Einwurf ist so alt, wie wir in Deutschland eine organisirte Sozialdemokratie haben. Er ist aufmarschirt gegen die Zehnpfennig-Beiträge im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und gegen die Eisenacher Organisation. Merkwürdig ist nur, daß dieser alte und sich immer wieder einstellende Bekannte nie von da gekommen ist, wohin man ihn immer verlegt hat, daß es nicht die Weber in dem Eulen- und Erzgebirge selbst gewesen sind, sondern immer Parteigenossen aus Orten, in denen, soweit man bei Arbeitern überhaupt davon reden kann, ein gewisses Wohlbefinden vorherrscht. Nun sind wir ja Alle darüber einig, daß wir es auch halten mit dem alten Sprichwort, daß, wo nichts ist, auch der Kaiser sein Recht verloren hat. Ich meine, daß alle diese Einwürfe und Bedenken, die ja theilweise sehr dramatisch in der Presse und Versammlungen uns vor Augen geführt wurden, einfach nicht haltbar sind. Dieser Paragraph spricht nur die Regel aus; in Bezug auf die Einzelheiten, auf die Ausführung

dieser Vorschriften, ist den Genossen der einzelnen Orte der weiteste Spielraum gelassen. Nur auf das Prinzip kommt es an, und darüber müssen wir uns eben keiner Täuschung hingeben: zum Kriegführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld! Wir sind nicht im Stande, unsere Zwecke zu fördern, unserem Ziele zuzustreben, wenn nicht unsere Genossen, soweit ihre Kräfte reichen, auch dafür materielle Opfer bringen. Das ist auch zu allen Zeiten in der Partei anerkannt worden; darüber hat es nie einen Streit gegeben und es ist wunderbar, daß aus Ortschaften, Provinzen und Ländern, aus Versammlungen und Vereinen, die in ihren Statuten ganz ausdrückliche Bestimmungen über Geldbeiträge haben, sich Stimmen dagegen erheben, sobald die Partei dabei in Frage kommt. Nehmen Sie irgend solch' ein Organisationsstatut zur Hand: überall heißt es, der Beitrag beträgt so und so viel, und in der Regel findet sich noch die Bestimmung darin, daß, wenn dieser Obolus in so und so viel Wochen nicht geleistet ist, dann wird der Betreffende nicht mehr als zugehörig betrachtet. So weit gehen wir noch garnicht. Eine solche Bestimmung hat auch von jeher gegolten. Als wir vor 25 Jahren die neue Organisation in Gotha schufen für die geeinte Partei, haben wir nicht einen Augenblick angestanden auszusprechen, daß die Parteigenossen die Vertretung der Arbeiterinteressen „thatkräftig durch Geldopfer", wie es damals hieß, unterstützen. Und um ein ganz klassisches Beispiel auszuführen: in den Statuten der internationalen Arbeiterassociation — und Sie werden mir zugeben, die Genossen, die sie geschaffen, haben doch auch ungefähr gewußt, was für Arbeiterorganisationen angebracht ist und was den Arbeitern zugemuthet werden kann — heißt es: „Sitz und Stimmrecht auf dem Kongreß wird in Zukunft nur den Delegirten solcher Gesellschaften, Zweige oder Gruppen gestattet, welche Bestandtheile der Internationale bilden und ihre Beiträge dem Generalrath entrichtet haben." Ich meine, was sich die internationale Arbeiterassociation erlauben konnte, können mit gutem Fug und Recht wir uns auch erlauben. Wir brauchen wirklich hier nicht den Sentimentalen zu spielen.

Es sind nun dazu die Anträge 14 bis 18 gestellt worden. Die Kreise Berlin I bis III und Stettin fordern, den § 1 des Organisations-Statuts unverändert zu belassen. Da will ich Ihnen mittheilen, wie dieser Wortlaut in Halle entstanden ist. Ich habe der großen Kommission von 25 Mitgliedern, die das Organisations-Statut in Halle berieth, auch angehört. Nicht die Rücksicht auf die armen Genossen hat uns dazu bestimmt, die Forderung der direkten Leistung von Geldmitteln fortzulassen, sondern in dem ersten Entwurf war die Forderung ausdrücklich enthalten. In der Kommission aber wurde mit Recht der Einwand gemacht, daß nach einer ganzen Reihe von oberstgerichtlichen Entscheidungen in der einfachen Thatsache, daß die Zugehörigkeit zur Partei durch Leistung irgend welcher, wenn auch nicht genau spezifizirter Beiträge bekundet werden kann, das Merkmal einer Vereinszugehörigkeit gefunden werden kann; und weil wir damals glaubten — es ist uns ja auch gelungen — ein Statut schaffen zu müssen, an das die Polizei nicht herankönne, sagten wir: das brauchen wir den Genossen garnicht zu sagen, das wissen sie schon selber, und deshalb ist damals der Hinweis auf die Geldopfer unterblieben, aus keinem andren Grunde. Aber ich glaube, heute schadet es garnichts, wenn wir den Genossen auch noch besonders sagen: Hört, vergeßt auch den Nervus rerum nicht!

Es liegen noch einige weitere Anträge vor. Die Parteigenossen in Erfurt wollen, daß gesagt wird, wer die Partei durch Geldmittel „oder anderweitig in gleichwerthiger Weise" unterstützt. Genosse Heinrich Schulz stellt einen ähnlichen Antrag. Es schadet nichts, wenn diese Aenderung erfolgt, aber Werth hat sie nicht. Daß Jemand, der kein Geld hat, etwa durch Spenden von Naturalien seine Zugehörigkeit bekennt, das wollen doch auch

die Antragsteller nicht. Ich halte es für überflüssig, diese Anträge anzunehmen. Die Parteigenossen in Elberfeld wollen die Zugehörigkeit abhängig machen davon, daß Jemand „die Partei dauernd durch Geldmittel sowie durch Thätigkeit möglichst unterstützt." Da ist also die „Thätigkeit" neu. Nun, die Thätigkeit ist selbstverständlich auch etwas, worüber wir garnicht erst zu reden brauchen. Die Parteigenossen in Berlin IV beantragen, hinter die Worte „dauernd durch Geldmittel unterstützt" zu sagen: „oder durch anderweite Thätigkeit fördert". Das ist doch etwas zu weit gefaßt. Was soll es denn heißen „durch anderweite Thätigkeit"? Vielleicht durch Spazierengehen? Das ist natürlich nicht von den Antragstellern gemeint, aber wenn man sich aufs Tüfteln legen will, so könnte man auch das darunter verstehen. Ich möchte Sie dringend bitten, § 1 so wie er vorgeschlagen ist, anzunehmen und alle Anträge abzulehnen. Sollte es aber dem Einen oder Andern gelingen, noch eine schönere und bessere Form für denselben Gedanken zu finden, so darf ich Namens der Kommission erklären, daß wir auf die Form garnicht verpicht sind. Die ist uns sehr gleichgiltig, die geben wir preis für den ganzen Entwurf, wenn nur die Sache gefördert wird.

Gegen § 2, der von der Parteizugehörigkeit handelt, sind sehr wesentliche Einwände gemacht. Jetzt haben über die Zugehörigkeit zur Partei die Genossen der einzelnen Orte die Entscheidung zu treffen, und gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu. Wir schlagen nun vor, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit in erster Linie dem Partei-Vorstande nach Anhörung der Genossen der einzelnen Orte zustehen soll. Aus dieser Bestimmung hat man ungemein Schlimmes herausgefunden. Man behauptet zwar, daß man dem Partei-Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht so vieler Schlechtigkeiten für fähig hält, aber, so sagt man, es könnte nach dem heutigen guten Vorstand ein schlimmer kommen, der das ihm eingeräumte Recht mißbrauchen könnte. Gewiß, auch ich bin der Ueberzeugung, daß es einen besseren Partei-Vorstand als den bisherigen überhaupt nicht geben kann (Heiterkeit), aber wir wollen doch nicht hoffen, daß einmal ein so schlechter Vorstand kommt, daß er diese Bestimmung mißbrauchen könnte. Was wurde nicht Alles in Versammlungen und in der Presse gesagt! Da hieß es, der Partei-Vorstand könnte einmal zunächst zwei seiner Mitglieder ausschließen, dann schließt er aus der Kontrolle alle Diejenigen aus, die ihm nicht fügsam sind, dann schließt er alle Delegirten des Parteitags aus, die ihm nicht genehm sind, und dann kommt die Diktatur, der Terrorismus und der Himmel weiß sonst was. Ich habe mich nur gewundert, daß der betreffende Artikelschreiber nicht noch weiter gegangen ist und darauf hingewiesen hat, daß die übrig bleibenden drei Vorstandsmitglieder den Dritten ausschließen, die Parteikasse theilen und nach China auswandern. (Heiterkeit.) Es gehört die ganze Unkenntniß vom Wesen der Partei dazu, eine solche Möglichkeit überhaupt anzunehmen. Was bliebe denn einem solchen Dreimänner-Kollegium überhaupt noch übrig? Ich möchte den Parteitag erleben, den diese drei Männer einberufen; da käme vielleicht Schiller's Wort zur Geltung: Nehmet Holz vom Fichtenstamme, doch recht trocken laßt es sein! (Große Heiterkeit.) Natürlich gebe ich zu, daß man gegen das dem Vorstand eingeräumte Recht auch Einwürfe erheben kann, die nicht unbegründet sind, und ich selbst gehöre durchaus nicht zu den Verehrern dieser Bestimmung, obwohl ich sie vorgeschlagen habe, ich bin dabei der Parteigeschichte gefolgt. Schon in der vor 25 Jahren in Gotha geschaffenen Organisation war die Bestimmung enthalten, daß Genossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, vom Vorstand ausgeschlossen werden können, daß sie aber das Recht der Berufung an den Partei-Kongreß haben. Das hat mich zu meinem jetzigen Vorschlage veranlaßt. Es ist mir nicht bekannt, daß jemals mit dieser Bestimmung seitens des Vorstands Mißbrauch getrieben ist; das

Gegentheil trifft vielleicht eher zu. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Gefahr eines ungerechten Ausschlusses viel weniger in Betracht kommt, wenn der Ausschluß vom Partei-Vorstand abhängt, als wenn die kleinlichen lokalen Verhältnisse mitsprechen. (Sehr richtig!) Fast alle Ausschlüsse, die bisher örtlich erfolgten, haben den Beigeschmack der Zänkerei und Eifersüchtelei gehabt. Nur zu oft war der Grund der, daß der betreffende Ort für zwei Alexander nicht groß genug ist. Der Partei-Vorstand mag zusammengesetzt sein, wie er will, er wird immer das Bestreben haben, in solchen Fällen auszugleichen und Ungerechtigkeiten zu vermeiden; er schreibt die schönsten, eindringlichsten und herzbewegendsten Briefe (Heiterkeit) an die Genossen und bittet sie um der gemeinsamen Sache willen, nicht durch Zwistigkeiten den Weg zu unserem großen Ziel zu stören. Wenn aber der Partei-Vorstand Jemand ausschließt, so kann es sich nur um Fälle handeln, die über den engeren Rahmen hinaus Interesse haben, nur Personen, die über den engen Kreis ihrer Wirksamkeit weit hinaus bekannt sind. Ich erinnere an den Fall, der ja auch in der Diskussion in der Presse genannt ist, Sie wissen, wen ich meine. Heute zweifelt kein Mensch mehr daran, daß der Vorstand recht hatte, als er sagte: Für die Handlung dieses Mannes übernehmen wir keine Verantwortung mehr. Und doch waren wir nicht in der Lage, einen entscheidenden Beschluß herbeizuführen, weil die Genossen am Ort sich nicht überzeugen konnten, daß der Vorstand recht und die betreffenden Personen Unrecht hatten. Aehnliche Fälle sind schon öfter dagewesen und deshalb müssen wir dafür sorgen, daß der Mißstand, der zweifellos in der bisherigen Fassung des § 2 liegt, beseitigt wird. Wenn Sie aber glauben, daß der Vorstand mit dieser unerquicklichen Sache nicht behelligt werden soll, so kann ich aus langjähriger Erfahrung die Versicherung geben, daß Ihnen Niemand dankbarer sein wird, als der zukünftige Vorstand. Ein Weg zur Vermittelung ist gegeben durch den Antrag der Genossen in Wiesbaden, betreffend die Einrichtung eines Schiedsgerichts; nur würde ich bitten, noch hinzufügen, daß das Schiedsgericht vom Vorstand zu berufen ist.

§ 3 ist wesentlich, er handelt von der lokalen Gliederung der Partei. In Halle kam es darauf an, die neu zu schaffende Organisation vor der Auflösung und der Kollision mit dem Koalitionsverbot zu bewahren; wir haben uns deshalb auf das System der Vertrauensmänner gestützt. Falsch ist es, daß in Halle ein verbändlerischer Entwurf vorlag und daß es dem Einfluß eines Genossen gelungen ist, diesen Entwurf zu Fall zu bringen. Nein, der Gedanke des Vertrauensmännersystems, überhaupt der ganze Organisationsentwurf, wie er in Halle geschaffen ist, ist mit einer ganz minimalen Aenderung, dem Parteitage damals unterbreitet worden. Das Vertrauensmännersystem ist eingeführt in Folge des Koalitionsverbots, das System hat sich bewährt. Heute fragt es sich: Zentralisation, gestützt auf Lokalvereine oder Beibehaltung der losen Form der Organisation durch Vertrauensmänner. Wir haben in der Kommission versucht, die widerstrebenden Interessen auszusöhnen und eine Form zu finden, die den Genossen da, wo sie sich der festen, strammen Organisation des Lokalvereins bedienen können, diese Möglichkeit einräumt, zugleich aber den Genossen, bei denen die Gründung eines Lokalvereins aus irgend welchen Gründen nicht angängig ist, es zu ermöglichen, durch Vertrauensmänner ihre Parteiinteressen wahrzunehmen.

Wir haben in die alte Bestimmung neu aufgenommen, daß die zur Wahrnehmung der Parteiinteressen berufenen Genossen auch in zu diesem Zweck einberufenen Vereinsversammlungen gewählt werden können. Während wir bisher ausdrücklich verlangten, daß diese Wahlen nur in öffentlichen Parteiversammlungen stattfinden dürfen, lassen wir jetzt auch die Möglichkeit der Wahl in Vereinsversammlungen offen. Der Vertrauensmann selbst soll bleiben.

Wer dieser Vertrauensmann ist, kann der Zentralleitung ganz gleichgiltig sein. Bisher mußten wir mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen daran festhalten, daß der Leiter eines politischen Vereins unter keinen Umständen mit dem Amt eines Vertrauensmanns betraut wird. Das ist in Zukunft nicht mehr nothwendig. In Zukunft können die Genossen an den einzelnen Orten sehr wohl auch ihre Vereinsleiter beauftragen, die Verbindung mit dem Zentral-Vorstand zu unterhalten. Für den Vorstand ist der Betreffende nur nicht der Vereinsvorsitzende, sondern der Vertrauensmann des Orts. Wenn die Genossen aber glauben, daß es besser ist, neben dem Vorsitzenden eine andere Person mit dem Amt des Vertrauensmanns zu bekleiden, so können sie es thun. Darüber ist nichts vorgeschrieben. Vorgeschrieben ist nur, daß überall ein Genosse da sein muß, der die Aufgabe hat, die Verbindung mit der Zentralleitung herzustellen. Weiter ist es freigestellt, diese Personen in öffentlichen oder in Vereinsversammlungen zu wählen. Das ist geschehen, weil vielfach die Leitung der Parteiangelegenheiten einem Verein nicht übertragen werden kann und weil es im größten Theil Deutschlands für die Frauen überhaupt kein politisches Versammlungsrecht giebt. Würden wir allgemein fordern, daß nur die Vereine in den einzelnen Orten die Partei repräsentiren, dann würden wir die Frauen in Preußen, Bayern, Sachsen und einigen kleinen Ländern thatsächlich aus der Partei ausschließen; das wollen wir nicht, das können wir nicht. In andern Ländern wie in Württemberg, Baden, Hessen und in den Hansastädten können die Frauen Mitglieder von politischen Vereinen sein, und unsere württembergischen Genossen haben ja auch die Frage bereits gelöst, indem sie sich eine Landesorganisation geschaffen haben, die zugleich auch die Partei gegenüber dem Gesammt-Vorstand repräsentirt. Die bayerischen Genossen haben etwas Aehnliches beschlossen, ohne Rücksicht darauf, daß bei ihnen Frauen nicht Mitglieder politischer Vereine sein können. Meine lieben Landsleute sind also weniger galant (Heiterkeit), und ich wundere mich nur über meine bayerischen Landsmänninnen, daß sie sich das so ruhig haben gefallen lassen (Heiterkeit) — da solltet Ihr einmal unsere Berlinerinnen kennen lernen. (Heiterkeit.) Ich muß aber grundsätzlich aussprechen, daß wir allerdings der Meinung sind, daß da, wo sich solche Schwierigkeiten aus der Lage der Gesetzgebung ergeben, es einfach parteipolitische Pflicht der Genossen ist, Rücksicht auf die Genossinnen zu nehmen. (Sehr richtig!) Die Frauen haben ja bezügliche Anträge gestellt, auf die ich noch zu sprechen komme.

In der Kommission waren wir uns darüber einig, daß wir den uns durch die Gesetzgebung aufgezwungenen Zustand, wonach Frauen als politisch minderwerthig gelten, nicht legalisiren dürfen, indem wir sagen: Wir schaffen uns Männern, was uns paßt, aber um die Frauen kümmern wir uns nicht. Ich zweifle auch nicht, daß der Parteitag den Frauen so weit entgegenkommen wird wie irgend möglich. Daß es in Deutschland auch noch ein Land giebt, wo auch die Männer kein Vereinsrecht haben, Mecklenburg, das wissen Sie Alle. Daß es Verhältnisse giebt, wo es den besten Parteigenossen wegen ihrer sozialen Stellung nicht möglich ist, in einen politischen Verein einzutreten, schon weil die Mitgliederlisten der Polizei eingereicht werden müssen und dadurch z. B. die Zehntausende von Staatsarbeitern in die Unmöglichkeit versetzt sind, einem sozialdemokratischen Verein beizutreten, wissen Sie auch. Und weil dem so ist, deshalb, glaube ich, treffen die Vorschläge der Kommission zu § 3 durchaus das Richtige.

Nun liegt eine Resolution 72 vor, die die Frauen gestellt haben, wohl ein Ergebniß der Frauenkonferenz. Darin wird ein Wunsch ausgesprochen, den ich ganz gern unterstützen will. Ob es aber hilft, diesen Wunsch als Resolution auszusprechen, weiß ich nicht. Auch die Fraktion wollte, daß, soweit Partei-aktionen in Betracht kommen, auch das Wort der Frauen in der politischen

Bewegung gehört werde. Das Uebel ist, daß wir zu wenig Parteigenossinnen haben. (Heiterkeit.) Ich wünschte, es wären weit mehr. Die Wenigen, die alle Arbeit leisten müssen, sind überlastet und werden da leicht griesgrämig. (Heiterkeit.) So kommt es, daß sie uns, die wir garnichts dafür können, das Leben manchmal sauer machen. (Erneute Heiterkeit.) Ich wünschte, wir hätten 1000, 10 000, 100 000 überzeugte Parteigenossinnen: Wenn die Frauen Werth darauf legen, daß ihrem Wunsche formell Ausdruck gegeben wird, so mag es geschehen. Eigentlich halte ich die Resolution für überflüssig. Wir sind so gut und den Frauen so hold, daß man uns an unsere Pflicht den Frauen gegenüber nicht zu erinnern braucht.

Weniger bin ich mit dem Antrag 73 einverstanden. Die Frauen verlangen immer Gleichberechtigung, und in demselben Augenblick treten sie für eine Ausnahmestellung für sich ein. (Widerspruch der Frauen.) Sie wollen von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen herangezogen werden, nicht als Vertrauenspersonen, sondern als Vertrauenspersonen der Genossinnen. Wollen Sie gleichberechtigt sein — ich bin überzeugt, Sie werden immer den Kürzeren ziehen! (Frau Zetkin: Hört, hört!) Wenn Sie zu den Sitzungen nicht berufen werden, ei nun, so ertragen Sie das. Auch nicht alle Männer werden berufen. Anders steht es, wenn eine Frau Vertrauensperson am Orte ist. Dann ist sie aber Vertrauensperson der Partei und nicht Vertrauensperson der Genossinnen. Ihr Antrag 73 konstruirt ein eigenes Recht. (Widerspruch der Frauen.) Ja, das Schlimme ist, daß mit den Freundinnen nicht zu reden ist. (Heiterkeit.) Ich habe mir schon in den schönsten Privatunterhaltungen alle Mühe gegeben. (Heiterkeit.) Sie wollen aber gleichberechtigt sein, daneben aber noch eine Extrawurst gebraten haben. (Große Heiterkeit.)

Auch Ihren Antrag 74 können wir nicht annehmen. Wir können nicht den Genossen von Württemberg, wo die Frauen Mitglieder politischer Vereine werden dürfen, vorschreiben, daß sie alle Partei-Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen erledigen. Diese Bestimmung hätte da einen Sinn, wo die Gesetzgebung den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen verbietet. Wo die Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen erwerben dürfen, brauchen sie es ja nur zu thun, dann kommen sie auch in geschlossenen Versammlungen zu Wort.

Zum Schluß für heute möchte ich die Frauen bitten, sich ihre Anträge bis morgen noch einmal zu überlegen. Seien Sie so gut und überspannen Sie den Bogen nicht, denn es giebt Viele unter uns, die es nicht so gut mit Ihnen meinen wie wir vom Vorstand. (Große Heiterkeit.)

Der Redner bricht hier seinen Vortrag ab, da es 7 Uhr geworden ist.

Zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme sind im Laufe des Tages eingegangen und werden zur Mittheilung gebracht.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, 18. September. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Verhandlungen über Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Organisation der Partei** werden fortgesetzt. Der Referent

Auer fährt in seinem gestern abgebrochenen Referat fort: Ich habe mich seit gestern überzeugt, daß ich die zu § 3 von den Frauen gestellten Anträge zum Theil nicht ganz richtig verstanden habe: das liegt wohl an der nicht genauen Formulirung. In der Sache bin ich aber mit ihren Forderungen einverstanden. (Bravo! bei den Frauen.)

Die bisherige Organisation unserer Partei war veranlaßt durch die Lage unserer Vereinsgesetzgebung in Preußen, wonach wir der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, daß ein Partei-Vorstand und eine Kontrollkommission gesondert als zwei politische Vereine betrachtet werden, deren Inverbindungtreten unter das Vereinsgesetz gefallen wäre. Darum haben wir diese beiden Organe formell vereinigen müssen. Es war aber nur eine Verschleierung des wirklichen Thatbestandes, die ja sogar Pfannkuch gestern zu einem momentanen Irrthum veranlaßt hat; in der Praxis haben wir aber jederzeit bis zur letzten Stunde eine Kontrolle gehabt und zwar eine sehr energische. Da wir aber jetzt zu der Verschleierung nicht mehr genöthigt sind, schlagen wir Ihnen eine Trennung der beiden Organe vor, so daß wir jetzt statt „Parteileitung" immer „Partei-Vorstand" sagen.

§ 9 ist nur redaktionell geändert. Den Antrag 26 von Aachen brauche ich nicht zu besprechen, denn einen derartigen Antrag wird der Parteitag nicht annehmen. Die Aenderung im § 11 ist eine Konsequenz der Trennung von Vorstand und Kontrolle; die Ziffer 4 hat die Absicht, der Kontrollkommission die bisherigen Rechte nicht zu schmälern. Die Verkürzung der Frist für die Veröffentlichung der Anträge zum Parteitag von 7 auf 5 Tage, wie wir sie in § 12 beantragen, ist begründet durch unsere Praxis, daß jeder eingebrachte Antrag hier zur Unterstützung gestellt werden muß. § 13 enthält redaktionelle Aenderungen und solche, die aus Zweckmäßigkeitsgründen geboten sind, so über die Vertretung der Vorstandsmitglieder untereinander. Hierzu liegen die Anträge 28 bis 30 vor. Die Düsseldorfer Genossen wollen die bisherige Vereinigung von Partei-Vorstand und Kontrolle beibehalten; ich verweise auf das vorher von mir Gesagte. Die Nothwendigkeit für die Wahl zweier Ersatzleute hat sich bisher nicht herausgestellt. Die Annahme des Antrags des fünften sächsischen Wahlkreises würde ja nichts schaden, aber nützen erst recht nichts. Aspiranten für die angenehmen Vorstandsstellen werden sich ja immer finden. (Heiterkeit.) Die durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffene Rechtslage hat uns veranlaßt, die Bestimmung in unser Statut aufzunehmen, daß kein Parteigenosse ein klagbares Recht hat, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen u. s. w. Ich werde das nicht begründen, da Genosse Stadthagen, der ja der geistige Urheber dieser Bestimmung ist, so freundlich sein wird, uns nachher die Gründe anzugeben. Ich weiß nur, daß die Juristen unter uns einig waren, und als ich das sah, sagte ich: die Geschichte verstehe ich zwar nicht, aber es wird schon so sein. (Heiterkeit.) Der Vorschlag ist gewissermaßen eine Vorbeugungsmaßregel für irgend welche Fälle, die noch kommen können. Sie sagen: Für heute ist es noch nicht nöthig, aber — legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter, und wegen der Möglichkeit dieser Auslegung müssen wir unsere Maßnahmen treffen. Wir wissen ja, was wir mit der Auslegung des Reichsgerichts bezüglich der Geheimbündelei erlebt haben. Daher sind wir unseren juristischen Freunden dankbar, daß sie uns darauf aufmerksam gemacht haben, deshalb folge ich ihnen blind und wünsche, daß Sie dasselbe thun (Heiterkeit), aber ohne die Einschränkung, die die Genossen in Berlin III in ihrem Antrage 50 beantragen. Sie beantragen eine Ausnahme für die Delegirten auf dem Parteitag. Ich halte es für selbstverständlich, daß Delegirte unter normalen Verhältnissen eo ipso das Recht haben, durch Einsicht in die Bücher sich die genaueste Kenntniß über Alles zu verschaffen, was die Partei angeht. Es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Gebrauch davon machen (Heiterkeit), wir schleppen die Bücher mit und Sie benutzen sie nicht (Heiterkeit), ich stehe nicht an zu erklären: das Vertrauen ist unsererseits wohl verdient, aber deshalb bitte ich Sie, so sehr ich die sachliche Begründung des Antrags 30 anerkenne, geben Sie uns für den Ausnahmefall freie Hand. Ich hoffe, die Berliner werden so freundlich sein und sagen: Na, es war gut gemeint, aber schlecht

gelungen. Ich erinnere an Wyden, wir hatten da einen Delegirten unter uns, dem Niemand über den Absatz traute, Jeder war überzeugt, daß er im Solde der Polizei stand, aber wir konnten es ihm nicht beweisen, wir haben ihn geschnitten, wie wir konnten; er hat nichts erfahren, was er nicht zu erfahren brauchte. Aber wenn wir die Bestimmung haben, daß jeder Delegirte auf dem Parteitag das Recht hat, Alles einzusehen, so kommen wir in einem solchen Fall in eine recht unangenehme Zwangslage.

§ 16 regelt die Erneuerung bei Vakanzen; die Bestimmung ist unverändert geblieben, ich bitte Sie, sie so zu lassen. § 17 handelt von der Kontrollkommission. Hierüber habe ich das Nöthige schon gesagt. Eine Kontrollkommission existirt so lange als es eine Partei giebt, zur Kontrolle, zur Entscheidung von Beschwerden, zum Ausgleich von Gegensätzen. Wir schlagen vor, die Kontrollkommission künftig aus 9 statt 7 Genossen bestehen zu lassen. Die bisherige Kontrollkommission hat ihre Schuldigkeit vollkommen gethan. Aber bei dem Wachsthum der Partei liegt der Gedanke nahe, die Zahl derjenigen Genossen zu erhöhen, die durch persönliche Einsicht in die Geschäftsführung sich orientiren und als Vertrauensleute der Genossen in der Provinz das allgemeine Vertrauen erhalten. Das ist viel werth. Es arbeitet sich noch einmal so leicht, wenn man Vertrauen zu einander hat und sich nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet: Du bist der beste Bruder auch nicht (Heiterkeit), und ich muß auch aussprechen: Es ist mit dieser Erweiterung der Kontrollkommission der Wunsch verknüpft, der großen Berliner Parteigenossenschaft, deren Anerkennung in ihrer Bedeutung für das Parteileben allgemein ist, die Rücksicht zu erweisen, zwei Berliner Genossen in die Kontrollkommission zu entsenden. Es ist der Vorschlag gemacht worden, das gleich im Statut festzulegen. Da haben wir aber gesagt: nein, das geht nicht, ein gesetzliches Recht auf zwei Mitglieder der Kontrollkommission können wir durch Statut den Berlinern nicht einräumen. Was die Parteigenossen eines anderen Ortes nicht haben, können wir auch ihnen nicht geben aus Rücksicht auf das Interesse unserer gemeinsamen Sache. (Sehr richtig!) Daß aber thatsächlich zwei Berliner gewählt werden, dagegen haben wir nichts; es war wirklich die Rücksicht auf Berlin, weshalb wir die Erweiterung der Kontrollkommission beantragt haben. Sie sehen (zu den Berlinern), Sie haben überall ihre Freunde. (Große Heiterkeit.) Der Berliner Wunsch ist nicht unberechtigt, aber das Recht muß sich der Parteitag wahren: wenn er glaubt, daß er gar keinen Berliner in der Kontrollkommission gebrauchen kann, dann muß es Berlin sich ebenso gefallen lassen, wie ein anderer Ort, der kein Mitglied der Kontrollkommission stellt (sehr richtig!), es wird ja nicht dahin kommen, aber der Rechtsstandpunkt muß gewahrt bleiben. Berlin wird immer in der Partei eine bedeutende Rolle spielen. Ich habe mir immer gewünscht: wärst Du doch einmal Berliner Vertrauensmann, dann sollten die Andern schon mal sehen. (Große Heiterkeit.) Ich bin es nicht, mein Ehrgeiz geht nicht so weit (erneute Heiterkeit), allerdings repräsentirt die Leistung Berlins eine Leistung der Masse. Die Leistung des einzelnen Berliners wird durchschnittlich nicht größer sein, als die eines Provinzgenossen. Aber hier sehen wir, daß die Quantität in die Qualität umschlägt (große Heiterkeit), die Berliner sind dann mit einem Mal so große Leute, daß dem Einzelnen manchmal die kluge ruhige Beurtheilung darüber schwinden kann. (Große Heiterkeit.)

Der vom Zentralorgan handelnde § 18 ist eine Verschmelzung der früheren §§ 17 und 17a. Sachlich ist daran nichts geändert, es ist nur der im vorigen Jahr in Hannover angenommene Antrag in Bezug auf die Erweiterung der Rechte der Berliner Preßkommission berücksichtigt worden. Es ist kein Geheimniß, daß ich persönlich jenem Antrag durchaus abgeneigt war; ich habe von jeher den Standpunkt vertreten: der „Vorwärts" ist Zentralorgan, so lange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesammtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr

Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des „Vorwärts“ liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint und er wird unter allen Umständen das politisch einflußreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel ob es Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten. Früher war es bei uns Gesetz, daß das Recht den Berlinern nicht zusteht, weil der „Vorwärts“ Zentralorgan ist. Daraus sind Differenzen entstanden, einzelne Genossen wollten dem geschriebenen Recht gegenüber ihr Naturrecht geltend machen. Ich aber als Bureaukrat stellte mich auf den Boden des geschriebenen Rechts. In Hannover hat man dann ein Kompromiß geschaffen, das wie die meisten Kompromisse nichts taugt; in der Praxis haben die Berliner jetzt erreicht, was sie wollen.

Nun noch einige Bemerkungen zu einzelnen Anträgen. Die Parteigenossen von Berlin IV und Niederbarnim beantragen, daß die Buchhandlung Vorwärts ebenso wie das Zentralorgan der Kontrolle der Preßkommission unterstehen soll. Nachdem Singer und Pfannkuch ihnen gestern eingehend die Rechtslage geschildert haben, brauche ich mich darüber nicht mehr zu äußern. So sehr ich anerkenne, daß der „Vorwärts“ im weitesten Maße unter dem Einfluß der Berliner Organisation zu stehen hat, so entschieden muß ich bestreiten, daß auch die Buchhandlung in demselben Verhältniß zu den Berliner Genossen steht. Der „Vorwärts“ ist Lokalorgan der Berliner. Die Buchhandlung aber ist ein Institut, das unsren Schriftenvertrieb für die Gesammtpartei zu regeln hat. Das Bedürfniß an Zeitungen decken die Genossen in der Provinz überall selbst, aber das Bedürfniß an Agitationsschriften oder wissenschaftlichen Arbeiten können die Genossen in einer ganzen Reihe von Orten nicht befriedigen. Dies Bedürfniß zu decken, ist eine Aufgabe der Gesammtpartei, daran sind wir Alle miteinander interessirt. Ich erinnere nur, daß Berlin an dem Gesammtumsatz der Buchhandlung nur mit 10 pCt. betheiligt ist, während umgekehrt der „Vorwärts“ in Berlin und Umgegend 50000, außerhalb nur 5000 Abonnenten hat. Das beweist, wie unberechtigt das Verlangen ist, aus der Buchhandlung ebenso wie aus dem „Vorwärts“ ein Organ der Berliner Genossen zu machen, und ich möchte die Berliner bitten, zu Hause — hier hoffe ich Sie ja überzeugt zu haben (Heiterkeit) — auch den übrigen Genossen diesen Standpunkt klarzumachen. Wir sind durchaus nicht herrschsüchtig, ach, lieber Gott, das Herrschen, wir könnten viel mehr herrschen, wir sind doch fünf alte gewaschene Brüder im Partei-Vorstand (Heiterkeit), aber es ist nicht Einer unter uns, der vom Cäsarenwahnsinn erfaßt ist. Nein, Ruhe möchten wir haben, vielleicht manchmal mehr Ruhe als eigentlich gut ist. Würden Sie dem Vorstand den Vorwurf machen, daß er manchmal nicht Anregungen genug gegeben hat, daß das jüngere Element, das noch bis in die Puppen hinein glaubt und dementsprechend handelt, dort nicht genügend zur Geltung kommt — nun, öffentlich würde ich ja das nicht zugeben (Heiterkeit), aber ich würde mir im Stillen sagen: so ganz unrecht haben sie nicht. (Heiterkeit.) Vor dem umgekehrten Vorwurf, daß wir herrschsüchtig sind, schützt uns unsere demokratische Gesinnung. Sie können sicher sein, ich bin oft überzeugt, da haben wir wieder eine Dummheit beschlossen, aber ich führe es aus auf Grund meiner demokratischen Gesinnung. Ich spreche das hier aus, um Denen, die es angeht, einmal nahe zu legen, daß sie derartige Unterstellungen unterlassen. Wir könnten viel mehr herrschen, aber das giebt nur frische Arbeit und der Arbeit gehen wir Alle — wir sind jetzt alte Kerls geworden — gern aus dem Wege. Also ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, denn mit demselben Recht wie die Berliner könnten auch die Genossen irgend eines anderen Ortes eine Kontrolle über die Buchhandlung verlangen. Hier auf dem Parteitag haben die Berliner ebenso gut wie alle anderen Delegirten das Recht mitzusprechen. Das Recht der Uebertragung des Eigenthums haben sie nicht. Ich kann im Namen der 5 Vorstandsmitglieder erklären, daß

wir uns einer derartigen Bestimmung mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften widersetzen werden. Gewisse Dinge müssen in der Partei zentralisirt bleiben und dazu gehört die Buchhandlung, das Reservoir für unsere geistigen Waffen.

Die Parteigenossen von Teltow-Beeskow verlangen, daß der Leiter der Buchhandlung Vorwärts in Zukunft vom Parteitag anzustellen ist. Ich lege dem Antrag keine Bedeutung bei, ich halte ihn für überflüssig, er ist eine Eintagsfliege, hervorgerufen durch die Gehaltserhöhung, über die wir uns gestern unterhalten haben. Daß seinerzeit Liebknecht vom Parteitag in Halle zum Chefredakteur gewählt wurde, geschah aus ganz bestimmten Gründen. Liebknecht war für den Vorstand in Aussicht genommen, und da sagten wir ihm, wir wollten lieber einen Berliner Arbeiter an seiner Stelle wählen. Liebknecht konnte sich ja auch nicht mit solchen kleinen Fragen beschäftigen; so wurde uns Gerisch vorgeschlagen und gewählt, und wir haben damit einen guten Griff gethan. Um nun einen Ausgleich herbeizuführen, hat der Parteitag in Halle Liebknecht auch eine offizielle Stellung eingeräumt und ihn zum Chefredakteur gewählt. Es wurde dann später jedes Mal vergessen, ihn neu zu wählen, er blieb Chef und die Sache war aus der Welt geschafft. Wollen Sie es mit dem Leiter der Buchhandlung auch so machen — nun Sie wählen Fischer ja doch wieder, und er wird dann nur noch protziger und weniger umgänglich, wenn er sagen kann: mich hat die Gesammtpartei gewählt. (Heiterkeit.) Wollen Sie ihm, nachdem Sie ihm gestern auf einige Stunden das Leben verbittert haben, Honigpflaster auflegen, so wählen Sie ihn, es schadet nichts, nützt auch nichts.

Die Elberfelder Genossen verlangen, daß der Partei-Vorstand die Beschlüsse der Landes- resp. der Provinzialorganisationen zu berücksichtigen hat, ich weiß nicht, ob jemals solche Beschlüsse nicht berücksichtigt sind. Mit Absicht ist das nicht geschehen, der Antrag ist doch selbstverständlich und ein Partei-Vorstand, der anderer Meinung ist, wäre seiner Aufgabe nicht gewachsen. Ueberflüssige Beschlüsse aber brauchen wir nicht zu fassen. Die Elberfelder beantragen ferner, daß die Landes- und Provinzialkomitees das Recht haben sollen, selbständig Anträge an den Parteitag zu stellen. Das Recht haben sie in ihrer Eigenschaft als Parteigenossen heute schon. Also auch dieser Antrag ist überflüssig. In dem Antrag 34 wird ein Gedanke angeregt, der unter uns schon sehr oft laut geworden ist; wir Alle wissen ja, daß nicht immer der beste Geschäftsmann unseren Parteigeschäften vorsteht, wir müssen mit den gegebenen Thatsachen rechnen, daß oft sonst ganz gute und zuverlässige Genossen in solche Stellen gewählt werden, die bisher in der Werkstatt thätig gewesen sind. So weit wie möglich waren wir ja auch bisher schon bestrebt, diesen Uebelständen abzuhelfen und haben damit schon viel erreicht. Würden wir aber dem Antrag Folge geben, so würde das zu Mißhelligkeiten führen. Es ist nicht angenehm, einem Genossen, der sich im Dienst der Sache aufgerieben hat, zu sagen: „Du hast Alles falsch gemacht". Ich will ja nicht sagen, daß Du ein Esel bist, aber Die, die so arbeiten wie Du, sind Esel (Heiterkeit), es wäre ein undankbarer Posten, den nur eine ganz besonders dazu qualifizirte Person ausüben könnte. Lehnen Sie den Antrag also ab.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich stimme dem Vorschlag zu, die gesammte Materie einer Kommission zu überweisen. Das haben wir auch in Halle gethan, wir haben da eine Kommission von 25 Mitgliedern eingesetzt, ich bin Referent gewesen und erinnere mich noch des freudigen Bewußtseins, als der Parteitag unseren Vorschlägen debattelos zustimmte. Ich hoffe, daß es auch hier so kommen wird im Interesse der Partei und unserer gemeinsamen Sache. (Lebhafter Beifall.)

Singer unterbricht die Verhandlung, um die Disposition für die kommenden Tage zu treffen: Der Saal ist am Mittwoch nur bis $^1/_2$7, am Freitag nur bis $^1/_2$6 Uhr zu haben. Die Gastfreundschaft der Mainzer stellt einen

Kommers am Donnerstag Abend und eine Rheinfahrt für Freitag Nachmittag in Aussicht. Singer bittet, im Interesse der Erledigung der Geschäfte, die Rheinfahrt auf Sonnabend zu verlegen.

Der Parteitag nimmt mit dieser Maßgabe die Einladung der Mainzer an.

Es wird die Generaldiskussion über das Auer'sche Referat eröffnet.

Emmel-Mülhausen: Das bewährte Alte an unserem Organisationsstatut wollen wir möglichst beibehalten und nur da ändern, wo es durch die Verhältnisse geboten ist. Ich möchte daher in § 1 eine Fassung vorschlagen, wonach der Parteigenosse verpflichtet wird, die Partei nicht blos durch Geldmittel zu unterstützen, sondern auch durch sonstige Thätigkeit zu fördern. Dagegen liegt eine Veranlassung zu einer Aenderung der Bestimmung über den Ausschluß aus der Partei nicht vor. Es ist das nicht Mißtrauen gegen den Partei-Vorstand, aber wenn man nur den einen Fall Lütgenau anführen kann, so ist das ein Beweis, daß die alte Bestimmung sich bewährt hat. Als wir in Mülhausen an die Reinigung gingen, hatten wir ein paar Stunden vorher einen Brief von Bebel bekommen, der uns gerade von dem Ausschluß Bueb's abrieth. Hätte die Parteileitung also die Sache in der Hand gehabt, so hätte der jetzige Zustand nicht herbeigeführt werden können. Nach § 10 des neuen Entwurfes würde sich der Parteitag nur mit den Berichten der Reichstagsabgeordneten, nicht der Abgeordneten überhaupt, zu beschäftigen haben; ich meine, wenn die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen beschlossen wird, ist diese Aenderung gewiß nicht angebracht. Ein preußischer Parteitag wird nicht leicht einberufen werden können. Außerdem hat der Parteitag sich ja auch bisher mit Landesangelegenheiten beschäftigt, — ich erinnere an die Stegmüllerei, an die bayerischen Fragen.

Schöpflin-Chemnitz: Es wird immer auf die armen Weber im Eulen- und Erzgebirge Bezug genommen. Es ist aber unmöglich, mit unsicheren Einnahmen zu rechnen, und ich kann bestätigen, daß die sächsischen Weber auch durchaus nicht Gegner der in dem Entwurf zu § 1 vorgeschlagenen Aenderung sind. Auch bezüglich des § 2 haben wir gemüthlichen Sachsen durchaus Vertrauen zu der Parteileitung.

Frau **Zietz-Hamburg:** Als Onkel Chlodwig endlich sein Versprechen einlöste und das Verbindungsverbot aufhob, war es bei der Regsamkeit und dem ausgebildeten Auffassungsvermögen unserer Genossen etwas Selbstverständliches, daß sie sich sofort damit befaßten, das Quentchen Freiheit, das uns mehr gegeben ist, für uns auszunützen, und schon lange, ehe der Entwurf des Partei-Vorstandes erschien, haben an verschiedenen Orten die Genossen Stellung dazu genommen und haben erklärt, jetzt sei es uns möglich, überall die Parteigeschäfte festgegliederten Vereinen zu übertragen. Und wir haben ja allerseits anerkannt, daß aus Rücksicht auf die materiellen Mittel, die für unsere Parteibewegung nothwendig sind, es außerordentlich wünschenswerth sei, unsere Organisation nach dieser Richtung auszubauen. Aber ich habe schon damals, wenn ich mit Genossen darüber gesprochen habe, erklärt, das wäre ja sehr schön, wenn wir mehr und mehr die Genossen in festen Vereinen zusammenschließen, aber bedenkt doch, wenn Ihr dann die Führung sämmtlicher Parteigeschäfte in diese Vereine hineinlegt, so schließt Ihr eine ganze Reihe von Personen von der Theilnahme an dieser Parteithätigkeit aus und zwar nicht nur uns Frauen, sondern auch alle jene Personen, die nicht im Stande sind, dauernd Beiträge zu zahlen. Auer hat ja freilich erklärt, daß die Genossen, die nichts haben, deswegen nicht ausgeschlossen werden sollen, und eine solche Erklärung auf dem Parteitag würde ja genügen, — aber weiter würden auch ausgeschlossen werden alle jene Leute, die in Folge ihrer Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft nicht offen ihre Zugehörigkeit zur Partei bekennen können. Also schon aus dem Gesichtspunkt, daß wir Jeden, der sich

zu unsern Grundsätzen bekennt, an den Berathungen und Entschließungen der Partei theilnehmen lassen müssen, ist es geboten, daß die Geschäfte der Partei nicht einzig und allein von Personen, die die Leitung in den geschlossenen Vereinen haben, geführt werden. Ich habe schon damals zu den Genossen gesagt, daß ich es, soweit wir Frauen in Betracht kommen, als etwas ganz Selbstverständliches betrachte, daß man Mittel und Wege findet, sie auch in Zukunft an der Thätigkeit in der Partei und auch an den Berathungen und Beschlußfassungen theilnehmen zu lassen; denn die bloße Thätigkeit genügt mir in keiner Weise. Ich will keine Ausnahmebestimmungen und Sonderrechte, aber wir wollen nicht — Staatsbürger zweiter Klasse sind wir ja schon — zu Genossen zweiter Klasse degradirt werden, und das würden wir in allen Bundesstaaten sein, wo die Vereinsgesetzgebung uns die Theilnahme an politischen Vereinen nimmt; das wäre eben die Sanktionirung eines gesetzlichen Unrechts, wie es Auer gestern ganz richtig nannte. Die jetzt gegebene Möglichkeit einer größeren Bewegungsfreiheit darf sich doch unter keinen Umständen dahin umsetzen, daß sie für die Männer ausgenutzt, die bisherige Bewegungsfreiheit für die Frauen aber noch mehr eingeschränkt wird. Ich freue mich, daß Auer es so offen ausgesprochen hat, und ich bin überzeugt, der ganze Parteitag ohne Ausnahme wird mit Auer in diesem Punkte einverstanden sein; da ist es aber eine logische Konsequenz, den Antrag 73 anzunehmen, und wenn gestern Auer sagte, wir wollten nicht nur die Gleichberechtigung, sondern noch eine Extrawurst, so freue ich mich, daß er heute anderer Ansicht ist und daß er Vernunftgründen zugänglich war. (Heiterkeit.) Wenn die Vertrauensmänner zu allen Sitzungen geladen werden, warum sollen nicht auch die Vertrauensfrauen dazu geladen werden, es ist ja so oft schon ausgeführt worden, daß wir weibliche Vertrauenspersonen wählen müssen nicht nur aus Rücksicht auf unsere vereinsgesetzlichen Bestimmungen, sondern aus Rücksicht auf die eigenartige Agitation, die unter Frauen zu entfalten ist. Das ist keine Eigenbrödelei, sondern es heißt nur den Thatsachen offen ins Antlitz schauen, anerkennen, daß bei einem gemeinsamen Handinhandarbeiten hier eine Arbeitstheilung vorgenommen werden muß, und die nothwendige Folge ist die Annahme unseres Antrags. Ich hoffe, daß auch Sie diesen Vernunftgründen zugänglich sein werden, wie es Auer gewesen ist. Gewiß, Auer hat vollkommen recht: die geschriebenen Paragraphen machen es nicht; aber gestützt auf dieses formale Recht müssen wir danach trachten, daß dieses formale Recht auch Inhalt bekommt und zu einem Faktum wird. Und wenn wir das formale Recht nicht haben, wird uns dies außerordentlich erschwert. Bei der anerkannten Thatsache, daß nicht alle Genossen so hold den Frauen sind, wie Auer (Heiterkeit), muß der Parteitag erklären: so weit gehen die Rechte der Frauen. Ich spreche nicht als Frau zu Ihnen, sondern als Genossin, ich spreche zu Ihnen, um Ihnen zu zeigen, wie es im Interesse der ganzen Parteibewegung liegt, daß wir diese Rechte auf dem Parteitag festlegen. Es ist ja nicht gesagt, daß die Vertrauensperson, die die Geschäfte für die Frauen leiten soll, immer eine Frau ist; da wo Frauen vorhanden sind, die dieses Amt übernehmen können, ist es selbstverständlich praktischer; wo sie aber nicht vorhanden ist, halte ich es in Zukunft für noch nothwendiger als früher, einen Mann mit diesem Amt zu betrauen, vorausgesetzt, daß wir einen Mann finden. Ich hoffe, daß Sie allen unseren Anträgen, meinetwegen mit redaktioneller Aenderung, zustimmen und uns unsere Rechte nicht beschneiden, daß Sie demokratisch anerkennen werden, daß die Gleichberechtigung auch in die Praxis umgesetzt werden muß. Die Agitation wird damit viel planvoller und damit viel wirksamer gestaltet werden. (Beifall.)

Düwell-Essen: Die §§ 1 und 2 werden zweifellos den größten Widerspruch finden, der aus den örtlichen Verhältnissen hervorgeht. In Essen ist es

doch nicht möglich geworden, einen festen Verein zu gründen. Zahlreiche Parteigenossen sind verhindert, dem Verein anzugehören. Wir können ihnen das Recht nicht nehmen, in Parteisachen mitzusprechen, und haben auch die richtige Form dafür gefunden. Von der Annahme des § 2 rathe ich dringend ab. Wir würden sonst ein Solingen Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 erleben. Wenn der Vorstand eine Person ohne Angabe von Gründen ausschließen würde, dann würde diese Person die Genossen am Orte aufhetzen. Gerade das Beispiel Lütgenau ist von Auer schlecht gewählt. Sobald die Genossen dort die Gründe für den Ausschluß erfahren hatten, stimmten sie auch zu. Nur so lange sie nichts davon wußten, wollten sie nicht darauf eingehen. Die Vorgänge dort waren der Autorität des Vorstandes nicht dienlich.

Albrecht-Halle: Die Anhalter haben sich jetzt bereits eine neue Organisation gegeben, die den Schwerpunkt in die geschlossenen Vereine, in eine feste Organisation verlegt. Ich habe von Anhalt den Auftrag, Sie zu bitten, die Frauenanträge 72 und 74 abzulehnen. Wir müßten sonst in Anhalt unsere junge Organisation wieder umstürzen. Es ist ja traurig, daß die Frauen an der Organisation nicht theilnehmen können. Aber in Anhalt haben wir überhaupt keine Frauenbewegung, keine Frauen, die den Anspruch erheben, der Organisation anzugehören.

Braun-Königsberg: Ich bin strikter Anhänger der festen Zentralisation in Vereinsform. Der Entwurf der Fraktion macht die Vereinsform nicht zur Bedingung, sondern läßt auch die Vertrauensmännerform zu. Wie will man bei der losen Form des Vertrauensmännersystems eine Kontrolle über die dauernde Unterstützung der Partei haben? Das ist wieder ein dehnbarer Begriff, der der Partei nicht die nöthige Festigkeit giebt. Der Zentralisationsgedanke hat ja auch den Verfassern des Entwurfs vorgeschwebt. Leider sind sie auf halbem Wege stehen geblieben. Die alte, lockere Form hat uns nicht besonders weit gebracht. Bei ihr war es uns nicht möglich, die große Masse festzuhalten, die Klagen des Kassirers beweisen doch wahrhaftig nicht, daß die alte Form sich bewährt hat. Dem Vorstand fehlen die Mittel, jetzt die Agitation in zurückgebliebenen Gegenden zu fördern. Die Gelder müssen in einer Zentralstelle zusammenfließen, um an der richtigen Stelle in zurückgebliebenen Gegenden verwandt zu werden. Jeder Genosse, auch der ärmste, kann, so lange er Arbeit hat, einen regelmäßigen Beitrag zahlen. Ich habe Briefe von Landarbeitern erhalten, die dringend ersuchten, Mitglieder der Partei zu werden. Wenn sie regelmäßig Beitrag zahlen, fühlen sie sich nicht vereinsamt, sie gehören einer Organisation an; die Furcht vor dem Arbeitgeber ist nicht so groß. Die Genossen, die sich aus wirthschaftlichen Gründen scheuen, Mitglieder zu werden, kommen jetzt auch nicht in die Versammlungen, um an den Beschlüssen mitzuwirken. Die Frauen sollten auch einsehen, daß die feste Organisation für die Partei die Hauptsache ist, sie haben ja außerdem ihre eigene Organisation.

Frau **Ihrer**-Berlin V: Den Anhaltinern sollte es viel näher liegen, den Schluß zu ziehen, daß sie jetzt endlich Ursache hätten, gründlich Rücksicht auf die Frauen zu nehmen. (Sehr richtig!) Auch die Minderjährigen waren von einer straffen Organisation ausgeschlossen. Gerade in letzter Zeit zeigt sich die erfreuliche Erscheinung, daß die Minderjährigen viel Interesse für die Partei bekunden. Braun meinte, wir seien ja berechtigt, in Frauenversammlungen unsere Interessen zu vertreten. Das ist gerade eine Extrawurst, die wir nicht haben wollen. (Sehr gut!) Es ist ein Uebelstand, daß der Entwurf der Fraktion überhaupt zwei Wege frei läßt. Am besten wäre es, es ganz beim Alten zu lassen. Den Anhängern der straffen Zentralisation sage ich: wenn wir die Garantie hätten, daß alle sozialdemokratischen Wähler mit einem Schlage in die politischen Organisationen hineingetrieben werden könnten, dann würden wir Frauen unsere

berechtigten Forderungen zurückstellen. Aber eine solche Garantie haben Sie nicht. Von der Vereinsorganisation sind auch die sozialdemokratischen Staatsarbeiter und Subalternbeamten, die unsere Anhänger sind, ausgeschlossen. Diese Genossen haben doch ein großes Interesse daran, in öffentlichen Parteiversammlungen stillschweigend mit zu beschließen. Der innere Ausbau der Partei muß gemeinsame Arbeit der Männer und Frauen bleiben. Mit dem Gerechtigkeitsgefühl ist es nicht zu vereinbaren, uns Frauen nur zu Handlangern der organisirten Vollgenossen zu machen. (Sehr gut!) Wenn darauf hingewiesen wird, daß das Spitzelthum beseitigt werden müsse, nun auch bei fester Vereinsorganisation kann es Spitzel geben; sie fern zu halten ist bei jeder Organisationsform Sache der Wachsamkeit. Ich bitte, den § 8 in der Form des alten Organisationsstatuts zu lassen. Wir Frauen erheben unsere Forderungen nicht, um etwas Besonderes vorzustellen in der Partei, sondern damit das sozialdemokratische Gleichheitsprinzip nicht blos in der grauen Theorie, sondern auch in der Praxis gelte. (Beifall.)

Böhle-Straßburg: In allen Landestheilen ist eine stramme Zentralisation nicht möglich. Wir Elsaß-Lothringer sind überhaupt nicht in der Lage, politische Organisationen zu gründen. Die Aufhebung des Verbindungsverbotes hat uns nicht die geringste Erleichterung gebracht. § 1 des aus französischer Zeit stammenden Vereinsgesetzes vom 10. April 1834 bestimmt, daß Personen, die einem nicht genehmigten Verein angehören, ohne Weiteres der Strafe verfallen. Die elsaß-lothringische Polizei ist nicht so liebenswürdig, unsere Vereine zu genehmigen. Der einzige Ausweg sind Privatversammlungen; aber all' das haben wir uns erst gerichtlich erkämpfen müssen. Gestalten Sie die Organisation so, daß sie auch für uns paßt.

König-Bochum: Es ist für uns zur Nothwendigkeit geworden, eine festere Form der Organisation zu finden. Vielleicht empfiehlt sich im § 1 die Bestimmung, daß die Genossen verpflichtet sind, das am Orte erscheinende Parteiblatt zu unterstützen. Auch feste Beiträge sind erforderlich, wenn ich auch gegen die feste Einheitsmarke bin. Wir in Bochum erheben jetzt einen bestimmten Beitrag. Gerade für Westfalen ist es nothwendig, im Organisationsstatut einen festen Beitrag als Bedingung der Parteizugehörigkeit zu verlangen. Die Westfälinger müssen mit der Nase darauf gestoßen werden, sonst kommen sie mit ihrem harten Schädel nicht hin. (Heiterkeit.) Die Ausschlußbestimmung durch den Vorstand ist bedenklich, der Ausschluß erfolgt weit besser von unten, statt daß er von oben diktirt wird.

Schulz-Erfurt: Die Erfurter Genossen sind mit dem Entwurfe der Fraktion durchaus einverstanden, nur kleine Mängel wünschen sie beseitigt zu sehen. So müßte der § 1 umgestaltet werden; wir haben im Thüringer Wald arme Gegenden, wo regelmäßige Beiträge nicht aufgebracht werden können, es ist uns nicht möglich, überall Vertrauensmänner einzusetzen, es kann nicht schaden, wenn wir im § 1 aussprechen, daß im Falle wirklicher Unmöglichkeit die Bezahlung regelmäßiger Beiträge nicht Bedingung für die Parteizugehörigkeit ist. Mit dem Wiesbadener Antrag in der Ausschlußfrage bin ich einverstanden. Im § 8 scheint mir die Form des Entwurfes sehr glücklich gewählt, weil sie allen Besonderheiten Rechnung trägt, gegen eine ausschließliche Zentralisation erklären wir uns unbedingt. Die historisch gewordenen Verhältnisse müssen berücksichtigt werden, ein schematisches Zentralisiren läßt sich nicht durchführen. Ein großer Rückschritt aber wäre es, wenn der Antrag 72 angenommen würde und wir wieder zu den früheren Zuständen zurück müßten. Wir hatten in vielen Orten die Vertrauensmänner und daneben den sozialdemokratischen Verein, das gab zu manchen Mißhelligkeiten und Reibungen Anlaß. Das ist beseitigt, wenn der sozialdemokratische Verein das Zentrum der Bewegung bildet; dort kann die Schulung der Mitglieder weit besser vorgenommen werden. Ich be-

greife ja den Wunsch der Frauen, aber in den Staaten, wo sie Mitglieder sozialdemokratischer Vereine werden können, ist mitunter von einer Frauenbewegung nichts zu merken. Ich war jüngst in Bremen in einer entscheidenden Versammlung; in Bremen sind die Frauen durch kein Vereinsgesetz gehindert und doch kommen sie nicht in die Versammlung; zwei oder drei Frauen, die ihre Männer nicht allein lassen wollten, drückten sich zaghaft an der Wand, das war Alles. In Hessen fällt es den Frauen auch nicht ein, sich an der Bewegung zu betheiligen. Nun sollen wir unsere gute Organisation durchbrechen, nur um einzelne Frauen, deren parteigenössische Tüchtigkeit ich anerkenne, die Möglichkeit zu geben, sich zu betheiligen. Nach unseren Erfahrungen betheiligten sich bisher Subalternbeamte und Staatsarbeiter auch nicht an unseren öffentlichen Parteiversammlungen. Darauf brauchen wir nicht besonders Rücksicht zu nehmen; mit der Kommissionsberathung bin ich einverstanden.

Hoch-Berlin III: Wir haben gar keine Veranlassung, an dem bisherigen Organisationsstatut, das sich durchaus bewährt hat, mehr zu ändern, als durch die gesetzlich geschaffene Lage geboten ist. Insbesondere erkläre ich mich gegen eine festere Organisation; die Tüchtigkeit wird nicht erst bedingt durch die Vereinszugehörigkeit, wir müssen auch Rücksicht auf die Frauen nehmen, die sonst Genossen zweiter Güte werden würden. Ebenso halte ich den Vorschlag betreffend die Geldmittel nicht gerade für sehr glücklich, wir sind bisher nicht schlecht gefahren, wie die Abrechnung zeigt, trotzdem in dem Statut die Verpflichtung der Unterstützung durch Geldmittel nicht ausgesprochen ist. Man kann auch Geld aufbringen, ohne daß es auf dem Papiere steht. Wohl aber bitte ich um Annahme des Antrags, betreffend das Recht der Delegirten auf Einsichtnahme der Bücher; es kann nicht schaden, wenn das ausdrücklich ausgesprochen wird.

Grimpe-Elberfeld: Gestern haben wir eine Polendiskussion gehabt und heute scheint die Diskussion über den Organisationsentwurf in eine Frauendiskussion auszuarten. Die Beschwerden der Frauen über die Antipathie gegen die Frauenbewegung in der Partei sind unberechtigt. Einzelfälle darf man nicht verallgemeinern und durch besondere Bestimmungen im Organisationsstatut beseitigen wollen. Die Thatsache, daß man so vielfach unsere Genossinnen als Rednerinnen beansprucht, sollte doch zeigen, daß die Klagen unberechtigt sind; die Frauen betheiligen sich ja an der Bewegung auch in den Landestheilen so gut wie garnicht, wo vereinsgesetzliche Beschränkungen nicht vorhanden sind. Bezüglich der Beiträge zur Partei bin ich durchaus der Ansicht Auer's, aber was er sagte, steht eben nicht im Entwurf, und mit Rücksicht auf die arme rheinische Weberbevölkerung muß ich bitten, den Antrag Elberfeld anzunehmen. Besonders gründliche Beherzigung allerseits verdienen die Darlegungen Auer's über die Vertrauensmänner. Mit persönlichen und lokalen Fragen darf der Partei-Vorstand womöglich wenig behelligt werden, es ist durchaus falsch, die ganze Autorität der Parteileitung in die Wagschale zu werfen, um eine Persönlichkeit, die nur eine lokale Bedeutung hat, eventuell aus der Partei auszuschließen; das muß den Parteigenossen am Ort überlassen bleiben. In Bezug auf die fernere Entwickelung der Partei, die einen immer mehr föderativen Charakter annimmt, ist es geboten, daß die Parteileitung die Beschlüsse der Landes- resp. Provinzialorganisation berücksichtigt.

Südekum-Dresden: Ein Theil des Widerspruchs gegen § 1 ist auf ein Mißverständniß zurückzuführen, insofern viele Genossen glaubten, daß sie neben den schon bisher gezahlten Beiträgen nun noch einen Extrabeitrag leisten sollen. Gegen den § 2 spreche ich mich aus, nicht zum Schutze der Parteigenossen, sondern des Vorstands. Wenn der Vorstand einen Ausschlußbeschluß gefaßt hat und die Genossen am Orte fügen sich nicht, so bliebe dem Vorstand nichts übrig, als auf dem Parteitage die Kabinettsfrage zu stellen. Der Vorschlag von Wiesbaden kann so wie er ist unter keinen Umständen angenommen

werden, das wird ja in der Kommission in Anlehnung an ein bereits eingebrachtes Amendement näher erörtert werden. Gestern sagte Auer in seiner sehr interessanten und schönen Rede, daß die Bayern, zu denen ich mich doch wenigstens zu einem Viertel auch rechnen darf, nicht sehr galant gegen die Frauen seien, da sie eine streng zentralistische Vereinsorganisation eingeführt haben Aber die Galanterie seiner Landsleute geht doch weiter, nämlich daneben ist gerade mit Rücksicht auf die Frauen auch die lose Vertrauensmänner-Organisation im Gang und zur Verbindung mit der deutschen sozialdemokratischen Partei immer benutzt worden. Aber mit dieser Höflichkeit und diesem Entgegenkommen sind sie auf wenig Dank bei den Frauen gestoßen, denn von einer bayrischen Frauenbewegung ist nichts zu merken. Der Vorschlag des Entwurfs der sich mit dem „Vorwärts" beschäftigt, kann so nicht angenommen werden, da er einen Zustand verkleistern will, der auf die Dauer nicht haltbar ist. Nehmen Sie an, auf diesem Parteitag wird die Wahlbetheiligung in Preußen beschlossen und die Zusammensetzung der Berliner Preßkommission sei derart, daß sie aus strengen Gegnern der Wahlbetheiligung bestände, so hätte sie es in der Hand, das Zentralorgan derart zu beeinflussen durch Auswahl der Redakteure oder sonstige Maßregeln, daß der „Vorwärts" dagegen schriebe oder wenigstens nichts dafür thue. Solche Sachen sind ja, wie man erzählt, in Berlin schon dagewesen. Sei dem wie ihm wolle, es wird die beste Lösung sein, daß man das Zentralorgan überhaupt aufgiebt und den Berlinern ihr Organ einfach überläßt, dann können sie und ihre Preßkommission natürlich auch mit der taktischen und prinzipiellen Haltung des „Vorwärts" zunächst machen was sie wollen, aber jedenfalls ist ihnen doch nicht eine Art Ober-Kontrollrecht über die Haltung des Zentralorgans der Partei eingeräumt. (Beifall.)

Gewehr-Elberfeld: Wir können bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht das Prinzip der strengen Zentralisation durchführen; vielleicht wäre der Partei-Vorstand am ehesten dazu geneigt, aber auch er muß mit den gegebenen Thatsachen rechnen. Einen besseren Entwurf als den vorgeschlagenen werden wir kaum machen können. Ich möchte noch den im „Vorwärts" vom Parteisekretariat erhobenen Vorwurf zurückweisen, als habe die Parteipresse einen Artikel von Parvus über die Organisation unbesehen abgedruckt. Das stimmt nicht, ein großer Theil der Provinzpresse hat den Artikel nicht aufgenommen, weil es klar war, daß er vom grünen Tisch aus geschrieben war. Wundern muß ich mich darüber, daß so viele Genossen die wirklichen Verhältnisse unberücksichtigt lassen. Wir können ruhig da, wo es möglich ist, die Parteigeschäfte den Wahlvereinen überlassen. Daß ein Vertrauensmann bestehen muß, ist selbstverständlich; wie der Vertrauensmann gewählt wird, ob öffentlich oder vom Verein oder vom Vorstand, das ist doch gleichgiltig; auf solche Wortklaubereien sollten wir uns nicht einlassen. Meine Parteigenossen haben nur an dem Paragraphen, der vom Ausschluß handelt, etwas auszusetzen. Da erscheint mir der von Wiesbaden beantragte Vorschlag, der im Wesentlichen die Formalitäten des Ausschlusses beim Alten läßt, richtiger. Noch besser wäre es, wenn beide Parteien den Vorstand als zweite Instanz anrufen könnten. Bezüglich der Frauenagitation stimme ich dem Genossen Schulz bei.

Fendrich-Karlsruhe: Die Karlsruher Genossen sind der Ansicht, daß das Gericht, das über den Ausschluß aus der Partei entscheidet, möglichst weit vom Ort der Streitigkeiten entfernt liegen soll. Deshalb sind wir im großen Ganzen für den Antrag Wiesbaden. Nur möchte ich, daß dem Gericht noch zwei Mitglieder der Kontrollkommission beigegeben werden, die doch gewiß unparteiisch sind. Bei uns in Karlsruhe hat es sich gezeigt, wie schädlich es ist, wenn die Genossen am Ort darüber entscheiden; da wird ein Genosse aus der Partei ausgeschlossen, eine andere Versammlung hob diesen Beschluß auf. Daß der Partei-Vorstand gegen den Ausschluß von Bueb war, war für mich sehr interessant zu hören. Ich habe

also recht darin behalten. In der Frauenfrage sollten wir Manchestermänner sein und das freie Spiel der Kräfte walten lassen.

Frau **Zetkin**: Ich stehe im Wesentlichen auf dem Boden des uns vorgelegten Entwurfs. Ich gehöre nicht zu Denen, die, seien es sittliche, seien es ästhetische Bedenken dagegen haben, daß im § 1 das Wort Geld enthalten ist. Es hört sich ja recht schön an, wenn in der Oper gesungen wird: Ach, das Geld ist nur Chimäre, im wirklichen Leben jedoch spielen sich die Verhältnisse nicht so einfach ab wie in der Oper, und wir als kriegführende Partei bedürfen in ganz eminenter Weise der Mittel zu unserer Kriegsführung. Ich habe auch keine Bedenken gegen § 2, welcher dem Vorstand die Vollmacht ertheilt, unter Umständen den Parteigenossen auszuschließen. Die dagegen geäußerten Bedenken scheinen mir doch in der äußersten Konsequenz, wie sie in den Artikeln von Parvus zum Ausdruck kommen, der Auffassung entsprungen, als ob die Sozialdemokratie eine kleine Sekte wäre, deren Mitgliedschaft sich auf den Vorstand beschränkt, und wo es die vornehmliche Thätigkeit des Vorstandes wäre, seine Mitglieder untereinander auszuschließen. Ich bin überzeugt, daß jeder Vorstand, auch ein Vorstand, der nicht so vollkommen und mustergiltig wäre, wie der, dessen Vorzüge uns Auer gestern so beredt geschildert hat, die Vollmacht, die ihm der § 2 giebt, weit weniger als eine Machtfülle betrachten würde, denn als eine Last, von der er sagen möchte: mich gelüstet nicht nach dem theuren Lohn. Aus praktischen Gründen bin ich dafür, daß wir dem Vorschlag Auer's entsprechend dem Antrag Wiesbaden, amendirt durch den des Referenten, zustimmen. Was die Zusammensetzung des Vorstandes betrifft, so befürworte ich den Antrag Scholz und Genossen, den Partei-Vorstand um zwei Mitglieder zu vermehren. Dieser Antrag bedeutet durchaus nicht ein Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Vorstand, aber der gleiche Grund, den Auer für die Vermehrung der Zahl der Kontrolleure angeführt hat, nämlich das Wachsen und die Ausdehnung der Partei, müßte dafür sprechen, daß mit Rücksicht auf die gestiegene Arbeitslast des Vorstandes zwei weitere Mitglieder zugezogen werden. Und derselbe Wunsch, den Auer gestern in Bezug auf uns Frauen geäußert hat, daß wir nicht nur Hunderte, sondern Hunderttausende wären, damit die Einzelnen nicht in Folge der Ueberlastung oft griesgrämig und grillig werden, denselben Wunsch äußere ich aus der gleichen wohlwollenden Gesinnung heraus in Bezug auf den Vorstand. Wir haben Grund, ihn zu entlasten, damit wir die einzelnen Mitglieder desselben und besonders unseren lieben Freund Auer jederzeit eben so liebenswürdig mit zwei Tonnen Honig rechts und links vor uns sehen, wie wir ihn gestern und heute kennen gelernt haben. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Aber noch ein anderer Grund bestimmt mich, für den Antrag einzutreten. Zwar ist dieser Grund heikler Natur, ich fürchte mich aber nicht, ihn auszusprechen, denn unsere Genossen im Partei-Vorstand sind ja Gott sei Dank nicht Modedamen, die wegen einer Anspielung auf ihr Alter in Zittern und Angst gerathen. Man darf ruhig darauf hinweisen, daß alle Vorstandsmitglieder schon betagt sind, seit langen Jahren im Vordertreffen des Kampfes stehen, daß sie in hohem Maße überanstrengt sind. Ich will hier durchaus nicht die Rolle des Todtenkäuzchens spielen und dem Vorstande ein memento mori zurufen. Wenn es Einen giebt, der dem Vorstande von Herzen das ewige Leben wünscht, so bin ich es. Aber unsere Wünsche haben keine zwingende Gewalt; das hat uns gerade der jähe Tod Liebknecht's gezeigt. Meine Erfahrungen haben mich zu der Ansicht geführt, daß zu der Erledigung der Parteigeschäfte eine langjährige Kontinuität des Arbeitens nothwendig ist. Ich würde es daher mit Freuden begrüßen, wenn jüngeren Kräften Gelegenheit gegeben würde, sich unter der bewährten Leitung unseres jetzigen Vorstandes allmälig einzuarbeiten, und ich glaube, daß ich mich da mit den geheimen Herzenswünschen unseres Auer begegne, der ja noch heute Morgen geschildert hat, wie erwünscht es wäre, wenn frisches Blut in

den Vorstand käme. Mir lag bis dahin diese Argumentation fern, aber als Auer so beredt davon sprach, da tauchte in mir der Gedanke auf: dem Manne kann vielleicht geholfen werden. (Heiterkeit.) Ich komme nun zu dem Paragraphen, der von den Trägern des Parteilebens handelt. Es wäre wünschenswerth, die jetzige Fassung des Status beizubehalten, wonach der Schwerpunkt des Parteilebens in den öffentlichen Versammlungen liegt. Es versteht sich von selbst, daß ich zunächst pro domo im Interesse des weiblichen Geschlechts dafür plädire. So lange uns Frauen das Recht zusteht, in eigenen Versammlungen Vertrauenspersonen zu wählen, so lange wir sogar das Recht haben, in besonderen Frauenversammlungen Delegirte zu wählen, so lange können wir jederzeit in der Partei mitarbeiten. Aber von dem Augenblick, wo wir den Schwerpunkt des Parteilebens in allen Ländern in feste Organisationen verlegen ohne Rücksicht auf die Vereinsgesetzgebung, da nehmen Sie den Frauen das Recht, mitzuarbeiten. Es widerspricht dem Prinzip unserer Partei, daß wir Mitglieder haben, die wohl alle Lasten tragen und alle Pflichten erfüllen müssen, aber nicht alle Rechte haben dürfen. Aber nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus praktischen Gründen wende ich mich dagegen. Denn wenn die Genossinnen nur mitarbeiten, aber nicht mitentscheiden dürfen, so nehmen Sie ihnen den Appell an ihr Persönlichkeitsgefühl, das zu den höchsten Leistungen anspornt. Gewiß kann man sagen, die Zahl der Frauen ist so klein, daß wir nicht Rücksicht auf sie zu nehmen brauchen; aber das legt ihnen nur die Pflicht auf, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Zahl der Genossinnen sich vergrößert. Sie können weiter die Leistungen der Frauen kritisiren, das ist Ihr Recht und Ihre Pflicht. Zeigen Sie uns unsere Fehler, wir werden Ihnen dankbar sein. Aber ebenso wenig wie Sie aus dem Umstande, daß viele Wähler das Wahlrecht garnicht oder in falscher Weise ausüben, die Berechtigung herleiten dürfen, auf das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verzichten, ebensowenig dürfen Sie deshalb, weil gegenwärtig die Frauen noch nicht genug leisten, die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts beeinträchtigen. Ich verkenne nicht die Schäden, die darin liegen, wenn die Entscheidung über alle Fragen in Versammlungen liegt. Ebenso wie einem Ausspruch Friedrichs des Großen zu Folge der Herrgott mit den größten Schwadronen ist, so sind Volksversammlungen mit den größten Schwadroneuren. (Heiterkeit.) Aber gerade die freien Volksversammlungen gehören zu den wichtigsten Mitteln, um das demokratische Prinzip zu verwirklichen. (Lebhafter Beifall.)

Scheibe-Hartmannsdorf und einige andere Delegirte beantragen Schluß der Generaldiskussion. Frau Ihrer-Berlin spricht gegen den Schluß. Diese Frage ist die wichtigste, die den Parteitag beschäftigt. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Eichhorn-Mannheim: Mir wäre es lieber gewesen, der Schluß wäre angenommen, dann hätte ich mir meine Ausführungen gespart. (Große Heiterkeit.) Nun habe ich aber einmal das Wort. Die wenigen Aenderungen, die der Entwurf an unserem Statut bringt, werden unsere Partei sicher nicht ruiniren. Mit dem Beitragsvorschlag bin ich durchaus einverstanden. In der Frage des Ausschlusses stehe ich auf dem Standpunkt des Antrags Wiesbaden. Wenn man das Amendement Gewehr-Elberfeld annimmt, dann kann man sich die von Fendrich vorgeschlagenen zwei weiteren Kontrollkommissionen sparen. Die juristischen Aenderungen hätte ich am liebsten ganz weggewünscht; es sieht immer wie eine Art Mißtrauen gegen die Delegirten aus, es wird jedenfalls eine redaktionelle Aenderung nothwendig sein. Zur Frauenfrage kann ich der Genossin Ihrer nicht recht geben, daß die Frauen nicht dieselben Rechte haben. Es kann ja jede Frau schon jetzt zum Vertrauensmann gewählt werden (große Heiterkeit) . . ., zur Vertrauensperson, sie werden aber nicht gewählt. Es ist nun einmal vielfach wenig Geneigtheit vorhanden, die Frauen zu den

Zirkeln hinzuziehen, man hat ja wohl das Gefühl, daß dabei doch nichts Gescheidtes herauskommt. (Heiterkeit.) Aber wir müssen eben die Frauen erziehen, und sie haben durchaus recht, wenn sie betheiligt sein wollen. Daher halte ich es für richtig, in das Statut eine Bestimmung aufzunehmen, die den Genossinnen das Recht giebt, an einzelnen Orten zur Förderung ihrer Agitation neben oder unter den Männern ihre Vertrauenspersonen zu wählen, die als gleichberechtigte Mitglieder an allen Arbeiten der Organisation theilnehmen können.

Hoffmann-Berlin IV: Zu § 1 ist von Berlin IV der Antrag gestellt, hinzuzufügen: „oder durch anderweite Thätigkeit unterstützt“. Auer hat den ganzen ihm zur Verfügung stehenden Spott über diesen Antrag ausgeschüttet, indem er fragte, worin diese anderweitige Thätigkeit bestehen solle, etwa im Spazierengehen? Ich meine, man sollte doch Anträge, die in großen Versammlungen, in denen die thätigen Genossen anwesend waren und ernsthaft daran gearbeitet haben, gefaßt sind, nicht in solcher Weise der Lächerlichkeit preisgeben. Kein anderer Delegirter wird unseren Antrag so verstanden haben, wie Auer. Ich lade Auer ein, solche Spaziergänge, wie ich sie verstehe, mit uns zu machen, Flugblätter zu verbreiten, treppauf, treppab; es ist ihm vielleicht aus früherer Zeit nicht mehr erinnerlich, daß diese Thätigkeit unter Umständen viel mehr werth ist, als 20 oder 25 Pfg. pro Monat, wenn man sonst nichts für die Partei thut. Ich meine, diese anderweitige Thätigkeit ist eine der Hauptthätigkeiten. Prozentual, sagt Auer, würde Berlin ja auf die einzelnen Mitglieder der Partei bedeutend weniger leisten, als die übrigen. Das mag zugegeben werden, ist auch ganz erklärlich, kein Ort hat so viel Zufluß wie Berlin, gerade aus den dunkelsten Gegenden Deutschlands, von Leuten, die immer wieder erst neu angelernt werden müssen. Aber so nothwendig das Geld ist zum Kriegführen, der Hauptwerth liegt in der anderweitigen Thätigkeit, in der so nothwendigen Kleinarbeit. Wenn angeführt ist, daß Zehntausende Staatsarbeiter garnicht Mitglieder der geschlossenen Organisation werden können, so wäre es um so nothwendiger, den Antrag 35 ein wenig zu berücksichtigen, wenn auch nicht in der Form, wie er vorliegt, mit einem vorgeschriebenen Beitrag von 20 oder 25 Pf., aber daß das den Wahlkreisen empfohlen wird, wie es bereits in mehreren Wahlkreisen eingeführt ist, einen freiwilligen Wochenbeitrag einzuführen, der es ermöglicht, auch Diejenigen heranzuziehen, die nicht Mitglieder einer festen Organisation werden können. Was den Ausschluß aus der Partei anlangt, so dürfen die Rechte der Kreise nicht geschmälert werden. Bezüglich der Vertrauensmänner-Organisationen stehe ich durchaus auf dem Standpunkt der Genossin Zetkin. Die Art, wie Albrecht die Sache behandelt, der sagt: ja wir haben die Organisation in die Vereine hineingelegt, wir haben in Anhalt keine Frauen und bis das kommt, können wir ja abwarten — die platonische Liebe Albrecht's wird den Frauen wenig nützen. (Heiterkeit.) Wir müssen darauf gefaßt sein, daß, wenn einmal wieder ein schärferer Wind weht, man in Preußen, obgleich bei uns Frauen in Vereinen nicht sein können, es als einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz ansieht, wenn Vereine in anderen Bundesstaaten, die Frauen als Mitglieder haben, mit unseren in Verbindung treten. Sie wissen ja, daß ein richterliches Urtheil oft davon abhängt, ob über dem Richterkollegium der Geist eines Brausewetter schwebt oder nicht. Aus allen Gründen halte ich das Vertrauensmännersystem für das Beste. Zu dem Antrag auf Verstärkung des Partei-Vorstandes um zwei Mitglieder habe ich nach den vorzüglichen Ausführungen der Genossin Zetkin nichts weiter zu bemerken. Der Antrag zu § 14, das Gehalt des Leiters der Buchhandlung auf dem Parteitage festzusetzen, ist eine Konsequenz der gestrigen Debatte, und ich glaube, daß der Parteitag dem zustimmen wird. Was für den Partei-Vorstand in dieser Beziehung gilt, muß auch für die Buchhandlung

gelten und umgekehrt; solchen Vorkommnissen muß für die Zukunft ein Riegel vorgeschoben werden. Ebenso ist es mit dem § 18. Wenn im Antrag 31 verlangt wird, daß die Buchhandlung der Kontrolle der Preßkommission unterstellt wird, so ist damit nicht gemeint, lediglich der Kontrolle der Berliner, sondern neben dem Vorstande und der Kontrollkommission; dann haben die Berliner ein Drittel mitzureden. Wenn von 10 pCt. gesprochen wird, so vergißt man, daß die Provinz Brandenburg meist durch die Berliner Buchhandlung mit versorgt wird. Und wenn wir auf unser Recht verwiesen werden, hier auf dem Parteitag unsere Proteste vorzubringen, so haben wir ja gestern gesehen, daß der Protest zu spät kommt. Wandel muß geschaffen werden; wollen Sie den Berlinern das Recht nicht einräumen, dann schaffen Sie eine andere Instanz. Südekum meint, wir könnten nach § 18 ja nur Gegner der Wahlbetheiligung in die Redaktion setzen. Wenn die Wahlbetheiligung beschlossen wird, so haben die Berliner bisher gezeigt, daß sie Disziplin besitzen. Beschließt der Parteitag die Wahlbetheiligung, dann werden wir uns schon aus dem Grunde dem Beschluß fügen, um Ihnen zu zeigen, daß wir recht haben und daß wir mit der Wahlbetheiligung die blamirten Europäer sind. (Heiterkeit.) Wir sind nicht angekränkelt von den sächsischen Verhältnissen, wie es bei Südekum schon der Fall zu sein scheint. (Heiterkeit.) Deshab sind seine Befürchtungen überflüssig.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Der Punkt „Organisation" geht mit sämmtlichen dazu gestellten Anträgen an eine Kommission von 25 Mitgliedern. Die Kommission wird aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Vollmar-München, Wasner-Stuttgart, Böhle-Straßburg, Quarck-Frankfurt a. M., Gewehr-Elberfeld, Stubbe-Hamburg, Meister-Hannover, Ernst-Berlin VI, Stadthagen-Berlin, Scholz-Berlin II, Eberhardt-Charlottenburg, Schubert-Teltow-Beeskow, Haase-Königsberg, Sindermann-Dresden, Kühn-Langenbielau, Zietz-Hamburg, Ihrer-Berlin V, Auer-Berlin, Kaden-Dresden, Scherm-Nürnberg, Opificius-Pforzheim, Berthold-Darmstadt, Zetkin-Stuttgart, Vetterlein-Gera und Albrecht-Halle.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Ulrich.

Antrick-Berlin erstattet den **Bericht der Mandatprüfungs-Kommission:** Anwesend sind 198 Delegirte mit 226 Mandaten. Hinzu kommen 5 Mitglieder vom Partei-Vorstand, die Mitglieder der Kontrollkommission, 30 Mitglieder der Reichstagsfraktion (ohne Mandate), der Vertreter des Hamburger Parteigeschäftes, der Vertreter der Redaktion des „Vorwärts", sowie die vom Ausland erschienenen Gäste, Pernerstorfer, Dr. Ellenbogen und Nemec aus Oesterreich und B. Askew vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London. Die Kommission beantragt, sämmtliche Mandate, mit Ausnahme von zweien, gegen welche Protest eingelegt ist, für giltig zu erklären.

Der Mandatprüfungs-Kommission ist ein Schreiben von Raith, dem Delegirten des zweiten Münchener Wahlkreises, zugegangen, in dem er mittheilt, daß er wegen der Lage des Schreinerstreiks in München nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben. Das Schreiben wird durch Kenntnißnahme erledigt.

Gegen die Art der Wahl von Ewers (Hildesheim-Alfeld) ist ein Protest eingegangen; diese Wahl soll in einer Vereinssitzung erfolgt sein, deren Tagesordnung nicht einmal öffentlich bekannt gewesen sei. Die Mandatprüfungs-Kommission beantragt, diesen Protest für erledigt zu erklären, da Ewers seine Wahl durch eine nachträgliche öffentliche Wahl hat bestätigen lassen. Indessen macht die Mandatprüfungs-Kommission darauf aufmerksam, daß ein Beschluß

des Breslauer Parteitages es den Genossen ausdrücklich zur Pflicht macht, ihre Delegirten zum Parteitag in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Gegen diesen Beschluß ist in einer Anzahl von Fällen verstoßen worden. Die Kommission sieht trotzdem von einem Antrag auf Ungiltigkeitserklärung dieser Mandate ab, da sie es in Anbetracht dessen, daß durch die Aenderung der Vereinsgesetzgebung die Grundlage für jenen Breslauer Beschluß fortgefallen ist, diesmal ausnahmsweise für statthaft hält, von jenem Beschlusse abzuweichen. In Zukunft wird durch das neue Organisationsstatut diese Angelegenheit aus der Welt geschafft sein.

Ein zweiter Protest richtet sich gegen die Wahl von Grünwald-Hamburg I, der gleichfalls in einer Vereinsversammlung gewählt ist, was aber nicht beanstandet ist, und der als Vorsitzender des Vereins mit Unterstützung der übrigen Bureaumitglieder das Wahlresultat festgestellt haben soll. Die Kommission beantragt, da nirgends im Organisationsstatut die Feststellung eines Wahlresultats durch den Vorsitzenden untersagt ist und wegen der völligen Unsubstantiirtheit des Protestes, denselben abzuweisen. Will man etwa eine Fälschung vorwerfen? Dann müßte man doch wenigstens versuchen, Beweise zu erbringen.

Grünwald-Hamburg I: Wir haben die Wahl in einer Mitgliederversammlung vorgenommen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß sich sonst eine ganze Reihe von Personen an der Wahl betheiligen, die garnicht im Wahlkreise wohnen und die wir zum Theil auch garnicht als Parteigenossen betrachten können. Ich habe in jener Sitzung nicht den Vorsitz geführt und erkläre es auch für eine Unwahrheit, daß ich das Resultat festgestellt hätte. Auf das thörichte Gerede von einer Unrichtigkeit des Wahlresultates lasse ich mich nicht ein; Jeder blamirt sich so gut, wie er kann.

Frau **Zietz**: Mir, als der durchgefallenen Gegenkandidatin, ist es gewiß unangenehm, hierzu zu sprechen; ich habe aber die Pflicht, Irrthümer richtig zu stellen. Der Protest stützt sich hauptsächlich darauf, daß der Kandidat das Wahlresultat mit feststellte. Die Genossen, die den Protest erhoben, sind der Meinung, daß das unbedingt unzulässig ist, um so mehr, da man im III. Hamburgischen Wahlkreise damit schlechte Erfahrungen gemacht hat. Wird also an dem Resultat auch nichts geändert, so ist durch die Besprechung des Falles hier der Zweck des Protestes erreicht. Aber wenn ich auch im Prinzip nichts gegen Mitgliederversammlungen hätte, ist es doch ein Unrecht, eine ganze Reihe von Personen, die wohl zur Partei gehören, wenn sie auch nicht Mitglieder eines Wahlvereins sind, von der Wahl auszuschließen. (Zuruf: Mit vollem Recht!)

Schöpflin-Chemnitz: Ich bitte, der Vorrednerin nicht zu folgen, sonst müßten mein Mitdelegirter Riemann und ich auch unsere Mandate niederlegen. Bei uns kommt auch Niemand herein, der sich nicht an der Thür als Parteigenosse ausweisen kann. Wir haben es nämlich satt, daß Leute, die man sonst Jahre lang nicht zu sehen bekommt, zu einer ganz bestimmten Sache kommen. (Sehr gut!) Den Chemnitzern ist es nicht eingefallen, das für unzulässig zu erklären. Solche Dinge sind doch ganz merkwürdig; es scheinen mir das gewisse spezifische Frauenmarotten zu sein. (Heiterkeit und Beifall.)

Grünwald-Hamburg: Wir machen es den Frauen sehr bequem, sich als Parteigenossinnen zu bethätigen; sie brauchen nur 10 Pf. monatlich zu zahlen und haben dann alle Rechte. Wir sind in Hamburg an eine stramme feste Organisation gewöhnt, wir machen den Anspruch, daß, wenn einer sich Genosse nennt, er es auch zu beweisen hat. Wenn unsere Frauen nicht Opfer bringen, dann sollen sie auch nichts zu sagen haben.

Ewers-Hannover 10: Um das Interesse an der Agitation zu wecken, haben wir beschlossen, die Wahl in einer Mitgliederversammlung vorzunehmen und eine Kreiskonferenz hat unseren Beschluß gutgeheißen. Als mir dann mit-

getheilt wurde, daß ein Protest eingereicht worden sei, haben wir nachträglich die Wahl durch eine öffentliche Versammlung bestätigen lassen.

Frau **Zietz**: Es ist unrecht, Jeden, der seinen Obolus nicht beiträgt, nicht als Parteigenossen zuzulassen. Wir weisen sie doch nicht zurück, wenn sie uns bei den Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. (Lachen) Ich weise es entschieden zurück, daß es sich hier um eine Frauenmarotte handelte. Den Protest haben eine ganze Anzahl Genossen erhoben, nicht ich. Ich hatte persönlich dazu um so weniger Anlaß, da ich ja trotzdem nicht von der Thätigkeit auf dem Parteitage ausgeschlossen war. Da von mir der Fall rein sachlich behandelt, hätte ich erwartet, daß es auch von der anderen Seite geschehe.

Die Diskussion schließt hiermit. Die **Anträge der Mandatsprüfungs-Kommission** werden **angenommen**.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung: **Maifeier.**

Hierzu liegt die folgende Resolution 63 vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Metzner-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Anträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Ich will nur einen kurzen Rückblick darauf werfen, wie die Maifeier bisher begangen wurde, und da kann ich nur sagen, daß ein Theil der Arbeiter den 1. Mai feiert, während ein anderer Theil ihn unbeachtet läßt. Wenn das, was in meiner Resolution ausgedrückt ist und was sich vollständig mit unseren früheren Beschlüssen deckt, zur Ausführung gelangen soll, so muß es doch in erster Linie Pflicht jedes Arbeiters sein, soweit es in seiner Macht steht, den Inhalt der Resolution auch durch die That zu befolgen. Ich empfehle Ihnen einfach die Annahme der Resolution und bitte dafür zu sorgen, daß ihr Inhalt mehr als leider in letzter Zeit beachtet wird. (Beifall.)

Der Parteitag nimmt die **Resolution** debattelos und **einstimmig an**.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die **Weltpolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 64 vor.

Singer-Berlin: Parteigenossen! So ehrenvoll es für mich auch ist, vor dem Parteitag zu referiren und so sehr ich der Meinung bin, daß jeder Parteigenosse die Pflicht hat, die Aufgaben, die ihm im Interesse der Partei gestellt werden, zu erfüllen, so werden Sie es doch begreifen, wie schwer es mir wird, gerade heute über dies Thema vor Ihnen zu sprechen, wenn ich daran denke, wer eigentlich an dieser Stelle stehen sollte. Die Parteileitung hat die Weltpolitik auf die Tagesordnung gesetzt auf Anregung, jedenfalls unter lebhafter Zustimmung unseres großen Todten Wilhelm Liebknecht. Es war eine seiner letzten Arbeiten im Dienste der Partei, als er mit uns gemeinsam die Gründe besprach, die es uns zur Pflicht machen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich vor Ihnen auseinandersetzen, wie geeignet gerade Liebknecht zur Erörterung der Weltpolitik gewesen wäre. Das Geschick, welches ihn und uns betroffen, hat es anders gefügt und ich kann Sie nur bitten, mit dem vorlieb zu nehmen, was ich an Liebknecht's Stelle, in dem der Widerspruch gegen die Weltpolitik ja seinen kraftvollsten Vertreter hatte, bieten kann.

Gegenüber der Einmüthigkeit, mit der die gesammte Parteipresse und alle Parteiversammlungen sich gegen die abenteuerliche, gewaltsame und die Volkskraft verheerende Weltpolitik ausgesprochen haben, wäre es übel angebracht, wollte ich den Parteitag mit langen Ausführungen behelligen. In der von der herrschenden Klasse betriebenen Weltpolitik wird der Gegensatz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt offenbar. Im Kampf gegen den Militarismus, welcher der Träger der europäischen Weltpolitik ist, findet die Sozialdemokratie ihren Beruf, und ich glaube recht zu haben, wenn ich behaupte, daß die Weltpolitik, die jetzt betrieben wird, wesentlich durch diejenigen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft verursacht wird, welche die Sozialdemokratie am allerenergischsten zu bekämpfen hat.

Ich habe Ihnen eine Resolution unterbreitet, und ich möchte an der Hand derselben nachweisen, wie nothwendig es ist, daß der Parteitag Stellung zur Weltpolitik nimmt. Während wir uns bisher mehr oder weniger mit der Regelung unserer Partei-Angelegenheiten beschäftigt haben, während wir uns bisher damit beschäftigt haben, unsere Organisation zu einer thatkräftigeren zu gestalten, befassen sich die nächsten Gegenstände der Tagesordnung mit den allgemeinen Verhältnissen. Es sind Gegenstände, die die Arbeiterklasse auf das Tiefste berühren; das gilt sowohl von der Weltpolitik, als auch von der Verkehrs- und Handelspolitik.

Meine Resolution legt einleitend den Zweck der Weltpolitik dar und führt aus, worauf sich diese Politik stützt. Es heißt da zu Anfang: Der Parteitag erklärt:

„Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet."

Ich bitte Sie, diesen Sätzen zuzustimmen. Es entspricht ja der Geschichts- und ökonomischen Auffassung der Sozialdemokraten, die Ursachen festzustellen, welche in der Politik in Erscheinung treten, und es kann nach meiner Meinung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir die Gründe dieser abenteuerlichen chauvinistischen Weltpolitik zu suchen haben in der Beutegier des Kapitalismus. Die Entwickelung des Kapitalismus hat dahin geführt, daß durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Gier nach Vermehrung nicht mehr im Inland Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu benutzen, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentriren.

Diese Politik beruht, wie ich weiter in meiner Resolution sage, auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubsucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Wer die Entwickelung dieser Weltpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat, der weiß, daß die Folgen dieser Politik in diesen Sätzen richtig gekennzeichnet worden sind. Im Namen der Zivilisation, im Namen der Kultur wird sie angeblich betrieben, die Mittel aber, welche für sie aufgewendet werden, sind der blutigste Hohn auf Zivilisation, auf Kultur. Diese Weltpolitik ist eine Raubpolitik, eine Eroberungspolitik, die unbekümmert um die Gesetze der Moral und

Sittlichkeit einfach auf den Gesetzen der brutalen Gewalt basirt und mit den Machtmitteln, welche die Entwickelung der Bourgeoisie geschaffen hat, sich fremde Länder aneignet und die dort wohnenden Völkerschaften unterdrückt.

„Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisirenden Mächte, und in Folge dessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbedingungen in Frage stellen und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen." Auch diese Sätze entsprechen den Thatsachen, wie sie uns die Weltpolitik, die Kolonialpolitik gezeigt hat. Ich werde nachher vielleicht des Näheren noch darauf kommen müssen; ich will an dieser Stelle nur betonen: die Entwickelung, welche die Chinapolitik genommen hat, zeigt deutlich, daß diese überseeische Eroberungs- und Raubpolitik zu Reibungen der Mächte untereinander führt, und daß aus dem angeblichen gemeinsam im Interesse der Zivilisation, der Kultur unternommenen Eroberungszug leicht ein Schlachten zwischen den Völkern werden kann, welche durch ihre Regierung, durch die Bourgeoisie ihrer Länder in jene Verhältnisse hineingetrieben worden sind. In Bezug auf diesen Theil der Frage können wir uns ja auf die Stellung berufen, welche die Sozialdemokratie von jeher eingenommen hat. Wir sind der Meinung, daß Kultur und Zivilisation nicht gefördert werden können durch Militarismus zu Wasser und zu Lande. Man scheint in den regierenden, in den herrschenden Klassen der Meinung zu sein, Deutschland müsse seine Nase überall hineinstecken, wo auf der Welt etwas los ist. Wir betrachten das nicht als die Aufgabe des deutschen Volks; wir meinen, daß das deutsche Volk die Lasten, die ihm durch die Weltpolitik auferlegt werden, auf viel bessere, die Kultur und die Zivilisation förbernde Weise im Inlande verwenden kann.

Wenn wir die Verhältnisse bei uns berücksichtigen, wenn wir sehen, wie die übergroße Mehrheit des Volks in allen Ländern in Noth und Elend leben muß, und wenn wir auf der anderen Seite sehen, daß der Nutzen aus dieser Weltpolitik nur in der Vergrößerung militärischen Ruhmes und möglicherweise der Dividende einer Anzahl von Kapitalisten besteht, die ganzen Lasten an Gut und Blut aber von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müssen, dann haben wir ein Recht, dieser Politik einen entschiedenen Widerspruch entgegenzusetzen und der herrschenden Gesellschaft zuzurufen: wenn sie der Kultur und Zivilisation dienen will, dann soll sie im Lande diejenigen Einrichtungen schaffen, die nothwendig und geboten sind, um die breite Masse der Bevölkerung, um die Arbeiterklasse in bessere, in menschenwürdige Verhältnisse zu bringen.

Weiter sagt die Resolution:

„Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation."

Wir können als sozialdemokratische Partei selbstverständlich keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß wir uns gegen eine Politik erklären, welche nur durch Unterdrückung und Unterjochung anderer Völker geführt werden kann. Wohl wollen wir Handels- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde, wohl haben auch wir den Wunsch, daß die Arbeit des Volkes in Industrie

und Handel Gelegenheit bekommt, auch über den Bedarf des eigenen Landes hinaus andere Länder mit den Erzeugnissen unsrer Produktion zu versorgen. Wohl sind auch wir entsprechend unserem Programm der Meinung, daß eine Annäherung aller Völker der Erde versucht und gefördert werden muß; aber wir verwerfen die Mittel, welche die herrschende Gesellschaft anwendet, weil sie der Ausfluß des brutalen Egoismus sind und der Ausfluß einer Politik, die mit der Kultur und Zivilisation nicht das Geringste zu thun haben. Wir brauchen ja die Kolonialpolitik, wie sie nicht zum Wenigsten in Deutschland geführt wird, nur einen Augenblick ins Auge zu fassen. Steigt nicht jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht, wenn wir von den Thaten eines Leist, eines Peters, eines Arenberg in unseren Kolonien lesen? Die Kolonialpolitik, welche Deutschland treibt, ist, ganz abgesehen davon, daß sie in den Kolonien, die sich Deutschland ausgesucht hat, keine Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche giebt, eine Politik des beschränktesten Assessorismus, eines beschränkten Bureaukratismus und des brutalen Militarismus. Im Namen der Zivilisation geht man, in der einen Hand die Bibel, in der anderen die Flinte, nach fernen Ländern; im Namen der Zivilisation raubt man den Leuten ihr Land, und wenn sie sich dagegen wehren, schießt man sie wie die Hunde nieder; im Namen der Zivilisation zwingt man sie in die ökonomische Sklaverei der Eroberer, und das nennt man dann Kulturpolitik, das nennt man Zivilisation! Das Volk hat dabei keinen Nutzen davon und kann keinen haben.

Das neueste Kind der kolonialen Utopisterei, Kiautschou — wir haben ja gesehen, zu welchen Verhältnissen diese famose Pachtung auf 99 Jahre, dieser „Platz an der Sonne“ geführt hat. Da sprach man auch von dem Nutzen für Handel und Industrie und damit auch für die Arbeiterschaft; — ich habe schon früher ausgesprochen: weit entfernt, der deutschen Arbeiterklasse irgend einen Nutzen zu schaffen, werden im Gegentheil diese kolonialen Erwerbungen und namentlich auch die neue chinesische Erwerbung für die deutsche Arbeiterklasse, ganz abgesehen von den Lasten finanzieller und persönlicher Natur, auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse erheblichen Schaden stiften. Da behauptet man, daß durch die deutsche Industrie der Bedarf der chinesischen Bevölkerung gedeckt und damit dem deutschen Arbeiter Arbeit und Brod geschaffen werden soll. Man müßte doch die kapitalistische Wirthschaft nicht kennen, wenn man nicht von vornherein darüber klar wäre, daß, weit entfernt, die Produkte, die drüben Absatz finden können, in Deutschland herzustellen und damit der deutschen Arbeiterklasse Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu geben, der internationale Kapitalismus in China selbst Fabriken errichten wird; in China selbst werden die Schornsteine rauchen und die Produkte angefertigt werden, unter Benutzung der billigen Arbeitskräfte der Kulis, um dann im Inlande abgesetzt zu werden; also gerade das Gegentheil von Vortheil für die Arbeiter. Die Mittel der Arbeiter, mit denen die chinesische Politik betrieben wird — denn sie stammen aus den indirekten Steuern und Zöllen — dienen nur dazu, dem Kapital die Möglichkeit zu geben, in China zu produziren und chinesische Arbeiter als Lohndrücker zu benutzen. Schon jetzt werden, wie wir erst gestern wieder gehört haben, chinesische Heizer auf deutschen Handelsschiffen verwendet. Vor einigen Jahren wurde schon versucht, in der Landwirthschaft auswärtige Arbeiter den deutschen Arbeitern als Lohndrücker auf die Nase zu setzen. So werden durch die Kolonialpolitik die materiellen, von den Arbeitern in der Hauptsache aufgebrachten Mittel, zum Schaden der Arbeiter verwendet. Man möge sich nicht etwa einreden, daß wir Sozialdemokraten, die wir auf unser internationales Bekenntniß stolz sind, den auswärtigen Arbeitern nicht gönnen, sich lohnende Arbeit in Deutschland zu suchen. Der große Gedanke der Internationalität ist eben der, daß überall bessere Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter geschaffen werden. Es ist nicht die Zuwanderung auswärtiger Arbeiter wogegen wir

uns wenden. Wir wollen nur nicht, daß auswärtige Arbeiter dazu benutzt werden, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wohl aber wollen wir, daß die auswärtigen Arbeiter in den Organisationen Schulter an Schulter mit den Deutschen für die Verbesserung auch ihrer Lage kämpfen.

Der zweite Theil der Resolution beschäftigt sich mit der deutschen Chinapolitik. Im Einverständniß mit Freunden habe ich den fünften Absatz meiner Resolution geändert, so daß der ganze zweite Theil also lautet:

„Der Parteitag erklärt im Besondern: Die deutsch-chinesische Kriegspolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Profitwuth der Bourgeoisie auf militärischer Ruhmsucht und auf der chauvinistischen Leidenschaft, ein „größeres Deutschland" zu schaffen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche, gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppensendungen nach China sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstags für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung, sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorschub leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die volksschädliche Chinapolitik zu bekämpfen."

Parteigenossen! Wir müssen uns klar darüber sein, daß es im Augenblick nicht unsre Aufgabe sein kann, über einen in der Luft schwebenden Begriff von Weltpolitik zu sprechen. Es ist mir nicht darum zu thun, in theoretische Erörterungen darüber einzutreten, welche Weltpolitik etwa die Sozialdemokratie zu fördern berufen ist. Ich glaube, wir können die Arbeit so lange verschieben, bis die Sozialdemokratie im Besitz der politischen Macht im Stande ist, sozialdemokratische Weltpolitik zu treiben. (Sehr gut!) Unsere Aufgabe ist es, die Thaten der kapitalistischen Welt und die deutsche Chinapolitik zu erörtern und Stellung dagegen zu nehmen. Die deutsche Chinapolitik, die in der Weltpolitik ihren Ursprung hat, setzte ein mit dem Bestreben, deutschen Besitz in China zu erwerben und durch die Besitznahme einer Provinz in China festen Fuß zu fassen. In welcher Weise diese Chinapolitik sich dann entwickelt hat, ist allseitig bekannt. Die letzten Wochen haben die Anhänger der Chinapolitik in Siedehitze versetzt. Ich brauche den Parteitag nicht an die letzten Vorgänge zu erinnern. Sie wissen, daß ein Geistlicher, von der Hunnenaufgabe des deutschen Volks begeistert, gesprochen hat von einem heiligen Krieg, von einem neuen Kreuzzug. Die Politik, die in China von der deutschen Regierung geführt wird, ist in allen ihren Phasen falsch, volksschädlich und verwerflich. Soweit die materielle Seite in Frage kommt, trifft für die Chinapolitik das zu, was ich von der Weltpolitik gesagt habe. Auch die Chinapolitik steht im Dienste militaristischer Eroberungssucht, chauvinistischen Landhungers und der kapitalistischen Interessen der Bourgeoisie. Die militaristische Eroberungssucht ist der Ausdruck des Wunsches, die Milliarden, die bei uns für Militär und Marine ausgegeben worden, endlich zu fruktifiziren. Der chauvinistische Landhunger wird hauptsächlich vom Alldeutschen Verbande gepredigt, der jeden Morgen ein paar Engländer zum Frühstück verzehren möchte.

(Heiterkeit.) Und die kapitalistischen Interessen der Bourgeoisie sind es schließlich, die, soweit überhaupt Kreise der Bevölkerung dabei in Frage kommen, wesentlich die Chinapolitik anregen und befördern. Die Kolonial-Aktiengesellschaften, die großen Fabrikanten der Schiffs- und Kriegsausrüstungen haben ein sehr begreifliches Interesse an der Chinapolitik. Uns wird vorgeworfen, wir seien international — in unseren Augen ist das natürlich kein Vorwurf — und diese Verfertiger von Mordwerkzeugen sind so national, daß sie dem Feinde ihre Mordwerkzeuge verkaufen, um deutsche Soldaten zu vernichten. (Sehr richtig!) Die Bourgeoisie, die gegen die Internationalität der Sozialdemokratie geifert, respektirt selber keine Landesgrenze. Das ist in der Chinapolitik deutlich zu Tage getreten.

Noch in einer anderen Beziehung muß die Chinapolitik der deutschen Regierung beleuchtet werden. Sie wissen, daß die deutsche Regierung Schiffe ausgerüstet, Truppen nach China gesendet und schließlich auch den Oberfehlshaber geliefert hat. Freilich stellt es die Tagespresse so dar, als ob Graf Waldersee zum Weltmarschall auf Veranlassung Rußlands geworden wäre. Wir müssen aber doch sagen, die deutsche Chinapolitik hat sich von vornherein am drastischsten und kriegerischsten geberdet; so daß man es schon für richtig halten konnte, in diesem modernen Kreuzzug einen deutschen Oberbefehlshaber zu ernennen. Ich will mich auf diese Vorgänge nicht so tief einlassen. Jedenfalls ist unbegreiflich, daß die deutsche Regierung es übernommen hat, den Oberbefehlshaber zu stellen. Man rühmt dem Grafen Bülow besondere Klugheit nach. Ich vermag in der ganzen Aktion keine Klugheit zu erkennen. Die anderen Mächte handeln von ihrem Standpunkt aus klug, wenn sie die ganze Verantwortung für alle Dinge in China der deutschen Regierung zuschieben. (Sehr richtig!) Warten wir ab, ob Waldersee überhaupt in die Lage kommt, in China eine Mission zu erfüllen. (Heiterkeit.) Waldersee hat jedenfalls die Lorbeeren, die er im Chinafeldzug erringen sollte, schon als Vorschuß vor der Abreise erhalten. (Heiterkeit.) Seine Siege sind schon vorher eskomptirt worden. Ueberhaupt entsteht die Empfindung, als ob man diesen Chinafeldherrn nach und nach zu einer Operettenfigur gemacht hat. (Heiterkeit.) Ueberbieten können unsere Chauvinisten sich in ihren Ovationen schwerlich selbst nach großen Siegen noch, die sie erhoffen. (Sehr richtig!)

Der letzte Theil meiner Resolution weist auf die Verfassungswidrigkeit und Ungesetzlichkeit hin, mit der die Regierung über Truppen und Geldmittel verfügt, ohne die Volksvertretung zu fragen. Ich möchte dabei nicht mißverstanden werden. Wenn ich mich gegen die Ausschaltung des Reichstags wende, so soll das nicht so aufgefaßt werden, als ob ich vom Reichstag Widerstand gegen die Regierung erwartete. Nein, es beweist, meine ich, eine außerordentliche politische Kurzsichtigkeit der Regierung, daß sie den Reichstag nicht einberufen hat. Wäre man in der Wilhelmstraße klug — zu dem modernen Kreuzzug nach China hätte man schon längst den Millionensegen des Reichstags einheimsen können. (Sehr richtig!) Von einem Nein kann bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags keine Rede sein. Wäre er zusammenberufen worden, so hätte nur die Sozialdemokratie mit der ihr eignen Entschiedenheit gegen die Verwerflichkeit der Chinapolitik protestirt, vielleicht von der einen oder andren Seite unterstützt — bewilligt aber wäre Alles worden. Die „regierende Partei“, das Zentrum, hätte zu all seinen volksfeindlichen Handlungen auch noch die Bewilligung der Kredite und die Billigung der Chinapolitik auf sich genommen. Ich habe sogar die Vermuthung, daß von jener Seite auf die Regierung eingewirkt worden ist, den Reichstag nicht zusammenzuberufen (hört! hört!), um später sagen zu können: es war nichts mehr zu ändern, wir mußten jetzt Alles bewilligen. (Sehr richtig!)

Trotzdem hat der Parteitag allen Anlaß, gegen den Regierungs-Absolutismus zu protestiren, der die Volksvertretung ausschalten möchte. Eine 80 Millionen-Anleihe wird auf den amerikanischen Markt geworfen, Tausende von deutschen

Soldaten werden in ein mörderisches Klima geschickt, ohne daß es für nöthig erachtet wird, der Volksvertretung ein Wort zu gönnen. Wir sind auch hier die einzigen konsequenten Vertheidiger der Volksrechte, das bischen Konstitutionalismus, das heute durch die Volksverfassung gewahrt ist, muß von uns vertheidigt werden gegen das Andringen der Reaktion. Die Mißachtung des Parlaments, die in seiner Nichteinberufung liegt, muß im Reichstag selbst gebrandmarkt werden. Wir müssen Alles daran setzen, um die Regierung zu zwingen, den Reichstag sofort zusammenzurufen. Deshalb habe ich auch den Schlußsatz in meiner Resolution für erforderlich gehalten. Frl. Luxemburg hat es gestern beklagt, daß die Partei bisher nicht entschieden genug gegen die Weltpolitik aufgetreten ist. Sie irrt. Was bisher darin schon geschehen ist, könnte auch ihren Ansprüchen genügen. Erfreulich war die Einmüthigkeit, Entschlossenheit und Energie, mit der die Genossen überall die Weltpolitik bekämpft haben. In Bayern haben erst jüngst 35 Versammlungen stattgefunden. Dasselbe ist in den großen Zentren der Bewegung geschehen. Wenn ich trotzdem eine Mahnung an die Parteiblätter im Schlußsatz meiner Resolution richte, so geschieht es, weil die Kritik im Reichstag allein nicht den Erfolg haben kann, den wir wünschen. Die Bewegung muß über die Reichstagshallen hinausgehen. Das Volk muß den herrschenden Klassen zeigen, daß es nicht dulden will eine Politik der Verrohung und Gewalt, eine Raub- und Eroberungspolitik. (Bravo!)

Vor Allem müssen, wenn der Reichstag, sei es zu einer ordentlichen, sei es zu einer außerordentlichen Tagung, für diese Frage im Herbst zusammentritt, die bürgerlichen Parteien von außen her erinnert werden an das, was zu thun ihre Pflicht ist. Ich glaube, daß der Parteitag diese Resolution annehmen wird und daß damit beschlossen wird die energische Fortführung des Kampfes gegen die Gewalt- und Eroberungspolitik. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, der Weltpolitik des Militarismus, des Chauvinismus und des Kapitalismus entgegenzusetzen die Weltpolitik des Proletariats. Dem Kampf der Ausbeuter um die Beute wollen wir entgegensetzen die internationale Solidarität der Ausgebeuteten. Wir wollen eine Weltpolitik des Völkerfriedens, wir wollen eine Weltpolitik der Verbrüderung, wir wollen aber keine Weltpolitik des Kampfes, des Militarismus. Wir wollen vor Allem keine Weltpolitik, die dazu führen muß, die breiten Massen der Bevölkerung in noch größere Abhängigkeit, in noch größere Unterdrückung, in noch größere Ausbeutung zu bringen. Mit der Annahme der Resolution verpflichten wir uns zur Fortführung des Kampfes, mit der Annahme der Resolution erfüllen wir ein Vermächtniß Wilhelm Liebknecht's. Wir wollen damit bezeugen, daß wir kämpfen wollen nach wie vor gegen diese Gewaltpolitik; wir wollen aber auch bezeugen, daß wir diesen Kampf führen wollen im Sinne Liebknecht's: stets in der Offensive, niemals in der Defensive. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Müller-München: Es besteht wohl nicht der geringste Zweifel darüber, daß wir Alle und ein sehr erheblicher Theil des Volkes mit den Ausführungen Singer's und seiner Resolution einverstanden sind. Ich halte es aber für nöthig, daß allgemein bekannt wird, daß namentlich in Süddeutschland eine ganz außerordentliche Entrüstung über diese Gewalt- und Rachepolitik herrscht, und daß bei der Betrachtung dieser Politik und ihrer Ursachen die ökonomischen Momente entschieden zurücktreten hinter den Bedenken gegen das absolutistische Regiment im Reich. Nicht nur die Arbeiterklasse, die sich ja selbstverständlich gegen jede Ueberspannung der Militär- und Marinepolitik aufbäumt, und gegen jede überspannte Militär- und Marinepolitik energisch Protest erhebt, sondern auch weite bürgerliche Kreise sind mißvergnügt über gewisse Reden und Predigten und ähnliche Erscheinungen. Selbst sehr staatserhaltende bürgerliche Kreise halten es an der Zeit, energische Worte gegen die im Reich mit seiner scheinkonstitutionellen Regierung eingerissenen Zustände zu ergreifen. Erst gestern hat in einem kleinen

bayerischen Ort der Generalissimus des bayerischen Zentrums, Dr. Daller, sehr kräftige Worte in dieser Beziehung gesagt, und auch bayrische Zentrumsblätter protestiren gegen diese Reden. Ja, selbst ein liberales bayerisches Blatt, das sonst sehr für den Fürsten Hohenlohe und den Grafen Bülow schwärmt, hat von „unangenehmen Nebenerscheinungen" bei dem chinesischen Abenteuer gesprochen. Aber diese „unangenehmen Nebenerscheinungen" sind für uns die Haupterscheinungen, es sind die Resultate des bei uns eingerissenen Absolutismus. Leider darf ja bei der Zimperlichkeit der Geschäftsführung im Reichstag auch dort nicht mehr das richtige Wort gesagt werden; umsomehr freuen wir uns, daß es wenigstens noch in einigen Landtagen möglich ist, von Zeit zu Zeit der Katze die Schelle umzuhängen und zu sagen, was die Glocke geschlagen hat. Man hat auch in bürgerlichen Kreisen die ernsteste Befürchtung bezüglich der weiteren Entwickelung dieses eigenartigen Zustandes. Leider hat das bayrische Zentrum vielleicht den Muth, nicht aber die Macht. Die Macht liegt bei der Mehrheit des preußischen Zentrums und diese Mehrheit ist absolute Regierungspartei geworden. Die Töne, die jüngst in Bonn erklungen sind, haben deutlich bewiesen, daß man gesonnen ist, auch noch weiter die Schäferflöte am Ruhepfühl des Onkel Chlodwig zu blasen. Der Eiertänzer des Zentrums, Dr. Lieber, hat sich dagegen verwahrt, daß in seine fein gesponnenen Netze ein Kürassierstiefel tritt. Gemeint waren damit die extremen Organe des Zentrums, die die Einberufung des Reichstags forderten. Das Zentrum ist nicht bereit, im Namen des Volkes einen energischen Protest gegen die Weltpolitik einzulegen. Umsomehr müssen wir das thun.

Wir sind aber verpflichtet, auch gegen eine andere Maßregel zu protestiren und eine entschiedene Protestresolution zu Gunsten des unterdrückten Transvaalvolkes anzunehmen. Ich schlage Ihnen im Einverständniß mit einigen Genossen folgende Resolution als Zusatz zu der Resolution Singer vor:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt sich in Uebereinstimmung mit den organisirten englischen Arbeitern gegen den Raubkrieg des englischen Kapitalismus, der zur gewaltsamen Unterdrückung der Transvaal-Republik geführt hat.

Der Parteitag erkennt in dieser brutalen Aktion eine Wirkung jenes völkerverwüstenden Kapitalismus, der Klassen und Nationen zum Vortheil einer kleinen Anzahl skrupelloser kapitalistischer Beutepolitiker ausplündert und unterjocht.

Da die bürgerlichen Klassen in Deutschland in erheuchelter sittlicher Entrüstung über diese Raubpolitik sich nicht genug thun konnten, jetzt selber sich durch ihre Chinapolitik zum Mitschuldigen gemacht haben, erhebt die deutsche Arbeiterklasse ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker."

Ich bitte Sie, auch dieser Resolution Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Nur noch ein Wort zu dem letzten Passus der Resolution Singer. Ich stimme bezüglich der Agitation im Lande der Genossin Luxemburg bei. In dieser Hinsicht muß mehr geschehen. Wir „rückständigen Bayern" haben in Mittelfranken allein 30 Versammlungen gehabt, und allerseits wurde eine geschlossene Aktion der Partei verlangt. (Sehr wahr!) Nun, das Versäumte kann, da wir ja glücklicherweise den Zustand des Absolutismus noch eine Zeit lang haben werden, nachgeholt werden. Das muß mit allem Nachdruck geschehen. Dieser Zustand muß derart gegeißelt werden, daß auch an die verstopftesten Ohren der Ruf dringt: Fort mit der gemeingefährlichen Weltpolitik! (Lebhafter Beifall.)

Von Adler-Kiel wird beantragt, als vorletzten Satz in die Singer'sche Resolution einzufügen:

„In der Uebernahme des sogenannten Oberbefehls in China durch einen von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Offizier und der dadurch herbeigeführten festeren Verbindung mit dem chinesischen Abenteuer erblickt der

Parteitag wieder einen jener ungeschickten Akte unserer auswärtigen Politik, die Deutschland nach außen immer mehr als Friedensfeind bloßstellen, das deutsche Volk zu Gunsten kapitalistischer Kreise dem Weißbluten noch näher führen und Deutschland schließlich zum Spott der Welt machen."

Schoenlank-Leipzig: Der Kernpunkt der ganzen Weltpolitik Deutschlands für die Arbeiterschaft und die Mehrheit der Nation ist die praktische Frage der Auseinandersetzung mit dem persönlichen Regiment. Der Kampf gegen das persönliche Regiment wird prinzipiell allein von der Sozialdemokratie geführt. Wir sind ja jetzt dahin gekommen, daß wir sagen können, wir werden in Deutschland absolutistisch regiert, und die ganze sogenannte Konstitution ist nur Dekorations-Beiwerk, das ungefähr ebensolchen Werth habe, wie etwa zur Zeit Karl's I in England, als er 11 Jahre ohne Parlament regierte. (Sehr gut!) Die parlamentslose Regierung wäre vielleicht viel wirksamer als die Regierung mit einem Parlament, das nichts ist als eine chinesische Pagode (Heiterkeit), die nur mit dem Kopf wackelt, die aber auf alle Vollmachten verzichtet hat. Keine Vollmacht über den Militäretat! Keine Vollmacht über den Marineetat! Ja selbst das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags, die wichtigste Waffe, ist längst zerbrochen mit Hilfe der bürgerlichen Parteien. Wie verhält es sich denn mit der Reichsverfassung? Wir haben einen einzigen wirklich verantwortlichen Beamten, den Reichskanzler, aber wo ist Onkel Chlodwig? Er hat die ganze Zeit in der idyllischen Ruhe von Werki, wo man Bären jagen kann und nichts von ostasiatischen Dingen hört, sich aufgehalten und deutlich kundgegeben, daß er nichts damit zu thun haben will. (Heiterkeit.) Verantwortlich ist der Reichskanzler, und die Staatssekretäre, die jetzt die Politik machen, sind nur seine untergeordneten Beamten. Auch Herr von Bülow gehört, um mit Paul de Lagarde zu reden, zum „Reichsgesinde". Seit etwa einem Jahrzehnt ist der Herrscher zugleich sein eigener Kanzler; das persönliche Regiment tritt immer offenherziger und deutlicher auf, ohne sich der ministeriellen Bekleidungsstücke zu bedienen.

Womit begann denn unser China-Abenteuer? Es begann mit der Proklamation des Racheseldzuges. Diese Politik fing an mit der bekannten Etzelrede, die ja nicht in den „Reichs-Anzeiger" kam, weil die Zensur auch über kaiserliche Reden verhängt ist. Die Scherl'sche „Woche" ist ja jetzt das wichtigste offizielle Organ geworden, die Autotypetis ist Trumpf. Wir haben es erlebt, daß Leute, von denen man weiß, daß sie ganz nette Generalstabsoffiziere 1866 und 1870 gewesen sind, die aber noch nie ein großes Corps kommandirt haben, plötzlich als Weltgeneralissimi auf die Bühne treten. Einen Feldherrn, der keinen Rückzug kennt, haben wir; Friedrich II. und Bonaparte hatte Rückzüge zu verzeichnen. Interessant ist es auch, daß man hört, Rußland habe den Anstoß zur Entsendung Walderſee's nach China gegeben, während wenige Tage vorher im russischen „Regierungsboten", der amtlichen Zeitung, in der kein Wort erscheint, das nicht von der Zensur kontrollirt ist, ausdrücklich erklärt war, daß Wilhelm II. sich an den Zaren aller Reußen gewandt habe und daß erst auf diese Anregung hin Rußland den Vorschlag akzeptirt habe. Ohne Vollmachten der Volksvertretung wird dieser Feldzug nach China unternommen, und wenn Waldersee dort angekommen sein wird, werden die Dinge sich ja noch weiter verschoben haben, als man damals dachte. Wie ist es denn geworden mit dieser Aufforderung zum Rachekrieg? Hat denn die deutsche Fahne über Peking geflattert, als die Gesandten entsetzt wurden? Kein einziger deutscher Soldat ist dabei gewesen. Der Kampf, der bezeichnet ist als ein heiliger Krieg, als ein Kreuzzug, ist ja nur sozusagen, die Dekoration für die eigentlichen Absichten der Weltpolitik. Man rollt nur deshalb jetzt noch nicht das große gefährliche chinesische Problem auf, weil keine Macht der andern über den Weg traut, und weil die Auftheilung Chinas den Weltkrieg bedeuten würde. Die neue deutsche Weltpolitik ist ein untauglicher Versuch mit untauglichen

Mitteln am untauglichen Objekt (Beifall), sie wird betrieben ohne die einfache Berechnung der Machtmittel, die Deutschland zu Gebote stehen. (Dem Redner, dessen Redezeit abgelaufen ist, gestattet die Versammlung, noch weiter zu reden.)

Ich will Ihre Zeit nicht mehr lange in Anspruch nehmen. In diesen Dingen heißt es kurz, deutlich und offen zu sein. (Sehr gut!) Wir haben politisch und sozialpolitisch Fiasko gemacht. Unsere Sozialpolitik, die durch die kaiserlichen Erlasse inaugurirt wurde, endete mit der Zuchthausvorlage. Nach dem sozialpolitischen das weltpolitische Fiasko! Man lese nur die unabhängige englische und französische Presse. Man kümmert sich nicht um das Parlament, man ruft es nicht ein, weil man weiß, daß bereits eine Mehrheit für diese Khakipolitik vorhanden ist. Aber die Stimmung im Lande muß man beachten. Selbst ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich eine scharfe Kritik, natürlich aus einem ganz bestimmten Grunde, weil das Ministerium Hohenlohe ihm noch nicht agrarisch genug ist. Und wenn sogar das dümmste Blatt Sachsens (Heiterkeit), die „Dresdener Nachrichten“, das heutige Regiment scharf kritisirt, so ist das doch ein Zeichen dafür, daß dem deutschen Bildungsphilister schon die Angst ankommt. Das ist charakteristisch. Deutschland will eine furchtbare Züchtigung vollziehen, und jetzt schon muß es, um 80 Millionen zu bekommen, bei den Yankees pumpen gehen. Das heißt, daß unsere Khakipolitik sich finanziell ganz verfahren hat, daß die vorhandenen Mittel aufgebraucht sind. Bis heute ist noch nicht ernstlich die Nachricht aus Bayern dementirt worden, daß die Einzelregierungen die noch garnicht fälligen Gelder schleunigst nach Berlin abliefern mußten. Wir haben also nicht blos eine vollständige Desorganisation der Regierung, in der die nicht verantwortlichen Rathgeber viel mächtiger und einflußreicher sind als die verantwortlichen. Die wichtigsten Beschlüsse werden über den Kopf des Bundesraths und des Parlaments hinaus gefaßt. Onkel Chlodwig hat den Flottenplan erst aus dem „Reichs-Anzeiger“ erfahren, man hat im Reichs-Marineamt mehr gewußt als an der verantwortlichen Stelle im Reich. Daran ändern alle lächerlichen offiziösen Dementis nichts.

Man zwingt das Volk, sich geduldig allen Intuitionen, Aspirationen und Gedanken unserer modernen Politik auszuliefern, ohne daß es auch nur das Recht hat, wenigstens über die Ausgaben durch seine Vertreter berathen zu lassen. Wir haben eine Regierung, wo ein Kuli des inneren Ministers gegen den anderen schreibt, wir haben eine Regierung, die uns in uferlose Abenteuer treibt, die uns der Gefahr der schwierigsten Krisen und der noch größeren Gefahr eines Weltkrieges aussetzt, dessen Ende und Konsequenzen nicht abzusehen sind. Finanziell ist das Volk bereits aufs schwerste durch die Flottenvorlagen belastet, eine neue Militärvorlage ist in Sicht, und wir müssen damit rechnen, daß der Chinazug uns noch Hunderte von Millionen kosten wird. Da haben wir, die wir heute noch in der Minorität sind, die wir als Vertreter der Arbeiterklasse noch nicht entscheidend in diese neue Phase der modernen Weltpolitik eingreifen können, die Pflicht und Aufgabe, die Massen aufzuklären und aufzurütteln und den Appell gegen die Weltpolitik ins Land zu tragen. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß in Folge des Hervortretens des persönlichen Regiments die Unzufriedenheit schon überall Wurzel gefaßt hat; unsere Aufgabe ist es, diese Unzufriedenheit zu einer klaren, zielbewußten Opposition, wie wir sie treiben, zusammenzufassen.

Im Innern persönliches Regiment und absolutistische Zustände, draußen die abenteuerliche Chinapolitik, das Experimentiren mit den gefährlichsten Stoffen ohne Rücksicht darauf, daß auch einmal die Retorte springen könnte. Deshalb müssen wir offen und rücksichtslos die Zustände zeigen, wie sie sind. Es handelt sich um den Kampf zwischen persönlichem Regiment und sozialer Demokratie, zwischen Volk und Volksfreiheit auf der einen und Absolutismus auf der anderen Seite. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Friedrich-Lübeck: Ich komme aus einer Handelsstadt, man sollte meinen, daß dort wenigstens Stimmung für eine Weltpolitik vorhanden wäre. Statt dessen sehen wir dort nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch im Mittelstande eine scharfe Mißstimmung gegen diese Khakipolitik! Man versuchte bei uns, einige Arbeiterkreise auf den national-sozialen Leim des Hunnenpastors Naumann zu locken; man hat keinen Erfolg gehabt, mit ihrer Hunnenpolitik haben sich die National-Sozialen ihr Grab vollends gegraben. In der Resolution des Referenten vermisse ich den Hinweis darauf, daß die Weltpolitik soziale Reformen im Innern verhindert. Ich hoffe, daß er diesen Gedanken noch einfügt. Für die Komödie der Weltpolitik haben die Arbeiter leider Gut und Blut einzusetzen. Von Zentrumsseite ist nichts zu erwarten, auch das bayerische Zentrum handelt im Reichstag oft anders, als es sich innerhalb seiner Wände vernehmen läßt. Die Resolution Singer's mit einem Ballast wie dem Antrag Adler über den Grafen Waldersee zu bepacken ist nicht nöthig. (Sehr richtig!) Wohl aber können wir dem heldenmüthigen Boerenvolk unsere Sympathie ausdrücken. Ich schließe mit dem Worte: die Weltpolitik, die Khakimanie machen wir nicht mit.

Ein Schlußantrag wird von Kramer-Darmstadt eingebracht und von Adler-Kiel bekämpft. Man möge den Redner zu Worte kommen lassen, der aus Kiel kommt, einer Stadt, die durch die neue Weltpolitik so zu sagen zu einer zweiten Hauptstadt Deutschlands gemacht worden ist.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Singer hat ganz richtig gesagt, daß wir nicht gegen die Chinesen als solche auftreten, wenn sie in unserer Handelsmarine Verwendung finden, sondern gegen die Chinesen als Lohndrücker. Wenn Sie wissen, daß ein chinesischer Heizer 15 chinesische Dollar Heuer bekommt, d. h. 28 Mk. gegenüber 80—90 Mk. Heuer, die ein deutscher Heizer bekommt, dann haben Sie des Räthsels Lösung; die Lohndrücker und Streikbrecher sind ja aller Zeiten des Unternehmerthums verhätschelte Kinder gewesen. Ich muß Singer durchaus zustimmen, daß der deutsche Arbeiter von der Chinapolitik keinen Vortheil haben wird, nein, der deutsche Arbeiter und Handwerker wird ausgehungert werden bis aufs Hemd. Vergleichen Sie die Preise für Industrieprodukte hier und in China. Ich habe ein Paar Stiefeletten mitgebracht, in China angefertigt, die fix und fertig mit Zoll und Verpackung nur 3,50 Mk. kosten, bei uns nicht für 7 Mk. herzustellen wären. Nehmen Sie einstimmig die Resolution an.

Adler-Kiel: Wir, die wir den neuen Moloch Marinismus aus allernächster Nähe ansehen konnten, können die Lügen- und Interessennachrichten über die Hurrastimmung der Bevölkerung gründlich Lügen strafen. Von dieser weltpolitischen Freudenstimmung war nicht viel zu merken. Es waren ernste Gesichter, die hinauszogen, zum Theil mit Thränen in den Augen. Die Mobilmachung, von der so viel Rühmens in den Zeitungen zu lesen war, hat für das eine Seebataillon doppelt so lange gedauert, als 1870 die Mobilmachung eines ganzen Armeekorps. Das giebt zu denken. Die Flotte, die angeblich nothwendig war für den Schutz unserer Häfen und Küsten — nota bene fühlen wir uns in Kiel nicht schutzlos —, schickt man nach China hinaus. Als Hunnen sollen sie dort auftreten; aber als die Ersten, die das gelernt haben, nach Deutschland zurückkehrten, hat man ihnen verboten, zu erzählen, wie sie es gemacht haben. Wir haben gegen diese ganze Politik nicht nur zu protestiren, sondern es agitatorisch auszunutzen. Selten haben wir so günstige Gelegenheit gehabt, zu zeigen, wie den Kapitalisten zu Liebe das Volk zu arbeiten und zu bluten hat; und wenn eine Partei das Recht dazu hat, dagegen zu protestiren, so ist es die internationale Sozialdemokratie. Ich hoffe, daß die Stimme, die wir erheben, wirkungsvoll in die Lande hinaushallen wird. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Ich habe allseitig Bestätigung gefunden für die Bemerkungen, die ich gestern zu dem Agitationsbericht Singer's gemacht habe. (Fendrich ruft: Sogar von mir!) Die Antwort Pfannkuch's hat mich belehrt, daß ich mich in meinem unverbesserlichen Optimismus bei dem Partei-Vorstand bitter getäuscht habe; denn was Pfannkuch zur Entschuldigung der Unthätigkeit des Vorstandes gesagt hat, das war wirklich unter aller Kritik. Mit dem alten Ladenhüter, daß wir nicht ein Dutzend Bebel's u. s. w. haben, ist er wieder gekommen. Das ist immer die Antwort auf alle möglichen Beschwerden und Kritiken, so wie der Arzt bei Molière für alle Krankheiten nur ein Mittel kennt: Abführen und Klistir! (Heiterkeit.) Ich werde Ihnen zeigen, wie wir auch ohne die Vervielfältigung unserer agitatorischen Primadonnen Tüchtiges hätten machen können. 1. Hätte man aus Anlaß des chinesischen Krieges ein Manifest herausgeben sollen, welches die weiten Kreise über die Ungeheuerlichkeit dieser Politik aufklären müßte. 2. Hätten wir die mündliche Agitation einheitlich durch Direktiven seitens der Parteileitung und imposant gestalten können. Aber das ist es nicht allein. Der chinesische Krieg ist das erste Ereigniß der weltpolitischen Aera, in das alle Kulturstaaten verwickelt sind: und dieser erste Vorstoß der internationalen Reaktion, der heiligen Alliance hätte sofort durch einen Protest der vereinigten Arbeiterparteien Europas beantwortet werden müssen. Die Initiative darin hätte gewiß die Partei nehmen müssen, deren Land im Kriege gegen China die führende Rolle hat. (Zuruf: Paris!) Ich weiß, in einer Woche wird in Paris ein Protest beschlossen werden; aber es kommt doch nicht darauf an, daß die vereinigten sozialistischen Vertreter protestiren — von denen hat kein Mensch bezweifelt, daß sie geschworene Gegner des Krieges mit China sind —, sondern es kam darauf an, in allen Ländern die gleichgiltigen Volksmassen aufzurütteln, und in dieser Beziehung fürchte ich sehr, daß unsere Partei nicht nur im eignen Land sich eine Unterlassung hat zu Schulden kommen lassen, sondern auch in Bezug auf die internationale Solidarität. Wir machen uns wirklich in weiten Kreisen der Bevölkerung lächerlich. Wir wettern jeden Tag gegen die Weltpolitik, wir donnern gegen den Militarismus in Friedenszeiten; wo es aber einmal wirklich zum Krieg kommt, unterlassen wir es, das Facit zu ziehen und zu zeigen, daß unsere jahrelange Agitation auch wirklich in die Halme geschossen ist. Es ist wahr, die wichtigsten Ereignisse des chinesischen Krieges, die kaiserlichen Reden, die Absendung der Kriegsschiffe nach dem Orient, sind in die Ferienzeit gefallen. Aber um sich während eines folgenschweren Krieges, den Deutschland führt, Ferien zu gönnen, dazu muß man mindestens Reichskanzler sein; wir sind eine Oppositionspartei und als solche muß man auf dem Posten sein. Ich bringe das vor, nicht um an Vergangenem Kritik zu üben, sondern weil wir aus der weltpolitischen Aera jetzt nicht mehr herauskommen; solche Ereignisse können jeden Tag geschehen und da möchte ich, daß wir uns etwas mehr auf der Höhe zeigen. Wir werden in den nächsten Tagen über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen berathen und sie, wenn nicht Alles trügt, beschließen. Der wichtigste Grund, wenigstens für mich, der einzig sympathische, der für die Betheiligung vorgebracht wird, ist doch der, daß wir neue Gebiete für unsere Agitation suchen müssen. Wie würde nun die Jagd nach neuen Agitationsgebieten aussehen, wenn wir unsere alten unbeackert lassen. Wo finden Sie eine bessere Gelegenheit zur Agitation als den Krieg; wo eine bessere Gelegenheit, die Massen aufzurütteln, als die neuesten Ereignisse? Hören Sie aber endlich einmal auf, uns mit den mangelnden Agitationsrednern aufzuwarten. Wenn ein einziger Redner genügte, um den Krieg einzuleiten, so werden wir wohl auch mit unseren Rednern eine Protestbewegung gegen den Krieg zu Stande bringen können, auch bevor sich unsere Bebel's, Auer's und Vollmar's wie die Kaninchen vermehren.

Düwell-Essen: Ich mache auf eine ganz besonders häßliche Begleiterscheinung der Weltpolitik aufmerksam. Als die Sammlungen für die Boeren in Fluß waren, als auf dem Werk des Oberpatrioten Krupp die Listen auslagen, da stellte es sich heraus, daß Krupp Granaten gegen die Boeren zu liefern im Begriff war. Jetzt werden aber sogar deutsche Soldaten durch Krupp'sche Kanonen und Granaten zerschmettert. Sie werden mit mir die Scheußlichkeit, die darin liegt, empfinden. Es wird angebracht sein, überall in den Protestversammlungen darauf hinzuweisen.

Hoffmann-Berlin: Ich werde Ihnen keine Rede über Weltpolitik halten, weil ich der Meinung bin, daß diese viel besser angebracht ist in Volksversammlungen. (Sehr richtig!) Ich stehe auf dem Standpunkt der Genossin Luxemburg und nehme nur das Wort, damit es nicht wieder heißt, es sei nur von einer Seite gesagt worden. An guten Versammlungsrednern fehlt es uns wahrlich nicht, wie die heutige Debatte gezeigt hat. Ich wünsche, daß der Parteitag den Beschluß faßt, daß das, was versäumt ist, nachgeholt wird.

Ulrich: Von Ledebour ist folgender Zusatzantrag zur Resolution Müller eingegangen: Hinter „Arbeiterklasse" im letzten Absatz die Worte einzufügen:

„deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Selbständigkeit und Freiheit kämpfenden Völker, auch bei dieser Gelegenheit . . ."

Fendrich-Karlsruhe: Sie werden mir zugestehen, daß, wenn ich einmal Fräulein Luxemburg zustimme, sie auch wirklich recht gehabt haben muß (Heiterkeit), und thatsächlich habe ich ihr schon gestern zugestimmt. Gerade die Süddeutschen, wie Müller, die im Geruche des Opportunismus stehen, und auch wir in Baden hatten die Empfindung, daß vom Norden her mehr Initiative gegen diesen weltpolitischen Kurs hätte gezeigt werden sollen. Die Chinatollen in der bürgerlichen Gesellschaft sprechen immer mit Bewunderung von der „Initiative" und der „Individualität" des Kaisers. Dieser Initiative sollten wir die unsere entgegensetzen. Ich bin nicht der Meinung, und da komme ich auf den eigentlichen Punkt der Genossin Luxemburg, daß wir, wie sie sagt, vor einer Reaktion stehen. Nein, wir stehen vor einer, vielleicht der letzten Entwickelungsstufe des Kapitalismus; das müssen wir einsehen, und daß wir noch zu schwach sind, dagegen wirksam aufzukommen. Das ist aber für uns kein Grund, jetzt nicht mit größter Energie dagegen loszugehen. Flammende Proteste müssen wir von dieser Stelle aus gegen die Weltpolitik schleudern. Mit seiner Sympathie-Erklärung für die Boeren hat mir Müller aus dem Herzen gesprochen. Die ganze Welt hat darauf gesehen, wie wir jetzt im Gegensatz zu einer anderen Stelle über die Boerenpolitik denken, und da sind kräftige Worte gut; in solchen Dingen ist nichts selbstverständlich.

Emmel-Mülhausen beantragt Schluß der Debatte. Ledebour spricht dagegen, weil er noch einen Gedanken auszusprechen habe, der bisher garnicht ausgesprochen worden sei; der Schlußantrag wird abgelehnt.

Ledebour-Dresden-Land: Was mich veranlaßt, in die Debatte einzugreifen, ist ein Wort in der sonst vorzüglichen Rede Schoenlank's: „Der Kernpunkt in dem Kampf gegen die Weltpolitik für uns ist der Absolutismus". Ich meine, das ist nicht der Kernpunkt der Sache. Der Kernpunkt ist das Aufwallen des gesammten Kapitalismus in allen Ländern zu einer Raubpolitik, die den europäischen, den amerikanischen Kapitalismus in die fernsten Welttheile führt. Gewiß erleichtern uns die Operetteneffekte die Agitation außerordentlich, denn sie erregen selbst das Ehr- und Schamgefühl unserer bürgerlichen Gegner zu Entrüstungsartikeln in der Presse. Aber im Wesen der Sache sympathisirt die Mehrheit der kapitalistischen Welt mit einer solchen eroberungslüsternen Weltpolitik. Man braucht doch nur darauf hinzuweisen, daß dieselbe imperialistische Raubpolitik von den verschiedensten Staaten des bürgerlichen Kapitalismus geführt wird. Wenn unsere Politik von einem Chamberlain oder

Mac Kinley geleitet würde, dann würden Sie sehen, daß die Leute, die jetzt ein Unbehagen über die Weltpolitik fühlen, Hosiannah jauchzen würden über die neue Aera der Raub- und Völkerunterdrückungs-Politik; genau so wie in England, wie in Amerika. So sehr uns also jetzt die Agitation erleichtert wird, dürfen wir nicht vergessen, darin stimme ich mit Fendrich überein, daß wir es mit welthistorischen Erscheinungen im letzten Stadium des Kapitalismus zu thun haben, die je nach den Entwickelungsstadien der einzelnen Länder bald diese bald jene Form annehmen, aber im Wesen überall gleich sind, im absolutistischen Rußland wie im konstitutionellen England, im republikanischen Frankreich und Amerika wie in Deutschland mit seiner undefinirbaren Regierungsform, die thatsächlich sogar noch unter Oesterreich hinuntergesunken ist. Und gerade weil wir als internationale Sozialdemokraten mit den Sozialdemokraten der anderen Länder einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Erscheinungen zu führen haben, halte ich es auch für erforderlich, daß wir unsere Sympathie für die kämpfenden Boeren ausdrücken, die wohl Jeder von uns mit den heißesten Wünschen von Anfang an begleitet hat.

Wir haben leider bei dieser Bekämpfung der imperialistischen Seuche in der bürgerlichen Gesellschaft sogar damit zu rechnen, daß bereits einzelne Leute in unseren Reihen davon angekränkelt sind. Wir haben es erlebt, daß in einer Zeitschrift, die hier vertheilt worden ist, den „Sozialistischen Monatsheften", von dem Genossen Bernstein dieser imperialistischen Kolonialpolitik das Wort geredet ist. (Lachen.) Sie lachen, Genossen! Ich glaube, es ist kein Grund zu lachen, daß wir genöthigt sind, thatsächlich halb und halbe Befürworter solches Imperialismus in unseren Reihen zu bekämpfen. Die „Frankfurter Zeitung" hat mit großem Behagen diese und Ausführungen des Genossen Schippel über Handelspolitik zitirt und darauf hingewiesen, wie jetzt auch selbst für Kolonialpolitik in den sozialistischen Reihen Stimmen sich erheben; sie zitirt da den Satz: „Unter sonst gleichen Umständen hat die höhere Kultur gegenüber der niederen stets das größte Recht auf ihrer Seite, sie hat gegebenenfalls das geschichtliche Recht, ja die Pflicht, sich jene zu unterwerfen." Die „Frankfurter Zeitung" fügt hinzu: „Und dieser Mann lebt in Verbannung in London, während er doch nahezu reif ist, in unser deutsches Auswärtiges Amt einzutreten!" Das ist nur eine indirekte Bestätigung dessen, was ich vorhin gesagt habe. Wenn wirklich unsere Weltpolitik von Leuten von der Intelligenz und Thatkraft der Chamberlain oder Mac Kinley und auch Bernstein's, will ich sagen, geleitet würde, dann würde unser Kampf ein sehr viel schwererer sein. Von den bürgerlichen Parteien haben wir nichts zu hoffen. (Beifall.)

Kloth-Leipzig beantragt, der Resolution Singer nach dem dritten Absatz einzufügen:

> „Als weitere Wirkung dieser Politik zeigt sich das Bestreben der Unternehmer und ihrer Verbände, unterstützt von der Regierung und ihren Organen, die nach außen betriebene Politik der Vergewaltigung auf das wirthschaftliche Leben zu übertragen, welches sich in Massenaussperrungen und Versuchen äußert, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten."

Quarck-Frankfurt: In den 10 Minuten möchte ich nur zweierlei hervorheben. Wenn nicht eine uferlose Weltpolitik ohne Zusammenhang mit den wirklich treibenden kapitalistischen getrieben würde, dann würden wir Deutsche nicht die Geschäfte für Andere besorgen und die Prügel dafür bekommen; an Stelle richtiger kapitalistischer Direktion wird Kasernenpolitik getrieben, und diese Weltpolitik führt zu einer erschreckenden inneren Verrohung. Wann haben wir früher Hunnenbriefe erlebt, wie sie deutsche Krieger jetzt nach Hause schreiben! Wann haben wir eine solche Verrohung des Tons in der nationalen Presse erlebt, wie seit dem Chinakurs. Bei uns sehen wir dieselbe Erscheinung wie in England seit dem Transvaalkrieg, eine vollständig kulturelle Erniedrigung.

In diesen zwei Punkten haben wir Sozialdemokraten den schärfsten Protest einzulegen, den schärfsten Widerspruch gegen die Verbarbarisirung der Welt.

Hug-Bant: In dem Vorwurf gegen den Partei-Vorstand, daß er in dem Kampf gegen die Weltpolitik nicht die Initiative ergriffen hat, kann ich nicht einstimmen. Schon lange vor der Chinapolitik hat der Partei-Vorstand schätzenswerthe Anregungen gegen die Weltpolitik gegeben. Es wäre doch auch für uns aus der Provinz ein Armuthszeugniß, wenn für uns Alles nur aus Berlin kommen könne. Ebenso hat der Partei-Vorstand und der „Vorwärts" während der Chinaereignisse in ausgezeichneter Weise die Führung übernommen. Von einer internationalen Kundgebung, wie sie gefordert worden ist, kann ich mir auch keine besondere Wirkung versprechen. Die Chinapolitik arbeitet für uns Sozialdemokraten schon so ausgezeichnet. Protestirt muß an dieser Stelle werden gegen die Art und Weise, wie gegen die um ihr gutes Recht kämpfenden Werftarbeiter von der Marineverwaltung vorgegangen worden ist. Ich habe die feste Erwartung, daß die Fraktionsmitglieder, wenn sie Gelegenheit finden, auch diesen Punkt der Regierung gehörig unter die Nase reiben.

Frohme beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Singer: Ich bin in der sehr erfreulichen Lage, feststellen zu können, daß die Diskussion die Uebereinstimmung sämmtlicher Mitglieder des Parteitages, soweit sie zum Wort gekommen sind, ergeben hat, über die Nothwendigkeit, scharfen, entschiedenen Widerspruch zu erheben gegen die heutige Weltpolitik im Allgemeinen und gegen die vom Deutschen Reich getriebene Chinapolitik im Besonderen. Ich bin erfreut über diese Thatsache, obgleich sie mich nicht überrascht; denn das, was in der Partei auf diesem Gebiet bisher zum Ausdruck gekommen ist, ließ erkennen, daß in dieser Frage volle Einmüthigkeit herrscht, und diese Einmüthigkeit wird auch nicht beeinträchtigt durch irgend welche Preßäußerungen oder durch Aeußerungen einzelner Parteigenossen, die in scheinbarem Widerspruch damit stehen. Hier handelt es sich um die gegenwärtigen thatsächlichen Verhältnisse, und da darf ich es hervorheben — ich erachte es als einen Akt der Gerechtigkeit gegen einen Abwesenden —, daß der von Ledebour zitirte Parteigenosse Bernstein in Bezug auf die thatsächlichen Verhältnisse ganz unserer Meinung ist. Ich persönlich halte es allerdings mit Ledebour nicht für wünschenswerth und richtig, daß in der Sozialdemokratie Auffassungen zur Geltung kommen, wie Bernstein sie zum Theil vorgebracht hat. Aber es entspricht doch den Thatsachen, wenn wir das einmüthige Votum des Parteitages nach außen hin nicht dadurch beeinträchtigen lassen, daß man es so darstellen will, als ob der gegenwärtigen Welt- Kolonial- und Chinapolitik in unseren Reihen irgend ein Befürworter existirte.

Die Einwendungen und die Zusätze, die zu der von mir vorgeschlagenen Resolution gemacht worden sind, lassen Sie mich mit kurzen Worten berühren. Eine Resolution kann unmöglich alle auf diesem Gebiet einschlägigen Gesichtspunkte enthalten, denn sonst müßten wir eine Broschüre verfassen. Für mich hat es sich nur darum gehandelt, die großen leitenden Gesichtspunkte der Weltpolitik der herrschenden Klassen und die Gründe dagegen zu entwickeln, für mich hat es sich darum gehandelt, die prinzipielle Stellung unserer Partei gegen die verwerfliche Weltpolitik zu bekunden und in einer Resolution zusammenzufassen. Ich habe wenig Werth darauf gelegt, alle einzelnen Schäden dieser Politik in der Resolution zum Ausdruck zu bringen. Dafür war die Diskussion der geeignete Ort. Indessen erkenne ich gern die Anregung eines Genossen als berechtigt an, daß nämlich in Folge der Weltpolitik die sozialen Reformen im Innern vernachlässigt werden. Ich bin deshalb bereit, im Absatz 3 meiner Resolution hinter „in Frage stellen" die Worte einzufügen: „soziale Reformen im Innern verhindern". Damit bin ich dem Wunsch des Genossen nachgekommen,

aber prinzipiell habe ich diesen Gesichtspunkt auch schon selbst in meiner Resolution betont, denn zu den mühsam errungenen Kulturbeziehungen, von denen ich sprach, gehören selbstverständlich auch die Reformen auf sozialem Gebiet. Indessen schadet es nichts, wenn man das nochmals ausdrücklich betont.

Anders stehe ich zu den Anträgen Adler und Kloth. Adler will, daß die Ungeschicklichkeit der Berufung des Grafen Waldersee besonders betont wird. Das ist ein Punkt, den man in der Diskussion zur Geltung bringt; aber wir als Sozialdemokraten sind doch nicht verpflichtet, der Regierung zu zeigen, wie sie klug sein soll. (Heiterkeit.) Die Regierung macht nicht die Politik der Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten machen nicht die Politik der Regierung. Wir haben in der Diskussion auf diese Ungeschicklichkeit der Berufung des Generalissimus hingewiesen, ich halte es aber nicht für unsere Aufgabe, das in der Resolution zu betonen, zumal da sie dadurch unnöthig belastet würde. Was den Antrag Kloth betrifft, so kann man sehr zweifelhaft darüber sein, ob wirklich die Vergewaltigungen der Arbeiter eine nothwendige Folge der Weltpolitik sind. Glauben Sie denn ernstlich, daß, wenn die Weltpolitik nicht betrieben würde, keine Vergewaltigungen der Arbeiter stattfänden? Nein, der Kampf zwischen Arbeiterklasse und herrschenden Gewalten, den wir seit 30 Jahren ohne Weltpolitik geführt haben, wird sich fortsetzen bis zum endgiltigen Sieg der Sozialdemokratie mit oder ohne Weltpolitik. (Sehr richtig!) So berechtigt an sich die Verurtheilung dieser Maßregeln ist, so wenig ist es geeignet, das in dieser Resolution zu betonen.

Die Annahme der Resolution Müller empfehle ich mit dem Zusatz Ledebour. Ich habe keinen Zweifel, daß auf dem internationalen Kongreß in Paris die internationale Sozialdemokratie zu einem Urtheil über die Transvaalpolitik gelangen wird. Aus diesem Grunde hätte ich nicht das Bedürfniß gehabt, den deutschen Parteitag mit dieser Frage in diesem Augenblick zu befassen; nachdem aber die Resolution einmal gestellt ist, bitte ich, sie anzunehmen.

Schließlich noch ein Wort über die Ausführungen gegen die Thätigkeit des Partei-Vorstandes in dieser Frage. Ich habe die Empfindung, daß der imposante Charakter der Manifestation, welche von hier ausgehen soll gegen die Weltpolitik, besser gewahrt worden wäre, wenn das, was gestern bereits genügend erörtert ist, nicht noch einmal, fast möchte ich sagen, mit in den Vordergrund der Diskussion gestellt wäre. Andererseits erblicke ich ein Zeichen der Kraft unserer Partei darin, daß hier die Kritik gegen das Verhalten der Führer so lebhaft einsetzt. Wir werden gern alle Anregungen mit Dank annehmen, aber so schlimm, wie Frl. Luxemburg es gemacht hat, liegt die Sache denn doch nicht. So ganz war die Partei nicht in einen Dornröschenschlaf verfallen, so schweigsam war die Partei nicht, so wenig agil war auch die Parteileitung nicht. Vergessen wir doch nicht, daß unser vornehmstes Agitationsmittel, unsere Presse, Tag für Tag wiederhallt von einer Verurtheilung der Weltpolitik. Erinnern Sie sich weiter der Diskussion im Reichstag bei den Marinevorlagen, beim Kolonialetat! Haben wir da nicht in schärfster Weise die Weltpolitik verurtheilt? Daß eine Bewegung dagegen hervorgerufen werden soll, ist auch unsere Meinung. Das sagt auch meine Resolution.

Im Uebrigen wird die lebendige Agitation, die das Votum dieses Parteitags einleitet und die das Votum des internationalen Kongresses verstärken wird, ihre Wirkung nicht verfehlen; sie wird zum Ausdruck bringen die Unversöhnlichkeit der Arbeiterklasse aller Länder mit der Raubpolitik, der Weltpolitik und der Politik des Kapitalismus, dem heute alle Nationen unterworfen sind.

Ich hoffe, der Parteitag wird meine Resolution annehmen und dann können wir, gestützt auf das Votum der stärksten Partei des Deutschen Reiches,

gestützt auf das Votum des arbeitenden Volkes, in den Kampf gegen die Weltpolitik ziehen. (Lebhafter Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Ledebour: Ich habe nicht gegen Bernstein den Vorwurf erhoben, daß er für die jetzige deutsche Weltpolitik sich erklärt habe. Ich habe einen Satz aus seinem Artikel verlesen und festgestellt, daß darin die prinzipielle Anerkennung der Weltpolitik liegt. Ich habe geschlossen, daß Bernstein einer klügeren Form der Weltpolitik seine Zustimmung geben würde.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Adler-Kiel zieht seinen Zusatzantrag zurück. Es liegen vor: die Resolution Singer, dazu das Amendement Kloth und das Amendement Müller; zu diesem wieder ein Amendement Ledebour.

Kiesel-Berlin hält es für besser, die komplizirte Abstimmung morgen Früh vorzunehmen.

Vorsitzender **Ulrich** widerspricht diesem Antrag: Wir müssen heut einen Abschluß haben. (Sehr richtig!)

Ledebour stellt fest, daß der Antrag Müller nicht ein Amendement zur Resolution Singer, sondern eine selbständige Resolution sei und daß Müller sein (Ledebour's) Amendement akzeptirt habe, so daß es in die Resolution Müller mit eingegangen sei.

Ulrich: Das erleichtert die Abstimmung.

Der Antrag Kiesel wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Singer mit den vom Referenten vorgenommenen Aenderungen einstimmig angenommen. Das Amendement Kloth wird abgelehnt. Die Resolution Müller wird gegen einige Stimmen angenommen.

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

$9^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Da die Mitglieder der Organisations-Kommission den Wunsch haben, an den Verhandlungen über Verkehrs- und Handelspolitik theilzunehmen, wird zunächst Punkt 11 der Tagesordnung: **Sonstige Anträge** zur Verhandlung gestellt. Zunächst kommen die zur **Presse** gestellten Anträge zur Verhandlung, es sind die Anträge 36—45, 47, 75, 78 und 80. Hiervon werden nur die Anträge 37, 41—44, 47, 75, 78 und 80 genügend unterstützt. Weiter wird folgende genügend unterstützte Resolution von Scheibe-Hartmannsdorf und Genossen gestellt:

„In Erwägung, daß durch die ungeheuerliche Ausbeutung des deutschen Volks seitens der Bergwerksbesitzer und ihren Agenten eine für weite Kreise der Bevölkerung nahezu unerträgliche Lage auf dem Kohlenmarkt geschaffen worden ist, spricht der Parteitag die Erwartung aus: a) daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Angelegenheit zur passenden Zeit im Reichstag bezw. in den Landtagen zur Sprache bringen, b) daß diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, falls die Lage des Kohlenmarktes sich bis dahin nicht gründlich geändert hat, c) daß sich die Parteipresse eingehender als bisher damit beschäftigt und die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke näher ventilirt."

Es wird in die Diskussion der Anträge eingetreten. Den Antrag 37 (Herstellung des „Vorwärts" in eigener Druckerei) ersucht Hoffmann-Berlin IV für erledigt zu erklären, da im Einverständniß mit dem Vorstand eine Regelung im Sinne des Antrags bereits im Gange ist. Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag 41 (Abgabe kleinerer Posten Agitationsbroschüren zu Großpreisen) wird ohne Diskussion abgelehnt.

Den Antrag 42 (betrifft Herausgabe eines politischen Handbuchs) ersucht **Fischer**-Berlin abzulehnen. Der Parteisekretär hat die Mittheilung gemacht, daß die vor einigen Jahren schon beschlossene Herausgabe des Handbuchs demnächst erfolgen werde, es wird selbstverständlich von Zeit zu Zeit Ergänzungen erfahren, die man aber nicht jetzt durch Parteitagsbeschluß festlegen kann, ehe man etwas Bestimmtes vor Augen hat. — Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 43 (Herausgabe einer Anweisung über Vereins- und Versammlungsrecht) wird angenommen.

Antrag 44 (betreffs volksthümlichere Romane für „In Freien Stunden") wird abgelehnt.

Den Antrag 47, der der Parteipresse untersagt wissen will, Empfehlungen von Unternehmern aufzunehmen, die mit ihren Arbeitern Differenzen haben, begründet

Hug-Bant: Der Antrag scheint offene Thüren einzurennen; es liegt auch bereits ein Beschluß des Stuttgarter Parteitags vor, aber es bedarf einer Interpretation und diese möchte ich in einem Amendement geben, um manche Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Parteipresse unmöglich zu machen. Der Antrag ist entstanden, weil wir in der Leitung des „Norddeutschen Volksblatt" nicht anerkennen wollten, daß, wenn die Arbeiter einer Werkstatt die Arbeit niederlegen, ohne daß die Gewerkschaft es gut heißt, sie die Aufnahme von Inseraten uns untersagen können. In einem Konfektionsgeschäft in Wilhelmshaven legten die Schneider die Arbeit nieder, weil die zugesagte Entlassung eines Zuschneiders nicht erfolgt war, und verlangten von uns, die Aufnahme einer Annonce dieses Geschäfts über Kleiderreste zu verweigern. Derartige Boykotts können die Gewerkschaften, die Partei und auch das Blatt schwer schädigen. Mir ist durch eine Zufallsmehrheit der Auftrag ertheilt, den Antrag 47 zu vertreten; ich bitte daher, ihn anzunehmen, aber mit folgendem Zusatz: „Der Streik oder die Sperre muß von den dazu berufenen Organen der Gewerkschaft erklärt oder anerkannt sein."

Molkenbuhr: Wir haben in unserem Parteiprogramm einen Satz, in dem wir fordern, daß alle Gesetze, durch die die freie Meinungsäußerung in irgend einer Weise eingeschränkt wird, abgeschafft werden sollen, und darunter befindet sich auch das Preßgesetz. Nun ist es eine ganz eigenthümliche Erscheinung, daß fast auf allen Parteitagen Anträge auftauchen, die eigentlich ein sozialdemokratisches Preßgesetz herstellen wollen. Jeden Streit an irgend einem Orte scheint man für eine ausreichende Unterlage für solche Anträge zu halten. Selbstverständlich ist es Pflicht der gesammten Parteipresse, den proletarischen Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln zu unterstützen. Aber durch die Annahme solcher Anträge wird man Sachen, von denen man glaubt, daß sie nicht dazu dienen, nicht aus der Welt schaffen. Strickt durchgeführt würde ja ein solcher Antrag in seiner äußersten Konsequenz darauf hinauslaufen, daß ein Parteiblatt gar keine Annoncen aufnehmen darf. (Sehr richtig!) In der Parteipresse finden Sie Anzeigen von großen Waarenhäusern; wer will es kontrolliren, ob in diesem bunten Gewimmel von Waaren nicht ein großer Theil von Waaren vorhanden ist, die in irgend einem Geschäft hergestellt sind, wo gestreikt wird und wo Streikbrecher die Hersteller waren. Wenn Sie aber aus den Etats unserer Zeitungen alle Einnahmen aus Annoncen streichen wollten, dann würde ein großer Theil unserer Presse überhaupt nicht mehr existenzfähig sein. Selbstverständlich ist, daß, wenn in einem Orte ein Streik ausbricht, Arbeitsgesuche von den betreffenden Geschäften nicht aufgenommen, und wenn ein Boykott unzweifelhaft vorliegt, die boykottirten Waaren nicht empfohlen werden. Dazu braucht es solcher Anträge nicht. Stellen Sie alle

diese Anträge zusammen, dann bekommen Sie ein Preßgesetz, umfangreicher als das Reichs-Preßgesetz, und schließlich werden wir noch einen Beschluß fassen müssen, das sozialdemokratische Preßgesetz aufzuheben.

Hoffmann-Hamburg: Mich veranlaßt noch ein andrer Grund, gegen den Antrag zu sprechen. Die großen Geschäfte schließen ihre Annoncenverträge mit den Zeitungs-Expeditionen meistens auf einen größeren Zeitraum ab. Wird der Antrag angenommen, so würden große Schwierigkeiten und weitere Streitereien entstehen.

v. Elm: Die Ausführungen Molkenbuhr's gegen den Antrag klingen ja recht schön und nett, aber wir sind vorläufig nicht im Stande, unsere idealen Forderungen zu verwirklichen, wir leben in einer Zeit des Kampfes, und die Gegner üben uns gegenüber nicht die Rücksichtnahme, die Molkenbuhr ihnen gegenüber üben will. Den Gegnern fällt es durchaus nicht ein, in ihren Zeitungen Annoncen zu veröffentlichen, in welchen wir bekannt geben, daß eine Sperre verhängt ist. Sie benutzen ihre Presse unter allen Umständen zum Kampfe für den Kapitalismus. Und nun verlangt Molkenbuhr, daß wir uns demgegenüber auf den idealen Standpunkt zurückziehen sollen! Auch die Kontrolle ist nicht so schwer, die Streikleitung könnte ja auch den einzelnen Lokalblättern von dem Streik Mittheilung machen. Wenn gesagt wird, daß die Kontrakte meist auf längere Dauer geschlossen sind, so haben wir es doch beim Abschluß der Kontrakte in der Hand, eine Klausel hineinzubringen, die derartige Fälle vorsieht. Es liegt durchaus kein Grund vor, dem Antrag die Zustimmung zu versagen, wohl aber liegen recht viele Gründe für den Antrag vor. Ich empfehle Ihnen die Annahme, schon um Differenzen an einzelnen Orten vorzubeugen.

Hoffmann-Berlin IV: Ich schließe mich aus praktischen Erfahrungen heraus den Ausführungen Elm's an. Wir haben diese Einrichtung auch beim „Vorwärts" getroffen und sind dabei ganz gut gefahren. Selbstredend darf man hier nicht verallgemeinern, sondern muß von Fall zu Fall entscheiden. Für die große Masse unserer Parteigenossen wäre es unverständlich, wenn im redaktionellen Theil über eine Lohnstreitigkeit eine Entrüstung laut würde und im Annoncentheil eine Anzeige der betreffenden Firma stände. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß das Gold nicht stinkt. Selbstverständlich kann sich der Antrag nur gegen die Firma richten, bei der die Streitigkeiten ausgebrochen sind, wir können aber nicht kontrolliren, wo die betreffenden Waaren angefertigt sind. Auch damit, daß bei Annoncen-Kontrakten eine Klausel für derartige Fälle aufgenommen wird, bin ich einverstanden. Wir dürfen die im Kampf stehenden Arbeiter nicht schädigen. Davon, daß wir durch diesen Antrag ein neues Preßgesetz schaffen, kann doch keine Rede sein. Wir haben keine Ursache, rücksichtsvoller zu sein als unsre Gegner. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Molkenbuhr: Elm hat meine Ausführungen wohl nicht angehört, sondern sich von Jemand erzählen lassen, ich hätte behauptet, wir denken garnicht an Kampf. (Widerspruch.) Wer ihm das erzählt hat, der hat ihm einen gehörigen Bären aufgebunden, denn ich habe kein Wort davon gesagt. Ich halte es nur für sonderbar, daß wir in unserem Programm die Beseitigung der Preßgesetze fordern und hier fort und fort nach Beschränkungen der Presse rufen. Ueber die Mittel, die im wirthschaftlichen Kampf nöthig sind, zu entscheiden, muß dem Taktgefühl der Leiter der Zeitungen überlassen bleiben; es müßte schon gar kein im Klassenkampf erprobter Mann sein, wenn er das nicht thäte, was im Interesse der Arbeiter liegt. Wenn Sie keine Leute haben, die dies Empfinden besitzen, so werden Sie auch durch Beschlüsse nichts daran ändern. Es wäre interessant, einmal die verschiedenen von uns geschaffenen Preßgesetze zu sammeln. Oft widersprechen sich diese Beschlüsse

direkt und können in der Praxis garnicht ausgeführt werden. Gewiß wäre es möglich, eine Streikklausel in jeden Annoncen-Kontrakt aufzunehmen. Aber es ist doch bedenklich, daß wir, die wir die Streikklausel als unsittlich bekämpfen, hier selbst solche Klausel befürworten. (Sehr wahr.) Wir geben damit einen Theil der Waffen aus der Hand, die wir sonst gegen die Einführung der Streikklausel brauchen, und wir setzen uns damit dem Vorwurf der Heuchelei aus. Ich glaube auch nicht, daß die Annahme des Antrags an den bestehenden Zuständen etwas ändern wird. Heute nehmen wir ja schon bei Boykotts nicht nur keine Annoncen der boykottirten Firmen, sondern auch keine Annoncen solcher Firmen auf, die ihren Bedarf bei boykottirten Firmen decken. Wir gehen also schon viel weiter, als es der Antrag verlangt. Lehnen Sie den Antrag ab; er würde an den Verhältnissen nichts ändern und uns höchstens in der Oeffentlichkeit schaden.

Scheidemann-Nürnberg: Ich bitte, den Antrag 17 mit dem Amendement Hug anzunehmen. Das, was Molkenbuhr von dem sozialdemokratischen Preßgesetz gesagt hat, hört sich ja sehr nett an, trifft aber nicht den Kern der Sache. In dem Hug'schen Amendement bitte ich die Worte „oder örtliche" zu streichen. Durch die Beschlüsse einer kleinen örtlichen Gewerkschaftsgruppe können die Redaktionen in unangenehme Situationen kommen. So ist es uns in Nürnberg gegangen; eine große Fabrik, deren Waaren boykottirt waren, schloß mit der großen Gewerkschaftsorganisation des Berufs Frieden; alle Parteiblätter brachten nun wieder die Inserate der Fabrik, halbe Seiten groß, nur wir in Nürnberg durften es nicht, die örtliche Verwaltungsstelle der Organisation hat uns abgehalten. Wenn aber der Zentral-Vorstand gesagt hat: es wird gemacht, dann darf die örtliche Verwaltung nicht sagen: es wird nicht gemacht. Ein Vorredner wies auf die längeren Verträge über Inseratenaufnahmen hin, die die Expedition manchmal eingingen. Das ist doch kein Hinderniß, wenn ein solcher Vertrag besteht und daraufhin ein Inserat eines boykottirten Geschäfts aufgenommen werden muß und auf der vierten Seite steht, dann würde ich mich keinen Augenblick bedenken, auf der zweiten Seite im lokalen Theil zu schreiben: Leider sind wir gezwungen, das Inserat aufzunehmen, aber, bitte, kauft bei dieser Gesellschaft nicht! (Heiterkeit.)

Vorsitzender **Singer** stellt fest, daß das Wort „örtlich" im Amendement Hug nicht enthalten ist.

Engler-Freiburg i. B.: Die Bauter schießen mit ihrem Antrage neben das Ziel. Gerade ihr Antrag wird Anlaß zu vielen Streitigkeiten geben. Wir sollten ihn ruhig ablehnen; mir ist kein Fall bekannt, wo die Redaktionen der Parteiblätter nicht Alles gethan haben, um streikende Arbeiter zu unterstützen. In den Gewerkschaften wird jetzt Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Partei verlangt. Andrerseits fordern sie beständig jede Dienstleistung und kräftigste Unterstützung von der Partei. Wenn man aber die eigene Unabhängigkeit so betont, dann sollte man die Unabhängigkeit der Redaktionen anerkennen. Die Redaktionen thun ihre Pflicht, mehr als manche Gewerkschaften der Partei gegenüber.

Wizorowski-Staßfurt: Der Boykott ist ein wesentliches Kampfmittel. Schlimmer noch als die Aufnahme des Inserats einer Firma, bei der gestreikt wird, ist die Aufnahme der Geschäftsempfehlung einer inserirenden Firma, die boykottirt ist. Ich bitte den Antrag 47 mit dem Amendement Hug anzunehmen.

v. Elm: Molkenbuhr muß mich mißverstanden haben. Ich habe nicht sagen wollen, Molkenbuhr denke garnicht an einen Kampf. (Molkenbuhr: Aber gesagt hast Du es!) Wenn die Expeditionen der Zeitungen es immer selbst richtig gemacht hätten, dann würden solche Streitigkeiten nicht entstanden sein. Molkenbuhr wird wissen, daß in seinem Orte bereits recht erhebliche Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und der Zeitung entstanden sind, weil diese sogar ganz direkte

Reklame für das boykottirte Geschäft gemacht hatte. Also so was ist durchaus möglich. Der Hinweis auf unsern Kampf gegen die Streikklausel ist nicht angebracht: es ist ganz etwas Andres, ob es sich um einen kommunalen oder staatlichen Vertrag oder um eine private Abmachung handelt. Es mag sein, daß der Antrag nicht immer wirksam sein wird; selbstverständlich hat die Streikleitung die Pflicht, die Redaktionen rechtzeitig aufmerksam zu machen, sonst kann sie sich nicht beschweren. Wenn ein Genosse sich auf die Gewerkschaften gegenüber der Partei beruft, so ist das ein ganz falscher Standpunkt: hier handelt es sich doch um Arbeiterblätter, die auch von den Gewerkschaftsmitgliedern gelesen werden sollen. Es ist hier ein Gegenseitigkeitsverhältniß vorhanden; es wird einfach von den Arbeitern nicht verstanden, wenn während eines Kampfes die Zeitung die betreffende Firma im Annoncentheil noch empfiehlt. Es wäre ja nicht ganz so schlimm, wenn alle Arbeiter die ganze Zeitung lesen würden, aber wie viele lesen nur den Annoncentheil, und diese indifferente Masse müssen wir berücksichtigen und ihr nicht boykottirte Geschäfte empfehlen; auch das ist ein Grund zur Annahme des Antrags.

Scyther-Stuttgart: Auch ich ersuche um Annahme des Antrags. Es geht nicht an, daß das Arbeiterblatt die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen in dieser Weise behindert. Wir nehmen ja auch unsittliche und Heirathsannoncen nicht auf.

Hug-Bant ändert sein Amendement dahin ab: „Der Streik oder die Sperre muß von den Zentralorganen der Gewerkschaften erklärt und anerkannt werden."

Mit diesem Amendement wird der Antrag 47 angenommen.

Den Antrag 75, der den Parteiorganen aufgiebt, mehr wie bisher auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, begründet

Frau **Greifenberg**-Berlin: Dieser Antrag spricht schon für sich selbst. Ich bitte Sie aber, auch im Interesse der Zeitungen selbst ihn anzunehmen, weil die Frauen eine Zeitung viel eher lesen, wenn sie Interessantes und für sie Wichtiges darin finden. Wie oft ist mir gesagt worden: was in der Zeitung steht, verstehen wir nicht. In der großen Mehrzahl der Arbeiterpresse wird nichts für die Frauen geschrieben. Ich ersuche um Annahme des Antrags, aber auch nachher dafür zu sorgen, daß er ausgeführt wird.

Adler-Kiel: Ursprünglich plante der Antrag eine besondere Frauenbeilage. Das wäre verfehlt. So aber ersuche ich um Annahme des Antrags, schon um den Frauen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kommt darauf an, volksthümlich und leicht verständlich zu schreiben. Das ist dann nicht nur auf die Frauen berechnet, sondern überhaupt auf Diejenigen, die sich noch nicht zum sozialdemokratischen Verständniß durchgerungen haben.

Schöpflin-Chemnitz: Zweifellos wäre es agitatorisch sehr gut, wenn die Arbeiterpresse von den Frauen mehr gelesen wäre, aber um für die Frauen zu schreiben, müssen wir doch Material haben. Es müssen Frauen da sein, die populär schreiben und uns das zur Verfügung stellen. Daran fehlt es aber; die „Gleichheit" ist ja ein Frauenblatt, ist aber nicht für die Masse der Frauen. Das statistische Material wird nicht einmal von einem großen Theil der Leserinnen der „Gleichheit" verstanden. Annehmen können wir den Antrag ja, aber so lange uns nicht Material gegeben wird, ist er überflüssig.

Der Antrag wird angenommen.

Den Antrag 78 (betr. kommunalpolitische Beilage zum Vorwärts) begründet

Habicht-Frankfurt a. M.: Es würde für unsere Vertreter in den kleinen Kommunen von großem Werth sein, wenn sie das Material zur Hand haben, um in ihrer kommunalen Körperschaft dahin zu wirken, daß die Straßenbahnen billige Arbeitertarife einführen, daß Lokale gebaut werden für alle Parteien, wie z. B. hier die „Stadthalle", in Bezug auf die Errichtung von Bädern u.s.w.

Pfannkuch: In der vorliegenden Form ersuche ich um Ablehnung des Antrags. Wollen Sie ihm näher treten, dann überweisen Sie ihn dem Partei-

Vorstand zur Erwägung. Der „Vorwärts" hat in den letzten zwei Jahren eine ziemlich ausgiebige Ausgestaltung erfahren, und das geschieht ja auch weiter. Die Verhältnisse in den großen Gemeinden lassen sich aber meistens garnicht auf die kleinen Gemeinden, insbesondere die Landgemeinden übertragen, man kann nicht schablonisiren. Wenn unsere Vertreter in den kleinen Gemeinden Aufklärung für ihre Wirksamkeit in ihren Gemeindevertretungen brauchen, so können sie entweder bei der Agitationskommission der Provinz oder, wenn da nicht angängig, bei der Parteileitung Auskunft erhalten.

Scheibe-Hartmannsdorf: Als Gemeindevertreter in einer ländlichen Gemeinde bitte ich dringend, den Antrag anzunehmen oder ihn wenigstens dem Partei-Vorstand zu überweisen. Solches Organ ist für die Gemeindevertreter recht nothwendig. Gerade in kleinen Gemeinden kommen mancherlei Dinge vor, die sich mit dem Programm nicht vertragen; da kann ein solches Organ sehr nützlich wirken, auch wenn es etwa als monatliche Beilage dem Vorwärts beiliegt.

Antrag 78 wird hierauf dem Partei-Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 80 (betr. Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift über den katholischen Klerikalismus) begründet:

Göller-Frankfurt a. M.: Schon in Stuttgart regte ich bei Pfannkuch die Herausgabe eines solchen Buches an. Er sagte mir, man habe sich schon mit Vollmar über die Abfassung einer solchen Schrift verständigt. Es ist aber nichts geschehen, und doch ist ein solches Werk ein dringendes Bedürfniß. Der Ultramontanismus ist überall mächtig im Vorwärtsschreiten begriffen, während der Liberalismus in Deutschland an Boden verliert. Da müssen wir unsere Leute mit besserem Rüstzeug versehen. Wie ich höre, schreibt Hoch eine Broschüre über das volksverrätherische Verhalten des Zentrums im Parlament. Das genügt aber nicht, das Wesen des Ultramontanismus muß in seinen innersten Triebfedern aufgewiesen werden. Die ganze Frage muß wissenschaftlich und historisch behandelt werden. Als gestern über die Weltpolitik verhandelt wurde, ist es Manchem aufgefallen, daß der Pioniere des Kapitalismus, der Missionare, garnicht gedacht wurde. Das eine Beispiel zeigt schon, wie nothwendig ein solches Werk ist.

König-Bochum: In meinem Bezirk dominirt der Katholizismus. Wir, die wir die Bewegung dort fördern sollen, müssen mit Munition versehen werden. Wenn wir gegen den Ultramontanismus ankämpfen, dann spielen die Pfaffen die Frage auf das religiöse Gebiet herüber. Deshalb brauchen wir eine Broschüre gegen das Zentrum. Für billiges Geld muß sich auch der minderbemittelte Arbeiter eine solche Schrift kaufen können. Bisher liegen nur Bruchstücke vor: Da haben wir die Schrift von Lütgenau: Natürliche und soziale Religion. Auch in der „Geschichte des Sozialismus" ist hierüber Manches enthalten. Einige empfehlen auch den „Pfaffenspiegel", aber solche Sachen eignen sich nicht, um katholische Arbeiter für uns zu gewinnen (sehr richtig!) und doch müssen wir der schwarzen Garde energisch auf den Leib rücken. Wir haben in Westfalen manches leuchtende Licht gehabt, das den Kampf gegen den Katholizismus führen wollte. Leider sind die Sterne bald verblaßt und die Agitation liegt ausschließlich auf den Schultern der Arbeiter. Um so nöthiger ist eine kurze, billige Broschüre für die Arbeiter.

Fischer-Berlin: Das, was der Vorredner ausführte, war nicht die Begründung des Antrags, denn der Antrag verlangt ja nicht eine Agitationsbroschüre, sondern eine wissenschaftliche Widerlegung der ganzen ethischen und politischen Anschauungen des Katholizismus, des Christenthums überhaupt. Nun sage ich gewiß nicht, daß wir eine solche Schrift nicht brauchen können, aber von dem Gedanken, eine solche Schrift unter dem Gesichtspunkt der Agitation für den politischen Tageskampf, namentlich in kleinen Städten

und auf dem Lande, zu verlangen, müssen wir absehen. Wenn wir einen Schriftsteller finden, der diese Aufgabe zu lösen geneigt und fähig ist, so spricht gewiß nichts gegen die Herausgabe einer solchen Broschüre. Viel wirksamer aber für die Agitation ist eine Broschüre die an Hand aktenmäßigen Materials, an den politischen Aktionen des Zentrums nachweist, wie sehr die Handlungen dieser Partei in Widerspruch zu seinen Reden und Versprechungen stehen. Eine solche, vom Genossen Hoch verfaßte Schrift wird schon in den nächsten Tagen erscheinen; es wird darin aus den Verhandlungen der letzten Reichstagssession nachgewiesen, in welchem Widerspruch Theorie und Praxis des Zentrums steht, selbst bei der Behandlung von Petitionen, die aus Arbeiterkreisen gekommen sind. Diese Broschüre wird als Massenbroschüre zu billigem Preise abgegeben, damit sie in die Kreise der katholischen Arbeiter hineingeworfen werden kann, um auch bei ihnen das Klassenbewußtsein zu wecken und ihnen zu zeigen, daß sie in eignem Interesse gemeinsame Sache mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die katholischen Ausbeuter und Geschäftspolitiker zu machen haben. (Sehr wahr.) Solche Broschüre halte ich für wirksamer als eine theoretische Schrift, aus der unsere Leute vielfach mangels der nöthigen Vorbildung einige Schlagworte herausgreifen und in der Hitze des Gefechts die Gefühle der katholischen Arbeiter verletzen und damit das thun, worauf die Pfaffen in erster Linie spekuliren. Wir müssen den katholischen Arbeiter bei seinem Klasseninteresse packen, die philosophische Erkenntniß kommt dann später nach. (Sehr richtig.)

Hiermit schließt die Debatte, der Antrag wird abgelehnt.

Die Resolution betr. die Kohlennoth begründet

Scheibe-Hartmannsdorf: Ich will Ihre Zeit und Geduld nicht lange in Anspruch nehmen. Der 15. und 16. sächsische Wahlkreis hat mich beauftragt, die Resolution zu vertreten. Es ist doch selbstverständlich, daß der Parteitag sich mit der Lage der Kohlenmarkts beschäftigt, denn die Vertheuerung der Kohlen hat eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Grubenbesitzer und ihre Agenten suchen es so darzustellen, als seien die Streiks der Bergarbeiter die Ursache der Kohlennoth und diese Ansicht ist leider auch unter manchen Arbeitern verbreitet. Daß die Kohlenfrage im Reichstage zur Sprache gebracht werden soll, hat ja Pfannkuch neulich schon betont. Wir brauchen unsere Abgeordneten gewiß nicht an ihre Pflicht zu erinnern, sie erfüllen sie von selbst. Aber die Parteipresse hat ihre Pflicht versäumt, bürgerliche Blätter haben weit eher auf die Kohlennoth hingewiesen. Erst durch die künstliche Nachfrage ist die Noth gesteigert worden. Darauf hätte die Presse hindeuten müssen. Verschiedene bürgerliche Fachleute erklären sich für die Verstaatlichung, umsomehr sollten wir dazu Stellung nehmen und nach voraufgegangener Erörterung in der Presse auf dem nächsten Parteitag darüber sprechen.

Schöpflin-Chemnitz: Auch ich bitte um Annahme der Resolution. Es ist leider wahr, daß unsere Parteipresse in dieser Beziehung nicht auf dem Posten war; neben der Kritik der Kohlennoth hätte unsere Presse auch Mittel zur künftigen Verhütung solcher Kalamitäten vorschlagen sollen. Das ist nicht geschehen, selbst der „Vorwärts“ hat sich nur mit der bekannten an ihm gewohnten Vorsicht mit ein paar Federstrichen mal für die Verstaatlichung der Bergwerke ausgesprochen. In Sachsen ist die Kohlennoth auf das Höchste gestiegen, die Panik ist künstlich hervorgerufen. Es ist nothwendig, daß wir diese Frage einmal eingehend erörtern; in welcher Form das geschieht, ist Nebensache. Durch ein Referat auf dem nächsten Parteitag würde unseren agitatorisch thätigen Genossen schätzenswerthes Material an die Hand gegeben werden. Fürchten Sie nicht, daß durch die Verstaatlichung der Bergwerke etwa die Grubenarbeiter geschädigt werden! Nehmen Sie die Resolution an, auch wenn sie einen staatssozialistischen Beigeschmack hat!

Fischer=Berlin: Wenn ich Schöpflin richtig verstanden habe, so hat er es gewissermaßen gemißbilligt, daß der „Vorwärts" die Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben zu vorsichtig behandelt habe. Ich bin im Gegentheil der Meinung, daß unser Zentralorgan die Pflicht hat, diese Frage sehr vorsichtig zu behandeln (sehr richtig!), und daß wir alle Veranlassung haben, das Schlagwort von der Verstaatlichung der Bergwerke heute in Volksversammlungen mit aller Reserve zu behandeln. (Sehr wahr!) So plausibel diese Forderung in der Theorie erscheint, so dürfen wir doch die praktischen Verhältnisse und die politische Lage nicht außer Acht lassen. Wir brauchen uns nur der Zustände in den fiskalischen Gruben und der Haltung der Regierung beim Streik im Saarrevier zu erinnern, wir brauchen nur daran zu denken, wie die ganze Sozialpolitik in Deutschland immer vom Gesichtspunkt der Großindustriellen, der Kohlenjunker und Grubenbarone betrieben wird, dann haben wir allen Grund zur Vorsicht in der Behandlung dieser Frage. Der „Vorwärts" hat also recht daran gethan, daß er nicht in die große Agitationstrompete einstimmte; er hat durchaus die Aufgabe erfüllt, die ihm als Zentralorgan gestellt ist. Wenn einmal im Eifer des Kampfs in einem kleinen Parteiblatt der Provinz solch Schlagwort mehr in den Vordergrund gestellt wird, als es praktisch angethan ist, so ist der Schaden nicht so groß, aber das führende Organ darf nicht nur nach Augenblicksstimmungen handeln. (Sehr richtig.) Es kommt doch bei dieser Frage auch die politische Abhängigkeit Tausender von Arbeitern in Betracht, wir dürfen uns nicht von einem bloßen Schlagwort leiten lassen und in das entgegengesetzte Extrem verfallen, in dem die Partei sich früher bewegt hat, wo wir gegen jede Verstaatlichung waren. Heute müssen wir uns immer fragen, in welche Lage die Arbeiter dadurch kommen, wie ihre politische und soziale Abhängigkeit der Regierung gegenüber unter Umständen erhöht wird und endlich auch, ob nicht gerade durch diese Verstaatlichung die Macht der Regierung, ihre Unabhängigkeit dem Parlamente gegenüber gestärkt, die Volksvertretung aber noch mehr in ihren Rechten und Einflüssen geschwächt wird, als dies heute schon der Fall ist. Wir werden uns ja nachher über die Landtagswahlen unterhalten und da werden die Gegner der Wahlbetheiligung sich fragen müssen, ob sie nicht gerade unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes ihre Ansichten zu revidiren gezwungen sind.

Sachse=Zwickau: Gegen eine Auffassung Scheibe's muß ich Verwahrung einlegen. Schon vor dem Streik ist ein Preisaufschlag erfolgt und nach dem Streik, der, wie ich ausdrücklich hervorhebe, verloren gegangen ist, bei dem die Bergarbeiter nichts erreicht haben, haben die Bergwerksbesitzer die Preise ganz gewaltig in die Höhe geschraubt. In Westfalen ist ja in den hauptsächlichsten Kohlenrevieren garnicht gestreikt worden, ebensowenig in Schlesien, sondern nur in Sachsen. Allerdings ist dort 10—15 Pf. Schichtlohn zugelegt, aber für die Lohngestaltung bedeutet das garnichts, denn gearbeitet wird so gut wie garnicht im Schichtlohn, sondern im Gedinge, d. h. im Akkord. Die Verdienste der Bergarbeiter sind allerdings gestiegen, aber nicht durch Lohnerhöhung, sondern durch Ueberschichten, Beischichten und namentlich durch kolossale Erweiterung der Sonntagsarbeit. Die nächste Abrechnung der sächsischen Aktiengesellschaften werden es beweisen, daß trotz des Streiks ganz gewaltige Ueberschüsse erzielt worden sind. Die Kohlenvertheuerung ist nur verursacht durch den Raubzug der Vereine für die Interessen der Bergwerksbesitzer. Trotz des verlorenen Streiks ist im Zwickauer und Lugauer Revier der Preis am 1. April um 25 pCt. gestiegen. Aber eine andere Frage ist nicht gestreift worden: Trotz der Kohlennoth hat die Regierung an eine Beseitigung der ermäßigten Ausfuhrtarife nicht gedacht. In den Nachbarländern wird unsere Kohle um 20 Mark per Doppelwagen billiger gekauft als in Deutschland; es ist dieselbe Erscheinung wie in der Eisen-, Zuckerindustrie 2c. Auch dagegen muß die Arbeiterpresse protestiren. Die Resolution

verlangt ja glücklicherweise nicht die Verstaatlichung der Bergwerke, sonst könnte ich ihr nicht zustimmen. Fischer's Ausführungen unterschreibe ich vollkommen. Wir müssen der Verstaatlichung der Bergwerke gegenüber sehr vorsichtig sein. Die internationalen und unsere Bergarbeitertage haben sich nicht entschließen können, die Verstaatlichung der Bergwerke zu fordern. Das Koalitionsrecht der Bergarbeiter, das jetzt schon so gut wie garnicht existirt, würde dann ganz vernichtet werden. Sind denn die Kohlen in den staatlichen Betrieben billiger? Mit nichten. Die Frage ist noch nicht spruchreif, sie muß erst reiflich ventilirt werden. Der Staat bemächtigt sich nicht der Produktion, um eine Verbilligung oder gerechte Vertheilung der Waare herbeizuführen, sondern nur der Fiskus würde sich dadurch eine neue Einnahmequelle eröffnen, wie es ja auch mit den Eisenbahnen geschehen ist. Ich kann Ihnen die Resolution allerdings zur Annahme empfehlen, weil sie etwas Bestimmtes nicht ausführt, aber bitten möchte ich, diese Angelegenheit nicht unbeachtet zu lassen.

Frohme: Es ist eine recht unangenehme Erscheinung, mit der ich mich kurz beschäftigen will. Gestern erlebten wir, daß Fräulein Luxemburg ohne Kenntniß der Thatsachen behauptete, unsere Presse habe in der Bekämpfung der Weltpolitik nicht ihre Schuldigkeit gethan, und heute erleben wir dasselbe bezüglich der Kohlenfrage von Schöpflin. Er muß unsere Parteipresse garnicht verfolgt haben, sonst müßte er wissen, daß zur Frage des Kohlenwuchers und Allem, was damit zusammenhängt, die Parteipresse in der ausgiebigsten Weise Stellung genommen hat. Es ist mir nicht ein einziges Parteiblatt in Erinnerung, von dem sich sagen ließe, daß es dieser überaus wichtigen und die weitesten Volkskreise erregenden Frage nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt hat in einer Weise, die den berechtigten Interessen des Volkes und unseren Grundsätzen in vollem Maße entspricht. Es macht keinen angenehmen Eindruck, wenn solche Vorwürfe an die Presse gerichtet werden, die sie nicht verdient, und ehe man in der glücklichsten Unwissenheit solche Behauptungen aufstellt, sollte man sich informiren. Auch unsere Fraktion hat diese Angelegenheit in ausgiebiger Weise zu wiederholten Malen im Reichstage behandelt, sie hat ihre Schuldigkeit ebenso gethan wie unsere Presse. Auf die zutreffenden Darlegungen der beiden Vorredner näher einzugehen erübrigt sich.

Schöpflin-Chemnitz: Was Frohme mit einer Rede, um die ihn ein Staatsanwalt beneiden könnte, herausdestillirt hat, ist mir nicht eingefallen zu sagen. Ich habe einfach verlangt, daß Leute, die die Sache kennen, sich mit ihr gründlich beschäftigen. Direkt eine Verstaatlichung habe ich noch nicht verlangt. Wie kommt Frohme zu seinem väterlichen Ton, mit dem er mir gänzliche Unwissenheit vorwirft? Ich lese die Parteipresse ebenso wie er und vielleicht muß ich sie noch mehr lesen. Gewiß hat sie kritisirt, aber was ich vermißt habe, das sind Mittel und Wege zur Abhilfe. Da muß mehr geschehen und deshalb wünsche ich eine eingehende Berathung auf dem nächsten Parteitage.

Düwell-Essen: Auch ich muß es für grundfalsch erklären, daß die Kohlentheuerung durch den sächsischen Streik mit verursacht ist. Wenn man das behauptet, liefert man ja gerade den Unternehmern Waffen in die Hand. Es ist auch nicht einmal wahr, daß der Arbeitermangel Schuld ist, denn Hunderte von boykottirten Arbeitern laufen beschäftigungslos zwischen den Bergwerken herum. Es ist auch nicht wahr, daß die gestiegenen Löhne der Arbeiter die Kohle vertheuert haben. Der Dortmunder Handelskammer-Bericht stellt ja ausdrücklich fest, daß die 200 000 Arbeiter des Dortmunder Ober-Bergamtsbezirks im verflossenen Jahre dieselbe Förderung an Kohlen erzielt haben, dazu aber eine um 15 pCt. höhere Förderung der theureren Nebenprodukte. Also den Arbeitern irgendwie die Schuld aufbürden zu wollen, widerspricht direkt den Thatsachen. Auf der anderen Seite aber liegt eine

planmäßige Einschränkung der Produktion vor, indem die Kohlenmatadore Grubenfelder angekauft haben, aber nicht erschließen.

Frau **Dunker**-Leipzig: Hier haben wir einen Stoff, der sich zur Agitation in den weitesten Kreisen eignet. Die Kohlentheuerung kommt kleinen Leuten in den entferntesten Dörfern, in den entlegensten Bezirken zum Bewußtsein. Wo sonst unsere Agitation nicht zufassen kann, die Empörung über die starke Belastung durch die Kohlentheuerung hat auch die Hausfrauen ergriffen, an die wir sonst schwer herankommen. Wir müssen nun statistisches Material in die Hand bekommen, wie es die Ausführungen Sachse's bieten. Die Kohlenpreise sind an einzelnen Orten um 50 pCt. gestiegen, so daß die kleinen Budgets stark belastet werden. Die Behauptung, daß der Streik der Grubenarbeiter die Erhöhung der Kohlenpreise bewirkt habe, ist vom Antragsteller nicht ausgesprochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen haben sie ausgeheckt, und für die Grubenbesitzer war es ein gefundenes Fressen. Der Kohlennoth müssen wir auf anderem Wege entgegentreten als durch die Verstaatlichung der Bergwerke. Sollen wir die Kohlengräber, die jetzt schon unter dem Privatkapital schwer gedrückt sind, ganz zu Staatsbürgern zweiter Klasse, zu Staatsarbeitern machen? Ein besseres Mittel gegen die Kohlennoth ist die Tarifherabsetzung. (Zustimmung.)

Scheibe-Hartmannsdorf: Ich habe absolut nicht behauptet, daß der Streik die Kohlentheuerung hervorgerufen hat, einen solchen Unsinn sollte mir doch Düwell nicht zutrauen. Wohl aber ist es unbestreitbar, daß in den zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter diese Meinung vorhanden war und von uns bekämpft werden mußte. Die Frage der Verstaatlichung habe ich in der Resolution sehr vorsichtig behandelt.

Die Resolution Scheibe wird angenommen.

Es folgt die Gruppe der Anträge, die sich auf die **Agitation** beziehen. Es sind die Anträge 46, 48—51. Unterstützt wurde nur der Antrag 48 (betr. Agitation gegen Verschlechterung des Krankenversicherungs-Gesetzes), der allein zur Verhandlung gelangt.

Eichhorn-Mannheim begründet den Antrag kurz; es hat besonderes Gewicht, wenn der Parteitag einen solchen Antrag annimmt.

Molkenbuhr: Der vorliegende Antrag ist in der Form nicht sehr glücklich. Wir können nicht in jeder Vorlage ohne Weiteres eine Verschlechterung erblicken. Im Gegentheil, die meisten Aenderungen, die im Krankenversicherungs-Gesetz vorgenommen werden müssen, werden Verbesserungen sein; das jetzige Gesetz ist so schlecht, daß es überhaupt nicht mehr verschlechtert werden kann. Eine solche Verbesserung, die durch die Umstände bedingt ist, ist die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen, um den Anschluß der Krankenrente an die Invalidenrente herbeizuführen. Es ist aber sehr nothwendig, daß die Leute, die im Kranken-Versicherungswesen Erfahrung haben, die Mängel der bestehenden Gesetzgebung schon jetzt klarlegen. Ich weiß, daß nach objektiver Prüfung solcher Vorlagen eine Fülle von Material aus Arbeiterkreisen geholt werden kann, das auch nicht ganz unberücksichtigt bleibt, wenn es rechtzeitig in die Hände der Abgeordneten kommt. Wir dürfen nur mit der Agitation nicht erst dann beginnen, wenn die Vorlage da ist, sondern schon vorher auf die Mängel des Bestehenden aufmerksam machen. So wie der Antrag lautet, sieht es aus, als wollten wir überhaupt gegen die ganze Reform Front machen; das wäre ein Fehler. Zu den Verbesserungen rechne ich auch die Vereinheitlichung der Versicherung, zu der die Regierung entschlossen ist. Der Beseitigung der freien Hilfskassen könnte ich allerdings nur zustimmen, wenn die Versicherungspflicht soweit ausgedehnt wird, daß für sämmtliche Personen, für die ein Bedürfniß der Versicherung vorliegt, Raum in den Zwangskassen geschaffen wird. Ebensowenig dürfen die freien Hilfskassen geopfert werden, wenn die

Betriebskassen fortbestehen; alle Gründe, die offiziell gegen die freien Hilfskassen angeführt werden, treffen gleichzeitig auch die Betriebskassen.

Eichhorn-Mannheim: Molkenbuhr hat unseren Antrag nicht so verstanden, wie er gemeint war. Es steht auch ausdrücklich darin: etwaige Verschlechterungen. Wir wollten keineswegs jede Vorlage als eine Verschlechterung hinstellen, sondern wünschen nur, daß jetzt schon die Agitation eingeleitet wird.

Damit schließt die Diskussion. Antrag 48 wird angenommen.

Es folgen die Anträge 57 und 58. Beide finden aber nicht genügende Unterstützung. Desgleichen die Anträge 4 und 77, die sich mit dem **Programm** beschäftigen.

Punkt 10 der Tagesordnung. Der Parteitag beschäftigt sich nun mit der Frage, an welchem Orte der nächste Parteitag tagen soll. Es liegen hierzu die Anträge 59, 60, 61, 67, 81, 85 vor, von denen die Anträge 60 und 61 nicht genügend unterstützt werden. Als Ort des nächsten Parteitags werden vorgeschlagen: Magdeburg, Bremen, Dresden, Lübeck.

Haupt-Magdeburg: Die geographische Lage von Magdeburg ist ebenso günstig, wie die von Dresden und günstiger als die von Bremen. Auch steht uns ein genügend großes Lokal zur Verfügung und die Behörden verhalten sich, wenn auch nicht wohlwollend, so doch objektiv; ich bin überzeugt, Sie werden sich in Magdeburg Alle wohl fühlen.

Deichmann-Bremen: Ich bitte Sie, aus agitatorischen Gründen, den nächsten Parteitag in Bremen abzuhalten. Wir werden Sie dort mit Freuden begrüßen.

Sindermann-Dresden: Sehen Sie von der Gewohnheit, keine Parteitage in Sachsen abzuhalten, ab! Man hat früher gesagt, was in anderen Landestheilen möglich ist, ist in Sachsen nicht möglich. Aber in Sachsen finden doch auch unsere Landeskonferenzen statt und dort nehmen wir energisch Stellung gegen die Politik der sächsischen Regierung. Geographisch liegt Dresden günstig und wir haben auch ausreichende Säle dort zur Verfügung.

Singer: Es scheint sich ein sächsischer Wettstreit um den nächsten Parteitag zu entspinnen (Heiterkeit), mir geht eben noch ein Antrag zu, der wünscht, daß der Parteitag in Sachsen abgehalten wird. Auch dieser Antrag wird genügend unterstützt, also mit zur Debatte gestellt.

Friedrich-Lübeck: Der Antrag 85 ist zeitlich zuerst gestellt. Bereits im vorigen Jahre haben wir Sie eingeladen, nach Lübeck zu kommen, aber Sie haben Süddeutschland vorgezogen. Kommen Sie jetzt einmal an die nordische Wasserkante. Die Lage von Lübeck ist eben so gut, wie die von Hamburg, wo Sie vor zwei Jahren gewesen sind, und unsere Partei ist so gut organisirt, daß sie sich ein allen Ansprüchen genügendes Lokal hat bauen können. Auch die Behörde behelligt uns nicht.

Grenz-Leipzig: Einen Parteitag in Sachsen abzuhalten, ist ein Experiment. Deshalb müssen wir, wenn wir Sachsen wählen, wenigstens eine Stadt wählen, die uns in die Lage versetzt, nöthigenfalls den Parteitag sofort zu verlegen. Das ist in Dresden nicht möglich. Von Leipzig aus aber können wir sofort bequem nach Halle gehen. Wollen Sie also schon ein Experiment machen, so wählen Sie Leipzig.

Eine weitere Diskussion findet nicht statt.

Auf Vorschlag von Singer wird die Wahl durch Stimmzettel gleichzeitig mit der später vorzunehmenden Wahl der Parteileitung vollzogen.

Der Parteitag geht zur Berathung derjenigen Anträge über, die sich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages beziehen. Es sind das die Anträge 62 und 70, die die Alkoholfrage auf die Tagesordnung gesetzt haben wollen, und ein Antrag, der die Wohnungsfrage erörtert wissen will. Die Unterstützung dafür reicht aus.

Erdmann-Köln: Der vorige Parteitag ist über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Damals meinte Bebel, es sei für eine politische Partei nicht angängig, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, er hat die Alkoholfrage mit der Impffrage verglichen. Aber das ist nicht angebracht, denn die Impffrage ist in der That eine wissenschaftliche, medizinische Frage, während das für die Alkoholfrage nicht zutrifft. Es ist Thatsache, daß der Alkohol sehr schädliche Wirkungen hat und weiter, daß gerade in Arbeiterkreisen dem Schnapsgenuß am meisten gefröhnt wird. Bebel hat weiter auf dem vorigen Parteitag gemeint, die Partei dürfe sich nicht mit Kleinkram abgeben. Aber die Alkoholfrage ist kein Kleinkram. Es fragt sich, ob die Trunksucht oder die Schwindsucht mehr gesundheitliche Opfer erfordert. Das jedoch steht fest, daß der Alkoholismus erhebliche sittliche Schäden im Gefolge hat. Natürlich denken die Antragsteller nicht daran, gemeinsame Sache mit den Temperenzlern zu machen. Wir rechnen uns keineswegs zu den Fanatikern oder Mäßigkeitsaposteln. Nun wird man wieder anführen, daß die Sozialdemokratie schon durch die Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse genug zur Eindämmung des Alkoholismus thut; aber es ist nicht richtig, daß durchweg die materielle Noth den Menschen zwingt, sich der Trunksucht hinzugeben. Vielfach ist es Unkenntniß der gefährlichen Folgen des Alkoholismus oder mangelndes Pflichtbewußtsein, und da kann durch Stellungnahme der Partei etwas geschehen. Bei dem Einfluß unserer Partei auf die Arbeiter würde es günstig wirken, wenn der Parteitag sich gegen den übermäßigen Alkoholgenuß ausspricht. Auch würden wir uns dadurch den Dank und die Anerkennung der Frauen erwerben. Ebensogut wie wir uns in Gotha bei der Kunstdebatte über Fragen unterhalten haben, die mit der Partei nur entfernt zusammenhängen, können wir uns auch einmal einige Stunden über den Alkoholismus unterhalten.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Singer verliest ein Telegramm von Frau Natalie Liebknecht: „Für die ergreifende Beileidspende unseren herzlichsten Dank."

Schluß $12^1/_2$ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

$2^1/_2$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Berathung des Antrags 62 wird fortgesetzt.

Adler-Kiel: Ich halte die Alkoholfrage für wichtig und bin persönlich Alkoholgegner, aber ich bin trotzdem dagegen, daß der Parteitag diese Frage auf seine Tagesordnung setzt. So sehr wir als Menschen den Alkoholismus bekämpfen müssen, so sehr auch die Partei Vortheil davon hat, wenn er abnimmt, können wir die Agitation dagegen nicht zur Parteisache machen. Lassalle hat uns gelehrt, daß, wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will, man einzig und allein einen Punkt ins Auge fassen und unbeirrt durch alles Andere darauf losgehen muß. Lehnen wir den Antrag ab und halten wir fest an dem Grundsatz: Alkohol ist Privatsache. (Heiterkeit und Beifall.)

Pickelmann-München: Ich stimme dem Vorredner durchaus bei. Als eine Beleidigung des Arbeiterstandes weise ich die Behauptung des Begründers des Antrages zurück, daß die Arbeiter dem Schnapsgenuß am meisten fröhnen. Ich weiß nicht, in welchen Arbeiterkreisen Erdmann verkehrt. Ich komme mit sehr viel Arbeitern zusammen, aber Trinker sind nicht darunter. Freilich, manche Arbeiter würden froh sein, wenn sie hier und da eine Maß mehr trinken könnten. (Heiterkeit.)

Braun-Königsberg: Unsere Gegner werden die Reden der Vorredner als eine Verherrlichung des Alkoholismus auffassen. Wer in Bezirken zu thun hat, wo die Menschen durch Alkohol verblödet sind, der wird nicht dem Grundsatz huldigen, daß Alkohol Privatsache ist. In Westpreußen, z. B. in Danzig, ist der

Schnapsgenuß mit ein Hinderniß für unsere Agitation. Wir gewinnen dort besonders die Frauen nicht, diese sagen uns immer: „Auch Ihr entschuldigt ja noch das Schnapstrinken!" Wir haben doch nicht nur das Endziel im Auge, sondern wollen auch in der heutigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter möglichst heben; aber gerade der Schnapsgenuß verschlechtert die Lage der Arbeiter. Durch eine Agitation gegen den Alkoholismus werden wir namentlich in den östlichen Provinzen weiter kommen. (Beifall.)

Wurm: Bei der Frage des Alkoholismus muß man streng unterscheiden, was bisher nicht geschehen ist, zwischen dem mäßigen Genuß von Alkohol und der Verseuchung weiter Volkskreise durch den übermäßigen Genuß von Alkohol. Es ist richtig, daß in gewissen Grenzen der Genuß von Alkohol unentbehrlich für weite Volksschichten ist, weil durch Sitte, Gewöhnung und äußere Verhältnisse es absolut nothwendig ist, daß alkoholische Getränke getrunken werden. Dem Alkoholismus gegenüber aber hat die Partei, die sich mit sozialen Verhältnissen beschäftigt, allerdings Stellung zu nehmen, doch meine ich nicht, daß es nothwendig ist, das durch ein besonderes Referat auf dem Parteitage zu thun. Wir haben uns ja nur die eine Frage vorzulegen, die oft genug in Broschüren und Zeitungsartikeln in der Presse erörtert worden ist: wie weit kann der Alkoholismus, der ja nur ein Symptom der Verelendung weiter Volksmassen ist, beseitigt werden neben der allgemeinen Kur, die wir an dem kranken sozialen Körper anstellen wollen? Dazu müssen wir auf die Ursachen des Alkoholismus zurückblicken. Der Alkoholismus ist 1. eine Lohnfrage, d. h. er ist abhängig von dem geringen Einkommen der Bevölkerung, die bei schlechter, ungenügender Ernährung dazu getrieben wird, durch den Alkoholgenuß sich eine Sättigung vorzutäuschen, die nur die Ernährung zu gewähren im Stande ist, oder eine schlechte Nahrung sich schmackhafter zu machen. Der Alkoholismus ist aber 2. auch eine Wohnungsfrage; denn alle Diejenigen, die in schlechten Wohnungen hausen müssen, in denen sie kein Heim finden, werden hinausgetrieben in das Wirthshaus, sie müssen dort verzehren, sie werden dazu weiter getrieben durch die Geselligkeit und so wird aus dem mäßigen Genuß die Völlerei. Dabei aber berühren wir auch den Punkt, der am wenigsten bisher beim Kampf gegen den Alkoholismus beachtet wird, daß es nicht immer nur die soziale Noth zu sein braucht, welche die Leute ins Wirthshaus treibt, zum übermäßigen Alkoholismus, sondern daß es auch ein edles gutes Motiv sein kann, nämlich der Hang zur Geselligkeit, zur Gemüthlichkeit. Der Arbeiter hat dasselbe Recht und dasselbe Bedürfniß wie jeder Andere, mit seinen Freunden zusammen zu kommen, in fröhlicher Geselligkeit sich zu unterhalten. Dazu stehen ihm aber unter den heutigen Verhältnissen keine anderen Räume zur Verfügung als solche, in denen er gezwungen wird, alkoholische Getränke zu genießen, weil es andere nicht giebt, oder es nicht als richtig betrachtet wird, andere als solche zu verzehren. Hier ist eine Aufgabe für Alle, die auf kommunalem Gebiet thätig sind, dafür zu sorgen, daß von den Gemeinden Erholungsstätten geschaffen werden, in denen der Arbeiter mit seinen Freunden sich zusammenfinden kann, in denen er nicht gezwungen, irgend etwas zu verzehren, in denen er aber durchaus nicht zum Temperenzler gepreßt werden soll. Denn es ist unmöglich, unter den heutigen Verhältnissen plötzlich aus einer alkoholverzehrenden Bevölkerung Temperenzler zu machen; solche Sprünge duldet die Natur nicht. Aber man kann wohl aus einer schnapsverseuchten eine nur einen vernünftigen Alkoholgenuß sich hingebende Bevölkerung machen, die ein leicht belömmliches Bier trinkt, und man kann aus einer biertrinkenden Bevölkerung ganze und halbe Temperenzler machen, wenn man nicht gezwungen ist, dem Biergenuß zu fröhnen, um längere Zeit mit seinen Freunden zusammen sein zu können. Erholungsstätten, Versammlungsräume, in denen Geselligkeit gepflogen wird, diese sind es, die dem Alkoholismus einen starken Damm ziehen

werden. Nicht allein Lesehallen, nicht allein Bibliothekzimmer; denn nicht Jeder ist in der Lage, nach des Tages angestrengter Arbeit sich dem geistigen Genuß hinzugeben, er braucht leichtere Unterhaltung. Die Schweizer Bildungsvereine haben solche Lokale, in denen Niemand gezwungen wird, etwas zu verzehren, in denen Getränke, auch Bier gereicht wird, aber Schnaps selbstverständlich ausgeschlossen ist. Auf diese Weise lassen sich weite Kreise dem schrecklichen Elend entziehen, das allerdings durch den Schnaps über die Bevölkerung gebracht wird. Man vergesse aber nicht, daß man tauben Ohren predigt, wenn man nur durch Belehrung, nur durch Aufklärung vorgehen will und nicht gleichzeitig den Leuten die praktische Möglichkeit giebt, das zu thun, was sie selbst gern möchten, wenn ihnen nur die Wege dazu offen ständen. Und die Wege fehlen überall. Es sind Ausnahmen, daß irgendwo den Arbeitern eine Stätte geschaffen ist, in der sie sich versammeln können, ohne zum Alkoholgenuß genöthigt zu sein; es sind Ausnahmen, daß die Wohnungsverhältnisse des Arbeiters so beschaffen sind, daß er in seinem Heim seine Freunde bei sich sehen oder auch nur sich wohl fühlen könnte. Daß die Lohnfrage aber die Hauptsache bleibt, dürfen wir nicht aus den Augen lassen, und es würde unserer ganzen Stellung nicht angemessen sein, wenn wir uns plötzlich auf eine Symptom-Kurirerei einlassen wollten; es wäre ein Armuthszeugniß für den Parteitag, wenn wir meinten, wir könnten die Alkoholfrage herausgreifen aus den übrigen sozialen Fragen. Die Guttempler, die Temperenzler, all die guten Leute und schlechten Musikanten, die die Alkoholfrage lösen wollen losgelöst von der Frage der Arbeiterbewegung, der Lohnfrage, die haben gut predigen, die waschen den Pelz und machen ihn nicht naß, die sind gut angeschrieben bei den hohen Herrschaften, den „auch wohlwollenden", denn es kostet nicht viel, was die Herren vorschlagen. Die beste Bekämpfung des Alkoholismus ist, daß man das Volkselend mit der Wurzel ausschneidet, daß man dem Volke bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse schafft, und was ich sonst als Aufgaben auf dem Gebiete der Kommunalpolitik gestreift habe. Ich befürworte also die Ablehnung des Antrages. Die Sozialdemokratie ist die geborene Vorkämpferin gegen den Alkoholismus; Niemand hat ein größeres Interesse als die Arbeiterklasse, ihn zu bekämpfen. Schauen wir nur um uns: in den Gegenden, wo wir gar keine Erfolge haben, da herrscht der Alkoholismus, es sind die schwarzen und schwarz-weißen Bezirke, wo er zu Hause ist. Da, wo die Arbeiterbewegung Fuß fassen soll, muß erst dieses Uebel überwunden sein, und wir haben daher alles Interesse, ihn zu bekämpfen. Aber wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradiren und nur dieses Symptom kuriren, wir wollen nicht thun, als ob dieses Symptom losgelöst von allen sozialen Erscheinungen bekämpft werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Kahl-Duisburg: Meine Erfahrungen in der Agitation in den Industriebezirken Rheinland-Westfalens lassen mich Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Es steht dort ebenso schlimm wie in Westpreußen. Wir dürfen nicht sagen: der Alkohol ist Privatsache. Nimmt der Parteitag gegen den Alkohol Stellung, dann wird der Alkohol auch von den Arbeitern besser bekämpft werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen. Der Antrag wird von

König-Bochum begründet: Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiter besser und billiger wohnt. Ins Kohlengebiet sind tausende fremder Arbeiter eingewandert und in Kolonien untergebracht worden. Dorthin darf kein sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Flugblatt gebracht werden. Ein Direktor hat offen erklärt, daß diese Kolonisten als Streikbrecher verwandt werden sollen. In den Kolonien seien sie gegen sozialdemokratischen Terrorismus geschützt.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der **Bericht der Kommission über das Organisationsstatut.**

Berichterstatter ist

Auer: Die ausführliche Diskussion im Plenum hat die Absichten so geklärt, daß wir in der Kommission sofort in die Spezialdiskussion eintreten konnten, die sich in der Hauptsache um die ersten drei Paragraphen des Entwurfs drehte. Die Wünsche, die zu § 1 vorgebracht wurden, sind Ihnen bekannt. In der Kommission drehte es sich hauptsächlich um die Frage, was unter dauernder Unterstützung der Partei durch Geld zu verstehen sei, und wir sind uns dahin schlüssig geworden, daß, wo Partei-Organisationen bestehen, der Beitrag zu dieser Organisation genügt, um die Parteizugehörigkeit zu dokumentiren, wo keine Organisation besteht, ist eine anderweitige finanzielle Unterstützung, wie sie ja jetzt auch eintritt, ein genügendes Erforderniß für die Parteizugehörigkeit. Genau umschriebene, für alle Verhältnisse zutreffende Formen zu finden, ist unmöglich, wir müssen uns auf die Intelligenz der Genossen verlassen. Ich bitte Sie, § 1 in unveränderter Form anzunehmen.

Bei § 2 hat der Absatz 2, der vom Ausschluß handelt, in der Kommission dieselben Angriffe erfahren, wie hier im Plenum. Ich gab die Erklärung ab, daß uns nichts an der Form liegt und daß wir bereit seien, auf den Antrag Wiesbaden einzugehen. Trotzdem wurde in der Kommission derselbe Tadel des Vorstands laut, wie vorgestern hier — überflüssigerweise, meine ich; aber des Menschen Wille ist sein Himmelreich. Einiges ist in dem Wiesbadener Antrag nicht beibehalten worden. Die Kommission hat sich schließlich auf folgende Fassung geeinigt, die redaktionell noch mangelhaft sein mag; wir hatten keine Zeit, eine Redaktionskommission einzusetzen, um überall die absolut korrekte Form sofort zu finden:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht, und das der Partei-Vorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von Denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Partei-Vorstand."

Durch diese Fassung ist wohl allen Wünschen Genüge geschehen. Der Wiesbadener Antrag ist jetzt dahin geändert, daß nicht mehr vorgeschrieben ist, daß das Schiedsgericht nur aus drei Personen bestehen darf. Wir sagen jetzt: aus mindestens drei. Unter Umständen ist es angebracht, mehr zu berufen. Die Möglichkeit dazu ist jetzt vorhanden. Auch dem Bedenken, daß der Vorstand doch nicht überall hinreisen könne, wo ein Konflikt besteht, ist begegnet, indem gesagt ist: Der Vorstand bezeichnet den Vorsitzenden. Er kann entweder eine Person aus seiner Mitte dazu bezeichnen, oder eine andere Person berufen. Die übrigen Bestimmungen des § 2 sind unverändert geblieben. Ich bitte, es dabei zu belassen. In der Kommission ist dieselbe Erscheinung zu Tage getreten, wie in der Fraktion. Die juristischen Mitglieder waren sich darüber einig, daß die Vorsichtsbestimmung in § 2, wonach mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei der bisherige Genosse aller früheren Rechte verlustig geht, nothwendig sei. Ich bitte auch Sie, sich mit dieser Bestimmung einverstanden zu erklären.

Bei § 3 kam der Gegensatz zwischen dem Vereins- und dem Vertrauensmännersystem zu Tage. Besonders die Frauen sprachen den Wunsch aus, daß ihre Vertreter mehr als bisher zu den direkten Parteiangelegenheiten herangezogen werden mögen. Wir waren der Ansicht, daß es unmöglich ist, von vornherein bestimmte Normen für die Organisationsform aufzustellen, die Entscheidung darüber muß den Genossen an den einzelnen Orten oder Ländern überlassen bleiben. Die Kommission hat sich deshalb mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des § 3 in der Form des ursprünglichen Entwurfs aus-

gesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch die von den Frauen beantragte Resolution 72 angenommen, und ich bin beauftragt, im Namen der Kommission an die Parteigenossen allerorts den Wunsch zu richten und die Delegirten aufzufordern, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dahin zu wirken, daß die Wünsche der Frauen, soweit irgend möglich, erfüllt werden. Das ist einfach ein Gebot der Selbsterhaltung der Partei. Es geht nicht, daß wir im praktischen Leben nicht den Grundsätzen unseres Programms entsprechend handeln. Es ist doch keine Entschuldigung, zu sagen: weiß der Teufel, mit den Weibern ist nicht auszukommen. (Heiterkeit.) Das mag ja zutreffen (Heiterkeit), und manche von uns haben gewiß sehr unangenehme Erfahrungen gemacht, aber die Kommission hat sich gesagt, hier sollen die Männer einmal beweisen, was sie so gern von sich behaupten, daß sie nämlich eine Nuance höher sind wie das andere Geschlecht. (Heiterkeit). Die Männer sollen hier nachgeben und sich als die Gescheidteren zeigen. Ich bitte Sie also Namens der Kommission, der Resolution entsprechend zu handeln. Die Wünsche der Frauen sind ja im Großen und Ganzen sehr bescheiden, sie wünschen, daß ihre Vertrauenspersonen zu den Vorberathungen und Vorbesprechungen im engeren Kreise hinzugezogen werden. Was kann schlimmstenfalls dabei herauskommen, wenn diesem berechtigten Wunsch entsprochen wird? Es werden in den Zusammenkünften ein paar Reden mehr gehalten (Heiterkeit), es werden so viel überflüssige Reden gehalten, daß es auf ein paar mehr oder weniger gewiß nicht ankommt (Heiterkeit), wobei ich nicht sagen will, daß etwa die Reden der Frauen überflüssig sind. Was kann es schaden, wenn den Frauen die Gründe für bestimmte Handlungen auseinandergesetzt werden. (Koenen: Wenn sie sie aber nicht glauben!) Ja, das kommt doch nur auf die Beredsamkeit an. Ich bin seit Jahren als Jemand verschrieen, der mit den Frauen garnicht gut steht, aber wenn mir mal daran liegt, mich mit ihnen auf guten Fuß zu stellen, dann kriege ich sie Alle herum. (Große Heiterkeit.) Also sorgen Sie dafür, daß die berechtigten Beschwerden der Frauen in Zukunft nicht mehr an uns kommen. Die nervöse Erregung unserer Frauen ist ja leider zu erklärlich, wenn man bedenkt, daß trotz Jahre langer aufreibender Thätigkeit ihre Erfolge nur minimal sind. Ich fürchte, daß auch die nächste Zeit uns noch keine große Frauenbewegung bringen wird. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Thätigkeit der Frauen unserer hervorragendsten Parteigenossen für die Partei eine sehr geringe ist. Ich kenne Einen, der mir sehr nahe steht (Heiterkeit), der da auch in Betracht kommt. Eine ganze Reihe dieser Frauen sind sehr gute Parteigenossen, aber es fehlt ihnen die Fähigkeit, sich im öffentlichen Leben zu bethätigen, sie sind mit Allem einverstanden, was ihr Mann thut. Auch der Geldpunkt kommt in Betracht. Bei dem geringen Einkommen vieler Arbeiterfamilien spielen die Vereinsbeiträge der Frau neben denen des Mannes doch auch eine Rolle. All das zusammen bewirkt, daß die Frauenbewegung nicht den gewünschten Erfolg hat. Um so mehr sind wir verpflichtet, die Bestrebungen der Frauen zu unterstützen, und deshalb bitte ich Sie, der Resolution zuzustimmen.

Die §§ 4—12 sind ohne jede Aenderung angenommen, Sie werden mir dankbar sein, wenn ich darüber kein Wort mehr sage.

Geändert wurde § 13, der von der Zusammensetzung des Partei-Vorstandes handelt. Die Kommission hat dem Antrag Scholz-Berlin entsprochen, daß der Partei-Vorstand in Zukunft aus 7 Personen bestehen soll, und zwar aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassirer und zwei Beisitzern. Der Antrag ist aus den hier bereits erörterten Gründen angenommen worden. Ich theile allerdings die Auffassung der Genossin Zetkin nicht, daß es für den jungen Nachwuchs gut ist, sich einzuarbeiten, denn es handelt sich ja immer nur um den Ersatz einzelner Personen, nicht aber des gesammten Vorstandes. Die Kontinuität im Vorstande bleibt bestehen. Aber wenn es der Partei-

tag für nothwendig hält, seine oberste Exekutive um zwei Personen zu vermehren, so brauchen wir darüber nicht erst zu reden. Wir Fünf sind ganz gut mit einander ausgekommen, und wir Sieben werden auch ganz gut mit einander auskommen.

Weiter fragte es sich, wie die Beisitzer gewählt werden sollen. Die Antragsteller hatten wohl ursprünglich die Absicht, daß ihre Wahl genau so erfolgen soll wie die der übrigen Vorstandsmitglieder. Aber es handelt sich hier nicht um bezahlte Parteibeamte, und deshalb sind wir auf Berlin angewiesen, oder aber wir müssen andere Genossen, die wir für geeignet halten, nach Berlin übersiedeln lassen. Dagegen wurde eingewandt, daß wir damit den prinzipiellen Boden verlassen, den wir bisher in dieser Beziehung innegehalten haben. Bisher haben wir die Vorstandsmitglieder auf dem Parteitag gewählt ohne Rücksicht auf ihr Domizil. Aber bei Dreien von ihnen handelte es sich doch um eine voll bezahlte Thätigkeit, und deshalb konnte man die Personen herholen, woher es gut schien. Es ist ja bekannt, daß 1890 ein Schriftführer aus London, ein Anderer aus München geholt wurde, später holten wir ein Vorstandsmitglied aus Hamburg. Der eine Vorsitzende kam aus Sachsen, der Andere war ein alter Berliner, den aber die Polizei eine Zeit lang, weil sie ihn dort nicht leiden wollte, herausgeschmissen hatte. Weiter wurde in der Kommission gesagt, man konstruire ein Standrecht für die Berliner; auch wurde eingewandt, daß die betreffenden Personen zu berlinisch empfinden. (Zurufe.) Ja, ich sage nicht, daß das meine Meinung ist, ich muß Ihnen aber doch die Gründe der Kommission mitteilen, und Sie haben die Pflicht, sie anzuhören. Ich bin nur das Sprachrohr, der Automat. (Heiterkeit.) Ich referire nur: das Bedenken ist geltend gemacht worden, daß an Stelle der freien Wahl der Gesammtpartei ein Vorortssystem eingeführt wird, wobei der Parteitag sagt: es ist nicht die und die Person, die wir wollen, sondern wir legen in die Parteigenossen des einen Ortes das Vertrauen, daß sie die Richtigen wählen. Es wurde gesagt: der Natur der Sache nach müssen dann die Berliner gefragt werden, wen haltet Ihr für fähig, ein solches Amt zu bekleiden und wer ist von diesen auch in der sozialen Stellung, um zwei, drei Mal in der Woche Nachmittags an einer manchmal plötzlich einberufenen Vorstandssitzung Theil zu nehmen. Aus diesen Gründen wurden Bedenken erhoben gegen den ursprünglichen Vorschlag, die Wahl schon hier zu treffen. Es wurde angeregt, vorübergehend und für das erste Mal der Kontroll-Kommission die Befugniß zu übertragen, die beiden Beisitzer zu wählen. Ueber die Vermehrung des Vorstandes um zwei Mitglieder wurde nicht weiter geredet, sie wurde einfach angenommen. Von einer dritten Seite wurde angeregt, die Auswahl von Beisitzern der Fraktion zu übertragen, die sie aus ihrer Mitte zu ernennen hätte. Man stützte sich dabei darauf, daß schon jetzt bei jeder größeren Parteiaktion der Vorstand regelmäßig, wenn es nur irgendwie angeht, die Entscheidung der Fraktion, den Vertrauensmännern der Partei, unterbreitet und ihrer Anregung und ihrem Rathe folgt. Wenn also, so wurde gesagt, die Fraktion schon jetzt einen derartigen Einfluß ausübt, dann ist es viel besser, wir verwandeln in geschriebenes Recht, was sich aus dem Gang der Dinge in der Partei bereits als ungeschriebenes Recht entwickelt hat. Dagegen wurden verschiedene Bedenken erhoben. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Vermehrung des Vorstandes und die beiden Beisitzer beschlossen wurde. Danach heißt es im Statut:

> „Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassirers erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontroll-Kommission.“

Die Mehrheit der Kommission hat es also abgelehnt, die Wahl der Beisitzer der Fraktion zu übertragen. Auch der Gedanke, ein Provisorium zu schaffen, wurde abgelehnt. Die Kontroll-Kommission soll dauernd damit betraut werden. Ob diese Lösung glücklich ist, muß ich dahingestellt sein lassen. In Wirklichkeit fassen wir ja unsere Beschlüsse immer nur für ein einziges Geschäftsjahr. Im nächsten Jahre sind wir souverän; wir können eine andere Bestimmung treffen und die jetzigen wieder streichen, wenn sie sich nicht bewährt. In Berücksichtigung dieses Umstandes bitte ich Sie, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Vollgültiges haben wir noch nicht schaffen können; es handelt sich um ein Experiment.

Schließlich ist noch der Antrag Berlin III in einer besseren Form angenommen worden. Folgender Zusatz wurde beschlossen:

„Hierdurch wird das Recht der Delegirten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt."

Weitere Aenderungen hat die Kommission nicht vorgenommen. Geredet wurde noch über den § 18, die Stellung des „Vorwärts" und der Buchhandlung Vorwärts, aber die Anträge wurden abgelehnt.

Noch habe ich Sie zu bitten, den Partei-Vorstand zu ermächtigen, unter Zuziehung des Vorsitzenden der Kommission und vielleicht ihres Schriftführers unsere Beschlüsse formell zu revidiren und als Redaktionskommission zu wirken.

Zum Schluß bitte ich Sie im Namen der Kommission, unsere Beschlüsse en bloc anzunehmen. Das ist kein neuer Vorgang. In Halle haben wir es auch so gemacht. Etwas Besseres ließ sich nicht schaffen, alle Wünsche ließen sich nicht erfüllen. Aber das Nothwendige ist geschaffen worden. Im Interesse einer gedeihlichen und raschen Entwickelung unserer Geschäfte bitte ich um en bloc-Annahme. (Beifall.)

Vorsitzender **Singer**: Eine en bloc-Annahme ist nur dann zulässig, wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt. Erfolgt Widerspruch?

Bergmann-Mülheim a. Rh. erhebt Widerspruch.

Singer: Damit ist die en bloc-Annahme unmöglich geworden. Da mir aber auch an der glatten Erledigung unserer Geschäfte liegt, so frage ich, ob der Widerspruch auch gegen die en bloc-Annahme der in der Kommission unverändert gebliebenen Theile des Organisations-Entwurfs gelten solle.

Bergmann erklärt, daß er nur deshalb Widerspruch erhoben habe, weil er das gebundene Mandat habe, gegen den § 1 in der neuen Fassung zu stimmen.

Singer: Dann liegt dem Widerspruch nur ein Irrthum zu Grunde, Mit dem Beschluß der en bloc-Annahme ist nicht der Zwang verbunden, für den Entwurf zu stimmen.

Bergmann zieht seinen Widerspruch zurück.

Singer: Der en bloc-Annahme steht jetzt kein Widerspruch mehr entgegen.

Bei der Abstimmung wird die Organisation nach dem Vorschlag der Kommission mit großer Mehrheit en bloc angenommen.

Angenommen wird gleichfalls die dazu gehörige Resolution 72, betreffend Beseitigung der in einer Reihe Einzelstaaten bestehenden Verbote der Theilnahme der Frauen in politischen Vereinen.

Alle übrigen Anträge werden durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Es folgt der achte Punkt der Tagesordnung: **Die Verkehrs- und Handelspolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 65 vor, in welcher **v. Vollmar** zwei Streichungen beantragt: erstens im Schußabsatz unter A Ziffer 1 der Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich" und in Ziffer 3 der Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittellandkanals".

Referent **Calwer:** Der Gesichtspunkt, von dem aus ich die Verkehrs- und Handelspolitik betrachten will, ist mir aufgedrängt worden durch einen Beschluß der Organisation der deutschen Berg- und Hüttenleute auf ihrer letzten Generalversammlung in Altenburg, der bisher in der Oeffentlichkeit, namentlich auch in unserer Parteipresse nicht genügend gewürdigt worden ist. Es handelte sich um die Konkurrenz ausländischer Arbeiter und auch polnischer Arbeiter aus deutschen Gegenden, und der Beschluß lautet:

„Die Generalversammlung ersucht die Reichsregierung, den Import fremdsprachiger, ausländischer Arbeiter in die Bergreviere zu verbieten, da die Unkenntniß der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahren derselben erheblich erhöht. Auch die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter bezüglich ihres Antheils an den Versicherungskassen (Knappschaftskassen) legt es uns nahe, im Interesse der Ausländer gegen die weitere Anlegung derselben zu protestiren."

Man mag über die Motive und offizielle Begründung dieses Antrages denken, wie man will: zweifellos liegt hier ein schutzzöllnerischer Beschluß vor. Eine deutsche Arbeiterorganisation spricht es offen aus, daß wir uns gegen die Einfuhr von fremden Arbeitern sogar durch ein direktes Verbot schützen sollen. Im Prinzip ist, meine ich, gegen diesen Standpunkt garnicht viel einzuwenden, wenn wir nicht Manchesterleute sein wollen, sondern im Gegentheil Leute, die die natürliche Konkurrenz unter Umständen beschränken wollen; aber so viel ist auch sicher, daß, wenn erst die Arbeiter anfangen würden, durch eine prohibitive Politik sich gegenseitig auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen, das der Anfang vom Ende der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung sein könnte. Nun will ich die Bedeutung dieses Beschlusses garnicht überschätzen, aber immerhin müssen wir doch, wenn ein solcher Beschluß von einer so hervorragenden Arbeiterorganisation wie den Bergarbeitern gefaßt wird, den Ursachen nachgehen, die dazu geführt haben und dazu führen, Gegensätze unter Arbeitern innerhalb eines einheitlichen nationalen Wirthschaftsgebietes und erst recht Gegensätze unter den Arbeitern auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu schaffen; wir müssen alle Mittel der Politik, namentlich der Verkehrs- und Handelspolitik in einer Weise zu handhaben suchen, daß solche Gegensätze erst garnicht heranwachsen können, sondern daß sie möglichst vermieden werden.

Ich frage zunächst: kommen solche Gegensätze in der Arbeiterbewegung innerhalb des nationalen Arbeitsmarktes — auf den internationalen Arbeitsmarkt werde ich bei der Handelspolitik noch näher zu sprechen kommen — mehrfach vor und sind sie so bedeutend, um im Interesse der Arbeiterbewegung durch Maßnahmen der Verkehrspolitik einen Ausgleich derselben anstreben zu müssen?

Werfen Sie mit mir einen Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt. Ich will garnicht eingehen auf den Gegensatz zwischen Arbeiterverhältnissen auf dem platten Lande und in der Stadt, nicht auf die Sachsengängerei; ich will nur an einem typischen Beispiel zeigen, daß diese Gegensätze in der Arbeiterbewegung thatsächlich vorhanden sind und zu den unangenehmsten Erscheinungen führen. Ich greife ein Gewerbe heraus, in welchem die Arbeitsverhältnisse überall ziemlich gleichartig liegen, die Maurer. (Zuruf: Die Intensität der Arbeit ist verschieden!) Da finden Sie nun einen Unterschied des Stundenlohns, der ganz gewaltig ist. Sie haben Orte, wo pro Stunde Maurerarbeit 60 Pfg. gezahlt wird, und andere, wo 19 Pfg. gezahlt wird. Sie werden zugeben, daß die Maurer an letzteren Orten ungemein leicht geneigt sein werden, an anderen Orten zu arbeiten, wo die Löhne höher sind; und das ganze Streikbrecherthema fußt vielfach auf der Verschiedenheit der Löhne in den verschiedenen Gegenden. Die Verschiedenheiten in Lohn, Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen führen zu Gegensätzen, die auch innerhalb der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen können. Wir haben daher allen Anlaß, Maßregeln zu ergreifen, um

diese Gegensätze möglichst auszugleichen; und soweit sich diese Gegensätze im nationalen Rahmen des deutschen Arbeitsmarktes bewegen, ist nicht das einzige, aber eines der ersten Mittel, die Möglichkeit des Ausgleichs zu schaffen: die Freizügigkeit der Arbeiter, die heute auf dem Papier steht, zu verwirklichen. Denn so lange die Arbeiter diese Schwankungen in den Löhnen nicht leichter ausgleichen können, bleiben die Gegensätze bestehen, ja verschärfen sich unter Umständen, und ihr Zusammenprallen auf dem Arbeitsmarkt häuft sich. Daher fordere ich in erster Linie von der deutschen Verkehrspolitik, daß die Personentarife, die Arbeitertarife möglichst stark herabgesetzt werden. Daß sie für die Arbeiter viel zu hoch sind, brauche ich nicht auszuführen; welcher Schaden dadurch entsteht, dafür eine einfache Berechnung. Wenn wir die vierte Wagenklasse als die Arbeiterklasse ansprechen, so werden täglich 500000 Personen befördert. Nehmen wir nur den zehnten Theil davon als solche, die gezwungen sind, nach einer anderen Stellung sich umzusehen und bei der Langsamkeit des Personenverkehrs in der vierten Klasse meist einen ganzen Tag versäumen, und rechnen wir 2 Mark verlorenen Arbeitsverdienst und 2 Mark Zehrung auf der Reise, so ergiebt sich ein Ausfall von 60 Millionen Mark im Jahre. Also die Tarife müssen ganz beträchtlich herabgesetzt werden. Zugleich hat damit eine Beschleunigung des Personenverkehrs für das unbemittelte Publikum Hand in Hand zu gehen.

Wie man aber im Reichstag vom preußischen Eisenbahnminister gehört hat, denkt man in maßgebenden Kreisen an solche Reformen nicht, und es ist auch garnicht abzusehen, wie bei der gegenwärtigen Organisation des Eisenbahnwesens ein derartiger Fortschritt für die Arbeiterklasse erreicht werden soll. Die Einnahmen der Eisenbahnen bilden das finanzielle Rückgrat des preußischen Staats; die Tendenz ist gerade, noch eine Vermehrung der Eisenbahn-Ueberschüsse für die allgemeinen Ausgaben des Staates herbeizuführen. Diese Tarifpolitik stellt eine indirekte Besteuerung des reisenden Publikums dar, die 11 Mark pro Kopf in Preußen beträgt; das ist eine Familiensteuer von 44 Mark, eine indirekte Besteuerung des Arbeitereinkommens. Die Eisenbahnverwaltung wird von selbst in dieser Beziehung nicht reformiren, schon deshalb nicht, weil sie in der Tarifbildung ganz selbstständig ist. Nun halte ich es für etwas ganz Ungeheuerliches, daß in einem zentralisirten Wirthschafts- und Zollgebiet das Eisenbahnwesen nicht zentralisirt ist und vor Allem dem Einfluß der Volksvertretung nicht untersteht. Ich habe daher vorgeschlagen, die Eisenbahnen auf das Reich zu übernehmen und zwar im Anschluß an eine alte Forderung aller wissenschaftlich fortschrittlich Gesinnten. Ich bin selbst Süddeutscher und kann es sehr wohl verstehen, daß die Süddeutschen ihre Eisenbahnen nicht preisgeben, daß sie sich nicht verpreußen lassen wollen. (Vollmar: Sehr richtig!) Ganz gut, aber so leicht gebe ich mich nicht gefangen, trotzdem ich den Vers kenne: Auf de schwäb'sche Eisebahne giebt es viele Haltstatione! Und vielleicht gerade deshalb. (Heiterkeit.) So rasch geht es mit der Erfüllung unserer Forderungen nicht, und es ist ein sehr schlauer Zug von unseren württembergischen Genossen, daß sie in ihr Programm die Forderung gestellt haben: vorläufig wollen wir unsere Eisenbahnen selbständig haben, bis das Reich uns etwas Besseres bietet. Wir müssen für die Zukunft vordenken. Die wirthschaftlichen Verhältnisse entwickeln sich sehr rasch und wachsen auch den Regierungen über den Kopf. Die Konkurrenzverhältnisse gegenüber dem Ausland können dazu zwingen, eine gemeinsame Eisenbahnpolitik zu führen. Seit der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft macht sich der Gedanke der Reichseisenbahnen immer mehr geltend. Freilich der bayerische Minister v. Crailsheim sagt wie Vollmar: Wir geben die Selbständigkeit unserer Eisenbahnen nicht auf. Der württembergische Minister macht es wie unsere Genossen in Württemberg und am schlauesten ist der badische Minister, der sagt: man soll nie niemals sagen.

Kürzer kann ich in Bezug auf die Gütertarife sein. Daß ihre Herabsetzung für die Arbeiter mindestens von indirektem Nutzen ist, braucht nicht näher

ausgeführt zu werden. Deshalb müssen wir auch für den Ausbau der Wasserstraßen eintreten, weil sie durch ihre billigen Transporte eine große Konkurrenz für die Eisenbahnen sind und diese zu einer Tarifermäßigung zwingen werden. Ich gehe auf die Kanalfrage nicht weiter ein; wir haben es nicht nöthig, für die rheinisch-westfälischen Großindustriellen uns besonders ins Zeug zu legen. Ich habe meiner Resolution die Klausel eingefügt, „im Nothfall muß das Reich den Bau der Wasserstraßen übernehmen"; damit wollte ich zum Ausdruck bringen, daß nach der Verfassung Reichstag und Bundesrath das Recht haben, wenn die Landtage nicht wollen, den Bau der Wasserstraßen selbst in die Hand zu nehmen.

Damit verlasse ich das Gebiet der Verkehrspolitik und komme zu der viel wichtigeren Handelspolitik. Denn die verkehrspolitische Frage ist für uns vorläufig eine rein akademische (Widerspruch), vorläufig können wir hier noch nicht bestimmend einwirken. Ganz anders ist es aber mit der Handelspolitik. Man übersieht da zu gern die Unterschiede auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Wenn man vor Augen hat, wie verschiedenartig in den einzelnen Ländern die Lage der Arbeiter ist, dann würden wir nicht so ohne Weiteres für die absolute Freiheit sein, sondern Maßregeln zu einem Ausgleich anstreben. Nach einer amerikanischen Statistik, die zwar nicht bis aufs Tipfelchen richtig ist, aber doch Anhaltspunkte über die Lage und Produktionskraft der arbeitenden Klassen in den einzelnen Ländern giebt, finden wir, daß zum Beispiel der Arbeiter in den Vereinigten Staaten jährlich eine Waarenmenge im Werthe von rund 7900 Mk. produzirt, in England von 3318, in Deutschland und Frankreich von 2300, in Belgien von 1800, in Rußland von 1600, in Italien von 1100 Mk. Der Lohn der Arbeiter beträgt in den Vereinigten Staaten durchschnittlich 1461 Mk., in England 850 Mk.; in Frankreich 735 Mk., Belgien 693 Mk., Deutschland 651 Mk., der Schweiz 630 Mk. u. s. w. Das sind gewaltige Unterschiede. Der amerikanische Arbeiter verdient mehr als das Doppelte des deutschen Arbeiters. Diese Thatsache müssen Sie zunächst einmal festhalten. Ich gehe, um sie noch deutlicher zu illustriren, auf eine Zusammenstellung ein, die über die Lohnverhältnisse in den Vereinigten Staaten spezielle Auskunft giebt, und zwar sind diese Zahlen alle gewonnen aus amtlichen amerikanischen Lohnerhebungen, die mindestens denselben Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben wie die in Deutschland. Es sind in den Vereinigten Staaten z. B. die Arbeiter in der Eisenindustrie bedeutend besser gestellt als bei uns. In den Feinwalz-, in den Grobwalzwerken verdienen die Arbeiter bis zu 40 Mk. den Tag; das sind zwar Ausnahmen, aber die Regel sind 20 bis 32 Mk. Im Baugewerbe ist ein Lohn von 12 bis 16 Mk. für Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute der Durchschnitt. In der Textilindustrie verdienen selbst weibliche Arbeiter 2,40 bis 6 Mk. pro Tag, je nach der Zahl der Webstühle, die sie bedienen. Der Chef des Arbeitsbureaus der Vereinigten Staaten hat vor kurzer Zeit eine Enquete angestellt, die sich auf 31 600 Textilarbeiterinnen erstreckt; daraus geht hervor, daß 16 pCt. bis 2 Mk., 19 pCt. bis 2,70 Mk., 18 pCt. bis 3,50 Mk., 14 pCt. bis 5,20 Mk., 23 pCt. bis 8 und 12 Mk. verdienen. Das sind Löhne, wie sie in Deutschland in dem nämlichen Gewerbe überhaupt nicht vorkommen. Man wendet gewöhnlich ein, dafür sei auch die Lebenshaltung um so viel theurer. Das ist nicht richtig; auch hier geben die amtlichen Aufnahmen über die Lebensmittelpreise namentlich im Massenkonsum eine ganz andere Auskunft, und Reisende, die die Verhältnisse studirt haben, sowie eine Reihe amerikanischer Konsulatsberichte konstatiren übereinstimmend, daß die Meinung, in Amerika sei das Leben für die Arbeiter theurer, eine durchaus irrige ist. Fleisch, Butter, Käse, Gemüse, Thee, Kaffee sind viel billiger; die Wohnungsmiethen sind vielleicht etwas höher, besonders in den Fabrikzentren, aber außerhalb der Städte wieder viel billiger, und die Preise für Kleider und Schuhe sind niedriger als in Deutschland und vor Allem auch als auf dem freien englischen Markt.

Die Frage ist nun: Welche Stellung hat unsere deutsche Arbeiterwelt, um auf einen Ausgleich der für die internationale Arbeiterbewegung durchaus ungesunden Gegensätze hinzuwirken, einzunehmen anläßlich der Neuregelung unserer Handelsbeziehungen? Ich stelle speziell die Frage, denn sie ist mir heute die wichtigste: Können wir den Amerikanern gegenüber das bisherige Verhalten aufrecht erhalten? Jetzt stehen wir zu ihnen im Meistbegünstigungsverhältniß. Gewähren wir Oesterreich eine Zollermäßigung, so müssen wir sie sofort auch den Vereinigten Staaten gewähren, ohne jedes Aequivalent. Nun frage ich: Haben denn die deutschen Arbeiter wirklich ein so großes Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes? Gewöhnlich verweist man uns ja auf die Lebensmittel, die wir von dort beziehen und auf die wir Rücksicht nehmen müssen. Ich bin nicht dieser Meinung. Wir exportiren auch nach Amerika. Und nun beachten Sie Folgendes: Die Amerikaner legen auf unsere Ausfuhr einen Zoll von 57 pCt. des Werthes, das sind etwa 215 Millionen Mark Zölle. Ich frage, wer zahlt diese Zölle? Heute, wo die Konkurrenzverhältnisse so entwickelt sind und wo die Amerikaner so schneidige Geschäftsleute sind, wie ich es manchmal von unseren Industriellen wünschte — die Amerikaner bezahlen diese Zölle nicht, sondern die Importeure, und ein großer Theil dieser 215 Millionen Mark wird auf die Löhne der Arbeiter abgewälzt. Sehen Sie doch die Verhältnisse in unserer Textilindustrie. Haben wir wirklich vom Standpunkt der Arbeiter ein Interesse daran, diesen bleiernen Druck, der von Amerika auf unser Lohnniveau gelegt wird, noch besonders zu erhalten? Schließlich kann der Arbeiter bei hohem Lohn auch theuere Lebensmittel ertragen, aber einem schlecht gelohnten Arbeiter sind billige Lebensmittel vielleicht nicht billig genug, um sie zu kaufen. Daher glaube ich, wir sollten uns nicht immer auf den Konsumentenstandpunkt, sondern auf den Standpunkt des Arbeiters als Produzent stellen. Die deutschen Arbeiter zahlen fortlaufend in die Finanzkasse der Amerikaner Millionen über Millionen Mark und eine solche Politik sollen wir unterstützen?

Man sagt, die Aufhebung der Meistbegünstigung bedeute den Zollkrieg. Die Amerikaner werden sich schön hüten, einen Zollkrieg anzufangen, weil wir ihnen die Meistbegünstigung kündigen. Wer hatte denn, als das freihändlerische England uns die Meistbegünstigung kündigte, gesagt, das giebt einen Zollkrieg mit Deutschland? Wir haben es angenommen, und die Amerikaner werden es auch annehmen. Ich glaube nicht an das Gespenst des Zollkrieges. Aber selbst wenn die Amerikaner es schief auffassen würden, so fürchte ich die augenblicklichen Folgen garnicht so sehr. Hätten wir heute einen russischen Handelsvertrag, wenn wir nicht den Zollkrieg seiner Zeit gehabt hätten? Was war denn die ganze amerikanische Handelspolitik seit 1890 anders als ein steter Krieg gegen uns? Als sie die Mac Kinley-Bill annahmen, hatten wir eine ganz kolossale Krise in der Textilindustrie; ihnen hat es nichts geschadet, aber uns, und als sie die Dingley-Bill annahmen, war die Krise wieder da und unsere Textilindustrie ist jetzt für einige Zeit kaput. Ein Zollkrieg würde die Folgen nicht viel mehr verschlimmern. (Zuruf: Was wollen Sie da thun?) Petroleum, Maschinen, Schuhe, eine ganze Menge Waaren könnten getroffen werden. Aber ich glaube unter keinen Umständen, daß, wenn wir den Amerikanern sagen: Hört, die Meistbegünstigung, die ihr 1828 mit Preußen abgeschlossen habt, existirt garnicht für das Reich; wir regeln jetzt 1903 unsere Handelsbeziehungen von Neuem, und da müßt Ihr, wenn Ihr mit uns in ein Handelsverhältniß treten wollt, verhandeln wie andere Staaten auch.

Also bei der ganz gewaltigen Ueberlegenheit des amerikanischen Arbeiters über den deutschen, und in Anbetracht, daß wir keine Manchestermänner sind und daß ich nichts weiter fordere, als daß die Amerikaner nicht von uns eine besondere Bevorzugung erhalten, auf Grund deren sie das Lohnniveau der deutschen Arbeiter dauernd herunterdrücken, können wir vom Standpunkt der

Arbeiter es ganz wohl rechtfertigen, daß die Meistbegünstigung aufgehoben wird; sie kann bei entsprechendem Entgegenkommen Amerikas wieder eingeführt werden, aber zunächst müssen wir freie Bahn schaffen. Wenn wir uns nicht auf diesen Standpunkt stellen, so können wir Hundert gegen Eins wetten, daß wir dann einen autonomen Zolltarif bekommen mit Positionen, die so hoch sind, wie wir sie uns heute noch gar nicht vorstellen mögen. Ich erinnere daran, daß Graf Kanitz im vorigen Jahre im Reichstag gesagt hat, wie die Dinge jetzt liegen, kommen wir nicht mehr zu Handelsverträgen, sondern alle Länder werden autonome Zolltarife bekommen, und dann wird so lange gewirthschaftet werden, bis der Schwächste zuerst reinfällt. Herr Lieber drückte sich zwar sehr diplomatisch aus, sagte aber doch, er glaube, daß diese Perspektive richtig sei. Nun sind ja Lieber und Kanitz keine Propheten, auf die wir schwören müssen (sehr richtig!), aber immerhin soll man solche Augurenstimmen beachten. Selbst Kautsky, ein Gegner meiner Anschauungen, sagt in der letzten Nummer der „Neuen Zeit", daß die hochschutzzöllnerischen Strömungen eine gewaltige Unterstützung gefunden haben, namentlich durch den industriellen Export der Vereinigten Staaten, und er hält gerade auf Grund dieses Moments die Handelsvertrags-Politik für sehr gefährdet. Nun, wenn die Aussichten so liegen, und wenn gerade Amerika das Hinderniß für die Handelsvertrags-Politik bildet, ist es da nicht angebracht, daß wir unsere Hochschutzzöllner auf ein Gebiet treiben, wo sie nicht mehr die billige Ausrede haben, mit Bezug auf die amerikanische Politik so hohe Zölle zu normiren? Es liegt kein wirthschaftlicher Grund vor, sich innerhalb Europas durch Zollschutzmauern künstlich abzusperren. Aber wenn wir die Meistbegünstigungsklausel Amerika gegenüber nicht preisgeben wollen, so haben die Gegner bis zu einem gewissen Grade ein Recht zu sagen: Amerika wirft in Folge seines überaus geschützten Marktes seine überschüssige Produktion so billig nach Deutschland, daß wir absolut nicht an eine Herabsetzung unserer Zölle oder an weitere Konzessionen gegen diejenigen Staaten, mit denen wir Handelsverträge machen wollen, denken können, die eo ipso auch Amerika bekäme. Wir glauben immer, die deutsche Industrie sei den Amerikanern gegenüber konkurrenzfähig. Das ist nicht der Fall. Es ist vielleicht die traurigste Folge unserer deutschen Schutzzollpolitik, daß die Unternehmer es nicht verstanden haben, trotz des Schutzzolls Amerika gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Seit 1897 ist Amerika mit den höchsten Löhnen und den besten Maschinen auch am leistungsfähigsten, und als dies Frühjahr plötzlich die Anzeichen einer Krisis in Deutschland auftauchten, was wäre geworden, wenn unser deutscher Eisenmarkt von der amerikanischen Massenproduktion plötzlich überschwemmt worden wäre? Man hat davor gezittert und die Krisis wurde nur verhindert, weil Zoll und Fracht noch zu hoch waren.

Man wird vielleicht fragen: Kann denn der europäische Absatzmarkt uns das in Bezug auf den Export ersetzen, was wir an Amerika verlieren würden? Nun, unser Export nach europäischen Ländern beträgt 3430 Mill. Mk., der nach den Vereinigten Staaten nur 377 Mill. Mk., und seit 1891 hat der Export nach den Vertragsstaaten beständig zugenommen, der nach Amerika ist zurückgegangen oder stabil geblieben. Wenn wir uns daher mit den europäischen Staaten noch enger liiren, so wird der Export dahin noch weiter als bisher zunehmen. Der Export nach Amerika aber ist bis zu einem gewissen Grade nur möglich durch Niederhaltung des Lohnniveaus der deutschen Arbeiter.

Ich bin nun nicht der Ansicht, daß wir bei dem bevorstehenden Kampf ohne Weiteres mit den Liberalen zusammengehen, ich glaube vielmehr, wir müssen die Führung übernehmen, und zwar müssen wir vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus unsere Forderungen formuliren, ganz ohne Rücksicht auf die Liberalen. Uebrigens ist es auffallend, daß die „Frankfurter Zeitung" selbst einmal zugiebt, daß die Meistbegünstigungsklausel für Amerika uns ein großes

Hinderniß ist, aber sie meint, es geht nicht anders. Nun, nach meiner Ansicht kommt es auf den Versuch an. Wir haben uns bisher in unseren Beschlüssen bezüglich der Handelspolitik immer auf den Standpunkt des Arbeiters als Konsumenten gestellt; je weiter aber die Weltwirthschaft vorschreitet, desto nothwendiger ist es, daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Arbeiter auch Produzent ist. Ich wünsche, daß bei der bevorstehenden Agitation in Bezug auf die Handelsverträge unsere Losung nicht allein ist: gegen Lebensmittelvertheuerung, sondern auch für höhere Löhne. Denn haben die Arbeiter höhere Löhne, so können sie auch höhere Preise für Lebensmittel zahlen. Der deutsche Arbeiter soll von dem amerikanischen lernen: viel verdienen, um viel ausgeben zu können! Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, dann werden Sie, was ich hoffe, meine Resolution annehmen.

Die Diskussion wird eröffnet.

Rosa Luxemburg beantragt folgendes Amendement (Antrag 93) zur Resolution Calwer:

1. Hinter A 3) folgenden Punkt zu setzen:
   „4. Für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel, von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes.
2. Dem Punkt B 1) folgende Fassung zu geben:
   „Für Ablehnung aller Zölle und Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel u. s. w."
3. Hinter B 3) folgenden Zusatz zu machen:
   „4. Für das Prinzip der „offenen Thür" und gegen das der „Interessensphären" in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete."

Singer theilt mit, daß die Vorschlagslisten für die Wahlen in der ersten Stunde der nächsten Morgensitzung eingereicht, dann zum Druck befördert und bei Beginn der Nachmittagssitzung gegen Vorzeigung der Delegirtenkarte abgegeben werden sollen.

Stolle-Gesau: Die sozialdemokratische Fraktion hat stets gegen die Schutzzollpolitik Front gemacht. Es ist nur eine Konsequenz, in diesem Sinne weiter zu arbeiten, und das thut ja auch die Resolution Calwer im großen Ganzen. Aber in der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich erblicke ich eine große Gefahr. Das bedeutet einen Verzicht auf das Budgetrecht und die Lahmlegung jedes Fortschritts. Hat etwa das Reichs-Eisenbahnamt bisher etwas gethan? Nein, es führt keine einheitliche Reform aus und hat sich als mangelhafte Einrichtung gezeigt, es ist zu einer Null herabgesunken, es hat dazu mitgewirkt, den militärischen Geist in das System hineinzutragen. Lesen Sie nur die neueste Nummer des „Weckruf". Den Untergebenen werden alle politischen Selbstbestimmungsrechte abgesprochen; deshalb halte ich es für bedenklich, den Vorschlägen von Calwer zuzustimmen. Ich wäre nur dann in der Lage, dafür zu stimmen, wenn unter A 1) die Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich" gestrichen und unter A 2) hinter den Worten „für weitgehende Ermäßigung der Personentarife" eingefügt wird: „und der Frachttarife." Am allerbedenklichsten ist, daß die Resolution Calwer den deutschen Regierungen die Möglichkeit giebt, ihre Welt- und Blutpolitik noch besser fortzusetzen als heute, da wir ihnen dann Geldmittel in die Hand geben, die ihnen heute nicht zur Verfügung stehen. Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich würde zur Folge haben, daß das Parlament garnicht mehr in der Lage wäre, Mittel zu bewilligen. Die Regierungen würden einfach die Ueberschüsse verwenden und dann würde der Reichstag vor der vollendeten Thatsache stehen und Ja und Amen sagen müssen. Lehnen Sie also die Resolution in der vorliegenden Fassung ab.

Rosa Luxemburg: Das Meiste von dem, was der Referent vorgebracht hat, steht in so schroffem Widerspruch zu dem, was als offizielle Meinung der Partei in Stuttgart festgelegt ist, daß wir eigentlich einen Korreferenten hätten bekommen müssen. Leider ist es bei der Kürze der Zeit nicht möglich, alle seine Ansichten zu widerlegen. Ich kann mich nur auf wenige Punkte beschränken, um die Verkehrtheit des Calwer'schen Standpunktes darzuthun. Vor Allem ist es mir zum ersten Mal passirt, daß ich einen Referenten gegen seine eigene Resolution sprechen höre. (Sehr richtig!) Er hat hier für die Schutzpolitik plädirt, während sich seine Resolution dagegen ausspricht. Er fordert in der Resolution die Ablehnung aller Zölle und aller Zollerhöhungen auf Lebensmittel, die möglichste Beseitigung, eventuell Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs, die Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen, die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren. Und das fordert ein Genosse, der hier zugleich eine Rede gegen die Meistbegünstigungsklausel hält. Entweder wußte er nicht mehr, was er in der Resolution geschrieben hat, oder er hat sich an ein Thema herangewagt, das er nicht beherrscht. (Unruhe.) Jeder, der etwas von der Zollpolitik versteht, weiß, daß die Meistbegünstigungsklausel das erste und wichtigste Erforderniß des freien Handelsverkehrs ist. Seit der Aera der freien Handelspolitik ist die Meistbegünstigungsklausel der Grundsatz aller Handelsverträge, und gerade dank dieser Klausel hatte sich der Freihandel verhältnißmäßig so schnell verbreitet. Wenn wir nun gegen die Meistbegünstigungsklausel sind, so binden wir uns damit schon ohne Weiteres für den Schutzzoll, und wir würden, wenn wir Calwer folgten, nicht nur von unserem bisherigen Standpunkte abschwenken, sondern zu unserer größten Schande noch hinter den linksstehenden bürgerlichen Parteien zurückstehen. Calwer hat den Vorschlag gemacht, wir müßten, gegenüber den bürgerlichen Freihändlern, die Führung in dem bevorstehenden Kampfe um die Handelspolitik übernehmen; ich verstehe aber nicht, wie man Jemand führen will, hinter dem man steht. Will man führen, so muß man vorausschreiten. Und Calwer hat ja selbst gesagt, daß sogar die „Frankf. Ztg." sich nicht an die Meistbegünstigungsklausel heranwagt.

Auf alle Schnitzer, die der Referent gemacht hat, kann ich hier nicht eingehen. Er hat u. A. die Behauptung aufgestellt, daß in unserem Waarenverkehr mit Amerika die Zölle nicht von Amerika, sondern von uns getragen werden. Eine solche wissenschaftliche Leichtfertigkeit ist mir noch nicht vorgekommen. Wer die Zölle trägt, das hängt von so vielen Umständen ab, daß von Jahr zu Jahr eine Schwankung darin eintritt. Mit einer solchen wissenschaftlichen Leichtfertigkeit sollte man sich doch nicht an ein Referat heranwagen. Der Standpunkt Calwer's ist nicht mehr und nicht weniger als der des Grafen Kanitz, der Krieg gegen Amerika war seine Losung. Dieser Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem Zollbündniß gegen Amerika ist ein alter Ladenhüter aus dem Magazin der Agrarier und anderer Schutzzöllner. Weiter meint Calwer, wir sind noch nicht im Stande, die Freihandelspolitik zu befolgen, weil Amerika nichts davon wissen will. Das ist der Standpunkt, den die Regierung immer in Arbeiterschutzfragen einnimmt, das ist ein echt bürgerlicher Standpunkt. Wir aber sagen: Was wir prinzipiell für richtig halten, damit fangen wir zunächst in unserem eigenen Lande an. Calwer steht im schroffen Gegensatz zu unserem Parteistandpunkte. So kann man nur sprechen, wenn man in der Zollpolitik auf nationalem Standpunkte, nicht aber auf dem internationalen steht. Wir haben die Pflicht, nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Arbeiterinteressen im Auge zu behalten, wenn nicht das, was im Kommunistischen Manifest steht, Phrase sein soll, nämlich der Satz, daß die Sozialdemokratie die Interessen der gesammten Arbeiterklasse gegenüber einzelnen Gruppeninteressen vertrete. Wir müssen uns fragen, was für alle Arbeiter aller Länder von Nutzen ist, wir müssen die

amerikanischen Schutzzölle bekämpfen nicht nur im Interesse unserer Textilindustrie, sondern auch im Interesse der amerikanischen Arbeiter, denn sie haben eben so gut wie wir darunter zu leiden. Die amerikanischen Arbeiter wissen sehr wohl, daß die schutzzöllnerische Aera mit dem Imperialismus und der Reaktion verbunden ist. Also im gemeinsamen Interesse müssen wir uns gegen die Schutzzölle in Amerika und in Deutschland wenden ... (Glocke des Vorsitzenden.) Ich bitte, mir das Wort noch etwas länger zu ertheilen.

Singer: Das kann ich nicht thun. Halten Sie sich an die Geschäftsordnung. Sie können ja von Ihrem Recht Gebrauch machen und sich zum zweiten Mal zum Wort melden.

Zur Geschäftsordnung beantragt

Kiesel-Berlin VI, dem Vorsitzenden in diesem Falle zu gestatten, uneingeschränkte Redezeit zu gewähren.

Singer: Wenn der Parteitag so beschließt, so werde ich natürlich demgemäß verfahren. Ich würde es aber dann für richtig halten, daß wir Allen, die zu diesem Thema sprechen, unbeschränkte Redezeit bewilligen, denn alle Mitglieder sind doch gleichberechtigt.

Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung dieses Vorschlages. Es bleibt also bei der Redezeit von zehn Minuten.

Singer: Ich kann Sie nur nochmals darauf aufmerksam machen, daß Sie das Recht haben, sich wieder zum Wort zu melden.

Rosenow-Berlin: Gegenüber der schwierigen Aufgabe, die Calwer hatte, beschränke ich mich auf die Erklärung, daß ich nicht jede Bemerkung von ihm unterschreibe, wohl aber für seine Resolution stimmen werde. Ich freue mich, daß die Frage der Handelspolitik uns hier beschäftigt. Bisher ist ihr lange nicht die nöthige Aufmerksamkeit in der Agitation von uns geschenkt worden. Die handelspolitischen Beziehungen sind von großer Bedeutung für die Gestaltung der einheimischen Arbeitsbedingungen. Deshalb hatten die Gewerkschaftler allen Anlaß, auf diese Dinge einzugehen. Wir fragen, ob sich die Arbeiterschaft unter dem System des Freihandels oder des Schutzzolls am besten befindet. Es läßt sich nicht verkennen, daß das Schutzzollsystem der Arbeiterschaft tiefe Wunden geschlagen hat. Mein Wahlkreis ist gerade durch die Betonung des freihändlerischen Standpunktes gewonnen worden. Die Weberei, Wirkerei und Spielwaaren-Industrie meines Wahlkreises ist auf den Absatz ins Ausland angewiesen. Diese Arbeiter würden mit Calwer nicht einverstanden sein, wenn er sagt: Besser sind hohe Löhne und hohe Lebensmittelpreise, als niedrige Löhne und niedrige Lebensmittelpreise. Es ist bedauerlich, daß in dem wirthschaftlichen Ausschuß zur Vorbereitung der Handelsverträge nicht ein Arbeiter sitzt. So ist es kein Wunder, daß der wirthschaftliche Ausschuß zu einem Handelsgeschäft zwischen agrarischen und industriellen Ausbeutern geworden ist. Den Industriellen wird die Erhöhung der Zölle auf Maschinen, Fahrräder und Fahrrädertheile zugesagt, dafür willigen sie in die Erhöhung der Getreidezölle. Die „Kölnische Volkszeitung" hat bereits erklärt, daß mit einem 6 Mark-Zoll der Landwirthschaft garnicht gedient ist, ein Zeichen, daß man bereit ist, noch mehr zu bewilligen. Die Agrarier ventiliren bereits den beweglichen Getreidezoll, der mit den Weltmarktpreisen steigt und fällt. Sogar die Verzollung der Verpackung wird in Aussicht genommen. Wir müssen gegen diesen Handel, bei dem die Konsumenten die Kosten tragen, auf das Energischste protestiren.

Ledebour-Dresden-Land: Ich bin aufs Höchste überrascht durch die Entwickelung, die das Referat Calwer's genommen hat. Als ich die Resolution gelesen und den ersten Theil seiner Rede hörte, sagte ich mir: Hier wird nichts Aufregendes vorkommen. Aus dieser verhältnißmäßigen Gleichgiltigkeit wurde ich durch die Erklärung Calwer's gerissen, daß er das Deutsche Reich veranlassen will, Amerika die Zähne zu zeigen. Er ist so freundlich gewesen, nach den

ersten allgemeinen Redensarten, wie, daß wir keine Manchesterleute seien, was garnicht dahin gehört, konkrete Andeutungen zu machen, wie er sich nach Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel den Zollkrieg eigentlich denkt. Er sprach von der Erhöhung des Petroleum- und des Schuhzolls. Das Petroleum ist ein Rohprodukt und für die Lebenshaltung des deutschen Volks wäre es genau dieselbe Schädigung, wenn man den Petroleumzoll erhöht, wie wenn die Zölle auf amerikanisches Fleisch und Getreide erhöht werden. (Sehr richtig.) Die ärmste Familie brennt Petroleum. Die einzige greifbare Andeutung Calwer's über den Zollkrieg mit Amerika war also der direkte Durchbruch der Erklärung seiner Resolution gegen die Zölle auf Lebensmittel. So mechanisch eng wird er den Begriff „Lebensmittel" doch nicht gemeint haben, daß nur Getreide und Fleisch darunter fällt. Um einen ernstlichen Zollkrieg gegen Amerika zu führen, wird die Erhöhung des Petroleumzolls nicht genügen. Die Ausführung des Zollkriegs würden ja Zentrum und Konservative übernehmen. Sie würden sagen: Seht, die Sozialdemokratie leitet uns auf die richtige Bahn. Aber das, was sie vorschlägt, reicht nicht aus, Amerika auf die Kniee zu zwingen. Das amerikanische Getreide, das amerikanische Fleisch muß auch belastet werden. Wie stellt sich nun Calwer die Wirkung eines Zollkriegs mit Amerika vor. Als hervorragender Kampfhahn zeigte er Amerika zuerst die Zähne, aber dann meinte er: So schlimm ist es ja garnicht gemeint. Wir wollen blos drohen, wollen ein ganz klein bißchen die Zähne zeigen, dann wird Amerika schon nachgeben. Das erinnert mich an Aussprüche Emil Olivier's, Chamberlain's und ähnlicher Leute. Chamberlain wollte auch zuerst nur leichten Herzens den Transvaalboeren nur ein ganz klein bißchen die Zähne zeigen und einen ganz ungeheuerlichen Krieg hat er angezettelt. Wenn wir mit so leichtem Herzen Amerika ein ganz klein bißchen die Zähne zeigen, dann würde ein unabsehbarer Zollkrieg entstehen, der für Deutschland einen viel schlimmeren Ausgang nehmen würde, als für Amerika. Amerika ist bei einem Zollkrieg in der bei weitem günstigeren Lage. Zollerhöhungen ohne Schädigung des Volks sind nur in Ländern möglich, wo noch ein ungeheueres Reservoir unbenutzter Naturkraft vorhanden ist. Für Amerika ist der Schutzzoll eine Art Prämie, die die Amerikaner für die Verlegung einer Anzahl Industriezweige nach Amerika bezahlen. In einem Zollkrieg mit ihm würden wir auf die Kniee kommen. Um Mißverständnisse auszuschließen: auch ich bin der Ansicht, daß bei einem Zollkrieg beide Nationen leiden. Weil wir aber Nahrungsmittel und Rohprodukte importiren und Industrieprodukte exportiren, sind wir die besonders Geschädigten, und bei einem Zollkrieg würden wir die Kosten zahlen. Calwer hat schließlich der zollpolitischen Vereinigung der europäischen Staaten untereinander das Wort geredet. Gegen die engere Verbindung der europäischen Völker durch wirthschaftliche Verbände, auch durch Beseitigung der Zollschranken, habe ich nichts. Selbst wenn wir ein vereinigtes Europa hätten, zu dem natürlich Rußland nicht gehören könnte, da es wirthschaftlich in ähnlicher Lage ist, wie Amerika, wäre ich doch dagegen, daß wir die wirthschaftspolitische Weltmarschallschaft im Schutzzollkampf übernähmen. Alle Zweideutigkeiten, die schutzzöllnerische Interpretationen ermöglichen, müssen aus der Resolution Calwer ausgeschlossen werden, sonst ist sie unannehmbar.

v. Vollmar: Mit dem Haupttheil der Resolution bin ich einverstanden. Ueber Motive stimmen wir nicht ab, man braucht garnicht mit jedem Wort des Referenten einverstanden zu sein, um der Resolution zustimmen zu können, wenn man überhaupt Resolutionen für nothwendig hält. Bevor ich auf die Hauptsache komme, nur noch ein Wort: Wir sollen uns hüten, bei einer derartigen praktischen Frage mit Redensarten vorzugehen. Wenn man es z. B. so hinstellt, als ob jeder Sozialist Freihändler sein müsse, so ist das etwas, was vor 20 Jahren bei uns schon als abgethan gegolten hat. Man muß

eben die Parteigeschichte ein wenig näher kennen, man muß wissen, daß man sehr wohl ein Bekämpfer des Schutzzollsystems sein kann, ohne doch alle freihändlerischen Geschichten mitzumachen. Ebenso verhält es sich mit dem Schlagwort, wir dürften nicht vom nationalen Gesichtspunkt ausgehen, sondern wir hätten nur für die internationalen Arbeiterinteressen einzutreten. Die Wahrheit ist die, daß wir sowohl für nationale wie für internationale Arbeiterinteressen eintreten. (Zuruf von Genossin Rosa Luxemburg.) Schweigen Sie doch mal und reden Sie nachher! Man kann sehr wohl ein guter Sozialdemokrat und guter Internationaler sein und braucht sich deshalb doch nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß wir jeder Handlung des Auslands mit gebundenen Händen gegenüberstehen müssen. Wie wir im Allgemeinen uns stets zu diesen Fragen gestellt haben, wissen Sie aus den achtziger Jahren schon. Das Wichtigste ist, daß wir mit aller Energie und ganz anders als bisher uns auf den großen Kampf, der uns bevorsteht, vorzubereiten haben. Die Einzelheiten werden sich zu gegebener Zeit schon finden.

Nun zur Begründung meines Antrages. Ueber die Streichung der Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittellandkanals" brauche ich wohl nichts zu sagen, nachdem Calwer sein Einverständniß damit gegeben hat. Darüber sind wir Alle einig, daß das deutsche Wasserstraßensystem ausgebaut werden soll, aber es ist kein Grund vorhanden, warum der Mittellandkanal als typisch angeführt wird. Das schränkt den allgemeinen Satz ein, statt ihn auszudehnen; uns ist es doch aber um eine möglichste Ausdehnung zu thun. Auch dem Punkt A 2 der Resolution hätte ich gern eine andere Fassung gegeben. Calwer wird zugeben, daß, wenn wir eine weitgehende Ermäßigung der Personentarife anstreben, wir das zweifellos auch thun zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter, aber das ist nicht der einzige Grund, es giebt darüber hinaus noch politische Gründe, die uns lebhaft interessiren. (Sehr richtig!) Vielleicht korrigirt Calwer das noch selbst.

Die wichtigsten Bedenken habe ich gegen die Forderung unter A 1. Daß wir eine einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik zu fordern haben, wird jeder Sozialdemokrat, ja jeder moderne Mensch zugeben, aber diese Forderung wird durch den Zusatz, dessen Streichung ich beantragt habe, verdorben. Calwer fordert die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich; er hat zu unserer Beruhigung hinzugefügt, daß das eine akademische Forderung ist, da wir ja ohnehin sobald nicht zu ihrer Durchführung kommen. Ich betrachte das nicht als akademisch, und gerade die Verschmelzung des akademischen mit dem praktisch-politischen Standpunkt in diesem Satz ist nachtheilig. Wir sind eine politische, eine Kampfpartei. Wir halten unsere Kongresse nicht ab, um schöne akademische Reden zu hören, sondern um zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen. Da dürfen wir nicht die Verhältnisse, wie sie in 50 Jahren mal sein werden, sondern die aktuellen Verhältnisse in Betracht ziehen. Die sind aber so beschaffen, daß eine Uebertragung der sämmtlichen Eisenbahnen Deutschlands auf das Reich eine absolute Unmöglichkeit darstellt. Was heißt denn heute das Reich? Die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich würde in Wirklichkeit nichts anderes heißen, als die Uebertragung der Grundsätze des preußischen Eisenbahnsystems auf das ganze Reich. (Sehr richtig!) Was ist aber das preußische Eisenbahnsystem? Preußen ist vor Allem der Hort der Fiskalität, es ist geradezu das Hinderniß jeder Verbesserung und Ausgestaltung unseres Tarifwesens, und schließlich bedeutet das preußische System die allerschlimmste Vergewaltigung der Bediensteten und Beamten. (Sehr wahr!) Ich weiß sehr genau, welcher Unterschied in der Behandlung der Beamten der Reichseisenbahnen und der bayerischen Bahnen besteht. In Bayern würde kein Mensch wagen, ähnliche Dinge laut werden zu lassen, wie sie im Reich und in Preußen gegenüber den Beamten an der Tagesordnung

sind: Es würde eine ganz ungeheuere Verschlechterung für Zehntausende von Beamten und Bediensteten bedeuten, wenn bei uns ein anderer Modus Platz griffe. In Hessen hat man ja die Probe aufs Exempel gemacht, allerdings nicht unter dem Namen des Reichs, sondern unter dem Namen Preußen. Die Folge davon war eine Heraufsetzung der Tarife, man suchte ferner die Beamten nach Möglichkeit zu packen, und endlich ist Hessen komplett unselbständig in wirthschaftlichen Angelegenheiten geworden. So geht es auch in Braunschweig; gegen Baden, Württemberg und Sachsen wird das Erdrosselungssystem angewendet. Wir Sozialdemokraten haben ja gerade in Süddeutschland in den Landtagen einen außerordentlichen Kampf geführt gegen dies Gewaltsystem der preußischen Regierung, und hier wird uns implizite zugemuthet, den Kampf aufzugeben und Preußen zu unterstützen. Stolle hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dadurch unser eifrigster Gegner, die preußische Regierung, gestärkt würde. So unsinnig können wir politisch unmöglich handeln — das „unsinnig" trifft natürlich nicht Calwer, der ja die Frage nur akademisch behandelt hat. Wir Süddeutschen sind gar keine so argen Partikularisten, wir nehmen jede Verbesserung vom Reich an, sobald es wirklich eine Verbesserung ist, aber wir haben es satt, ewig Verschlechterungen zu bekommen und das Wenige, was wir noch an einigermaßen besseren Einrichtungen besitzen, aufzugeben. Das ist ein Schaden für Süddeutschland und auch für das Reich, weil dadurch der Stachel zu Verbesserungen fortfällt. Wir haben ganz andere Ziele nach dieser Richtung angestrebt.

Noch eine Parallele. Die Sache liegt genau so wie seiner Zeit mit der Forderung, wir sollten für ein Reichs-Vereinsgesetz eintreten der lieben Einheit zu Liebe. Dadurch würden dort, wo noch bessere Zustände sind als in Preußen, diese auch hinweggefegt werden. Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, zwar die Forderung der einheitlichen Gestaltung der Verkehrspolitik anzunehmen, dagegen das, was diesen Satz in der Resolution verunziert und verdirbt, nämlich die Spezialbestimmung, die nur unseren Gegnern zu Gute kommt, abzulehnen. (Beifall.)

Molkenbuhr: Vollmar hat uns soeben recht eindringlich geschildert, wie schlecht die Eisenbahnverhältnisse in Preußen sind, und ich glaubte, er würde nothwendiger Weise zu dem Schluß kommen, daß dieses System so bald wie möglich beseitigt wird. Da nun nicht daran zu denken ist, daß Preußen von Bayern annektirt wird, wird kein anderer Ausweg sein, als die Eisenbahnen auf das Reich überzuführen. In dieser Sache unterstütze ich also die Resolution Calwer's.

Aber um so weniger kann ich mit seinen Ausführungen über die Handelspolitik mich einverstanden erklären. Er hat es so dargestellt, als ob wir demnächst vielleicht gezwungen sein würden, einen kleinen Zollkrieg anzufangen, um Amerika kirre zu machen. Haben wir Amerika erschreckt, als 1883 die gesammte Einfuhr des amerikanischen Schweinefleisches aus rein zollpolitischen Gründen verboten wurde? Die Amerikaner haben darauf nicht ihre Zölle gegen Deutschland herabgesetzt, sondern gerade umgekehrt, das Schweine-Einfuhrverbot ist einer der wesentlichsten Anlässe zu jener Bewegung, die schließlich zu der Mac Kinley-Bill führte. Wenn also etwas dazu angethan wäre, die Zustände zu verschärfen, so ist es gerade der Weg, den Calwer vorschlägt. Er ist aber von einer ganzen Reihe falscher Voraussetzungen ausgegangen. Er hat die Ziffern einer amerikanischen durchaus anfechtbaren Statistik für baare Münze genommen, und hat dazu die Ziffern einseitig herausgegriffen, die seine Ansicht am meisten stützen, hat aber unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es eine ganze Anzahl von Gewerben giebt, in denen die amerikanischen Arbeiter schlechter gestellt sind als die englischen. Das hätte ihn freilich zu dem Schluß führen müssen, daß hohe Schutzzölle nicht nothwendiger Weise einen Vortheil für die Arbeiter bedeuten. Im Gegentheil,

gerade die hohen Schutzzölle werden in ganz schamloser Weise in Amerika ausgenutzt, um die Arbeiter als Konsumenten auszunutzen, während sie als Produzenten nichts gewinnen. So sind z. B. in der Seidenindustrie von New-Yersey nach der Mac Kinley-Bill, wo die Krefelder, französische und schweizerische Industrie fast lahmgelegt wurde, die Löhne nach unten gegangen, und es hat eine erhebliche Vermehrung der Frauenarbeit stattgefunden.

Dann hat Calwer eine Beseitigung der Meistbegünstigungsklausel gefordert, als ob dadurch lediglich die Vereinigten Staaten getroffen würden und nicht auch eine ganze Reihe südamerikanischer Staaten, vor Allem Argentinien; das bedeutete die Erhöhung des Weizenzolles auf den Normaltarif und ein sofortiges Emporschnellen der Weizenpreise, ohne daß wir Deckung dafür hätten. Denn es ist doch gar zu naiv, anzunehmen, daß das Ausland die Zölle zahlen würde; im Gegentheil, die Schutzzölle wirken fast in allen Fällen zur Belastung der Konsumenten. Eine Singer'sche Nähmaschine, die bei uns 100 Mk. kostet, ist am Fabrikorte mit 145 Mk. zu bezahlen, für die Rolle Garn, die bei uns für 10 Pfennige zu haben ist, müssen die Näherinnen am Fabrikorte in Amerika 20 Pfennige zahlen. Wir sollen die Hand dazu bieten, unsere Konsumenten der Ausplünderung durch die Hochschutzzöllner auszuliefern? Wollen wir einmal mit dem Grafen Kanitz marschiren, dann einen Schrit weiter, dann auch Verstaatlichung des Grund und Bodens!

Die Arbeiter, sagt Calwer, könnten hohe Preise ertragen, wenn sie nur hohe Löhne haben. Ja, wer sagt Ihnen denn, daß bei höheren Waarenpreisen höhere Löhne kommen werden? Wie sind denn die Wirkungen des Mac Kinley-Tarifs und der Dingley-Bill in Amerika gewesen? Der Import vor Inkrafttreten dieser Bills war ein ganz gewaltiger, die Läger wurden überfüllt und mit einer Vertheuerung der Lebensmittel sanken die Löhne. Ich denke, wir sollten von diesem Jingoismus und Agrarierthum uns vollkommen frei halten. Die englischen Arbeiter haben bei Freihandel und gutem Koalitionsrecht gute Löhne; und wenn wir darauf hinarbeiten, das Koalitionsrecht auszugestalten und Bahn freimachen und das Volk nicht der Ausplünderung freigeben, ist es das Vernünftigste, was wir für die Arbeiter thun können. (Beifall.)

Harris-Himbach: Ich vermisse eine Klarlegung der Agrarverhältnisse, soweit sie mit den Handelsbeziehungen in Verbindung stehen. Man scheint in der Partei eine gewisse Scheu davor zu haben, diese Frage zu berühren; aber so schwierig sie ist, sie muß behandelt werden. Für die Kleinbauern gilt es sicher nicht, daß sie kein Interesse an hohen Preisen der landwirthschaftlichen Produkte haben, denn sonst können sie unmöglich bestehen. Aber wir müssen nothwendig auch die Masse der Kleinbauern gewinnen, die genau solche Proletarier sind wie die Lohnarbeiter.

Rosa Luxemburg: Eins hat mich bei den Ausführungen Vollmar's überrascht: Vollmar, der gegen die Verstaatlichung spricht! Sieht so die „praktische Politik" aus? Halten es die praktischen Politiker auch mit ihren eigenen Dogmen so? Nun, dann sind sie nicht gefährlich. Calwer gegenüber fasse ich mich dahin zusammen, daß wir sein Referat als seine Privatmeinung betrachten müssen, dagegen die Resolution, die auf dem richtigen Standpunkt der Partei steht, ruhig annehmen können. Unser Standpunkt betr. die Handelsbeziehungen ist auf dem Stuttgarter Parteitag festgestellt, er hat sich nicht geändert, kann und wird sich hoffentlich nicht ändern.

Man führt gegen eine Festlegung zu Gunsten des freien Handelsverkehrs gewöhnlich an die internationale Rücksicht auf die Arbeiterklasse zurückgebliebener Industrieländer und die Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse noch schutzbedürftiger Industriezweige in Deutschland selbst. Das erste Argument beruht auf Unkenntniß der Verhältnisse. Man nennt dabei besonders Rußland als ein Land, dessen Industrie ohne Schutzzölle sofort zu Grunde gehen würde.

Jeder Kenner russischer Verhältnisse wird Ihnen sagen, daß die russische Industrie gegenwärtig gerade von dem geltenden Schutzzollsystem Schaden trägt. Die hohen Zölle schaffen den russischen Unternehmern allerdings wahnsinnige Profite, machen sie aber apathisch, initiativlos und völlig konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt. Am meisten leidet darunter wieder der Arbeiter, denn mit der Schutzzöllnerei besteht in Rußland primitive Arbeitsweise und Rückständigkeit im Arbeiterschutz, so daß die russischen Sozialdemokraten für Aufhebung der Schutzzölle eintreten. Sollen wir aber auf die industrielosen Balkanstaaten Rücksicht nehmen? Ebenso hinfällig ist der Hinweis darauf, daß in Deutschland einzelne Industriezweige des Schutzzolles noch nicht entrathen können. Keine Reform hat alle einschlägigen sozialen Verhältnisse berücksichtigen können; auch bei Einführung der Gewerbefreiheit, bei jedem technischen Fortschritt werden eine Reihe Unternehmer ruinirt; trotzdem sind wir für die Gewerbefreiheit und technischen Fortschritte eingetreten, wenn auch eine Anzahl Existenzen dabei zu Grunde gegangen sind. Man hat z. B. neulich in der Presse hervorgehoben, die Fabrikation von Spazierstöcken könne nicht die rauhe Luft der freien Konkurrenz ertragen. Nun, ich glaube, wenn die wichtigsten Industriezweige so weit sind, dann werden wir, wenn auch mit großem Seelenschmerz, über die Spazierstöcke hinwegschreiten.

Aber überhaupt ist es eine Uebertreibung, wenn man behauptet, wir wollten erklären: vom nächsten ersten April an sind sämmtliche Schutzzölle aufgehoben. Wir sind überhaupt keine Draufgänger, sondern vernünftige Leute (Heiterkeit), die, wenn wir erst die Macht haben, wohl verstehen werden, eine Reform vernünftig einzuführen. So wie wir die Verkürzung der Arbeitszeit stufenweise fordern, können wir uns auch die Abschaffung der Schutzzölle als eine Reihe von Reformen denken, die den betreffenden Industrieländern und Industriezweigen Zeit lassen, sich vorzubereiten. Daraus folgt aber nicht, daß wir eine Politik von Fall zu Fall, oder von Umfall zu Umfall treiben dürfen, heute für Schutzzölle und morgen gegen, sondern wir müssen programmatisch die völlige Abschaffung der Schutzzölle fordern und daher gegen jeden neuen Zoll uns erklären. Daher habe ich mein Amendement eingebracht, das unsere Stellung präziser faßt.

Darauf wird die Diskussion vertagt.

Schluß $6^1/_2$ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zunächst wird der neu eingebrachte Antrag 91 berathen

„Das Protokoll des diesjährigen Frauenkongresses ist in das des Parteitags aufzunehmen."

Marckwald-Halberstadt begründet den Antrag unter besonderem Hinweis auf das für den Arbeiterinnenschutz auf der Frauenkonferenz gelieferte Material. Wird der Antrag angenommen, so wird Jeder aus dem bürgerlichen Lager, der sich für die Frauenfrage interessirt, genöthigt sein, das Parteitagsprotokoll anzuschaffen. Auf noch ein paar Extrawürste für die Frauen kommt es nicht an.

Der Antrag wird angenommen.

Stubbe-Hamburg erstattet den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission über die ihr **zur Prüfung überwiesenen Beschwerden.** Die Beschwerden an den Parteitag sind diesmal glücklicherweise geringer an Zahl als sonst. Zunächst beschweren sich einige Buchdrucker aus Bant über ihren Ausschluß aus der dortigen Organisation. Er ist zurückzuführen auf einen aus Anlaß der

Stellung der Buchdrucker-Organisation zur Tarifgemeinschaft im „Correspondent“ erschienenen Artikel, durch den die Banter Genossen beleidigt wurden. Die Neuner-Kommission beantragt folgende Erklärung:

„Der Parteitag lehnt es ab, sich in den gewerkschaftlichen Streit der Buchdrucker einzumischen. Den Beschluß der Banter Parteiversammlung, welcher den Beschwerdeführern das Recht aberkennt, Aemter in der Partei zu bekleiden, hebt der Parteitag auf und setzt die davon Betroffenen, da denselben ehrlose Handlungen nicht zum Vorwurf gemacht werden können, in ihre alten Rechte wieder ein. Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen in Bant, sich bei ihren Auseinandersetzungen eines angemessenen unter Parteigenossen üblichen Tons zu befleißigen.“

Hug-Bant: Es ist bedauerlich, daß die Banter Angelegenheit an den Parteitag kommen mußte. Der Schlußpassus der Erklärung der Neuner-Kommission kann sich keinesfalls auf den Ton in den Banter Versammlungen beziehen; wenn er aber die Schreib- und Kampfesweise des Leipziger „Correspondent“ treffen soll, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Seyferth-Leipzig ersucht um Ablehnung des Antrags der Neuner-Kommission, denn sonst hätte der Stettiner Antrag, der die ganze Neutralitätsfrage aufrollen wollte, auf dem Parteitage behandelt werden müssen.

Leutert-Apolda ist für den Antrag der Neuner-Kommission.

Der Parteitag stimmt diesem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Stubbe berichtet über den zweiten Beschwerdefall. Er betrifft anscheinend die Organisation von Neustadt a. H., die auf dem Pfälzer Parteitag nicht zugelassen zu sein scheint, wegen nicht erfolgter Abrechnung der Beiträge. Die Beschwerde ist aber nicht unterschrieben, auch nicht klar der Thatbestand zu ersehen. Daher beantragt die Neuner-Kommission Uebergang zur Tagesordnung über diese Beschwerde.

Stein-Neustadt a. H. begründet die Beschwerde. Die Neustädter Organisation hatte von der Wahl im 2. pfälzischen Kreise noch Schulden zu begleichen und war daher mit ihren Beiträgen an die Gaukasse im Rückstand geblieben. Deswegen darf man doch eine Organisation nicht von einem Parteitag ausschließen.

Stubenreich-Oggersheim: Ich wundere mich, daß man mit dieser Angelegenheit der bayerischen Pfalz den deutschen Parteitag behelligt. (Sehr wahr!) Die Neustädter haben entgegen den Vorschriften der bayerischen Organisation vier Quartale lang ihre Beiträge nicht abgeführt ohne jede Entschuldigung. Da war es durchaus berechtigt, ihnen die Mandate abzuerkennen, damit diese Schlamperei aufhört.

Dem Antrag der Kommission wird stattgegeben.

Darauf wird die Diskussion über die Verkehrs- und Handelspolitik fortgesetzt.

David-Mainz: Molkenbuhr hat gestern gemeint, man könne Preußen nicht von Bayern aus annektiren und aus diesem Grunde sei es nothwendig, wenn man der tarifreformfeindlichen, von rein fiskalischen Gesichtspunkten ausgehenden Verwaltungsweise der preußischen Eisenbahnen ein Ende machen wolle, diese Bahnen auf das Reich zu übernehmen. Die Frage der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens im Reich in *diesem* Sinne gelöst, daß das Eigenthum an den Eisenbahnen aufs Reich übernommen und damit auch unmittelbar der Verwaltung des Reichs und Reichstags unterstellt wird, die Frage in diesem Sinne ist allerdings eine rein akademische. Molkenbuhr giebt ja auch zu, daß dieser Prozeß in absehbarer Zeit nicht vor sich gehen wird, und zwar so lange nicht, als der preußische Landtag und die preußische Regierung sich dem entgegenstellen. Gegenüber dem hervorragenden Einfluß Preußens im Reich, und innerhalb Preußens der großagrarischen Elemente, ist gar keine Aussicht vorhanden, daß diese Art der Ueberführung der Eisen-

bahnen auf das Reich bevorsteht. Aber nach anderer Richtung hin ist die Frage im höchsten Maße aktuell, nämlich in dem Sinne unser Eisenbahnwesen zu vereinheitlichen, daß das Eigenthumsrecht an den Eisenbahnen den einzelnen Ländern verbleibt, daß nur die Verwaltung eine zentrale ist, die sich zusammensetzt aus den Mandataren nicht der einzelnen Länder, sondern der einzelnen Regierungen; daß also unter der Aegide des preußischen Ministeriums eine zentrale Verwaltung durchgeführt wird, in die aber der Reichstag als solcher nichts dreinzureden hätte. Das ist die Eisenbahngemeinschaft, wie sie heute durch Miquel angestrebt wird, und diese Eisenbahngemeinschaft ist in Süddeutschland in der That im höchsten Grade aktuell. Wir haben ja hier in Hessen den ersten Schritt zu dieser Eisenbahngemeinschaft: das Eigenthum an unsern hessischen Bahnen ist der hessischen Regierung geblieben, die Vertheilung des Gewinns regelt sich nach dem Antheil des speziellen hessischen Eisenbahneigenthums, die Verwaltung sitzt in Berlin, an ihrer Spitze steht Thielen. Von Hessen werden zwar einige Beamte dort hinein entsendet, aber die ganze Verwaltung, die bei diesem Verkehrsinstitut ja eine Zentrale sein muß, ist in letzter Linie von Preußen abhängig. Und Miquel ist schon drauf und dran, auf Grund des territorialen Uebergewichts Preußens und mit Hilfe des hessischen Eisenbahnsystems einen Keil nach Süddeutschland hinein zu treiben und mit Zuhilfenahme der Reichseisenbahnen als nächsten Schritt den Transitverkehr so einzurichten, daß Baden kaltgestellt wird. Miquel übt dadurch einen gewaltigen Druck auf die badischen Eisenbahnen aus und drängt so die Badenser ebenfalls zum Anschluß. Von da aus würde Württemberg angegriffen werden können und denselben Weg gehen, und Bayern würde dann auch nicht mehr lange Widerstand leisten können. So ist also die Frage heute sehr aktuell. Wir haben in Süddeutschland einmüthig gesagt, daß wir diesen Plan Miquel's nicht unterstützen können. Wir Hessen könnten ja denken, nachdem uns das passirt ist, sehen wir ruhig zu; mag es den Andern gerade so gehen. Aber wenn wir auch im Prinzip Alle für die Anbahnung einer Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens sind, so ist doch der Weg, wie ihn Miquel gehen will, höchst gefährlich. Denn wenn ein so großer Staat wie Preußen mit kleinen nacheinander Verträge macht, so gerathen diese kleinen dabei ohne Weiteres in Nachtheil, sie büßen ihren Einfluß ein. Nun hat sich in Süddeutschland der Gedanke zunächst einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft emporgearbeitet. Das wäre ein größerer Komplex, der Preußen Widerstand leisten könnte, und wenn dann schließlich mal eine Vereinheitlichung stattfände, so geschähe sie unter ganz andern Bedingungen, als wenn Preußen nach einander die kleinen auffrißt. (Sehr richtig!) Wenn wir nun den Passus der Resolution annehmen, so wird das vom großen Publikum im Sinne der Miquel'schen Politik aufgefaßt und ausgebeutet werden, und wir werden damit in Gegensatz gedrängt zu der Stimmung in Süddeutschland und zu unserm Verhalten in den Landtagen. Unter den heutigen Zuständen im Deutschen Reich ist es gut, daß wir noch nicht eine zentralistische Regierung haben, die Alles machen kann, was sie will. Wie uns in politischen Fragen vielfach der Widerstand, die Selbständigkeit Süddeutschlands zu gute kommt, so auch im Eisenbahnwesen. Die ganze Reform im Eisenbahnwesen Süddeutschlands wäre unmöglich gewesen, wenn die Verwaltung von Berlin aus geregelt würde. Wollen Sie diesen Prozeß nicht aufhalten, wünschen Sie, daß Süddeutschland auf diesem Wege vorwärts geht und damit indirekt Preußen zwingt, nachzukommen, dann streichen Sie diesen Passus, denn er beschwört die Gefahr herauf, daß die Miquel'schen Pläne um so leichter in Erfüllung gehen. Der Passus steht aber auch mit der Resolution selbst in Widerspruch, die ja eine weitgehende Ermäßigung der Personentarife und, wie man hinzufügen will, auch der Gütertarife fordert. Wollen wir das anstreben, so müssen wir den Gedanken der Reichseisenbahnen zunächst fallen lassen.

Die Frage der Zollpolitik läßt sich bei der Kürze der Redezeit auch nicht nur einigermaßen erschöpfend behandeln. Es liegt die Gefahr nahe, daß, wenn man darüber etwas ohne ausreichende Begründung sagt, Mißverständnisse und unnöthige Streitereien entstehen. Ich kann das Referat Calwer's nicht so verurtheilen, wie es Genossin Luxemburg gethan hat. Der Referent hat uns zum Theil neue Gesichtspunkte und wichtiges Material unterbreitet, und es dürfte Jeder den Eindruck gewonnen haben, daß die Frage nicht so klar ist, wie es nach den Ausführungen von Frl. Luxemburg scheint. Es geht nicht an, bei diesen Fragen so leichthin mit apodiktischen Wahrheiten aufzuwarten und die Schablone des Kommunistischen Manifestes anzulegen. Man muß nur den ernsten Versuch machen, einmal in die aktuelle Verwickeltheit der Dinge einzudringen, dann entdeckt man erst die Schwierigkeiten. Die prinzipielle Erledigung der Sache ist natürlich sehr leicht. Prinzipiell, sagt Frl. Luxemburg, muß der Sozialismus für Freihandel sein, denn er will die internationale Arbeitstheilung, die freieste Entwickelung der Weltarbeitsgemeinschaft, darum unter keinen Umständen einen Schutzzoll. Zugegeben mal, daß diese Voraussetzung richtig ist, so könnte man trotzdem unter Umständen dazu kommen, einem Schutzzoll zuzustimmen und zwar unter folgenden Erwägungen. Die internationale Arbeitstheilung, diese Weltarbeitsgemeinschaft, wie sie sich der Sozialismus vorstellt, kann nicht gedacht werden als eine einfache Fortsetzung der Fäden, die die kapitalistische Weltwirthschaft spinnt, denn die sind in vieler Beziehung höchst unzweckmäßig. Sie schafft Zustände, die wir, wenn wir eine sozialistische Weltwirthschaft zu dirigiren hätten, niemals dulden würden. Würden wir dann z. B. Baumwolle oder irgend ein andres Rohprodukt der Textilindustrie von Amerika holen, hier verarbeiten und wieder nach Amerika hinüberwerfen? Eine solche Arbeitsverschwendung wäre doch ganz ausgeschlossen, und das ist bei einer ganzen Menge von industriellen Produkten innerhalb der kapitalistischen Weltaustauschbeziehungen der Fall. Demgegenüber könnte ich mir denken, daß wir da, wo diese Arbeitstheilung nicht begründet ist auf natürlichen, im Boden und in der geographischen Lage bedingten Faktoren, gelegentlich eingreifen mit Schutzzollmitteln, event. zur Aufziehung einer jungen Industrie, wie es Amerika gethan hat. Aktuell wird die ganze Frage heute von dem Gesichtspunkt, daß die Amerikaner eine Welttheilpolitik betreiben: Amerika den Amerikanern! Demgegenüber muß Europa, wenn es nicht wirthschaftlich zurückgedrängt werden soll, den Gedanken eines europäischen Zollvereins, d. h. einer Welttheilpolitik für Europa, anstreben. Stellt man diese beiden großen Produktionsgebiete gegenüber, so tritt allerdings Amerika in ein besonderes Licht zollpolitischer Behandlung, und man kann die Niederreißung der Zollschranken in Europa anstreben und doch gegenüber Amerika, gegen das wir uns unter Umständen wehren müssen, einen andern Standpunkt einnehmen. Also aktuell ist die Sache viel komplizirter. Das Wichtigste aber, was mich veranlaßt . . . (Glocke des Vorsitzenden.) Die Redezeit des Redners ist abgelaufen. (Heiterkeit.)

Bebel: Verschiedene Ursachen haben mich verhindert, gestern dem Referat Calwer's die Aufmerksamkeit zu schenken, die es verlangte; ich bin deshalb auch nicht in der Lage, gegen ihn ausführlich polemisiren zu können. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß eine Reihe von Sätzen, die er ausgesprochen hat, insbesondere über die zollpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu den Vereinigten Staaten, derartige waren, daß wir sie entschieden zurückweisen müssen. Er wird selbst aus dem Echo, das seine Rede in der bürgerlichen Presse findet, bemerken, wessen Mühle er gestern gedreht hat; es ist die agrarische Presse, die in erster Linie einer ganzen Reihe seiner Ausführungen jubelnd zustimmen wird. Auch ich finde, daß gerade dieser Theil seiner Ausführungen in einem lebhaften Widerspruch steht zu den Sätzen seiner Resolution,

die künftighin für unsere Haltung in den zollpolitischen Fragen maßgebend sein soll. So heißt es: „Wir haben einzutreten für eine Handelsvertrags-Politik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern; für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Werthzölle u. s. w.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren.“ Wenn wir aber die gestrigen Ausführungen Calwer's für unser Verhalten im Reichstag maßgebend sein lassen wollen, würden wir das Gegentheil erreichen, wir würden die internationalen Gegensätze verschärfen, für unsere Gegner arbeiten und ein friedliches Zusammenarbeiten mit anderen Völkern auf handelspolitischem Gebiet, um allmälig zu einer freien Handels- und Verkehrspolitik zu kommen, erschweren. Auch ich will erklären, daß wenn wir, wie ich, der Resolution Calwer zustimmen, damit nicht aussprechen, daß wir auch seiner Motivirung zustimmen können. Damit verlasse ich diesen Punkt.

Was mich hauptsächlich veranlaßt, das Wort zu nehmen, waren die Ausführungen Vollmar's und sein Antrag betr. Streichung der auf die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich bezüglichen Worte. Wären sie in der Resolution nicht enthalten, so würde ich wahrscheinlich keinen Versuch gemacht haben, sie hineinzubringen. Nachdem sie aber einmal darin stehen und nach meiner Ueberzeugung einem ganz richtigen Gedanken Ausdruck geben, würde eine Zustimmung des Parteitags zu dem Antrag Vollmar nach Außen hin nothwendiger Weise verwirrend wirken. Daher können wir den Antrag Vollmar nicht annehmen. Ich stimme den Ausführungen meines Vorredners über die Eisenbahnpolitik Preußens Wort für Wort zu, und wenn eine Gefahr der Verpreußung des Eisenbahnwesens besteht, so in der Politik, die Preußen unter dem bisherigen Regime durchführen kann. Das einzige Mittel, der Verpreußung der Eisenbahnen entgegenzutreten, Preußen außer Stande zu setzen, seine Verkehrsmaximen auf die übrigen deutschen Eisenbahnen auszudehnen, ist, daß wir ihm das Eisenbahnwesen aus der Hand nehmen und auf das Reich übertragen. Es ist ein durchaus falscher Standpunkt, der durch die Praxis in keiner Weise bestätigt wird, wenn Vollmar ausführte, daß die Uebertragung auf das Reich einer Verpreußung gleich käme. Es ist weiter unrichtig, daß das auch eine Verschlechterung der Thätigkeitsbedingungen der Beamten und Arbeiter bedeuten würde. Die Thätigkeit, die wir im Reichstag auf dem Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens speziell in der Budgetkommission und namentlich in den letzten zwei Wintern ausübten, beweist das Gegentheil. Fortgesetzt ist den Bestrebungen des Reichstags, die Gehälter und Löhne zu erhöhen, von Seiten der preußischen Regierung die energischste Opposition gemacht worden mit dem Hinweis, daß dann Preußen gezwungen würde, auch die Gehälter seiner Beamten in den entsprechenden Rangstufen zu erhöhen, und wir haben fortgesetzt den heftigsten Widerspruch dagegen erhoben, daß das Reich sich in dieser Beziehung nach Preußen richte. Dazu kommt eins: Sobald die Eisenbahnen in Reichsverwaltung sind, haben wir die Möglichkeit, auf die gesammte Verkehrspolitik einen entsprechenden Einfluß auszuüben. Dazu haben wir in Preußen nicht die geringste Möglichkeit; selbst wenn es uns ermöglicht werden sollte, ein paar Abgeordnete in den preußischen Landtag zu bringen, würde das noch keine Bedeutung haben. Gegenwärtig steht die preußische Verkehrspolitik unter dem Einfluß des preußischen Junkerthums, und dieses wird im Reichstag nun und nimmer die Macht haben können, die es im Landtag hat. Wir sind auf Grund des gleichen allgemeinen Wahlrechts fortgesetzt in der Lage, unseren Einfluß zu erweitern, das ist uns in den meisten deutschen Staaten unmöglich. Bayern nimmt darin eine Ausnahmestellung ein; aber wir können die Rücksicht auf die Interessen Bayerns nicht maßgebend sein lassen für das ganze Deutsche Reich (sehr richtig!), es

kommt noch Eins hinzu, die Zentralisation des Verkehrswesens ist die nothwendige Konsequenz der Konzentration der gesammten deutschen Wirthschaftspolitik, der einheitlichen Zoll- und Handelsgesetzgebung. Der Weg, den David einschlagen will, kann unmöglich zu diesem Ziele führen. Ganz mit Recht sagt er, daß, wenn es Miquel gelingt, seinen Einfluß auf die süddeutschen Staaten auszudehnen — und es gelingt ihm — dann nicht nur dem Reiche, sondern auch den Einzellandtagen mehr und mehr der Einfluß auf die Verkehrspolitik entzogen wird. „Wir treten für eine einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik ein" und es ist durchaus richtig, zugleich hinzuzusetzen, wie wir uns dieselbe verwirklicht denken: „durch Uebernahme des Eisenbahnwesens auf das Reich." In der Resolution Calwer kommt also hier ein ganz konsequenter Gedanke zum Ausdruck, und wir haben alle Ursache, um Mißverständnisse zu verhüten, ihn, da er nun einmal drin steht, festzuhalten. Wie gegenwärtig Preußen nicht blos die süddeutschen Staaten, sondern auch Sachsen mit seiner Verkehrspolitik einzuschnüren trachtet, dafür zwei Beispiele: Wenn ein Görlitzer Fabrikant an einen Münchener Kaufmann Waaren verschickt, dann gehen sie nicht den selbstverständlichen direkten Weg über Dresden-Reichenbach-Hof-Regensburg, sondern machen um ganz Sachsen herum durch Preußen und Thüringen einen doppelt so langen Umweg. Aehnlich liegt es mit Waaren, die von Görlitz nach Konstanz gehen. Gerade dieses Stück preußischer Verkehrspolitik ist das Traurigste was in den deutschen Verkehrsverhältnissen sich vollzieht, und um dem entgegenzutreten, bitte ich Sie, den Passus in der Resolution anzunehmen. Dagegen bin ich ganz einverstanden, daß der Antrag Vollmar betr. den Mittellandkanal Zustimmung findet.

Vollmar: Es sind eine Anzahl Aeußerungen gestern und heute gefallen, die mir wohl Veranlassung geben könnten, auf sie einzugehen. Um die Aufmerksamkeit nicht abzulenken, will ich es jedoch nicht thun, sondern nur, um Uebertreibungen fernzuhalten, ein Wort auf die letzten Aeußerungen Bebel's erwidern. Bebel hat darauf hingewiesen, daß die Waaren, statt den gradesten Weg zu nehmen, in der ganzen Welt herumfahren, nur damit die nichtpreußischen Bahnen geschädigt werden, und hat das das Traurigste genannt, was nur sein kann. Selbstverständlich halte auch ich diese Art preußischer Verkehrspolitik für eine Thorheit. Aber wenn wir weiter nicht Traurigeres in Deutschland hätten, dann wäre es lange nicht so schlimm. (Heiterkeit.) Der einzige ernste Einwand gegen meinen Antrag ist der gewesen: Wir anerkennen alle die Schädlichkeiten, die ich als Folgen des preußischen Eisenbahn-Systems aufgewiesen habe, aber, um sie zu beseitigen, sollen die Bahnen Preußen abgenommen und auf das Reich übertragen werden. Das hört sich sehr schön an, ist aber die reine Ideologie. (Sehr richtig!) Wenn man nicht wüßte, wie sehr Theoreme im Stande sind, den Leuten den Blick für die Wirklichkeit und die Anforderungen der Politik zu trüben, so würde man garnicht begreifen, wie solche Ansichten entstehen können. Für Calwer ist das Theorem die Verkehrszentralisation, für Bebel die Zentralisation überhaupt. Das ist ein alter Lieblingsgedanke von ihm; in Köln hat er schon gesagt, daß er die politische Zentralisation anstrebt und die föderalistischen Gebilde bei Seite geräumt haben will. Von diesem Standpunkt begreift man ja, wie er zu einer Bekämpfung meines Antrags kommen kann, denn wenn den Einzelstaaten die Bahnen genommen werden, dann wird ihnen der letzte Schimmer wirthschaftlicher Unabhängigkeit genommen. (Sehr richtig.) Ich und viele meiner Freunde stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt und werden immer auf ihm stehen bleiben, weil wir es für eine Verkehrtheit halten, daß wir unseren ärgsten Feind, die zentralisirte reichspreußische Gewalt stärken. Der Gedanke, alle Bahnen an das Reich zu übertragen, wurde gerade so begründet, als ob wir in Berlin das Ruder in Händen hätten. In Wirklichkeit steht es so, daß wir, wenn heute dem Reiche die Bahnen gehörten,

nichts Wesentliches erreichen könnten, selbst wenn wir ein Dutzend mehr wären. Die Gewalt liegt in den Händen der preußischen Regierung. Die Reichsregierung ist überhaupt nur Schatten. Wir haben ja schon einen kleinen Anfang in den Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Hier hat der Reichstag ja zu beschließen und es ist ihm doch nie möglich gewesen, den Tarifkrieg, den die elsässischen Eisenbahnen Preußen mit führen helfen, zu hindern. Aehnlich steht es mit der Sache für die Bediensteten. Bebel hat gesagt, wir seien fortgesetzt im Reichstag gegen die preußische Regierung und ihre Art der Beamtenbehandlung aufgetreten. Was ist, frage ich, erreicht worden? Von den Gehältern will ich nicht reden, wohl aber von der russischen und türkischen Behandlung, die ihnen wird. Und diese Behandlung ist nicht nur in Preußen, sondern auch in Elsaß-Lothringen im Schwunge. Haben wir im Reichstag den Reichs-Postbeamten jemals bessere Behandlung verschaffen können? Das wird auch in Zukunft nicht gelingen. Oder es müßten ganz andre Partei-Konstellationen zu Stande kommen. Wir sollten als ernste politische Männer nichts aussprechen, dessen Durchführung in der nächsten absehbaren Zeit nicht zu erwarten ist. Die Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich ist ein Schaden für die Staatsarbeiter, für die Verkehrspolitik und die allgemeinen politischen Machtverhältnisse. Stellen wir uns vor, die Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich wäre seit einer Reihe von Jahren bereits vollzogen. Dann hätten wir die Verbesserungen, die die süddeutschen Staaten im Eisenbahnwesen vorgenommen haben, überhaupt nicht und sie könnten nicht als Beispiel dienen. Wir wünschen, daß die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft bald zur That wird, damit die süddeutschen Staaten mehr Widerstand als bisher gegen die preußische Eisenbahnverwaltung entfalten können. Den einheitlichen Gesichtspunkt der Verkehrspolitik, den Bebel will, können wir nicht um jeden Preis erreichen wollen. Fassen wir die Sache nicht so auf, daß vorläufig von der Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich doch nicht die Rede sei. Ich halte den Parteitag für zu gut, in einer bloßen Doktorfrage Beschluß zu fassen; jedenfalls wird der Kampf, den wir in den Einzellandtagen führen, der Kampf gegen die preußische Verkehrspolitik durch einen solchen Beschluß nicht unterstützt. Ich will nichts aussprechen, was ich auf jeden Fall für einen Schlag ins Wasser halte; nehmen Sie meinen Antrag an.

David-Mainz: Ich habe vorhin entwickelt, daß es nicht angeht, die Sätze des Kommunistischen Manifestes einfach in unsere heutigen verwickelten Verhältnisse hinein zu projiziren und zu glauben, daß man damit die prinzipielle Seite der Sache erschöpft hat. Es sind Möglichkeiten denkbar, wo man von demselben Grundprinzip aus ganz verschieden zu entscheiden hat. Die größte Schwierigkeit aber liegt für uns in der gegenwärtigen Kampfkonstellation um die neuen Handelsverträge. Sehen wir mal ganz ab von der internationalen Interessensolidarität der Arbeiter, die empfindlich getroffen werden kann durch eventuelle Schutzzölle. Wenn wir die Calwer'sche Parole: „höhere Löhne" für unsere Haltung in handelspolitischen Fragen akzeptiren würden, dann würde die nationale Interessensolidarität der Arbeiter im Innersten getroffen werden. Denn die Schwierigkeiten liegen ja immer in der Frage, für welche Artikel ein Schutzzoll konzedirt werden soll. Höhere Löhne sind doch für die Arbeiter jedes Zweigs durch die besondere Lage dieses Zweigs, nicht aber durch allgemein gleichmäßige Verhältnisse begründet. Wenn also einmal die Parole „höhere Löhne" ausgegeben würde, so würden die verschiedenen Arbeiterkategorien der verschiedenen Arbeitszweige zu verschiedener handelspolitischer Stellungnahme in jedem praktischen Einzelfall gedrängt werden. Und wenn dann auch für die Landarbeiter die Parole höhere Löhne ausgegeben wird, was dann? Höhere Löhne können doch auf diesem Wege nur durch höhere Preise erzielt werden, und damit billigen wir auch im Prinzip die Agrarzölle, höhere Zölle für landwirthschaftliche Produkte. Das aber scheint mir die Gefahr zu sein. Unsere letzten handelspolitischen Grund-

sätze waren aufgebaut auf dem Konsumenteninteresse, das generell gleichmäßig ist, während das Produzenteninteresse auch innerhalb der Arbeiterschaft in direktem Gegensatz stehen könnte; mit der Anerkennung der Parole „höhere Löhne“ stellen wir uns prinzipiell auf den gleichen Standpunkt wie die Agrarier und wir müßten dann auch praktisch direkt deren Politik im Reichstag unterstützen. Die „Kanitz-Perspektive“ würde dann ohne Weiteres zur Thatsache werden, denn etwas Wesentliches ließe sich nicht mehr dagegen sagen. Ich halte es zunächst einfach für eine historische Unmöglichkeit, daß unsere Partei in diesem Sinn in den Kampf um die neuen Handelsverträge eingriffe, daß wir diese nationale Sammelpolitik der agrarisch-feudalen und auch gewisser Kreise der Großindustriellen durch unsere Stellungnahme unterstützen könnten.

Nun noch eine kurze Erwiderung auf die Bemerkungen Bebel's. Wenn man wirklich eine Vereinheitlichung unseres Eisenbahnwesens im Sinne der Verkehrsverbesserungen will, dann darf man nicht dem Passus der Resolution zustimmen, der die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich fordert. Sonst unterstützt man in Wirklichkeit die Miquel'schen Pläne, ohne der Forderung der Reichs-Eisenbahngemeinschaft im Sinne des Reichs-Eisenbahneigenthums und der Reichs-Eisenbahnverwaltung unter dem Reichstag auch nur einen Schritt näher gekommen zu sein. Streichen Sie diesen Passus, um den Bestrebungen auf eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft keine Steine in den Weg zu legen! Nur über die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft als Vorstufe können wir zu einer unseren Wünschen entsprechenden Reichs-Eisenbahngemeinschaft kommen.

Bebel: David hat mehrere Mal Bezug genommen auf das Kommunistische Manifest und die Grundsätze, die wir von diesem aus hier in Anwendung bringen müßten. Ich habe bisher von keinem anderen Redner gehört, daß er einen solchen Versuch gemacht hätte. (Zurufe: Rosa Luxemburg!) Die Resolution ist durchaus nüchtern und thatsächlich gehalten und schließt sich den Verhältnissen an, und es handelt sich für uns heute nur darum, unseren Vertretern Verhaltungsmaßregeln zu geben. Nun ist thatsächlich die Frage, wie die Lage der Arbeiter unter dem Freihandel oder Schutzzollsystem ist, nicht so einfach abgethan. Wir haben in England, einem reinen Freihandelsland, verhältnißmäßig hohe Löhne und in Rußland, einem ausgesprochenen Schutzzolland, die erbärmlichste Lage der Arbeiter, die man sich denken kann. Ich beschränke mich auf Bemerkungen zur Eisenbahnfrage. Wenn das bloße Theorie sein soll und wir uns nicht damit beschäftigen dürfen, da wir unsere Absichten doch nicht zur Ausführung bringen könnten, dann müßten wir überhaupt aufhören, den größten Theil unserer Auseinandersetzungen zu machen, dann hört jede prinzipielle Erörterung mit der bürgerlichen Gesellschaft vollkommen auf. (Sehr richtig!) Theorie ist allerdings heute die Reichs-Eisenbahnfrage, aber sie ist doch bereits vor Jahrzehnten schon insoweit praktisch gewesen, als Bismarck den Versuch thatsächlich machte. Es steht der Resolution durchaus nichts im Wege, daß die süddeutschen Staaten eine Eisenbahngemeinschaft bilden, die zunächst ihre Spitze gegen Preußen richtet, ich fürchte nur, daß sie sehr bald in die Brüche geht, daß die Widerstandsfähigkeit der süddeutschen Staaten gegen Preußen viel geringer ist, als die Badenser meinen. Ich habe schon jetzt reden hören, daß es im württembergischen Eisenbahn-Ministerium ganz bedenklich wackeln soll, daß in ihm einzelne Stimmen sein sollen, die sich für ein Zusammengehen mit Preußen aussprechen. Bayern allein kann nichts machen. Aber wie die Regierungen sich aus der Verlegenheit, in die sie durch Preußen kommen, herauswickeln wollen, geht uns nichts an (Zurufe Vollmar's), nein, das geht uns nichts an; wenn Ihr im bayerischen Landtag seid, habt Ihr ganz anders zu reden (Heiterkeit), wir stellen hier die grundsätzliche Frage auf: wie wollen wir die Eisenbahnpolitik durchgeführt sehen? Und da müssen wir dem Gedanken Ausdruck geben, daß die gesammte Wirthschaftspolitik, das ganze

moderne Leben, der große Nationalstaat auch die Zentralisation des Verkehrswesens zur nothwendigen Konsequenz hat. Wir wären keine moderne Menschen, wenn wir diesen Standpunkt nicht anerkennen wollten. Nun hat Vollmar ausgeführt, wir stärkten durch eine solche Politik ja unseren stärksten Feind, Preußen. Ja, Parteigenossen, ich sage es Euch ganz offen, ich habe es lieber mit Einem zu thun als mit 22. (Beifall.) Darin hat Vollmar unrecht, daß die wirthschaftliche Unabhängigkeit der Staaten mit der Verwaltung ihrer Eisenbahnen verloren geht, denn dann müßten die Staaten in ihrer wirthschaftlichen Unabhängigkeit ausgemerzt sein, die keine eigenen Eisenbahnen haben. (Zuruf: Sind es auch.) Je mehr wir den Partikularismus und die einzelstaatliche Selbständigkeit unterstützen, gehen wir Hand in Hand mit dem preußischen Junkerthum und dem Zentrum. (Sehr richtig!) Gegenwärtig ist im Deutschen Reich allgemein die Tendenz vorhanden, den Einfluß des Reichs zu schwächen und den der Einzelstaaten zu stärken. Dabei haben wir die große kompakte Zentralisation des Wirthschaftsgebietes im Zentralreich; wir haben einen Einfluß und eine Macht im Reichstag, wie wir sie in keinem anderen politischen Körper erringen können; die Möglichkeit, diese Macht zu erweitern, eine Tribüne, von der wir zu den Millionen hinaussprechen können, ein Agitationsmaterial, wie wir es uns nicht großartiger denken können, also alle Ursache, diese Stellung uns nicht nur zu erhalten, sondern sie zu kräftigen. (Beifall.)

Ulrich: Ich kann von vorweg erklären, daß wir Süddeutschen die letzten Ausführungen Bebel's durchaus unterschreiben können, daß auch wir eine Konzentration wollen. Wir wenden uns nur dagegen, daß das gesammte Eisenbahnwesen unter den Einfluß Preußens kommt durch die Konzentration. Wir Hessen sind das Versuchskarnickel gewesen und haben es schwer zu beklagen gerade im wirthschaftlichen Interesse. Gewiß, durch den Miquel'schen Fiskalismus sind uns Mittel zugeführt worden, aber in Bezug auf unser ganzes Eisenbahnwesen sind wir nicht nur die Vasallen, nein, die Knechte Miquel's geworden; nicht die kleinste Eisenbahn können wir mehr bauen, nicht den geringsten Einfluß haben wir mehr auf die Verwaltung. Das einzige Recht, das wir haben, ist, daß wir im Landtage Millionen für strategische Bahnzwecke ausgeben dürfen. Eine schöne Eisenbahngemeinschaft: 200 Millionen haben wir für den Kauf der Ludwigsbahn ausgegeben, aber auch nicht das Geringste dürfen wir in die Verwaltung hineinreden. Wir brauchen dringend eine kleine Nebenbahn durch den Odenwald, aber sie wird nicht in die Eisenbahngemeinschaft aufgenommen. So steht die Sache heute, wie wollen wir dies preußische System im Reiche bekämpfen? Preußen würde in Bezug auf die Eisenbahnen genau so stark sein, wenn sie Reichssache sind, wie in Militärfragen. Also an sich sind wir nicht dagegen, daß das Eisenbahnwesen Reichssache sein müßte, nur sind wir gegen den Satz in der Resolution, weil er zu Mißverständnissen führen kann. Auch in Bezug auf die Lage der Eisenbahnverwaltung haben wir in der Eisenbahngemeinschaft schon trübe Erfahrungen machen können.

Hug-Bant: Die deutschen Arbeiter sind unvertreten im wirthschaftlichen Ausschuß, trotz der großen Interessen, welche sie bei der Berathung der Handelsverträge haben. Während man das kleinste Unternehmerverbändchen zur Betheiligung eingeladen, hat man die Arbeiter-Organisationen übergangen. Dagegen muß protestirt werden, um so mehr, als am heutigen Tage, der denkwürdig ist für die Entwickelung der deutschen Gewerkschafts-Organisationen, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung" eine regelmäßige Auflage von 100 000 erreicht hat. Auch der „Grundstein", das Organ der Maurer, hat eine Auflage von 98 000. Auch an dieser Stelle ist dieses freudige Ereigniß, das trotz der Verfolgungen der Regierungsgewalt und des Kapitalismus eingetreten, mit Freuden zu begrüßen. Kein Gewerkschaftsblatt der Welt hat eine solche Auf-

lage und muß es unser Stolz sein, daß die deutschen Metallarbeiter es soweit gebracht haben. Dieses Wachsthum wird unsere besten Wünsche begleiten, besonders der Wunsch, daß die ¼-Abonnenten und Kämpfer für die Verbesserung der Lage der Arbeiter bald voll werden und daß die übrigen Gewerkschaften auf diesem Marsche bald nachfolgen.

Geck: Wir haben in der badischen Kammer uns mit der Eisenbahnfrage schon beschäftigt und können der Resolution in ihrer Interpretation durchaus zustimmen. Wir haben uns zunächst für die Mainlinie erklärt, damit kann sich Vollmar trösten, aber wir haben uns gesagt, daß Baden in dem Kampf gegen Preußen bluten müsse. Wir müssen zwischen zwei Uebeln das kleinere wählen und werden zu der Forderung der Reichseisenbahnen gedrängt. Bezüglich der Lage der Eisenbahnarbeiter stehen unsere badischen Bahnen noch hinter den preußischen zurück; unsere badischen Eisenbahnarbeiter haben von diesem Gesichtspunkt aus keinen Anlaß, sich gegen eine Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich zu wehren. In unserem Musterländle ist die kleine Beamtenschaft und Arbeiterschaft bei den Eisenbahnen wehrlos.

Molkenbuhr: Alle Vertheidiger des partikularistischen Systems betonen die Mißstände in Preußen, aber Niemand von ihnen hat den Versuch gemacht, nachzuweisen, wie daraus anders herauszukommen ist, als durch Ueberführung der Eisenbahnen in das Reich. In Bezug auf die Förderung des Verkehrs selbst leisten die kleinen Staaten durchaus nicht mehr als die preußische Eisenbahnverwaltung. Jedenfalls kann das preußische Dilemma nur beseitigt werden, wenn man die Sache Preußen abnimmt. Nur noch ein Wort gegen David. Da unser Koalitionsrecht noch so wenig ausgestaltet ist, ein großer Theil unserer Arbeiterschaft überhaupt noch kein Koalitionsrecht hat, müssen wir dafür sorgen, daß die Preise der Lebensmittel so billig wie möglich sind, und dazu müssen wir dem Schutzzollsystem energisch die Stirn bieten.

Leutert-Apolda: Auch ich kann mit der Art, wie Calwer über unser Meistbegünstigungsverhältniß zu Amerika gesprochen hat, mich durchaus nicht einverstanden erklären. Durch die von ihm vorgeschlagene Haltung schädigen wir die Konsumenten entweder bei uns oder in Amerika, Eins oder das Andere. Wie verträgt sich das aber mit unserem internationalen Standpunkt? Wir in unserem thüringischen Textilbezirke spüren die Wirkung der Mac Kinley'schen Schutzzollpolitik. Die Eisenbahnpolitik muß Reichssache sein, wenn wir auch nicht unsere Forderungen durchsetzen können; aber wir müssen uns das Recht der Kritik verschaffen und dazu brauchen wir die Tribüne des Reichstags. Daher bin ich für die Aufrechterhaltung des Passus von der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Bei der Forderung der weitgehenden Ermäßigung der Personentarife möchte ich die beigefügte Zweckbestimmung fortgelassen und den Passus, betreffend den Mittellandkanal, gestrichen haben; da muß freie Hand gelassen werden, welches Kanalsystem das beste ist.

Schoenlank: Den Antrag, die Uebernahme des Verkehrswesens auf das Reich zu streichen, habe ich selbst mitgestellt. Der zentralistische Standpunkt Bebel's ist ein subjektiver. Ihm steht die Forderung des Föderalismus gegenüber und die Partei hat sich für eins von beiden bisher noch nicht festgelegt. Das ist eine Doktorfrage und auch die Frage der Uebernahme des Verkehrswesens auf das Reich keine praktische. Bebel selbst betrachtet das als eine Zukunftsgeschichte, die erst von praktischer Bedeutung sein wird, wenn wir statt eines preußischen Regiments in Deutschland ein konstitutionelles, sagen wir ein demokratisches Deutschland haben. Ueber diese ungelegten Eier sollten wir uns nicht eine Auffassung, die von Bedeutung ist, gefährden. Vor Allem sollen wir wegen dieser Zukunftsfrage uns nicht der Mißdeutung preisgeben, daß wir durch eine solche Erklärung die Ausbreitung des preußischen Bureaukratismus und Fiskalismus fördern wollten. Denken Sie an das Militär-

Strafgesetzbuch, dem das bessere bayerische zum Opfer gefallen ist. Man soll in der jetzigen Zeit den Gedanken der Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen nicht zu scharf betonen. Prinzipiell sind wir für Verstaatlichung, aber wir prüfen genau, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen wir sie vornehmen; ich erinnere an die Frage der Verstaatlichung der Reichsbank, der Bergwerke. Also, die Differenz ist wirklich keine sehr materielle, daher streichen wir am besten den Passus aus der Calwer'schen Resolution und binden uns nicht, denn die Partei hat sich noch nicht festgelegt für Zentralismus oder Föderalismus.

Das Schlußwort hat

Calwer: Es ist ja wenig übrig geblieben von Uebereinstimmung mit meinen Ausführungen in meinem Referat. Aber dem Kernpunkt ist man immer aus dem Wege gegangen. Ich habe gleich zu Anfang gesagt, die schutzzöllnerische Strömung ist in Deutschland so stark, daß wir, wenn wir diesen Weg nicht gehen, wahrscheinlich noch eine höhere Schutzzollmauer bekommen werden. Daher sprach ich gegen die Meistbegünstigung. So ganz etwas Neues wäre eine solche Stellung für uns nicht; denn wir sind ja selbstverständlich gegen Getreidezölle und haben 1890 doch nothgedrungen für den Zoll von 3,5 Mk. stimmen müssen, als das kleinere Uebel. Die Genossin Luxemburg hat mich ja nun sehr liebenswürdig bedacht; ich werde ihr auf diesem Weg nicht folgen, denn erstens habe ich es mit einer Dame zu thun, und zweitens verbietet mir meine Bildung, in einem solchen Tone zu reden. (Lebhafte Zustimmung.) Genossin Luxemburg fragt, was ist denn seit 1898 eingetreten, daß wir seit dem Stuttgarter Parteitag eine andere Stellung einnehmen sollen? Nun, ich denke, daß der Standpunkt Kautsky's sich so ziemlich deckt mit dem der Genossin Luxemburg. In dem vorletzten Artikel der „Neuen Zeit" macht er nun genau so wie ich aufmerksam auf die amerikanische Konkurrenz, den Rückgang unserer Ausfuhr, und fragt nun: wie können wir uns der amerikanischen industriellen Invasion erwehren? „Zwei Wege," sagte er, „giebt es für die deutschen Kapitalisten, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Industrie zu stärken. Entweder sie suchen den Amerikanern ebenbürtig zu werden durch Verminderung der Produktionskosten, oder sie trachten eine Machtstellung im Reich zu gewinnen, die es ihnen ermöglicht auf dem inneren Markt so hohe Preise zu erzielen, daß sie, dank dem Extraprofit, auf dem Weltmarkt unter den Produktionskosten verkaufen können." Also Schutzzölle, Kartelle, Niederhaltung der Arbeiterklasse. Er erklärt, kann unsere Industrie den Amerikanern auf dem Weltmarkt nicht die Spitze bieten, so muß sie zurückgehen. Was ist das für eine Aussicht für die Arbeiterklasse, wenn wir sagen: Wenn die deutsche Industrie nicht konkurriren kann, soll sie zurückgehen? Darunter leidet doch der deutsche Arbeiter am meisten. Wie steht es nun mit dem Schutzzoll? Wird die Meistbegünstigungsklausel beibehalten, so kommen wir unmöglich zu Handelsverträgen im Caprivi'schen Sinne, wir werden dann mit den anderen Ländern nicht zu Positionen kommen, bei denen man sagen kann, die Verträge haben doch Nutzen. Wenn ich vor der Wahl stehe, entweder wir errichten innerhalb Europas möglichst hohe Zollmauern oder wir tragen diese Mauern ab, verlangen aber auch von Amerika, daß es uns entgegenkommt und auf die Meistbegünstigungsklausel verzichtet, so wähle ich das Letztere als das kleinere Uebel. Haben wir denn einen Grund, uns von Amerika Alles gefallen zu lassen? Wenn wir die Amerikaner begünstigen, so stärken wir damit auch wieder unsere Hochschutzzöllner. Daß die gegnerische Presse von Schutzzollbestrebungen innerhalb der Sozialdemokratie reden wird, davon bin ich überzeugt, aber wenn die Agrarier meine Ausführungen näher ansehen, so haben sie gewiß keine Freude daran. Wir können dann den Agrariern nachweisen, daß sie nicht durch das Verhalten Amerikas, sondern durch ihre Sucht nach Verdienst zu höheren Zöllen getrieben sind. Viel wichtiger ist es, uns den europäischen Markt billig zu er-

halten, als Amerika zu Liebe uns alle Märkte zu verschließen. Genossin Luxemburg spricht von einem wissenschaftlichen Schnitzer, aber was sie mir unterstellt, habe ich garnicht gesagt. Ich habe nur mit Bezug auf die industriellen Zölle gesagt, daß die Zölle, die die Amerikaner beim Import unserer Waaren erheben, von der deutschen Arbeiterschaft mit bezahlt werden müssen. Für 370 Millionen führen wir dort ein und über 200 Millionen sind Zölle darauf geschlagen. Wie ist das anders möglich, als dadurch, daß der deutsche Arbeiter durch diese Zollpolitik ständig unter Druck gehalten wird. Das Lohnniveau ist nicht höher geworden, und gerade in der Textilindustrie sieht es in Beziehung auf die Lohnerhöhung in den letzten fünf Jahren ganz schlecht aus. Dann ist Genossin Luxemburg wieder mit dem internationalen Gedanken gekommen. Aber wenn ich sehe, daß die deutschen Arbeiter bei der Durchführung des internationalen Prinzips immer zu kurz kommen, so bin ich allerdings im Interesse des Internationalismus und im Interesse der deutschen Arbeiter national. Einen Zollkrieg, wie ihn Ledebour an die Wand malt, fürchte ich nicht, aber sollen wir uns denn von Amerika Alles bieten lassen und nichts dagegen thun? Wir können einen großen Theil der Waaren, die wir jetzt aus Amerika beziehen, ganz gut auch aus anderen Ländern beziehen. Da könnten wir, wenn es ernst wird, ganz gut den Amerikanern die Zähne zeigen, wie es Ledebour will. Molkenbuhr hat aus früherer Zeit einen Versuch der deutschen Regierung angeführt, um den Amerikanern beizukommen. Das ist ja das Sonderbare, man will gerne den Amerikanern beikommen, thut es aber nicht direkt, sondern auf Umwegen, z. B. durch veterinärpolizeiliche Maßnahmen, und das erbittert die Amerikaner viel mehr. Die Amerikaner sind praktische Geschäftsleute; ihnen muß man als Geschäftsmann gegenübertreten, wenn man etwas erreichen will. Jetzt schröpfen uns die Amerikaner; zu allen Krisen in der Textilindustrie haben die Amerikaner den Anstoß gegeben. Der Einwand David's würde zutreffen, wenn ich für Schutzzollpolitik im Allgemeinen einträte, aber das thue ich nicht. Es handelt sich höchstens um Abwehrmaßregeln, nicht einmal um Repressivmaßregeln gegen Amerika. Die deutsche Regierung führt in der Praxis die Meistbegünstigung noch durch, weil sie immer noch gehofft hat, mit Amerika zu einem vernünftigen Handelsvertrag zu kommen. Aber in der offiziellen Ausgabe der Handels- und Schiffsverträge ist dieser Meistbegünstigungsvertrag mit Amerika nicht aufgenommen, während alle anderen darin enthalten sind. Nun wird gesagt, der Inhalt meiner Resolution steht im Widerspruch zu meinen Ausführungen (sehr richtig), ja, sehr richtig! (nein, sehr traurig!), der Herr, der „sehr übel!“ rief, kennt offenbar den Gegenstand nicht. (Oho!) An der Spitze meiner Ausführungen habe ich den Gedanken gestellt: Fortführung der Handelsvertragspolitik. Diese Fortführung hängt aber wesentlich von der Stellung zur Meistbegüstigungsklausel für Amerika ab. Lassen wir die Meistbegünstigung für Amerika fallen, dann ist Aussicht vorhanden, daß wir Handelsverträge, vielleicht günstigere als heute bekommen. Lassen wir sie nicht fallen, dann bekommen wir einen autonomen Tarif; es wird weiter gewirthschaftet, bis Alles zusammenbricht. Ob das im Sinne der Handelsvertragspolitik liegt, oder mein Vorschlag, das überlasse ich Ihrer Entscheidung. Die Zeit wird es ja lehren. Wir können ja abwarten, wie der Abschluß der Handelsverträge sich gestalten wird. Ich glaube nicht, daß es ohne Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel geht.

Noch ein paar Worte zu den von Vollmar beantragten Aenderungen. Auf den Passus „Ausbau des Mittellandkanals“ verzichte ich; ich habe von vornherein keinen Werth darauf gelegt. Dagegen kann ich den zweiten Passus nicht fallen lassen. Wenn wir zwei Eisenbahngemeinschaften haben, eine süddeutsche und eine norddeutsche, so haben wir nicht Frieden, sondern Krieg. Die einheitliche Gestaltung des Verkehrswesens, unterstellt unter die Kontrolle des Parlaments, ist das nothwendige Korrelat einer einheitlichen Wirthschaftspolitik. Der

Passus muß so bleiben, wie er in der Resolution steht. Das Amendement Luxemburg verlangt unter 4) eine weitgehende Ermäßigung der Gütertarife. Da in Punkt 3) meiner Resolution Ausbau des Wasserstraßensystems verlangt ist, so wäre es eine Abschwächung dieses Verlangens, wenn wir noch eine Ermäßigung der Gütertarife fordern wollten. Die ganze Resolution ist aufgebaut auf den wirthschaftlichen Interessen der Arbeiter. Ich kann in der Begründung der einzelnen Forderungen von diesem Grundgedanken nicht abgehen. Ich bitte Sie daher, meiner Resolution mit dem einen Amendement Vollmar Ihre Zustimmung zu geben.

In der Abstimmung wird das Amendement Luxemburg in allen seinen Theilen angenommen.

Dagegen wird der erste Theil des Amendements Vollmar (Streichung der Worte: Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich) mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der zweite Theil des Amendements Vollmar wird mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die so umgestaltetete Resolution Calwer.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung: **Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**

Hierzu liegt die Resolution (66) des Referenten vor, welche in neuer Fassung also lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen:

In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß in Folge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwieweit hiernach die Wahlbetheiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentralwahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen. Bebel."

Ferner liegen vor die Anträge 5—12, die Resolution 56 und folgender von A. Hoffmann-Berlin und 74 Genossen neu eingebrachter Antrag:

Antrag 92: Am Schluß der Resolution ist der letzte Satz, beginnend „ohne dessen Zustimmung" bis Schluß zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

„Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmannskandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig."

Ledebour und Genossen beantragen:

„In dem vorletzten Absatz der Resolution Bebel sind die Worte ‚des betreffenden Wahlkreises' umzuändern in: ‚des betreffenden Landtagswahlkreises'."

Quarck und Genossen beantragen:

„Der Parteitag wolle beschließen: auch in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, betheiligen sich die Parteigenossen an den Landtagswahlen. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentralwahlkomitee."

Das Wort erhält der Berichterstatter

Bebel: Parteigenossen! Wir befinden uns in der seltsamen Lage, daß wir heute zum vierten Mal in vier auf einander folgenden Parteitagen über die Stellung der Partei zu den preußischen Landtagswahlen zu berathen haben. Zum ersten Mal geschah es 1897 in Hamburg. Dort wurde mit 150 gegen

60 Stimmen der Kölner Beschluß auf Nichtbetheiligung durch Annahme des ersten Theils meiner Resolution aufgehoben. Der zweite Theil meiner Resolution, der die Methode unserer Wahlbetheiligung regeln wollte, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Dagegen wurde beschlossen, daß bei unserer Betheiligung an den Landtagswahlen keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen werden dürfen. Dieser Beschluß erfuhr in Stuttgart lebhafte Anfechtungen. Es wurde gesagt, die Fassung sei derart, daß die Betheiligung an den Wahlen für Diejenigen, die Neigung dazu hätten, durch das einschränkende Verbot, Kompromisse einzugehen, unmöglich gemacht sei. Die Dinge liegen eben auf Grund des preußischen Landtags-Wahlsystems so, daß ohne vorübergehende Kompromisse mit bürgerlichen Parteien an einen Erfolg für unsere Partei nicht gedacht werden kann. Der Kompromißgedanke aber war gerade der Hauptstein des Anstoßes in Hamburg. In Stuttgart wurde nun der Versuch gemacht, doch noch die Wahlbetheiligung durch Zulassung des Kompromisses zu ermöglichen. Folgende Resolution fand Annahme:

„Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassen-Wahlsystem kann nicht, wie die an den Reichstagswahlen, als eine Heerschau betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zählung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmt praktische Erfolge zu erzielen. Namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die krasseste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Betheiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, um so weniger, als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preußischen Landtagswahlen trennt, nicht daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinander gehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesammtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Betheiligung zu entscheiden? Wird in einem Wahlkreis die Betheiligung beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterstützung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen."

Wenn neuerdings wieder von den Gegnern einer derartigen Taktik gesagt wird, daß das Kompromißverfahren die Partei korrumpire, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Stuttgarter Parteitag beinahe einstimmig dieser Korruptionspolitik zugestimmt hat. In Hannover habe ich dann bei der Erörterung des Buchs des Genossen Bernstein in meine Resolution folgenden Absatz aufgenommen:

„Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt Aller zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei

bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte oder Freiheiten des Volkes, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Bekämpfung der Arbeiter und volksfeindlichen Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Thätigkeit ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt."

Ich war der Ansicht, daß mit diesem Wortlaut auch die Frage unserer Betheiligung an den Landtagswahlen entschieden sei. Dem wurde von Liebknecht und Anderen widersprochen und deshalb wird sie heute zur Entscheidung gebracht werden. Ueber die Frage selber kann nichts Neues mehr gesagt werden, auf die Verhandlungen der früheren Parteitage will ich nicht des Breiteren eingehen. Zum Mindesten muß einmal der ernsthafte Versuch gemacht werden, auch im preußischen Landtag Boden zu gewinnen, und da dies selbständig für uns nicht möglich ist, müssen wir mit solchen Elementen aus den bürgerlichen Parteien zusammengehen, mit denen ein Zusammengehen auf politischem Boden und auch in bestimmten wirthschaftlichen Fragen für uns naheliegt, und die geneigt sind, einem Kandidaten von uns ihre Stimme zu geben, wofür wir ihnen helfen würden, ihren Kandidaten durchzubringen. Was in Bayern und Baden thatsächlich bereits geschehen ist, das ist auf die preußischen Verhältnisse zu übertragen. Würde die heute eingebrachte Resolution Hoffmann angenommen werden, dann würde die ganze Frage wieder auf den Boden des Hamburger Beschlusses gestellt sein. (Sehr richtig!) Wird diese Resolution angenommen, dann ist jede Wahlbetheiligung thatsächlich unmöglich gemacht. Wir können nicht selbstständig auftreten, wir müssen versuchen, mit bestimmten Elementen in den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen Hand in Hand zu gehen, ohne daß unsere Selbständigkeit dadurch beeinträchtigt wird.

Ich spreche nun in meiner Resolution aus, daß die Parteigenossen verpflichtet sein sollen, das nächste Mal in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen. So lautete anfangs der erste Satz meiner Resolution. Ich habe mich aber dann genöthigt gesehen, ihr noch einen Zusatz zu geben, weil von den verschiedensten Seiten mit großer Hartnäckigkeit behauptet wurde, wenn dieser Satz so stehen bliebe, so könnte er zu Mißverständnissen Veranlassung geben und Denjenigen, die überhaupt nicht geneigt sind, in eine Wahlagitation einzutreten, obwohl sie es könnten, eine Hinterthür bieten. Ich habe daher eine Interpretation gegeben, indem ich hinzufüge, „d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß zufolge der öffentlichen Stimmabgaben Maßregelungen zahlreich eintreten werden". Das kann also nur der einzige Grund sein, aus dem eine Wahlbetheiligung unterbleibt; alle übrigen Gründe, die sonst angeführt werden sollten, sind ausgeschlossen. Insbesondere würde, wenn meine Resolution Annahme findet, kein sächsischer Wahlkreis fernerhin die Möglichkeit haben, zu sagen, er betheiligt sich nicht. Auch unsere sächsischen Genossen, soweit sie sich entgegen den Beschlüssen der Landeskonferenzen nicht an den Wahlen betheiligt haben, sollen künftig verpflichtet werden, sich zu betheiligen, also keine Sonderstellung mehr einzunehmen. Wir dürfen es überhaupt nicht einreißen lassen, daß es von dem Willen einzelner Wahlkreise abhängt, ob sie die Beschlüsse des Parteitags oder der Landeskonferenzen respektiren wollen. Es ist Pflicht der Minderheit, sich zu unterwerfen, mag es ihnen auch noch so unangenehm sein. (Sehr richtig!)

Im Jahre 1898 nun haben sich auf Grund des Stuttgarter Beschlusses eine Reihe von Orten in Preußen an den Wahlen betheiligt: Breslau, Linden, Brandenburg, Elberfeld, Altona, Frankfurt a. M. Die Resultate sind sehr ver-

schieden, aber sie können nicht maßgebend sein für den Gesammtausfall, weil in Folge der schwankenden Haltung des Parteitags die Betheiligung ins Belieben der einzelnen Genossen gestellt war und weil naturgemäß ein derartiges getrenntes Marschiren die Kampffähigkeit schwächt. (Sehr richtig.) Dem muß entgegengetreten werden. Wenn wir in den Wahlkampf eintreten, müssen wir mit aller Macht und aller Kraft eintreten, dann darf es kein Zaudern, keinen Widerspruch geben. Aber wie immer Sie über die Wahlbetheiligung denken mögen, ich halte es für dringend geboten, daß namentlich in Preußen einmal die Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft in die Agitation eintritt, um zu zeigen, zu beweisen und selbst zu erkennen, was sie zu leisten vermag. Es ist sehr leicht möglich, daß ganz unerwartete Resultate zum Vorschein kommen, denn dadurch, daß nicht wie früher die Steuerkraft des ganzen Wahlkreises in drei gleiche Theil getheilt und so die Wählerzahl festgesetzt wird, sondern daß diese Dreitheilung bereits in den Urwahlbezirken stattfindet, ist es sehr wohl möglich, daß wir in einer ganzen Reihe von Urwahlbezirken Erfolge erzielen, wo es früher nicht möglich war. Bei den Wahlen im Jahre 1893 z. B. schloß in der ersten Abtheilung die Grenze der Steuerleistung ab mit 5 Mk. in einem Urwahlbezirk, d. h. wer 5 Mk. direkte Steuern zahlte, war in diesem Bezirk Wähler erster Klasse. Mit 5—20 Mk. schloß in der ersten Abtheilung die Steuerleistung ab in 9 Bezirken, mit 20—30 Mk. in 30 Bezirken. Nun ist ja die erste Wählerklasse selbstverständlich hier außer Betracht zu lassen. In der zweiten Abtheilung liegt die Sache schon anders; da war in 2738 Urwahlbezirken die Steuerleistung zwischen 5 und 30 Mk. In der dritten Abtheilung schloß die Steuerleistung mit 3 Mk. in 274, mit 3—10 Mk. in 3754, mit 10—20 in 4303 und mit 20—30 in 3111 Urwahlbezirken. Berlin selbst bietet uns ein ganz eigenthümliches Bild. Im ersten Berliner Wahlkreis schloß die zweite Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 218 und 236 mit 26 Mk., im Urwahlbezirk 204 mit 9 Mk. Da haben wir also schon die Möglichkeit, sogar in der zweiten Klasse den Sieg zu erlangen. Im zweiten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab im Urwahlbezirk 324 mit 44 Mk., im Urwahlbezirk 385 mit 20 Mk.; die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 324, 340 mit 4 Mk., 359, 365 und 367 mit 9 Mk., im Urwahlbezirk 370 und 388 mit 6 Mk. ab. Das sind Steuergrenzen, bei denen wir unzweifelhaft Wahlmänner zweiter Klasse wählen dürften. Im dritten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 838 und 909 mit 26 Mk., im Urwahlbezirk 860 mit 12 Mk. Die zweite Wählerklasse in den Urwahlbezirken 860, 909, 1042, 1052, 1068, 1069, 1071 mit 6 Mk. Im vierten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse im Urwahlbezirk 695 mit 27 Mk., in den Urwahlbezirken 508 und 602 mit 26 Mk. ab, die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 598, 577, 602 und 695 mit 6 Mk. ab Bei geschickter Operation sichern solche Bezirke uns einzelne Wahlmänner zweiter Klasse, während wir die dritte Klasse in den weitaus meisten Fällen erobern können. Dazu kommt, daß der Urwahlbezirk mindestens 750 und höchstens 1749 Seelen umfassen darf, wir haben also in Berlin Urwahlbezirke, die aus 2—3 Häusern bestehen, wo also die Agitation sehr erleichtert ist.

Ich will durchaus keine Illusionen über die möglichen Erfolge erwecken, ich will nur nachweisen, daß die Dinge keineswegs so ungünstig liegen, wie allgemein angenommen wird. In denjenigen Bezirken, wo eine große industrielle Arbeiterschaft vorhanden ist, wo also reiche Leute so gut wie garnicht wohnen, ist es uns möglich, nicht nur die gesammte dritte, sondern auch einen Teil der zweiten Klasse zu erobern, und vor Allem wären wir in Teltow-Beeskow im Stande gewesen, durch eine Wahlbetheiligung zu verhüten, daß zwei der schlimmsten Arbeiterfeinde in den Landtag gekommen wären. (Sehr richtig!) Ich meine Felisch, dessen Name denselben Klang hat wie Stumm, und den Großgrundbesitzer Ring. Unter solchen Verhältnissen lohnt es sich zum Mindesten der

Mühe, daß wir Alles aufbieten, zu sehen, wie weit wir bei den Wahlen ins Volk dringen können. Ich gebe mich gar keiner Illusion hin über die Bündnißfähigkeit der betreffenden bürgerlichen Parteien; ich gebe den Gegnern jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien von vornherein zu, daß der Zeitraum der letzten drei Jahre seit unseren ersten Verhandlungen keineswegs dazu angethan ist, die Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien sonderlich zu stärken. (Sehr richtig!) Aber auf der anderen Seite ist doch auch in Erwägung zu ziehen, daß es immerhin eine Minorität giebt, mit der ein Zusammengehen in dieser Frage möglich ist. Ich will, daß wir zunächst wenigstens mal einen ehrlichen Versuch machen. Mißlingt der Versuch, dann werden auch die eifrigsten Anhänger der Wahlbetheiligung von selbst ein zweites Mal sich der Wahl enthalten. (Ledebour: Sehr erfreulich.) Das sage ich deshalb, weil, wenn ich es nicht sagte, diese Frage auf einem späteren Parteitage von den Gegnern angeschnitten würde. Dann will ich aber selbst dabei sein und mitreden, vorausgesetzt, daß ich noch lebe, was ich hoffe.

Es ist heute vielfach und mit einem gewissen Recht in unserer Partei die Ansicht vertreten, daß wir ich weiß nicht welche Hoffnungen auf bestimmte Kreise des Bürgerthums setzen können. Die das hoffen, werden durch das Mißlingen des Exempels ad absurdum geführt. Gelingt aber das Exempel, so haben wir keine Ursache, uns zu ärgern. Denn so liegen die Dinge nicht, daß wir nicht die Hilfe der entschiedenen bürgerlichen Elemente für unseren eigenen politischen Befreiungskampf gebrauchen können. Im Gegentheil, es ist bedenklich, daß die allgemeinen politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es dahin gebracht haben, daß das Bürgerthum mehr und mehr ins reaktionäre Lager abschwenkt. Und was insbesondere das bisher noch bis zu einem gewissen Grade als Oppositionspartei geltende Zentrum betrifft, so haben wir ja in den letzten Jahren aus seiner Flottenpolitik, Militärpolitik, Weltmachtspolitik und insbesondere aus der famosen Lieber'schen Rede in Bonn zur Genüge kennen gelernt, was von jener Seite zu erwarten ist. Ich täusche mich nach dieser Richtung nicht; auch in einer ganzen Reihe anderer Fälle hat das Bürgerthum diejenige Pflicht nicht erfüllt, die es sehr gut hätte erfüllen können ohne Schaden für sein Renommee. Ich erinnere an gewisse Vorgänge im preußischen Landtag und bei den Nachwahlen der letzten Jahre. Aber all das kann uns nicht von einem ernsthaften Versuch abhalten. Ich bitte Sie dringend, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge abzulehnen. Das, was in der Resolution gesagt ist, genügt zur Klärung unserer Stellungnahme.

Es ist nun heute hier ein Flugblatt von Geck vertheilt worden, das auf gewisse Vorgänge bei den Landtagswahlen in Baden zu sprechen kommt, die allerdings, wenn sie richtig sind, was ich vorläufig nicht bezweifle, ein bedenkliches Licht auf die Taktik werfen, die ein Theil unserer Genossen in Baden beobachtet hat. Ich erkläre rund heraus, daß ich, falls die Betheiligung beschlossen wird und irgendwo im Lande unsere Genossen eine ähnliche Taktik beobachten, wie die Karlsruher, das auf das Entschiedenste verurtheilen würde. Ich verlange ja auch in meiner Resolution, daß für Preußen der Partei-Vorstand das Zentralwahlkomitee bildet und voraussichtlich wird ja auch im Jahre 1903, wo unter normalen Verhältnissen die allgemeinen Wahlen stattfinden, ein Theil der Vorstandsmitglieder für, ein anderer gegen Betheiligung sein. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß der Vorstand überall da, wo er auf Grund der Resolution die Wahl der Entscheidung hat, den richtigen Weg finden und dafür sorgen wird, daß Vorgänge wie in Baden vermieden werden. Gerade darin, daß eine Zentrale die Sache von einheitlichen Gesichtspunkten aus leitet und daß die einzelnen Wahlkreise sich mit der Zentrale in Verbindung setzen müssen, liegt eine Garantie für die Vermeidung solcher Vorkommnisse. Ich bitte Sie, meine Resolution möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Singer: Von einer einstimmigen Annahme der Bebel'schen Resolution wird kaum die Rede sein. Er hat die historische Entwickelung durchaus richtig dargestellt. Ich stimme mit ihm auch vollkommen darin überein, daß Neues in der Frage nicht mehr gesagt werden kann. Das Dreiklassenwahlsystem an sich ist es selbstverständlich nicht, das mich zu einem Gegner der Betheiligung an den Landtagswahlen macht. Wenn ich die Hoffnung hätte, ja wenn ich nur die Möglichkeit sehen könnte, daß, allerdings unter der Voraussetzung der selbständigen Betheiligung, es der Partei möglich wäre, einen oder mehrere Abgeordnete in den preußischen Landtag zu schicken, so würde ich einen Versuch mit der Betheiligung empfehlen. Aber ich bestreite, daß es möglich ist, und auf dem Wege, auf dem Bebel es möglich machen will, kann ich ihm nicht folgen. (Sehr richtig!) Der Eintritt von Sozialdemokraten in den preußischen Landtag ist nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien möglich, und — ich wende das Wort, das ich jetzt sagen will, gewiß nicht an die Adresse Bebel's; ich kenne ihn zu gut — auf den politischen Kuhhandel lasse ich mich nicht ein (sehr gut); die Bündnisse, die wir mit den bürgerlichen Parteiten schließen können zu dem Zweck der Erzielung einiger Landtagsmandate, werden durch die Vortheile, die die Anwesenheit einiger sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag hat, nicht aufgewogen. Das Verlassen des Standpunkts, der, wie ich sage, die Partei groß und stark gemacht hat, und der erhalten bleiben muß, das Verlassen des Standpunkts, die politischen Erfolge zu erringen gestützt auf die eigene Kraft, halte ich für viel gefährlicher, als daß es aufgewogen werden könnte durch ein paar Mandate. Nun sagt Bebel: Die Verhältnisse liegen nicht so ungünstig, man kann in Folge der veränderten Steuergesetzgebung in Preußen vielleicht auch in der zweiten und ersten Abtheilung Wahlmänner bekommen. Ich gebe das ohne Weiteres zu, das sind aber so vereinzelte Fälle, daß sie in Verbindung mit den Wahlmännern der III. Abtheilung absolut nicht im Stande sind, einen Abgeordneten durchzusetzen. Was nutzen mir die zwei oder drei oder fünf oder zehn Wahlmänner in der II. Klasse, wenn dagegen 600 bürgerliche stehen! Was machen mir die ein oder zwei Wahlmänner, die die Philantropen oder Idealisten aus der ersten Wahlabtheilung für uns geben! Gewiß, diese Konstatirung mag zur Charakterisirung, wie weit der soziale Gedanke in die bürgerlichen Kreise eingedrungen ist, ganz wünschenswerth sein, aber man soll sich doch nicht einreden, daß man durch diese paar Wahlmänner etwa das Wahlresultat zu einem sozialdemokratischen machen kann, wenn eben der Handel nicht gemacht wird. Ich kann mir also nicht helfen: Die Zahlen, die Bebel angeführt hat, deren Richtigkeit ich durchaus nicht bestreite, sind durchaus kein Beweis dafür, daß wir durch eigene Kraft auch nur einen einzigen Abgeordneten bekommen können. Nun wird man uns vielleicht darauf verweisen, daß wir ja doch bei den Reichstagswahlen auch für bürgerliche Kandidaten stimmen. Es ist aber durchaus etwas anderes, ob ich in der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Freisinnigen diesem die Stimme gebe oder ob ich als sozialdemokratischer Urwähler für einen Freisinnigen oder Zentrumsmann stimme. (Sehr gut!) Das ist der gewaltige Unterschied, der von den Befürwortern der Landtagswahlbetheiligung nicht genügend erkannt wird. (Sehr richtig!) Doch nur dann erst, wenn wir selbständig in die Wahlbewegung eintreten und keine Bündnisse schließen und keine gemeinsamen Kandidaten aufstellen, kann auch das Exempel, das Bebel will, gemacht werden, können wir die Stärke unserer Partei zum Ausdruck bringen. Aber wie will Bebel, wenn bei den Urwahlen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien gemacht werden, feststellen, wie viel Prozent der Urwähler sozialdemokratisch gewesen sind? Will man das, dann müssen die alten Grundsätze innegehalten, sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden; die kann man dann genau so handeln lassen wie sozialdemokratische Wähler bei den Reichstagswahlen handeln, d. h. eventuell

das kleinere Uebel erwählen. Beschließt also der Parteitag die Betheiligung, dann kann es geschehen entsprechend den bisherigen Grundsätzen durch selbständige Betheiligung. Ich werde gegen alle Resolutionen stimmen, weil ich mir keinen Erfolg von einer selbständigen Betheiligung verspreche; in der Vorabstimmung werde ich, um in den schädlichen Beschluß eine Korrektur hineinzubringen, für die Resolution Hoffmann stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Geck: Ich habe deswegen zur Einleitung der Diskussion das Wort ergriffen, um über den Zweck der Austheilung meines Flugblatts keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Die Tendenz eines badischen Parteistreits hier aufzurollen liegt mir fern; ich berichte nur etwas, was schon bekannt ist, lediglich, damit es als Material dienen soll und für den Fall, daß die Genossen anderer Länder den Versuch machen sollten, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien abzuschließen, sie nicht dieselben bedauerlichen Erfahrungen machen sollen wie wir. Denn gesündigt wird innerhalb und außerhalb der Grenzen unseres badischen Probir- und Musterländles in Deutschland, in Bayern ebenso wie in dem hellen Sachsen. Wir haben aus Opportunität oder aus Mangel einer richtigen Ueberlegung im Drange der Verhältnisse Dinge gethan, die unsere Prinzipienreinheit getrübt haben. Das ging aber nicht anders, wenn wir mit den uns zunächst stehenden bürgerlichen Parteien zusammen gehen, die wir auf anderen Gebieten bekämpfen müssen. Wir gehen mit ihnen für die kurze Wahlzeit eine morganatische Ehe ein (Heiterkeit) und sind die Flitterwochen der Wahlzeit vorbei, dann bitten wir sie „Und grüß mich nicht unter den Linden." Und da wundern Sie sich, daß wir nachher bei den Wahlen in der Stimmenzahl zurückgegangen sind? Muß das die Wähler nicht verwirren, wenn sie gegen den Kandidaten stimmen sollen, den wir ihnen noch vor einem Jahre empfohlen haben als einen, der unsere Interessen ebenso gut vertreten werde wie wir? Was ich vorgelegt habe, sind keine Geheimnisse, es handelt sich bei mir nicht um persönliche Ranküne. Kein badischer Genosse hat die persönliche Schuld an dem, was vorgekommen ist. Aber ich bitte die Genossen doch, wenn sie in die Versuchung kommen, mit bürgerlichen Parteien Kompromisse abzuschließen, das Blättlein, das ich ihnen gegeben, in die Hand zu nehmen, ihr Morgengebet damit zu verrichten (Heiterkeit) und sich vor Augen zu halten, was sie bei dem Verhandeln mit bürgerlichen Parteien zu erwarten haben. (Beifall.)

Meist-Köln: Meine Mandatgeber können sich nicht damit befreunden, daß sie sich an den preußischen Landtagswahlen betheiligen sollen. Sie halten es für eine Zeit- und Geldverschwendung. (Sehr richtig!) Es wird dadurch nur Konfusion erzeugt und die Kampfgrenze gegen die bürgerliche Partei verwischt. (Sehr richtig!) Geck hat ein kleines Beispiel dafür geliefert, wie weit man in Baden mit den Kompromissen gekommen ist. Geht das so weiter, so kommen wir dahin, daß wir schließlich an unsere eigene Mission nicht mehr glauben. (Oh! Oh!) So wird man die Kompromißkünstelei doch nicht ausspinnen wollen, daß mit allen Parteien Kompromisse geschlossen werden dürfen. Es kommen hauptsächlich die Freisinnigen in Betracht. In meinem Kreise besteht nicht die geringste Sympathie für die Freisinnigen, die in schmutzigster Weise den Kampf gegen uns geführt haben. Einige freisinnige Fabrikanten dort verbieten ihren Arbeitern sogar den Gewerkschaften anzugehören. (Hört! Hört!) Wenn Bebel selbst bei uns in dem Kreise mit Engelszungen reden wollte, er könnte die Genossen dort nicht zu einem Kompromiß mit den Freisinnsmannen bewegen. Ich bin nach wie vor gegen jede Betheiligung. Sollte sie aber beschlossen werden, so müßte wenigstens der Selbständigkeit der Wahlkreise die Entscheidung überlassen werden. (Bravo!)

Ledebour: Die Gegner und Anhänger der Betheiligung sind darin ganz einig, daß es äußerst wünschenswerth wäre, wenn wir in allen Landtagen Vertreter hätten. Auch darin stimmen wir überein, daß die Agitation bei den

Landtagswahlen, ob sie nun zu Erfolgen führt oder nicht, immerhin günstige Ergebnisse haben wird. Wenn wir Gegner an der Betheiligung bei den preußischen und sächsischen Landtagswahlen, die hauptsächlich dabei in Betracht kommen, uns nicht für die Resolution Bebel erklären können, so liegt das daran, daß wir die Nachtheile, die aus dem Eintreten der Partei in die Landtagswahlen hervorgehen müssen, für viel gefährlicher halten als die Vortheile. Ich will zunächst auf unsere Verbesserungsanträge zur Bebel'schen Resolution eingehen. Zunächst beantragen wir, daß die Landtagswahlkreise über die Betheiligung zu entscheiden haben. Die gegenwärtige Fassung ist doppeldeutig: beim vorjährigen Versuch ist die Fassung so ausgelegt worden, daß die Genossen der Reichstagswahlkreise die Entscheidung haben sollten. Das ist widersinnig; der Kreis, der die Wahl vorzunehmen hat, muß entscheiden. In Berlin sind vier Landtagswahlkreise und sechs Reichstagswahlkreise, und die Grenzen dieser Kreise decken sich natürlich nicht. Wird die Betheiligung beschlossen, dann müssen aus den dort organisirten Genossen Nebenorganisationen geschaffen werden, die die Arbeit bei den Landtagswahlen durchzuführen haben. So wie in Berlin liegt es überall, auch in Sachsen. Das hat zu Streitigkeiten geführt. Wenn in einem Landtagswahlkreis zwei Reichstagswahlkreise darin stecken, so ist es vorgekommen, daß der eine Kreis gesagt hat: wir machen mit, und der andere: wir machen nicht mit. Gewiß hat es seine Schwierigkeit, neue Organisationen dafür zu schaffen, aber unüberwindlich sind sie nicht, und den Leitern der Reichstagswahlkreise ist es wahrscheinlich ganz angenehm, wenn sie sich nicht damit zu befassen brauchen. Ich warne, einen Antrag anzunehmen, der, wie ich höre, eingebracht werden soll, wonach die Landtagswahlkreise zwar die Leitung haben, aber gebunden sein sollen an die Zustimmung der Landeskonferenzen. Das heißt die Streitigkeiten in die Provinzen hineintragen. Ferner haben wir den Verbesserungsantrag 92 gestellt. Bebel hat ganz recht, er ist im Geiste der Hamburger Resolution gehalten, nur trifft er besser und gründlicher, was getroffen werden soll. Wir wollen auf jeden Fall Wahlbündnisse verhindern, weil Unannehmlichkeiten schlimmster Art für die Partei die Folge sein müssen. Ein eklatantes Beispiel ist der Offenburger Fall. Derartige Vorkommnisse liegen aber in der Natur der Sache. In Sachsen sind die Parteiverhältnisse zum Glück derartig ausgereift, daß die sozialdemokratische Partei, die nach Bündnissen hausiren geht, keine bürgerliche Partei findet, die Bündnisse mit ihr eingehen möchte. Für Sachsen ist die Gefahr also ausgeschlossen, der Freisinn ist auf ein winziges Häufchen zusammengeschmolzen und ist in Pirna lieber mit Roß und Wagen ins reaktionäre Antisemitenlager gezogen, als in der Stichwahl für unseren Kandidaten zu stimmen. Und die Antisemiten sind so in der Verkrümmelung begriffen, daß die Liebermannianer und Zimmermannianer sich bald gegenseitig nicht mehr für bündnißfähig halten werden. Und in Jena die National-Sozialisten, sie, die zuerst auf Bassermann herumklopften, bis er ganz mürbe wurde, sie, die sich zu einer Arbeiterpartei auswachsen möchten, sie haben in der Stichwahl gegen unsere Kandidaten entschieden. Jetzt, wo sie ein Hunnenprogramm aufgestellt haben, werden sie zu Wahlbündnissen noch weniger bereit sein. Da wir der Ueberzeugung sind, daß die Hoffnung Bebel's die reine Utopisterei ist (Widerspruch), da wir glauben, daß bei der Wahlbetheiligung nichts für uns herauskommt, und selbst wenn etwas herausspringt, der Schaden für die Partei aus dem Bündniß mit bürgerlichen Parteien bedeutend größer ist als der Nutzen, so verlangen wir, daß alle Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ausgeschlossen sein sollen, wenn man sich überhaupt für die Betheiligung entscheidet.

Singer theilt mit, daß Adolf Hoffmann-Berlin, der als Mitglied der Kontroll-Kommission vorgeschlagen ist, um Streichung seines Namens in der Vorschlagsliste ersucht, da er eine Wahl nicht annimmt.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Diskussion über die **Betheiligung an den Landtagswahlen** wird fortgesetzt. Der Antrag Quarck ist zurückgezogen. An seiner Stelle ist ein neues Amendement Quarck zur Resolution Bebel eingegangen, wonach die Worte „es sei denn" .... bis „des betreffenden Wahlkreises" gestrichen werden und im ersten Absatz hinter „bei den nächsten Wahlen" die Worte „mit eignen Wahlmännern" eingefügt werden sollen.

Haase-Königsberg: Wer grundsätzlich den Bebel'schen Standpunkt theilt, thut gut daran, seine Resolution nicht schlankweg anzunehmen, sondern mit dem eben eingebrachten Amendement. Aus den Ausführungen Singer's scheint mir in der That das beachtenswerth zu sein, daß wir die Stärke unserer Partei nicht feststellen können, wenn wir nicht zunächst vollkommen selbständig in die Wahlbetheiligung eintreten. Dazu kommt, daß wir in den rückständigen Gegenden die jungen Genossen und noch zu erziehenden Leute verwirren würden. Die Resolution Bebel kann deshalb nicht angenommen werden, weil sie eine Ausnahme statuirt von der Wahlbetheiligungspflicht und eine Hinterthür den Gegnern und lauen Freunden der Wahlbetheiligung öffnet, durch die sie, da man es ihnen so leicht macht, schlüpfen werden. Bebel meinte, wir müßten dafür sorgen, daß endlich die Frage endgiltig erledigt wird. Nehmen wir aber diese Resolution mit dem von ihm gerühmten Zusatz an, dann zweifle ich keinen Augenblick daran, daß sofort beim nächsten Wahlkampfe die Streitigkeiten und Klagen losgehen werden. Gegen die Wahlbetheiligung selbst sind irgend erhebliche Argumente nicht vorgebracht worden (sehr wahr!), und wir würden eine kapitale Dummheit begehen, wenn wir uns nicht betheiligen wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Was soll uns abhalten? In den Großstädten kann jeder Arbeiter seiner sozialdemokratischen Gesinnung offen Ausdruck geben. Auf die abhängigen Schichten, die Staatsarbeiter, können wir natürlich nicht rechnen. Aber auch so verfügen wir noch über große Schaaren selbst auf dem Lande. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß wir auf dem Lande keine Erfolge erzielen können. Auf unserer letzten Provinzialkonferenz waren 30 Landarbeiter als Delegirte anwesend, sie Alle sind für Wahlbetheiligung eingetreten, obwohl wir ihnen die Schwierigkeiten des Systems auseinandergesetzt haben. (Hört! hört!) Bei dem ländlichen Arbeitermangel können die Landarbeiter ruhig offen sozialdemokratisch wählen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, aufs Pflaster geworfen zu werden, und wenn sie entlassen werden, so pfeifen sie darauf, denn sie finden im nächsten Dorf neue Arbeit. (Widerspruch.) Die Landleute sehnen den Augenblick herbei, wo sie ihren Unterdrückern ihre Meinung ausdrücken können. Die indirekte Wahl nützt uns geradezu, denn es ist schwer, auf dem Lande die Massen in Bewegung zu bringen für einen Bebel, einen Singer oder einen anderen Parlamentarier, der den Landarbeitern nicht bekannt ist. Aber einem Bekannten aus dem eigenen Urwahlbezirk geben sie leicht ihre Stimme.

Unermeßlich ist der Vortheil, den wir auf dem Lande erreichen dadurch, daß wir solche Wahlmänner in den einzelnen Gutsbezirken suchen, sie sind die sichersten Stützen für unsere Agitation und Organisation. (Widerspruch.) Wir haben praktische Erfahrungen, wir haben Verbindungen auf dem Lande angeknüpft. Niemals wird es uns gelingen, auf dem Lande etwas zu erreichen, wenn wir so die Mittel der Agitation und Propaganda aus der Hand geben. Ich gebe mich keinen Illusionen hin, ich weiß sehr wohl, daß einer oder der andere unserer Wahlmänner unter den Drohungen oder Versprechungen seines Herrn nachher umfallen wird. Sie Alle, die Sie Wahlgegner sind, stehen damit im Widerspruch zu Ihren sonstigen Auffassungen. Sie überschätzen den Werth eines Mandats, denn selbst wenn wir kein Mandat bekommen, ist die Wahl-

betheiligung doch wichtig, weil wir durch die Agitation Gelegenheit bekommen, unsere Ideen in weitere Kreise zu tragen. Wir schaffen dadurch neue Verbindungen mit den Landarbeitern zum Vortheil unserer Organisation. Wir betheiligen uns zunächst auf Grund unseres Programms ganz prinzipientreu mit eigenen Wahlmännern an der Wahl, und dann wenn es zur Wahl der Abgeordneten kommt, können wir ruhig mit einem zuverlässigen Freisinnigen ein Bündniß abschließen. (Zuruf: Giebt es nicht!) Wie können die erfahrenen Berliner so etwas sagen? Ich kenne die Freisinnigen auch und weiß, daß an ihrem Gros nichts daran ist, aber daran ist doch nicht zu zweifeln, daß es auch unter den Freisinnigen Männer mit Rückgrat giebt, und daß wir vor Allem durch unsere Betheiligung dahin wirken können, daß solche rückgratfesten Männer auch von den Freisinnigen aufgestellt werden. Wir würden Verwirrung schaffen in den Reihen unserer zurückgebliebenen Arbeiter, wenn wir nicht den selbständigen Charakter der Wahl bewahren würden; er wird gewahrt durch das Amendement Quarck. Ich sehe keinen Grund gegen die Betheiligung ein. Unsere Landarbeiter haben durchaus ein Verständniß für das, wozu die Berliner noch nicht gekommen sind, nämlich daß die Wahlmänner eventuell auch einen Freisinnigen unterstützen können. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Schrader-Bramsche: Bebel hat mit seiner Resolution versucht, sowohl die Freunde wie die Gegner der Wahlbetheiligung zu befriedigen. Das Letztere wird ihm nicht gelingen. Jetzt scheint es so, als ob es sich nur um die preußischen und sächsischen Landtagswahlen handele. Die bayerischen Vorgänge aber, aus Anlaß deren man von Kuhhandel u. s. w. sprach, haben Anlaß dazu gegeben, daß diese Frage auf die Tagesordnung dieses Parteitags gesetzt wurde. Die Frage muß für ganz Deutschland gelöst werden und nicht nur für Preußen und Sachsen. Man geht über die Frage der Bündnisse viel zu leicht hinweg. Die Art, wie Auer in den „Sozialistischen Monatsheften" die Frage behandelt, stimmt doch schlecht mit den Dingen, die uns in dem heute vertheilten Flugblatt erzählt werden. Die Landarbeiter des Genossen Haase scheinen sich ja in einem wahren Dorado zu befinden, anderwärts ist es anders. Die Bebel'schen Einsätze machen seine Resolution nicht schmackhafter, ich kann sie nur mit dem Amendement Ledebour annehmen.

Zubeil-Berlin: Wenn Sie heute Bebel gehört haben und ihn mit dem Bebel von Hamburg, ja noch von Stuttgart vergleichen, wenn Sie seine heutige elegische Stimmung gesehen haben, dann haben Sie gemerkt, wie wenig Freude er selbst an seinem eigenen Werke hatte. (Oho!) Bat er doch, nur ja einmal blos zu versuchen, nur zu experimentiren, dann würde es — so habe ich es herausklingen gehört — für immer begraben sein. (Heiterkeit.) Dem Genossen Haase hat ja schon der Vorredner geantwortet. Wenn das Alles, was Haase gesagt hat, so stimmt, o Du herrliches Ost- und Westpreußen! Wie stark müßtest Du heute schon bei der geheimen Stimmabgabe im deutschen Reichstag vertreten sein, wo die Landarbeiterschaft Mann für Mann, Schaar für Schaar an die Wahlurne treten kann, offen die Stimme abgeben kann, o Du glückliches Dorado, in das uns Haase heute hineingeführt hat. (Heiterkeit.) Genosse Haase, auch ich vertrete einen sehr großen Landkreis, aber wir haben die Erfahrung erst vor ganz wenig Wochen Tag für Tag sammeln müssen bei unserer unausgesetzten Agitation auf den großen Gütern, bei den großen Bauern, wie man uns da unser Flugblättermaterial abnahm, wie vorsichtig man da vorgehen mußte. Von diesem Platz hier ist es sehr leicht zu sprechen; aber wenn die Erfolge geholt werden sollen, wenn man uns zwingt, in die Landtagswahlen einzutreten, dann wird es anders aussehen. Gewiß, dem Zwang wird man sich als Parteigenosse fügen, aber ob man uns mit diesem Zwang auch die Ueberzeugung einimpfen kann, das steht auf einem anderen Blatte. Wie steht es denn in Teltow-Beeskow? Wenn wir von den Wahlmännern, die für den Freisinnigen

eintraten, die sozialdemokratischen abzweigen, ändern wir dadurch irgendwie das Wahlresultat? Was können wir durch Betheiligung erreichen, wenn in Köpenick, wo sehr viele Wahlmänner nicht zur Wahl gingen, weil bei der Ausdehnung des Kreises theilweise zwei Tage verloren gegangen waren, die Konservativen Ring und Fehlisch bei einer absoluten Mehrheit von 865 Stimmen 1073 bekommen haben? Haben Sie Breslau vergessen, wo mit der ganzen Machtentfaltung die sozialdemokratischen Wahlmänner an die Wahlurne gebracht wurden und die Freisinnigen eine Entschädigung zahlen mußten? In Lockstadt standen auf der freisinnigen Liste eine Reihe waschechter konservativer Namen und nur der Wachsamkeit eines Vertrauensmannes ist es zu danken, daß unsere Genossen nicht dem konservativen Grafen Moltke ihre Stimme gaben. Es ist eigentlich eine Selbstabschlachtung, die wir an uns vornehmen. (Heiterkeit). Man muthet uns etwas Herrliches zu: den Freisinnigen in unserem Kreise bekämpfen wir bei den Reichstagswahlen auf das schärfste in Flugblättern und Versammlungen und wenige Monate später bei den Landtagswahlen sollen wir in Flugblättern und Versammlungen demselben Freisinnigen sagen: Du bist ja der beste Kerl von der Welt! Wenn Sie auf diese Weise Erfolge für die Sozialdemokratie erzielen wollen, so muß man dafür sich bestens bedanken. Sie werden uns höchst wahrscheinlich zwingen, mitmachen zu müssen; nach der ersten preußischen Landtagswahl wird Ihnen die Quittung dafür gegeben werden. (Bravo!)

Fendrich-Karlsruhe: Eine Enttäuschung muß ich Ihnen von vornherein bereiten. Ueber die Stimmmittel des Genossen Zubeil verfüge ich nicht. (Heiterkeit.) Schon in Hannover hatte sich über die Sünden der Bayern ein gründliches Unwetter zusammengezogen, das aber nicht losgebrochen ist. Ueber unsere Häupter, über uns Badenser kommt nun der ganze Segen. (Heiterkeit.) Das ist nur gerecht, denn wir sind es gewesen, die zuerst in die verbotene Frucht, in die Frucht des Kompromisses gebissen haben. Die Bayern sind also nur die Epigonen. (Vom Tisch der Bayern: Aber die besseren! Heiterkeit.) Gewiß, sie haben mehr herausgeschlagen. Da die Sache nun einmal so ist, so nehmen wir Alles auf uns. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß der Jupiter tonans, der dieses Ungewitter entfesselt hat, selbst auf die Bank der Sünder gehört, daß gerade er ein Kind der Sünde ist (Heiterkeit), nicht etwa aus einer morganatischen Ehe (Heiterkeit), sondern aus einem Konkubinat. (Erneute Heiterkeit.) Aber erst nach drei Jahren hat dies Sündenkind zu sprechen begonnen (Heiterkeit), und weint nun über seinen Vater, den Sozialismus und seine Mutter, die Demokratie. Auch ich glaube, daß rein sachliche Motive Geck geleitet haben, hätte er dann nur wenigstens die Güte gehabt, uns ein Exemplar seines Flugblatts, das seit 8 Tagen gedruckt ist, zuzuschicken, dann hätten wir unser Aktenmaterial mitbringen können. Es handelt sich um Dreierlei in dem Flugblatt: 1. die angebliche Doppelnummer des „Volksfreund", der am gleichen Tage die Demokratie in Karlsruhe empfohlen und in Offenburg bekämpft haben soll; 2. die Behauptung, daß ich vor einem Jahre in Durlach gewählt worden bin auf Grund eines demokratisch-sozialdemokratischen Kompromisses und 3. die Behauptung, daß der „Volksfreund" dabei eine andere Taktik befolgt habe als vor drei Jahren. Alle drei Behauptungen sind schwere Irrthümer. Ich glaube auch, daß Geck nur sachliche Gründe hatte, als er die Sache vorbrachte; schon deshalb, weil er selbst vor drei Jahren der Leiter des Blattes und der Wahl war, bei der die Sache spielte. Mit der Doppelnummer des „Volksfreund" steht die Sache so, daß durch einen in letzter Stunde, während die Karlsruher Auflage schon in der Maschine war, in Offenburg erfolgten schweren Angriff der Freisinn-Demokraten eine Abwehr nothwendig wurde, die dann allein in die Offenburger Auflage kommen konnte. So hat es Geck selbst im Landtag der Wahrheit gemäß dargestellt, wie Drees-

bach bezeugen kann. Plötzlich auftretende akute Verhältnisse haben also die Doppelnummer veranlaßt. Die Thatsache, daß wir bei der verschiedenen Schlachtstellung in Offenburg und Karlsruhe mit entschiedener Hochhaltung des Prinzips kämpften, wurde auch vor drei Jahren in der „Neuen Zeit“ aktenmäßig festgestellt. (Redner verliest die Stelle.) Ich habe in meinen Artikeln auf den prinzipiellen Unterschied zwischen Demokratie und Sozialdemokratie hingewiesen, was den Karlsruher Genossen damals sehr unangenehm war, aber mir kam es eben auf prinzipielle Reinlichkeit an. Das ist die Nummer 1 der Behauptungen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Singer**: Die Fortsetzung bitte später. (Große Heiterkeit.)

Fendrich: Dann will ich schließen: „Doch Brutus ist ein ehrenwerther Mann. Das sind sie Alle, Alle ehrenwerth.“

Frau **Ihrer**-Berlin V: Die Ausführungen von Geck sind ein schlagender Beweis gegen die Betheiligung; kein Redner war im Stande, uns von der Möglichkeit der Betheiligung zu überzeugen. Haase irrt sich, wenn er glaubt, daß auf dem Lande keine Maßregelungen erfolgen. Das wird trotz allen Arbeitermangels geschehen. Ich hätte gewünscht, Haase hätte uns mal einen Liberalen, der Rückgrat besitzt, auf den Tisch des Hauses niedergelegt (Heiterkeit), er wäre als ein Wunder in Deutschland betrachtet worden. Wohin kommen wir bei dem Vorschlag der Wahlanhänger? Wir müßten denn Landtagswahl-Agitatoren und Reichstagswahl-Agitatoren schaffen, die heute gegen, morgen für die Freisinnigen reden. Auer sagt in den „Soz. Monatsheften“, es kommt hauptsächlich auf Berlin an, mit Berlin werde die Bewegung unwiderstehlich; aber warum nimmt man denn keine Rücksicht auf die Stimmung der Berliner und ihrer Nachbarkreise? Mögen Sie beschließen, was Sie wollen (Oh!), wir halten an dem Vermächtniß des Alten fest, wir sind gegen jeden Kompromiß, gegen jedes Wahlbündniß.

Kiesel-Berlin VI: Wenn bereits ein süddeutscher Genosse warnend seine Stimme erheben muß, so können Sie es uns Norddeutschen wahrhaftig nicht verdenken, daß wir gegen die Wahlbetheiligung in Preußen mit allem Ernst unserer Ueberzeugung Stellung nehmen. Meist hat ja heute schon ausgeführt, wie die Parteigenossen seines Kreises über Kompromisse denken. Dasselbe gilt auch für die Genossen von Berlin und der ganzen Mark Brandenburg; überall liegt uns da der Freisinn so im Magen, daß wir ihn beinahe nicht mehr verdauen können. (Oho!) Ja wohl. Wir wollen den alten Brei nicht wieder aufwärmen, wir haben keine Veranlassung, uns auf ein derartiges Experimentirgebiet zu begeben. Wir haben vielmehr alle Veranlassung, unseren Genossen zu zeigen, daß wir mit solchen Elementen nichts zu thun haben wollen. Wenn Sie mir nicht glauben wollen, wie sehr die Berliner gegen die Wahlbetheiligung sind, so fragen Sie mal Pfannkuch. Als er einmal bei uns im 6. Wahlkreis sprach und nebenbei auch die Nothwendigkeit der Wahlbetheiligung betonte, da haben ihm die Genossen durch lautes Murren die Antwort ertheilt; Berlin ist auch garnicht in der Lage, in allen Bezirken die nöthigen Wahlmänner aufstellen zu können, in vielen Bezirken finden wir nicht einen einzigen Wahlmann. Man darf auch nicht ohne Weiteres sagen, daß wir uns mit Naturnothwendigkeit an den Wahlen zu betheiligen haben. Nun hat Haase uns Berlinern Unkenntniß der Verhältnisse vorgeworfen, Zubeil hat ihm bereits erklärt, daß wir in Berlin auch Landagitation treiben müssen. Wie können wir den Landarbeitern heute die Wahl eines Sozialdemokraten, morgen die eines Freisinnigen empfehlen! Die Landsleute von Haase, die nach Berlin gekommen sind, haben uns im Gegensatz zu ihm die dortigen Verhältnisse als die allermiserabelsten dargestellt, ich wundere mich wirklich, daß Haase aus Ostelbien ein Dorado zu machen sucht. Stimmen Sie dem Amendement Hoffmann zu!

Quarck-Frankfurt a. M.: Meiner Meinung nach hätte die Debatte durch einen Bericht eingeleitet werden sollen über die Ergebnisse in den Kreisen, in denen bereits bei den letzten Wahlen eine Betheiligung stattgefunden hat; dann wären eine ganze Reihe von Behauptungen, die aufgestellt sind, einfach unmöglich gewesen. Ich will Ihnen die Erfahrungen aus dem Frankfurter Kreise schildern. Die Aussicht, die konservativ-nationalliberalen Vertreter herauswerfen und durch Freisinnige, darunter sogar einen bürgerlichen Demokraten zu ersetzen, brachte unsere Genossen sofort zur Urne. Die Betheiligung ging so vor sich, daß wir, die wir uns doch in Bezug auf die Organisation nicht entfernt mit Berlin messen können, ohne Weiteres alle unsere Wahlmänner aufstellen konnten, ja sogar in einzelnen Bezirken, wo die bürgerliche Demokratie glaubte, Wahlmänner aufbringen zu können. Wir können also ruhig mit eigenen Wahlmännern die Sache in die Hand nehmen. Die Abstimmung ist nach der von uns gegebenen Parole vor sich gegangen; Maßregelungen sind nicht erfolgt, und bezüglich des platten Landes kann ich die Darstellung Haase's durchaus bestätigen. Wir haben im Umkreise von Frankfurt vor zwei Jahren das Dreiklassen-Wahlsystem für eine Reihe von Wahlkreisen nach preußischem Muster bekommen, und haben bei offener Abstimmung in einer ganzen Reihe von Gemeinden unsere sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht; es ist also bereits bestätigt, daß das geht. Unsere Erwartungen sind erfüllt; namentlich der bürgerliche Demokrat ist so wacker im Abgeordnetenhaus aufgetreten, hat als einziger Bürgerlicher eine ganze Reihe von Mißständen auf Grund unseres Materials aufgedeckt, hat so scharf in der Eisenbahn-, Gefängniß-, Beamtenfrage u. s. w. Stellung genommen, wie es seit Bestehen des preußischen Abgeordnetenhauses kaum je vorgekommen ist, und zwar mit Erfolg. Daher denken wir Frankfurter nicht daran, jemals von der Betheiligung Abstand zu nehmen; wir werden uns jetzt erst recht betheiligen, und zwar mit lauter ausgesprochen sozialdemokratischen Wahlmännern, und was in Frankfurt möglich ist, wird auch wohl in einer ganzen Reihe anderer Kreise möglich sein.

Wenn immer das Liebknecht'sche Verwirrungsargument vorgebracht wird, so ist das ein Armuthszeugniß für unsere Wählerschaft, das sie nicht verdient hat. Unsere Wählerschaft weiß ganz gut zu unterscheiden, weshalb sie bei der Reichstagswahl für einen Sozialdemokraten und bei der Landtagswahl für einen Freisinnigen, für das kleinere Uebel stimmt, genau so wie bei den Reichstagsstichwahlen, und damit fällt jeder Grund gegen die Betheiligung fort.

Wenn Zubeil gemeint hat, die Wahlmänner brauchen Zeit — das klingt recht revolutionär! (Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen Revolution machen, haben aber keine Zeit! (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Wer ist radikaler: Der sich draußen bei der Thür stellt und mit den Fäusten droht, aber nicht den Muth hat, an der Thür zu rütteln, oder der, der auf das bloße Protestiren verzichtet und an der Thür rüttelt so lange, bis er sich Einlaß verschafft hat, mit allen Mitteln. (Beifall.) Ich habe dieser Tage mit einem ausländischen Sozialdemokraten gesprochen, der sagte: Wir Sozialdemokraten sind eine ausgesprochen prinzipientreue Partei; aber wir mogeln, wo wir mogeln können. (Große Heiterkeit und Beifall).

Grenz-Leipzig: Wir haben uns stets auf den Standpunkt gestellt, daß Reichsrecht vor Landrecht geht, Parteitag vor Landeskonferenz. Das hat die unschönen Sachen in Sachsen veranlaßt und es ist sehr die Frage, wer die Schuld daran hat. Der Auffassung von Quarck, daß wir Anderen ebenso gut mit der Betheiligung fahren werden wie die Frankfurter, stehen doch die Erfahrungen mit dem Flugblatt Geck's gegenüber, wo die Partei eine weit größere Schädigung erleidet als auf der anderen Seite günstigen Falls Gewinn. Aber die Frage ist auch die, ob wir uns betheiligen können. Versprechungen werden

von den Freisinnigen bei der Wahl leicht gemacht. Geändert haben sich die bürgerlichen Parteien allerdings in den letzten Jahren, aber nur ihre Taktik, im Effekt sind sie uns gegenüber ebenso miserabel wie früher. Die anderen Parteien sind nicht besser als die Junker. Wie hat der Freisinnige Hirsch sich gegenüber dem Straßenbahnerstreik benommen? Wir haben von den bürgerlichen Parteien nichts zu erhoffen. Sie wollen uns, wie Pfannkuch treffend sagte, nach Bismarck'schem Muster einfach todtschlagen. In Sachsen verdanken wir den Freisinnigen mit das Dreiklassen-Wahlrecht. Und mit dieser Gesellschaft sollen wir uns koaliren? Wir haben zwei Probewahlen hinter uns, die sind danach ausgefallen.

Riemann-Chemnitz: Jawohl, die sind danach ausgefallen, weil sie uns die Leipziger und Zwickauer verhunzt haben. (Heiterkeit und Beifall.) Ich bin für die Resolution Bebel nur dann, wenn die Maschen so eng sind, daß kein Grenz, kein Lipinski, kein Schoenlank und kein Goldstein durchwutscht. (Große Heiterkeit.) Kompromisse wollen wir machen, sagt man uns nach. Ist ja gar nicht wahr! Ich selbst soll das Kompromiß damals gemacht haben! Ich habe damals hinter schwedischen Gardinen gesessen, wie kann man denn da Kompromisse machen! (Große Heiterkeit.) Bei den Reichstagswahlen fordern Sie doch auf, dem Hirsch als dem kleineren Uebel die Stimme zu geben, trotz des Straßenbahnerstreiks; also warum denn nicht auch bei den Landtagswahlen. Direkt zur Rebellion wird ja schon bei uns in Sachsen aufgefordert. Da schreibt Goldstein im „Sächs. Volksblatt": „Käme es in Mainz zu einem Mehrheitsbeschluß für die Betheiligung, so ist allerdings die Minorität besiegt;" — Sehr logisch! (Heiterkeit) — „ob sich diese dagegen so fügt und nicht etwa durch Lässigkeit und Unterlassung, wie auch direkt durch Auflehnung sündigt — das ist eine andere Frage." Das ist schon längst in Frage gestellt, wenn die Landeskonferenz die Betheiligung beschließt und zwei, drei Wahlkreise sich einfach nicht fügen. (Zuruf Ledebour's.) Ledebour kann gut von Sachsen reden! Ein Mann, der kaum hundert Wochen in Sachsen war! Wir haben in Sachsen 20 Jahre lang das Wählen gelernt, das versteht der Ledebour nicht; auch das Wählen will gelernt sein (Heiterkeit). Wir haben ihn hingelegt, in Dresden; da liegt er nun! in Berlin wird er vielleicht wieder aufstehen; na, wir wollen das Beste hoffen! (Große Heiterkeit.) Diesmal aber wird man mit den Rebellen abfahren; wer nicht für uns ist, der wird hochgenommen in diesem Fall!

Bruhns-Breslau: Bekanntlich haben die Breslauer nach dem verunglückten Hamburger Beschluß, als Niemand wußte, was zu thun war, die Initiative ergriffen und sich selbständig an den Wahlen betheiligt, und ich darf wohl im Namen fast aller Breslauer Genossen sagen, daß wir das niemals bereut haben. Wir unterscheiden uns in dieser Beziehung von den Genossen des Wahlkreises von Meist, die, wie Meist sagt, durch die Betheiligung nur Arbeit, Mühe und Zeit zu verlieren fürchten. Nun, wir Breslauer haben den Versuch gemacht, wir haben keine Arbeit, Mühe und Zeit verloren. Das Urtheil von Meist und besonders das von Zubeil ist in keiner Weise durch Sachkenntniß getrübt. Zubeil hat, um einen ganz milden Ausdruck zu gebrauchen, nur pure Unrichtigkeiten zu Tage gefördert. Wir sind damals auch nicht mit einem ungeheuren Aufwand in die Wahl getreten, im Gegentheil, die Zeit war kurz, viele Genossen wollten, weil sie Gegner der Betheiligung sind, sich nicht als Wahlmänner aufstellen lassen, andere konnten nicht kandidiren, weil sie nicht preußische Staatsangehörige sind. Aber trotzdem haben wir überraschende Erfolge erzielt, und wir wissen jetzt, daß die Schwierigkeiten wohl groß, aber nicht unüberwindlich sind. Ich bin sogar der Meinung, daß wir vielleicht aus eigener Kraft hier und da einen Abgeordneten durchbekommen könnten, nicht in Breslau, wohl aber in anderen Orten. In Linden z. B. ist thatsächlich die absolute Mehrheit für den Arbeiterkandidaten erzielt, und wenn nicht einige

ländliche Bezirke dabei gewesen wären, so wäre in der That Linden der erste Kreis gewesen, der einen sozialdemokratischen Vertreter in das preußische Abgeordnetenhaus entsandt hätte. (Widerspruch.) Nun behauptet Zubeil, die Freisinnigen hätten unseren Wahlmännern ihre Auslagen ersetzt. Das haben auch die Konservativen behauptet und ich sah mich veranlaßt, vor Gericht auf meinen Eid zu erklären, daß das unwahr ist. Ich ersuche Zubeil, in seinen Behauptungen etwas vorsichtiger zu sein. Man sprach weiter von den sozialdemokratischen Wahlmännern als von den Hilfstruppen des Freisinns. Nun, in Breslau forderten wir, als es sich herausstellte, daß wir das Zünglein an der Waage bilden, von den Freisinnigen die Ueberlassung eines der drei Mandate. Die Freisinnigen erklärten sich auch dazu bereit, aber die Sache hing nicht von ihnen ab, sondern von 40 nationalliberalen Wahlmännern, die unter keinen Umständen darein willigen wollten. In Anbetracht der politischen Situation — die lex Recke war eben mit 4 Stimmen Mehrheit abgelehnt, und es kam darauf an, möglichst eine reaktionäre Mehrheit zu verhindern — stimmten wir für die Freisinnigen. Wir konnten ja nicht wissen, ob wir nicht sonst eine reaktionäre Mehrheit erhalten würden, und diese Verantwortung konnten wir nicht auf uns nehmen. Wir waren uns unserer Pflicht bewußt, die Wahl dreier Konservativen zu verhindern, die vielleicht gewagt hätten, uns in Preußen vereinsgesetzlich zu knebeln. (Sehr richtig!). Wir haben also nur unsere Pflicht der Partei gegenüber erfüllt, sind aber nicht als käufliche Hilfstruppen des Freisinns aufmarschirt. Obwohl ein Theil unserer Wahlmänner zunächst gegen die bedingungslose Unterstützung der Freisinnigen war, stimmten sie nachher doch geschlossen dafür, und dies selbstlose und disziplinirte Auftreten hat unseren Gegnern bis weit in die Reihen der Konservativen hinein imponirt und uns moralische Erfolge verschafft. Wir sind und bleiben Anhänger der Wahlbetheiligung, und wenn es nöthig ist, auch Freunde eines Kompromisses mit den Freisinnigen zwecks Erzielung eigener Mandate. So schwer wird doch die Last eines mit bürgerlicher Hilfe errungenen Mandats nicht zu tragen sein. Unser Genosse Hug ist ja auch als erster Sozialdemokrat in den oldenburgischen Landtag mit Hilfe bürgerlicher Wahlmänner eingezogen, und es ist ihm ganz gut bekommen. Was das Amendement Ledebour betrifft, so würde die nächste praktische Folge seiner Annahme der Sieg der drei Konservativen bei der demnächst stattfindenden Nachwahl in Breslau sein, denn wir Breslauer haben keine Lust mehr, einen Posten aufrecht zu erhalten, der hoffnungslos ist, wenn Sie es uns unmöglich machen, auch einmal sozialdemokratische Abgeordnete zu bekommen. Die Verbesserung, die Bebel seiner Resolution gegeben hat, findet nicht meinen Beifall. Die Klausel wird den Wahlgegnern einen erwünschten Vorwand geben, die Situation wieder genau so zu gestalten, wie bisher (sehr richtig), denn wer kann mit Sicherheit sagen, daß Maßregelungen nicht vorkommen? (Die Redezeit des Redners ist abgelaufen.)

Ad. Hoffmann-Berlin IV: Bebel sagte, seine Resolution biete Gewähr, daß Bündnisse, die die Partei kompromittiren könnten, nicht abgeschlossen werden, da ja der Partei-Vorstand darüber zu bestimmen habe. Gewiß, von dem Partei-Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung ist nichts zu befürchten, aber wenn wir einmal auf der abschüssigen Bahn angelangt sind, kann auch der Partei-Vorstand uns nicht mehr halten. Auffallend ist nur, daß der Partei-Vorstand nur über Wahlbündnisse in Preußen entscheiden soll; warum nicht auch über die in Sachsen, der Pfalz und Bayern? Haben denn die Bayern nicht auch schon manche Dummheit begangen? (Zuruf: Nein!) Nach unserer Meinung haben die Bayern schon manche Dummheit begangen. Haase würde sagen, Kapitaldummheit. In der Pfalz ist ein Kompromiß abgeschlossen, ohne daß die Parteigenossen gefragt wurden. Im ersten pfälzischen Kreis hat man sogar gemeinsame Wahlmänner für Zentrum und Sozialdemokratie aufgestellt auf das Ver-

sprechen hin, zwei Mandate zu bekommen. In Speyer hat man in einem Viertel, wo wir die größte Wählerzahl haben, zu Gunsten des Zentrums verzichtet, weil 20 Zentrumsleute nicht sozialdemokratisch wählen wollten; im zweiten pfälzischen Kreis hat man sechs Wochen vorher bei den Freisinnigen angefragt, ob sie gewillt seien, ein Kompromiß zu schließen, was aber abgelehnt ist, weil man uns da nicht nöthig hatte. Das hat in der Pfalz große Mißstimmung hervorgerufen, aber die Geister des Zentrums, die man rief, wird man nun nicht los. (Ehrhart: Wo hascht' denn dös her. Heiterkeit.) Das ist ja Nebensache, die Hauptsache ist, daß Ihr es widerlegt; es ist Euch wohl unangenehm, daß ich es habe? (Heiterkeit.) Es ist ja gar kein Wunder, daß sich jetzt in der Partei so viel Anhänger der indirekten Wahl finden, nachdem der Parteitag gestern in seinem eigenen Organisationsstatut die indirekte Wahl festgelegt hat. (Widerspruch.) Na, was ist es denn weiter? Die Kontrolleure sind die Wahlmänner, und die Genossen, die sie in den Vorstand wählen, sind dort Mitglieder zweiter Klasse. (Oho!) Um mit Haase zu reden, hoffe ich ja, daß der Parteitag diese kapitale Dummheit nur einmal machen wird. Merkwürdig ist es, daß am wüthendsten diejenigen Kreise für Wahlbetheiligung eintreten, die bei der Reichstagswahl keine Erfolge haben. (Widerspruch. Zuruf: Frankfurt!) Nun, die Frankfurter werden ja auch noch den Reinfall erleben.

Haase verkündet uns die Wundermär von den Freisinnigen, die noch Rückgrat haben. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Freisinnigen sind für die Sozialdemokraten nicht zu haben, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, aber die Ausnahme bestätigt nur die Regel. Ich erinnere nur an die Wahl von Jskraut. Die Freisinnigen wählen den Teufel, wenn er nur kein Sozialdemokrat ist. (Heiterkeit.) Haase sagt, die Landarbeiter bekommen leicht wieder Arbeit. Nun, warum müssen denn die Reichstagswähler auf dem Lande den Namen des konservativen Kandidaten auf dem Stimmzettel ausstreichen und den des Sozialdemokraten darunter setzen? Die Leute haben solche Angst, daß sie nicht mal einen sozialdemokratischen Stimmzettel zusammengefaltet abzugeben wagen. Und die sollen öffentlich wählen? Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen haben wir den Freisinn kennen gelernt. Da haben selbst freisinnige Juden für den Antisemiten Ulrich gegen den Sozialdemokraten Glocke gestimmt. Bebel hat eine Reihe von Wahlkreisen aufgezählt, wo wir die rosigsten Aussichten haben, aber um in Berlin die dritte Klasse zu bekommen, müssen wir erst die Minister zu Sozialdemokraten machen; die wählen auch in der dritten Klasse. Es ist schon darauf hingewiesen, daß wir nicht bei den Reichstagswahlen den Freisinnigen als Volksverräther, bei den Landtagswahlen als Volksvertreter hinstellen können. Machen wir unsere Wähler doch nicht besser als sie sind; ein großer Theil stimmt für uns, ohne sich sonst um Politik zu kümmern, und die werden eine solche Taktik nicht verstehen. Man thut am besten daran, eine Sammlung verschiedener Reden für alle Wahlgelegenheiten für die Sozialdemokratie herauszugeben, damit die Redner orientirt sind. Meist bedauert die Redakteure, die unter diesen Umständen schreiben sollen. Noch mehr bedauere ich den Redner, der unter diesen Umständen reden muß. Beschließt der Parteitag die Betheiligung, na dann werden wir sie ja mitmachen müssen (Heiterkeit) — ja, darin sind wir konsequent, wir fügen uns. (Bravo!) Macht Ihr es nur ebenso! Aber man wird sich dann als Redner sagen müssen, du erzählst hier den Wählern etwas, weil es die hoffnungsvolle Majorität des Parteitags vorgeschrieben hat, aber glauben thust du selbst nicht daran. (Widerspruch.) Wo bleibt da die Begeisterung der Massen? Wir werden schon zufrieden sein, wenn wir die Leute finden, die bei der Landtagswahl mitarbeiten. Ich glaube noch das kaum. Den Antrag 92 bitte ich anzunehmen, er ist so gemeint, daß wir nicht gemeinsame Kandidaten aufstellen dürfen; wer aber glaubt, unser Antrag hätte die Bedeutung, überhaupt das Stimmen für Gegner zu verbieten, den

erinnere ich daran, daß wir das ja auch bei der Reichstagswahl thun. Nur wollen wir kein Bündniß, keinen Kuhhandel mit Gegnern eingehen. Wir beantragen, über die Resolution Bebel und über diesen Antrag namentlich abzustimmen, damit wir später feststellen können, wer die Kapitaldummheit begangen hat, wir oder die Illusionäre der Firma Haase u. Comp. (Große Heiterkeit.)

Baudert-Apolda: Mein Freund Hoffmann hat die Situation so schwarz gemalt, daß es mir schwer fallen wird, sie etwas rosiger zu gestalten. Wir in Thüringen haben verschiedene Wahlsysteme, aber der Antrag Hoffmann soll auch für uns ebenso gelten wie für das Dreiklassen-Wahlsystem, und dagegen muß ich mich wenden. Wir waren gezwungen, Abmachungen mit bürgerlichen Parteien zu treffen, wenn wir nicht überall die Erzreaktionäre in den Landtag schicken wollten. Wir haben einfach einen Akt der Klugheit, der Nothwendigkeit begangen, als wir mit den Freisinnigen abmachten, daß sie in den Kreisen, wo wir stärker sind, uns das Feld räumen sollten, wir ihnen dafür in den Kreisen, wo sie zahlreichere Anhänger haben, unsere Stimmen geben. Man malt die Verwirrung uns schwarz hin. Vergißt man denn ganz, daß die Sozialdemokraten erzieherisch wirken? Wo bekommen wir denn unsere Genossen her, die früher der bürgerlichen Gesellschaft angehörten? Die Leute, die uns die Stimme geben, bringen wir so allmälig zu uns herüber. Unsere Wähler, die Masse der Wähler ist heute bereits soweit aufgeklärt, daß sie wohl unterscheiden können zwischen Reichstags- und Landtagswahlen. Ich bitte Sie, der Resolution Bebel zuzustimmen in der Form des Amendements Quarck.

Stadthagen-Berlin: Es ist nicht meine Absicht, die Wahlbetheiligungsfrage aufzurollen. Das ist überhaupt nicht die entscheidende Frage, sondern es wird sich darum handeln, ob der Parteitag entgegen seinen bisherigen Gepflogenheiten in der That einen Beschluß fassen will, der mindestens gegen eine große Minderheit ausfallen würde. Ich halte es für außerordentlich falsch, eine Pflicht auszusprechen, die nicht erfüllt werden kann. Man wird sich dem Beschluß förmlich fügen, aber thatsächlich kann und wird man ihn in den betreffenden Wahlkreisen nicht ausführen; darüber dürfen wir uns nicht dem geringsten Zweifel hingeben. (Zuruf: Also Mogelei!) Nein, der Beschluß kann von der großen Masse der Arbeiter nicht ausgeführt werden und wird es nicht. (Zuruf: Hoffmann sagt es!) Ich sage es entgegen Hoffmann. Ich bitte, den Antrag anzunehmen, daß die Entscheidung über die Wahlbetheiligung den einzelnen Wahlkreisen überlassen wird. Wenn man auf solchen Umwegen Freisinnige in das Abgeordnetenhaus bringen will — ich weiß nicht, ob die Wahlbetheiligung nicht auch für das Herrenhaus gelten soll (Rufe: Au! Fürs Herrenhaus wird ja nicht gewählt!) — warum man da nicht lieber, wo man glaubt, verläßliche Freisinnige zu haben, den Parteigenossen deren Wahl empfiehlt. Denn, was nützt es, wenn wirklich ein Sozialdemokrat als Agitator im Abgeordnetenhause sitzt! Das Abgeordnetenhaus hat eine so schlechte Akustik (Rufe: Au!), außerdem sind dort die Fenster so dicht, daß man auch nicht zum Fenster hinaussprechen kann. (Au!) Wir vor den Thoren Berlins brauchen nicht die Landtagswahlbetheiligung, um zu agitiren.

Ullenbaum-Elberfeld: Die Elberfeld-Barmer Genossen haben sich bei der letzten Landtagswahl durchaus selbständig betheiligt durch Aufstellung eigener Wahlmänner. Der Erfolg war beim ersten Mal noch klein, 200 Wahlmänner unter 1100. Wir wußten aber von vornherein, daß nicht mehr zu erwarten war. Aber wir legen Werth auf praktische Agitation. Wir sind die stärkste Partei und müssen diese Stellung bei allen öffentlichen Aktionen ausnützen. Die Sache war durchaus nicht so schlimm, wie sie hier von verschiedenen

Seiten hingestellt worden ist. Unter den Genossen ist keine Verwirrung entstanden. Mit größter Lust und Freudigkeit sind die Genossen zur Wahl gegangen. Es war ein Vergnügen, wie sie in einzelnen Bezirken ihre Stimme geschlossen abgaben. Und unsere Wahlmänner gaben hinter Kommerzienräthen und Millionären freudig und laut ihre Stimme für Molkenbuhr ab. (Bravo.) Zwar nicht in Elberfeld, wohl aber in den Nachbarstädten können wir direkten Einfluß auf die Wahlen ausüben. In Hagen-Schwelm, dem Richter'schen Wahlkreis, sind zwei Abgeordnete zu wählen; wenn dort die Genossen sich an der Wahl betheiligen, so geben sie unbedingt den Ausschlag. Bei den letzten Wahlen sind die Vertreter der Großindustriellen, Lohmann und Beumer, gewählt. Bei früheren Wahlen stimmten unsere Leute für den Freisinnigen, das letzte Mal haben sie sich nicht betheiligt. Wenn wir jetzt selbständig auftreten, warum sollen wir da nicht verlangen, daß wir, die wir den Ausschlag geben, auch ein Mandat erhalten? Ich nenne das nicht ein Kompromiß, sondern ein gutes Recht. An der Bebel'schen Resolution gefällt mir nicht der Zusatz von den Maßregelungen. Das ist ein Schreckschuß, manche Wahlkreise werden sich dadurch bestimmen lassen, nicht zu wählen. Ich konstatire, daß trotz der öffentlichen Stimmabgabe in keinem einzelnen Fall in Elberfeld eine Maßregelung erfolgt ist. Wenn einzelne Genossen sich jetzt so radikal gegen die Wahlbetheiligung erklären, wie Meist in Lennep-Mettmann, so thun sie dies vielfach nur aus Faulheit. (Oh! oh!) In einer Reihe von Kreisen, wo gar keine Agitation entfaltet wird, treten die Leute mit einem Mal radikal gegen die Betheiligung auf. Gewiß kostet die Betheiligung Opfer, aber das schadet nichts, sie nützt auch.

Hoffmann-Berlin IV und Genossen beantragen, in der Resolution Bebel, letzter Absatz erste Zeile, die Worte „in Preußen" zu streichen.

Gewehr-Elberfeld: Die Berliner sind wieder mit alten Schindmähren von Behauptungen gekommen, so die, daß den Genossen nicht zugemuthet werden könne, heute für den Freisinnigen und morgen gegen ihn zu stimmen. Das soll sie verwirren. Ach, seien Sie doch unbesorgt. Unsere Genossen sind keine Kinder. Das Amendement Quarck verlangt die selbständige Aufstellung von Wahlmännern. Aber auf diesen Vorschlag sind die Berliner nicht eingegangen. Er ist ihnen wohl sehr unbequem. Dafür hat Stadthagen sogar gegen die Betheiligung geltend gemacht, daß der Saal des preußischen Abgeordnetenhauses eine sehr schlechte Akustik habe. Mit solchen Gründen sollte man uns doch verschonen. In Elberfeld haben wir das seltsame Schauspiel erlebt, daß wir, während wir bei den Reichstagswahlen keinen besonderen Anlaß hatten, die Freisinnigen zu bekämpfen, es bei den Landtagswahlen besonders scharf gethan haben. Die Befürchtung der Berliner von der Verwässerung des Programms ist also durchaus unbegründet. Hoffmann hat bestritten, daß die Wähler sich mit Begeisterung an den Landtagswahlen betheiligen würden; die Berliner sollten doch ein klein bischen auf uns hören, da wir praktische Erfahrungen haben (Lachen.) Sie haben ja gar keine Erfahrungen. In Elberfeld ist mit großer Lust und Liebe gewählt worden, obgleich die Betheiligung nur mit drei Stimmen Mehrheit beschlossen worden war. Doch will ich nicht bestreiten, daß vor zwei Jahren eine gewisse Zerfahrenheit herrschte; auch das Wahlsystem ist verworren und mußte den Wählern erst klar gemacht werden, sonst hätten wir leicht über 300 Wahlmänner durchgesetzt. Das muß man erst Alles lernen; bei den Reichstagswahlen haben wir ja auch gelernt. Die Urwähler haben das Bestreben, in ihrem Kreise den Wahlmann durchzubringen, das giebt allein schon eine gewisse Lust.

Die erste Resolution Bebel hat mir viel besser gefallen als die zweite Form. Bebel hat wohl hierbei zu sehr auf die Stimmung der Berliner

Rücksicht genommen. Wir wollen nicht gleich den Teufel an die Wand malen; mit der Maßregelung ist es nicht so schlimm. Kann sich ein Wahlkreis nicht betheiligen, nun, er wird ja nicht bestraft; es ist aber nicht nöthig, Ueberflüssiges erst zu sagen.

Das Amendement Quarck kommt den Berlinern entgegen; wir wären ja die größten Esel, wenn wir nicht versuchen wollten, die Vortheile, die wir bei den Wahlmänner-Wahlen erreichen, auszunutzen. Ein Kompromiß ist das nach meiner Meinung überhaupt nicht. Zuletzt ist noch beantragt worden, den Passus „für Preußen" zu streichen. Beschwören Sie doch nicht einen neuen Kampf mit den süddeutschen Genossen herauf; bis jetzt haben sie die Dinge erledigt und der Partei-Vorstand hat sich nicht darum gekümmert. Warum soll das mit einem Mal anders werden? Das kommt mir wie eine Quertreiberei vor.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den Bebel begründet, wird von Adler mit dem Hinweis bekämpft, daß möglichste Klarheit und Einverständniß unter den Delegirten geschaffen werden müsse. Der Antrag wird abgelehnt.

Göller-Frankfurt a. M: Frau Ihrer hat von dem Vermächtniß Liebknecht's gesprochen, das wir hochhalten müßten. Wenn Liebknecht sich einmal getäuscht hat, dann hier. Von ihm stammt das Wort: Wir müssen das schlagende Junkerthum aus Deutschland hinausschlagen. Unsere ganze Betheiligung bei den Landtagswahlen läuft doch darauf hinaus, die politische Macht des Junkerthums in Deutschland zu schwächen. Unsere politische Machtstellung zwingt uns zur Betheiligung, aber auch zu Wahlbündnissen, da wir allein nichts erreichen können. Viele schrecken zurück vor dem Wort „Kompromiß". Es giebt Kompromisse, die ihrem moralischen und materiellen Effekt nach reaktionär sind, es giebt aber auch Kompromisse, die revolutionär wirken. Haben nicht unsere Badenser durch ihren Kompromiß die Situation in Baden revolutionirt? Liebknecht meinte einmal: Die Sozialdemokratie ist in Deutschland der Eckstein, an dem sich die Reaktion den Kopf einrennen wird. Wie steht es aber bei den Landtagswahlen? Da stellt sich die Reaktion auf zum Kampf und wir bleiben zu Hause. Wo ist da der Eckstein? Singer befürchtet eine Schwächung unserer Klassenkampfstellung aus der Betheiligung. Unsere Bewegung schöpft ihre Kraft aus der Thatsache der Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital. Diese Quelle wird durch die Wahlbetheilung nicht unterbunden. Politische Aufgaben haben wir bei den Landtagswahlen zu lösen, soziale bei den Reichstagswahlen. Ich stimme für die Resolution Bebel, jedoch nur unter der Bedingung, daß in ihrem dritten Absatz die Worte eingeschaltet werden: „jedoch nur mit Zustimmung des Partei-Vorstands". Redner stellt diesen Antrag.

Die Debatte wird hierauf abgebrochen. **Es folgen persönliche Bemerkungen.**

Meist-Lennep-Mettmann: Ullenbaum hat behauptet, es sei Faulheit, wenn die Wahlbetheiligung von einzelnen Kreisen abgelehnt werde. Ich weise diesen Vorwurf entschieden zurück; an anderer Stelle werde ich mich mit Ullenbaum auseinandersetzen. (Oh! Oh!) Der Eine spricht von Faulheit, der Andere von geistiger Inferiorität, wenn man sich nicht betheiligen will, so weit sind wir schon gekommen.

Haase-Königsberg: Hoffmann hat mir zwei Aeußerungen in den Mund gelegt, die ich nicht gethan habe. Erstens soll ich behauptet haben, Maßregelungen auf dem Lande schaden nichts. Das ist mir nicht eingefallen. Ich habe nur gesagt, daß die Gutsbesitzer es sich bei dem Mangel an Arbeitskräften drei Mal überlegen würden, bevor sie Arbeiter wegen Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte maßregeln würden. Ein Theil der Arbeiter kann nicht so leicht gemaßregelt werden, weil sie im Jahreskontrakt stehen; die freien Arbeiter aber bekommen bei dem Arbeitermangel leicht anderswo Arbeit. Einige Maß-

regelungen werden erfolgen; aber ganz sind sie bei keinem Kampf zu vermeiden. Zweitens hat mir Hoffmann die Aeußerung untergelegt, die Verhältnisse der Landarbeiter seien glänzend, sie lebten in einem reinen Dorado. Es ist mir nicht eingefallen, so etwas zu behaupten. Ich habe im Gegentheil darauf hingewiesen, daß die Arbeitsbedingungen auf dem Lande durchaus traurige sind, ich habe aber gezeigt, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Landarbeiter viel eher in der Lage sind, sich politisch zu bethätigen, als sonst.

Ledebour: Riemann hat es so dargestellt, als hätte ich gesagt, in Sachsen sei es geradeso wie wo anders in Bezug auf Kompromisse bei den Wahlen. Ich habe gerade das Gegentheil gesagt, nämlich, daß in Sachsen glücklicherweise die Möglichkeit eines Kompromisses völlig ausgeschlossen ist. Riemann hat weiter die Bemerkung daran geknüpft, daß ich in Sachsen hineingelegt sei. Demgegenüber konstatire ich, daß ich in Sachsen durchaus noch feststehe und durchaus nicht nöthig habe, wieder aufzustehen.

Singer: Unter persönlicher Bemerkung versteht man nicht eine Ansicht über eine Ansicht, die der Eine oder Andere über seinen Zustand in einem Lande hat. (Heiterkeit.)

Ledebour: Ich will nur konstatiren, daß ich in Dresden-Land mit stärkerer Mehrheit zum Parteitag delegirt bin, als im vorigen Jahre.

Singer verkündet das Ergebniß der vollzogenen **Wahlen.**

Stimmzettel wurden abgegeben 221, wovon bei den Kontrolleurwahlen sich 5 ungültige befanden.

Es erhielten bei der Abstimmung über den Ort für den nächsten Parteitag Stimmen: Lübeck 71, Dresden 59, Magdeburg 46, Bremen 16, Leipzig 14. **Lübeck** ist somit als Ort für den nächsten Parteitag gewählt. (Beifall.)

Für den **Partei-Vorstand** erhielten Stimmen: Bebel 220, Singer 220, Vorsitzende; Auer 220 (Bravo!), Pfannkuch 220, Schriftführer; Gerisch 220, Kassirer; Rosa Luxemburg 1, Katzenstein 1, Schoenlank 1, Stadthagen 1, Adolf Hoffmann 1, ohne Angabe des Amts. — **Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch** und **Gerisch** sind somit gewählt. (Bravo!)

Entsprechend dem neuen Organisationsstatut sind von den Kontrolleuren in den Partei-Vorstand gewählt worden: Eugen Ernst-Berlin und Eberhardt-Charlottenburg.

Bei den Wahlen der **Kontrolleure** erhielten: Meister 204, Kaden 184, Metzner 171, Brühne 169, Zetkin 164, Ehrhart 157, Koenen 130, Kramer 96 und David 91 Stimmen. Diese neun Genossen sind zu Kontrolleuren gewählt.

Außerdem wurden noch Stimmen abgegeben: für Meist 85, Scherm 83, Dubber 80, Kühn 74, Braun 72, Pfarr 58, Bruhns 54, Hoffmann 27, Berthold 15, Grenz 3, Kotze 1, Luxemburg 1, Stubbe 1 und Zietz 1.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 21. September. Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Fortsetzung der Diskussion über die **Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**

Stolle-Gesau: Alle Beschlüsse auf allgemeinen und Landesparteitagen haben keinen befriedigenden Zustand geschaffen. Dem anarchischen Zustand muß endlich ein Ende gemacht und eine Direktive für die Genossen im ganzen Reich gegeben werden, an die sie sich streng zu halten haben. Seit wenigen Jahren verlegt die Reaktion — da es ihr nicht gelingt, im Reichstag die Volksrechte zu beseitigen — den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in den Landtag. Wir müssen

auch da den Kampf aufnehmen, so schwer es uns auch gemacht wird. Wie kann Singer mit solcher apodiktischer Gewißheit behaupten, daß wir in Zukunft auch nicht einen einzigen Mann in den preußischen Landtag zu bringen im Stande sein werden. Hat man das früher nicht auch vom Reichstag und den anderen Landtagen behauptet? Trotzdem haben wir den Kampf aufgenommen und nicht geruht, bis uns der Sieg geworden ist. Und ist es nicht schon ein großer Erfolg, wenn es uns durch die dritte Wählerklasse gelingt, Oppositionskandidaten in den Landtag zu bringen und dadurch Gesetze wie das preußische Vereinsgesetz zu verhindern? Man malt uns die Folgen von Kompromissen vor, die Prinzipienreinheit der Partei würde zu Grunde gehen. Nun, bei uns in Sachsen sind Kompromisse nach Lage der Verhältnisse ja unmöglich. Aber wo haben denn unsere badischen, unsere bayerischen Genossen, die auf Grund von Kompromissen in die Landtage gewählt sind, nachher irgend gegen das Prinzip der Partei verstoßen? Der unvergeßliche Liebknecht rief uns zu: Immer in der Offensive, niemals in der Defensive! Beherzigen Sie dies Wort! (Beifall.) Es ist eine Schmach für die Partei, die die Führung der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt übernommen hat, vor dem Kampf zurückzuscheuen, weil er für aussichtslos gilt. Immer vorwärts, und wir werden zum Siege kommen! (Bravo.)

Dreesbach-Mannheim: In Halle haben wir eine Resolution gefaßt, wonach wir als politische Partei uns an allen Wahlen zu betheiligen haben. Das gilt natürlich auch für die preußischen Landtagswahlen. Uns daran zu betheiligen, ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, und es wäre ein Zeichen der Stagnation, wenn wir das nicht thäten. Es wird immer gesagt, wir dürfen kein Kompromiß schließen, aber es kommt bei Kompromissen nur darauf an, wie weit man geht. Unsere ganze Thätigkeit im Reichstag beruht doch auf Kompromissen, und die Obstruktion gegen die lex Heinze, bei der Singer mit Richter Arm in Arm ging, war schließlich auch eine Art von Kompromiß. (Widerspruch.) Die Gegner fürchten nicht, daß ihre Wähler durch Wahlbündnisse korrumpirt werden, nur wir haben diese Furcht, nur wir fürchten, daß unsere Farbe nicht echt ist, daß sie abfärbt. Ich hege diese Befürchtung nicht. Die Resolution Bebel würde ich ohne Weiteres zur Annahme empfehlen, aber es scheint, als ob dieselbe so aufgefaßt wird, daß wir uns nun in allen Wahlkreisen betheiligen müssen. Aber selbst an den Nachwahlen zum Reichstag betheiligen wir uns oft nicht, weil es sich nicht der Mühe lohnt. Vielleicht könnte man besser sagen: Der Parteitag empfiehlt den Genossen die Betheiligung. Dadurch werden unsere Genossen moralisch verpflichtet, sich überall da zu betheiligen, wo es möglich ist. Nur noch einige Worte zu dem häuslichen Zwist in Baden. Wir haben in Karlsruhe ein Kompromiß abgeschlossen, um dem badischen Nationalliberalismus seine dominirende Stellung zu nehmen: das ist uns gelungen. Der Nationalliberalismus ist in Baden in der Auflösung begriffen, und zwar hauptsächlich durch die Thätigkeit der Sozialdemokraten. Den badischen Nationalliberalismus überfällt nach und nach Bassermann'scher Geist, und es ist jedenfalls ein Fortschritt, wenn anstatt der öden Kulturkampfpaukereien wenigstens Nationalliberalismus à la Bassermann verzapft wird. Das Ministerium Eisenlohr, das Rückgrat der Reaktion, ist vor wenigen Tagen, hauptsächlich in Folge der sozialdemokratischen Wahlerfolge, gestürzt; wir können also mit den Erfolgen, die wir erreicht haben, zufrieden sein. Die Doppelausgabe des „Volksfreund“ hat Geck als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. (Hört! hört!) Damals hat er sie vertreten, heut braucht er sie als Angriffsobjekt gegen seine Parteigenossen. Zum Mindesten hätte er sich über die Herausgabe des Flugblattes mit seinen Kollegen in Verbindung setzen müssen, er allein ist nicht berufen, die Reinheit des Prinzips zu wahren.

Scholz-Berlin II: Wir werden bei den Landtagswahlen mit Berlin I zusammengezogen. Bei den letzten Landtagswahlen hätte sich der größte Theil

der Genossen für die Betheiligung erklärt, wenn nur halbwegs Aussicht auf Erfolg gewesen wäre; aber wenn sie erfahren, daß bei uns in Berlin SW. Geheimräthe in der dritten Abtheilung wählen, dann können Sie es sich ungefähr vorstellen, wie schwer es uns werden würde, Wahlmänner in der zweiten Abtheilung durchzubringen. Bei uns in Berlin kommen nur die Freisinnigen in Betracht. Wir kennen sie aus der Stadtverordneten-Versammlung gründlich, die Konservativen haben sich oft viel anständiger gezeigt als die Freisinnigen. Da ist es ganz ausgeschlossen, daß die thätigen Genossen mit Ueberzeugung, mit Lust und Liebe die Wahlarbeit verrichten. Die Süddeutschen werfen uns Berlinern immer vor, wir wollten in der Partei kommandiren. Nun, ich frage, was Sie sagen würden, wenn es in der Resolution hieße, der Parteitag hat die Kompromißkontrolle für Bayern oder für Württemberg, aber nicht für Preußen; da kommt der Gewehr-Elberfeld mit solchen Ausdrücken wie „Berliner Schindmähren"!"

Singer: Er hat nicht gesagt, die Berliner seien Schindmähren (Heiterkeit), sondern: die Berliner reiten uns die Schindmähren, diese alten Geschichten vor.

Scholz: Mindestens ist der Ausdruck hier nicht am Platze. Wir können bei den Reichstagswahlen mit Stolz unsere Wahlziffern vorführen, denn es sind sozialdemokratische, kein Kompromiß-Mischmasch, wir wollen die Partei auch weiter rein erhalten; nehmen Sie den Antrag Hoffmann an, um uns die Zustimmung zur Resolution zu ermöglichen.

Düwell-Essen: Riemann sagte Ihnen gestern, wir müßten die Maschen des Netzes so dicht machen, daß kein Fischlein heraus könne. Ich empfehle ihm, lieber das Netz maschenlos zu machen, aber einige Fische vorher herauszulassen. Ganz entschieden muß ich es ablehnen, daß allen Wahlkreisen die Wahlbetheiligung aufgezwungen wird; bei uns in Essen, Dortmund, Duisburg, Mülheim ist eine Betheiligung garnicht möglich. Denn bei uns wird überhaupt nicht gewählt, sondern der Kandidat präsentirt. Auch die Zentrumsarbeiter betheiligen sich nicht. Erzwingt man die Betheiligung, dann erzwingt man geradezu die Stimmabgabe für den Nationalliberalen und Freikonservativen. (Na! na!) Kommen Sie einmal in unseren Wahlkreis, sehen Sie sich die Krupp'sche Arbeitsordnung an. Wer offen sozialdemokratisch wählen wollte, für den wäre in Essen und den Krupp'schen Kolonien kein Platz mehr.

Forkert-Solingen: Aehnlich verhält es sich bei uns. Wir wählen mit Remscheid drei Abgeordnete, die auch geradezu ernannt werden. Wir müssen die Betheiligung ablehnen; wo sollen wir Wahlmänner herbekommen? Die Resolution können wir ohne den Antrag Hoffmann nicht annehmen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Ehrhart (zur Geschäftsordnung): Hoffmann hat gestern, ohne einen Grund anzuführen, davon gesprochen, daß Korruption in der Pfalz vorgekommen sei. Ich bin es den Parteigenossen der Pfalz schuldig, zur Rechtfertigung Folgendes zu erwidern: Hoffmann hat behauptet, daß in der Pfalz über die Köpfe der Genossen hinweg der Kuhhandel eingegangen sei. Das ist unrichtig; es geht in keiner Organisation demokratischer zu als in der Pfalz, und Alles, was in der Pfalz geschah, geschah im Einverständniß mit den Genossen, die es anging. Hoffmann hat weiter eine Geschichte über einen angeblichen Vorfall im ersten pfälzischen Wahlkreise in Speier erzählt, die ich im vorigen Jahr in Hannover schon widerlegt habe; dadurch, daß sie alt wird, wird sie nicht besser. Und wenn er von einem Tritt erzählt, den uns die Freisinnigen versetzt hätten, so rathe ich ihm, sich nicht von Jedem einen Floh ins Ohr setzen zu lassen.

Singer: Ich habe dem Parteitag einen Vorschlag zu machen. Geck hat in dem hier vertheilten Flugblatt eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, von denen Fendrich, da seine Redezeit ablief, nur eine besprechen konnte.

Fendrich hat mich ersucht, auch die beiden anderen Punkte behandeln zu dürfen. Es erscheint mir ein Gebot der Gerechtigkeit zu [illegible], auch der anderen Seite die Möglichkeit der Besprechung zu geben. Ich unterbreite dem Parteitag den Vorschlag, Fendrich sprechen zu lassen unter der Bedingung, daß er nicht auf die allgemeine Diskussion zurückgreift. (Ledebour: Dann muß Geck aber auch sprechen!)

Geck: Ich beantrage, auch mir das Wort zur Vertheidigung zu geben.

Singer: Ich hatte Geck schon vorgemerkt. Der Parteitag ist mit meinem Vorschlag einverstanden.

Fendrich-Karlsruhe: Ich habe gestern nachgewiesen, daß wir in scharfen, prinzipiellen Artikeln die Demokraten bis zu einem Grade bekämpft haben, daß die Karlsruher Genossen selber Bedenken äußerten. Lägen diese Artikel nicht vor, dann wäre der Verdacht berechtigt, daß wir ad hoc die Extra-Ausgabe veranstaltet hätten. Wie die Extra-Ausgabe zu Stande gekommen ist, habe ich gestern schon dargestellt. Nun komme ich zu Punkt 2. Geck sagt, die Korruption hätte sich darin gezeigt, daß ein Aufruf gegen die Demokraten in Offenburg vom „Volksfreund“ nicht aufgenommen wurde. Zunächst sei bemerkt, daß die Weigerung der Aufnahme sich nur gegen die Form richtete und nicht gegen den eigentlichen Inhalt. Dann lag aber die Sache so, daß in Offenburg keine eigentliche ganze Wahl war, sondern nur Ersatzwahl für einige Wahlmänner. Selbst wenn wir alle diese Ersatzwahlen gewonnen hätten, hätten wir nie gesiegt. Deshalb rieth Geck selber von der Wahlbetheiligung ab, und wir wollten nicht um den Preis einer rein persönlichen Auseinandersetzung die Demokraten verärgern und so das Zustandekommen der Zweidrittel-Majorität für das direkte Wahlrecht in der Kammer verhindern. Ich bin froh, daß wir so verfahren sind, denn die Demokraten, die in Rastatt gegen den Nationalliberalen durchgefallen sind, hätten uns mit Recht einen Vorwurf gemacht, wenn wir anders gehandelt hätten. Wir sind vollständig korrekt gewesen, und im gleichen Falle würde ich es wieder thun.

Der dritte Punkt ist die Behauptung des Genossen Geck, ich hätte deswegen den Aufruf nicht aufgenommen, weil ich befürchtet hätte, daß die Demokraten sonst in Durlach, wo ich kandidirte, nicht für mich stimmen würden. Der hier anwesende Landes-Vorstand wird bezeugen, daß in Durlach überhaupt nur 3 bis 4 Demokraten vorhanden sind, von denen einer sogar noch auf der nationalliberalen Wahlmännerliste stand. Da war kein Grund zur Angst. Ich bin gewählt von der Arbeiterschaft und den über das nationalliberale Regiment verstimmten Kleinbauern. Von einem Kompromiß ist gar keine Rede gewesen. Sollten wir den Leuten etwa sagen: Wir wollen Eure Stimmen nicht haben?

Dreesbach hat erklärt, Geck sei der am wenigsten Berufene, diese Dinge anzuzetteln. Ich will sagen, weshalb. Im badischen Landtag mußte Geck sich das Kompliment des jetzt gestürzten Reaktionsministers Eisenlohr gefallen lassen: Wenn sich die Sozialdemokratie so bessere, wie Geck in seinen Reden im Landtag, so werde er künftig sozialdemokratische Versammlungen nicht mehr überwachen lassen. Gegen dieses Kompliment mußte sich Dreesbach im Namen der Partei verwahren. Ich, der „Opportunist“ und „Korrumpirte“, habe in einem halben Jahr mehr Ordnungsrufe im Landtag erhalten als Geck in drei Jahren. Urtheilen Sie nun, wer in der Praxis radikal ist, und wer in der Praxis Verwässerung und Korruption stiftet.

Geck-Offenburg: Ich bin ganz erstaunt, daß hier aus dem Anlaß, daß ich die Erfahrungen und Wahrnehmungen bei den badischen Wahlen Ihnen rein sachlich dargelegt habe, derartige Anklagen gegen mich erhoben werden und daß dabei der Wahrheit so mitgespielt wird. An dem Inhalt des Flugblatts hat Niemand zu rütteln gewagt, man hat nur unterzulegen und zu deuteln versucht.

Ich habe gestern gesagt, daß ich Niemand persönlich einen Vorwurf mache, ich habe sogar gesagt, daß auch ich unter den Sündern bin. Das Flugblatt soll nur verhüten, daß anderswo die Parteigenossen in ein ähnliches Fahrwasser gerathen. Dreesbach sagt, ich hätte die Doppelausgabe als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Das ist nicht wahr, das Blatt ist in meiner Abwesenheit von dem Faktor gezeichnet. Fendrich hat es so hingestellt, als ob ich gewissermaßen mich im Landtag nicht als rassenreiner Sozialdemokrat gezeigt habe; der Minister Eisenlohr sei mit mir zufrieden und habe gesagt, das Verhalten Geck's gefalle ihm, man brauche in Folge dessen die sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr zu überwachen. Ist das wahr, Dreesbach? Von Fendrich will ich kein Zeugniß haben. (Heiterkeit.) Ich war Fraktionsredner und habe darüber Beschwerde geführt, daß trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes unsere Versammlungen noch immer überwacht werden. Darauf erwiderte der Minister Eisenlohr, er habe Lust, diesen Zustand zu ändern, denn die sachliche Art, wie in den letzten Jahren in sozialdemokratischen Versammlungen debattirt worden sei, hätte ihn überzeugt, daß eine Ueberwachung unnöthig sei. Ich berufe mich zum Beweis dafür auf das amtliche Stenogramm. Fendrich hat gestern, um sein Abtreten dekorativ zu gestalten, ausgerufen: Brutus ist ein ehrenwerther Mann, das sind sie Alle, Alle ehrenwerth. Nun, ich habe durch meine langjährige Thätigkeit für die Partei ein Recht auf Achtung erworben (sehr wahr!), ich diente der Partei zu einer Zeit, wo Fendrich noch die Kinderhosen anhatte, wo er noch nicht bei den Unabhängigen in der Schweiz sozialdemokratischen Unterricht ertheilen wollte, wo er noch bei Kaulitz in Brüssel war und noch nicht die Rolle in der Partei spielte, die er jetzt seit drei Jahren spielt. Ich habe in der Partei gestanden zu einer Zeit, wo wir mit aller Energie für die Sache eintreten mußten, ich unterwerfe mich Ihrem Urtheil gern. Aber es giebt in der Partei Brutusse, die erst beweisen müssen, was sie leisten können.

Dreesbach bemerkt persönlich: Ich gestehe ein, daß ich mich geirrt habe, als ich sagte, Geck habe die Doppelnummer gezeichnet. Aber der Irrthum ist erklärlich. Mit der Anerkennung des Ministers verhält es sich so: Geck klagte darüber, daß unsere Versammlungen noch immer überwacht werden. Der Minister erwiderte ihm, wenn die sozialdemokratische Partei sich so weiter entwickle, wie es im Landtage geschehe und wie es auch durch die Rede von Geck bewiesen sei, so werde er sich überlegen, ob er in Zukunft noch Polizei zur Ueberwachung schicken würde.

Adolf Hoffmann-Berlin IV erklärt persönlich: Ehrhart hat mich der Unwahrheit bezichtigt. Er weiß, daß das, was ich hier vorgebracht habe, wahr ist; er hat mich nur deshalb der Unwahrheit bezichtigt, um zu erfahren, von wem ich das Material habe; es stammt von einem hier anwesenden Delegirten aus der Pfalz, der auch Kreisvertrauensmann ist.

Ehrhart: Ich habe mich nur gegen die Sache gewandt und empfehle Hoffmannn, das Protokoll des Hannoverschen Parteitags nachzulesen, dort habe ich das Alles schon richtig gestellt.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort über die Betheiligung an den Landtagswahlen hat

Bebel: Die Verhandlungen haben, wie es zu erwarten war, einen Verlauf genommen, daß für mich keine besondere Veranlassung besteht, mich noch auf eine längere Erörterung einzulassen. Es handelt sich für mich nur darum, eine Reihe von Bemerkungen, die gegen meine Aeußerungen gemacht sind, zurückzuweisen und mich gegen mir unterstellte Behauptungen zu verwahren, die ich unter keinen Umständen gemacht habe. Singer und auch Ledebour haben meine Ausführungen dahin interpretirt, ich hätte mich großen Illusionen in Bezug auf den Erfolg, der bei den Landtagswahlen zu erwarten sei, hin-

gegeben; Ledebour sprach sogar von Utopisterei, ich weiß nicht, wie die beiden Genossen zu einer solchen Auffassung meiner Worte kommen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich mich über die Lage, die unsere Partei bei den Landtagswahlen einnehmen werde, durchaus keinen Illusionen hingebe, daß ich von vornherein der Ansicht bin, daß ein Erfolg aus eigenen Kräften nicht zu erwarten sei, wie das ja auch meine Resolution deutlich zeigt. Bei der Vertheidigung des Berliner Antrags, keinerlei Kompromisse einzugehen, äußerte Singer: er verspreche sich auch von einer selbständigen Wahlbetheiligung nichts. Ja, warum stellt er dann den Antrag? Wozu will er dann den Parteitag nöthigen, eine solche auszusprechen? Dann ist doch der einzige konsequente Standpunkt der, gegen Alles zu stimmen. (Sehr richtig!) Er will sich auf einen politischen Kuhhandel nicht einlassen. Das ist freilich ein unangenehmes Wort, es stammt aus dem Agrarlande Bayern. (Heiterkeit.) Man spricht von Kompromissen mit einer gewissen Mißachtung. Aber was ist ein Kompromiß? Eine Vereinbarung mit einem Andern, sich gegenseitig zu unterstützen, um etwas zu erreichen, was man aus eigenen Kräften nicht erreichen kann. Nun liegen die Dinge in Preußen so, daß wir nicht um der schönen Augen der Fortschrittspartei oder der bürgerlichen Demokratie oder des linken Zentrums willen ihnen unsere Stimmen geben, sondern um in unserem eigenen Parteiinteresse die Opposition im preußischen Landtage zu verstärken und Gesetze zu verhindern, die in erster Linie uns treffen und schädigen. Auf der anderen Seite verlangen wir, daß die Kräfte, die wir in die Wagschale werfen, die andere Seite auch verpflichten, uns zu unterstützen, so daß wir so gleichfalls Abgeordnete erhalten. Damit ist keinerlei Abmachung getroffen in Bezug auf die übrigen selbständigen Handlungen der Partei und unsere programmatische Thätigkeit u. s. w. Wenn heute ein so großes Geschrei entsteht über die Möglichkeit, einmal mit einer bürgerlichen Partei zur Erreichung eines Vortheils, den man nicht allein erringen kann, zusammenzugehen, so will ich daran erinnern, daß im Jahre 1870 auf dem Stuttgarter Parteitag der Eisenacher Richtung auf Liebknecht's und meinen Antrag einstimmig beschlossen worden ist, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, wo wir als Partei nicht einen Erfolg erzielen konnten, wir entweder für die Kandidaten der anderen Arbeiterpartei, des allgemeinen deutschen Arbeitvereins, einzutreten und, wo solche nicht in Frage kämen, diejenigen bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen hätten, die wenigstens in politischer Beziehung auf gleichem Boden mit uns ständen. Das ist damals von dem Kongreß beschlossen worden, ohne daß ein Mensch daran gedacht hätte, daß durch solche Unterstützung radikaler bürgerlicher Kandidaten irgend welche Gefahren für die Partei entstehen könnten. Nun wird von einer ganzen Reihe von Rednern, wie schon früher, die Ansicht geltend gemacht, daß man ein derartiges Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei den Wahlen den Genossen, deutsch gesagt: in Folge ihrer politischen Unbildung nicht zumuthen könne, daß man die Wähler dadurch irre mache. Ich sage aber: wenn wir nach einem langen heftigen Reichstagswahlkampf, in dem unsere Kandidaten mit den bürgerlichen Oppositionskandidaten um den Erfolg gerungen haben, alsdann bei der engeren Wahl, weil wir ausgefallen sind, unseren Wählern, die noch von dem stattgehabten Kampf und den darin erhobenen Angriffen erhitzt sind, zumuthen, acht Tage danach den bürgerlichen Kandidaten zu wählen, den wir für das kleinere Uebel ansehen, und dann die Erfahrung machen, daß keine Partei so diszipliniert ist wie unsere (Beifall), und wir dann meinen, wir könnten das unseren Wählermassen nicht auch bei der Dreiklassenwahl zumuthen, dann schätzt man unsere Wähler viel zu niedrig ein. (Sehr richtig!) Sie sind viel klüger, als man hier gemeint hat. Mich hat die Aeußerung Hoffmann's im höchsten Grade überrascht: viele unserer Wähler kümmerten sich nicht um Politik. Eine schwerere Beleidigung, eine größere

Herabsetzung eines Theils der sozialdemokratischen Wähler konnte von einem sozialdemokratischen Redner nicht ausgesprochen werden. (Sehr richtig!) Ich lege gegen die Behauptung entschiedenste Verwahrung ein, denn ich behaupte, daß es bei keiner Wahl eine Wählerschaft giebt, die allgemein politisch so durchgebildet ist wie gerade die sozialdemokratische Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Ich behaupte, daß die deutsche Arbeiterklasse an politischer Bildung das Bürgerthum weit übertrifft. (Beifall.) Und weil das so ist und die Erfahrung gelehrt hat, daß solche Wähler sehr wohl zu unterscheiden wissen, können wir uns auf sie auch bei den Landtagswahlen verlassen.

Vor Allem kommt es allerdings auf die richtige Agitation und die richtige Taktik an; Vertuschungen dürfen in keiner Weise vorkommen. Auf der anderen Seite aber schadet es auch nichts, wenn wir uns mehr und mehr gewöhnen, beim Wahlkampfe das Persönliche aus dem Spiele zu lassen und die Grundsätze und Prinzipien in den Vordergrund zu rücken. Nun behaupte ich aber, daß wir gerade bei den Landtagswahlen mit einem Agitationsmaterial ins Feld rücken können, wie es kaum bei den Reichstagswahlen der Fall ist, es ist ein ganz neues Gebiet, das wir hier betreten; es sind eine ganze Reihe Fragen von der höchsten Wichtigkeit, die leider noch in den Landtagen der Einzelstaaten zur Erledigung kommen. Kommt es auf mich an, trete ich jederzeit für eine Erweiterung der Kompetenzen des Reichs ein bis zu dem Punkte, wo sämmtliche Kleinstaaten verschwinden, aber das große Gebiet der Steuergesetzgebung, der Gemeinde-, Agrar-, Berggesetzgebung, des Schul- und Bildungswesens, des Armen-, Medizinal- und Gesundheitswesens, des Eisenbahn-, Forst-, Berg-, Straßenbau-, Gefängnißwesens, der Polizeiverwaltung, Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts, der Gewerbeinspektion, Gesindeordnung u. s. w. — kurz die Kritik der gesammten Staatsverwaltung, also ein ungeheures Gebiet, eröffnet sich uns. Und wenn wir in die Wahlagitation eintreten und unseren Standpunkt zu den gesammten Materien darlegen, dann zwingen wir auch die bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße, Farbe zu bekennen, als es bisher der Fall ist. Und vor Allem werden wir es dahin bringen, daß den Zentrumswählern über die volksfeindliche Haltung der Zentrumsmänner im Landtag die Augen geöffnet werden. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Da sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Sünden der schwersten Art vorgekommen und systematisch hat das an Zahl auch im Landtag so mächtige Zentrum es vermieden, für die wichtigsten Volksrechte, vor Allem das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht im Landtag einzutreten. Durch unser Eintreten in die Landtags-Wahlagitation werden wir den Massen die Elendigkeit und Erbärmlichkeit des Wahlgesetzes, aber auch der bisherigen Landtage vor Augen führen können. Wir werden mit einer Diskreditirung des herrschenden Systems, der herrschenden Volksvertretung endlich anfangen und gründlich damit aufräumen.

Auch eine weitere Aeußerung Hoffmann's hat mich verwundert und steht mit den Thatsachen in Widerspruch. Er sagt: Diejenigen treten am eifrigsten für die Betheiligung an den Landtagswahlen ein, die bei den Reichstagswahlen nichts leisten können. Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Ich erinnere daran, daß sich die meisten großen Städte Preußens, in denen wir bei den Reichstagswahlen gesiegt haben, für die Betheiligung an den Landtagswahlen erklärt haben: Barmen und Elberfeld, Breslau und Frankfurt a. M., Halle, Königsberg, Altona, Hannover, Linden u. s. w. Demgegenüber steht nur Berlin, Stettin, Köln. Nun stehen aber die Dinge so, daß nach meiner Kenntniß die fortgesetzte Erörterung auch in Berliner Genossenkreisen das Resultat gehabt hat, daß die Sympathien für eine Wahlbetheiligung gewachsen sind (sehr richtig!), und ich muß ausdrücklich konstatiren, daß gerade in dem Wahlkreis, den Zubeil im Reichstag vertritt, die Wahlbetheiligung

beschlossen worden ist, wenn auch mit geringer Mehrheit. — Auch ein Zeichen dafür, daß man da mehr und mehr der Wahlbetheiligung zuneigt. Ich erinnere weiter daran, daß Magdeburg, das früher abseits gestanden hat, jetzt für Wahlbetheiligung eintritt u. s. w. Dafür aber zu sorgen, daß überall der rechte Eifer für die Wahlbetheiligung in die Wählermassen kommt, das wird Sache des Aufklärungsmaterials sein, das wir unzweifelhaft bei einer solchen Agitation bringen werden, und ich wiederhole es, wir dürfen nicht vergessen, daß gerade das Farbebekennenmüssen der bürgerlichen Parteien beim Kandidiren in einer Reihe von Fragen von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Das sind in der Hauptsache die Entgegnungen, die ich zu machen habe. Ich komme jetzt zu den gestellten Anträgen. Parteigenossen! Diejenigen von Euch, die geneigt sind, für das Amendement Hoffmann und Genossen zu stimmen, wollen sich vor Augen halten, daß, wenn der Antrag die Mehrheit finden sollte, wir alsdann genau auf den Standpunkt zurückgeführt werden, auf dem wir 1897 in Hamburg gestanden haben (sehr richtig!), daß wir auf einen todten Punkt ankommen, daß nach dreijährigen Verhandlungen auf vier Parteitagen die Schlange sich selbst in den Schwanz beißt und unsere ganzen Verhandlungen ausgehen wie das Hornberger Schießen. (Sehr wahr!) Den Antrag Berlin annehmen, heißt die Sache überhaupt todt machen. Und da sage ich, daß Diejenigen, die für den Antrag stimmen wollen, viel besser die Sache überhaupt zum Fall bringen. — Weiter bemängelt es Ledebour, daß in der Resolution von „Wahlkreisen", nicht von „Landtags-Wahlkreisen" gesprochen wird. Ich bin allerdings der Meinung, daß, da in der Resolution nur von Landtagen gesprochen wird, auch nur Landtags-Wahlkreise gemeint sein können; aber wenn er glaubt, daß es zur Klarstellung nothwendig ist, sein Amendement anzunehmen, so bin ich dazu bereit, und ich hoffe, daß, wenn es angenommen wird, er der Resolution etwas geneigter ist. (Heiterkeit.) Das Amendement Quarck richtet sich nicht prinzipiell gegen meine Resolution, sondern will nur die Wahlbedingungen umformen. Nach meinem Antrag ist es nicht ausgeschlossen, daß sozialdemokratische Wähler für liberale oder andere oppositionelle Wahlmänner eintreten können, wobei ich aber ausdrücklich bemerke, daß meine Absicht nicht dahin geht, daß das in umfangreichem Maße geschehen soll, im Gegentheil wünsche ich, daß überall, wo wir sozialdemokratische Wahlmänner durchbringen können, diese auch aufzustellen und zu wählen sind. Aber das möchte ich namentlich den Anhängern Quarck's zur Erwägung geben: Bei den eigenartigen Verhältnissen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen könnte es dahin kommen, daß wenn wir und die bürgerliche Oppositionspartei uns in Bezug auf die Wahlmänner nicht verständigen, keine der beiden Parteien ihre Wahlmänner durchbringt und wir so den Konservativen zum Siege verhelfen. (Sehr richtig!) Dieser Möglichkeit will ich durch meine Resolution vorbeugen. Erklärt sich die Mehrheit des Parteitags aber für das Amendement Quarck, gut. Dann werde ich auch dafür stimmen. Unter allen Umständen aber hoffe ich, daß, wenn das Amendement Quarck keine Mehrheit findet, seine Anhänger für meine Resolution stimmen. Ich betrachte das als selbstverständlich. Hoffmann beantragt, in dem Schlußsatz meiner Resolution die Worte „in Preußen" zu streichen. Damit würde also ausgesprochen, daß künftig der Partei-Vorstand das Zentral-Wahlkomitee für die gesammten deutschen Staaten bildet, wo immer Landtagswahlen stattfinden.

Ich begreife nicht den Standpunkt Hoffmann's. Sie sind der Meinung, es solle Ihnen, speziell den Berlinern, hiermit der Partei-Vorstand als die oberste Entscheidungsbehörde auch in Landtagswahlfragen oktroyirt werden. Das ist durchaus nicht der Fall. Die Sache liegt einfach so: wir haben in allen deutschen Staaten Landesorgnisationen mit einem Landesvorstand; in Preußen aber haben wir nur Provinzialorganisationen, keinen gemeinsamen

Landesvorstand. Wäre ein solcher vorhanden, so würde er selbstverständlich das Zentral-Wahlkomitee für Preußen bilden. Ihr müßtet also einen preußischen Parteitag einberufen, und dagegen habt Ihr ja in Hamburg selbst gestimmt. Und hier seid Ihr als preußische Delegirte ja auch nicht autorisirt, einen solchen Landesvorstand zu wählen. Deshalb sind wir ganz einfach dazu gekommen, den Partei-Vorstand in Berlin zum Zentral-Wahlkomitee für Preußen zu machen, wäre er in Dresden oder München, dann wäre es Niemand eingefallen, Euch das zuzumuthen.

Noch ein paar Worte gegen Stadthagen. Er erklärte es für eine bedenkliche Sache, mit einer relativ kleinen Mehrheit einer starken Minderheit eine Pflicht aufzuerlegen, wie die zur Wahlbetheiligung, und verstieg sich zu der Behauptung, ein solcher Beschluß werde nicht ausgeführt werden, weil sozusagen — er gebrauchte das Wort nicht, aber das war der Sinn — ein passiver Widerstand in die Masse kommen werde. Ich bedaure diese Worte Stadthagen's außerordentlich. Sie stellen einem Theil unserer Partei ein geradezu trauriges Zeugniß aus — unverdient! Ich habe in langer Parteithätigkeit alle Zeit die Erfahrung gemacht, daß, wenn an einem Ort Genossen noch so heftig opponirt haben gegen Beschlüsse einer Majorität: sobald es zur Entscheidung kam, Mann für Mann dafür eingetreten sind und den Kampf mit einem Eifer geführt haben, daß es der Partei zur Ehre gereichte. Ich habe die Ueberzeugung, ja die Sicherheit, daß, wenn die Mehrheit des Parteitages sich für die Betheiligung entscheiden wird, kein preußischer Genosse, sei es wer es sei, auch nur Miene macht, hinter der Front zurückzubleiben; daß, wenn die Fanfare zur Schlacht erklingt, Mann für Mann ins Feld rückt. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Hoffmann-Berlin IV bemerkt persönlich: Bebel hat von einer Beleidigung eines Theils der Wähler durch mich gesprochen. Eine solche hat mir fern gelegen; ich habe dem Sinne nach nur gesagt: Wir haben eine Menge Leute, die nicht politisch reif sind, sondern nur dem Gefühl nach für uns stimmen. Und unter diesen richten wir durch die Betheiligung an den Landtagswahlen Verwirrung an.

Es folgen die **Abstimmungen.**

Zunächst wird der Antrag 11 der Vorlage, der die Betheiligung an den Landtagswahlen zur Entscheidung der einzelnen Wahlkreise stellen will, mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf wird das Amendement Quarck (S. 220) angenommen und gleichfalls das Amendement Ledebour (S. 212), wonach das Wort „Wahlkreise" in Bebel's Resolution durch „Landtags-Wahlkreise" ersetzt wird.

Nunmehr stellt Singer das Amendement Hoffmann (Antrag 92) zur Abstimmung, wonach Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen wegen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmanns-Kandidaten und Kandidaten für die Landtage für nicht zulässig erklärt, und wonach zweitens im Schlußabsatz der Resolution Bebel die Worte „in Preußen" gestrichen werden sollen.

Bebel: Durch den Beschluß, daß nur eigene Kandidaten aufgestellt werden sollen, ist der eine Antrag erledigt.

Ad. Hoffmann-Berlin: Nein, das ist nur für die Wahlmanns-Kandidaten der Fall, mein Antrag handelt aber auch von den Kandidaten für die Landtage.

Singer bestätigt das.

Die Abstimmung über den Antrag Hoffmann ist eine namentliche und ergiebt seine Ablehnung mit 137 gegen 93 Stimmen.

Mit **Ja** stimmten: Adler-Kiel. Albrecht-Halle. Althaus-Heddernheim. Berger-Kottbus. Berger-Meerane. Bergmann-Kalk. Brey-Hannover. Brunzel-Berlin. Deichmann-Bremen. Dräger-Dresden. Drechsler-Burg. Frau Duncker-Leipzig. Düwell-Essen. Eberhardt-Charlottenburg. Erdmann-

Dortmund. Ernst-Berlin. Evers-Hildesheim. Forkert-Solingen. Friedrich-Lübeck. Gambel-Worms. Gebauer-Rummelsburg. Gerstenberger-Weißensee. Gerlach-Wanzleben. Gilek-Arnstadt. Gogowski-Posen. Görcke-Charlottenburg. Frau Greifenberg-Augsburg. Grenz-Leipzig. Gruhl-Nowawes. Harris-Friedberg-Büdingen. Adolf Hoffmann-Berlin. Paul Hoffmann-Berlin. Hoffmann-Hamburg. Höppner-Cotta. Jakobsen-Ottensen. Frau Ihrer-Berlin. Jungnickel-Dresden. Jürs-Neumünster. Kaden-Dresden. Kahl-Duisburg. Keil-Wilkau. Kiesel-Berlin. Klees-Magdeburg. Kloth-Leipzig. Koenen-Hamburg. Koß-Schwerin. Kotzke-Berlin. Kümmel-Barmen. Ledebour-Striesen. Frau Ledebour-Striesen. Marckwald-Halberstadt. Meisel-Crimmitschau. Meist-Köln. Merkowski-Berlin. Metzger-Hamburg. Metzner-Berlin. Michaelis-Waldenburg. Mucker-Wurzen. Müller-Leipzig. Müller-Flensburg. Neutscher-Saarbrücken. Pfarr-Berlin. Pfeiffer-Kassel. Pieper-Spandau. Raab-Pfungstadt. Radloff-Wilhelmsburg. Rees-Eßlingen. Reißhaus-Erfurt. Reiwand-Halle. Sachse-Zwickau. Schmalfeldt-Bremerhaven. Schoenlank-Leipzig. Schöpflin-Chemnitz. Scholz-Berlin. Schrader-Bramsche. Schubert-Schöneberg. Seyferth-Leipzig. Sindermann-Dresden. Singer-Berlin. Stadthagen-Berlin. Storch-Stettin. Stritzke-Altenburg. Stubbe-Hamburg. Thomas-Altona. Tümme-Wolmirstedt. Vetterlein-Gera. Wartenberg-Berlin. Weiße-Berlin. Wichmann-Berlin. Wizorowski-Staßfurt. Wolters-Krefeld. Wurm-Berlin. Zubeil-Berlin.

Mit **Nein** stimmten: Adé-Dortmund. Auer-Berlin. Antrick-Berlin. Baerer-Harburg. Baudert-Apolda. Bebel-Berlin. Bérard-Hamburg. Berthold-Darmstadt. Blos-Stuttgart. Böhle-Straßburg. Bormann-Hannover. Brandes-Magdeburg. Braun-Königsberg. Brühne-Frankfurt a. M. Bruhns-Breslau. Buder-Forst i. L. Bullmer-Würzburg. Burkhold-Zittau. Busold-Friedberg. Calwer-Charlottenburg. Cramer-Darmstadt. Craß-Fechenheim. David-Mombach. Deinhardt-Erlangen. Denner-Waltershausen. Dietz-Stuttgart. Dreesbach-Mannheim. Efftinge-Wandsbeck. Eichhorn-Mannheim. Eißnert-Offenbach. v. Elm-Hamburg. Emmel-Mühlhausen. Engler-Freiburg i. B. Ehrhart-Ludwigshafen. Erdmann-Köln. Esser-Minden. Faber-Frankfurt a. O. Fauth-Wetzlar. Fendrich-Karlsruhe. Feudner-Kreuznach. Fischer-Berlin. Fischer-Zittau. Förster-Hamburg. Franz-Hechtsheim. Friedberg-Mainz. Friedrich-Darmstadt. Frohme-Hamburg. Geck-Offenburg. Gerisch-Berlin. Gesser-Bieber. Gewehr-Elberfeld. Geyer-Leipzig. Göller-Frankfurt a. M. Grimpe-Elberfeld. Günther-Rochlitz. Gruenwaldt-Hamburg. Haase-Berlin. Haase-Königsberg. Habicht-Frankfurt a. M. Haller-St. Alban. Haupt-Magdeburg. Heine-Hamburg. Herrmann-Nürnberg. Herzfeld-Berlin. Hoch-Berlin. Hoch-Hanau. Hofmann-Chemnitz. Hübner-Plauen. Hug-Bant. Jens-Ottensen. Käppler-Altenburg. Kaufmann-Zwönitz. Keller-Görlitz. Klement-Kaiserslautern. Klingenhagen-Herford. Köhne-Bielefeld. König-Bochum. Kühn-Langenbielau. Köhn-Döbeln. Kunert-Berlin. Kynast-Nürnberg. Lesche-Hamburg. Leutert-Apolda. Liebmann-Mainz. Lösch-Schney. Manasse-Berlin. Mehlhaff-Hamburg. Meister-Hannover. Mohring-Liegnitz. Molkenbuhr-Hamburg. Müller-München I. Müller-Mutterstadt. Nitzschke-Großenhain. Oberländer-Zeulenroda. Ohlendorf-Braunschweig. Opificius-Pforzheim. Orbig-Gießen. Otto-Dresden. Pfannkuch-Berlin. Pickelmann-München. Plorin-Halle. Quarck-Frankfurt a. M. Renner-Augsburg. Riegel-Pirna. Rieger-Köln. Riemann-Chemnitz. Rohrhirsch-Itzehoe. Säckler-Schweinfurt. Scheibe-Hartmannsdorf. Scheidemann-Nürnberg. Scherm-Nürnberg. Schmitt-München. Schneider-Haspe. Schulze-Cossebaude. Seifert-Zwickau. Seyther-Stuttgart. Sidow-Brandenburg. Stabe-Celle. Starosson-Rostock. Stein-Neustadt a. d. Haardt. Stille-Bergedorf. Stubenreich-Oggersheim. Südekum-Dresden. Ullenbaum-Elberfeld. Ulrich-Offenbach a. M. Ulrich-Stuttgart. Wasner-Stuttgart. Wehder-Sonneberg. Weirich-Hannover. Weißmann-Halle a. S. Woldersky-Berlin. Woldt-Berlin. Zahn-Mühlheim a. M.

Zenker-Bielefeld. Zellin-Zundel-Stuttgart. Zick-Fürth. Zietz-Hamburg. Zorn-Fürth.

Nicht gestimmt haben: Eisner-Berlin. Hauck-Ludwigshafen. Horn-Kötzschenbroda. Frau Luxemburg-Berlin. Rau-Mühlheim a. M. Rosenow-Berlin. Schaurer-Heidenheim. Schmidt-Frankfurt a. M. Schulz-Erfurt. Segitz-Nürnberg, Sommer-Weinheim. Stolle-Gesau. Vollmar-München.

Durch diesen Beschluß sind alle weiteren, zur Frage der Landtagswahlen vorliegenden Anträge erledigt.

Nunmehr gelangt die Resolution **Bebel**, wie sie durch Annahme des Amendement Quarck endgültig gestaltet ist, zur Abstimmung. Sie lautet nun:

„Der Parteitag wolle beschließen: In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. — Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentral-Wahlkommitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen."

Die namentliche Abstimmung ergiebt die **Annahme** dieser Resolution mit 163 gegen 66 Stimmen.

Mit **Ja** stimmten: Adé-Dortmund. Albrecht-Halle. Antrick-Berlin. Auer-Berlin. Baerer-Harburg. Baudert-Apolda. Bebel-Berlin. Berard-Hamburg. Berger-Kottbus. Berger-Meerane. Berthold-Darmstadt. Blos-Stuttgart. Brandes-Magdeburg. Boehle-Straßburg. Bormann-Hannover. Braun-Königsberg. Brey-Hannover. Bruhns-Breslau. Brühne-Frankfurt a. M. Buder-Forst i. L. Bullmer-Würzburg. Burkhold-Zittau. Busold-Friedberg. Calwer-Charlottenburg. Cramer-Darmstadt. Craß-Fechenheim. David-Mombach. Deinhardt-Erlangen. Denner-Waltershausen. Dietz-Stuttgart. Dräger-Dresden. Drechsler-Burg b. M. Dreesbach-Mannheim. Efftinge-Wandsbeck. v. Elm-Hamburg. Eichhorn-Mannheim. Eißnert-Offenbach. Ehrhart-Ludwigshafen. Emmel-Mühlhausen. Engler-Freiburg i. B. Erdmann-Dortmund. Erdmann-Köln. Esser-Minden. Faber-Frankfurt a. O. Fauth-Wetzlar. Fendrich-Karlsruhe. Feudner-Kreuznach. Fischer-Berlin. Fischer-Zittau. Förster-Hamburg. Franz-Hechtsheim. Friedberg-Mainz. Friedrich-Darmstadt. Frohme-Hamburg. Gambel-Worms. Geck-Offenburg. Gerisch-Berlin. Gerlach-Halberstadt. Gesser-Bieber. Gewehr-Elberfeld. Geyer-Leipzig. Gogowski-Posen. Göller-Frankfurt a. M. Grimpe-Elberfeld. Gruenwaldt-Hamburg. Günther-Rochlitz. Haase-Berlin. Haase-Königsberg. Habicht-Frankfurt a. M. Haller-St. Alban. Haupt-Magdeburg. Herrmann-Nürnberg. Herzfeld-Berlin. Hoch-Berlin. Hoch-Hanau. Hofmann-Chemnitz. Hoffmann-Hamburg. Höppner-Cotta. Hug-Bant. Hübner-Plauen. Jens-Ottensen. Jungnickel-Dresden. Käppler-Altenburg. Kaufmann-Zwönitz. Klement-Kaiserslautern. Klingenhagen-Herford. Koenen-Hamburg. Köhne-Bielefeld. König-Bochum. Koß-Schwerin. Kühn-Döbeln. Kühn-Langenbielau. Kümmel-Barmen. Kunert-Berlin. Kynast-Nürnberg. Lesche-Hamburg. Leutert-Apolda. Liebmann-Mainz. Lösch-Schney. Manasse-Berlin. Mehlhaff-Hamburg. Meister-Hannover. Metzner-Berlin. Mohring-Liegnitz. Molkenbuhr-Hamburg. Müller-Flensburg. Müller-Mutterstadt. Müller-München I. Neutscher-Saarbrücken. Nitzschke-Großenhain. Oberländer-Zeulenroda. Ohlendorf-Braunschweig. Opificius-Pforzheim. Orbig-Gießen. Otto-Dresden. Pfannkuch-Berlin. Pickelmann-München. Plorin-Halle. Quarck-Frankfurt a. M. Raab-Pfungstadt. Radloff-Wilhelmsburg. Reiwand-Halle. Renner-Augsburg. Riegel-Pirna. Rieger-Köln. Riemann-Chemnitz. Rohrhirsch-Itzehoe. Säckler-Schweinfurt. Scheibe-Hartmannsdorf. Scheidemann-Nürnberg. Scherm-Nürnberg. Schmitt-München. Schneider-Haspe. Schöpflin-Chemnitz. Schulze-Cossebaude. Seifert-Zwickau. Seyther-Stuttgart. Sidow-Brandenburg. Stabe-Celle. Staroffon-Rostock. Stein-Neustadt a. d. Haardt. Stille-Bergedorf. Stubenreich-Oggersheim. Südekum-

Dresden. Tümme-Wolmirstedt. Ullenbaum-Elberfeld. Ulrich-Offenbach a. M. Ulrich-Stuttgart. Vetterlein-Gera. Wasner-Stuttgart. Wehder-Sonneberg. Weirich-Hannover. Weißmann-Halle a. S. Wolderskp-Berlin. Woldt-Berlin. Wolters-Krefeld. Wurm-Berlin. Zahn-Mühlheim a. M. Zenker-Bielefeld. Zetkin-Zundel-Stuttgart. Zick-Fürth. Zietz-Hamburg. Zorn-Fürth.

Mit **Nein** stimmten: Adler-Kiel. Bergmann-Kalk. Berthold-Darmstadt. Brunzel-Berlin. Deichmann-Bremen. Dunker-Leipzig. Düwell-Essen. Eberhardt-Charlottenburg. Ernst-Berlin. Evers-Hildesheim. Forkert-Solingen. Friedrich-Lübeck. Gebauer-Rummelsburg. Gerstenberger-Weißensee. Gilek-Arnstadt. Goerke-Charlottenburg. Greifenberg-Augsburg. Grenz-Leipzig. Gruhl-Nowawes. Harris-Friedberg. Heine-Hamburg. Adolf Hoffmann-Berlin. Paul Hoffmann-Berlin. Jakobsen-Ottensen. Ihrer-Pankow. Jürs-Neumünster. Kaden-Dresden. Kahl-Duisburg. Keil-Wilkau. Keller-Görlitz. Kiesel-Berlin. Klees-Magdeburg. Kloth-Leipzig. Kotzke-Berlin. Ledebour-Striesen. Frau Ledebour-Striesen. Marckwald-Meisel-Crimmitschau. Meist-Köln a. M. Merkowski-Berlin. Michaelis-Waldenburg i. Schl. Mucker-Wurzen. Müller-Leipzig. Pfarr-Berlin. Pfeiffer-Cassel. Pieper-Spandau. Reißhaus-Erfurt. Sachse-Zwickau. Schmalfeldt-Bremerhaven. Schoenlank-Leipzig. Scholz-Berlin. Schrader-Bramsche. Schubert-Schöneberg. Seyferth-Leipzig. Sindermann-Dresden. Singer-Berlin. Stadthagen-Berlin. Storch-Stettin. Stritzke-Altenburg. Stubbe-Hamburg. Thomas-Altona. Wartenberg-Berlin. Weiße-Berlin. Wichmann-Berlin. Wizorowski-Staßfurt. Zubeil-Berlin.

Nicht gestimmt haben: Althaus-Heddernheim. Eisner-Berlin. Hauck-Ludwigshafen. Horn-Kötzschenbroda. Luxemburg-Berlin. Metzger-Hamburg. Rau-Mühlheim a. M. Rees-Eßlingen. Rosenow-Berlin. Schaurer-Heidenheim. Schmidt-Frankfurt a. M. Schulz-Erfurt. Segitz-Nürnberg. Sommer-Weinheim. Stolle-Gesau. Vollmar-München.

Singer: Ich habe dem Parteitag noch einige Mittheilungen zu machen. Die Genossin Luxemburg hat zu Protokoll erklärt, daß sie verhindert gewesen sei, an der Abstimmung theilzunehmen; sie würde für das Amendement Hoffmann und gegen die Resolution Bebel gestimmt haben.

Die Fraktion hatte Bebel, Liebknecht und mich als Vertreter der Gesammtpartei nach Paris delegirt. Bebel ist in Folge einer Erkrankung verhindert, die Reise zu unternehmen, die hier anwesenden Fraktionsmitglieder haben an seiner Stelle einstimmig Auer delegirt. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt:

Bruhns-Breslau: Ich handle gewiß in Ihrer aller Einverständniß, wenn ich jetzt am Ende unserer Arbeiten dem Bureau für seine aufopferungsvolle Thätigkeit und für die geschickte Leitung der Verhandlungen unseren Dank ausspreche. (Zustimmung.) Wenn wir heute Nachmittag Gelegenheit haben werden, des Lebens Freuden auf einer herrlichen Rheinfahrt zu genießen, so wird dies Gefühl der Dankbarkeit besonders lebhaft werden, denn diese Rheinfahrt ist nur durch die geschickte und energische Führung der Geschäfte möglich geworden. Im Weiteren bin ich wohl Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich in Ihrem Namen auch den Kommissionen, der Mandat-Prüfungskommission und der Kommission zur Vorberathung des Organisations-Entwurfs, den Dank aller Theilnehmer für ihre Thätigkeit ausspreche. (Bravo!)

Singer: Namens des Bureaus und Namens der Mitglieder, die in Kommissionen gearbeitet haben, danke ich Ihnen für die eben gehörten freundlichen Worte, mit denen Sie sich durch Ihre Zustimmung einverstanden erklärt haben. Möge es auch dem Bureau der künftigen Parteitage vergönnt sein, so wie diesmal durch reiche Erfahrungen seitens der Delegirten unterstützt zu werden! Ich erfülle die freudige Pflicht, den Mainzer Parteigenossen für ihre aufopferungsvolle Thätigkeit während unserer Verhandlungen und für die schönen Veranstaltungen den Dank des Parteitags auszusprechen. Jeder von

uns wird sich gern und freudig des schönen Empfangsabends erinnern. Ganz besonders aber fühle ich mich verpflichtet, dem genialen Meister und seinen Schülern für die trefflichen Gesangsaufführungen am Empfangsabend von dieser Stelle aus zu danken. (Beifall.) Der gestrige Kommers, dem ich persönlich zu meinem Bedauern nicht beiwohnen konnte, hat, wie ich höre, einen so guten Eindruck hinterlassen, daß, wenn es möglich wäre und die Parteipflichten uns nicht daran hinderten, am liebsten auch für den Ort des nächsten Parteitags das goldene Mainz ausersehen würde. (Heiterkeit.)

Wir haben mit Eifer und Energie, aber ohne Hast und Ueberstürzung unsere Arbeiten beendet. Wenn ich daran denke, was die bürgerliche Presse über unseren Parteitag schreibt, so kann ich mich eines Lächelns nicht erwehren. Wir waren der bürgerlichen Presse diesmal nicht temperamentvoll genug, d. h. es hat an dem, woran die gegnerische Presse sich am meisten ergötzt, an turbulenten Szenen oder harten Ausdrücken gefehlt. Wir legen darauf, was die bürgerliche Presse schreibt, kein Gewicht, es ist absolut gleichgiltig, denn den Gegnern können wir es ja niemals recht machen. Treten schroffe Gegensätze auf, so spekuliren sie auf eine Spaltung und ärgern sich hinterher, wenn sie nicht eingetreten ist. Werden unsere Geschäfte mit Ruhe, ohne besondere Aufregung, in voller Einmüthigkeit erledigt, so sagen sie, der Parteitag ist philisterhaft, der alte Schwung, die alte Verve hat gefehlt. (Heiterkeit.) Zum Glück läßt uns die Zustimmung und der Tadel der Gegner gleich kalt. Wir haben auf dem Parteitag Klarheit über eine Frage geschaffen, die in der Partei nun einmal auf der Tagesordnung stand, und die — darüber sind sich Gegner und Anhänger der Wahlbetheiligung einig — durch das Wagniß einmal zum Austrag gebracht werden muß, damit wir wissen, welche Auffassung die richtige war (Zustimmung), und ich kann Ihnen ehrlich gestehen, als einem der eifrigsten Gegner der Wahlbetheiligung ist mir der Zustand, der jetzt geschaffen ist, immer noch lieber, als das Hangen und Bangen der letzten Jahre. (Sehr richtig.) Wir haben uns ausgesprochen, der Parteitag hat entschieden, wir werden sehen, wer recht behält; ich glaube, wir behalten recht. (Heiterkeit. Bebel ruft: Nein, wir!)

Abgesehen von den eigentlichen Geschäften für die Partei gipfelte unsere Thätigkeit in der einmüthigen Verurtheilung des sich in den Vordergrund drängenden politischen Regiments, in der einmüthigen Verurtheilung der absolutistischen Neigungen und der Mißachtung der Volksvertretung. Dieser einmüthige Protest wird den heutigen Machthabern zum Bewußtsein bringen, daß die weitaus stärkste politische Partei Deutschlands, daß die in der Sozialdemokratie politisch organisirte Arbeiterklasse Widerspruch gegen eine solche Politik erhebt. Dieser einmüthige Protest findet seine logische Fortsetzung in dem internationalen Pariser Kongreß, zu dem ein Theil von uns jetzt sich begeben wird.

Dort in Paris wird das Proletariat aller Länder, wird die internationale Sozialdemokratie sich eben so einmüthig unserem Protest anschließen und wir werden im Gegensatz zu der Haager Friedenskomödie eine Friedenskundgebung des internationalen Proletariats erleben, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann. Uns aber, den deutschen Delegirten, steht in Paris noch eine andere Aufgabe bevor. Wir werden in den Verhandlungen wiederum den Beweis zu liefern haben, daß die deutsche Sozialdemokratie sich eins fühlt mit der Sozialdemokratie aller Länder, und ich bezweifle nicht, daß ich im Sinne jedes Einzelnen von Ihnen spreche, wenn ich Sie bitte, uns zu beauftragen, den Bruderparteien aller Länder die Grüße der deutschen Sozialdemokratie zu überbringen und damit die Versicherung zu verbinden, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, die internationale Solidarität zu wahren im Kampfe für die Befreiung des Proletariats aller Länder, und Schulter an Schulter mit den Genossen aller Länder weiter zu kämpfen! (Lebhafter Beifall.)

Diese Versicherung Namens der deutschen Sozialdemokratie abzugeben, halten wir uns durch Ihre Zustimmung für berufen. Bekräftigen Sie diese Versicherung und bekunden Sie, daß wir auch in Deutschland unsere alten Wege wandeln wollen, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: die internationale, die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Delegirten stimmen drei Mal begeistert in den Ruf ein und singen den ersten Vers der Marseillaise.

Singer erklärt den Parteitag für geschlossen.

Schluß 12½ Uhr.

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge 1—93 Seite 83—98. Die in Klammern beigefügte Seitenzahl bezieht sich auf die Abstimmung.

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2. 3 (S. 105). **4** (S. 180). **36. 38. 39. 40. 45** (S. 170). **46. 49. 50. 51** (S. 179). **55** (S. 121). **57. 58. 60. 77** (S. 180).

Durch Abstimmung oder Kommissionsüberweisung erledigte Anträge.

1 (S. 106). **5—12** (S. 241). **13—35** (S. 152). **37** (S. 170). **56** (S. 241). **61** (S. 152). **68. 71—74. 76. 79. 82—84. 86—89** (S. 152).

Abgelehnte Anträge.

41. 42. 44 (S. 171). **53. 54** (S. 131). **59** (S. 231). **62** (S. 183). **67** (S. 231). **69** (S. 131). **78. 80** (S. 175). **81** (S. 231). **90** (S. 183). **92** (S. 239).

Angenommene Anträge.

Antrag **12a** (Organisations-Statut der Partei), **43** (Neu-Herausgabe des Vereins- und Versammlungsrechts S. 171), **47** (Verbot der Annoncenaufnahme von Firmen, über die Streik oder Sperre verhängt ist S. 174), **48** (Agitation gegen Verschlechterung des Krankenkassengesetzes S. 180), **52** (Fraktionsantrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen S. 131), **63** (Maifeier-Resolution S. 154), **64** (Weltpolitik-Resolution S. 170, Wortlaut siehe unten), **65** (Verkehrs- und Handelspolitik-Resolution S. 212, Wortlaut siehe unten), **66** (Landtagswahl-Resolution S. 239, Wortlaut siehe unten), **70** (Parlamentarische Aktion gegen preußische Polenpolitik S. 131), **75** (Größere Berücksichtigung der Arbeiterinnen-Interessen in der Parteipresse S. 174), **85** (Lübeck nächster Parteiort S. 231), **91** (Aufnahme des Frauenkonferenz-Protokolls in das Parteitags-Protokoll S. 200), **93** (Amendements zur Handelspolitik-Resolution) S. 212 und Resolution Scheibe (betr. Kohlennoth S. 170) S. 179, Antrag König auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen S. 183).

Resolutionen und Anträge

die im Laufe der Verhandlungen Abänderungen erfahren haben.

Antrag 64. (Resolution zum Referat über Weltpolitik):

Der Parteitag erklärt:

Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet.

Diese Politik beruht auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubsucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisirenden Mächte und in Folge dessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen **Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen**, soziale Reformen im Innern verhindern und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen.

Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation.

Der Parteitag erklärt im Besonderen:

Die deutsch-chinesische Kriegspolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Profitwuth der Bourgeoisie, auf militärischer Ruhmsucht und der chauvinistischen und ehrgeizigen Leidenschaft, ein „größeres Deutschland“ zu schaffen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppensendungen nach China, sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorschub leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die volksschädliche Chinapolitik zu bekämpfen. **Singer.**

Resolution gegen den Transvaal-Krieg (S. 170):

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt sich in Uebereinstimmung mit den organisirten englischen Arbeitern gegen den Raubkrieg des englischen Kapitalismus, der zur gewaltsamen Unterdrückung der Transvaal-Republik geführt hat.

Der Parteitag erkennt in dieser brutalen Aktion eine Wirkung jenes völkerverwüstenden Kapitalismus, der Klassen und Nationen zum Vortheil einer kleinen Anzahl skrupelloser kapitalistischer Beutepolitiker ausplündert und unterjocht.

Da die bürgerlichen Klassen in Deutschland, die in erheuchelter sittlicher Entrüstung über diese Raubpolitik sich nicht genug thun konnten, jetzt selber sich durch ihre Chinapolitik zum Mitschuldigen gemacht haben, erhebt die deutsche Arbeiterklasse, deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Freiheit und Selbständigkeit kämpfenden Völker, auch bei dieser Gelegenheit ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Antrag 65 (Resolution zum Referat über Verkehrs- und Handelspolitik):

In dem Ausgleich der Produktions- und vornehmlich der Arbeitsbedingungen auf dem nationalen sowie dem internationalen Arbeitsmarkt erblickt die Sozialdemokratie eine

wichtige Voraussetzung für die wirthschaftliche, soziale und politische Erstarkung der Arbeiterklasse. Das Tempo dieses Ausgleichs wird durch die Verkehrs- und Handelspolitik eines Landes in weitgehendem Maße bestimmt.

Die gegenwärtige **Verkehrspolitik** im deutschen Reiche, der einheitlichen Organisation entbehrend, ohne maßgebende Beeinflussung seitens der Volksvertretung, überwiegend nach fiskalischen Gesichtspunkten geleitet, steht nicht nur jeder wesentlichen Erleichterung des Verkehrs im Wege, sie verhindert namentlich den Arbeiter, die Chancen des Arbeitsmarkts auszunützen; sie versagt ferner, gehemmt durch parlamentarischen Widerstand, auf dem Gebiete des Wasserstraßenverkehrs eine weitgehende Verbilligung des Gütertransports und gleichzeitig die Erschließung weiterer Gebiete für die Industrie, woraus der Arbeiter gleichzeitig als Produzent wie als Verbraucher Vortheile zu erwarten hätte.

Hält die herrschende Verkehrspolitik den Ausgleich der Produktions- und Arbeitsbedingungen auf dem inneren Markte zum Schaden der Arbeiterklasse, zum Schaden der deutschen Volkswirthschaft hintan, so steuert die gegenwärtig durch ihre Schutzzölle für das Volk schon schädliche **Handelspolitik** Zielen zu, die für Deutschland in seinen Beziehungen zum Weltmarkt die gleichen Folgen zeitigen müssen wie die Verkehrspolitik innerhalb der nationalen Volkswirthschaft. Die Großgrundbesitzer und der überwiegende Theil der Industriellen, die landwirthschaftlichen und gewerblichen Kartelle streben unter nicht zu verkennender Begünstigung seitens der Regierung eine Schutzzollpolitik an, die Deutschland von der Weltwirthschaft in hohem Grade abschließen müßte, den Interessenten aber den inneren Markt, ungehindert von jeglicher Konkurrenz des Auslandes, zur Aussaugung preisgeben würde. Unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit“ soll der Verbraucher, vornehmlich die Arbeiterklasse, der Preisdiktatur des vereinigten Unternehmerthums macht- und hilflos überliefert werden. Da die deutsche Einfuhr zu vier Fünfteln aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln besteht, vertheuert diese Schutzzollpolitik die wichtigsten Produktionsmittel und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse, die im Vergleiche zum konkurrirenden Ausland schon bisher schlechter gestellt ist, mindert dadurch in absehbarer Zeit deren wirthschaftliche Leistungsfähigkeit und beeinträchtigt daher nicht nur das Streben der deutschen Arbeiterschaft nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch die Stellung der deutschen Produktion auf dem Weltmarkt, auf dem Deutschland nur mit billigen Rohstoffen und mit einer gut gelohnten und gut situirten Arbeiterklasse seinen Platz dauernd behaupten kann. Die Annäherung der Produktions- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Länder der Weltwirthschaft wird gehemmt und damit die Herbeiführung der internationalen Gleichartigkeit der Arbeiterinteressen auf wirthschaftlichem Gebiete aufgehalten.

Von diesen Erwägungen ausgehend, tritt die sozialdemokratische Partei Deutschlands im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen und Aufgaben der Verkehrs- und Handelspolitik ein:

A. 1) Für eine innerhalb des deutschen Wirthschaftsgebietes einheitliche Gestaltung der Verkehrspolitik durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich unter Verwerfung des vornehmlich in Preußen großgezogenen fiskalischen Verwaltungsprinzips;

2) für weitgehende Ermäßigung der Personentarife zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter;

3) für den Ausbau eines deutschen Wasserstraßensystems, im Nothfalle durch das Reich.

4) für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel, von den Seehäfen und den Grenzstationen ins Innere des Landes.

B. 1) Für Ablehnung aller Zölle und aller Zollerhöhungen, besonders auf Lebensmittel. Für möglichste Beseitigung event. Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs;

2) für eine Handelsvertragspolitik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern;

3) für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Werthzölle 2c.), die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren;

4) für das Prinzip der „offenen Thür“ und gegen das der „Interessensphäre“ in Bezug auf China und alle außereuropäischen Gebiete.

Antrag 66 (Beschluß über die Betheiligung an den Landtagswahlen):

In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten.

Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Partei-Vorstand das Zentral-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Landtagswahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Bebel.

Bericht über die Frauenkonferenz in Mainz

am 15. und 16. September 1900.

Die erste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands hat getagt und in drei Sitzungen ihr Arbeitsprogramm erledigt. Daß die Konferenz einem thatsächlich vorhandenen und empfundenen Bedürfniß entsprach, daß sie in weiten Kreisen der Sozialdemokratie Interesse erweckt hatte, bewies die rege Betheiligung. Die Konferenz war durch 20 Delegirte beschickt, und zwar aus folgenden Orten durch die Genossinnen: Altona-Wandsbeck: Kähler; Berlin: Baader, Ihrer, Thiede und Wengels; Beeskow-Teltow: Vogel; Dresden: Ledebour; Düsseldorf: Gotthusen; Hamburg: Steinbach, Pionetti und Zietz; Köln: Zeise; Leipzig: Dunker; Offenbach: Tröger; Stuttgart: Zetkin; Wertingen-Augsburg: Greifenberg; aus folgenden Orten durch die Genossen: Halberstadt: Marckwald; Kiel: Adler; Neumünster: Jürs; Ottensen: Jens. — Als Gäste waren anwesend die Genossinnen: Bachstein-Altenburg, Fürth-Frankfurt a. M., Braun-Königsberg und die Genossen: Adolf Braun-Nürnberg, Eichhorn-Mannheim, Katzenstein-Mannheim, Bruhns-Breslau, Pernerstorfer-Wien, Askew-London. Im Auftrage der hessischen Regierung wohnte die Assistentin der Fabrikinspektion für Mainz, Frl. Schumann, den Berathungen bei. Auch in Hessen, das kein Vereinsgesetz nach preußischem Muster hat, ließen es die Polizeibehörden an der üblichen Beachtung der proletarischen Frauenbewegung nicht fehlen. Sie hatten Stenographen entsendet, welche mit der Aufnahme der Verhandlungen beauftragt waren.

Genossin **Baader**, als Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands und Einberuferin der Konferenz, eröffnete dieselbe mit einigen herzlichen Worten der Begrüßung. Unter Hinweis auf die Entwickelung der Sozialdemokratie aus kleinen Anfängen zur stärksten Partei des Deutschen Reiches, forderte sie die Anwesenden auf, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, daß auch die proletarische Frauenbewegung sich gesund und kraftvoll entfalte und zu einer achtunggebietenden Macht werde. Die Konferenz solle dazu beitragen, der sozialdemokratischen Frauenbewegung größere Einheitlichkeit und Stärke zu geben, um sie in den Stand zu setzen, alle ihr zufallenden Aufgaben im Dienste des weiblichen Proletariats und der Sozialdemokratie zu lösen. In das Bureau wurden gewählt: die Genossinnen **Zetkin** und **Baader** als Vorsitzende, die Genossinnen **Zietz** und **Ledebour** als Schriftführerinnen. Die Konferenz nahm fast debattelos eine Geschäftsordnung an, welche die Redezeit für die Begründer von Anträgen auf fünfzehn, die für Diskussionsredner auf zehn Minuten festsetzte und bestimmte, daß Niemand zu einem Punkte mehr als zwei Mal das Wort erhalten solle. Durch einstimmige Billigung der provisorischen Tagesordnung wurden alle vorliegenden Anträge auf Abänderung derselben erledigt.

Die Tagesordnung lautet also:

1. der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen;
2. a) die Agitation unter dem weiblichen Proletariat;
   b) die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz;
3. die Bildungsvereine für Frauen und Mädchen;
4. Allgemeines.

Die Verhandlungen zum ersten Punkte der Tagesordnung: **Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen** knüpften im Wesentlichen an die vorliegenden

Anträge der Genossinnen **Kähler** und **Zetkin** an. Diese Anträge setzten in eingehender Weise die Aufgaben und Stellung der Vertrauenspersonen der Genossinnen fest. Ihre meisten Bestimmungen deckten sich inhaltlich vollkommen und wichen nur im Wortlaut von einander ab. Einen Hauptunterschied in den beiden Entwürfen stellten nur die Vorschläge dar, die Wahl der Vertrauensperson der Genossinnen von ganz Deutschland betreffend. Genossin **Kähler** wies diese Wahl einer Konferenz zu, deren jährlicher Zusammentritt statutarisch festgelegt werden sollte. Der Antrag der Genossin **Zetkin** überließ die Wahl der Vertrauensperson, wie bisher, den Berliner Genossinnen. In den Debatten zu der strittigen Frage wurde von den Genossinnen Kähler, Gotthusen, Thiede u. A. betont, daß den Genossinnen aller Orte das Recht gesichert werden müsse, über die Wahl der Vertrauensperson für das ganze Reich mit entscheiden zu können. Des Weiteren, daß eine alljährliche Konferenz der Genossinnen wünschenswerth sei, schon um Klarheit über die geleistete Arbeit zu schaffen und die Durchführung gefaßter Beschlüsse zu überwachen. Andererseits wurde von den Genossinnen Zietz, Baader, Zetkin, Wengels ꝛc. erklärt, daß die alljährliche Wiederkehr einer Konferenz sicher äußerst wünschenswerth, wahrscheinlich auch dringend nöthig, dagegen vielleicht leider nicht möglich sei. Man könne also nicht von vornherein festlegen, daß jedes Jahr eine Konferenz stattfinden müsse. Unter diesen Umständen also und da man Berlin als Sitz der Vertrauensperson für ganz Deutschland bestimmt, müsse man bei Anerkennung des Rechtes der Genossinnen aller Orte die Wahl der Zentralvertrauensperson aus naheliegenden Zweckmäßigkeitsgründen den Berliner Genossinnen überlassen. Nach kurzen Debatten einigte man sich dahin, von der Festlegung einer alljährlich stattzufindenden Konferenz abzusehen, jedoch die Wahl der Vertrauensperson jedes Mal auf einer Konferenz vorzunehmen. Ausdrücklich wurde erklärt, daß die Vertrauensperson der Genossinnen von ganz Deutschland — falls in dem einen oder anderen Jahre keine Konferenz tagen könne — ihr Amt bis zum Zusammentritt einer nächsten Tagung weiter zu führen habe. Die übrigen Bestimmungen betreffend die Pflichten und Stellung der Vertrauenspersonen wurden je nach der zweckmäßigeren und klareren Fassung bald dem einen, bald dem anderen Antrag entsprechend, fast stets einstimmig und in der Mehrzahl debattelos angenommen. Das Bureau erhielt den Auftrag, die einzelnen Bestimmungen in einheitlicher und übersichtlicher Form zusammen zu stellen. Die Zentralvertrauensperson hat dafür zu sorgen, daß den einzelnen Vertrauenspersonen die Anleitung für ihre Amtsführung zugeht.

Das Regulativ für die **örtlichen Vertrauenspersonen** erhielt folgenden Wortlaut:

„§ 1. In jeder größeren Stadt haben die Genossinnen nach voraufgegangener Besprechung mit den Genossen eine weibliche Vertreterin zu wählen, welche am Ort die Agitation und die Heranziehung des weiblichen Proletariats zur modernen Arbeiterbewegung planmäßig betreibt.

§ 2. Die Wahl muß in öffentlicher Frauenversammlung stattfinden.

Die Vertrauenspersonen werden auf die Dauer eines Jahrs gewählt und sind wieder wählbar.

§ 3. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte eines Bezirks haben miteinander, mit der Vertrauensperson des Hauptorts und der Vertrauensperson für ganz Deutschland stete Fühlung zu halten und jährlich mindestens einmal zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten.

§ 4. Des Weiteren haben sie dafür zu sorgen, daß die Forderungen der proletarischen Frauen und Mädchen auf allen Gebieten des sozialen Lebens mit Nachdruck vertreten werden. Sie müssen darauf hinwirken, daß das weibliche Proletariat an allen Kämpfen und Aufgaben seiner Klasse theilnimmt und daß hinwieder den Interessen und Bestrebungen der Proletarierinnen moralische und materielle Unterstützung seitens der organisirten Arbeiterschaft zu Theil wird."

Das soll erreicht werden, indem die Vertrauenspersonen

a) Versammlungen veranstalten, in denen allgemeine wirthschaftliche und politische Fragen behandelt werden. Versammlungen, in denen die proletarischen Frauen vom Standpunkt ihrer Interessen aus Stellung zu den auftauchenden Tagesfragen, sowie zu allen Kämpfen der Arbeiterklasse nehmen; Versammlungen, die dem Kampf für die Forderungen dienen, welche die Proletarierinnen stellen in ihrer Eigenschaft als Glieder der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse und als Angehörige des sozial unfreien weiblichen Geschlechts; (Siehe Beschlüsse des Gothaer Parteitags.)

b) für die Herausgabe und die Verbreitung zweckentsprechender, leichtfaßlicher Broschüren und Flugblätter sorgen;

c) darauf hinwirken, daß die lokale Arbeiterpresse die Aufklärung des weiblichen Proletariats mit dem gebührenden Nachdruck fördert und mit aller Energie für seine Interessen, sowie für die Bestrebungen der Genossinnen eintritt;

d) Anknüpfungspunkte suchen für die Agitation und Organisation unter den Massen der Industrie-Arbeiterinnen durch solche Mittel und Wege, welche von den lokalen Umständen als praktisch erscheinen;

e) Material über die Lage der Arbeiter sammeln;

f) für die Aufbringung materieller Mittel zu sorgen, welche für vorstehende Zwecke verwendet werden.

Als Regulativ für die Kreisvertrauensperson wird beschlossen:

„Die Kreisvertrauensperson muß alle Jahre einen Situations- und Thätigkeitsbericht für den ganzen Kreis einsenden.

Die Vertrauensperson des Hauptorts eines Bezirks hat die Beziehungen zwischen den Vertrauenspersonen der einzelnen Orte in die Wege zu leiten und eventuell zu vermitteln, sowie eine stete Verbindung mit der Vertrauensperson der Genossinnen für ganz Deutschland zu unterhalten. Letzterer muß sie alle sechs Monate einen Situations- und Thätigkeitsbericht für den ganzen Bezirk einsenden, der in der „Gleichheit" veröffentlicht wird."

Als Regulativ für die Zentral-Vertrauensperson wird beschlossen:

„§ 1. Der Sitz der Zentral-Vertrauensperson ist Berlin.

Die Wahl derselben findet auf der Konferenz statt.

Die Berliner Genossinnen wählen eine Revisions-Kommission, bestehend aus drei Genossinnen.

Vierteljährlich muß ein Revisions-Bericht in der „Gleichheit" veröffentlicht werden.

§ 2. Die Zentral-Vertrauensperson hat dafür zu sorgen, daß die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse zur Ausführung kommen.

Sie hat im Sinne der oben angeführten Gesichtspunkte dafür zu wirken, daß die Agitation in ganz Deutschland einheitlich und kräftig betrieben wird.

Ihr liegt es ob, durch Wort und Schrift eine systematische Agitations- und Organisationsarbeit der Genossen in Orten und Gegenden anzubahnen und zu sichern, wo bisher die proletarischen Frauen und Mädchen dem Kampf für die Befreiung ihrer Klasse und ihres Geschlechts verständnißlos gegenüber standen. Sie hat des Weiteren für die Einheitlichkeit der Aktionen zu sorgen, durch welche die Genossinnen im ganzen Reich den Kampf für diejenigen ihrer Forderungen führen, welche jeweilig in den Vordergrund geschoben werden.

Ein Hauptaugenmerk hat sie der Herausgabe geeigneter Flugblätter zuzuwenden, die der allgemeinen Agitation oder der Aufklärung über besondere Forderungen und Fragen dienen. Was Inhalt, Fassung und Ausgestaltung der Flugblätter anbetrifft, so hat sie thunlichst die Anforderungen und Wünsche zu berücksichtigen, welche von den Vertrauenspersonen im Lande geäußert werden.

Die Vertrauensperson der Genossinnen in ganz Deutschland hat auf Grund der ihr zugehenden Einzelberichte jährlich einen Gesammtbericht auszuarbeiten, welcher in der „Gleichheit" veröffentlicht und in den Thätigkeitsbericht des Vorstands der sozialdemokratischen Partei aufgenommen wird.

§ 3. Publikationsorgan ist die „Gleichheit". Dieselbe wird den Vertrauenspersonen gratis zur Verfügung gestellt.

§ 4. Das beschlossene Regulativ ist in Druck zu geben und allen Vertrauenspersonen zur besseren Orientirung zu übersenden."

Zu längeren, anregenden Debatten führte der Passus des Antrags Zetkin:

„Die Vertrauenspersonen der Genossinnen sind überall, wo die Vereinsgesetze dem nicht entgegenstehen, von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen."

Gegen das Prinzip der Forderung wurden von keiner Seite Einwendungen erhoben. Wohl aber wurden Bedenken geäußert, ob ihre Verwirklichung durchzusetzen sei. Mit trefflicher Sachkenntniß wies besonders Genossin Ihrer darauf hin, daß der Antrag in der vorliegenden Form unter Umständen dazu führen könne, daß die Vertrauenspersonen der Genossinnen und Genossen, deren praktisches Handinhandarbeiten gesichert werden solle, in Konflikt mit den Vereinsgesetzen jener Länder zu bringen, wo die Frauen von der Theilnahme an politischen Vereinen ausgeschlossen sind. Besprechungen der Vertrauenspersonen könnten eventuell als Sitzungen eines politischen Vereins erklärt werden. Die Genossinnen Wengels, Zeise und Gotthusen sprachen in ähnlichem Sinne. Letztere wies in einem Situationsbericht über die Bewegung in ihrer Heimath darauf hin, daß die Männer dort noch sehr rückständig seien und ihre Frauen von der Bewegung fernhielten, eine Klage, die wiederholt auch von anderer Seite erhoben wurde. Genossin Steinbach hielt den Antrag für verfrüht. In den Männern aller Kreise stecke noch zu sehr der alte Adam, der gewohnt sei, über die Frau zu herrschen. Der Mann könne nicht aus seiner Haut. Die Frauen aber seien vielfach noch ihren Rechten und Aufgaben gegenüber indifferent und schwach. Erst wenn sich eine Wandlung der Geister vollzogen, würden wir weiter kommen. Die Genossinnen Baader, Zietz, Greifenberg, Fürth, Zetkin und Genosse Katzenstein treten für den Antrag ein. Die Genossinnen Baader und Zietz wendeten sich insbesondere gegen die Befürchtungen, die Vereinsgesetze könnten in bestimmten Ländern das Zusammenarbeiten der Vertrauenspersonen der Genossinnen und Genossen hindern. Durch gerichtliche Entscheidung in Sachen der Anklage gegen den Partei-Vorstand, die Vertrauenspersonen und Wahlvereinsvorsitzenden von Berlin sei anerkannt worden, daß Vertrauenspersonen gelegentlich zur Besprechung von einzelnen Angelegenheiten zusammentreten könnten. Der Begriff des politischen Vereins gelte nicht für gelegentliche, unregelmäßige Zusammenkünfte zu einem ganz bestimmten Zwecke. Er sei nur anwendbar auf regelmäßige Sitzungen zur Erledigung fortlaufender Geschäfte. Genossin Zietz betonte noch, daß die Verwirklichung der erhobenen Forderung von größter Wichtigkeit für das praktische Zusammenarbeiten der Genossinnen und Genossen sei. Genossin Dunker führte aus, daß die Bedenken betreffs der eventuellen Anwendung des Vereinsgesetzes durch einen entsprechenden Zusatz beseitigt werden könnten. Sie wie Genossin Ledebour befürwortete den Passus besonders mit Rücksicht darauf, daß die Vertrauenspersonen der Genossinnen nur in stetem Einvernehmen mit den Vertrauenspersonen der Genossen erfolgreich wirken könnten. Genossin Fürth vertheidigte die erhobene Forderung als eine selbstverständliche Forderung des Grundsatzes der Gleichberechtigung. Schließlich wurde der Antrag mit zehn gegen acht Stimmen angenommen.

Zu Punkt 2a: Agitation unter dem weiblichen Proletariat, entwickelte sich eine rege und eingehende Debatte, an der sich fast alle Delegirte und zahlreiche Gäste betheiligten. Einmüthig ging die Ansicht dahin, daß ohne Vernachlässigung der Agitation unter den proletarischen Hausfrauen künftighin der Agitation unter den Arbeiterinnen größere Aufmerksamkeit und mehr Kraft gewidmet werden müßte. Diese Agitation solle vor Allem der eigentlichen gewerkschaftlichen Agitation vorarbeiten, dürfe aber auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen nicht aus dem Auge verlieren. Die Konferenz be-

schäftigte sich zuerst mit der Frage der Agitation durch die Schrift. Zwei im Wesentlichen fast gleiche Anträge lagen dazu vor, die Anträge der Genossinnen Braun und Zetkin. Beide unterschieden sich nur dadurch, daß der Antrag der Genossin Braun einzelne Artikel der „Gleichheit" als Flugblätter verbreitet wissen wollte, der andere aber die Einsetzung einer Kommission forderte, welche mit der Herausgabe der Broschüren, Flugblätter ꝛc. zu betrauen sei. Die Genossinnen Gotthusen, Zetkin, Wengels und Andere noch wendeten sich gegen den Vorschlag der Genossin Braun. Der Charakter der „Gleichheit" schließe aus, daß Artikel aus ihr unter der Masse der indifferenten Frauen und Arbeiterinnen verbreitet werden könnten. Dagegen wurde die Herausgabe von Flugblättern in der von Genossin Zetkin empfohlenen Form allgemein als nothwendig bezeichnet. Genossin Steinbach führte aus, daß die lokalen Umstände sehr oft die Verbreitung von Flugblättern bedingten, die für eine ganz bestimmte Arbeiterinnenkategorie bestimmt seien oder ganz bestimmte Vorkommnisse und Verhältnisse behandeln müßten. Angesichts dieses Umstandes müsse es den Genossinnen bezw. den Vertrauenspersonen überlassen bleiben, für die Herausgabe von Flugblättern zu sorgen. Eine Zentralstelle könne in dieser Beziehung nicht das Geeignete schaffen. Die Genossinnen Ihrer, Kähler und Zetkin erwiderten, daß die Aufgaben der Kommission nicht im Gegensatz zu dem einschlägigen Wirken der örtlichen Vertrauenspersonen stehen, vielmehr dasselbe vervollständigen. Selbstredend müsse die Herausgabe von Flugblättern lokalen Charakters Sache der Genossinnen der einzelnen Orte sein. Der Kommission liege dagegen ob, für die Herausgabe solcher Flugblätter zu sorgen, welche allgemein wichtige Fragen behandeln und über das ganze Reich verbreitet werden könnten. Zur Frage selbst nahm die Konferenz den Antrag Zetkin an. Derselbe lautet:

> „Zur Agitation unter den Arbeiterinnen sind, wie es schon der Parteitag zu Gotha beschlossen, in bestimmten Zwischenräumen kurze, populär gehaltene Flugblätter herauszugeben, welche in knapper, kräftiger Darstellung einzelne Seiten der Arbeiterinnen-Interessen und der Frauenfrage behandeln (Lohnfrage, Arbeitszeit, Ueberstundenarbeit, sanitäre Bedingungen, gesetzlicher Schutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerbegerichte, Krankenversicherung ꝛc. ꝛc.). Diese Flugblätter sollen die Form kleiner Broschüren erhalten, auf gutem Papier gedruckt und geschmackvoll ausgestattet werden. Mit ihrer Herausgabe wird eine Kommission betraut, die aus fünf Gliedern besteht und von den Berliner Genossinnen gewählt wird."

Einer Anregung des Genossen Ledebour entsprechend wurde beschlossen, daß von den Berliner Genossinnen die vorgeschlagene fünfgliederige Kommission gewählt werden solle.

Weitere Debatten kreisten um die Frage, ob dem Antrag der Hamburger Genossinnen gemäß die Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung zu fordern sei, welche allen größeren Parteiblättern als Beilage beigegeben werden solle. Genossin Zietz begründete den Antrag unter Hinweis auf die Bedeutung der Presse für die Agitation und auf die vorliegende Nothwendigkeit, Mittel der schriftlichen Agitation zu schaffen, die in die Kreise der indifferenten Frauen bringen. Genossin Gotthusen sprach in dem gleichen Sinne. Die „Gleichheit" könne unter der Masse der gleichgiltigen Frauen nicht verbreitet werden, zu diesem Zwecke sei sie nicht populär genug. Die Genossinnen Steinbach, Ihrer, Greifenberg und Andere wendeten sich gegen die Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung. Erstere betonte besonders die vorliegende Gefahr, daß der Werth des Inhalts der Anziehungskraft auf die Massen geopfert werde, so daß das Blatt nicht erzieherisch auf die Frauen wirken könne. Genossin Ihrer führte aus, daß eine besondere Frauenzeitung die Frauen nicht zur Lektüre unserer politischen und gewerkschaftlichen Presse erziehe, sondern sie vielmehr derselben entfremde. Worauf es ankomme, sei, daß unsere Presse die Interessen der

Frauen und Arbeiterinnen in gebührender Weise berücksichtige. Das zu erzielen, sei aber Sache der Genossinnen der einzelnen Orte, die einerseits ihren Einfluß auf die Redaktionen bezw. Preßkommissionen aufbieten, andererseits den Blättern Einsendungen und Beiträge zugehen bezw. Mitarbeiterinnen zuweisen müßten. Von den Genossinnen Vogel, Thiede, Tröger und vom Genossen Katzenstein wurde angeregt, ob es nicht rathsam sei, den Charakter der „Gleichheit“ zu ändern, sie populär zu gestalten und in weiteren Kreisen zur Verbreitung zu bringen. Der Genosse Marckwald, die Genossinnen Greifenberg, Baader und Zetkin weisen diesen Vorschlag zurück. Die fortgeschritteneren Genossinnen könnten die „Gleichheit“ nicht entbehren. Werde der Charakter der Zeitschrift geändert, so verliere sie ihre Bedeutung für die Genossinnen und Genossen, ohne doch in die Masse der Frauen zu dringen. Genossin Greifenberg führte außerdem unter Bezugnahme auf Chemnitz an, daß es bei rühriger Agitation wohl möglich sei, der „Gleichheit“ eine weitere Verbreitung zu sichern und dadurch schulend zu wirken. Der Antrag Hamburg wurde mit schwacher Majorität abgelehnt. Zur Annahme gelangte folgender Antrag der Genossinnen Wengels, Ihrer und Greifenberg:

> „Der Parteitag möge aussprechen, daß den Leitern der Arbeiterblätter aufgegeben wird, mehr wie bisher in den Ausführungen auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es von einigen Blättern bereits geschieht.“

Was die mündliche Agitation unter dem weiblichen Proletariat anbelangt, so zeitigten die Debatten zahlreiche Anregungen. Mehrere Rednerinnen, so besonders die Genossin Zietz, Greifenberg, Zeise führten aus, daß die Agitation unter den Frauen besonders an Fragen anknüpfen müsse, welche sie gleichsam persönlich berühren, in ihre Existenz, in die der Familie hineingreifen. Von besonderem Werth sei die persönliche Agitation in freundschaftlicher Aussprache nach der Versammlung. Genossin Zeise mahnte zu regster Agitation unter Hinweis auf die Bemühungen des Zentrums, die Frauen zu organisiren. Das einzige Wahlrecht, das den Frauen in Deutschland zusteht, das Wahlrecht zu den Ortskrankenkassen, zur Agitation unter den Frauen auszunützen, empfahl Genossin Zietz. Genossin Fürth erachtete die Konsumvereine als treffliche Ausgangs- und Stützpunkte, um Aufklärung unter das weibliche Proletariat zu tragen. Genossin Steinbach pflichtete dieser Ansicht bei und empfahl des Weiteren die gewerkschaftliche Organisation als wirksamstes Mittel, den Arbeiterinnen Erkenntniß zu bringen und sie zu heben. Voraussetzung dafür, daß diese Aufklärungsarbeit geleistet werde, sei die Neutralität der Gewerkschaften. Nach Genossen Katzenstein können besonders durch die Agitation gegen den Alkohol Anknüpfungspunkte für die sozialistische Agitation unter den Frauen gewonnen werden. Der Redner wies weiter darauf hin, daß Fragen, welche das wirthschaftliche Interesse der Frauen, der proletarischen Familien berührten, agitatorisch ausgenützt werden müßten. So gegenwärtig die Kohlentheuerung, später — im Anschluß an den Ablauf der Handelsverträge — die Zoll- und Steuerfrage 2c.

Eine sehr eingehende Erörterung wurde der Frage der Kleinarbeit in der Agitation zu Theil. Die Genossinnen Dunker, Zetkin und Ihrer hoben die sehr große Bedeutung dieser Arbeit scharf hervor, zumal für die Agitation unter den Berufsarbeiterinnen. Einzelne Genossinnen oder kleine Gruppen von Genossinnen hätten zunächst persönliche Fühlung mit einzelnen befähigten und energischen Arbeiterinnen zu gewinnen und sie im freundschaftlichen Verkehr aufzuklären. Aufgabe dieser Arbeiterinnen wäre es dann, eine planmäßige Agitation unter ihren Freundinnen und Kameradinnen zu treiben. Sei dadurch der Boden in den einzelnen Betrieben und Werkstätten genügend vorbereitet, so habe eine systematische, gut geleitete und anhaltende Werkstubenagitation der Genossinnen

einzusetzen. An diese schließt sich dann die Agitation in öffentlichen Versammlungen, die sich je nach den Umständen an die Arbeiterinnen einer Kategorie oder auch an alle Arbeiterinnen eines Ortes wendet. Von größter Bedeutung sei dabei, daß die Kleinagitatorinnen wie die Referentinnen gründliche Kenntnisse der einschlägigen Verhältnisse haben, sich in ihren Ausführungen nicht in Allgemeinheiten bewegten, sondern sich so vertraut mit den Arbeits- und Existenzbedingungen ihres Publikums erweisen, daß jede einzelne Arbeiterin sich gleichsam persönlich erfaßt fühle. Genossin **Dunker** empfahl den Genossinnen, sich zum Zwecke der Kleinarbeit von Gewerkschaftlern die Adressen fähiger Arbeiterinnen geben zu lassen.

Gelegentlich der skizzirten Debatten ergriff auch Genosse **Pernerstorfer** das Wort. Er führte aus, daß aus den Verhandlungen über die Kleinarbeit hervorgehe, daß auch in Deutschland die Frauenbewegung noch im Werden begriffen sei und nicht die Stufe erklommen habe, die Alle wünschen. In diesem Stadium der Entwickelung sei die persönliche Agitation sehr wichtig. Wirksam sei auch, die Agitation in Versammlungen mit Ausnutzung von Fragen zu betreiben, welche die Proletarierinnen als Hausfrau berühren. So habe man in Oesterreich mit dem Zuckerrummel, der Erhöhung der Zuckersteuer, die Frauen in Schaaren in die Versammlungen und auf die Straße gebracht. Freilich hätten sie sich bald wieder verlaufen. Für die Organisation sei nichts dabei gewonnen worden. Er könne den Frauen nur rathen, sich auf sich selbst zu stellen. Von den Männern dürfe nicht zu viel erwartet werden, viele von ihnen stehen der Aufklärungsarbeit unter den Frauen noch indifferent gegenüber. Wie der Sozialismus nur siegen kann durch die Arbeiter selbst, so kann auch die Frauenbewegung nur siegen durch die Frauen selbst.

Zur Frage der **Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz** wurde von Genossin Zetkin dargelegt, daß sie auf Grund des Programms geführt werden müsse, das der Parteitag zu Hannover festgelegt hat. Festzuhalten sei vor Allem, daß — wie auch die Berichte der Fabrikinspektoren über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen beweisen — der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen nicht blos die verheiratheten, sondern auch die ledigen, vor Allem aber auch die jugendlichen Arbeiterinnen erfassen müsse. Dadurch werde verhindert, daß die Arbeiterin mit zerrüttetem Organismus in die Ehe und zur Mutterschaft komme. Von besonderer Wichtigkeit sei, für die Arbeiterinnen den gesetzlichen Achtstundentag und die Freigabe des Sonnabend Nachmittag zu erlangen. Diesen Ausführungen wurde allgemein beigepflichtet. Mehrere Rednerinnen, so Genossin **Tröger**, betonten, daß viele der jetzt geltenden Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen nur auf dem Papier beständen. Den Arbeiterinnen mangelt vielfach die Kenntniß ihres Rechts und noch öfter die Macht, diesem Geltung zu verschaffen. Wichtig sei, die Arbeiterinnen über die gesetzlichen Bestimmungen aufzuklären und sie auf die Thätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen der Gewerkschaften aufmerksam zu machen.

Die Debatten beschäftigten sich in der Folge im Anschluß an den Antrag der Genossin **Dunker**, bezw. der Leipziger Genossinnen mit der Frage der **Erweiterung und Sicherung des Wöchnerinnenschutzes**. Die Genossin **Dunker** begründete ihn mit warmen Worten unter Hinweis auf die vorliegende Pflicht der Allgemeinheit, im Interesse der Zukunft Mutter und Kind zu schützen und dem letzteren wenigstens während der ersten drei Monate nach der Geburt die mütterliche Pflege zu sichern. Die Genossinnen **Ihrer** und **Fürth** warnten in dieser Hinsicht vor zu weitgehenden Forderungen. Laut ärztlicher Feststellungen sei der weibliche Organismus sechs Wochen nach der Entbindung wieder in normalem Zustand. Bei ausgedehnterer Schutzzeit sei eine Verdrängung der verheiratheten Arbeiterinnen aus der Industrie, bezw. der Verlust der Arbeitsgelegenheit für die einzelne Wöchnerin zu befürchten; des Weiteren auch, daß

an Stelle der Fabrikarbeit Heimarbeit und übermäßige häusliche Pflichtleistungen im Bunde mit Entbehrungen treten. Die Genossen Adler und Braun (Königsberg) erachteten, daß in Verbindung mit einer ausgedehnten Schutzzeit eine sehr einschneidende Abänderung des Krankenkassengesetzes eintreten müsse, die aber kaum zu erwarten sei. Von dem jetzt üblichen geringen Krankengeld können aber die Arbeiterinnen nicht leben. Die Genossinnen Zietz und Baader traten diesen Ausführungen entgegen. Erstere betonte, daß es sich um Aufstellung einer grundsätzlichen Forderung handle und nicht um einen Gesetzentwurf. Wir haben deshalb zu erklären, was wir im Interesse der Frau, des Kindes, der Arbeiterklasse, ja der gesammten Nation verlangen müssen. An den Gesetzgebern sei es, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Verwirklichung der Forderungen zu ermöglichen. Genossin Baader ergänzte diese Ausführungen dahin, daß die Unterstützung der Wöchnerinnen eventuell nicht allein durch die Krankenkasse in Aussicht genommen werden müsse. Man könne, wie es in Frankreich und Belgien geschehen, die Gründung einer besonderen Mutterschaftskasse fordern. Was die Krankenkassen anbelangt, so werde ihre Mehrbelastung durch die Wöchnerinnenunterstützung wieder aufgewogen durch geringere Ausgaben für kranke, zumal unterleibsleidende weibliche Mitglieder und für kranke, schwächliche Kinder. Was das geringe Einkommen der Frau anbetreffe, so werde der Ausfall dadurch wett gemacht, daß die Frau daheim bleiben und sparsamer, besser wirthschaften könne. Genossin Fürth bestätigte die letztere Thatsache durch die Ergebnisse einer Enquete über Haushaltungsbudgets. Genosse Katzenstein hielt die Forderung der Leipziger Genossinnen auch mit Rücksicht auf die agitatorische Wirkung für bedenklich. Er rieth dazu, Festhaltung der geltenden Schutzfristen für Schwangere und Wöchnerinnen zu fordern, Beseitigung der Ausnahmebewilligungen, Erhöhung des Krankengeldes auf den vollen Betrag des Lohnes und obligatorische Ausdehnung der Unterstützung auf die Frauen der verheiratheten Kassenmitglieder. Nach längeren Erörterungen über das Für und Wider der strittigen Frage gelangte der Kompromißantrag Zetkin zur Annahme:

„Als Mindestmaß an gesetzlichem Schutz für die proletarische Frau als Mutter ist zu fordern: Aufrechthaltung der bereits gesetzlich festgelegten Schutzzeit für erwerbsthätige Schwangere und Wöchnerinnen von 4 Wochen vor bis 6 Wochen nach der Geburt. Beseitigung der Ausnahmebewilligungen zu früherer Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Erhöhung des Krankengeldes auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagelohns. Obligatorische Ausdehnung der Krankenunterstützung der Wöchnerinnen auf die Frauen der Mitglieder."

Genossin Zetkin erörterte darauf das Wie der Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz. Ihrer Ansicht nach muß dieselbe sofort vorbereitet und in Angriff genommen werden. Es gilt die Situation auszunutzen, welche durch die Erhebung über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen geschaffen worden ist, die uns vorzügliches Agitationsmaterial geliefert hat. Wenn der Reichstag im Anschluß an die Berichte der Gewerbeaufsicht die Materie behandelt, so muß unsere Fraktion sich bei ihren Anregungen und Anträgen auf die Forderungen und Willenskundgebungen der Arbeiterinnen selbst berufen können. Unserer Agitation falle eine zweifache Aufgabe zu. Einmal müsse sie die Arbeiterinnen von der Nothwendigkeit und Bedeutung der erhobenen Forderungen überzeugen und ihre Erkenntniß zum festen Willen verdichten, die dringenden Reformen erkämpfen zu wollen. Zweitens aber muß dieser Wille zur Kenntniß der gesetzgebenden Gewalten gebracht werden. Genossin Zetkin empfahl, daß die Zentralvertrauenspersonen der Genossinnen sich mit den einzelnen Vertrauenspersonen betreffs der planmäßigen Vorbereitung der Agitation zu verständigen habe, insbesondere auch, um überall im Einvernehmen mit den Gewerk-

schaften und Genossen zu handeln. Nach einem Ueberblick über die Agitationsgebiete, die Anforderungen, verfügbaren materiellen und rednerischen Kräfte sind die Agitationsversammlungen anzusetzen. In allen Versammlungen kommt eine gleichlautende Resolution zur Abstimmung. Sachkundige Genossinnen sollten die Frage des Arbeiterinnenschutzes in allen öffentlichen Versammlungen zur Sprache bringen und hier ebenfalls über die Resolution abstimmen lassen. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Orte haben eine Zusammenstellung über Versammlungen und Zahl der Abstimmenden vorzunehmen und der Zentralvertrauensperson einzuschicken. Diese stellt das Gesammtergebniß für ganz Deutschland fest und theilt es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit, bezw. stellt es in einer begründeten Eingabe dem Reichstag zu. Die Rednerin regte an, daß es vielleicht zweckmäßig sei, für die Eingabe Unterschriften zu sammeln, wie es gelegentlich der Eingabe zur lex Heinze geschehen. Was die schriftliche Agitation anbelange, so seien Flugblätter und Broschüren zu schaffen über die geltenden gesetzlichen Schutzbestimmungen, über unsere Forderungen 2c. Genossin Fürth empfahl, in einer Broschüre das schätzenswerthe Material zu veröffentlichen, was in den Berichten der Fabrikinspektoren über die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen enthalten ist. Diese Anregungen fanden allseitige Zustimmung. Genossin Zietz wies auf Grund ihrer reichen Erfahrungen nach, welch hohes Interesse die Frauen der Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes entgegenbringen und wie wirksam in jeder Hinsicht eine Agitation für unsere Forderungen sei.

Die Debatten über die Frauenbildungsvereine führten zu lebhaften Auseinandersetzungen. Hier standen sich die Meinungen am schroffsten gegenüber. Die Genossin Steinbach sprach auf Grund der vorliegenden, langjährigen Erfahrungen den Frauenbildungsvereinen jede Existenzberechtigung ab. Es fehle an dem nöthigen Menschenmaterial, das sich bilden lassen wolle. Die Theilnahme der jungen Arbeiter an Bildungsvereinen und Arbeiterbildungsschulen sei gering in Folge der armseligen Existenzbedingungen, die Lage der proletarischen Frauen sei eine noch jammervollere. Wo solle da der Wunsch keimen und wachsen nach besserer Bildung, vor Allem aber woher solle die Zeit und geistige Frische kommen, um auch nur vorhandene Bildungsmittel auszunützen? Es fehle aber, so führte Genossin Steinbach weiter aus, den Bildungsvereinen an geeigneten Lehrkräften. Die Frauenbildungsvereine seien eine zwecklose Spielerei und verwandelten sich fast stets in Klatsch- und Zankvereine. Wo es möglich sei, sollten die bildungseifrigen Frauen den politischen Organisationen der Männer beitreten, andernfalls sich aber in den Volksversammlungen und durch die Presse aufklären. Die Arbeiterinnen müßten sich insgesammt den Gewerkschaften anschließen, hier fänden sie Aufklärung und Schulung zugleich mit einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen. Genossin Gotthusen pflichtete diesen Ausführungen durchaus bei und stützte ihr absprechendes Urtheil über die Frauenbildungsvereine auf ihre eigenen Erfahrungen in der Rheinprovinz. Genosse Bruhns sprach in dem gleichen Sinne. Die Genossinnen Ihrer, Dunker, Zietz, Greifenberg und Tröger redeten dagegen den Frauenbildungsvereinen warm das Wort, vorausgesetzt, daß ihre Gründung nicht kopflos erfolgt und die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwickelung vorhanden seien. Auch Genosse Braun (Königsberg) vertrat die Ansicht, daß Frauenbildungsvereine unter Umständen sehr nützlich wirken könnten. Genossin Dunker hob hauptsächlich den erzieherischen Einfluß der Frauenbildungsvereine hervor. Durch Belehrung weckten und stärkten sie das Persönlichkeitsbewußtsein der Frauen, damit aber auch ihr Pflichtbewußtsein. Sie entwickelten das Solidaritätsgefühl und gewöhnten sich an Opfer für eine Gemeinschaft. Das Wissen, das sie den Frauen durch Vorträge und besonders auch durch Vortragskurse bieten könnten, sei sehr werthvoll. Es befähigt die Frau zu höheren Pflichtleistungen. Genossin Zietz schilderte die Wichtigkeit der Frauenbildungsvereine in

solchen Ländern, wo den Frauen durch das Vereinsgesetz jede andere Form der Organisation unmöglich sei. Dort stelle der Bildungsverein die einzige Möglichkeit dar, das Gemeinsamkeitsgefühl der Frauen zu wecken und zu entwickeln. Genossin Ihrer wies eingehend nach, daß die vorliegenden üblen Erfahrungen nicht dem Wesen der Frauenbildungsvereine zur Last gelegt werden dürften. Sie seien bedingt worden durch die Umstände, unter denen die Organisationen entstanden und wirkten. Vielerorts gründeten die Genossinnen Vereine, ohne daß die Vorbedingungen für ihre gesunde Entwickelung vorhanden waren. Sie besaßen weder leitende, noch lehrende Kräfte, es mangelte ihnen Klarheit über das, was die Organisationen leisten konnten und leisten sollten. So fielen nicht wenige Vereine der polizeilichen Auflösung, andere dem Verkümmern anheim. Trotz Allem aber ist — das zeigt ebenfalls die Erfahrung — unter gewissen Umständen die Gründung von Frauenbildungsvereinen nöthig und ihre gesunde Entwickelung möglich. In Ländern mit reaktionärem Vereinsgesetz sind sie für die proletarischen Hausfrauen Stätten der Aufklärung, Mittelpunkte des Zusammenschlusses. Aber auch dort, wo günstige vereinsgesetzliche Bestimmungen bestehen, kann der Frauenbildungsverein segensreich wirken. Ueberall müßte im Voraus gewissenhaft geprüft werden, ob die Vorbedingungen für ein gesundes Emporblühen eines Vereins vorhanden seien, insbesondere auch die nöthigen leitenden Kräfte. Die Bildungsvereine dürfen nicht Politik auf Umwegen treiben wollen, wo den Frauen gesetzlich die Beschäftigung mit Politik verwehrt sei. Sie dürften nicht Konkurrenz- und Oppositionsvereine gegenüber den bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sein. Sie müßten solche Bildungsbedürfnisse der Frauen befriedigen, die innerhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisation nicht befriedigt werden könnten. Genossin Kähler führte aus, daß die Bildungsvereine außerhalb der politischen Bewegung ständen. Die Konferenz könne deshalb keinen sie betreffenden Beschluß fassen, sondern nur in einer Resolution ihre Sympathie kundgeben. Die Konferenz beschloß dieser Auffassung entsprechend durch Annahme folgender Resolution:

„Die Konferenz spricht ihre Sympathie aus für die Gründung von Frauenbildungsvereinen an solchen Orten, wo die Kräfte für die Leitung vorhanden sind. Wenn solche Vereine durch Belehrung erreichen, daß die Hausfrauen besser aufgeklärte Kindererzieherinnen werden, wenn sie das Solidaritätsgefühl der Frauen wecken, so haben sie ihre Aufgabe voll erfüllt."

Von der nämlichen Auffassung ausgehend erledigte sie die Anträge der Genossin Braun zur Frage durch Uebergang zur Tagesordnung. Mehrere Rednerinnen hatten betont, daß dieselben sehr schätzenswerthe Anregungen enthielten.

Die Verhandlungen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Allgemeines, waren kurz. Die Resolution Zetkin:

„Die ebenso nothwendige als schwierige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen ist mit allem Nachdruck zu fördern. In Verbindung mit der Generalkommission und den Gewerkschaften haben die Genossinnen nach praktischen Mitteln und Wegen zu suchen, um die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften zu regerer Mitarbeit innerhalb der Organisation, insbesondere aber zur Leistung der erforderlichen, so hochbedeutsamen Kleinarbeit heranzuziehen"

wurde einstimmig debattelos angenommen.

Ein Antrag der Genossin Rönsch, die volkswirthschaftliche Aufklärung der Frauen betreffend, wurde durch die Beschlüsse zum Punkte Agitation für erledigt erklärt. Eine kurze Debatte entspann sich zu dem Antrag der Genossin Braun, die Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung zu präzisiren. Meinungsverschiedenheiten traten in derselben nicht zu Tage. Die Genossinnen Zetkin, Ihrer, Zietz, Wengels und Genosse Ledebour waren übereinstimmend der Ansicht, daß kein Grund vorliege, die grundsätzliche Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung einer Revision zu unterziehen. Inwieweit einzelne

Genossinnen auf Gebieten, die außerhalb der sozialistischen Bewegung liegen oder von dieser zur Zeit noch nicht erfaßt werden können, mit Frauenrechtlerinnen und anderen bürgerlichen Elementen gelegentlich und vorübergehend zusammenwirken könnten, das müsse dem persönlichen Ermessen, ihrem Geschmack, ihrem Taktgefühl und der Wichtigkeit besonderer Umstände überlassen bleiben. Voraussetzung sei, daß sie überall als Sozialdemokratinnen wirkten. Genossin Steinbach gab ihrer Genugthuung Ausdruck, daß der Gedanke der Neutralität für bestimmte Gebiete von den Genossinnen anerkannt werde. Unter lebhafter Zustimmung erwiderte Genosse Ledebour darauf, daß die Neutralität der Gewerkschaften und das gelegentliche Zusammenarbeiten einzelner Genossinnen mit Frauenrechtlerinnen zwei fundamental verschiedene Dinge seien. Die Genossinnen propagirten auf einem fremden Gebiet sozialdemokratische Ideen. Die Neutralisten aber suchten die sozialdemokratischen Ideen zu verschleiern. Sie steckten die rothe Fahne in die Tasche und gucke ein rother Zipfel heraus, so heiße es, daß sei ein Taschentuch und keine Fahne.

Die Konferenz erledigte den Antrag Braun durch Uebergang zur Tagesordnung. Sie bestimmte, welche Anträge und Resolutionen zu dem Parteitag vorgelegt werden sollten. (Siehe Anträge 72—75 des Parteitags-Protokolls). Die Tagenden schritten darauf zur Wahl der Zentralvertrauensperson. Die Genossinnen Baader und Ihrer wurden für das Amt vorgeschlagen. Von keiner Seite wurde bestritten, daß die Eine wie die Andere für die Vertrauensstellung befähigt sei. Dagegen wurde gegen die Wahl der Genossin Baader geltend gemacht, daß ihre Berufsthätigkeit ihr Wirken als Vertrauensperson erschweren und beeinträchtigen werde. Von der anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß die rege Agitation der Genossin Ihrer — deren agitatorische Kraft unentbehrlich sei — sich mit der Thätigkeit der Vertrauensperson nicht vereinbaren lasse. Bei der Abstimmung wurde Genossin Baader mit allen gegen zwei Stimmen gewählt.

Genossin Zetkin schloß die Konferenz mit einigen Worten des Dankes für die pflichttreue, sachliche, fleißige Mitarbeit aller Theilnehmerinnen und Theilnehmer, mit dem Ausdruck der Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen, mit einem Hinweis auf die Zusammengehörigkeit der proletarischen Frauenbewegung und der allgemeinen sozialdemokratischen Bewegung, sowie auf die harrenden Pflichten und Aufgaben. Die Konferenz klang in einem begeisterten dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie aus.

Druckfehler-Berichtigung.

S. 131 Zeile 7 ist hinter den Worten: Resolution 72 anzufügen: **Ferner die Anträge 68, 79, 82—84 und 86—89.**

S. 174 Zeile 25 von oben lies: Greifenberg-Augsburg statt Greifenberg-Berlin.

S. 180 Zeile 3 von unten ist statt Anträge 62 und 70 zu lesen: Anträge 62 und 90.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Abé, Albin	Dortmund	Hamm-Soest u. 1. Sächsischer.
Adler, Eduard	Kiel	7. Schleswig-Holstein
Albrecht, Adolf	Halle	Anhalt II.
Althaus, Christian	Heddernheim	1. Nassauischer.
Antrick, Otto	Berlin	
Auer, Ignaz	Berlin	
Baerer, Heinrich	Harburg	17. Hannoverscher.
Baudert, Aug.	Apolda	Weimar I.
Bebel, August	Berlin	
Bérard	Hamburg	
Berger, Ernst	Cottbus	Cottbus, Spremberg, Be[illegible]
Berger, Albin	Meerane	17. Sächsischer.
Bergmann, Hartwig	Kalk	Mühlheim a. R., Wipperfürth- Gummersbach.
Berthold, Heinrich	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau. Worms-Heppenheim-Wimpfen.
Blos, Wilhelm	Stuttgart	
Boehle, Bernhard	Straßburg	Straßburg (Stadt).
Bormann, Heinr.	Hannover	8. Hannoverscher.
Brandes, Alwin	Magdeburg	Magdeburg.
Braun, Otto	Königsberg	Königsberg.
Brey, Aug.	Hannover	Hameln-Limmer u. 13. Hannover.
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. M.	
Bruhns, Julius	Breslau	Breslau Ost und West.
Brunzel, Reinhold	Berlin	Berlin II.
Burkholdt, Otto	Zittau	1. und 3. Sächsischer.
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Bullmer, Hans	Würzburg	Würzburg.
Buder, Chr.	Forst i. L.	Sorau-Forst N.-L.
Calwer	Charlottenburg	
Cramer, Balthasar	Darmstadt	
Craß, Thomas	Fechenheim	Hanau-Gelnhausen-Orb.
David, Dr. Eduard	Mombach	Mainz-Oppenheim.
Deichmann, Karl	Bremen	Bremen.
Deinhardt, Georg	Erlangen	Fürth-Erlangen.
Denner, Wilhelm	Waltershausen	Gotha.
Dietz, Heinrich	Stuttgart	
Dräger, Albert	Dresden	4. Sächsischer.
Drechsler, Fritz	Burg b. M.	Jerichow I und II.
Dreesbach, Aug.	Mannheim	
Düwell, Wilhelm	Essen	Essen a. R.
Duncker, Käte	Leipzig	12. und 13. Sächsischer (von den Frauen).
Eberhardt, Wilhelm	Charlottenburg	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Efftinge, J.	Wandsbeck	8. und 10. Schleswig-Holstein.
Ehrhart, F. J.	Ludwigshafen	
Eichhorn, Emil	Mannheim	11. und 12. Badischer.
Eisner	Berlin	
Eißnert, L.	Offenbach	Offenbach-Dieburg.
Emm. v.	Hamburg	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Emmel, Leopold	Mülhausen	2. Elsaß-Lothringer.
Engler, Wilh.	Freiburg i. B.	Freiburg.
Erdmann, Dr. Aug.	Köln	Köln (Land).
Erdmann, Karl	Dortmund	Dortmund-Hörde.
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI, Ruppin-Templin, Westprieguitz.
Esser, Christian	Minden	Minden-Lübeck.
Evers, Joseph	Hildesheim	10. Hannoverscher.
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt a. O.-Lebus.
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen.
Fendrich, A.	Karlsruhe	10. Badischer.
Feudner, Johann	Kreuznach	Kreuznach-Simmern.
Fischer, Edmund	Priesnitz	
Fischer, Richard	Berlin	
Förster, Hermann	Hamburg	
Forkert, Ernst	Solingen	Solingen.
Franz, Servaz	Hechtsheim	Mainz-Oppenheim.
Friedberg, Siegmund	Mainz	Bingen-Alzey.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau.
Friedrich, Otto	Lübeck	Lübeck.
Frohme, Karl	Hamburg	
Gambel, Fr.	Worms	Worms-Heppenheim-Wimpfen.
Gebauer, Paul	Rummelsburg	Niederbarnim.
Geck, Adolf	Offenburg	7. Offenburg-Kehl.
Gerisch, Albin	Berlin	
Gerlach, Ferd.	Halberstadt	Wanzleben.
Gerstenberger, Emil	Weißensee	Niederbarnim.
Gesser, A.	Bieber	Offenbach-Dieburg.
Gewehr, Wilh.	Elberfeld	Altena-Iserlohn.
Geyer, Fritz	Leipzig	
Gilek, Fr.	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen.
Goerke, Otto	Charlottenburg	Königsberg-Neumark.
Gogowski, Joseph	Posen	Rawitsch und Kolmar-Schoenlanke.
Göller, Romanus	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Greifenberg, Marie	Augsburg	Muggensturm und Umgegend.
Grenz, Ernst	Leipzig	2., 12. und 13. Sächsischer.
Grimpe, Herm.	Elberfeld	Düsseldorf.
Gruenwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I.
Gruhl, Karl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Günther, Ernst	Rochlitz	14. Sächsischer.
Haase, Georg	Berlin	Kattowitz-Zabrze.
Haase, Hugo	Königsberg	
Habicht, Robert	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Haller, Dr. Sigm.	St. Alban	Bamberg.
Harris, Leopold	Himbach	Friedberg-Büdingen.
Hauck, Jean	Ludwigshafen	Homburg-Kusel.
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	
Heine, Karl	Hamburg	Hamburg III.
Herrmann, Konrad	Nürnberg	Weiden-Neustadt u. Forchheim-Culmbach.
Herzfeld, Dr.	Berlin	
Hoch, Franz	Berlin	Berlin III.
Hoch, Gustav	Hanau	
Höppner, Wilhelm	Cotta	6. Sächsischer.
Hoffmann, Adolf	Berlin	Berlin IV.
Hoffmann, Paul	Berlin	Berlin IV.
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II.
Hofmann, Franz	Chemnitz	22. Sächsischer.
Horn, Georg	Lindenau-Kötzschenbroda	
Hübner, Karl	Plauen	23. Sächsischer.
Hug, Paul	Bant	1. und 2. Hannoverscher.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Jakobsen, J.	Ottensen	6. Schleswig-Holsteinischer.
Jens, Marx	Ottensen	6. Schleswig-Holsteinischer.
Ihrer, Emma	Pankow	Berlin V.
Jürs, Karl	Neumünster	7. Schleswig-Holsteinischer.
Jungnickel, Bernhard	Dresden	4. Sächsischer.
Kaden, August	Dresden	
Kahl, F.	Duisburg	Duisburg-Mülheim.
Käppler, Hermann	Altenburg	Anhalt I.
Kaufmann, Gustav	Zwönitz	19. Sächsischer.
Keil, Carl	Wilkau	22. Sächsischer.
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban, Sagan-Sprottau, Löwenberg.
Kiesel, Max	Berlin	Berlin VI, Ost-Priegnitz.
Klees, Wilhelm	Magdeburg	
Klement, Eduard	Kaiserslautern	Kaiserslautern-Kirchheimbolanden.
Klingenhagen, Heinr.	Herford	Herford-Halle.
Kloth, Emil	Leipzig	12. und 13. Sächsischer.
Köhne, Heinrich	Sicker	Bielefeld-Wiedenbrück.
Koenen, Heinr.	Hamburg	
König, Max	Bochum	Bochum.
Koß, Fr.	Schwerin	2. Mecklenburg.
Kotzke, Franz	Berlin	Berlin V und Guben-Lübben.
Kühn, Aug.	Langenbielau	Reichenbach-Neurode, Bunzlau-Lüben, Landeshut-Bolkenhain-Jauer i. Schl., Grünberg-Freystadt.
Kühn, Emil	Döbeln	10. Sächsischer.
Kümmel, Karl	Barmen	Barmen-Elberfeld.
Kunert, Fritz	Berlin-Südende	Halle-Saalkreis.
Kynast, Aug.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf, Schwabach-Ansbach.
Ledebour, Georg	Striesen	6. Sächsischer, Dresden-Land.
Ledebour, Minna	Striesen	Dresden.
Leiche, Fr.	Hamburg	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer.
Leutert, Paul	Apolda	3. Weimar., Jena-Neustadt, Weida.
Liebmann, Valentin	Mainz	Mainz-Oppenheim.
Lösch, August	Schney	Kronach-Lichtenfels, Hof i. B.
Luxemburg, Rosa	Berlin	Posen, Neustadt O.-S., Beuthen-Tarnowitz.
Manasse-Waldeck	Berlin	Oberbarnim, Berlin I.
Marckwald, Hans	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt-Werningerode.
Mehlhaff, Friedrich	Hamburg	Hamburg II.
Meisel, Edmund	Crimmitschau	18. Sächsischer.
Meist, Carl	Cöln a. Rh.	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Meister, Heinr.	Hannover	
Merkowski, Franz	Berlin	Kattowitz-Zabrze.
Metzger, W.	Hamburg	
Metzner, Theodor	Berlin	Züllichau, Schwiebus, Krossen.
Michaelis, Emil	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg.
Mohring, Max	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg, Haynau.
Molkenbuhr, Herm.	Hamburg	
Mucker, Herm. Max	Wurzen	11. Sächsischer.
Müller, Adolf	München	München I.
Müller, G.	Leipzig-Möckern	12. und 13. Sächsischer.
Müller, Johann	Mutterstadt	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal.
Müller, Theodor	Flensburg	Apenrade-Flensburg.
Neutscher, Carl	Saarbrücken	Saarbrücken.
Nitzschke, Ernst	Großenhain	7. Sächsischer.
Oberländer, Herm.	Zeulenroda	Reuß ält. L.
Ohlendorf, Fritz	Braunschweig	1. und 2. Braunschweig.
Opificius, Wilhelm	Pforzheim	9. Badischer.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Orbig, Karl	Gießen	Alsfeld-Lauterbach-Schotten, Gießen-Grünberg-Nidda.
Otto, Adolf	Dresden	5. Sächsischer.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	
Pfarr, Johann	Berlin	Berlin VI.
Pfeiffer, H.	Cassel	Cassel-Melsungen, Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Pickelmann, Ludwig	München	München I.
Pieper, Wilhelm	Spandau	Potsdam, Ost-Havelland.
Plorin, Hermann	Halle	Naumburg-Weißenfels-Zeitz.
Quarck, Dr. Max	Frankfurt a. M.	2. Nassauischer.
Raab, Georg	Pfungstadt	Darmstadt-Groß-Gerau.
Radloff, Otto	Wilhelmsburg	17. Hannoverscher.
Rau, Andreas	Mülheim a. M.	Bensheim-Erbach.
Rees, Friedrich	Eßlingen	2., 5. und 10. Württemberg.
Reißhaus, Paul	Erfurt	
Reiwand, Karl	Halle	Halle, Saal- und Mansfelder Kreis.
Renner, Ludwig	Augsburg	Augsburg.
Riegel, Karl	Pirna	8. Sächsischer.
Rieger, August	Köln	Köln (Stadt).
Riemann, Karl	Chemnitz	16. Sächsischer.
Rohrhirsch, Hugo	Itzehoe	5. Schleswig-Holsteinischer.
Rosenow, Emil	Berlin	
Sachse, Hermann	Zwickau	
Säckler, Joseph	Schweinfurt	Schweinfurt-Haßfurt-Ebern.
Schaurer, Jacob	Heidenheim	Geislingen-Ulm-Heidenheim.
Scheibe, L.	Hartmannsdorf	15. Sächsischer.
Scheidemann, Phil.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Scherm, Johann	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Schmalfeldt, Heinr.	Bremerhaven	19. Hannoverscher und Bremerhaven.
Schmidt, Franz	München	München II.
Schmidt, W.	Frankfurt	
Schneider, Friedrich	Haspe	Hagen-Schwelm.
Schoenlank, Bruno	Leipzig	
Schöpflin, Georg	Chemnitz	16. und 21. Sächsischer.
Scholz, Paul	Berlin	Berlin II.
Schrader, Christ.	Bramsche	4. Hannoverscher.
Schubert, Herm.	Schöneberg	Teltow-Beeskow, Kalau-Luckau.
Schulz, Heinr.	Erfurt	Erfurt-Schleusing-Ziegenrück.
Schulze, Ernst	Cossebaude	9 Sächsischer.
Segitz, Martin	Nürnberg	
Seifert, Julius	Zwickau	
Seyferth, Max	Leipzig	12. und 13. Sächsischer.
Seyther, Wilh.	Stuttgart	11. Württemberg.
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-West-Havelland.
Sindermann, Carl	Dresden	5. Sächsischer.
Singer, Paul	Berlin	
Sommer, Carl	Weinheim	13. Badischer.
Stabe, J.	Celle	14. Hannoverscher.
Stadthagen, Arthur	Berlin	
Starosson	Rostock	6. Mecklenburger.
Stein, Johann	Neustadt a. d. Haardt	Landau-Neustadt.
Stille, Wilhelm	Bergedorf	Hamburg III.
Stolle, Wilhelm	Gesau	
Storch, Franz	Stettin	Stettin, Randow-Greifenhagen.
Stritzke, Friedrich	Altenburg	Sachsen-Altenburg.
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III.
Stubenreich, Leonh.	Oggersheim	Ludwigshafen-Speyer-Frankenthal.
Südekum, Albert	Dresden	

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Thomas, H.	Altona	8. und 10. Schleswig-Holsteinischer.
Tümmte, Richard	Wolmirstedt	Neuhaldensleben-Wolmirstedt.
Ullenbaum, Wilh.	Elberfeld	Barmen-Elberfeld.
Ulrich, Carl	Offenbach a. M.	
Ulrich, Gustav	Stuttgart	2. Württemberg.
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vollmar, Georg v.	München	
Wartenberg, A.	Berlin	Berlin III.
Wasner, Otto	Stuttgart	1. und 6. Württemberg.
Wehder, Eduard	Sonneberg	2. Meininger.
Weirich, Georg	Hannover	8. Hannoverscher.
Weiße, Richard	Berlin	Berlin IV, Arnswalde-Friedeberg.
Weißmann, Anton	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld.
Wichmann, Julius	Berlin	Berlin III.
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben.
Woldersky, Hugo	Berlin	Berlin II.
Woldt, Karl	Berlin	Berlin I.
Wolters, Heinrich	Krefeld	Krefeld.
Wurm, Emanuel	Berlin	
Zahn, Peter	Mühlheim a. M.	Bensheim-Erbach, Offenbach-Dieburg.
Zenker, Adolf	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Zetkin-Zundel, Klara	Stuttgart	
Zick, Friedr.	Fürth	Fürth-Erlangen.
Zietz, Louise	Hamburg	Anhalt 2, Köln (Stadt), Hamburg. Frauen.
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Erlangen.
Zubeil, Fritz	Berlin	

Genosse Heinrich Schulz-Erfurt war in Folge Verurtheilung seines Redaktionskollegen zu 1 Jahr Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung und dessen sofortigen Verhaftung gezwungen, bereits am 18. September, Nachmittags, den Parteitag zu verlassen; Genosse Raith, Delegirter für München II, war als Leiter des Schreinerstreiks in München verhindert, am Kongreß theilzunehmen.

Als Gäste sind anwesend: die Genossen Dr. Wilhelm Ellenbogen und Engelbert Pernerstorfer als Vertreter der deutschen und Anton Nemec als Vertreter der czechischen Sozialdemokratie Oesterreichs. Genosse B. Askew vom Kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London.

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande; Genosse Katzenmayer. — **Beuthen** (Oberschl.), Oberschlesische Genossen. — **Braunfels.** Die Genossen der Heilstätte in Braunfels. — **Budapest.** Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie. — **Cassel.** Frube, Hartmann. — **Dresden-Altstadt.** Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins. — **Freiwaldau** (Kr. Liegnitz). Mehrere Genossen. — **Hackenberg.** Die Arbeiterder Tabakarbeiter-Genossenschaft. — **Hagen i. W.** Der sozialdemokratische Verein. — **Halberstadt.** Genosse Hurlemann, der vor 25 Jahren die Einigung mitgemacht hat. — **Halle.** Die zur Saaleinweihung versammelten Genossen. — **Kopenhagen.** Deutscher Arbeiter-Verein. — **London.** Leßner. — **Mailand.** Turati. — **Mannheim.** Männergesangverein Schwetzinger. — **Memel.** Die Memeler Genossen. — **Mutterstadt** (Rheinpfalz). Sozialdemokratischer Verein. — **Paris.** Der deutsche sozialdemokratische Leseklub; Redaktion der „Petit Republique“. — **Plauen i. V.** Die Genossen des 23. Sächsischen Wahlkreises; Organisirte Metallarbeiter. — **Posen.** Die Posener Sozialdemokraten. — **Reiherstieg.** Die Wilhelmsburger Genossen. — **Reinbeck.** Distrikt I. 2. Hamburger Wahlkreis. — **Rheydt.** Die Parteigenossen von Rheydt; Genosse Späth. — **Rixdorf.** Die Steinarbeiter Rixdorfs. — **Stettin.** Kuntze. — **Tilsit.** Parteiversammlung. — **Trier und Wittlich.** Genossen. — **Uetersen.** Die sozialdemokratische Partei Uetersens. — **Weinheim.** Die sozialdemokratische Partei Weinheims. — **Zürich.** Die deutschen und österreichischen Parteigenossen in der Schweiz.

Sprech-Register.

Adler 164. 170. 174. 181.
Albrecht 145.
Antrick 152.
Auer 101. 131. 138. 184.

Baudert 228.
Bebel 203. 207. 212. 235. 239.
Bergmann 187.
Böhle 112. 146.
Braun 145. 181.
Bruhns 130. 225. 242.

Calwer 188. 210.

David 99. 201. 206.
Deichmann 180.
Dietz 114.
Dreesbach 232. 235.
Dunker 179.
Düwell 144. 166. 178. 233.

Ehrhart 233. 235.
Eichhorn 150. 179. 180.
Eisner 126.
v. Elm 128. 172. 173.
Emmel 143. 166.
Engler 173.
Erdmann-Köln 181.
Evers 153.

Fendrich 148. 166. 222. 223. [234
Fischer-Berlin 175. 177.
Forkert 233.
Friedrich-Lübeck 164. 180.
Frohme 127. 168. 178.

Geck 209. 218. 234.
Gerisch 109.
Gewehr 124. 148. 229.
Göller 175. 230.
Greifenberg 174.
Grenz 180. 224.
Grimpe 147.
Gruenwaldt 153.

Haase-Berlin 125. 127.
Haase-Königsberg 220. 230.
Habicht 174.
Harris 199.
Haupt 180.
Hoch-Berlin 147.
Ad. Hoffmann 117. 119. 151. 166. 172. 226. 229. 235. 239.
Hoffmann-Hamburg 123. 172.
Hug 168. 171. 174. 201. 208.

Jens 129.
Ihrer 145. 223.

Kahl 183.
Kiesel 115. 170. 195. 223.
Kloth 167.
Koenen 126. 129.
König 146. 175. 183.

Ledebour 166. 170. 195. 212. 218. 231.
Lentert 201. 209.
Luxemburg 116. 124. 126. 130. 165. 193. 194. 199.

Marckwald 200.
Meist 218. 230.
Meister 110. 120.
Merkowski 129.
Metzner 154.
Molkenbuhr 124. 171. 172. 179. 198. 209.
Müller-Flensburg 113.
Müller-München 160.

Nemec 107.

Pernerstorfer 106.
Pfannkuch 107. 119. 174.
Pickelmann 181.

Quarck 167. 212. 224.

Riemann 225.
Rosenow 195.

Sachse 177.
Scheibe 175. 176. 179.
Scheidemann 173.
Scherm 119.
Schmalfeld 125. 164.
Scholz 232. 233.
Schoenlank 162. 209.
Schöpflin 143. 153. 174. 176. [178.
Schrader 221.
Schulz-Erfurt 146.
Seifert 201.
Seyther 174.
Sindermann 180.
Singer 104. 105. 107. 115. 121. 130. 131. 142. 154. 168. 180. 187. 193. 195. 217. 219. 223. 231. 233. 234. 239. 242.
Stadthagen 228.
Stein 201.
Stolle 193. 231.
Storch 118.
Stubbe 124. 200. 201.
Stubenreich 117. 201.
Südekum 147.

Ullenbaum 228.
Ulrich-Offenbach 112. 118. 166. 170. 208.

v. Vollmar 196. 205.

Waldeck-Manasse 111.
Wizorowski 173.
Wurm 182.

Zetkin 149.
Zietz 143. 153. 154.
Zubeil 113. 221.

Sach-Register.

Achtstundentag i. Bergbau 76.
Agitation 17. 90. 108. 179.
— unter den Frauen 251. 252.
Alkoholfrage 180.
Anträge an den Parteitag 83—98.
— angenommene 244.
— für den nächsten Parteitag 180.
— betr. Agitation 90.
— — nächsten Parteitag 92.
— — Organisation 84. 131.
— — Parlamentar. 90. 95.
— — Presse 89. 170.
— — Programm 83.
— — Protokoll der Frauenkonferenz 200.
— — Tagesordnung 83.
— — Taktik bei den preuß. Landtagswahlen 83. 95. 212. 220. 229. 239.
Anträge betr. Verkehrs- und Handelspolitik 94. 187. 193. 212.
— — Weltpolitik 93. 161. 166. 167. 170.
— Sonstige 91. 92. 170.
Arbeiterinnenschutz 253.
— Agitation für 253.
Arbeitersekretariate 16.
Aufhebung des Verbindungsverbots 16.
Ausgaben der Parteikasse 29.
— des Reiches 37.
— des Vorwärts 25.
— für das Heer 45.
— — Marine 47.
— — die Parteipresse 30.
— — die Schutzgebiete 43.
Ausländer, lästige 14.
Ausschluß aus der Partei (siehe Parteizugehörigkeit).
Ausweisung von Ausländern 14.
Bäckereiverordnung 39.
Begrüßungsfeier 98.
Bergarbeiter, österreichische 15.
Berggesetz 77.
Bergleute, ausgesperrte 12.
Bergwerks-Verstaatlichung 170. 178.
Bericht der Buchhandlung Vorwärts 26.
— der Kasse 109.
— der Kontrolleure 110.
— der Mandatsprüfungskommission 152.
— der Neunerkommission 200.
— des Partei-Vorstandes 11 bis 36. 107—121.
— der Reichstagsfraktion 37 bis 82. 120—130.
— — als Flugschrift 122.

Bericht über Frauenkonferenz 200. 247.
Buchdrucker-Streit 201.
Buchhandlung Vorwärts 26. 110. 141. 142. 151. 187.
Bureau des Parteitags 10.
— -Wahl 105.

Dampfersubvention 44.
Delegation nach Paris 242.
Delegirten-Liste 246.
— der Frauenkonferenz 247.
Depesche an die Familie Liebknecht 104.
Diäten für den Reichstag 80.
Diktaturparagraph 79.
Druckfehlerberichtigung 257.

Einnahmen der Parteikasse 26. 109.
— des Reiches 49.
— des Vorwärts 25.
Einsicht in die Geschäftsbücher des Vorstandes 130. 147. 187.
Eröffnung des Parteitages 104.
Etats des Reiches 37.

Fischers Gehaltserhöhung 110.
— Zurückziehung des Antrages 119.
Fleischbeschau-Gesetz 60.
Frauen als Vertrauenspersonen 138. 144. 184. 250.
Frauenbewegung, bürgerliche 256.
Frauenbildungsvereine 255.
Frauenkonferenz-Bericht 200. 247.
Frauenzeitungen, Herausgabe 251.
Friedenskonferenz 44.

Gäste auf dem Parteitage 106.
Geldmittel (s. Parteibeiträge).
Gemeindewahlen 21.
Gewerbegerichte 17. 108.
Gewerbeordnungs - Abänderung 53.
Gewerkschaftl. Organisation der Arbeiterinnen 256.

Handelsverträge 41. 188.
Handelspolitik (siehe Verkehrspolitik).
Hausindustrie 54.

Impfzwang 12. 2.
Initiativanträge 77.
Interpellationen 80.
Invalidenversicherung 78.

Kassenbericht 26. 109.
Katholischer Klerikalismus, Schrift über 175.
Kohlennoth 170. 176.
Kommission zur Vorberathung des Organisationsstatuts 152.
— Bericht 184.

Kommunalpolitische Beilage zum „Vorwärts“ 174.
Kommunalprogramme 108.
Kontrolleure, Bericht 110.
— -Wahl 231.
Kontrollkommission 139. 140. 148. 219. 231.
Krankenkassen-Kongreß 120.
Krankenversicherungs - Gesetz 12. 179.

Landtagswahlen (siehe Preußische)
Landtagswahlen in Einzelstaaten 21.
Lebensmittelzölle 41. 50.
Lex Heinze 64.
Liebknecht, Trauerkundgebung für 104.
Lokalsperren 15.
Kontraktbruch ländl. Arbeiter 81.

Maifeier 22. 154.
— Resolution 92.
Majestätsbeleidigungsparagraph 121. 124.
Mandatsprüfungs-Kommiss. Bericht 152.
— Konstituirung 120.
— Wahl 105.
Marine 47. 67.
Maximalarbeitstag 76.
Militarismus 45.
Mittellandkanal 187. 197. 212.
Mülhauser Wahl 20. 112.
Münzgesetz 55.

Nachwahlen zum Reichstag 19.
Nameutl. Abstimm. 239. 241.
Neunerkommission 120.
— Bericht 200.
Neunuhrladenschluß 54.

Organisation (siehe Parteiorganisation).
Organisationsstatut 6. 184.

Parlamentar., Anträge 90.
— Bericht 37—82. 120—130.
Parteibeiträge 27. 109. 133. 134. 147. 149. 184.
Parteidruckereien 24.
Parteiorganisation 6. 16. 84—89. 131—152. 184—187.
Parteipresse 23. 30. 89. 110. 170. 252.
— über Kohlennoth 177.
Parteiprogramm 3. 83. 180.
Parteitag, nächster 92. 95. 180. 231.
Partei-Vorstand 185. 231.
Parteizugehörigkeit 135. 136. 143. 146. 148. 149. 184.
— der Frauen 137. 145.
Patentanwälte 57.
Pensionsfonds 48.
Petitionen 75.
Polen, gegen ihre Unterdrückung 123—131.

Polen, Erklärung des Vorwärts 129.
Postgesetze 51.
Preußische Landtagswahlen 212—242.
— Resolutionen 91. 95. 212. 246.
— Abänderungsanträge 212.
Prügelstrafe 75.

Rechtsprechung in Sachsen 40.
Regulativ für weibliche Vertrauenspersonen 248.
Reichsetat 37. [212.
Reichseisenbahnen 187. 197.
Reichsschulden 48.
Reichstagswahlen 19.

Schlachtvieh-Gesetz 60.
Seemannsordnung 73. 123.
Seuchengesetz 62. [131.
Sonstige Anträge 170.
Sozialdemokraten in den Gemeinden 14.
Strafregister 35. 36.

Tagesordnung 9. 83.
— der Frauenkonferenz 247.
— Feststellung 105.
— f. nächsten Parteitag 180.

Unfallversicherungsgesetz 57.

Verbrauchssteuern (s. Zölle).
Vereinsrecht 16. 56.
Verkehrs- und Handelspolitik 187—212.
— Resolution 94. 245.
— Abänderungsanträge 187. 193.
Veröffentlichung der Namen fehlender Fraktionsmitglieder 95. 122—131.
Verstaatlichung der Bergwerke 170. 178.
Vorlagen an den Parteitag 11—98.
Vorwärts (s. Zentralorgan).

Wahlen 19.
Wahlprüfungen 74.
Weltpolitik 116. 154—170.
— Resolution 93. 245.
— Abänderungsanträge 161. 166. 167. 169.
Werftarbeiter, ausgesperrte 17.
Wittwen- und Waisenversorgung 78.
Wohnungsfrage 180. 183.
Wöchnerinnen-Schutz 254.

Zentralorgan 24. 89. 140. 148. 177.
Zentrumspartei 76.
— Broschüre gegen 175.
Zölle u. Verbrauchssteuern 49.
Zuchthausstrafen 35.
Zuchthausvorlage 52.
Zusammenstellung über das Schicksal der einzelnen Anträge 244.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuth-Straße 2.